OpenDoors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2018

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex 4
1.1. Informationen aus erster Hand 4
1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit 5
1.3. Definition von Verfolgung 5
1.4. Überkonfessionell 5
1.5. Differenzierte Analyse 6
1.6. Betroffene Lebensbereiche 7

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex 9

3. Aktuelle Trends und Entwicklungen 10
3.1. Die Islamistische Bewegung 10
3.1.1. Radikalisierung innerhalb der vom Islam bestimmten Regionen 10
3.1.2. Spaltung von Sunniten und Schiiten 12
3.1.3. Expansionsbestrebungen des Islam hinein in nicht-muslimische Regionen 14
3.1.4. Islamische Radikalisierung und zeitgleiche Expansionsbestrebungen 15
3.1.5. Ethnische Säuberung aufgrund religiöser Zugehörigkeit 15
3.2. Religiöser und ideologischer Nationalismus 16
3.2.1. Christen ohne Rückzugsmöglichkeiten – Nationalismus erfasst Asien 16
3.2.2. Hinduisierung in Indien (und Nepal) 17
3.2.3. Nepal 18
3.2.4. Buddhisierung 19
3.2.5. Christen in Minderheiten in der Zwickmühle 19
3.2.6. Ideologischer Nationalismus 20
3.3. Europa 20
3.3.1. Deutschland: Abschiebung von Konvertiten in Verfolgerländer 20
3.4. Gute Nachrichten 22
3.4.1. Tansania fällt aus dem Weltverfolgungsindex 22
3.4.2. Unruhen in Äthiopien und Kenia – Muslime und Christen teils in politischen Zielen vereint 22
3.4.3. Vietnam bewegt sich wieder zurück in einen „Normalzustand“ 23
3.4.4. Weniger Gewalt in Syrien 23
3.4.5. Länder, die sich nur augenscheinlich verbessert haben 24
3.4.6. Die Unterstützung verfolgter Christen steht im Zentrum 24

4. Informationen zu den einzelnen Ländern 27

5. Die Methodik hinter dem Index 447

5.1. Zusammenfassung der Veränderungen gegenüber dem WVI 2017 447

5.2. Grundannahmen hinter dem WVI..... 447

5.3. Definition von Verfolgung 449

5.4. Erstellung des Weltverfolgungsindex..... 450

5.5. Der Weltverfolgungsindex im Vergleich zu anderen Erhebungen 452

Anhang 1: WVI-Wertungsbeispiel 453

Anhang 2: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen 460

Anhang 3: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung 461

Anhang 4: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung..... 465

Anhang 5: Auflistung der Verfolger..... 469

Anhang 6: Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“ 470

6. Open Doors in Kürze 472

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Seit 26 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex die Situation der verfolgten Christen weltweit. Der Weltverfolgungsindex ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Er dient dem Ziel, ihre konkrete Situation bestmöglich zu erfassen und die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung zu identifizieren. Das Ergebnis dient zunächst als Basis für die Planung und Priorisierung der zahlreichen Hilfsprojekte von Open Doors. Darüber hinaus wird der Weltverfolgungsindex der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, um einerseits auf die Lage der Christen aufmerksam zu machen sowie politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern klare Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit zu liefern. Schließlich sollen mit den Informationen auch die Christen in den westlichen Ländern daran erinnert werden, ihren verfolgten Glaubensgeschwistern zur Seite zu stehen.

Der WVI wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von einheimischen Christen sowie Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: für die jeweilige Region zuständige Forscher von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern), Analysten des WVI-Teams sowie externe Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes im Weltverfolgungsindex zu bestimmen. Der Entstehungsprozess wird zusätzlich durch externe Wissenschaftler überprüft.

1.1. Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in rund 60 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das ist zumeist nur im Verborgenen möglich, gerade im Hinblick auf Konvertiten. Durch Teams vor Ort ist Open Doors direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Diese Beziehungen zu betroffenen Christen vor Ort bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit. Sie bilden eine wichtige Voraussetzung, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld besser zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen gewaltsamen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum. Sie spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider und damit auch den Druck, dem Christen durch Diskriminierung, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane ausgesetzt sind.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird. Einen besseren Anhaltspunkt bietet daher die Punktebewertung.

Ein kurzer Vergleich mit ähnlichen Erhebungen zum gleichen Thema ist am Ende des Abschnitts „Die Methodik hinter dem Index“ als Punkt 5.4 eingefügt und kann helfen, die Besonderheiten des WVI zu erkennen.

1.2. Die größte verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 4,8 Milliarden Menschen, darunter mehr als 600 Millionen Christen. In zwei Dritteln der WVI-Länder stellen sie mit weniger als 5 % nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Dazu beigetragen haben

- die islamistische Bewegung, die auch nach der weitgehenden Zerschlagung des IS in anderer Form weiter sehr aktiv ist. Dazu zählen sowohl gewaltbereite Gruppen wie der IS, Boko Haram, Al Shabaab u.a. als auch nicht-gewaltbereite Islamisten. Sie verfolgen eine klare politische Agenda mit dem Ziel, den Einfluss des Islam auszuweiten und letztlich alle Menschen in das „Haus des Islam“ einzugliedern.
- eine voranschreitende Radikalisierung in vom Islam bestimmten Regionen sowohl Afrikas als auch Asiens. Hier geraten auch moderate Muslime immer stärker unter Druck, was häufig maßgeblich auf ausländische Einflüsse – beispielsweise aus Saudi-Arabien – zurückzuführen ist. Eine friedliche Koexistenz von Muslimen und Christen wird dadurch immer schwieriger.
- eine deutliche Zunahme religiös ausgerichteter nationalistischer Tendenzen in hinduistischen und buddhistischen Ländern Asiens. Besonders deutlich wird das am Beispiel Indien, wo sich die Situation der Christen seit dem letzten Regierungswechsel drastisch verschlechtert hat.

Open Doors geht nach einer Neueinschätzung der Situation im vergangenen Jahr davon aus, dass mehr als 200 Millionen Christen einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt sind und damit weiterhin die weltweit größte verfolgte Religionsgemeinschaft bilden.

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“ Des Weiteren lehnt sich Open Doors an die Definition von Verfolgung des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an.

Weitere Informationen hierzu unter www.opendoors.de/was-ist-verfolgung.

1.4. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen sowie die Situation der Konvertiten in einem Land.

1.5. Differenzierte Analyse

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe des Fragenkataloges sehr detailliert ermittelt. Der Fragebogen kann unter www.weltverfolgungsindex.de eingesehen werden. Open Doors berücksichtigt bei der Bewertung der einzelnen Länder sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von Christen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Vor diesem Hintergrund sind auch die jüngsten Verfeinerungen in der Methodik zu verstehen, die unter Punkt 5.1. erläutert werden.

Mit Hilfe dieser Vorgehensweise sollen auch irrtümliche Annahmen vermieden werden, die häufig anzutreffen sind. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Christliche Konvertiten auf den Malediven werden beispielsweise von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen, weil sie schlicht unnötig sind. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. In Ägypten verüben beispielsweise Mitglieder des IS oder anderer islamistischer Gruppen immer wieder Bombenanschläge auf Kirchen und ermorden gezielt Christen, um das fast 2.000 Jahre alte christliche Erbe des Landes auszulöschen. Doch der stärkste Druck auf die Christen geht von der muslimischen Bevölkerungsmehrheit aus, deren Weltsicht auf dem Koran und seinem Ziel der Unterwerfung aller Menschen unter die Scharia basiert. Daraus resultiert eine in allen Gesellschaftsschichten anzutreffende Abneigung gegen Christen und Andersgläubige. Christen gelten als Bürger zweiter Klasse und sind von Kindesbeinen an mit diesem Stigma konfrontiert, das sie in allen Lebensbereichen zu spüren bekommen. Diesem Druck standzuhalten, ist die größte Herausforderung der Kirche in Ägypten.

1.6. Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versucht Open Doors das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.

1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom »forum internum«. Können Christen zu Hause ungestört beten oder Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?

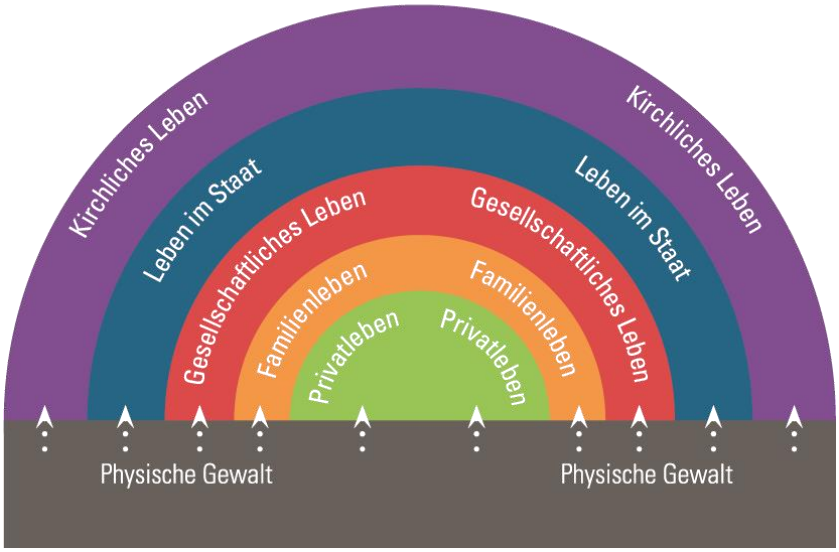
2. **Familienleben**: Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige, einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten, ist diese Form der Verfolgung oft extrem belastend.

3. **Gesellschaftliches Leben**: Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z.B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?

4. **Leben im Staat**: Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert? Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?

5. **Kirchliches Leben**: Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? Wie stark sind die Einschränkungen? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.

Ein weiterer und bedeutender Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema **»physische Gewalt«**. Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um gewaltsame Übergriffe gegen Christen aufgrund ihres Glaubens geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches und die gleiche Gewichtung wie die einzelnen Lebensbereiche (die höchstmögliche Wertung entspricht 1/6 der Maximalpunktzahl) wird vermieden, dass einzelne, mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild der herrschenden Verfolgung verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



zurück zum Inhaltsverzeichnis

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Berichtszeitraum: 1. November 2016 – 31. Oktober 2017

			2018									2017	
Platz	Land	Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE	PUNKTE GERUNDET		Platz	Punkte
1	Nordkorea	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	10,556	93,891	**94**		1	92
2	Afghanistan	16,667	16,667	16,667	16,667	16,667	10,000	93,335	**93**		3	89
3	Somalia	16,042	16,233	16,059	16,341	16,354	10,370	91,399	**91**		2	91
4	Sudan	14,167	14,503	14,263	15,625	16,042	12,037	86,637	**87**		5	87
5	Pakistan	14,375	13,542	13,782	14,974	13,125	16,667	86,465	**87**		4	88
6	Eritrea	15,208	14,503	15,785	16,146	15,156	9,444	86,242	**86**		10	82
7	Libyen	15,208	15,278	14,183	15,690	15,469	10,370	86,198	**86**		11	78
8	Irak	14,688	14,744	14,904	14,909	15,052	11,296	85,593	**86**		7	86
9	Jemen	16,667	16,587	16,406	16,536	16,667	2,593	85,456	**86**		9	85
10	Iran	13,958	14,103	14,503	15,820	16,406	10,000	84,790	**85**		8	85
11	Indien	12,604	12,740	13,221	14,714	12,865	14,444	80,588	**81**		15	73
12	Saudi Arabien	14,896	13,702	14,183	15,486	16,406	4,074	78,747	**79**		14	76
13	Malediven	15,208	15,545	13,462	15,820	16,667	1,111	77,813	**78**		13	76
14	Nigeria	11,771	11,538	13,141	12,109	12,135	16,481	77,175	**77**		12	78
15	Syrien	14,375	14,343	14,103	14,453	14,688	3,704	75,666	**76**		6	86
16	Usbekistan	15,521	12,099	12,981	13,086	15,990	3,519	73,196	**73**		16	71
17	Ägypten	11,250	12,847	12,179	11,719	9,479	12,407	69,881	**70**		21	65
18	Vietnam	12,396	8,413	12,660	14,193	13,802	7,407	68,871	**69**		17	71
19	Turkmenistan	15,208	10,256	12,901	12,826	15,156	1,852	68,199	**68**		19	67
20	Laos	12,917	8,574	13,622	13,867	14,896	3,519	67,395	**67**		24	64
21	Jordanien	13,229	13,301	11,538	10,872	12,969	4,259	66,168	**66**		27	63
22	Tadschikistan	13,333	11,298	11,779	11,849	12,865	4,259	65,383	**65**		35	58
23	Malaysia	11,979	14,904	12,821	12,435	9,271	3,889	65,299	**65**		31	60
24	Myanmar	11,562	11,058	13,221	10,417	10,990	7,778	65,026	**65**		28	62
25	Nepal	12,604	11,939	10,737	11,458	12,396	4,630	63,764	**64**		neu	neu
26	Brunei	14,271	14,183	10,657	10,221	13,490	0,926	63,748	**64**		25	64
27	Katar	13,438	12,901	11,699	11,263	14,115	0,000	63,416	**63**		20	66
28	Kasachstan	12,812	10,016	10,176	12,174	13,698	3,704	62,580	**63**		43	56
29	Äthiopien	9,792	10,016	10,817	10,872	10,521	10,370	62,388	**62**		22	64
30	Tunesien	11,875	13,221	10,577	10,742	12,031	3,889	62,335	**62**		29	61
31	Türkei	12,500	9,696	9,776	11,654	9,635	8,704	61,965	**62**		37	57
32	Kenia	11,979	10,897	10,016	7,878	11,667	9,444	61,881	**62**		18	68
33	Bhutan	11,875	11,619	12,420	11,393	13,125	1,111	61,543	**62**		30	61
34	Kuwait	13,438	12,580	11,619	10,872	12,292	0,370	61,171	**61**		38	57
35	Zentralafrikanische Republik	8,958	8,093	10,096	8,919	8,750	16,111	60,927	**61**		34	58
36	Palästinensergebiete	12,083	12,821	10,737	10,482	12,604	1,111	59,838	**60**		23	64
37	Mali	11,354	9,615	11,218	8,073	9,167	9,630	59,057	**59**		32	59
38	Indonesien	10,312	10,978	11,458	10,026	9,271	6,852	58,897	**59**		46	55
39	Mexiko	8,333	7,612	12,099	10,677	9,688	10,370	58,779	**59**		41	57
40	Vereinigte Arabische Emirate	13,646	12,179	10,016	10,417	11,823	0,185	58,266	**58**		44	55
41	Bangladesch	10,417	8,814	11,378	9,570	7,500	10,000	57,679	**58**		26	63
42	Algerien	12,292	13,061	7,452	10,352	12,448	2,037	57,642	**58**		36	58
43	China	9,167	7,212	8,013	10,677	13,333	9,074	57,476	**58**		39	57
44	Sri Lanka	11,146	7,612	10,497	11,263	10,104	6,852	57,474	**58**		45	55
45	Aserbaidschan	13,125	9,135	9,295	11,068	12,396	2,407	57,426	**57**		neu	neu
46	Oman	12,083	12,179	9,856	9,440	12,552	1,111	57,221	**57**		49	53
47	Mauretanien	11,458	11,298	11,138	12,174	11,042	0,000	57,110	**57**		47	55
48	Bahrain	12,917	13,141	10,176	9,896	10,312	0,185	56,627	**57**		48	54
49	Kolumbien	7,917	7,612	11,939	8,594	8,490	11,852	56,404	**56**		50	53
50	Dschibuti	12,188	12,240	10,337	9,896	11,667	0,000	56,328	**56**		40	57

Höhere Platzierung und höhere Punktzahl
Höhere Platzierung aber gleiche Punktzahl
Gleiche Platzierung aber höhere Punktzahl
Gleiche Platzierung und gleiche Punktzahl
Niedrigere Platzierung aber höhere Punktzahl
Niedrigere Platzierung aber gleiche Punktzahl
Niedrigere Platzierung und niedrigere Punktzahl
Neu auf der Liste in 2017

Erläuterung zum Punktesystem:
In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die tatsächlich erreichte Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE" aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

3. Aktuelle Trends und Entwicklungen

3.1. Die Islamistische Bewegung

Die wachsende islamistische Bewegung stellt für Christen und andere nicht-muslimische Gruppen in vielen Teilen der Welt eine Bedrohung dar. Islamismus ist dabei der Teil des Islam, der eine eindeutig politische Agenda angenommen hat, mit dem Ziel, ganze Nationen unter islamische Herrschaft und das Gesetz der Scharia zu bringen. In dieser Hinsicht ist die islamistische Bewegung überall dort, wo sie aktiv ist, eine Bedrohung für die Religionsfreiheit und auch für ganze Staaten.

In der islamistischen Bewegung finden sich Muslime mit verschiedenen Haltungen:

1) Gewaltbereite Personen und/oder Netzwerke, die oft den Dschihadisten zugerechnet werden und häufig von Al Kaida, Boko Haram und dem Islamischen Staat (IS) inspiriert sind. Sie lehnen jedes politische System ab, das nicht auf dem islamischen Recht basiert und kämpfen mit Gewalt für ihre Ziele.
2) Nicht-gewaltbereite Islamisten, die die Ansichten der Gewaltbereiten weitgehend teilen. Allerdings befürworten sie nicht – zumindest nicht öffentlich – den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele.
3) Darüber hinaus folgen einige Islamisten in demokratisch regierten Ländern einem Islamverständnis, das eine wechselseitige Beziehung mit der Gesellschaft im weiteren Sinne befürwortet; zum einen auf dem Mikro-Level mit Graswurzelaktivitäten und auf dem Makro-Level durch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und dem demokratischen Prozess.

Die islamistische Bewegung tritt in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit in der Weise in Erscheinung, dass sie versucht, die Gesellschaft zu radikalisieren. In Ländern mit muslimischer Minderheit versucht sie, die muslimischen Gemeinschaften im Land zu radikalisieren und deren Einfluss im Land auszuweiten.

3.1.1. Radikalisierung innerhalb der vom Islam bestimmten Regionen

AFRIKA

Mit dem weltweiten Aufkommen und der Verbreitung des extremistischen Islam sehen sich Christen in Ländern mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit in Ost-, West- und Nordafrika zunehmender Verfolgung ausgesetzt. Das spüren die Christen am wachsenden Druck im täglichen Leben und im Zusammenleben im gewohnten Umfeld mit Nachbarn, Kollegen oder Verwandten. Zusätzlich zum Druck durch die Gesellschaft stellen immer neue militante islamische Gruppen eine wachsende Gefahr für die Christen dar. Ein Ziel solcher Gruppen ist auch, den moderaten Sufi-Islam in vielen Ländern Afrikas auszulöschen.

Der Entwicklung in Ägypten im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 kann entnommen werden, dass Gruppen wie der IS entschlossen sind, die Christen durch Gewalt aus der Region zu vertreiben bzw. auszulöschen. Der IS hat seine Absicht diesbezüglich mehrfach deutlich geäußert.

Die Länder südlich der Sahara weisen eine bemerkenswerte Dichte islamischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf, die von Ländern mit einer starken islamischen Agenda – wie Saudi-Arabien, Katar und dem Iran – finanziert wurden oder noch werden. West Afrika ist dafür ein gutes Beispiel. Die dortige politische Liberalisierung in den 1990er Jahren war für viele arabische Staaten – allen voran Saudi-Arabien – eine gute Gelegenheit. Sie investierten viel Geld in die neu entstandenen islamischen Vereinigungen und NGOs jener Länder, die zuvor als Militärregierungen oder Ein-Partei-Diktaturen die Region dominiert hatten und nun in anderer Form wieder zur Macht gelangten. Diese neuen Vereinigungen und NGOs bauten die Anzahl der Medressen und islamischen Schulen aus, um das salafistisch-wahhabitische Islamverständnis zu verbreiten. Dabei übergingen sie die alten traditionellen Moscheen, um selbst zum geistlichen Zentrum zu werden, wo neue Anhänger gewonnen werden und eine extremistisch-islamische Theologie verbreitet wird. In der Folge rückt eine beträchtliche Anzahl von Ländern in Sub-Sahara Afrika auf der Liste der Christenverfolgerstaaten vor, hin zu den ersten 50 auf dem Weltverfolgungsindex.

ASIEN

Nachdem der IS im Nahen Osten an Boden verloren hat, sucht er nun nach neuen Ausbreitungsmöglichkeiten. Ein Schwerpunkt dieser Neuausrichtung liegt in Asien, Heimat einiger der größten islamischen Bevölkerungsgruppen der Welt. Wenn die Regierungen und Gesellschaften nicht systematisch gegen ein erneutes Aufkommen von islamischem Extremismus vorgehen, hat der IS große Chancen, in Asien Land einzunehmen. Warum? Weil das Saatgut des islamischen Extremismus bereits seit Jahrzehnten ausgebracht ist. Durch das Internet und soziale Medien ist es nur eine Frage der Zeit, bis diese Saat aufgeht und sich unter der Jugend ausbreitet. Indonesien steht zumindest insofern noch gut da, weil die großen muslimischen Organisationen mit Millionen von Mitgliedern sich noch immer deutlich gegen die extremistischen Gruppen aussprechen. Außerdem hat die Führung der nationalen Polizei mit der Anti-Terrorismus-Abteilung des Geheimdienstes eine gute Unterstützung Andere asiatische Länder verfügen über nichts Vergleichbares.

Im islamischen Asien sind alle Blicke sorgenvoll auf die Entwicklungen im philippinischen Marawi gerichtet. Obwohl die Entwicklung sich bereits lange abgezeichnet hat, wurde mit dem Überfall auf Marawi ein neues Kapitel aufgeschlagen. Als dort gewaltbereite Islamisten (die sich selbst als IS-Ableger bezeichneten) eine Stadt mit 200.000 Menschen einnehmen konnten, durfte man die Augen nicht länger verschließen. Der Kampf um Marawi war nach 150 Tagen vorbei. Zu Beginn waren eine Kirche und eine christliche Schule attackiert worden; Christen wurden ausgesondert und getötet oder entführt. Die Frage ist nun: Welches ist das nächste Ziel der Islamisten? Indonesien, Malaysia und Singapur haben nach diesem Vorfall beschlossen, künftig enger zusammenarbeiten. Aber in den beiden erstgenannten Ländern fanden die Extremisten bei einigen Parteien sogar Unterstützung. Es kann durchaus sein, dass sie nun von der Entwicklung überrollt werden.

Von der Zunahme des militanten Islam sind fast alle Länder Asiens betroffen: So gab es in jüngster Zeit vereitelte Sprengstoffanschläge in Bangladesch und Indonesien, den bewusst herbeigeführten Sturz des christlichen Gouverneurs Ahok wegen angeblicher Blasphemie (Indonesien), die Entwicklung in Marawi und weiter in Mindanao (Philippinen), das Auftreten der „Arakan Rohingya Salvation Army“ in Myanmar, etc…

Beobachter nehmen an, dass die Vorfälle in Marawi und die Vertreibung der muslimischen Rohingya für Dschihadisten auf der ganzen Welt wie ein Aufruf zum Kampf wirken. Das gilt umso mehr, je stärker im Nahen Osten der Druck auf sie steigt.

In Bangladesch ist eine allmähliche Zunahme von Übergriffen und islamischem Fundamentalismus zu beobachten. Dabei sind religiöse Minderheiten (Christen und Hindus) sowie Ausländer und liberale Autoren die Hauptziele. Das Terrorismus-Portal Südasien schreibt in seinem Bangladeschbericht von 2017 von der „Bedrohung durch wachsende Radikalisierung, da sich eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher von der globalen Bewegung des Dschihad angezogen fühlt." Zahlreiche Vorfälle weisen nicht nur auf eine eindeutige und steigende Unterstützung des IS innerhalb von Bangladesch hin, sondern auch auf eine allgemeine Zunahme einer islamischen Radikalisierung. Die gegenwärtige Regierung hat hartnäckig die Präsenz jeglicher internationaler islamistischer Gruppen wie dem IS und Al Kaida geleugnet – trotz zunehmender Beweise. Dabei wurden sogar Kritiker aus den säkularen Reihen zurückgewiesen mit der Aussage, niemand habe das Recht, sich schriftlich oder mündlich gegen eine Religion zu äußern. Der Regierung wird zudem vorgeworfen, willkürlich gegen politisch Oppositionelle vorzugehen, indem sie die Medien zum Schweigen und Kritiker ins Gefängnis bringt. Im Berichtszeitraum WVI 2018 gelang es der Regierung jedoch, die Aktivitäten der Extremisten einzudämmen und es gab keine weiteren Anschläge gegen Christen.

Das Profil der heutigen Rekruten des extremistischen Islam unterscheidet sich sehr von dem früheren. Damals entschieden sich überwiegend Muslime aus niedrigeren sozialen Schichten und Einkommensklassen für den Glaubenskrieg. Heute schließen sich erfolgreiche und gut gebildete Profis freiwillig dem Kampf an. Ein Experte aus der Region vermutet, dass dies bei den jungen Menschen als ein Ausdruck für den Hunger nach Sinn im Leben zu verstehen ist, angesichts einer immer stärker materialistisch geprägten Welt. Sie erhoffen sich, im Dschihad die Antworten und Erfüllung zu finden.

Daneben wird die ‚alte Schule' des Rekrutierens für extremistisch-islamische Gruppen weiterhin ausgiebig angewendet, mit Botschaften wie: „Sie grenzen euch aus, ihr werdet vernachlässigt, ihr seid arm – und das nur, weil ihr Muslime seid."

Der zunehmende Einfluss von Saudi-Arabien auf den Malediven, in Indonesien und anderswo ist sehr beunruhigend. Das arabische Kernland hat seine Schlagkraft mit riesigen Investitionen in unzählige Projekte aggressiv ausgeweitet. Neben „wertneutralen" Investitionen gibt es parallel immer auch den Bau von Moschen oder Islamschulen. Dass dabei die Vermittlung des Wahhabismus (ein fundamentalistisch-puritanisches Verständnis des Islam) wie von selbst geschieht, ist Teil der Strategie. So entstehen von Intoleranz geprägte Gesellschaften, die nur den Islam zulassen und somit Religionsfreiheit mit Füßen treten.

3.1.2. Spaltung von Sunniten und Schiiten

Ein in den Medien wenig beachteter, aber für die Brennpunkte von Gewaltausbrüchen in der Welt sehr bedeutsamer Aspekt, ist der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. Er spaltet die weltweite muslimische Gemeinschaft zum einen insgesamt, darüber hinaus sind jedoch auch einzelne islamistische Gruppen entlang dieser Trennlinie innerlich zerrissen. Al Kaida und der IS (beide weltweit aktiv), al-Nusra (Syrien) und Boko Haram (Westafrika) vertreten eine extremistische Version des sunnitischen Islam und bedienen sich einer anti-schiitischen Rhetorik.

Die Hisbollah (Libanon) hingegen ist die bekannteste islamistische Gruppe der Schiiten. Auch die Huthis im Jemen sind Schiiten, werden allerdings (nur) von Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Australien als Terroristen bezeichnet.

Überall dort, wo Sunniten und Schiiten sich bekämpfen, werden Christen schnell zu Angriffszielen. Dies war beispielsweise im Irak nach der Entmachtung von Saddam Hussein zu beobachten, als Wellen religiös motivierter Gewalt über das Land schwappten. Während Sunniten und Schiiten um Macht und Einfluss kämpften, wurden häufig Christen und ihr Besitz zum Opfer der Gewalt.

Das Hauptkampffeld für den sunnitischen und schiitischen Islam ist Asien (einschließlich dem Nahen Osten).

NAHER OSTEN

Ein Beispiel für diesen Kampf ist der Krieg in Syrien. Präsident Assad wird von der schiitischen Hisbollah und dem Iran (und Russland) unterstützt; die sunnitischen Rebellen hingegen von dem Block aus Saudi-Arabien und anderen sunnitischen Ländern (und den USA). Der Iran könnte seinen Einfluss in Syrien derart ausweiten, dass nach der Stabilisierung des Landes fraglich ist, wieviel Macht Präsident Assad tatsächlich noch hat. Wäre dies der Fall, so hätte das erhebliche Auswirkung auf das Leben der Christen vor Ort, da der Iran Christen im eigenen Land hart verfolgt – besonders Konvertiten zum Christentum. Der Iran sieht sich selbst als Verteidiger vom ‚Haus des Islam'.

Während der Kampfeinsätze gegen den IS, hat der Iran weiteren Einfluss im Irak dazugewonnen. Schiitische Milizen, vom Iran unterstützt, spielten eine gewichtige Rolle beim Sieg über den IS. Der Iran hat in der gesamten Region an Einfluss gewonnen.

Ein weiteres Beispiel ist der Jemen: Die Saudis stärken dort die sunnitische Regierung und sind massiv in den Krieg involviert. Der Iran hingegen unterstützt die Huthi-Rebellen. Das hat zu einem sehr blutigen Krieg geführt. Auch an anderen Orten, wie z.B. im Irak, finden solche Kämpfe statt. Allerdings sind dies dort keine reinen Stellvertreterkriege, da die lokalen Milizen bei den Kämpfen eine eigene Agenda verfolgen.

Syrien / Irak: Der IS hat mit dem Verlust von Mossul und Rakka im Juli und Oktober 2017 erhebliche Rückschläge hinnehmen müssen. Dennoch kontrolliert die Miliz weiterhin einige Gebiete. Dazu kommt, dass all die Gruppen, die den IS bekämpft haben, ihre eigenen Ziele und Interessen verfolgen. Ein Ende der Kämpfe ist deshalb auch nach dem militärischen Sieg über den IS nicht zu erwarten. Hinzu kommt, dass selbst im Fall eines solchen Sieges unklar ist, ob die Christen wieder in ihre Länder zurückkehren könnten. Einige haben das bereits getan, aber viele haben ihr Vertrauen in ihre muslimischen Nachbarn verloren, auch weil diese den Christen beim Vorrücken des IS keine Hilfe anboten oder sich sogar dem IS anschlossen.

Die Furcht vor Radikalisierung – insbesondere durch die IS-Ideologie – wächst im gesamten Nahen Osten, d.h. in Ägypten, Israel, den Palästinensergebieten, dem Libanon (hier allerdings in geringerem Ausmaß, da die Christen mehr politischen Einfluss besitzen), in Syrien, dem Irak und in Jordanien. Militärisch betrachtet ist der IS wohl so gut wie besiegt, aber sein ideologisches Erbe wirkt weiter, und das in erheblichem Maß.

3.1.3. Expansionsbestrebungen des Islam hinein in nicht-muslimische Regionen

AFRIKA

Die Ausweitung des Islam muss im Licht der ‚Abuja Erklärung' von 1989 gesehen werden. Im Rahmen einer damals von der ‚Organisation für Islamische Zusammenarbeit' (OIC) initiierten Konferenz in Nigeria wurde eine Erklärung veröffentlicht, die Afrika zum ersten islamischen Kontinent der Welt machen und die Muslime in Afrika vereinigen will. Obwohl die Erklärung nach ihrer ersten Veröffentlichung schnell wieder aus dem Internet verschwand, weisen die Entwicklungen besonders in Sub-Sahara Afrika darauf hin, dass die Agenda weiter gültig ist und von der Islamistenbewegung weiterverfolgt wird.

Laut dem ‚East Africa Center for Law and Justice' war eines der wichtigsten, wenn auch verborgenen Ziele der Erklärung, die auch so in dem offiziellen Dokument nicht auftauchen, das Folgende: „Die Ausrottung aller nicht-muslimischen Religionen in all ihren Formen und Ausprägungen in den Mitgliedsstaaten (zu den Religionen gehören Christen, Ahmadiyya und Stammesreligionen, die für Muslime inakzeptabel sind)."

ASIEN

Indonesien: Das immer stärkere Aufkommen von Intoleranz gegen Christen zeigte sich zuerst durch verschiedene Slogans auf Bannern, in Veröffentlichungen, in Posts der sozialen Netzwerke, wie auch in dem ‚Blasphemie-Fall' des gestürzten Gouverneurs Ahok gut zu sehen war. Dieser gegen Nicht-Muslime gerichtete Druck ist auch im Privatleben vieler Menschen spürbar. Ebenfalls von offener Diskriminierung betroffen sind Bildungseinrichtungen, wo Kinder die Hauptleidtragenden sind.

Indonesien: In großer Offenheit führen Muslime Bekehrungskampagnen für Christen durch. Selbst Regierungsbehörden haben öffentlich ihre Unterstützung dafür zum Ausdruck gebracht, dass der Islam in verschiedenen Regionen Indonesiens mehr verbreitet werden soll, besonders in Papua. All die finanzielle Unterstützung hierfür, die anfangs geheim gehalten wurde, wird nun offen gewährt.

Islamische Missionierung geschieht stark in den ärmeren Bevölkerungsschichten in Indonesien, Malaysia und Brunei. Sie ist gut mit finanziellen und anderen Mitteln ausgestattet (erstgenannte stammen zumeist von der Regierung), was sie sehr effektiv macht und traditionelle christliche Gemeinschaften unter starken Druck setzt. Das zahlenmäßige Wachstum der muslimischen Bevölkerung führt dann entweder zu gewaltsamen Übergriffen gegen Christen oder zum langsamen Verschwinden christlicher Gemeinschaften.

3.1.4. Islamische Radikalisierung und zeitgleiche Expansionsbestrebungen

AFRIKA

Nigeria: Die Einschränkung der Glaubensfreiheit der Christen geschieht gegenwärtig auf vielfältige Weise. Zuerst wurde die Rechtsprechung nach der Scharia außerhalb bzw. entgegen der Verfassung in zwölf nördlichen Bundesstaaten verkündet. Lokalregierungen und soziale Gruppen schränken auf diese Art die Freiheit der Christen ein, ihr Leben zu leben. Deren Situation hat sich – in einem zweiten Schritt – durch die Gräueltaten von Boko Haram in Nordnigeria nochmals verschärft. Davon sind besonders die sechs nordöstlichen Bundesstaaten betroffen, die eine anti-christliche Agenda eingeführt und umgesetzt haben. Dies kommt einer ethnischen Säuberung, wenn nicht sogar einem stetigen Genozid gleich. Obwohl der Würgegriff von Boko Haram mittlerweile etwas schwächer geworden ist, sorgt die Miliz nach wie vor für Chaos und Verwüstung. Drittens versuchen die Hausa-Fulani Hirten, oft mit Unterstützung von gleichgesinnten Siedlern, den Mittelgürtel Nigerias von seiner mehrheitlich christlichen oder afrikanisch traditionellen Bevölkerung zu säubern. Diese Situation stellt eindeutig eine ethnische Säuberung aus religiösen Motiven dar. Zum vierten sind Christen im gesamten Norden beständig in großer Gefahr, gewalttätigen Mobs zum Opfer zu fallen. Viele Analysten ordnen dies als ‚soziale Unruhen' ein, ohne die religiöse Motivation der Angreifer zu berücksichtigen. Fünftens ist die allmähliche Ausbreitung eines politischen Islam im mehrheitlich christlichen Süden des Landes zu beobachten. Ziel ist die Islamisierung der südlichen Landesteile. Muslimische Leiter und ihre Auftraggeber üben Druck auf Angehörige anderer Religionsgemeinschaften aus. Dies geschieht mittels Banken, Unternehmen, die Verwendung von Symbolen, den Bau von Moscheen und Schulen sowie NGOs. Als Folge ziehen Christen (und Angehörige anderer Religionen) schließlich weg oder nehmen immer mehr muslimische Gebräuche an. Einige konvertieren unter dem zunehmenden Druck sogar zum Islam. Andere schaffen es, diesem Bestreben zu widerstehen und verhindern damit, dass ihrem Land eine islamische Identität aufgezwungen wird. Nigeria kann als Fallbeispiel für die Triebkraft „Islamische Unterdrückung" für Länder südlich der Sahara und darüber hinaus gesehen werden. Ähnliche Dynamiken sind in anderen Ländern auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlich starker Intensität zu beobachten.

3.1.5. Ethnische Säuberung aufgrund religiöser Zugehörigkeit

AFRIKA

In immer mehr Ländern südlich der Sahara findet eine ethnische Säuberung auf Basis von Religionszugehörigkeit statt. So lässt sich die Vorgehensweise von Vertretern des politischen Islam gegen die christliche Bevölkerung angemessen beschreiben. Dahinter steht die Auffassung, dass sich die Christen in diesen Ländern auf ‚muslimischem Territorium ' befinden. Nach internationalem Strafrecht ist ‚Ethnische Säuberung' seit kurzem strafbar. Als ethnische Säuberung gilt die gewaltsame Vertreibung eines Konkurrenten oder von Personen, die in einer anderen Rasse, Ethnie oder Religion angehören als die der Mehrheitsbevölkerung in der betroffenen Region.

Kennzeichen der gewaltsamen Vertreibung sind Mord, Zerstörung von Eigentum, Folter, willkürliche Verhaftung und Gefängnisstrafe, das Einsperren der Zivilbevölkerung in Ghettos, Vertreibung und Verschleppung der Zivilbevölkerung, außergerichtliche Hinrichtungen, Vergewaltigungen, willkürliche militärische oder andere organisierte bewaffnete Angriffe auf Zivilpersonen oder Androhungen dieser Art, und schließlich auch Genozid. Was im Nordosten Kenias, in Nigeria, Somalia und dem Sudan geschieht, sind dafür typische Beispiele, die in einigen Fällen einem Genozid sehr nahekommen.

Die typische gesellschaftliche Organisation des politischen Islam ist charakterisiert von einer freiwilligen Ghettobildung, die eine Radikalisierung der muslimischen Gemeinschaft und den Ausschluss von Nicht-Muslimen begünstigt. Dazu gehören besonders der Druck auf Muslime, ihre Religion nicht zu verlassen und auch die umliegenden nicht-muslimischen Regionen ‚einzunehmen'. Nicht alle Muslime folgen diesem Konzept, der Widerstand von solchen Gruppen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ist jedoch begrenzt oder nicht effektiv.

Diese Situation muss im Hinblick auf die Zukunft der Glaubensfreiheit auf dem afrikanischen Subkontinent besorgt stimmen. In vielen Ländern mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung findet durch den gezielten Einfluss des politischen Islam eine Umschichtung der Gesellschaft nach Islam und Christentum statt. Das geschieht auf der lokalen Ebene genauso wie in ganzen Regionen. Die Umschichtung geschieht auf zweierlei Weise. In Ländern mit mehrheitlich muslimischen Regionen wird versucht, die nationale Gesetzgebung anhand der eigenen Rechtsauffassung zu ergänzen oder aber die herrschende Rechtslage zu umgehen (beispielsweise durch formlose Scharia-Gerichte). Parallel dazu wird versucht, den Einfluss des politischen Islam auf mehrheitlich christliche Regionen auszudehnen. Das geht immer wieder einher mit massiver Gewalt; vielen Staaten fehlt es an der nötigen inneren Stabilität, um ihren Bürgern ausreichend Sicherheit bieten zu können. All dies führt leicht in einen Teufelskreis, in dem Regierungen entweder an den Rand gedrängt oder korrumpiert werden, indem sie Betreibern von Verfolgung ‚um des Friedens willen' nachgeben. Doch indem sie dies tun, geben sie die christliche Bevölkerung der ethnischen Säuberung – oder einem Genozid – preis.

3.2. Religiöser und ideologischer Nationalismus

3.2.1. Christen ohne Rückzugsmöglichkeiten – Nationalismus erfasst Asien

Nationalistische Ausprägungen des Hinduismus und Buddhismus greifen in Asien mehr und mehr um sich und propagieren Schlagworte wie: „Ein Inder ist Hindu" oder „Wer zu Sri Lanka gehört, ist Buddhist". Im Westen gelten diese Religionen als friedlich, Christen in diesen Ländern jedoch erleben etwas anderes. Religiöser Nationalismus baut sich in Asien auf wie eine große Welle, die lange unsichtbar bleibt, aber an Geschwindigkeit und Höhe zunimmt, je näher sie der Küste kommt. Dort entfaltet sie ihre zerstörerische Wirkung – ähnlich wie der religiöse Nationalismus.

3.2.2. Hinduisierung in Indien (und Nepal)

Viele Christen in Indien leiden unter den Folgen des seit Jahren zunehmenden hinduistisch geprägten Nationalismus. Im Jahr 2017 wurde mit über 600 eine Rekordzahl an Übergriffen gegen Christen registriert (Bedrohung, gesellschaftliche Ausgrenzung, Missbrauch, Verhaftung etc.). Das ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs, da die meisten Vorfälle gar nicht gemeldet werden.

Auf dem Weltverfolgungsindex von 2014 stand Indien mit 55 Punkten auf Platz 28. Ein Jahr später folgte Platz 21 mit 62 Punkten. 2016 gab es einen Anstieg auf 68 Punkte und Platz 17. 2017 stand es auf Platz 15 mit 73 Punkten und 2018 rückt Indien auf Platz 11 vor, mit ernüchternden 81 Punkten.

Indien war Christen gegenüber einst tolerant. Vor etwa 20 Jahren gab es kaum Verfolgung, und in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre verfügte die Bharatiya Janata Partei (BJP) gerade einmal über zwei Sitze im Parlament. Gewalt gegen Christen oder andere Minderheiten war selten. Von 1964 bis 1996 wurden laut Dr. Ron Boyd-MacMillan nur 38 Vorfälle gemeldet. 1996 gewann die BJP zum ersten Mal die Wahl, doch die Regierung hielt sich nicht lange. Nachdem jedoch 1998 die Nationale Demokratische Allianz gebildet wurde, brach eine Welle der Gewalt gegen Christen los. Es begann mit 417 registrierten gewaltsamen Übergriffen gegen Christen von 1999 bis 2001. 33 von ihnen wurden getötet. Viele werden sich an den 58-jährigen australischen Missionar Graham Staines und seine beiden jungen Söhne erinnern, die lebendig in ihrem Auto verbrannten.

2004 erlebten die BJP und ihre Koalitionspartner eine überraschende politische Niederlage und die Gewalt gegen Christen ebbte ab. Die Rückkehr der BJP an die Macht im Jahr 2014 führte jedoch unmittelbar zu einem erneuten Anstieg von Übergriffen gegen Christen.

Indien steckt mitten in einem Prozess der Hinduisierung, der seinen Ursprung in der Hindutva-Ideologe (Hindu Prinzipien) oder im Hindu-Nationalismus hat. Dieser besagt, dass Indien nur dann eine Nation mit starkem Zusammenhalt und aufstrebender Kraft sein kann, wenn das Prinzip „EINE Religion, EINE Kultur und EIN Volk“ beibehalten wird. Der Gründer der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), M.S. Goldwalker, identifizierte fünf Charakteristika der Hindu Nation: geografische Einheit, rassische Einheit, kulturelle Einheit, sprachliche Einheit und den Slogan „Hindu, Hindi and Hindustan“. Er machte dazu folgende Äußerung:

„Nicht-Hindus in Hindustan müssen die Hindu Kultur und Sprache annehmen, die Hindu Religion respektieren und lernen, und dürfen keiner anderen Idee anhängen, als nur der Verherrlichung der Hindu Religion. Sie müssen also nicht nur jede Haltung der Intoleranz und Undankbarkeit gegenüber dem Land und seinen uralten Traditionen aufgeben, sondern müssen stattdessen die positive Haltung der Liebe und Hingabe annehmen. In einem Wort: Sie müssen aufhören, Fremde zu sein, andernfalls mögen sie im Land bleiben, aber in völliger Unterordnung zum Volk der Hindu, ohne Ansprüche, ohne dass sie Privilegien verdienen und noch weniger eine bevorzugte Behandlung, nicht einmal Bürgerrechte.“

Die RSS Bewegung ist im Land sehr präsent. Die BJP Partei, der politische Flügel der RSS, regiert in vielen Bundesstaaten und stellt auch die Zentralregierung mit Premierminister Narendra Modi. Modi leugnet kategorisch, dass es so etwas wie Verfolgung von Christen oder anderen Minderheiten in Indien gibt. In einer TV-Sendung erklärte er, dass er keine Kenntnis habe von brennenden Kirchen oder anderen Vorfällen der Verfolgung. Ein einflussreicher Leiter der extremistischen Hindubewegung verkündete bei einer Veranstaltung im Dezember 2014, Indien werde bis zum Jahr 2021 frei sein von Christen und Muslimen.

In der Zwischenzeit erleben Christen gesellschaftliche Ausgrenzung, Vertreibung, Inhaftierung, Drohungen, Missbrauch, physische Gewalt und auch Mord. Extremistische Hindus folgen einem Fünf-Schritte-Plan, um Christen ‚nach Hause zu bringen', wie ein indischer Open Doors-Partner erläutert:

1. Der Pastor wird aus der Gemeinde verjagt. Gemeindemitgliedern ist verboten, ihn zu kontaktieren oder das Dorf zu verlassen, um mit anderen Christen Gottesdienst zu feiern.
2. Gewaltbereite Hindus verhindern, dass die Christen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Sie dürfen keine von der Regierung bezahlte Stelle annehmen, Handel treiben, Wasser aus dem Brunnen schöpfen, Nahrungsmittel oder andere Produkte im lokalen Laden kaufen oder sogar mit anderen Menschen im Dorf sprechen.
3. Wie Berichte zeigen, kommt es dann häufig zu gewaltsamen Übergriffen: Familien werden bedroht, Christen zusammengeschlagen, Mädchen und Frauen vergewaltigt, Kinder entführt.
4. Zu einem bestimmten Zeitpunkt taucht der Hindupriester auf, um die Christen zu belehren und sie daran zu erinnern, dass sie einst als Hindus geboren wurden, um sie schließlich davon zu überzeugen, dass sie zur Religion ihrer Gemeinschaft zurückkehren sollten.
5. Leisten sie dann noch immer Widerstand, werden sie oftmals aus ihrem Haus gezerrt und in einer regelrechten Prozession zum Tempel geschleppt. Dort müssen sie sich vor den Götzenbildern verneigen und Verse aus Hinduschriften aufsagen. Nicht selten werden sie auch mit dem Dung und Urin einer Kuh eingeschmiert, um sie zu ‚reinigen'.

3.2.3. Nepal

Indien ist nicht das einzige Land, in dem ein Prozess der Hinduisierung forciert wird. Allem Anschein nach folgt Nepal dem Vorbild des ‚großen Bruders'. Das Land am Himalaya war 2017 noch nicht einmal auf dem Weltverfolgungsindex gelistet. 2018 nun rangiert es mit 64 Punkten gleich auf Rang 25. Die Situation für Christen in Nepal hat sich im aktuellen Berichtszeitraum merklich verschlechtert – in allen Lebensbereichen. Extremistische Hindus sind wesentlich aktiver geworden.

Mitarbeiter der Regierung und Behörden, Hindu-Geistliche, politische Parteien hinduistischer Prägung, die Familie und Freunde, wie auch die Gesellschaft insgesamt, haben alle zur Erhöhung des Druckes beigetragen. Die Anzahl der berichteten gewaltsamen Übergriffe ist spürbar gestiegen. Es gab Berichte über Angriffe auf Kirchen, Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Christen. Dutzende von ihnen wurden zusammengeschlagen, einige Christen mussten aufgrund von Drohungen aus ihren Häusern und Dörfern fliehen.

2017 war ein schwarzes Jahr für Indien und Nepal, und wenn der Trend anhält, wird 2018 schlimmer.

3.2.4. Buddhisierung

In der buddhistischen Welt gibt es einen ähnlichen Trend hin zum Nationalismus. Die Verfolgung in Ländern wie Sri Lanka, Bhutan und Myanmar nimmt jedoch andere Formen an und geschieht wesentlich unterschwelliger.

In buddhistischen Ländern gibt es beispielsweise kaum christliche Schulen. Christen sind also gezwungen, ihre Kinder in die buddhistische Schule zu schicken. Dort ist der Buddhismus Teil des Lehrplanes, buddhistische Rituale eingeschlossen. Während der Schulzeit leben die Kinder also zwangsläufig wie Buddhisten, was ihren christlichen Glauben unterhöhlt. Hinzu kommen zahlreiche gesetzliche Einschränkungen für Christen; so erhalten sie beispielsweise keine Bewilligung, um einen Raum für religiöse Versammlungen zu mieten.

Viele Praktiken ähneln auffällig denen in der hinduistischen Welt. So weigern sich einige Dorfgemeinschaften etwa, Christen in ihrer Mitte zu dulden. Wenn jemand im einem solchen Dorf Christ wird, erlebt er massive Drangsalierungen, bis er das Dorf verlässt.

In anderen Dörfern geschieht Ähnliches, wenn Christen aufhören, Almosen an die buddhistischen Mönche zu geben oder die Renovierung des buddhistischen Tempels finanziell zu unterstützen oder auch die Teilnahme an buddhistischen Festen verweigern. In diesen Fällen werden sie schikaniert, gezwungen zu zahlen und ihnen wird der Ausschluss aus dem Dorf angedroht. Gerade Christen aus Hauskirchen werden überwacht, auf sie wird Druck ausgeübt, ihrem Glauben abzusagen und sie werden von kommunalen Entscheidungen und Ressourcen ausgeschlossen.

Der Druck ist auch im alltäglichen Leben zu spüren, wenn sie keine Hilfe beim Sammeln von Bambus und Reparieren ihres Hauses erhalten oder der Zugang zum Dorfbrunnen verweigert wird. Regionen mit hohem christlichen Bevölkerungsanteil werden willkürlich benachteiligt durch mangelnde Infrastruktur und medizinische Versorgung. In den Konfliktzonen der nördlichen Bundesstaaten nahe Myanmar wird die Lieferung von humanitärer Hilfe an Christen nicht oder nur in minimalem Umfang erlaubt.

3.2.5. Christen in Minderheiten in der Zwickmühle

In den meisten buddhistischen Ländern sind Christen nicht die einzige Minderheit, die Verfolgung erlebt. Auch viele ethnische Minderheiten erleben Druck und oft auch Gewalt, häufig vonseiten der Bevölkerungsmehrheit. Davon sind auch die Christen innerhalb der Minderheitengruppen betroffen, zusätzlich werden sie jedoch innerhalb ihrer ethnischen Gruppe verfolgt, weil sie als Anhänger einer anderen Religion eine Minderheit in der Minderheit darstellen. Sie sind in einer Zwickmühle.

3.2.6. Ideologischer Nationalismus

Viele extremistisch ausgerichtete Hindus und Buddhisten verfolgen religiös-nationalistische Ziele. Es gibt noch eine weitere Gruppe von Nationalisten in Asien, die ideologisch motivierten Nationalisten. Diese Kategorie ist in den letzten Jahren immer deutlicher zutage getreten und wird gewöhnlich verknüpft mit dem Kommunismus, so z.B. in China, Vietnam und Laos. Für die Behörden in diesen Ländern ist Religion noch immer ‚Opium für das Volk', und sollte nach Möglichkeit beseitigt werden. Das hindert sie jedoch nicht daran, gelegentlich im Verbund mit buddhistischen und animistischen Leitern gegen die ‚ausländische' Religion des Christentums vorzugehen.

In all diesen Ländern hat der Kommunismus eine Wiederbelebung erfahren. Etwaige wirtschaftliche Öffnungen sollten keinesfalls als eine allgemeine Lockerung des Druckes oder gar Liberalisierung interpretiert werden – ganz im Gegenteil. In Vietnam beispielsweise bleiben Bürgerrechte und Religionsfreiheit unerreichbar und Christen sollten keine Zunahme an (Religions-)Freiheit erwarten und auch keine Verbesserungen durch das neue Religionsgesetz. Besonders Angehörige ethnischer Minderheiten christlichen Glaubens bekommen die volle Härte der Verfolgung zu spüren. Das wachsende Selbstbewusstsein des kommunistischen Regimes wurde im aktuellen Berichtszeitraum sehr deutlich, als ein katholischer Christ nach Frankreich und ein protestantischer Christ in die USA ausgewiesen wurden, obwohl sie beide vietnamesische Staatsangehörige waren.

Was China angeht wurde klar: Das alles überspannende Ziel der Kommunistischen Partei in China ist der Machterhalt, sowohl durch nationale Einheit als auch durch Einschränkung der Einflüsse von außen. Die Machthaber werden dafür alles tun, was ihnen notwendig erscheint. Die letzten Jahre weisen auf eine Rückkehr zu den ideologischen Wurzeln und Betonung der kommunistischen Leitlinien hin, wobei das Regime gegen jeden vorgeht, der als Gefahr eingestuft wird; dies schließt Christen ein. Der Machterhalt als oberstes Ziel der Führungsriege schließt auch die Kontrolle der Religionen ein. Die Frage, wie mit der wachsenden Anhängerschaft des christlichen Glaubens umgegangen werden soll, gewinnt an Bedeutung. Die ‚Sinisierung'[1] der Religionen (und ihrer Gemeinschaften) bleibt dabei der leitende Gedanke.

Die chinesische Regierung hat am 7. September 2017 angekündigt, dass die neuen Regularien für Religion am 1. Februar 2018 in Kraft treten. Während die Regeln detaillierter und offensichtlich strenger gefasst sind als frühere Versionen, wird alles davon abhängen, wie sie umgesetzt werden. Das Leben für Christen wird wahrscheinlich komplizierter, besonders wenn Hauskirchen sich nicht den registrierten offiziellen Kirchen anschließen wollen.

3.3. Europa

3.3.1. Deutschland: Abschiebung von Konvertiten in Verfolgerländer

In Deutschland gab es im Berichtszeitraum des WVI 2018 zunehmend Fälle von Abschiebung von zum christlichen Glauben konvertierten Muslimen in Länder wie Afghanistan, Pakistan und den Iran. Diese Konvertiten werden damit faktisch der Verfolgung preisgegeben.

[1] gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse

In vielen islamischen Ländern ist die Konversion zum christlichen Glauben gemäß dem Koran und dem islamischen Recht, der Scharia, verboten. Die Scharia steht dabei über allen anderen Gesetzen und bestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche. Entsprechend ist die Bestrafung der vom Islam Abgefallenen (Apostaten) gesetzlich festgelegt und kann auch außerhalb der Gerichtsbarkeit erfolgen (durch Familie, Stamm, Gesellschaft, religiöse Autoritäten). Zudem muss berücksichtigt werden, dass Christen im Iran wegen ihrer Konversion inhaftiert und im Gefängnis gefoltert werden und Konvertiten in Afghanistan ermordet wurden.

Berichten zufolge erhielten Konvertiten bei Anhörungen in Asylverfahren von Mitarbeitern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Hinweis, sie sollten nach der Abschiebung in ihr Herkunftsland ihren Glauben geheim halten. Dies verstößt gegen das Menschenrecht der Religionsfreiheit, die einschließt, dass eine Person das Recht hat, ihren Glauben privat wie öffentlich, allein und in Gemeinschaft zu leben.

Verfolgung in Deutschland

Viele Christen, darunter ein hoher Anteil Konvertiten, waren beispielsweise aus ihrem Heimatland Iran geflohen, weil sie dort vom iranischen Regime verfolgt wurden. Nach ihrer Ankunft in Deutschland erlebten viele von ihnen in den Flüchtlingsunterkünften erneut religiös motivierte Verfolgung. In der Erhebung vom Oktober 2016 „Mangelnder Schutz religiöser Minderheiten in Deutschland“ hat Open Doors hunderte Berichte von betroffenen christlichen Flüchtlinge dokumentiert, die gewaltsame Übergriffe und Morddrohungen erfahren haben. Dies betrifft auch Flüchtlinge, die durch das Engagement von Christen aller Konfessionen in Deutschland vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind und ebenfalls in großer Zahl in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollen. Dieser Trend ist auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten.

Berichten zufolge treffen Mitarbeiter des BAMF Entscheidungen in Asylverfahren auf Grundlage der Länderleitfäden des Auswärtigen Amtes, während die Informationen der Länderberichte des Weltverfolgungsindex nicht oder kaum berücksichtigt werden, welche die dramatischen Konsequenzen für Konvertiten in Verfolgerländern aufzeigen. Darüber hinaus wird die Religionsfreiheit der Konvertiten durch die Entscheider des BAMF außer Kraft gesetzt, indem der Glaubenswechsel von Konvertiten zum christlichen Glauben in vielen Fällen nicht anerkannt wird. Der Stimme von Pfarrern und Pastoren, die solche Konversionen zum christlichen Glauben begleitet haben, wird in den Asylverfahren kaum Gewicht zugemessen.

3.4. Gute Nachrichten

Man kann den Weltverfolgungsindex von Open Doors als Thermometer betrachten, das die ‚Temperatur der Verfolgung' in bestimmten Ländern misst. Leider kann für die meisten Länder nicht gesagt werden, dass das ‚Fieber' zurückgeht. Nur in einer Handvoll Ländern ist eine nennenswerte Verbesserung festzustellen. Allerdings gibt es eine Vielzahl an guten Nachrichten aus der verfolgten Kirche in Ländern, die aktuell nicht auf dem Weltverfolgungsindex geführt werden.

3.4.1. Tansania fällt aus dem Weltverfolgungsindex

Tansania ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie sich die Situation für die Christen in einem Land verbessern kann. Im Jahr 2017 stand Tansania mit 59 Punkten auf Platz 33 des Weltverfolgungsindex. Für 2018 verbesserte sich das Land um 6 Punkte und ist damit nicht mehr unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex. Allerdings ist mit 53 Punkten noch immer eine beträchtliche Verfolgung im Land.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist christlich, allerdings nimmt die muslimische Bevölkerung zu. Besonders junge Muslime sind anfällig für extremistische Einflüsse, die von Gruppen wie Al Shabaab aus den Nachbarländern Somalia und Kenia kommen.

Eine Gruppe mit dem Namen ‚Uamsho' (das Erwachen) kämpft dafür, dass die Insel Sansibar autonom wird und unter Islamisches Recht (Scharia) gestellt wird. Ihre Anhänger haben begonnen, mit Gewalt gegen Christen vorzugehen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Ende 2015 jedoch wurde John Magufuli ins Präsidentenamt gewählt, was zu einer Veränderung im Land führte. Die Behörden gingen hart gegen islamistische Gruppen vor. Deren Leiter wurden verhaftet oder tauchten ab. Die Gewalt gegen Christen nahm daraufhin deutlich ab.

3.4.2. Unruhen in Äthiopien und Kenia – Muslime und Christen teils in politischen Zielen vereint

Kenia belegt auf dem Weltverfolgungsindex 2018 mit 62 Punkten Platz 32. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Land um 6 Punkte verbessert. Äthiopien hat sich um 2 Punkte verbessert und kommt ebenfalls auf 62 Punkte, es rangiert derzeit auf Platz 29. Für beide Länder liegt dafür ein ähnlicher Grund vor: Muslime und Christen haben ein gemeinsames Ziel angestrebt.

In Kenia kam es durch die Präsidentschaftswahlen 2017 zu vielen Unruhen im Land. Uhuru Kenyatta wurde zum Sieger erklärt, doch sein Herausforderer Raila Odinga focht das Wahlergebnis an. Später boykottierte die Opposition die neu ausgerufenen Wahlen. Ein Open Doors Analyst erklärt die Situation: „Bei Wahlen ist die Zugehörigkeit zum Stamm wichtiger als die Religionszugehörigkeit. So kommen Muslime und Christen vom gleichen Stamm gut miteinander aus." Die politischen Allianzen in Kenia stützen sich auf die Stämme.

Weniger Druck durch die Regierung erlebten die Christen in Äthiopien, wo in den beiden letzten Jahren viele Menschen gegen die Regierung protestierten. Sie wollen Veränderung: ein Ende der Korruption, die Einhaltung der Menschenrechte, mehr Demokratie, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, etc. Auch hier haben sich Muslime und Christen für eine gemeinsame Sache zusammengeschlossen. Die Proteste und Unruhen zwangen die Regierung im Oktober 2016 dazu, den Notstand auszurufen, der fast das gesamte Jahr 2017 in Kraft blieb. Dadurch hatte die Regierung weniger Möglichkeit, die Christen zu verfolgen, die ihren Glauben außerhalb der Kirchenmauern praktizierten.

Die schlechte Nachricht dabei ist, dass die Regierung gewaltsam gegen die Protestierenden vorging. Die gezielte Verfolgung von Christen hat jedoch im Berichtszeitraum 2018 abgenommen. Das gewaltsame Eingreifen der Regierung, bei dem etliche Demonstranten verwundet oder sogar getötet wurden, hat keinen Einfluss auf die Punktzahl des Landes, da in diesem Fall kein Zusammenhang mit dem Glauben der Opfer bestand.

In Kenia ist allerdings ein neues und alarmierendes Phänomen zu beobachten: Die islamistische Gruppe Al Shabaab hat im aktuellen Berichtszeitraum mehr als 30 Christen enthauptet. Dies scheint Teil einer Strategie zu sein mit dem Ziel, unter den Christen Angst und Schrecken zu verbreiten und sie so massenweise in die Flucht zu treiben.

3.4.3. Vietnam bewegt sich wieder zurück in einen „Normalzustand“

Während Vietnam auf dem Weltverfolgungsindex 2017 nach dem Mord an drei Christen auf Platz 17 vorrückte, ist die Wertung 2018 wieder um zwei Punkte auf 69 zurückgegangen. Damit liegt das Land auf Rang 18. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es weniger gewaltsame Übergriffe; der Druck auf die Christen bleibt jedoch auf sehr hohem Niveau. Während als positiv verzeichnet werden kann, dass kein Christ um seines Glaubens willen getötet wurde, gehen die Behörden in Vietnam weiter hart gegen Christen aus ethnischen Minderheiten vor. 2018 soll zudem ein neues Religionsgesetz für alle Christen eingeführt werden.

3.4.4. Weniger Gewalt in Syrien

Syrien hat seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex 2018 verbessert. Nach einem Rückgang um 10 Punkte gehört das Land jetzt nicht mehr zu den zehn Ländern der Welt, in denen Christen am härtesten verfolgt werden. Die Verbesserung der Situation hat damit zu tun, dass weniger Berichte von gezielter Gewalt gegen Christen vorlagen. Der Hauptgrund dafür dürfte die Befreiung ehemals vom IS besetzter Gebiete sein. Allerdings ist es nach wie vor schwer, Informationen aus allen Regionen zu erhalten, da der Krieg viel Chaos verursacht hat. Die Gewalt gegen Christen ist nicht verschwunden: Nach wie vor wurden Christen im Berichtszeitraum entführt, körperlich und sexuell misshandelt oder mussten aus ihrem Haus und teils aus dem Land fliehen.

3.4.5. Länder, die sich nur augenscheinlich verbessert haben

Pakistan von 88 auf 86 Punkte: Es gibt für die Christen im Land leichte Verbesserungen in einigen Lebensbereichen; im Bereich Auftreten von Gewalt weist das Land weiterhin die maximale Punktzahl auf. Insgesamt sind die Verbesserungen kaum merklich.

Nigeria von 78 auf 77 Punkte: Der Einfluss von Boko Haram hat nachgelassen; unglücklicherweise haben gleichzeitig die gewaltsamen Übergriffe von Hausa-Fulani Viehhirten gegen Christen zugenommen, wobei viele getötet oder von ihren Farmen vertrieben wurden.

Katar und Bangladesch weisen aktuell eine niedrigere Punktzahl als im Vorjahr auf. In Katar ist keine Verbesserung der Situation festzustellen, lediglich die etwas genauere Auswertung der Situation der Konvertiten mit muslimischem Hintergrund hat zur Veränderung der Punktzahl geführt. In Bangladesch gab es weniger gewaltsame Übergriffe; gleichzeitig ging die Regierung entschiedener als zuvor gegen islamisch-extremistische Gruppen vor, was zu etwas schwächerem Druck auf die Christen geführt hat.

3.4.6. Die Unterstützung verfolgter Christen steht im Zentrum

Den Blick für den Einzelnen bewahren

Die persönlichen Geschichten einzelner Christen – nicht so sehr die Zahlen – zeigen die oft furchtbare Härte von Christenverfolgung. Das Beispiel von Christina steht für Millionen anderer Betroffener.

Christina ist wieder zu Hause! Als sie gerade einmal drei Jahre alt war, entriss ein IS-Kämpfer die kleine Christina den Armen ihrer Mutter. Drei Jahre lang lebte sie bei einer muslimischen Familie im IS-Gebiet. Mit der Befreiung von Mossul kam auch Christina frei. Die muslimische Familie brachte die Kleine zurück zu ihren Eltern – heute geht es ihr wieder gut. Das ist nur ein Beispiel für gute Nachrichten aus dem Irak. Viele Familien sind nach der militärischen Niederlage des IS in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Was in den Herzen und Köpfen der Menschen weiterlebt, ist allerdings ungewiss. Dementsprechend herrscht unter den Christen noch immer große Unsicherheit und teilweise Furcht im Blick auf die Zukunft; aber ein Anfang ist gemacht.

Schulung der Gemeinden trägt Früchte

Schulung der Christen in Mexiko: Open Doors hatte einen Übersetzer aus Mexiko beauftragt, die schriftlichen Unterlagen für das ‚Fest-stehen-im-Sturm-Seminar' ins Spanische zu übertragen. Mit dem Kurs hilft Open Doors Christen weltweit, in Verfolgungssituationen standhaft zu bleiben. Drei Monate lang arbeitete der Mann an den Texten und hatte dabei den Eindruck, dass Gott ihn ganz persönlich und tief unterweisen würde. Tatsächlich benötigte er die Lektion selbst, als er kurz darauf ins Gefängnis geworfen wurde. Seit seiner Freilassung hilft er wieder mit, Christen auf mögliche Verfolgung vorzubereiten.

Christen durch gezielte Hilfe ermutigt – Beispiel Kamerun

Hilfe für christliche Binnenflüchtlinge in Kamerun: Durch die von Boko Haram verbreitete Gewalt wurden im nördlichen Kamerun seit 2014 mehr als 2.000 Personen getötet, mindestens 155.000 mussten fliehen. Obwohl mehrere NGOs in der Region den Binnenflüchtlingen Hilfe leisteten, wurden Christen bei der Verteilung der Hilfsgüter oft benachteiligt. Dank seiner Unterstützer konnte Open Doors in Mora Hilfsgüter für mehr als 300 christliche Flüchtlingsfamilien verteilen. Pastor Mattieu, einer der Hilfsempfänger, sagte: „Der Herr Jesus Christus möge alle segnen, die uns finanziell und auch im Gebet unterstützt haben. Nun seid ihr sogar zu uns gekommen, um uns persönlich zu sehen und mit uns zu sprechen! Das ermutigt uns sehr in unserer Tätigkeit für den Herrn, weil ihr an unseren Leiden teilnehmt. Danke, dass ihr immer wieder für uns betet."

Verbindung zu Christen vor Ort ermöglicht Unterstützung in akuten Notlagen

Aus der philippinischen Stadt Marawi, kam eine dankbare Rückmeldung von Hilfeempfängern. Im vergangenen Jahr hatte eine dem IS nahestehende Gruppe die Stadt für mehrere Wochen in ihre Gewalt gebracht und dabei unter anderem mehrere Christen getötet. Bei einem Treffen mit Betroffenen nach der Befreiung sagte die Frau eines Pastors gegenüber Open Doors: „Als die Kämpfe losgingen, haben wir in der ersten und zweiten Woche Hilfe von mehreren Seiten erhalten. Doch dann sind alle verschwunden. Ihr seid geblieben! Ihr gabt uns Reis, und wir konnten essen. Gott lässt seine Kinder nicht im Stich, und dafür danke ich ihm!" Es sind diese kleinen Hilfeleistungen – jemand zu essen geben oder jemand trösten – die die Christen ermutigen, in einem feindlichen Umfeld durch- und festzuhalten.

Die christliche Gemeinde wächst unter schwierigsten Bedingungen

Christen werden im Gefängnis oftmals zu Boten des Evangeliums: Ihre Namen dürfen hier nicht erwähnt werden, weil dies ihre Verfolgung verschlimmern könnte. Es gibt Tausende von Christen auf der ganzen Welt, die wegen ihres Glaubens in Gefängnissen sitzen und dort als Botschafter von Jesus handeln. Das ist ihr Auftrag an diesen Orten. So hören andere Häftlinge das Evangelium. Dennoch ist es alles andere als leicht für sie, ihr Leid zu ertragen; ihre Erlebnisse sind zuweilen traumatisch. Doch sie erleben auch, wie Gott sie stärkt und mit Freude erfüllt. Sie benötigen unsere täglichen Gebete.

Die Untergrundgemeinde wächst: Ländernamen und Zahlen dürfen hier zum Schutz der Christen nicht weitergegeben werden, aber Open Doors erhält aus vielen Ländern Berichte über wachsende Gemeinden – häufig im Untergrund. Das gilt beispielsweise für Nordkorea, Indien und viele islamische und buddhistische Länder.

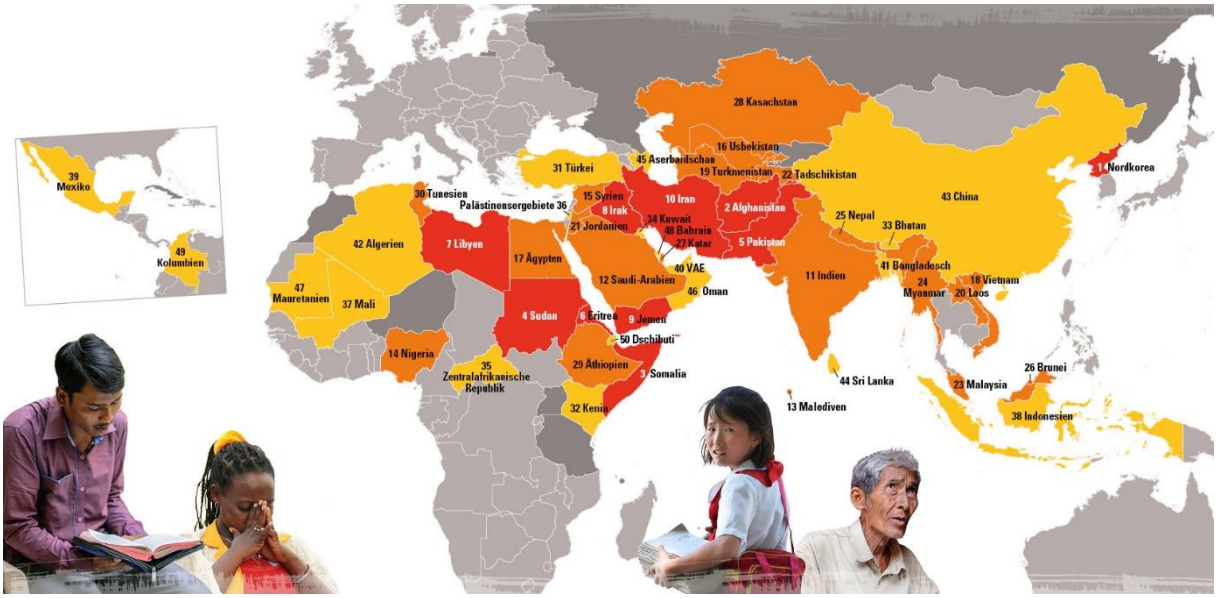
Viele Flüchtlinge aus Nordkorea kehren aus China in ihr Heimatland zurück, wenn sie zum christlichen Glauben gekommen sind; sie wollen ihren Landsleuten trotz der Todesgefahr das Evangelium verkünden. Eine Kontaktperson von Open Doors aus China, die nordkoreanische Flüchtlinge unterstützt, sagte vor kurzem bei einem Treffen: „Gott beantwortet eure Gebete. Ich mache diese Arbeit schon seit vielen Jahren, aber nie zuvor habe ich erlebt, dass so viele Menschen aus Nordkorea zum Glauben an Jesus Christus kommen. Was wäre, wenn Gott das Land von innen heraus verändert?"

Auf den Punkt gebracht

Der Weltverfolgungsindex informiert aktuell und detailliert über das Ausmaß und die Brennpunkte der weltweiten Christenverfolgung. Regierungen von Ländern, in denen Christen verfolgt werden, werden herausgefordert, Christen besser zu schützen und die Einhaltung von Menschenrechten zu gewährleisten. In freien Ländern bietet der Weltverfolgungsindex Politikern und Verantwortungsträgern Orientierung für wertebasierte Entscheidungen auf Grundlage detaillierter Informationen. Medien erhalten die Möglichkeit, auf die weltweite Christenverfolgung und massiven Einschränkungen der Religionsfreiheit aufmerksam zu machen und damit die Unterstützung der Betroffenen zu fördern. Christen will der Weltverfolgungsindex dazu ermutigen, sich betend und helfend an die Seite ihrer verfolgten Brüder und Schwestern zu stellen.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

4. Informationen zu den einzelnen Ländern



1	Nordkorea	26	Brunei
2	Afghanistan	27	Katar
3	Somalia	28	Kasachstan
4	Sudan	29	Äthiopien
5	Pakistan	30	Tunesien
6	Eritrea	31	Türkei
7	Libyen	32	Kenia
8	Irak	33	Bhutan
9	Jemen	34	Kuwait
10	Iran	35	Zentralafrikanische Republik
11	Indien	36	Palästinensergebiete
12	Saudi-Arabien	37	Mali
13	Malediven	38	Indoniesen
14	Nigeria	39	Mexiko
15	Syrien	40	Vereinigte Arabische Emirate
16	Usbekistan	41	Bangladesch
17	Ägypten	42	Algerien
18	Vietnam	43	China
19	Turkmenistan	44	Sri Lanka
20	Laos	45	Aserbaidschan
21	Jordanien	46	Oman
22	Tadschikistan	47	Mauretanien
23	Malaysia	48	Bahrain
24	Myanmar	49	Kolumbien
25	Nepal	50	Dschibuti

zurück zum Inhaltsverzeichnis

Nordkorea: Platz 1

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung von Christen in Nordkorea geht zunächst und vorwiegend vom Staat aus. Seit drei Generationen ist das Land darauf ausgerichtet, die machthabende Kim-Familie zu verehren. Die Paranoia des Machthabers Kim Jong Un nimmt zu. Die Isolation des Landes wächst durch die jüngste Serie von Raketentests und die daraus resultierenden Sanktionen. Christen werden als feindseliges Element in der Gesellschaft angesehen, das eliminiert werden muss. Aufgrund der permanenten Indoktrinierung, die das gesamte Land durchdringt, sind Nachbarn und Familienmitglieder sehr wachsam und melden alles Verdächtige den Behörden. Insbesondere Kinder können durch diese Indoktrinierung so stark beeinflusst werden, dass sie ihre eigenen Eltern in dem Glauben, etwas Gutes zu tun, melden. Aus diesem Grund entscheiden sich viele Eltern dazu, ihren Kindern nicht von ihrem christlichen Glauben zu erzählen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Werden Christen entdeckt, ist es unerheblich, ob sie Nachkommen der christlichen Gemeinschaften aus der Zeit vor dem Koreakrieg sind oder auf andere Weise zum christlichen Glauben gefunden haben – beispielsweise während der großen Hungersnot in den 1990er Jahren, die zehntausende Nordkoreaner dazu veranlasste, in China nach Hilfe zu suchen, die sie oft in chinesischen Kirchen fanden. Entdeckte Christen werden in Arbeitslager verschleppt und wie politische Gefangene behandelt oder sogar auf der Stelle getötet. Ihre Familien teilen ihr Schicksal. Christen haben nicht den geringsten Raum im öffentlichen Leben – im Gegenteil, es wird sogar öffentlich vor ihnen gewarnt. Es ist für Christen fast unmöglich, sich mit anderen Christen zum Gottesdienst zu versammeln. Diejenigen, die das Risiko eingehen, müssen es in größter Heimlichkeit tun. Die wenigen Kirchen, die Besuchern in der Hauptstadt Pjöngjang gezeigt werden, dienen lediglich Propaganda-Zwecken.

Beispiele: Aufgrund der extrem schwierigen Sicherheitslage können keine Details zu Razzien und Exekutionen von Christen genannt werden. Der kanadisch-koreanische Pastor Hyeon Soo Lim wurde am 9. August 2017 aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er angeblich seine Schuld gestanden haben soll. Pastor Dong Cheol Kim ist noch immer in Nordkorea gefangen. Die koreanisch-amerikanischen Christen und Dozenten der Universität für Wissenschaft und Technik Pjöngjang (PUST) Tony Kim und Hak Song Kim wurden im April und Mai 2017 verhaftet. Nordkorea beschuldigte sie, gegen die Regierung aktiv geworden zu sein. Laut Berichten sucht die Universität seitdem explizit nach nichtamerikanischem Personal.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Nordkorea ist seit 2002 an erster Stelle des Weltverfolgungsindex (WVI). Das Land bleibt weiterhin auf Rang 1; die Punktzahl ist im Vergleich zum WVI 2017 um zwei Punkte gestiegen. In diesem Jahr folgt Afghanistan jedoch sehr knapp auf Platz 2. Wie in den vergangenen Jahren sind Christen in Nordkorea extrem hohem Druck in allen im WVI aufgeführten Lebensbereichen ausgesetzt und erleben ein sehr hohes Maß an Gewalt, die sich direkt gegen sie richtet. Der Anstieg der Punktzahl ist auf die weiter gewachsene Paranoia der Regierung zurückzuführen, die eine Folge der verstärkten, selbst herbeigeführten Isolation des Landes, selbst vom wichtigen Nachbar China, ist.

Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Obwohl Nordkorea in der Theorie noch immer ein kommunistisches Land ist, überwiegt in der Realität ein Personenkult. Da jedoch die kommunistische Verwaltungsstruktur des Landes aufrechterhalten wird, ist „Kommunistische Unterdrückung“ weiterhin die Haupttriebkraft der Verfolgung. Die Ergebnisse des siebten Kongresses der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 – der erste seit 36 Jahren – brachten weder wirtschaftlich noch ideologisch Änderungen mit sich. Christen werden weiterhin als gefährlich betrachtet und ihre Religion als „Opium für das Volk“ eingestuft – wie im klassischen Kommunismus. Laut dem nordkoreanischen Gesellschaftssystem *Songbun* sind sie zudem Teil der feindlichen Gesellschaftsklasse.

Diktatorische Paranoia: Seit 1948 wird Nordkorea von einer einzigen Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie bereits erwähnt ist die ursprünglich verfolgte kommunistische Ideologie in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil, die Gesellschaft zu kontrollieren, weiter fortbesteht. Inzwischen ist Nordkorea zu einem deutlichen Beispiel für ein Land geworden, das von „Diktatorischer Paranoia“ beherrscht wird. Jeder muss den Führer verehren und aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes ist Kim Jong Un unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch über die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft herrscht.

Auch wenn seine Macht noch nicht so absolut wie die seines Vaters oder Großvaters sein mag, kann es niemand wagen, seine Autorität in Frage zu stellen. Die gottgleiche Verehrung der Kim-Familie lässt keinerlei Raum für eine andere Religion. Jeder, der jemanden oder etwas neben der Kim-Dynastie verehrt, wird als gefährlich und staatsgefährdend eingestuft. Der volle Titel von Kim Jong Un lautet: „Geliebter Genosse Kim Jong Un, Vorsitzender der Koreanischen Arbeiterpartei, Vorsitzender des Komitees für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee.“ Im Oktober 2017 beförderte Kim Jong Un seine Schwester in das Politbüro und machte sie damit zu einem Teil der politischen Elite, die das Land regiert. Dies verdeutlicht die Lebenswirklichkeit Nordkoreas, in der eine Familie Partei und Land beherrscht.

Verfolger

- Die stärkste Verfolgung von Christen in Nordkorea geht vom Staat aus. Seit drei Generationen ist das Land darauf ausgerichtet, die machthabende Kim-Familie zu verehren – diese Einstellung ist auch mit der jüngeren Generation nicht verschwunden, seit Kim Jong Un im Dezember 2011 an die Macht gekommen ist. Christen werden als feindlicher Teil der Gesellschaft angesehen, der beseitigt werden muss – egal wie.

- Selbst die eigenen Familienmitglieder können Christen bei den Behörden melden. Insbesondere Kinder können durch diese Indoktrinierung so stark beeinflusst werden, dass sie ihre eigenen Eltern in dem Glauben, etwas Gutes zu tun, melden. Aus diesem Grund entscheiden sich viele Eltern dazu, ihren Kindern nicht von ihrem christlichen Glauben zu erzählen.

- Aufgrund der permanenten Indoktrinierung, die das gesamte Land durchdringt, sind Nachbarn und Familienmitglieder sehr wachsam und melden alles Verdächtige den Behörden.

Hintergrund

Das politische System des Landes gründet sich auf zwei Ideologien. Die eine wird „Juche“ genannt. Im Wesentlichen besagt sie, dass der Staat vollkommen autark ist. Die andere ist der Kimilsungismus (benannt nach dem Staatsgründer Kim Il Sung). Er beschreibt die Verehrung der Führer des Landes, die als allmächtige Instanzen die Geschicke Nordkoreas lenken. Jeder Bürger muss an wöchentlichen Treffen teilnehmen, bei denen alle Bürger jeder Altersklasse ideologisch geschult und indoktriniert werden. Auch die Teilnahme an Sitzungen, in denen Selbstkritik geübt werden muss, ist Pflicht. Es ist keinem Nordkoreaner erlaubt, abweichende Ideen zu entwickeln, seien sie religiöser oder anderer Natur. Das strenge System gesellschaftlicher Kontrolle führt zu einem hohen Maß an Selbstzensur und Selbstkontrolle bezüglich dessen, was man und zu wem man es sagt, selbst in den privatesten und familiären Beziehungen. Ein Sprichwort aus Nordkorea fasst dieses Misstrauen in der Gesellschaft zusammen: „Wo zwei oder drei zusammenkommen – da ist einer ein Spion.“

Die Hoffnungen, dass Kim Jong Un Nordkorea nach seiner Machtübernahme im Dezember 2011 für Verbesserungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und diplomatischen Bedingungen öffnen würde, wurden enttäuscht. Das Regime scheint entschlossen zu sein, das Land weiter zu isolieren – selbst wenn man von den fortwährenden Raketen- und Atomtests, der Kriegsrhetorik und den Drohungen, interkontinentale Raketen nicht nur auf Guam, sondern auch auf das amerikanische Festland zu feuern, absieht. All diese Tests könnten als Versuch angesehen werden, die Großmächte und Nachbarländer Nordkoreas zurück an den Verhandlungstisch zu bewegen. Bisher hat sich das Land jedoch nur weiter in die politische und ökonomische Isolation begeben. Dies wird beispielsweise dadurch widergespiegelt, dass mehrere Länder nordkoreanische Botschaften haben schließen lassen.

Auch im sechsten Jahr seiner Herrschaft hat Kim Jong Un weder einen ausländischen Staat bereist, noch wurde er von einem ausländischen Staatsoberhaupt besucht. Er entschied sich sogar dafür, enge Verbündete, darunter den wichtigsten Partner China, zu verärgern – selbst den großen Nachbarstaat hat er bisher nicht besucht. Kim Jong Un nahm kein Blatt vor den Mund, als er die Entwicklung Chinas in seiner Eröffnungsrede beim siebten Kongress der Arbeiterpartei verurteilte: „Obwohl der dreckige Wind der bürgerlichen Freiheit, Reformen und Aufgeschlossenheit in unserer Nachbarschaft weht, werden wir den Geist des Songun [militärische Macht zuerst] mit Waffen beflügeln und auf dem Pfad des Sozialismus, den wir gewählt haben, voranschreiten." Das sind starke Worte in Anbetracht der Tatsache, dass China der einzige Staat ist, auf den sich Nordkorea noch stützen kann. Diese kühle Haltung dem letzten Verbündeten gegenüber kann nur so verstanden werden, dass das Regime in Pjöngjang Gefallen an der zunehmenden Isolation findet. Zuletzt hat sich Kim Jong Un im November 2017 entschlossen, einen hochrangigen chinesischen Gesandten nicht zu empfangen. Dies zeigt ebenfalls, wie sich die Beziehung der beiden Länder abkühlt. Das sichtbarste Zeichen für diese selbstgewählte Isolation ist jedoch der öffentliche Mord an Kim Jong Uns Halbbruder Kim Jong Nam am Flughafen von Kuala Lumpur im Februar 2017. Die internationale Berichterstattung versäumte es, die fatalen Auswirkungen des Attentats auf die Beziehungen mit einem der wenigen Länder aufzuzeigen, mit dem Nordkorea bis dahin ein relativ gutes Verhältnis unterhielt: Malaysia legte bis auf Weiteres alle Beziehungen zu Nordkorea auf Eis.

Obwohl die meisten Nordkoreaner nicht mehr vom Verhungern bedroht sind wie in den 1990er-Jahren, bleibt die Grundversorgung aufgrund der geografischen Lage des Landes und der Witterungsbedingungen eine Herausforderung. Hunger ist ein Feind, der Tag für Tag präsent ist. Ein Großteil der Bevölkerung ist noch immer unterernährt und der Anteil unterentwickelter Kinder ist sehr hoch. Die Situation verschlimmert sich dadurch, dass das Regime sich weigert, mit internationalen Organisationen zu kooperieren und ihnen Zugang zu den am stärksten betroffenen Gebieten zu gewähren. Im Juli 2017 warnte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, dass die Ernte von Reis, Mais, Kartoffeln und Sojabohnen aufgrund von außergewöhnlich trockenen Wetterbedingungen von April bis Juni sehr schwach ausfallen könnte. Einen weiteren Hinweis auf die schwierige Versorgungslage lieferte ein Soldat, der im November 2017 bei seiner Flucht die innerkoreanische Grenze überquerte und schwer verwundet wurde. Bei einer medizinischen Untersuchung wurden viele Parasiten im Verdauungstrakt des Soldaten gefunden. Da er ein Elitesoldat war, der die wichtige Aufgabe bekommen hatte, die Grenze zu Südkorea zu bewachen, sollte er sich eigentlich in einem körperlich besseren Zustand befinden als der durchschnittliche Bürger. Auf der anderen Seite hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes leicht verbessert, da das Regime ein gewisses Maß an Privatwirtschaft zulässt. Natürlich ist dies noch lange keine freie Marktwirtschaft, aber es lässt den Menschen etwas mehr Handlungsspielraum. Ein Bericht, der im August 2017 veröffentlicht wurde, zeigt auf, dass etwa fünf Millionen Menschen – etwa 20 Prozent der Bevölkerung Nordkoreas – direkt oder indirekt auf diese Form der Privatwirtschaft angewiesen sind.

Der siebte Kongress der Koreanischen Arbeiterpartei im Mai 2016 machte jedoch deutlich, dass man nicht zu viel von dieser Entwicklung erhoffen darf. Die von ausländischen Beobachtern erwarteten Ankündigungen von Reformen, insbesondere im Wirtschaftssektor, blieben aus. Angesichts der Tatsache, dass der Parteikongress zum ersten Mal seit 36 Jahren stattfand, lag der Fokus des Regimes darauf, die Ideologie und die vorherrschende Rolle der Partei und des Führers neu zu betonen und führte letztlich dazu, dass wirtschaftliche und andere Themen mehr oder weniger vernachlässigt wurden. Christen würden sehr wahrscheinlich von einer verbesserten wirtschaftlichen Lage profitieren, so wie jeder andere Staatsbürger. Viele Christen haben Mühe, ihre Grundversorgung zu sichern, da sie vornehmlich zu den ärmeren Gesellschaftsschichten gehören. Ein weiteres Problem stellt für sie der allgegenwärtige Einsatz von Bestechungsgeldern dar, da dies gegen ihre christlichen Überzeugungen verstößt.

Eine wichtige Möglichkeit für die Führung, an ausländische Devisen zu kommen, besteht darin, Gastarbeiter ins Ausland zu entsenden, selbst nach Europa. Diesen Gastarbeitern wird nahezu alles verdiente Geld wieder abgenommen. Wenn dies der Umgang mit dem regimetreuen Teil der Bevölkerung ist, dem genug Vertrauen entgegengebracht wird, ins Ausland gesendet zu werden, kann man sich kaum ausmalen, wie die Führung mit der feindlichen Klasse umgeht, zu der Christen gehören. Aber auch diese Praxis wird eine zunehmende Herausforderung für das Regime, das mit immer härteren internationalen Sanktionen zu kämpfen hat. Die Sanktionen, die 2017 als Reaktion auf die anhaltenden Nuklear- und Raketentests verhängt wurden, zeigen ihre Wirkung, und Nordkorea blickt auf der Suche nach Hilfe zunehmend nach Russland.

Die Flucht aus dem Land selbst wird grundsätzlich schwieriger, weil China seine Grenzen zunehmend mit Zäunen und anderen Schutzmaßnahmen absichert. China nimmt verstärkt nordkoreanische Flüchtlinge fest und bringt sie in das Land zurück. Diese Maßnahme könnte auch Christen gefährden. Die Preise, die Schlepper verlangen, um Flüchtlinge illegal von Nordkorea nach China zu bringen, sind in den vergangenen Monaten sprunghaft angestiegen. Ende 2016 lag der durchschnittliche Preis pro Person bei etwa 8.900 US-Dollar – 2017 mussten Flüchtlinge bis zu 16.000 US-Dollar zahlen. Zudem sind Zeiten der starken Spannungen mit Südkorea immer auch Zeiten erhöhter Propaganda und stärkerer ideologischer Kontrollen. Dies führt immer auch zu erhöhtem Druck auf Christen.

Da das Regime in Nordkorea kommunistisch ist und alle Religionen als „abergläubisch“ angesehen werden, werden sie bekämpft. Asiatischen Religionen wie dem Buddhismus wird etwas mehr Spielraum zugestanden. Sie werden nicht als „westlich“ angesehen und der Ausübung dieses Glaubens kann im Geheimen mit etwas weniger Risiko nachgegangen werden.

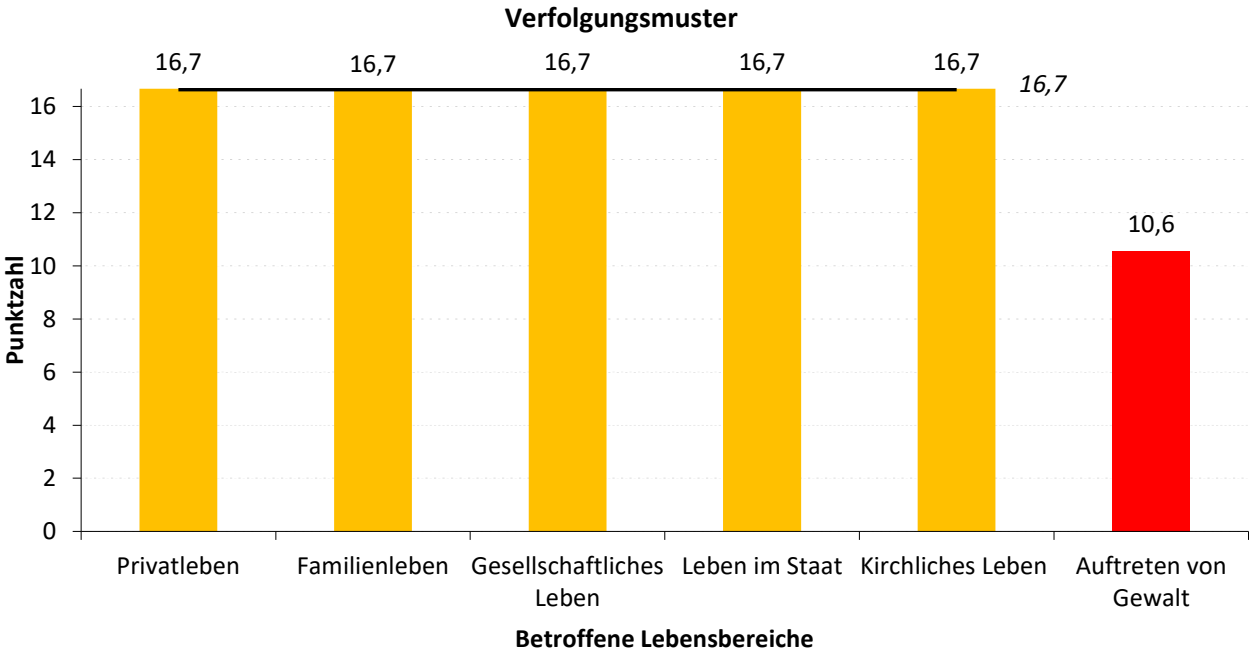
Betroffene Kategorien von Christen

Da es in Nordkorea weder Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten noch protestantische Freikirchen gibt, gehören alle Christen zu einer der beiden nachfolgenden Gruppen und erleben die stärkste nur vorstellbare Verfolgung:

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gemeinschaften entstanden bereits vor dem Koreakrieg (1950 - 1953). Während viele Christen im Krieg starben oder aber in den Süden flohen, sind andere geblieben. Sie und ihre Nachkommen bilden diese Gemeinden. Jeder Bürger wird in ein Klassensystem eingeordnet, das „Songbun“ genannt wird. Nach dieser Einstufung gehören Christen zur „feindlichen Klasse“ und werden nochmals in zwei Unterklassen unterteilt, die „37“ für protestantische Christen und die „39“ für katholische Christen. Diesen Klassen gehören Christen an, von denen bekannt ist, dass ihre Eltern oder Großeltern Christen waren. Als Strafe dafür, das falsche „Songbun“ zu haben, wurden die meisten von ihnen in abgelegene Dörfer verbannt. Nur wenigen dieser historisch gewachsenen christlichen Gemeinden ist es gelungen, ihren Glauben zu verbergen und Untergrundkirchen zu bilden. Wegen des Prinzips der Sippenhaft sind die Nachkommen dieser Christen mit unüberwindbaren gesellschaftlichen und anderen Hindernissen konfrontiert und werden misstrauisch beobachtet.

Christliche Konvertiten: Diese Christen haben alle einen kommunistischen Hintergrund oder verehrten zuvor die ehemaligen Staatsführer Kim Il Sung und Kim Jong Il. Viele von ihnen kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungersnot unzählige Nordkoreaner die Grenze zu China überquerten und bei chinesischen Kirchen Hilfe fanden. Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nordkorea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Nordkorea ist in fast allen Lebensbereichen angestiegen und befindet sich auf einem extrem hohen Level. Der Druck ist von durchschnittlich 16,4 auf den Maximalwert 16,7 gestiegen.

- Das Verfolgungsmuster reflektiert die Realität eines Staates, der in allen Bereichen der Gesellschaft von Diktatorischer Paranoia beherrscht wird. Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, für das der Begriff „Paranoia“ zutreffender wäre – in Nordkorea ist alles davon betroffen.
- Der Wert für Gewalt ist von 9,8 auf 10,6 angestiegen, da nicht nur Häuser von Christen durchsucht wurden, sondern auch Straßenstände und Geschäfte.

Privatleben: Angesichts der geschilderten Situation verwundert es nicht, dass die Verfolgung im Privatleben den Höchstwert erreicht. Es ist äußerst gefährlich, die Bibel zu lesen oder seinen christlichen Glauben auf welche Art auch immer zu zeigen. Bibeln und andere Materialien werden sorgfältig versteckt und nur dann hervorgeholt, wenn man sich absolut sicher sein kann, dass man alleine ist. Christliches Material wird aufgeteilt oder zerstört, nachdem es auswendig gelernt wurde, da es zu gefährlich ist, komplette Exemplare aufzubewahren. Treffen mit anderen Christen sind höchst gefährlich, mit nichtchristlichen Familienmitgliedern oder anderen über den Glauben zu sprechen, ist nahezu unmöglich. Allen Familienmitgliedern wird beigebracht, dass ihre Loyalität zuerst der Kim-Familie gehört. Aufgrund dieser eingeforderten Loyalität und dem großen Druck sind sogar Kinder bereit, ihre Eltern zu verraten (wie es Berichte immer wieder zeigen), sodass die meisten Eltern es nicht einmal wagen, ihren Kindern von ihrem Glauben zu erzählen.

Familienleben: Die extrem hohe Wertung wird durch den folgenden Kommentar sehr gut zusammengefasst: „Kindern wird der Name Kim Il Sung beigebracht, bevor sie die Namen ihrer Eltern lernen.“ Wenn Christen entdeckt werden, verlieren sie alles. Sie werden nicht nur verhört, damit ihre Netzwerke aufgespürt werden können, sondern auch ihre Familien werden aufgrund des Prinzips der Sippenhaft festgenommen und müssen Jahre des Elends in Arbeitslagern erleiden. Familien werden gezielt auseinandergerissen, wird der christliche Glaube eines der Familienmitglieder entdeckt. Sind sowohl Ehemann als auch Ehefrau Christen, werden sie beispielsweise in verschiedene Arbeitslager geschickt. Männer und Frauen werden ohnehin sehr häufig getrennt, in einigen Lagern gibt es jedoch Familienbaracken. Jeder, der in verborgene religiöse Aktivitäten verwickelt ist und entdeckt wird, erlebt Diskriminierung, Inhaftierung, Willkür, Verschleppung, Folter und/oder öffentliche Hinrichtung. Christlichen Eltern ist es schier unmöglich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Dies wäre nicht nur sehr gefährlich, die Eltern müssten zudem gegen die wöchentliche Indoktrinierung ankämpfen, die bereits im Kleinkindalter beginnt. Christliche Hochzeiten, Beerdigungen oder das Abendmahl öffentlich zu feiern, ist unmöglich, ebenso wie christliche Taufen.

Gesellschaftliches Leben: Jeder Nordkoreaner steht unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea der alten kommunistischen Methode der Nachbarschaftswache, „Inminban" genannt, bedient. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, sodass tatsächlich keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt. Kinder von Christen wissen daher meist nichts vom Glauben ihrer Eltern, da die meisten Eltern ihre Kinder (wenn überhaupt) erst dann einweihen, wenn diese älter sind. Wenn sie davon wissen, müssen sie sehr vorsichtig sein, den Glauben nicht zu zeigen, da dies schnell zu einer Anzeige führt und davon die ganze Familie betroffen ist. Ähnliche Vorsicht ist am Arbeitsplatz, zu Hause und besonders in allen Selbstkritik-Sitzungen geboten, deren Zahl und Umfang Berichten zufolge zugenommen hat. Dies zeigt den zunehmenden Druck seitens des Staates, der sein Vertrauen auf die Ideologie setzt.

Leben im Staat: Wie bereits erwähnt, folgt Nordkorea der Juche-Ideologie und dem Kimilsungismus/Kimjongilismus und alles steht in Zusammenhang mit diesen Ideologien. Medienberichte über Christen sind verzerrt, wenn es denn überhaupt Berichte gibt. In diesen Berichten der staatlichen Medien werden Christen als Missionare und Terroristen dargestellt und als Gefahr für den Staat bezeichnet. Christen können niemals eine faire Gerichtsverhandlung erwarten. Selbst ausländische Christen haben keine Chance auf eine faire Verhandlung, wenn sie von den Behörden verhaftet werden. Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Bürger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum christlichen Glauben bekehrt haben oder christliche Literatur, vor allem Bibelteile, nach Nordkorea zu schmuggeln versuchen. Jeder ertappte und zurück nach Nordkorea gebrachte Flüchtling wird ausführlichen Verhören unterzogen. Allen vorliegenden Berichten zufolge gehören dazu auch Fragen wie: „Hast du in China Christen getroffen?" und: „Hast du in China eine Kirche besucht?" Nordkoreanische Agenten waren auf chinesischem Gebiet aktiv, aber 2016 gab es einige Fälle von hochrangigen Überläufern. Solche Fälle sind maßgeblich verantwortlich für eine Zunahme der Paranoia des nordkoreanischen Regimes und erschweren das Leben der nordkoreanischen Christen und anderer Bürger noch mehr, da die staatliche Kontrolle weiter zunimmt. Die Regierung hat als Antwort bereits die Grenzsicherheit weiter verstärkt.

Kirchliches Leben: In Nordkorea können schlichtweg keine Kirchen bestehen. Es gibt vier von der Regierung kontrollierte Kirchen in Pjöngjang, die internationalen Gästen Religionsfreiheit vorspielen sollen. Eine der Kirchen ist katholisch, zwei sind protestantisch und eine ist russisch-orthodox. Die Kirchen können nicht als wirkliche christliche Gemeinden funktionieren, da sie sich nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen bewegen dürfen. Außerhalb dieser Showkirchen ist es nicht möglich, auf legalem Weg christliche Materialien zu produzieren oder zu importieren oder christliche Organisationen ins Leben zu rufen. Eine legale Ausbildung von Leitern und Jugendleitern ist unmöglich.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung in Nordkorea bleibt sehr gewalttätig. Aufgrund der extrem schwierigen Sicherheitslage können keine Details zu Razzien und Exekutionen von Christen genannt werden. Es ist zudem schwierig, Berichte aus den Arbeitslagern zu erhalten. Der kanadisch-koreanische Pastor Hyeon Soo Lim wurde am 9. August 2017 aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er angeblich seine Schuld gestanden haben soll. Pastor Dong Cheol Kim ist noch immer in Nordkorea gefangen. Die koreanisch-amerikanischen Christen und Dozenten der Universität für Wissenschaft und Technik Pjöngjang (PUST) Tony Kim und Hak Song Kim wurden im April und Mai 2017 verhaftet.

Nordkorea beschuldigte sie der Aktivitäten gegen die Regierung. Laut Berichten sucht die Universität seitdem explizit nach nichtamerikanischem Personal.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Verfolgung, die von den Triebkräften Kommunistische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia ausgeht, wird durch eine verstärkte Betonung der Ideologie der Eigenständigkeit des Landes sowie durchzunehmende Isolation geschürt, wie durch die anhaltenden Raketen- und Nuklearwaffentests deutlich wird. Auch das Verhalten des Landes gegenüber dem traditionellen Verbündeten China und das Attentat auf Kim Jong Nam auf einem malaysischen Flughafen zeigen dies.

Die größte Herausforderung für Nordkorea bleibt die Beziehung zu China. Das Land ist wirtschaftlich stark abhängig von China und kann es sich nicht leisten, vom großen Nachbarn aufgegeben zu werden. Obwohl die Unzufriedenheit Chinas mit Nordkorea wächst, gibt es einige Gründe, Nordkorea weiterhin zu unterstützen. Zum einen ist absolut nicht vorhersehbar, was geschieht, wenn das Kim-Regime kollabiert. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob die nukleare Bedrohung durch Nordkorea nicht auch für China und die regionale Stabilität eine potentielle Gefahr darstellt. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, dass US-amerikanische Truppen direkt an der chinesischen Grenze stationiert würden, wenn es in irgendeiner Form zu einer Wiedervereinigung Koreas kommen sollte.

Kim Jong Un hat noch keine Auslandsreisen unternommen, obwohl er das Land bereits seit mehr als sechs Jahren regiert. Will er der Tradition und der Höflichkeit folgen, müsste er China als Erstes besuchen. Geschähe dies, könnte man auf eine sich verbessernde Beziehung zu China schließen, was für die Christen sehr nachteilig wäre, gerade weil China jeden Flüchtling aus Nordkorea zurückschickt, obwohl China das Flüchtlingsabkommen der Vereinten Nationen unterzeichnet hat und die Flüchtenden ohne Kosten und Mühen weiter nach Südkorea schicken könnte.

Es gibt einige Anzeichen dafür, dass sich die Verfolgung der Christen in Nordkorea in der Zukunft weiter verschlimmern wird:

- Die Entführungen und Festnahmen von südkoreanischen und chinesischen Christen und Missionaren in China nehmen zu.
- Die Grenzen werden stärker bewacht und die Bestrafung der nach China geflohenen und zurückgeführten Staatsbürger wird härter.
- Die Anzahl der koreanischen Missionare, die aus China ausgewiesen werden, nimmt zu.
- Die Bemühungen des nordkoreanischen Regimes, jede Möglichkeit der Ausbreitung des Christentums auszumerzen, nehmen zu.

zurück zur Länderübersicht

Afghanistan: Platz 2

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Da Afghanistan laut Verfassung ein islamischer Staat ist, werden alle anderen Religionen als dem Land fremd angesehen und folgerichtig stehen Regierungsbeamte allen Anzeichen des christlichen Glaubens feindlich gegenüber. Dies gilt umso mehr für die Führungspersönlichkeiten der ethnischen und religiösen Gruppen. Die Stammesgemeinschaft ist in Afghanistan sehr viel stärker und wichtiger als der Staat. Wenn jemand diese Gemeinschaft verlässt, beispielsweise indem er seine Religion verlässt und den christlichen Glauben annimmt, gilt er als Abtrünniger, der zurückgebracht werden muss. Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar, und die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen. Zusätzlich erweitern extremistische Gruppierungen wie die Taliban und der „Islamische Staat“ (IS), der erst seit kurzer Zeit in Afghanistan aktiv ist, ihre Gebiete und kontrollieren bereits mehr als 40 Prozent des Landes.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Christen in Afghanistan sind Konvertiten und können ihren Glauben nicht offen leben, weder allein noch in Gemeinschaft. Sie müssen ihren christlichen Glauben um jeden Preis geheim halten. In Kabul gibt es eine kleine Gemeinschaft von ausländischen Christen, die vor allem aus Diplomaten und Mitgliedern der internationalen Streitkräfte besteht, doch wenn diese sich überhaupt treffen können, dann in der stark gesicherten diplomatischen Zone. Da dies nichts mit der Situation im großen Rest Afghanistans zu tun hat, wird diese Gemeinschaft von Ausländern bei der Erstellung des Weltverfolgungsindex (WVI) nicht berücksichtigt.

In vielen Fällen werden Konvertiten einfach als geisteskrank betrachtet, da man davon ausgeht, dass niemand bei klarem Verstand den Islam verlassen würde. Wenn sie sich nicht überzeugen lassen, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren, können sie in eine psychiatrische Klinik zwangseingewiesen, von Nachbarn und Freunden zusammengeschlagen und/oder ihre Häuser und Geschäfte zerstört werden. Je nach Familie können sie sogar getötet werden. Auf der anderen Seite kann es auch geschehen, dass die ganze Familie den christlichen Glauben annimmt, wenn sie die lebensverändernde Kraft Christi im Leben eines Konvertiten erfährt. In einem solchen Fall muss dies absolut geheim gehalten werden. Aufgrund von extrem starkem Druck müssen manche Christen das Land verlassen.

Beispiele: Jegliche Äußerungen ihres Glaubenslebens bringen Christen in Gefahr. Da alle Veränderungen, die die Religion betreffen, beobachtet und weitergegeben werden, bedeutet dies oft, dass Familien umziehen müssen, weil der Druck durch die Nachbarschaft groß und der Einfluss der Taliban oder des IS stark ist. Sich auch nur mit anderen Religionen zu beschäftigen und allein der Verdacht, den Islam verlassen zu haben, kann mit dem Tod bestraft werden – dies hängt von der Familie ab. Christen werden nur so lange Arbeit bekommen, wie man sie für afghanische Muslime hält. Sobald entdeckt wird, dass sie sich auch nur mit dem christlichen Glauben befassen, etwa indem sie sich im Internet darüber informieren, wird sofort gehandelt, indem man sie indoktriniert, bis sie und ihre Kontaktpersonen gehorchen. Das kann Folter einschließen.

Es gibt Berichte von Konvertiten, die getötet wurden, aber aus Sicherheitsgründen können keine Einzelheiten veröffentlicht werden. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen wird an der Ermordung einer christlichen Entwicklungshelferin aus Deutschland deutlich, die seit 13 Jahren in Afghanistan lebte. Sie wurde am 20. Mai 2017 in Kabul angegriffen und ermordet. Der Afghane, der das Gelände bewachte, wurde enthauptet.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 ist die Wertung für den Druck auf Christen stark angestiegen, sodass Afghanistan nun sehr nahe an die Wertung von Nordkorea auf Rang 1 kommt. Obwohl die Situation für Christen in den beiden Ländern sehr verschieden ist, unterscheidet sich die Wertung nur in einer geringfügig niedrigeren Punktzahl für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ in Afghanistan. Beide Länder erreichen in allen Lebensbereichen die Höchstwerte, verbunden mit einem sehr hohen Maß an Gewalt, die gegen Christen gerichtet ist. Der Anstieg der Punktzahl hat zwei Gründe: Zunächst ist eine stärkere Betonung von Loyalität dem Stamm und seiner Rechtsprechung gegenüber zu beobachten. Diese Entwicklung ist bereits ein Vorzeichen für die Parlamentswahlen, die für den Sommer 2018 geplant sind. Zum anderen haben sich die Unruhen im Land verstärkt. Nicht nur hat sich der IS neben den Taliban als gewalttätige, islamistische Gruppierung in Afghanistan positioniert, beide kontrollieren auch immer mehr Gebiete des Landes.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Weder erlaubt die Islamische Republik Afghanistan afghanischen Staatsbürgern, Christen zu werden, noch erkennt sie Konvertiten als solche an. Wechselt jemand seine Religion, wird das als Abfall vom Glauben betrachtet, der Schande über die Familie und Gemeinschaft bringt. Aus diesem Grund verbergen Konvertiten ihren neugefundenen Glauben so weit wie möglich. Die Taliban haben ihre Herrschaft über Teile des Landes ausgeweitet – laut einem Bericht vom September 2017 kontrollieren oder kämpfen sie um die Kontrolle von etwa 45 Prozent des Landes. Der Einfluss nimmt also weiter zu, wie auch die hohe Zahl von Anschlägen und Gefechten mit Regierungstruppen im Kampf um die Vorherrschaft in verschiedenen Provinzen zeigt. Die neue Führung der Taliban neigt noch mehr zu extremistischen religiösen Ansichten.

Auch der Zustrom von Gruppen, die mit dem IS in Verbindung stehen (ISKP in der Provinz Khorasan), hat dazu geführt, dass die Zahl der Menschen, die durch Anschläge getötet oder vertrieben wurden, nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) sogar noch gestiegen ist (8.019 Zivilisten waren in den ersten neun Monaten 2017 betroffen; 2.640 von ihnen starben, 5.379 wurden verletzt). Schätzungsweise 600.000 Flüchtlinge wurden aus dem benachbarten Pakistan zurückgeschickt, was das Land unter enormen Druck gesetzt hat.

Alle afghanischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Wenn sie entdeckt werden, drohen ihnen seitens ihrer Familie, Freunde und der Gesellschaft Diskriminierung und Feindseligkeit bis hin zur Ermordung. Höchstwahrscheinlich werden islamische Führungspersönlichkeiten die Anstifter sein und auch die lokalen Behörden können darin verwickelt sein. Laut einer Umfrage, die im November 2017 veröffentlicht wurde, haben die Bürger Afghanistans das stärkste Vertrauen in ihre religiösen Führer und in die Medien – weit stärker als ihr Vertrauen in Politiker. Mehr als 60 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus, dass sich religiöse Leiter mehr an der Politik beteiligen sollten. In den südwestlichen und östlichen Teilen des Landes waren es sogar 75 Prozent. Konvertiten werden unter starken Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Sie gelten als Abtrünnige und befinden sich in einer äußerst gefährlichen Situation.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Der Begriff „Nation“ ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die eigene Familie, dann der Clan und dann der Stamm – und all diese sind viel wichtiger als das Land. Die Menschen sind tief darin verwurzelt, sich um ihre Familien, Dörfer und Stämme zu kümmern. Wagt es jemand, sich von seinem Stamm abzuwenden, um etwas Neues und vielleicht sogar Fremdes anzunehmen, wird großer Druck ausgeübt, um die betreffende Person dazu zu bringen, wieder zu den traditionellen Normen zurückzukehren. Weigert sie sich, wird die Person als Verräter der Gemeinschaft betrachtet und folglich ausgeschlossen. Das trifft auf alle „Abweichungen“ zu, doch ganz besonders, wenn jemand den christlichen Glauben annimmt. Die christliche Religion wird in Afghanistan als westlich betrachtet sowie als feindlich gegenüber der einheimischen Kultur und Gesellschaft und dem Islam. Aus dieser Perspektive gilt ein Glaubenswechsel weg vom Islam als Verrat.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Der Mangel an Exportgütern hat zu einer großen Schieflage in der Handelsbilanz geführt, was das Land in andauernde finanzielle Not gebracht hat. Erstaunliche 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stammen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und Kriminalität sind allgegenwärtig. Davon sind auch Christen betroffen, die überwiegend der armen Bevölkerungsmehrheit angehören. Eines der großen wirtschaftlichen Probleme Afghanistans besteht darin, dass der Anbau von Mohn für die Herstellung illegaler Drogen wie Opium viel lukrativer ist als der Anbau praktisch jeder anderen Kulturpflanze. Im Vergleich zu Weizen können Bauern damit elfmal so viel Geld verdienen. Folglich hat der Opiumhandel ein Volumen, das laut dem jährlichen Bericht der UN von 2017 etwa sieben Prozent des offiziellen BIPs entspricht. Die Taliban sind stark in die Drogenproduktion verwickelt; Schätzungen zufolge landen 70-80 Prozent aller Gewinne aus dem Drogenhandel in ihren Taschen.

Afghanistans wichtigstes Zentrum der Opiumproduktion, die im Süden gelegene Provinz Helmand, umfasst rund 50 Prozent des für den Mohnanbau geeigneten Gebietes und ist eine Hochburg der Taliban. Im November 2017 hob das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hervor, dass die afghanische Opiumproduktion im Jahr 2017 mit einer Zunahme von 87 Prozent gegenüber dem Vorjahr in beispiellose Höhen gestiegen ist. Die Gesamtfläche der Mohnfelder hat sich laut dem Bericht um fast die Hälfte erhöht. Es ist kein Geheimnis, dass mit den Einnahmen militante Gruppen unterstützt werden und die Korruption weiter angeheizt wird. Jeder, der den Drogenbossen im Weg steht, wird einfach aus dem Weg geräumt, eine Praxis, die sich verstärkt hat. Die Situation wird dadurch noch schwieriger, dass die Drogenbarone in vielen Gebieten Bürger unter Druck setzen und Teile des Landes dadurch außer Kontrolle geraten. Dies betrifft zumeist nicht speziell Christen, die ja ohnehin nicht als solche sichtbar sind. Doch sie sind auch betroffen, da sie keine Alternative und niemanden haben, an den sie sich hilfesuchend wenden könnten.

Verfolger

Da Afghanistan laut Verfassung ein islamischer Staat ist, werden alle anderen Religionen als dem Land fremd angesehen und folgerichtig stehen Regierungsbeamte allen Anzeichen des christlichen Glaubens feindlich gegenüber. Dies gilt umso mehr für die Führungspersönlichkeiten der ethnischen und religiösen Gruppen. Die Stammesgemeinschaft ist in Afghanistan stärker und wichtiger als der Staat. Wenn jemand diese Gemeinschaft verlässt, beispielsweise indem er seine Religion wechselt und den christlichen Glauben annimmt, gilt er als Abtrünniger, der zurückgebracht werden muss. Für die meisten Familien stellt ein Glaubenswechsel eine große Schande dar, und die Familienmitglieder werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Konvertiten zum Islam zurückzubringen oder für die Schande büßen zu lassen. Das gleiche gilt für die Gemeinschaft (Nachbarn und Freunde). Die sich fortsetzenden Unruhen durch die Taliban und seit kurzer Zeit den IS (teils, indem Einheiten der Taliban nunmehr die Seiten gewechselt und dem IS die Treue geschworen haben) verstärken den Druck auf die Christen, die sich ohnehin verstecken müssen. Wird ihr Glaube entdeckt, müssen sie fast immer mit dem Tod rechnen.

Hintergrund

Afghanistan ist schon seit Jahrhunderten eine unberechenbare Region. Bevor es 1709 die Unabhängigkeit erlangte, wurde es von den Persern regiert. Der Nordwesten des Landes ist Teil des alten „Khorasan“; ein Name, der wieder Bedeutung erlangte, als militante Muslime im Januar 2015 dem IS Treue schworen und die Einführung des „Kalifats von Khorasan“ bekanntgaben. Sie kämpfen im Nordosten des Landes gegen afghanische Regierungstruppen und greifen weiterhin muslimische Minderheiten wie die schiitischen Hazara an. Auch wenn dies eine gefährliche Entwicklung ist, ist fraglich, ob der IS wirklich die größte Gefahr für den Frieden im Land darstellt. Auch die Taliban haben deutlich gezeigt, dass ihre Macht zu verwüsten und zu zerstören ungehindert ist. Im April 2017 führten die Taliban ihren größten Anschlag seit 2001 durch, bei dem 140 Regierungssoldaten in der Provinz Balch getötet wurden.

Das westliche Konzept eines Nationalstaates ist den Afghanen fremd. Ihre Loyalität gilt Stamm, Sprache und Volksgruppe, jedoch nicht dem Staat. Aus diesem Grund muss man jede Entscheidung des Landes aus diesem Blickwinkel sehen. Wer in Kabul herrscht, beherrscht noch lange nicht die Provinzen. Das erklärt zumindest teilweise die komplizierte Politik des Landes. Es gibt eine sehr reale Gefahr, dass die Regierung der Nationalen Einheit auseinanderbricht, noch bevor die allgemeinen Wahlen 2018 stattfinden können. Seit einiger Zeit schwelen interne Machtkämpfe in der Regierung, die im Juli 2017 offenbar wurden, als Vizepräsident Dostum (welcher der ethnischen Minderheit der Usbeken angehört) die Wiedereinreise nach Afghanistan verwehrt wurde, nachdem er zur medizinischen Behandlung in der Türkei gewesen war. Im Ausland verkündete er die Gründung einer neuen politischen Partei.

Angesichts von über hundert Todesopfern bei Selbstmordattentaten Ende Mai und Anfang Juni 2017 ist es wenig überraschend, dass es im wahrsten Sinne des Wortes ein harter Kampf ist, der kriegsmüden Zivilbevölkerung des Landes Frieden zu bringen. Die Anführer der militanten Gruppen, sei es des IS oder der Taliban, zu töten, scheint keine vielversprechende Strategie zu sein. Gleiches kann von der Formierung und Ausrüstung weiterer Milizen, wie der im September 2017 angeregten „Afghan Territorial Army“, gesagt werden. Es gibt eine Vielzahl von verschiedenen extremistischen islamischen Gruppen, die in Afghanistan aktiv sind, seien es der „IS in der Provinz Khorasan“, die Taliban oder kleinere Gruppen wie das Haqqani-Netzwerk. Obwohl sie alle ihre eigene Agenda haben, einen sie ihre Bemühungen, die Regierung zu schädigen und – wenn möglich – zu stürzen. Dass im Juli 2017 der dritte IS-Führer innerhalb eines Jahres getötet wurde, wird nicht dazu beitragen, die heikle Sicherheitslage zu beruhigen. Das Land wurde von einer steigenden Anzahl von Anschlägen im Oktober 2017 und vermehrten Angriffen auf schiitische Andachtsstätten erschüttert. Demnach versuchen sunnitische Extremisten, konfessionelle Gräben auszunutzen.

Eine weitere ständige Herausforderung ist, wie sich alle islamistischen Gruppen finanzieren. Global Witness veröffentlichte im Juni 2016 einen Bericht, in dem beschrieben wird, wie der Verkauf kostbarer Mineralien einige dieser Gruppen im Norden Afghanistans finanziell unterstützt. Eine weitere wichtige Einnahmequelle ist der Handel mit Opium, insbesondere für die Taliban. Deshalb bemühten sie sich, so viel Einfluss wie möglich auf die südliche Provinz Helmand zu gewinnen, die als Wiege des Drogenhandels bekannt ist. Die Gewinne werden jedoch nicht nur von den Taliban eingestrichen, sondern auch von Regierungsbeamten.

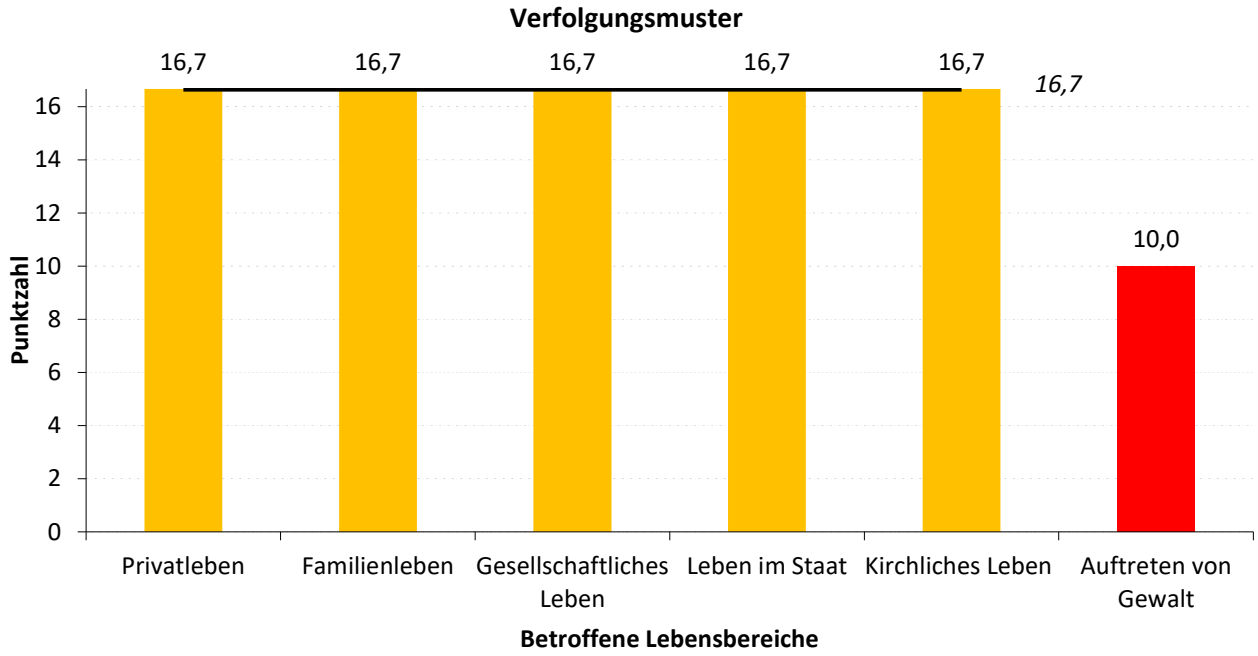
Wie oben erwähnt, werden schiitische Muslime von extremistischen sunnitischen Gruppierungen angegriffen, um die bereits bestehenden Unterschiede zwischen den islamischen Konfessionen zu verstärken. Auch die muslimische Minderheit der Sufi ist von religiöser Verfolgung betroffen.

Betroffene Kategorien von Christen

Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten: Diese Christen werden für den WVI nicht berücksichtigt, da sie so wenige sind und so geschützt und isoliert leben, dass sie von der Situation im Land kaum beeinflusst werden.

Christen muslimischer Herkunft: Sie versuchen ihr Äußerstes, um nicht von Familie, Freunden, Nachbarn oder der Gesellschaft erkannt zu werden. Je nach Familie müssen sie sogar um ihr Leben fürchten. Es ist für sie nicht möglich, offen als Christen zu leben. Bereits der bloße Verdacht, jemand könnte Christ sein, führt zu ernsthafter Verfolgung.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Afghanistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen hat sich in allen Lebensbereichen verstärkt. Die durchschnittliche Wertung ist so von 15,7 Punkten auf dem WVI 2017 auf den Höchstwert 16,7 angestiegen. Das Land fällt immer weiter auseinander, da rivalisierende islamistische Gruppen um die Vorherrschaft im Land kämpfen und die Regierung zersplittert bleibt.
- Alle Lebensbereiche zeigen einen extremen Druck auf Christen und haben die höchstmögliche Wertung erreicht. Während Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ typisch für ein streng islamisches Land ist, weist der Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ auf eine Regierung hin, die islamische Gesetze streng interpretiert, und darauf, dass in Afghanistan weiterhin eine Stammesgesellschaft besteht (trotz aller Versprechungen an internationale Gremien, Menschenrechte zu schützen).
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist im Berichtszeitraum von 10,2 leicht auf 10,0 Punkte gesunken. Dies heißt jedoch nicht unbedingt, dass es weniger Gewalt gegen Christen gibt; es zeigt vielmehr, dass es aufgrund der Unruhen im Land schwieriger ist, Berichte zu einzelnen Vorfällen zu erhalten (siehe Abschnitt „Auftreten von Gewalt“).

Privatleben: Sowohl die Regierung als auch der durchschnittliche Bürger meinen, kein Afghane könne Christ sein und es sei ungesetzlich, einen anderen als den muslimischen Glauben zu haben. Deshalb müssen ehemalige Muslime sehr vorsichtig sein. Schon der Verdacht, jemand könnte sich einem anderen Glauben zugewandt haben, kann ernste Folgen wie Verhaftung und Zerstörung der Wohnung haben. Oft verheimlichen Eltern ihren Kindern ihren Glauben.

Weil Christen muslimischer Herkunft nie wissen können, welche Mitglieder ihres Clans vom IS oder den Taliban rekrutiert wurden, sind sie äußerst vorsichtig, wem sie in Bezug auf ihren Glauben vertrauen. Die soziale Kontrolle ist hoch, sodass es sehr schwierig ist, seinen neuen Glauben langfristig zu verheimlichen. Das gilt besonders für Familien mit Kindern. Zudem befinden sich ehemalige Muslime in einer Zwickmühle, weil sie ihre Kinder nicht auf eine Medresse schicken wollen, ihnen aber auch nichts von ihrem neuen Glauben erzählen können, da es einfach viel zu gefährlich ist. Ein Treffen mit anderen Christen kann nur unter extremen Vorsichtsmaßnahmen stattfinden.

Familienleben: Man kann sich nur mit islamischer Religionszugehörigkeit registrieren lassen. Jeder Bürger wird also als Muslim registriert. Alles andere wäre inakzeptabel und undenkbar. Es ist nicht möglich, eine Konversion eintragen zu lassen. Eine Taufe ist eine Straftat, für die die Todesstrafe droht. Deshalb müssen Taufen heimlich stattfinden. Da die meisten Christen ihren Glauben geheim halten, werden sie nach islamischem Ritus beerdigt. Wenn herauskommt, dass eine Familie sich zu Jesus Christus bekehrt hat, werden ihre Kinder zur Adoption in eine muslimische Familie gegeben, wo ihnen ein Leben voller Übergriffe vonseiten der neuen Familie und in der Schule droht. Wenn es eine Familie schafft, ihren Glauben geheim zu halten, müssen die Kinder dennoch eine Medresse besuchen. Dies wird wahrscheinlich zu viel Verwirrung führen, wenn sie den Glauben ihrer Eltern kennen. Wird ein Christ muslimischer Herkunft entdeckt, wird der Ehepartner häufig gezwungen, die Scheidung einzureichen. Er verliert das Sorgerecht für die Kinder an den muslimischen Ehepartner und alle Erbschaftsansprüche. Manchmal werden ehemalige Muslime in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen, weil die Familien glauben, dass niemand mit gesundem Verstand jemals den Islam verlassen würde.

Gesellschaftliches Leben: Jeder entdeckte Christ muslimischer Herkunft verliert den Zugang zu den gemeinschaftlich genutzten Ressourcen und zur Gesundheitsversorgung. Alle Menschen stehen unter dem Druck, die Moschee zu besuchen, sodass ein ehemaliger Muslim nicht einfach fernbleiben kann, ohne Verdacht zu erregen. Das soziale Umfeld übt erheblichen Druck aus. Um Loyalität und Ordnung sicherzustellen, wird jeder beobachtet. Vermutet man bei jemandem ein Abweichen, wird er dazu genötigt, wieder zur regulären religiösen und politischen Gesinnung zurückzukehren – sei es durch körperliche Folter oder mithilfe okkulter Praktiken, da viele Afghanen abergläubisch sind. Ehemalige Muslime haben zudem Angst, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie sie vor falscher Indoktrinierung schützen wollen und befürchten, ein Kind könnte sie verraten. Dies führt zu einer Vielzahl von Schwierigkeiten.

Im Fall einer Entdeckung werden Christen auf jeden Fall zur weiteren Untersuchung und Befragung mitgenommen. Diese Verhöre sind hart, ungeachtet dessen, ob die Christen es mit der Regierung, den Taliban oder dem IS zu tun haben.

Leben im Staat: Artikel 3 der Verfassung legt fest, dass kein Gesetz den Lehren und Grundlagen des Islam entgegenstehen darf. Dies führt zu Einschränkungen in vielen Lebensbereichen. Und da die Wortwahl viel Spielraum zulässt, bleibt oft unklar, was als unangemessen oder gegen den Islam verstanden werden kann. Afghanistan ist eine islamische Republik und erlaubt keinerlei Abweichung vom muslimischen Glauben. Abwendung vom Islam kommt der Lästerung des Islam und des Propheten gleich. Weder Christen noch Angehörige anderer religiöser – selbst muslimischer – Minderheiten haben Religionsfreiheit.

Jeder muss sich den Anforderungen des Islam, des Stammes und der Kultur fügen. Werden Christen angeklagt, so offiziell nicht wegen ihres Glaubens, sondern wegen anderer ernster Verbrechen, die sie angeblich begangen haben (z. B. Verrat durch Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, Mord oder Drogenhandel).

Kirchliches Leben: In Afghanistan gibt es keine öffentlich zugängliche Kirche. Die einzige genutzte Kapelle befindet sich im Keller der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für die kleine Zahl ausländischer Christen in Kabul vorgesehen, für überwiegend diplomatisches und militärisches Personal, das noch in der Stadt arbeitet. Jede Form einer organisierten Versammlung, von der die Taliban oder Überwachungsorgane Wind bekommen, erregt starke Aufmerksamkeit. Hauszellen von Christen (wie klein sie auch sein mögen) müssen bei der Wahl ihrer Treffpunkte extrem vorsichtig sein. Sie werden häufig eine Zeit lang beschattet, bis sie sich mit einer größeren Gruppe treffen oder aktiv werden, indem sie etwa Bibeln verteilen. Dann werden sie zum Verhör abgeführt. Christliche Literatur darf natürlich nicht legal eingeführt werden, das Internet wird genauestens überwacht. In den abgelegenen Teilen des Landes ist das Internet ohnehin nicht zugänglich.

Auftreten von Gewalt: Die Ermordung einer deutschen und die Entführung einer finnischen Staatsbürgerin im Mai 2017 – beide Frauen arbeiteten für die schwedische Hilfsorganisation Operation Mercy in Kabul – zeigen die Gefahr, mit der Christen im Land konfrontiert sind. Es ist unklar, ob die Opfer angegriffen wurden, weil sie als christliche Missionare angesehen wurden. Die afghanische Wache im Gästehaus wurde enthauptet. Die finnische Entwicklungshelferin wurde am 14. September 2017 freigelassen. Es gibt weitere Berichte von afghanischen Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, und von Afghanen, die getötet wurden, weil sie verdächtigt wurden, Christen zu sein. Aus Sicherheitsgründen können dazu keine Details veröffentlicht werden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Afghanistan sieht weiterhin einer unsicheren und sehr gewaltsamen Zukunft entgegen, gerade angesichts der bevorstehenden Wahlen 2018 und 2019. Auch die kleine christliche Gemeinde steht vor dieser schwierigen Zukunft. Die Islamische Unterdrückung durch einheimische und ausländische Gruppen wird – neben derjenigen durch Familie und Gesellschaft – zweifellos die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Afghanistan bleiben. Beobachter sehen kaum Anlass zur Hoffnung auf einen Verhandlungsfrieden mit den Taliban, anderen Aufständischen und regionalen Warlords. Das hat im Wesentlichen vier Gründe:

1) Politische Gründe: Die Regierung der Nationalen Einheit bricht immer mehr auseinander, und es ist schwer vorstellbar, inwiefern die Parlamentswahlen (die für Juli 2018 angesetzt sind) und die Präsidentschaftswahlen (die 2019 stattfinden sollen) angesichts der politischen Distanz zwischen den verschiedenen Fraktionen und ethnischen Gruppen Lösungen für die zahlreichen Herausforderungen bringen können, mit denen das Land konfrontiert ist. Die Gründung einer neuen Oppositionsgruppe, „Mehwar-e Mardom-e Afghanistan“, die enge Beziehungen zum ehemaligen Präsidenten Hamid Karzai unterhalten soll (der zu einem scharfen Kritiker der internationalen Militärpräsenz in Afghanistan geworden ist), könnte die politischen Turbulenzen noch verstärken.

2) Wirtschaftliche Gründe: Obwohl die Staatseinnahmen Afghanistans ein starkes Wachstum verzeichneten, sind sie noch weit davon entfernt, den Gesamthaushalt zu decken, was bedeutet, dass die Regierung weiterhin nicht in der Lage sein wird, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu stillen.

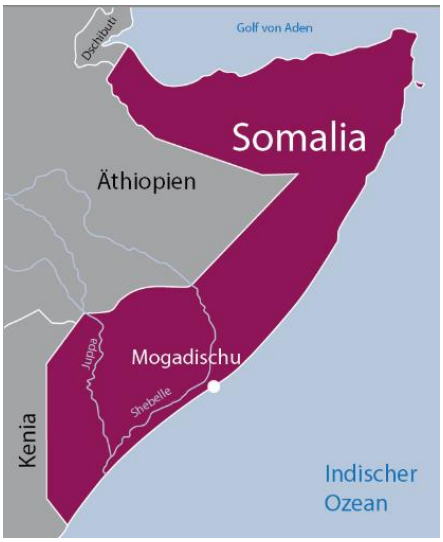
3) Militärische Gründe: Aufständische haben ihre Angriffe verstärkt und kontrollieren immer mehr Gebiete im ganzen Land – obwohl die US-Streitkräfte und die internationalen Streitkräfte im August 2017 beschlossen haben, ihre Truppenstärke zu erhöhen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es in Afghanistan weiterhin Angriffe und Blutvergießen geben wird. Die Tatsache, dass sich das Internationale Komitee des Roten Kreuzes vollständig aus zwei nördlichen Provinzen des Landes zurückzieht und seine Präsenz in anderen Provinzen reduziert (wie im Oktober 2017 angekündigt), ist in dieser Hinsicht ein klares und sehr beunruhigendes Zeichen.

4) Geostrategische Gründe: Vorerst sind es Pakistan und vielleicht der Iran, die die Schlüssel zu einer Gesamtlösung in Afghanistan in Händen halten. Dies wurde erneut deutlich, als Pakistan damit drohte, die schätzungsweise drei Millionen afghanischen Flüchtlinge, die derzeit in Pakistan leben, nach Hause zu schicken. Die 600.000 Flüchtlinge, die von dort 2016 zurückgeschickt wurden und die sich größtenteils in der Provinz Nangrahar niederließen, haben die Möglichkeiten Afghanistans bereits weit überstiegen. Darüber hinaus florieren Organisiertes Verbrechen und Korruption durch die zunehmende Opiumproduktion, welche extremistische Gruppen finanziert, was sich in weiterer Gewalt (auch gegen Christen) niederschlägt.

Es scheint keinen Ausweg aus dem Kreislauf von Gewalt, Unsicherheit und Armut im Land zu geben. Es ist völlig unklar – menschlich gesprochen – woher die Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation kommen kann. Dies gilt insbesondere für die kleine christliche Minderheit im Land: Die Verfolgung wird nicht aufhören.

zurück zur Länderübersicht

Somalia – Platz 3



Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung in Somalia geht hauptsächlich von der extremistisch-militanten Gruppe Al Shabaab und dem im Land vorherrschenden Stammessystem aus. Somalias islamisch geprägtes Clansystem hat einen tiefgreifenden Einfluss darauf, wie sich die Regierung zusammensetzt. Auch Al Shabaab stützt sich auf diese Stammesstrukturen, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten. Scheichs und Imame werden über diese Strukturen gezwungen, den Dschihad zu lehren – ansonsten drohen ihnen Vertreibung oder Tod. Erschwerend kommt hinzu, dass es organisierte kriminelle Netzwerke gibt, durch die extremistische Gruppen wie Al Shabaab finanziert werden. Die Gesellschaft erwartet, dass jeder Somalier ein Muslim ist. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Führer erklären öffentlich, dass in Somalia kein Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen sei. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben und die Regierung verbietet jegliche Weihnachtsfeiern.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die einzige Gruppe von Christen im Land, die für den Weltverfolgungsindex in Betracht gezogen wird, sind Christen muslimischer Herkunft. Sie werden von Al-Shabaab-Kämpfern als hochrangiges Ziel angesehen und wer von ihnen bisher entdeckt wurde, wurde oft auf der Stelle getötet. Der gewalttätige nichtstaatliche Akteur Al Shabaab hat sich der Lehre des Wahhabismus verschrieben und befürwortet die Scharia als Grundlage zur Regelung aller Lebensbereiche in Somalia. Ausländische islamistische Kämpfer sind ebenfalls im Land präsent, doch die Verfolgung durch die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ geht nicht allein von militanten Gruppen aus. Christen sind auch massiver Verfolgung vonseiten ihrer Familie, (entfernter) Verwandter und ihrer ganzen Gemeinschaft ausgesetzt. Jeder Übertritt zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Familie und dem Clan betrachtet. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und Stammesführern schikaniert, bedroht oder sogar getötet. Im Lauf der letzten Jahre scheint sich die Situation verschlechtert zu haben. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen, vor allem auf christliche Leiter, verstärkt. Ein Versuch zur Wiedereröffnung einer Kirche in Hargeisa, Somaliland, scheiterte, als die Regierung durch den Druck der lokalen muslimischen Bevölkerung gezwungen wurde, die Kirche wieder zu schließen.

Beispiele:

- Christen im Land müssen ihre Wohnungen und ihre Versammlungsorte immer wieder wechseln.
- Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 wurden Läden und Betriebe von mutmaßlichen Konvertiten zum christlichen Glauben zerstört und mindestens drei Christen muslimischer Herkunft gezwungen, das Land zu verlassen; mindestens acht mussten ihren Wohnort innerhalb des Landes wechseln.

- Zudem berichten Kontaktpersonen, dass mindestens 23 Christen aufgrund des Verdachts, Konvertiten zu sein, getötet wurden. Zum Schutz von Familie und Freunden können zu diesen Fällen keine Details veröffentlicht werden.
- Drei mutmaßliche Konvertiten wurden zwangsverheiratet.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 91 Punkten belegt Somalia Platz 3 auf dem Weltverfolgungsindex 2018. Verstrickt in einen langjährigen Bürgerkrieg, gesellschaftliche Zersplitterung, Stammeskonflikte und islamischen Extremismus, befindet sich das Land einmal mehr unter den ersten zehn Ländern des Weltverfolgungsindex. Der Druck auf Christen ist extrem hoch geblieben und es gab ein hohes Maß an gegen Christen gerichteter Gewalt. Al Shabaab zeigte ihre Macht, indem die Gruppe mehrere Anschläge in der Hauptstadt des Landes verübte.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte der Verfolgung im Land sind „Islamische Unterdrückung“ und „Ethnisch begründete Anfeindungen“. Daneben spielen auch „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ eine Rolle, welche in enger Verbindung mit den Aktivitäten von Al Shabaab stehen.

Islamische Unterdrückung: Somalia ist eine muslimisch dominierte Nation und die Gesellschaft erwartet, dass alle Somalier Muslime sind. Imame in Moscheen und Koranschulen sowie Al-Shabaab-Führer erklären öffentlich, dass in Somalia kein Platz für den christlichen Glauben, Christen und Kirchen sei. In der Verfassung des Landes ist der Islam als Staatsreligion festgeschrieben. Die Regierung verbietet Christen, Weihnachten zu feiern. Wer dies dennoch tun möchte, muss dabei sehr vorsichtig vorgehen. Die militante islamistische Gruppe Al Shabaab, die sich als gewalttätiger nichtstaatlicher Akteur der Lehre des Wahhabismus verschrieben hat und die Scharia als Grundlage zur Regelung aller Lebensbereiche in Somalia befürwortet, tötet gezielt Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Ausländische islamistische Kämpfer sind ebenfalls im Land präsent. Zudem sind Christen massiver Verfolgung vonseiten ihrer Familie, entfernten Verwandten und ihrer ganzen Gemeinschaft ausgesetzt. Christ zu sein, insbesondere Christ mit muslimischem Hintergrund, ist eine enorme Herausforderung und kann dazu führen, von Extremisten brutal ermordet zu werden.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Der Clan spielt in der somalischen Gesellschaft eine wesentliche Rolle; er regelt die Belange des täglichen Lebens und die Beziehungen der Gemeinschaften untereinander. Außerdem hat die Clanstruktur einen tiefgreifenden Einfluss darauf, wie sich die Regierung zusammensetzt und darauf, wie Wahlen durchgeführt werden. Dies zeigte sich bei den somalischen Wahlen 2017: Der Präsident wurde von einem Parlament gewählt, das wiederum von 14.025 von Clanältesten ernannten Delegierten gewählt worden war. Auch Al Shabaab stützt sich auf diese Stammesstrukturen, um Informationen zu sammeln, Mitglieder zu rekrutieren und ihre Ideologie zu verbreiten. Scheichs und Imame werden über diese Strukturen gezwungen, den Dschihad zu lehren – ansonsten drohen ihnen Vertreibung oder Tod.

Nach Ansicht vieler Somalier und Stammesführer muss jeder Somalier Muslim sein, weshalb der Übertritt zum christlichen Glauben als Verrat gegenüber der Familie und dem Clan gilt. Falls demzufolge ein Somalier verdächtigt wird, den christlichen Glauben angenommen zu haben, wird er von Familienmitgliedern und Stammesführern schikaniert, bedroht oder sogar getötet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In Somalia herrscht Gesetzlosigkeit. Kriminalität und Korruption greifen ungehindert um sich. Die Regierung kontrolliert nur einige Städte und überlässt den Großteil der ländlichen Gebiete Al Shabaab. Die Miliz erhebt Steuern und finanziert ihre Aktivitäten durch illegalen Handel. Diese Situation hat das Leben für Christen sehr schwierig gemacht, da sie keinerlei Schutz haben. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International, der im Januar 2017 veröffentlicht wurde, wird Somalia als schlimmstes Land weltweit aufgeführt.

Verfolger

Die Verfolger in Somalia sind diejenigen, die sich der Ideologie des Clansystems und extremistischer militanter Gruppen im Land verpflichtet sehen. Wie bereits erwähnt, erklären muslimische religiöse Führer öffentlich, dass für den christlichen Glauben kein Platz sei; Al-Shabaab-Kämpfer töten Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben übergetreten zu sein, und von Familie und Gemeinschaft werden Christen muslimischer Herkunft ebenfalls massiv verfolgt. Politische Parteien, auch wenn sie noch nicht so weit entwickelt sind, identifizieren sich ebenfalls mit der Idee, dass Somalia nur für Somalis da ist – und Somali zu sein, heißt Muslim zu sein. Familienmitglieder und die ganze Gesellschaft lehnen auch nur den Gedanken an einen Übertritt zum christlichen Glauben kategorisch ab. Netzwerke von Kartellen organisierter Kriminalität profitieren von der Gesetzlosigkeit in Somalia. Al Shabaab beteiligt sich ebenfalls am illegalen Handel und erhebt unerlaubt Steuern als Einnahmequelle.

Hintergrund

Extremistischer Islam ist kein neues Phänomen in Somalia. Im Jahr 1899 schuf Muhammad Abdullah Hassan den Derwisch-Staat (einen sunnitisch-islamischen Staat). Er entschied, ein Kalifat zu errichten, nachdem er gesehen hatte, dass sich somalische Waisen selbst als Katholiken bezeichneten, was er als Verrat an der somalischen Kultur und dem islamischen Glauben betrachtete.

In Somalia war der Islam bereits vor der Verbreitung des christlichen Glaubens fest etabliert. Die kolonialistischen Interventionen Italiens und Großbritanniens lösten heftigen Widerstand gegen das Christentum aus. Hinzu kommt, dass die somalische Gesellschaft auf Clanzugehörigkeit beruht. Das Stammessystem Somalias – die informelle Regierungsform des Landes – ist sehr resistent gegenüber modernen Regierungsmodellen und stabiler als der formelle Aufbau des Staates.

In ihren Anstrengungen, die Sicherheit und ihre Regierungsgewalt auszuweiten und gleichzeitig die Beziehungen zu den somalischen Stämmen aufrechtzuerhalten, hat die offizielle Regierung Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit hintenangestellt.

Laut Freedom House sind die Versammlungs-, Religions- und Glaubensfreiheit im Land stark eingeschränkt. Die Regierung lässt außerdem zu, dass sich gegen Christen gerichtete Ansichten im Stammessystem verbreiten. Dies spiegelt sich klar in der Verfassung Somalias wider.

Nach dem Zusammenbruch der Zentralregierung im Jahr 1991 kamen gewalttätige extremistische Gruppen auf. Seit dem Sturz von Ziad Barre 1991 ist Somalia zu einem Rückzugsort für extremistische Dschihadisten geworden, was dazu geführt hat, dass die Gesellschaft sowohl im Land als auch in der umliegenden Region aggressiver und intoleranter gegenüber Christen geworden ist. In den meisten Fällen würden Christen in von Al Shabaab kontrollierten Gebieten in Somalia keinen einzigen Tag in einem Gerichtsprozess überleben oder auch nur die Chance bekommen, „nur" zur Haft in einem Arbeitslager verurteilt zu werden. Allein der Verdacht, dass jemand Christ sein könnte, führt zu einer raschen öffentlichen Hinrichtung. In diesem Zusammenhang müssen auch die Angriffe von Al Shabaab auf Christen in Kenia gesehen werden. Zudem hat der sogenannte „Islamische Staat" (IS) versucht, in Somalia Fuß zu fassen. Der IS hat Al Shabaab umworben, um die Gruppe dazu zu bewegen, sich von Al Kaida zu lösen und sich dem Kalifat des IS anzuschließen. Im April 2016 bekannte sich der IS zu einem Angriff auf Truppen der Afrikanischen Union. Dennoch ist der Versuch einiger Fraktionen innerhalb von Al Shabaab, sich mit dem IS zu verbinden, bisher fehlgeschlagen.

Das derzeitige Regime ist dabei, sich zu etablieren. Die Bundesregierung von Somalia wurde im August 2012 nach dem Ende des Mandats der Übergangsregierung gebildet und durch militärische Gewinne der Streitkräfte der Afrikanischen Union gegen Al Shabaab gestärkt. Allerdings gab es hinsichtlich der Freiheit für Christen keine Fortschritte. Die vorläufige Verfassung schränkt die Religionsfreiheit ein und zeigt einmal mehr, wie rückschrittlich die Situation in Somalia ist. Zum Beispiel wurde Apostasie (der Abfall vom islamischen Glauben) in der vorherigen Übergangscharta nicht als Straftat aufgeführt, wohingegen die jetzige provisorische Verfassung Apostasie explizit verbietet. Um die Clanführer zu beschwichtigen und sich ihrer Unterstützung zu versichern bzw. diese noch zu fördern, hat die Regierung hin und wieder unmissverständliche Anordnungen erlassen; zum Beispiel im Dezember 2015 das Verbot, Weihnachten zu feiern, mit der Erklärung, das christliche Fest habe „nichts mit dem Islam zu tun". 2017 wählte das Land einen neuen Präsidenten. Doch obwohl im Zusammenhang mit der Wahl neuer Optimismus aufkam, gibt es keine Garantie dafür, dass der Präsident für Minderheiten im Land eintreten wird. Indessen zerstören die häufigen tödlichen Anschläge von Al Shabaab diesen Optimismus wieder.

In Somaliland und der autonomen Provinz Puntland ist die Lage einigermaßen stabil, aber auch dort ist für Christen kein Platz. Die Schließung einer Kirche unmittelbar eine Woche nach der offiziellen Wiedereröffnung in Hargeisa, der Hauptstadt von Somaliland, ist ein Beispiel dafür.

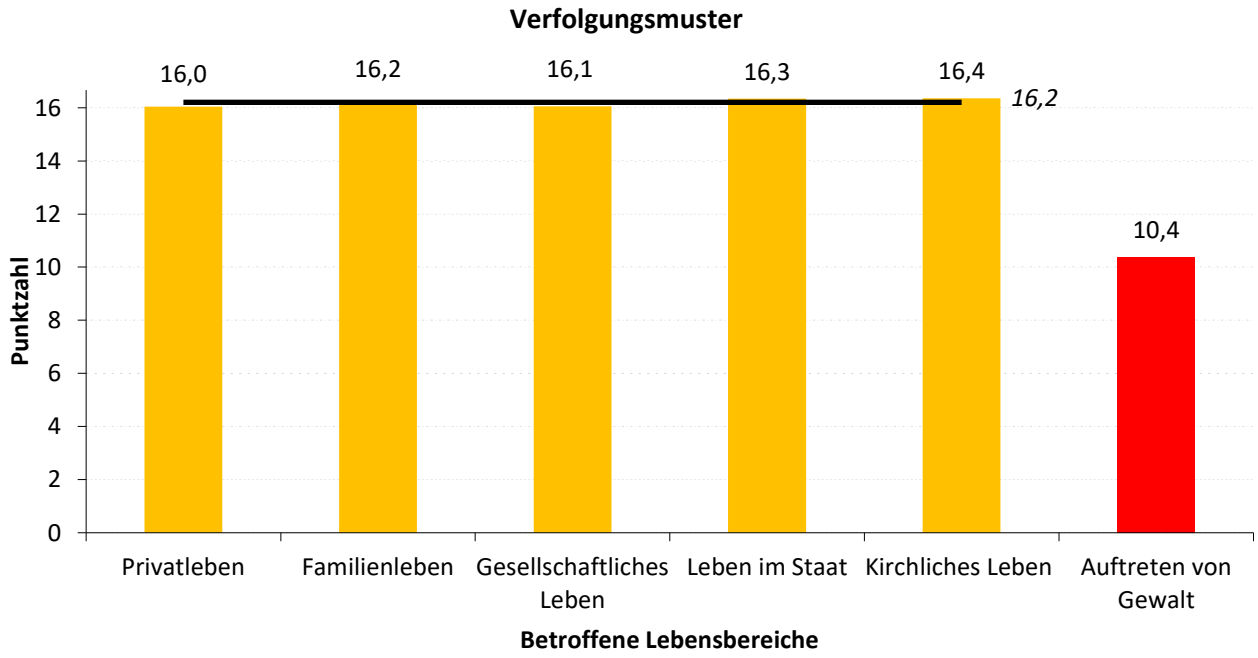
In Somalia haben andere religiöse Gruppen als Muslime keine erwähnenswerten Rechte. In Gebieten, die von Al Shabaab kontrolliert werden, hat sich die Situation so extrem verschärft, dass selbst sunnitische Muslime oft in den Untergrund gehen. Wie oben bereits erwähnt, verbieten die Gesetze in Somalia die Verbreitung jeglicher anderen Religion außer dem Islam und untersagen Muslimen, zu einem anderen Glauben zu konvertieren. Die Verfassung legt außerdem fest, dass alle Gesetze den allgemeinen Grundsätzen der Scharia entsprechen müssen. Vor diesem Hintergrund stehen alle anderen Religionen außer dem Islam vor schweren Herausforderungen.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Da sich diese Gruppe auf Militärseelsorger (beispielsweise unter Angehörigen der African Union Mission, AMISOM), Gastarbeiter in Mogadischu und einige Flüchtlinge in Hargeisa (Somaliland) beschränkt, wird sie im Rahmen des Weltverfolgungsindex nicht eigenständig betrachtet. Ihre Situation mit einzubeziehen, würde außerdem das Bild von der allgemeinen Lage im Land verfälschen. Diese Gruppe ist mehr oder weniger isoliert von der brutalen Wirklichkeit, mit der Christen muslimischer Herkunft hier konfrontiert sind. Das bedeutet, dass die meisten der Fragen im Fragebogen in diesem Zusammenhang nicht anwendbar sind. Daher wird diese Gruppe in der Analyse für den Weltverfolgungsindex nicht berücksichtigt.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund sind der schlimmsten Verfolgung ausgesetzt und werden von Al-Shabaab-Kämpfern als wichtiges Ziel angesehen. In der jüngsten Geschichte des Landes wurden Konvertiten zum christlichen Glauben (oder Menschen, die im Verdacht standen, Konvertiten zu sein) nach der Entdeckung oft auf der Stelle getötet. Während des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2018 hat sich die Situation nicht verbessert. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen, vor allem auf christliche Leiter, verstärkt. Infolgedessen müssen Christen alles tun, was in ihrer Macht steht, um ihren Glauben geheim zu halten. Gemeinschaft pflegen sie nur in kleinen, isolierten Gruppen. In den letzten Jahren hat sich Al Shabaab aus den großen Städten zurückgezogen und unter die lokale Bevölkerung gemischt. In den Gebieten, die von Al Shabaab kontrolliert werden, sind Christen muslimischer Herkunft besonders in Gefahr.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Somalia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Christen in Somalia stehen in allen Lebensbereichen unter höchstem Druck; die durchschnittliche Wertung ist mit 16,2 Punkten gleichgeblieben.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“ (da es im Grunde unmöglich geworden ist, ein sichtbares Kirchengebäude im Land zu haben), gefolgt vom Bereich „Leben im Staat“.
- Die Wertung für das Auftreten von gegen Christen gerichteter Gewalt beträgt 10,4 Punkte im Vergleich zu 10,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017. Diese Punktzahl ist hauptsächlich auf die Taten der extremistischen islamischen Miliz Al Shabaab zurückzuführen. Die Gruppe hat öffentlich erklärt, dass in Somalia für Christen kein Platz sei.
- Die Verfolgungssituation in Somalia in ihrer Gesamtheit zeigt, dass es in der Gesellschaft starke Bestrebungen gibt, den christlichen Glauben ganz aus dem Land zu verdrängen.

Privatleben: Christen in Somalia stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, wenn sie versuchen, ihrem Glauben entsprechend zu leben. Sie können nur heimlich beten und keine christlichen Materialien oder Symbole besitzen oder mit sich führen, da diese als Beweismaterial gegen sie betrachtet würden, sollten sie gefasst werden. Sie müssen ständig den Ort wechseln, an dem sie sich zum Gottesdienst versammeln. Ihren Übertritt zum christlichen Glauben müssen sie nicht nur vor ihrer erweiterten Familie und den Mitgliedern ihres Clans verstecken, sondern auch vor ihren engsten Angehörigen.

Die Familienmitglieder würden nicht nur verständnislos auf den christlichen Glauben reagieren, sondern auch Angst haben, selbst als Konvertiten verdächtigt zu werden. Einem Feldforscher zufolge trauen sich Christen kaum, ihren Glauben in irgendeiner Form auszudrücken: „Es gibt ein weltweites Social-Media-Netzwerk somalischer Christen, und allein einen Post dort zu ‚liken‘, bringt sie ernsthaft in Gefahr.“

Familienleben: Christliche Hochzeiten zu feiern oder christliche Feiertage in der Familie zu begehen, ist nahezu unmöglich. Somalische Kinder sind verpflichtet, am Islamunterricht teilzunehmen und christliche Eltern halten es oft für zu gefährlich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu unterrichten. Konvertiten zum christlichen Glauben oder Menschen, die verdächtigt werden, Konvertiten zu sein, sind allen Arten von Diskriminierung ausgesetzt, wenn es um das Sorgerecht für Kinder, Erbrecht oder Scheidungen geht. Um diesen Herausforderungen zu entgehen, halten christliche Familien ihren Glauben meistens so geheim wie möglich.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft werden von Angehörigen ihrer Gemeinschaft auf verschiedene Weise unter Druck gesetzt. Ein Feldforscher berichtet: „Mutmaßliche Konvertiten erhalten einschüchternde Nachrichten per Anruf von ‚besorgten‘ Mitgliedern der Gemeinschaft oder sogar von Mitgliedern von Al Shabaab, die ihnen sagen, sie hätten Gerüchte über ihren Glaubenswechsel gehört oder ‚widriges‘ [dem Koran widersprechendes] Verhalten beobachtet, und sie ermahnen, dies zu ändern – sonst drohe ihnen der Tod.“ Um solche Bedrohungen und ähnliche Probleme zu überleben, müssen somalische Christen ihren Glauben verstecken, auch um Zugang zu grundlegenden Sozialleistungen oder Bildung zu erhalten. Christinnen müssen sich wie Muslimas kleiden, um ihren Glauben zu verbergen.

Leben im Staat: Dieser Lebensbereich ist entscheidend, wenn es darum geht, die Verfolgung in einem Land zu untersuchen, da Politik und Gesetze auf nationaler oder regionaler Ebene bestimmend dafür sind, wie Dinge auf lokaler Ebene umgesetzt werden. In der Verfassung Somalias ist klar und deutlich dargelegt, dass der Islam die Staatsreligion und die Scharia Ursprung aller Gesetze ist. Es gibt keine Bestimmungen, nach denen Nichtmuslime von der Anwendung der Scharia ausgenommen wären. Beamte auf staatlicher und lokaler Ebene setzen Gesetze durch, welche die Freiheit von Christen stark einschränken, weshalb sie keine andere Wahl haben, als ihren Glauben im Geheimen zu leben.

Kirchliches Leben: Es gibt keine erkennbaren Kirchengebäude im Land. Viele Kirchen wurden in den letzten Jahrzehnten zerstört. In der Vergangenheit scheiterten Versuche, eine katholische Kathedrale in Mogadischu wiederzueröffnen. Eine Kirche in Hargeisa (Somaliland) wurde im aktuellen Berichtszeitraum für eine Woche wiedereröffnet, danach aber wieder geschlossen, nachdem die islamische Gemeinschaft Druck ausgeübt hatte. Kurz gesagt – das kirchliche Leben ist stark eingeschränkt und kann nur im Untergrund stattfinden. Christen versammeln sich im ganzen Land verstreut heimlich in kleinen Gruppen. Diese Hausgemeinden müssen ständig ihren Versammlungsort ändern, um eine mögliche Überwachung durch Al Shabaab und lokale Führungspersonen zu umgehen.

Auftreten von Gewalt: Somalische Christen erleben wegen ihres Glaubens Gewalt vonseiten der Familie, des Clans, von Behörden und Milizen. Al Shabaab hat bereits öffentlich erklärt, „Somalia von allen Christen zu befreien“. Ein Feldforscher erläutert: „Jedes Mal, wenn Christen angegriffen und umgebracht werden, besonders bei Terroranschlägen, wird abgestritten, dass die Betroffenen wegen ihres Glaubens ermordet wurden, damit die Überlebenden, die mit ihnen in Verbindung standen, nicht auch zur Zielscheibe von Gewalt werden.“ Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 wurden mindestens drei Christen muslimischer Herkunft gezwungen, das Land zu verlassen; mindestens acht mussten ihren Wohnort innerhalb des Landes wechseln. Ein Experte für das Land berichtet, dass ungefähr 23 (mutmaßliche) Christen muslimischer Herkunft im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 von Al Shabaab ermordet wurden; die Mainstream-Medien haben diese Morde allerdings ignoriert.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Ein Forscher berichtet: „Frauen und Mädchen werden unter Druck gesetzt, Duksi-Unterricht zu besuchen [eine Form der religiösen Erziehung] und von Al Shabaab gebilligte Burkas zu tragen. Manche werden zwangsverheiratet, leiden unter häuslicher Gewalt, werden von ihrem Ehepartner und anderen Familienmitgliedern verprügelt, beschimpft und unter Hausarrest gestellt. Ihnen werden Nahrung und Rechte verweigert, sie verlieren ihre Geschäfte, werden bedroht und dazu gezwungen, sich zu verstecken; einige suchen deshalb Zuflucht außerhalb des Landes. Manchen Frauen wird der Kontakt zu ihren Kindern versagt, manche verlieren ihre Ehemänner und einige werden sogar aufgrund von Verdächtigungen bezüglich ihres Glaubens getötet.“

Männer: Nach Auskunft eines Forschers sind Männer und Jungen, die des Übertritts zum christlichen Glauben verdächtigt werden, extremer Verfolgung ausgesetzt: „Männer und Jungen werden beschimpft, körperlich angegriffen, ihre Geschäfte werden ihnen weggenommen, sie werden mit dem Tod bedroht, gefoltert, lebendig verbrannt und andere erschossen.“

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Somalia ist seit 1993 auf dem Weltverfolgungsindex und wird zweifellos auch weiterhin einen hohen Rang einnehmen. Mit Hilfe der Afrikanischen Union konnte sich die somalische Regierung ein weiteres Jahr halten. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das Mandat der im Land stationierten Truppen der Afrikanischen Union ein weiteres Mal verlängert. Außerdem haben die USA ihre Luftangriffe gegen Al Shabaab fortgesetzt, wodurch vor allem die Zahl der Anführer der Gruppe vermindert wurde. Der IS wirbt weiterhin um Al Shabaab, bisher jedoch ohne großen Erfolg.

Vor diesem Hintergrund sind die Zukunftsaussichten nicht gerade vielversprechend:

- Auch wenn die Wahl von Mohamed Abdullahi Mohamed zum neuen Präsidenten Somalias von vielen westlichen Regierungen begrüßt wurde, ist es unwahrscheinlich, dass sich die somalische Regierung als stabil und als Beschützer von Minderheiten im Land erweist.
- Al Shabaab wird weiterhin gezielt Christen muslimischer Herkunft angreifen.
- Es ist unwahrscheinlich, dass eines der schwer beschädigten Kirchengebäude jemals wiedereröffnet werden kann.
- Falls die Truppen der Afrikanischen Union das Land verlassen sollten, würde dies Al Shabaab neu ermutigen, was eine noch größere Bedrohung für die Christen im Land und darüber hinaus darstellen könnte.

zurück zur Länderübersicht

Sudan: Platz 4

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung geht von der Regierung sowie extremistischen Muslimen aus, wird systematisch durchgeführt und erinnert an eine Politik der ethnischen Säuberung. Unter der autoritären Herrschaft von Präsident al-Bashir und seiner Partei gibt es im Sudan keine Rechtsstaatlichkeit. Die Presse- und Mediengesetze sind restriktiv, und die Meinungsfreiheit wurde stark eingeschränkt. Historisch betrachtet ist der Islam tief in der sudanesischen Gesellschaft verankert, und die Regierung setzt die Politik einer einzigen Religion, einer einzigen Kultur und einer einzigen Sprache strikt um. Seit der Südsudan 2011 seine Unabhängigkeit erklärte, sind tausende Christen in den Südsudan gezogen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Der Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 war für die Christen in vielerlei Hinsicht eine harte Zeit: Sie war hart, weil Christen ihre Kirchengebäude verloren, in denen sie sich jahrelang versammelt und Gott angebetet hatten. Sie war hart, weil die Regierung viele christliche Leiter verhaftete oder einschüchterte. Mindestens einmal übte die Regierung enormen Druck auf ein von der Kirche gewähltes Komitee aus, die Leitung an ein Komitee zu übergeben, das von der Regierung „unterstützt“ wird.

Das ethnisch-kulturelle Profil des Sudan ist kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudan im Jahr 2011 hat diese Probleme nicht gelöst. Dies gilt besonders für die ethnischen Afrikaner, denn viele von ihnen sind Christen und leben noch immer im Sudan. Alle christlichen Gemeinschaften im Sudan haben Angst davor, Gespräche über ihren Glauben mit sudanesischen Muslimen zu führen, da dies als „Ermutigung zum Glaubensabfall vom Islam“ ausgelegt werden könnte. Das Ausmaß der Verfolgung, mit der Christen muslimischer Herkunft und ethnische Afrikaner konfrontiert sind, ist enorm. Es gab Verhaftungen unter dem Vorwurf der Spionage; viele Kirchengebäude wurden zerstört und weitere stehen auf einer offiziellen Liste von Kirchen, die abgerissen werden sollen; viele Christen werden willkürlich in Gebieten wie den Nuba-Bergen angegriffen, wo es einen andauernden Konflikt zwischen Streitkräften der Regierung und Rebellengruppen gibt.

Um nicht entdeckt zu werden, wagen es Christen muslimischer Herkunft oft nicht, ihre Kinder als Christen zu erziehen, weil es die Aufmerksamkeit der Regierung und der kommunalen Behörden erregen könnte, wenn Kinder versehentlich den Glauben ihrer Eltern offenbaren. Diese Befürchtung erstreckt sich sogar auf Beerdigungen, bei denen verstorbene Christen mit muslimischem Hintergrund oft nach islamischen Riten auf muslimischen Friedhöfen begraben werden, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind.

Beispiele:

- Die Regierung ließ über 20 Kirchengebäude schließen.
- Christen mit muslimischem Hintergrund sind besonders gefährdet, da das Gesetz den Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion offiziell unter Todesstrafe stellt. Sie verzichten in der Regel darauf, christliches Material zu besitzen oder auf christliches Fernsehen oder Internet zuzugreifen, denn wenn dies entdeckt wird, könnte es von Familienangehörigen oder Beamten als Beweismittel gegen sie verwendet werden.
- Kinder aus christlichen Familien werden wegen des Glaubens ihrer Eltern oft in der Schule oder auf Spielplätzen belästigt.
- Es gibt offensichtlich ein extremes Ausmaß an Gewalt gegen Christen. Obwohl es schwierig war, genaue Angaben über die Zahl der getöteten Christen zu erhalten, ist klar, dass Christen in der Region der Nuba-Berge willkürlich von staatlichen Sicherheitskräften angegriffen werden. Im Berichtszeitraum zum WVI 2018 wurden mindestens drei Christen ermordet. Pastoren werden strafrechtlich verfolgt, weil sie sich gegen die Verfolgung im Land ausgesprochen haben.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Der Sudan ist zu einem Land geworden, in dem Christen als Einzelpersonen und kollektiv mit gravierenden Einschränkungen konfrontiert sind. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex (WVI) 2018, in dem der Sudan mit 87 Punkten bewertet wurde, hat die Regierung den Abriss von Kirchengebäuden und die Verhaftung von Christen forciert. Dies ist ein Ergebnis davon, dass nun vollumfänglich die Scharia umgesetzt wird, was Präsident al-Bashir nach der Abspaltung des Südsudan angekündigt hatte. Die islamistische und diktatorische Regierung hat auch ihre Politik fortgesetzt, Christen in den Nuba-Bergen zu verfolgen. Christliche Pastoren wurden verhaftet und vor Gericht gestellt, aber später auf intensiven Druck der internationalen Gemeinschaft hin wieder freigelassen. Mindestens drei Christen wurden getötet.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Diese Triebkraft der Verfolgung speist sich aus der Ideologie der Muslimbruderschaft, die der Gründer der jetzigen Regierungspartei, Hassan al-Turabi, vertrat, welcher dem sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir half, während eines unblutigen Staatsstreichs 1989 seine Macht zu festigen. Die sudanesische Regierung bemüht sich nicht nur um die Bildung eines islamischen Staates auf Kosten anderer religiöser Gruppen im Land, sondern steht auch im Verdacht, in den vergangenen drei Jahrzehnten islamische Extremisten unterstützt zu haben. Die USA haben den Sudan am 12. August 1993 zum ersten Mal als einen Staat bezeichnet, der den Terrorismus fördere, weil er wissentlich lokale und internationale Terroristen beherberge und zulasse, dass das Land als Durchgangsstation für Terroristen und Waffen genutzt werde. Historisch ist der Islam – einschließlich extremistischer Ausprägungen – in der sudanesischen Gesellschaft tief verwurzelt.

Ein Beispiel dafür ist die Mahdi-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Auch bot das Land Osama bin Laden Zuflucht, bevor er nach Afghanistan zog. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gehört dem sunnitischen Islam an. Die Scharia ist die Grundlage des sudanesischen Rechtssystems, und die Elite des Sudan hat sich zum Ziel gesetzt, ein islamisches Regime im Land zu etablieren. Apostasie (der Abfall vom Islam) wurde zum Verbrechen erklärt und mit der Todesstrafe belegt. Die Blasphemie-Gesetze werden landesweit angewandt, um Christen strafrechtlich zu verfolgen.

Diktatorische Paranoia: Der Sudan wird seit dem Staatsstreich al-Bashirs im Jahr 1989 von einem autoritären Regime regiert. Der Einfluss, den die Regierung sowohl auf das Privatleben als auch auf das öffentliche Leben hat, ist enorm. Außerdem kämpft das Land gegen tief verwurzelte Probleme: Die Darfur-Krise dauert weiter an und auch im Konflikt mit der aufständischen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung des Nordens (SPLM-N) scheint es keine dauerhafte Lösung zu geben, auch wenn Waffenstillstandsabkommen geschlossen werden konnten. Manche vermuten, dass die Abkommen aufgrund der Sanktionen seitens der US-Regierung getroffen wurden und die sudanesische Regierung in der Hoffnung nachgab, dass die Sanktionen gelockert werden könnten. Jedes Mal, wenn sich die Regierung größeren sozioökonomischen und politischen Problemen gegenübersieht, gelingt es al-Bashir, durch Brandreden gegen den Westen Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Christen im Land, da diese generell als „Spione des Westens“ angesehen werden.

Obwohl die meisten Sudanesen sunnitische Muslime sind, pflegt die Regierung eine enge Verbindung zum schiitischen Iran. Es scheint eine Symbiose zwischen der Diktatorischen Paranoia und der Islamischen Unterdrückung zu geben. Die führenden Köpfe des Regimes gelten durchweg als extremistische Muslime, die in der regierenden Nationalen Kongresspartei (NCP) ein Mittel sehen, ihre islamische Agenda voranzubringen. Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht nur von totalitären Tendenzen, sondern auch von einer islamistischen Gesinnung angetrieben wird. In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde zunehmend die Bereitschaft des amtierenden Präsidenten offenbar, in opportunistischer Weise Überzeugungen und Versprechen preiszugeben, um an der Macht zu bleiben. Beinahe alle seine Entscheidungen – sei es in Bezug auf die Unterstützung terroristischer Gruppen und bewaffneter Milizen oder die Unterdrückung jeder Form von Widerspruch – beruhen hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, auf dem Wunsch, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Erwähnenswert ist auch, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) Präsident Omar al-Bashir für das, was unter seiner Führung im Sudan geschehen ist, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermordes angeklagt hat – doch sein Bestreben, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, ist nach wie vor groß.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die sudanesische Regierung setzt alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein, um ihren langfristigen Machterhalt sicherzustellen. Durch gezielte Bemühungen werden lokale Stammesmilizen (einschließlich, aber nicht ausschließlich arabische Milizen), die als Dschandschawid bekannt sind, mobilisiert und ausgerüstet. Diese Gruppen werden instrumentalisiert, um auf Kosten anderer religiöser Gruppen auf einen islamischen Staat hinzuarbeiten.

Mehrere Berichte verschiedener Menschenrechtsorganisationen beschuldigen diese Milizen, in Zusammenarbeit mit der Regierung schwere Verstöße gegen die Menschenrechte gegenüber der nicht-arabischen Bevölkerung des Sudan begangen zu haben. Christen gehören zu diesen Minderheiten, die Opfer solcher organisierten Verbrechen sind.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die sudanesische Bevölkerung besteht aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen und fast 600 Untergruppen. Die meisten Bewohner der südlichen Landesteile sind ethnisch afrikanischer Herkunft, und Araber leben überwiegend in den nördlichen Landesteilen. Religion hat für die sudanesische Bevölkerung große Bedeutung. Die meisten Einwohner bekennen sich zu einer bestimmten Religion – hauptsächlich dem Islam oder dem christlichen Glauben, doch auch indigene Religionen bestehen fort. Seit vielen Jahren versuchen Araber aus dem Norden, nicht nur den Islam, sondern auch eine spezifische, besonders angesehene kulturelle und ethnische Identität als Araber zu verbreiten. Dies führte zu einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg und war letztlich für die Unabhängigkeit des Südsudan verantwortlich.

Verfolger

Verfolger sind im Sudan Regierungsbeamte, von der Regierung unterstützte Gruppierungen und die Unterstützer jener islamischen Ideologie, welche sich weigert, einen Glaubenswechsel zu akzeptieren und den Christen im Land einen Platz einzuräumen. Imame schüren in Moscheen und Medressen eine antichristliche Stimmung. Wahhabiten und Befürworter der Scharia als der Grundlage, um alle Bereiche des Lebens im Sudan zu regeln, engen den Spielraum für ein christliches Leben immer mehr ein. Staatliche Sicherheitskräfte verhaften, belästigen und bedrohen Christen und zerstören Kirchengebäude. Im ganzen Land organisieren sich gewalttätige religiöse Gruppen in Milizen, töten Christen und zerstören ihr Eigentum. Was in dieser Hinsicht noch beunruhigender ist, ist die mutmaßliche Verbindung zwischen der Regierung und diesen gewalttätigen religiösen Gruppen. Regierungsbeamte zwingen christliche Kinder, am Sonntag in die Schule zu gehen. Verfolgung kann in verschiedenen Teilen des Landes auch von Stammesführern ausgehen, die von der Regierung gestützt werden. Die regierende Nationale Kongresspartei (die 1996 gegründet wurde und welcher der Staatspräsident vorsteht) hat auch die Umsetzung der Scharia im Land vorangetrieben. Schließlich sind insbesondere Christen muslimischer Herkunft mit schwerer Verfolgung durch Familie, Verwandte und die Gesellschaft konfrontiert.

Hintergrund

Umgeben von Ägypten, Libyen, dem Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, Äthiopien, Eritrea sowie dem Roten Meer, befand sich der Sudan stets im Brennpunkt aufgrund der Kriege und Konflikte, von denen er seit Jahrzehnten umringt ist. Der gegenwärtige Bürgerkrieg im Südsudan lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den Verbrechen der Al-Bashir-Regierung ab. Während sich al-Bashir als Friedensstifter im Konflikt im Südsudan darstellt, beliefert er tatsächlich beide Seiten mit Waffen.

Die Christenverfolgung im Sudan ist nicht bloß als Verletzung der Religionsfreiheit zu verstehen. Die Verfolgung ist systematisch und erinnert an eine Politik der ethnischen Säuberung. Die Verfolgung stellt nicht nur eine Sammlung isolierter Einzelfälle dar, sondern zeigt ein Muster. Der Islam ist historisch tief in der Gesellschaft des Sudan verwurzelt, und obwohl das Christentum dort schon Jahrhunderte vor dem Islam Einzug gehalten hatte, gilt es paradoxerweise als der sudanesischen Kultur fremd. Der Sudan ist eines der wenigen afrikanischen Länder, das seit der Einführung des WVI für rein interne Zwecke im Jahr 1993 konstant auf dem Index vertreten ist.

Meist befand sich der Sudan dabei unter den ersten zehn oder zwanzig Ländern, was mit Bewertungen durch andere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit, übereinstimmt. Zudem gibt es seit Jahrzehnten keine Rechtsstaatlichkeit im Sudan; Presse- und Mediengesetze wurden verschärft und Meinungs- und Religionsfreiheit stark beschnitten. Und doch bewies Präsident al-Bashir mit seiner Partei bei den Wahlen im April 2015 seine Macht, indem er angeblich über 90 Prozent der Wähler bei einem erdrutschartigen Sieg für sich gewinnen konnte – obwohl Teile der Bevölkerung mit der schwachen Wirtschaftslage unzufrieden sind, die auf die fehlenden Einnahmen durch die Ölvorkommen zurückzuführen ist, welche sich nunmehr im Südsudan befinden. Der sich verschlimmernde Krieg zwischen dem Sudan, der Miliz SPLM-N und dem Südsudan eröffnet eine weitere Dimension von Problemen, mit denen die Minderheiten des Landes konfrontiert sind.

Die ethnisch-kulturelle Landschaft ist sehr vielschichtig und kompliziert: Araber stehen ethnischen Afrikanern und Muslime Christen gegenüber. Die Abspaltung des Südsudan hat diese Probleme nicht gelöst. Dies betrifft besonders die ethnischen Afrikaner, von denen eine beachtliche Zahl Christen sind und noch immer im Sudan leben. Die Regierung verfolgt streng die Politik einer einzigen Religion, einer einzigen Sprache und einer einzigen Kultur. Diese Politik wird bereits seit Jahren praktiziert und wurde von Präsident al-Bashir 2010 erneuert, als er erklärte, dass die Scharia die Hauptquelle der Verfassung sein müsse, der Islam die offizielle Religion und Arabisch die offizielle Sprache des Sudan. Somit unterdrückt al-Bashir die im Sudan verbliebenen afrikanischen Christen weiterhin hart, besonders in den Bundesstaaten Süd-Kordofan und Blauer Nil.

Die Regierung scheint die Strategie aus den 1980er- und 1990er-Jahren zu wiederholen: Damals entschied die Regierung gemäß einer erstmals 2015 erschienenen Studie, „die in den Nuba-Bergen lebenden Völker zu dezimieren, indem man ihnen den Zugang zu Nahrung, medizinischer Versorgung und Wohnraum verwehrt.“ Die Situation verschlimmert sich noch durch die Tatsache, dass sich der Konflikt mit der Miliz SPLM-N und der Bürgerkrieg im Südsudan in der Grenzregion beider Länder zu einem großen Konflikt zusammengebraut haben. Es lässt sich mit guten Gründen vertreten, dass die Verfolgung der Christen hier einer ethnischen Säuberung gleichkommt.

Der Sudan hat vergeblich alles versucht, die Abspaltung des Südsudan zu verhindern. Und so macht sich al-Bashir Mutmaßungen zufolge nun den Konflikt zwischen den beiden größten Stämmen des Südsudan, den Nuer und den Dinka, zunutze und versorgt beide Seiten mit Waffen, in der Hoffnung, dass sich das Land so selbst schwächen wird. Genauso bedeutend ist, dass al-Bashir dem Anschein nach diesen Konflikt als Ablenkung von dem auf ihn ausgestellten Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs nutzt.

Die Tatsache, dass nun zahlreiche afrikanische Staaten den Internationalen Strafgerichtshof verlassen wollen, ist für al-Bashir ein moralischer Sieg.

Die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) erklärte in ihrem Jahresbericht 2017 den Sudan als „besonders Besorgnis erregendes Land“ und empfahl dies auch dem US-Außenministerium. Dieses hat den Sudan am 31. Oktober 2016 zum 17. Mal in Folge als „besonders Besorgnis erregendes Land“ eingestuft, weil er schwere Verletzungen der Religionsfreiheit, wie sie im amerikanischen Gesetz zum Schutz der Religionsfreiheit (IRFA) beschrieben werden, toleriert hat oder selbst daran beteiligt war. Zusammengefasst macht die zerstörerische Verbindung zwischen Islamischer Unterdrückung und Diktatorischer Paranoia den Christen das Leben unerträglich.

Religiöse Minderheiten erfahren im Sudan keinen ausreichenden Schutz. Somit sind es nicht nur Christen, die verfolgt werden. Es gibt keine genau definierten Gesetze und Verfahren zum Schutz religiöser Minderheiten. Extremistische islamische Gruppen im Land werden zu einer Bedrohung nicht nur für Nichtmuslime, sondern auch für gemäßigte sunnitische Muslime, Sufis und schiitische Muslime.

Betroffene Kategorien von Christen

Im Sudan sind alle im WVI unterschiedenen Kategorien von Christen präsent. Sie alle sind mit Verfolgung konfrontiert. Das Ausmaß der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft sowie ethnischen Afrikanern ist jedoch enorm. Viele von ihnen wurden unter der Anklage von Verbrechen wie Spionage inhaftiert; viele Kirchengebäude wurden zerstört und weitere sollen abgerissen werden; viele Christen werden in Gebieten wie den Nuba-Bergen willkürlich angegriffen, wo Streitkräfte der Regierung gegen Rebellengruppen kämpfen.

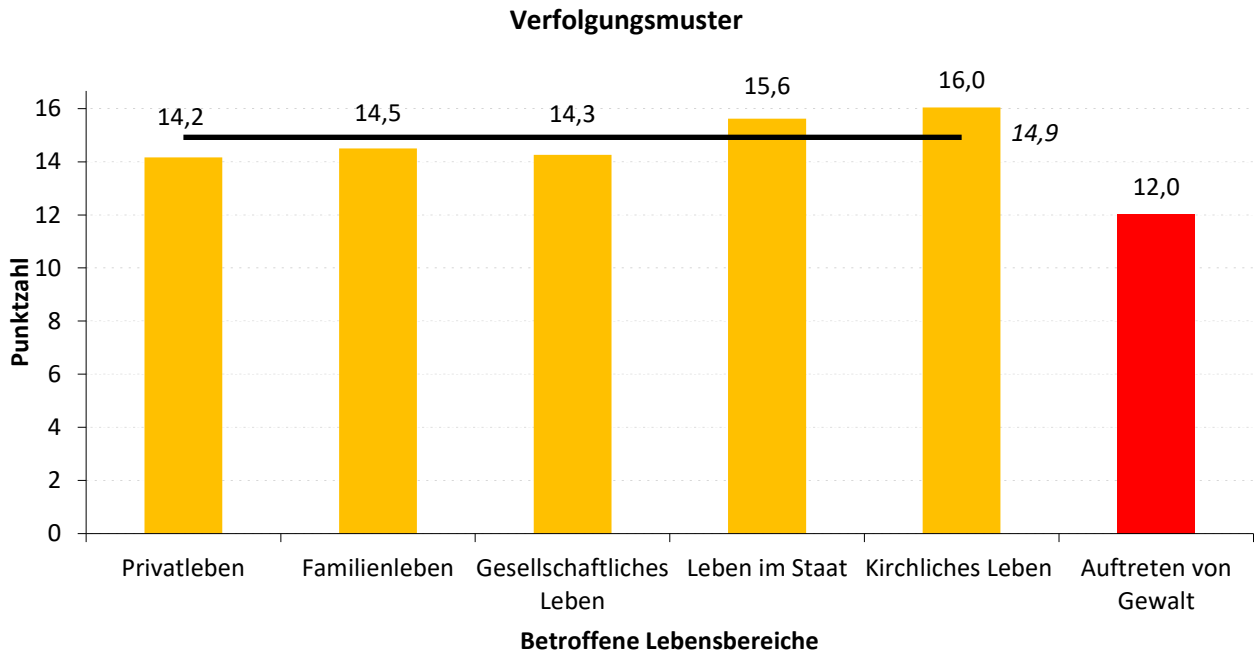
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Diese Christen stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern und dem Südsudan. Sie werden gezwungen, ihre Kirchengebäude zu schließen. Einige ihrer Kirchen wurden abgerissen, anderen Kirchengemeinden wurde die Registrierung verweigert. Manche Christen wurden ohne ordentlichen Gerichtsprozess inhaftiert.

Christen aus traditionellen Kirchen: Christen aus traditionellen Kirchen wie der Koptisch-Orthodoxen und der Römisch-Katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von Islamischer Unterdrückung als auch von Diktatorischer Paranoia. Dem Plan zum Abriss von Kirchengebäuden nach zu urteilen, kann man sagen, dass die Regierung vorhat, die meisten, wenn nicht alle Kirchengebäude im Land zu schließen, einschließlich diejenigen der traditionellen Kirchen.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Christen, die einen anderen religiösen Hintergrund haben – hauptsächlich ehemalige Muslime – erleben die stärkste Verfolgung. Sie erfahren nicht nur Verfolgung in den Bereichen des „Kirchlichen Lebens“ und des „Lebens im Staat“, sondern sind auch starker Verfolgung durch Familie und Nachbarn in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Familienleben“ und „Privatleben“ ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Einheimische Christen, die evangelikalen oder Pfingstgemeinden angehören, erleben Verfolgung durch Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia. Auch dieser Gruppe droht die Schließung ihrer Kirchengebäude im Land.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sudan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterungen zum Verfolgungsmuster:

- Insgesamt hat sich der Druck auf die Christen in allen Lebensbereichen (insbesondere im Bereich „Kirchliches Leben“) erhöht. Dies hat dazu geführt, dass der durchschnittliche Druck auf die Christen im Sudan von 14,8 im WVI 2017 auf 14,9 Punkte gestiegen ist.
- Der Druck ist am stärksten im Bereich „Kirchliches Leben“ (16,0). Die sudanesische Regierung hat in vielerlei Hinsicht massiven Druck auf die Kirche und die kirchlichen Leiter ausgeübt. Zum Beispiel wurden rechtmäßige Gemeindeleiter unter Druck gesetzt, die Leitung ihrer Gemeinde an ein von der Regierung unterstütztes Komitee zu übergeben. Einige Gemeindeleiter und ihre Familien erleben täglich Einschüchterungen.
- Die Punktzahl für Gewalt ist auf 12,0 gesunken, gegenüber 13,3 im WVI 2017. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass weniger Christen getötet wurden als im vorangegangenen Berichtszeitraum.
- Christen muslimischer Herkunft sind in fast allen Lebensbereichen der stärksten Verfolgung ausgesetzt.

Privatleben: Es gibt ein eindeutiges Gesetz zur Bestrafung von Christen, besonders solcher mit muslimischem Hintergrund. Artikel 126 des Strafgesetzbuches erklärt: „Jeder, der die Abwendung vom Islam propagiert oder ihn öffentlich ablehnt durch eindeutige Äußerungen oder eine Handlung, die dies deutlich erkennen lässt, begeht damit die Straftat der Apostasie.“ In der Vergangenheit kam es vor, dass Menschen, die den christlichen Glauben angenommen hatten, nur aufgrund bloßer Gespräche, die sie geführt hatten, zum Tode verurteilt wurden.

Christen muslimischer Herkunft sind besonders betroffen, da das Gesetz für die Hinwendung vom Islam zu einer anderen Religion die Todesstrafe fordert.

Ein Feldforscher erklärt: „Wegen des Risikos, entdeckt zu werden, und weil dies als Beweismaterial von Familien, Gesellschaft und Behörden gegen sie verwendet werden könnte, besitzen christliche Konvertiten grundsätzlich keine christlichen Materialien und vermeiden christliche Fernsehsender oder Internetseiten.“ Außerdem haben alle Christen Angst davor, mit sudanesischen Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, da dies als „Ermutigung zum Abfall vom Islam“ verstanden werden könnte.

Familienleben: Die Christen im Land sind in diesem Lebensbereich mit verschiedenen Formen von Verfolgung konfrontiert. Der Sudan ist für Christen kein einfacher Ort, um zu heiraten. Bei einer Ehe zwischen einem muslimischen und einem christlichen Partner wird erwartet, dass der Christ zum Islam konvertiert. Während das Gesetz bis zu einem gewissen Grad zulässt, dass Nichtmuslime nicht der Anwendung des islamischen Gesetzes unterworfen werden, welches die Regierung durchsetzen will, wird in der Praxis eine christliche Hochzeit nicht so reibungslos ablaufen wie eine Hochzeit zwischen Muslimen. Die Kinder von Christen werden häufig in der Schule oder auf dem Spielplatz wegen des Glaubens ihrer Eltern belästigt. Auch im Sorge- und Erbrecht ist die Situation für Christen aufgrund ihres Glaubens sehr kompliziert. Dies ist ein weiterer Lebensbereich, in dem christliche Konvertiten die stärkste Verfolgung erfahren. Für sie ergeben sich selbst bei Begräbnissen ernsthafte Probleme. Christen muslimischer Herkunft werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen beerdigt, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind. Auch geben sie ihren christlichen Glauben häufig nicht einmal an die eigenen Kinder weiter, da dies die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Familie ziehen könnte (weil Kinder versehentlich den Glauben der Eltern offenbaren könnten).

Gesellschaftliches Leben: Über die einfachen Schikanen und Bedrohungen hinaus, denen Christen in ihrem täglichen Leben ausgesetzt sind, ist es sehr wichtig, zu unterscheiden zwischen dem, was in den Nuba-Bergen und der Region Blauer Nil vor sich geht, und dem, was in anderen Teilen des Landes, insbesondere in den Städten, geschieht. Seit Juni 2011 führt die sudanesische Regierung Bodenoffensiven und Luftangriffe gegen angebliche „Rebellen“ durch, doch die meisten Kenner der Region wissen, dass die Pläne der sudanesischen Regierung und die Milizen, die diese Angriffe durchführen, ein einziges Ziel haben, nämlich die ethnische Säuberung des Gebietes von ethnischen Minderheiten und vor allem von Christen. Tausende von Christen wurden durch Angriffe von staatlich unterstützten Gruppen getötet, und viele Tausende wurden aus keinem anderen Grund aus ihren Dörfern vertrieben als dem, dass sie einer anderen Religion angehören als die Führung des Landes.

Gesetze zur öffentlichen Ordnung beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung und gelten im Bundesstaat Khartum. Sie verbieten das Tragen „unpassender“ Kleidung sowie „Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Moral“. Die islamische Moralpolizei belästigt und verhaftet Christen, die sich nicht entsprechend den offiziellen Vorschriften kleiden. Christen werden auch bei der Vergabe öffentlicher Ämter und beim Zugang zu Gemeinschaftsressourcen diskriminiert. Außerdem werden Christen, besonders ehemalige Muslime, durch Behörden und muslimische Leiter überwacht und stehen unter enormem Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Leben im Staat: Auf nationaler Ebene sind die Rahmenbedingungen für Christen nicht günstig. Christen werden als Bürger zweiter Klasse angesehen. Obwohl Artikel 38 der Übergangsverfassung Religionsfreiheit garantiert, ist die regierende Partei der Meinung, dass das Land den Muslimen gehört. Demzufolge sind praktisch alle Gesetze von der Scharia abgeleitet und bieten keinen Raum für die Ausübung der Religionsfreiheit. Andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch zusätzliche Rückbezugsklauseln ein. Christen – besonders aus dem Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht. Der Glaubenswechsel vom Islam zum Christentum wird nicht nur nach den geltenden Gesetzen des Landes als rechtswidrig angesehen, sondern kann auch zu Feindseligkeiten innerhalb der Familie der Konvertiten führen. Es gab Fälle, in denen solche Christen allein deshalb von Familienmitgliedern unter Hausarrest gestellt wurden, weil sie den christlichen Glauben angenommen hatten. Der Fall von Mariam Yahia Ibrahim Ishag aus dem Jahr 2014, die wegen Abfall vom Islam zum Tode verurteilt, aber später auf Druck der internationalen Gemeinschaft freigelassen wurde, ist ein gutes Beispiel dafür, wie groß das Risiko für jeden ist, der sich entschieden hat, vom Islam zum christlichen Glauben überzutreten.

Ein Feldforscher erklärt: „Weil im Land das islamische Gesetz gilt, ist es für Nichtmuslime im Vergleich zu muslimischen Geschäftseigentümern sehr schwierig, Genehmigungen zu erhalten, um ein Geschäft zu eröffnen. Zusätzlich zu den rechtlichen Beschränkungen ist zu beachten, dass die meisten christlichen Geschäftseigentümer wegen ihrer Religion von den Kunden benachteiligt werden. In den meisten Fällen ist es für christliche Geschäftsleute sehr schwierig, Aufträge zu bekommen, die von der Regierung ausgeschrieben werden, da die Regierungsbeamten, die für die entsprechenden Regierungsstellen zuständig sind, eine diskriminierende Einstellung haben."

Kirchliches Leben: Im Berichtszeitraum zum WVI 2018 sticht der Bereich „Kirchliches Leben" insofern hervor, als über 20 Kirchen zur Schließung gezwungen und abgerissen wurden. Wie ein Feldforscher berichtet, mischt sich die Regierung zunehmend in die internen Abläufe religiöser Institutionen ein. Aufgrund von Vorschriften seitens des Ministeriums für religiöse Stiftungen und Religionsangelegenheiten sahen sich Pastoren zur Selbstzensur und Einschränkung ihrer Aktivitäten genötigt. In einigen Fällen zwangen sudanesische Sicherheitskräfte Christen, die von ihnen geführten Schulen abzugeben. Auch der Bau neuer Kirchen ist äußerst schwierig, vor allem, weil dazu eine Baugenehmigung der Regierungsbehörden benötigt wird. Selbst wenn diese ausgestellt wird, bekommen Christen von lokalen islamischen Leitern und muslimischen Extremisten täglich Steine in den Weg gelegt. Ein Feldforscher erklärt: „Selbstverständlich gibt es innerhalb des Landes Unterschiede, was den Grad der Überwachung und Einschränkung betrifft.

Während Christen in der Hauptstadt und anderen Großstädten hauptsächlich von Regierungskräften überwacht und behindert werden, unterliegen Kirchengemeinden in den entlegenen Teilen des Landes, insbesondere in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, einer stärkeren Behinderung und Überwachung sowohl durch Regierungs- als auch Nichtregierungsgruppen." Darüber hinaus mischt sich die Regierung immer wieder in kirchliche Angelegenheiten ein und spielt eine wichtige Rolle bei der Bildung rivalisierender kirchlicher Gremien, welche die kirchlich gewählten Ausschüsse ersetzen. Die Regierung unterstützt dann diese rivalisierenden Komitees und erlaubt ihnen, Kirchengebäude hinter dem Rücken der Hauptgemeinde zu verkaufen.

Auftreten von Gewalt: Das extreme Maß an Gewalt gegen Christen ist ein Produkt von zwei zusammenwirkenden Triebkräften der Verfolgung. In den Nuba-Bergen werden Christen willkürlich von staatlichen Sicherheitskräften angegriffen. Die Regierung behauptet dabei, gegen Rebellen vorzugehen. Kirchengebäude und Grundstücke von Christen werden attackiert. Pastoren, die sich gegen Verfolgung aussprechen, werden strafrechtlich verfolgt. Die Pastoren Hassan Abduraheem Taour und Kuwa Shamal sowie ein tschechischer Entwicklungshelfer wurden vor Gericht gestellt und verurteilt, auf erheblichen Druck der internationalen Gemeinschaft hin schließlich jedoch entlassen. Sie wurden der „Spionage", der „Kriegführung gegen den Staat" und der „Verbreitung von Hass gegen religiöse Versammlungen" beschuldigt. Über 20 Christen und christliche Leiter wurden im Berichtszeitraum zum WVI 2018 verhaftet und mindestens drei Christen getötet.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christinnen sind mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Sie sind gezwungen, sich wie Muslimas zu kleiden. Mädchen, die wegen „unanständiger Kleidung" verhaftet werden, werden während des Verhörs oft sexuell belästigt und erniedrigt. Das Verfahren wegen Glaubensabfall, das Mariam Yahya Ibrahim Ishag durchmachen musste, die sogar im Mai 2014 im Gefängnis ein Kind gebar, ist ein Beispiel dafür, wie eine christliche Frau im Sudan behandelt werden kann.

Männer: Die Regierung konfrontiert männliche Christen mit einer Vielzahl von schwerwiegenden Anschuldigungen. Beispielsweise werfen die Sicherheitskräfte christlichen Männern oft vor, für den Westen zu spionieren. Dies hat das Potenzial, den Zerfall der Familie zu verursachen und die Kirche zu schwächen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die sudanesische Regierung, die für ihre Missachtung der Menschenrechte bekannt ist, hat weiterhin die Rechte der Christen im Land verletzt. Im Laufe der letzten Jahre ist die Punktzahl des Landes auf dem WVI stetig angestiegen. Seit 1999 steht der Sudan auch auf der Liste der „Countries of Particular Concern (CPC)" (der „besonders Besorgnis erregenden Länder") des US-Außenministeriums. Am 31. Oktober 2016 wurde das Land erneut zum CPC erklärt.

Der Druck der internationalen Gemeinschaft half bei der Freilassung einiger Christen, die wegen ihres Glaubens inhaftiert waren; die Regierung hat jedoch ihr grundsätzliches Verhalten gegenüber Christen nicht geändert. Die Plünderung und Zerstörung von Kirchengebäuden, Krankenhäusern und Schulen sind alltäglich, besonders in den Nuba-Bergen. Trotz der Tatsache, dass Präsident al-Bashir mit zwei internationalen Haftbefehlen konfrontiert ist, wurde die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Unruhen im Südsudan gelenkt, wo ein Bürgerkrieg zwischen den beiden wichtigsten rivalisierenden ethnischen Gruppen ausgebrochen ist.

Mit Blick auf die Zukunft ist folgendes Szenario sehr wahrscheinlich:

- Die Verhaftung von Christen wird fortgesetzt.
- Der Abriss von Kirchengebäuden wird weitergehen.
- Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia werden die Haupttriebkräfte im Land bleiben.
- Christen werden weiterhin Schwierigkeiten haben, Baugenehmigungen für Kirchengebäude zu erhalten.
- Die sudanesische Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin willkürlich gegen die Nuba-Christen vorgehen.

zurück zur Länderübersicht

Pakistan: Platz 5

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: In Pakistan existieren extremistische islamische Gruppierungen nicht nur, sondern sie können auch aufblühen und sich entwickeln, da einige von ihnen von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten“ und „bösen“ Taliban unterscheidet. Dieser Strategie hat sich die Regierung weitestgehend angeschlossen. Bis sich dies ändert, werden extremistische Gruppierungen weiterhin tausende Medressen (Koranschulen) unterhalten, von denen niemand weiß, was genau gelehrt und mit welchen Geldern sie finanziert werden. Außerdem werden sie weiterhin die Bürger des Landes (insbesondere die Jugend) überall im Land dazu aufhetzen, gegen religiöse Minderheiten wie die Christen vorzugehen. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich ebenfalls dieser Feindseligkeit ausgesetzt. Die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Gesellschaft angesehen wird.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Traditionelle Kirchen besitzen relativ große Freiheit, Gottesdienste zu feiern. Sie werden jedoch stark überwacht und werden regelmäßig Ziel von Bombenanschlägen. Im Berichtszeitraum kam es dennoch zu keinem erfolgreichen Bombenanschlag auf Kirchengebäude. Kirchengemeinden, die sich aktiver nach außen engagieren, sowie Mitarbeiter in der Jugendarbeit sind stärkerer Verfolgung vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt. Alle Christen leiden unter institutioneller Diskriminierung. Dies wird dadurch sichtbar, dass häufig Berufe, die als niedrig, schmutzig und abwertend betrachtet werden, offiziell Christen vorbehalten sind. Viele Christen sind arm und einige sind Opfer von Fronarbeit. Auf der anderen Seite gibt es viele Christen, die der Mittelschicht angehören – dies schützt sie jedoch nicht davor, marginalisiert oder verfolgt zu werden. Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten (auch muslimische Minderheiten) ab; am stärksten wirken sie sich auf die christliche Minderheit aus.

Beispiele:

- Eine neue Entwicklung ist der Mord an zwei chinesischen Christen, die in Pakistan arbeiteten. Li Xinheng (24) und Meng Lisi (26) wurden im Mai 2017 von militanten Kämpfern getötet, die eine Verbindung zum „Islamischen Staat“ (IS) haben. Sie beschuldigten ihre Opfer, Pakistanis zum Glaubenswechsel bewegen zu wollen.
- Christen werden weiterhin wegen Blasphemie-Anschuldigungen getötet; teilweise ist ihr Tod aber auch auf ihren verachteten Status zurückzuführen. Am 1. Juni 2017 starb ein christlicher Kanalarbeiter im Krankenhaus von Umar Kot in der Provinz Sindh, weil sich drei muslimische Ärzte weigerten, ihn zu berühren. Dies hätte sie nach ihrem Glauben während ihres Fastens im Ramadan unrein gemacht. Es wurden weitere Morde an Christen im Berichtszeitraum erfasst, es gab jedoch keinen erfolgreichen Anschlag gegen ein Kirchengebäude.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Pakistan ist weiterhin eines der Länder, in denen es Christen am schwersten haben. Der leichte Rückgang der Punktzahl in einigen Lebensbereichen bedeutet nicht, dass sich die Situation für Christen verbessert hat. Das zeigt unter anderem die Tatsache, dass der Wert für Gewalt weiterhin auf dem maximalen Level ist. Nur wenige Länder haben jemals diesen Maximalwert für Gewalt im Weltverfolgungsindex (WVI) erreicht. Der Maximalwert wurde in Pakistan in diesem Jahr erreicht, obwohl zum ersten Mal seit drei Jahren kein Bombenanschlag auf ein Kirchengebäude an Ostern erfolgreich ausgeführt werden konnte. Ein Anschlagsversuch wurde von Sicherheitskräften verhindert (siehe Abschnitt „Auftreten von Gewalt“ weiter unten). Trotzdem wurden im Berichtszeitraum mindestens 15 Christen aufgrund ihres Glaubens getötet, meist in Verbindung mit den berüchtigten Blasphemiegesetzen des Landes.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Pakistan leidet unter einer Vielzahl extremistischer islamischer Gruppierungen und einer sich verstärkt islamisierenden Gesellschaft. Die christliche Gemeinschaft fühlt sich sowohl durch diese Gruppierungen als auch durch die islamische Kultur bedrängt. Den Christen wohlgesinnte Politiker, Richter und religiöse Leiter werden öffentlich von denen bedroht, die eine extremistische, auf dem Wahhabismus beruhende, Ausrichtung haben. Diese wollen Ungläubige nach ihren Vorstellungen behandeln und ein Kalifat errichten sowie sich mit den Unterstützern des „Islamischen Staats“ (IS) und den Taliban identifizieren. Die stärker werdende Präsenz militanter Gruppen, die ausdrücklich Christen zum Angriffsziel erklärt haben, verschlimmert die Situation für Christen in der Region. Trotz einer stärkeren Bekämpfung einiger Gruppen durch das Militär blühen extremistische Gruppierungen auf und werden von verschiedenen politischen Lagern zu Verbündeten gemacht. Ihre Fähigkeit, hunderttausende, meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen, ist ein starkes politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen.

Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich zudem nicht einfach in Luft auf. In den meisten Fällen benennen sie sich um und umwerben die Bevölkerung mit sozialen Leistungen. Sie versuchen, jungen Menschen die Perspektive zu geben, an der es in Pakistan so sehr fehlt. Da der Großteil der Bevölkerung 25 Jahre oder jünger ist, davon ein Drittel unter 14, wird sich dieser Trend nicht so bald abschwächen und schafft riesige Herausforderungen. Während die Lebenserwartung mit 67,7 Jahren nicht sehr hoch ist, steht die Fruchtbarkeitsrate bei 2,68. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird Pakistan bis 2030 das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt sein und damit Indonesien ablösen. Diese Strukturen führen dazu, dass jedes Jahr eine große Anzahl junger Menschen die Schule voller Träume für ihre Zukunft verlässt. Da das Land jedoch nicht einmal allen Gebildeten und Akademikern der jungen Generation Perspektiven bieten kann, sind soziale Unruhen absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee. Die Armee ist eng mit der Wirtschaft des Landes verflochten und tritt in vielen Wirtschaftsbereichen als starker Wettbewerber auf. Sie genießt dabei unlautere Vorteile, wie ein populärer Scherz verdeutlicht: „Jedes Land hat eine Armee, aber hier hat eine Armee ein Land.“

Es ist schwer, an detaillierte Daten zu gelangen, doch Schätzungen zufolge verfügt das Militär über ein Vermögen von etwa zehn Milliarden US-Dollar. Dazu gehören etwa fünf Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Die Absetzung von Präsident Nawaz Sharif durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs aufgrund von Korruption, die durch die Panama-Papiere aufgedeckt wurde, zeigt, dass die Korruption jedoch keinesfalls auf das Militär beschränkt ist.

Unter dem organisierten Verbrechen leiden insbesondere auch Christen, da viele von ihnen arm und schutzlos sind. Dies ist vor allem bei Blasphemie-Klagen der Fall. Dies hat sich erneut im April 2016 gezeigt, als der Hauptverdächtige im Mordfall an einem christlichen Ehepaar auf Kaution entlassen wurde. Das Paar war am 4. November 2014 wegen angeblicher Blasphemie ermordet und in einem Ziegelofen verbrannt worden. Am 23. November 2016 wurden zwar fünf Verdächtige zum Tode verurteilt, das strukturelle Unrecht hinter diesem Fall bleibt jedoch bestehen: Das Ehepaar hatte in der dritten Generation in Schuldknechtschaft für den Ziegeleibesitzer gearbeitet, in dessen Ofen es ermordet wurde. Arbeiter in dieser Lage sind völlig der Gnade des Arbeitgebers ausgeliefert. Da sie wegen horrender Zinsen ihre Schulden nicht zurückzahlen können, gibt es für sie keinen Ausweg. Sie können nicht gerichtlich gegen die Situation vorgehen und bleiben so ohne Schutz oder Perspektive.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Pakistan leidet unter der ethnischen Zersplitterung nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Verwaltung des Landes. So werden beispielsweise die Provinz Belutschistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Als Feudalherren herrschende Landbesitzer befehligen in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichte und Gefängnisse. Korruption ist überall zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Die Rechtsprechung in den national verwalteten Stammesgebieten (FATA) ist eingeschränkt und ungerecht. Diese an Afghanistan grenzende Spannungsregion wird noch immer nach dem aus der Kolonialzeit stammenden „Gesetz zu Verbrechen in Grenzgebieten“ von 1901 regiert, welches Polizei und Gerichte aushebelt und die Entfremdung der dort ansässigen Menschen verstärkt. Pakistans Verfassung scheint dort faktisch außer Kraft zu sein. Dies wird besonders durch einen Bericht vom Juni 2016 deutlich, laut dem die Regierung von Khyber Pakhtunkhwa eine Hochschule mit finanziellen Mitteln unterstützt, die als „Universität des Dschihad“ bekannt geworden ist.

Diktatorische Paranoia: Die Politik in Pakistan hat schon immer aus einer Mischung aus „Islamischer Unterdrückung“ und „Diktatorischer Paranoia“ bestanden. Jede Regierung musste mit einer Opposition, extremistischen Gruppierungen, einer starken, unabhängigen Armee und Korruptionsvorwürfen kämpfen. In der Folge tut sie alles, was ihr möglich ist, um an der Macht zu bleiben. Dies zeigte sich im aktuellen Berichtszeitraum erneut. Da Premierminister Nawaz Sharif Ende Juli 2017 aufgrund von Korruptionsvorwürfen seines Amtes enthoben wurde, werden 2018 Parlamentswahlen stattfinden. Es sieht so aus, als würde die politische Situation damit wieder unbeständiger werden. Imran Khan, der Vorsitzende der Oppositionspartei PTI, reichte eine Klage gegen den damaligen Premierminister Sharif ein, da im Zuge der Panama-Leaks Unregelmäßigkeiten in den privaten finanziellen Angelegenheiten des Premierministers öffentlich wurden. Diese Enthüllungen brachten viele derer, die sich für politische Reformen ausgesprochen hatten, dazu, sich einer islamistischen Agenda anzuschließen, die eine stärkere Islamisierung des Landes fordert. Sollte Imran Khan eine größere Rolle in der Politik Pakistans spielen, ist dies kein gutes Zeichen für die Minderheiten des Landes. Khan hat durch mehrere Aussagen klargemacht, dass ihm der Einsatz für diese Minderheiten nicht wichtig ist.

Verfolger

In Pakistan existieren extremistische islamische Gruppen nicht nur, sondern sie blühen auch auf und entwickeln sich, da einige von ihnen von politischen Parteien, dem Militär und der Regierung umworben werden. Besonders die Armee folgt weiterhin einer Politik, bei der sie zwischen „guten" und „bösen" Taliban unterscheidet. Dieser Strategie hat sich die Regierung weitestgehend angeschlossen. Bis sich dies ändert, werden extremistische Gruppierungen weiterhin Straßen besetzen und tausende Medressen (Koranschulen) unterhalten, von denen keine Behörde weiß, was genau gelehrt wird und mit welchen Geldern sie finanziert werden. Außerdem werden sie weiterhin die Bürger des Landes (insbesondere die Jugend) überall im Land dazu aufzuhetzen, gegen religiöse Minderheiten wie Christen vorzugehen. Christen mit muslimischem Hintergrund sehen sich ebenfalls dieser Feindseligkeit ausgesetzt. Die größte Gefahr für sie kommt jedoch von ihren eigenen Familien, da der Abfall vom Islam als eine große Schande für Familie und Gesellschaft angesehen wird.

Anführer ethnischer Gruppen verlangen kompromisslosen Gehorsam; schließt sich jemand einer anderen Religion an, wird dies als Verrat angesehen. Viele Christen sind Ausbeutung ausgesetzt, da sie sehr arm sind. Fronarbeit ist eine Realität für viele von ihnen, die ihren Dienstherren großen Profit beschert. Ideologische Interessenverbände, die häufig mit politischen Parteien und islamischen religiösen Gruppen verknüpft sind, üben enormen Druck aus und haben starken Einfluss. Dies zeigte sich zuletzt im November 2017, als eine vergleichsweise kleine Gruppe den Justizminister aus dem Amt drängte (siehe Abschnitt „Ausblick"). Multilaterale Organisationen diskriminieren religiöse Minderheiten bei der Einstellung neuer Mitarbeiter. Christliche Leiter zeigen häufig eine sehr abwehrende Haltung und versuchen die Mitglieder ihrer Gemeinde davon abzuhalten, sich einer anderen Kirche anzuschließen, egal aus welchem Grund sie die Gemeinde wechseln wollen.

Hintergrund

Pakistan war im Berichtszeitraum weiterhin ein sehr unberechenbares Land. Obwohl das Militär seinen Kampf gegen militante Islamisten fortsetzt, unterscheidet es nach wie vor zwischen „guten" und „bösen" Dschihadisten. Es bekämpft die Letzteren, buhlt aber um die Erstgenannten (beispielsweise Lashkar-e-Toiba, jetzt Jamaat-du-Dawah und das Haqqani-Netzwerk), um sie zur Durchsetzung eigener Ziele gegen Nachbarländer wie Afghanistan und Indien stellvertretend ins Feld zu schicken. Diese Politik verfolgt die Armee seit Jahrzehnten. Das Militär kämpft gegen Rebellengruppen, die dem IS nahestehen, dessen Einfluss in Pakistan Berichten zufolge wächst. Die Taliban sind noch immer aktiv und organisieren Angriffe, doch auch der IS ist in der Lage, Anschläge im Land durchzuführen, was sich Ostern 2017 zeigte, als ein Bombenanschlag auf Kirchen nur durch die Aufmerksamkeit des Wachpersonals verhindert werden konnte. Hafeez Muhammad Saeed, der Anführer zweier verbotener extremistischer Gruppierungen, hat eine Partei gegründet und beabsichtigt, an den Wahlen 2018 teilzunehmen. Die Milli Muslim League (MML) ist bisher jedoch nicht als politische Partei von der Wahlkommission Pakistans zugelassen. Ob eine Taliban-Gruppierung vom Militär als gut, böse oder patriotisch eingestuft wird, ist unerheblich. Diese Gruppen sind alle gewalttätig und extremistisch und viele arbeiten mit der Regierung oder der Armee zusammen. Dies kann nur in weitere Gewalt münden – besonders gegen religiöse Minderheiten.

Mumtaz Qadri, der den muslimischen Gouverneur Salman Taseer 2011 ermordet hatte, weil er sich öffentlich gegen die pakistanischen Blasphemiegesetze ausgesprochen hatte, wurde am 29. Februar 2016 gehängt. Demonstranten verlangten daraufhin die augenblickliche Exekution aller Häftlinge, die wegen Blasphemie verurteilt worden waren, insbesondere der katholischen Christin Asia Bibi. Qadris ehemalige Gefängniszelle wurde nach seinem Tod in einen Schrein umgewandelt, der laut Berichten sehr beliebt und gut besucht ist.

Eine der wichtigsten Herausforderungen des Landes bleiben die unkontrollierbaren Medressen. Ein endloser Strom von Jugendlichen, die ihre Bildung in Koranschulen erhalten, strömt in die Gesellschaft. Wird jedoch die Lehre in den Medressen nicht kontrolliert, können extremistische Ideen in die Köpfe der jungen Menschen gepflanzt werden. Eines der wichtigsten Themen für die Zukunft Pakistans ist daher die Kontrolle der Medressen, von denen es schätzungsweise 35.000 im Land gibt und von denen etwa 11.000 dem konservativen Deobandi-Islam folgen. Kinder und Jugendliche sind dort extremistischen Lehren ausgesetzt, die Hass gegen Minderheiten schüren. Viele Medressen erhalten Gelder aus Ländern im Nahen Osten, etwa aus Katar, Kuwait oder Saudi-Arabien. Allein der Versuch, die Medressen im Land auf einer Karte und einer Liste zu verzeichnen, wird als Angriff auf den Islam gewertet, von Überwachung und Steuerung gar nicht zu reden. Die Behörden wissen meist nicht, was hinter den Mauern der Koranschulen geschieht, und Hassreden können ungehindert verbreitet werden. Inzwischen haben die Behörden jedoch begonnen, gegen Medressen vorzugehen, die sie als extremistisch einstufen. Laut offiziellen Zahlen wurden so mehr als 2.300 Medressen geschlossen und alle Medressen in den Provinzen Sindh und Punjab mit ihren Standorten verzeichnet. Dennoch hat das Land noch einen weiten Weg vor sich.

Andere religiöse Minderheiten wie Hindus erleiden wegen der beschriebenen Radikalisierung ebenfalls Verfolgung. Auch muslimische Minderheiten wie Ahmadis, Sufis oder Schiiten sind betroffen und erleben gewaltsame Verfolgung durch extremistische Sunniten, da jene sie nicht als wahre Muslime betrachten. Sie werden als abtrünnige Sekten angesehen, was zur Rechtfertigung jeder Gewalt gegen sie genutzt wird. Beispielsweise wurde im Februar 2017 ein Sufi-Schrein in der Provinz Sindh angegriffen. 75 Menschen wurden bei der Attacke ermordet. Wer verdächtigt wird, Atheist zu sein, kann ebenfalls sehr schnell Ziel der Blasphemiegesetze des Landes oder von Gewalt werden. Dies wurde im April 2017 deutlich, als ein Student in Mardan von einem aufgebrachten Mob gelyncht wurde.

Betroffene Kategorien von Christen

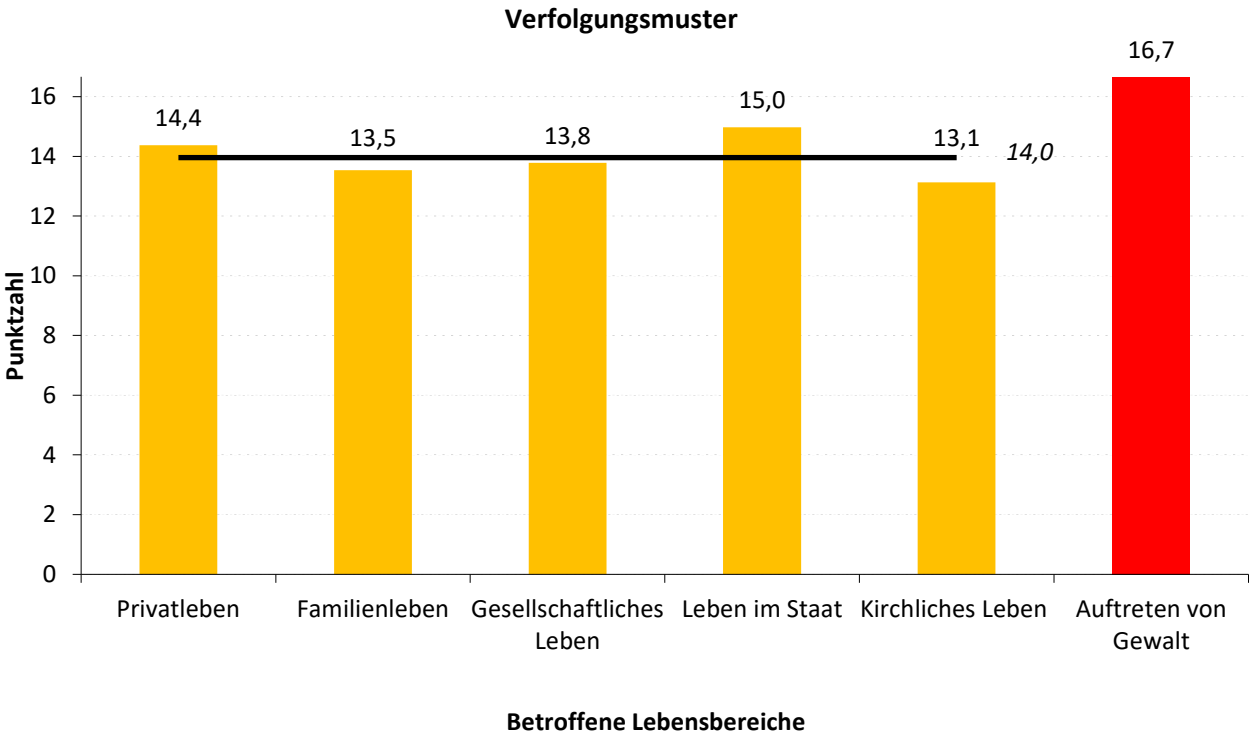
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Da sich ausländische und eingewanderte Christen in Pakistan den anderen aufgeführten Gruppen angeschlossen haben, bilden sie im Länderprofil keine eigene Kategorie.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dies sind zum Beispiel die römisch-katholische und die anglikanische Kirche. Sie erleben zunehmend Anfeindungen. Es wird schwieriger, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Das Gemeindeleben funktioniert noch, die Christen müssen jedoch starke Kontrolle und Überwachung ertragen.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Sie erleben sie sowohl von extremistischen islamischen Gruppierungen (von denen sie als Verräter angesehen werden), als auch von Familien und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande für die Familie betrachten.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden werden stärker überwacht und oft drangsaliert und attackiert, insbesondere, wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Pakistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Insgesamt bleibt der Druck auf Christen in Pakistan sehr hoch (in manchen Lebensbereichen extrem hoch). Die durchschnittliche Punktzahl ist jedoch von 14,2 Punkten im WVI 2017 leicht auf 14,0 Punkte zurückgegangen.
- In den Lebensbereichen „Leben im Staat“ (extrem hoher Druck) und „Kirchliches Leben“ (sehr hoher Druck) hat sich die Punktzahl nicht verändert. Dies spiegelt unter anderem wider, dass Christen weiterhin stark unter den Blasphemiegesetzen des Landes leiden. Der Druck bleibt in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ auf einem extrem hohen Wert, ist im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum jedoch leicht gesunken. Den stärksten Druck erfahren Christen muslimischer Herkunft. Generell ist es normal für viele Christen, als Bürger zweiter Klasse betrachtet, vernachlässigt oder attackiert zu werden.

- Der Wert für Gewalt gegen Christen erreichte, wie bereits im WVI 2017 und 2016, den Maximalwert von 16,7 Punkten. Dies ist bemerkenswert, da – anders als in den vorherigen Berichtszeiträumen – keine Anschläge auf Kirchengebäude erfolgreich ausgeführt werden konnten. Dennoch gab es viele Angriffe auf Christen: Morde, Entführungen von Frauen, Vergewaltigungen, Zwangsehen und Vertreibungen.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft müssen hinsichtlich ihres Glaubenslebens immer sehr auf der Hut sein, besonders wenn sie die Einzigen in der Familie sind, die Jesus nachfolgen. Ihre Bibel oder andere Materialien können ihnen leicht von der Familie, den Freunden oder Nachbarn weggenommen werden. Ein Junge wurde vor Gericht der Blasphemie angeklagt, weil er einen Cartoon auf Facebook mit „Gefällt mir" markiert hatte, der die Geschichte des Gründers des Islam darstellte. Beiträge in sozialen Medien werden immer mehr zu einer Gefahr für Christen. Berichte, nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv beleidigt wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird. Selbst Autos, auf denen Aufkleber in Form von Kreuzen angebracht sind, werden eher von der Polizei angehalten. Eine Art der Bestrafung privaten Gebets ist ein von der Familie verhängter Hausarrest. Eine mildere Form der Strafe für christliche Konvertiten ist es, sie unter Beobachtung zu stellen. Manche Christen mit muslimischem Hintergrund müssen auch aus Sicherheitsgründen untertauchen.

Familienleben: Es ist nicht möglich, einen Wechsel zum christlichen Glauben behördlich eintragen zu lassen. Ein Kind wird automatisch als Muslim registriert, wenn der Vater als Muslim eingetragen ist – auch wenn der Vater seinen Glauben tatsächlich längst gewechselt hat. Werden Christen muslimischen Hintergrunds entdeckt, drohen ihnen die erzwungene Scheidung und der Verlust aller Erbansprüche. Das Organisieren einer Taufe, einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung ist schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Entscheidet sich ein Konvertit für die Taufe, wird er besonders unter Druck gesetzt, da die Taufe als die stärkste Form der Abwendung vom Islam gesehen wird. Auch wenn ein Pakistani mit christlichem Hintergrund getauft wird, sind häufig Schüsse von Hausdächern und aggressive Rufe gegen Christen zu hören. Dies geschieht, obwohl es kein Verbrechen für einen pakistanischen Christen ist, getauft zu werden. Die Taufe wird jedoch als sichtbares Zeichen des Wachstums der christlichen Gemeinde gehasst. In kleinen Dörfern und abgelegenen Orten werden christliche Familien gezwungen, ihre Kinder zum islamischen Unterricht in eine lokale Medresse zu schicken. Der christliche Unterricht dagegen ist auf die Sonntagsschule einmal pro Woche beschränkt. Die meisten Kinder fühlen sich bereits früh dazu gedrängt, zum Islam „zurückzukehren", weswegen die meisten Eltern ihren Kindern verbieten, mit nichtchristlichen Kindern über ihren Glauben zu reden. Pastoren traditioneller Kirchen, die bereit sind, Konvertiten zu taufen, wurden in vielen Fällen bedrängt und bedroht. In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleiche Wasserleitung wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen würden. Mobbing ist an der Tagesordnung. Schulbücher lehren den Hass auf Christen. Christen muslimischen Hintergrunds werden entweder körperlich attackiert oder die islamische Gesellschaft und die eigene Familie verfluchen sie mit schwarzer Magie, Zaubertränken, Amuletten und anderen okkulten Praktiken.

Gesellschaftliches Leben: Christen werden als unrein betrachtet und deshalb wird die gemeinsame Nutzung etwa von Wasserstellen als Verunreinigung der Muslime gewertet. So begann der Fall von Asia Bibi. An Arbeitsplätzen ist der Druck auf die christliche Minderheit oftmals so groß, dass viele Christen sich dazu gezwungen sahen, mehrfach ihre Arbeit zu wechseln, um sich einer Zwangskonversion zum Islam zu entziehen. Sie müssen beständig Hilfsarbeiten wie Fegen oder Wassertragen verrichten. Aber selbst der Zugang zu diesen Jobs wird laut neuer Berichte für Christen immer schwieriger, da Reinigungsfirmen zunehmend nur Muslime einstellen.

Viele Krankenhäuser, Apotheken und andere Einrichtungen bieten Fürsorgeprogramme an, die Christen vermehrt verweigert werden. Anderen werden horrende Rechnungen für medizinische Behandlungen gestellt, die sie nicht bezahlen können und so keine Behandlungen erhalten. Eine Spiegelung dieser Diskriminierung war der Tod eines christlichen Kanalarbeiters, dem die Ärzte die Behandlung verweigerten, weil er Christ war und aufgrund seiner Arbeit als unrein angesehen wurde. In Krankenhäusern, die der Regierung gehören, haben Christen keinen Zugang zu kostenlosen Medikamenten, die der Bevölkerung eigentlich durch ein spezielles Programm bereitgestellt werden sollten. Häufig wollen Patienten die Station nicht mit Christen teilen, sodass diese in Fluren oder Gängen warten müssen. Christliche Kinder werden in der Schule zur Teilnahme an islamischen Riten und Festen gezwungen sowie beständig dazu aufgefordert, Muslime zu werden. Eltern werden oft besucht und dazu angehalten, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen. Dies wird unter dem Vorwand vorgeschlagen, dass sich dadurch ihre Noten bessern würden. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr einer unfreiwilligen Konversion.

Leben im Staat: Pakistan ist eine Islamische Republik. Die jüngere Entwicklung der Islamisierung der Gesellschaft begann bereits in den 1980er-Jahren, als General Zia 1986 die berüchtigten Blasphemiegesetze einführte. Schnell wurden diese Gesetze zur schlimmsten Bedrohung für die christliche Minderheit. Einem Pressebericht von 2010 zufolge waren zu diesem Zeitpunkt 801 der 1.031 wegen Blasphemie inhaftierten Personen Muslime (der Großteil dürfte zu muslimischen Minderheiten gehören). Von den weiteren 230 Inhaftierten waren 162 Christen (70,4%), 15 Sikhs (6,5%), 28 Buddhisten (12,2%) und 25 Anhänger anderer Religionen. Somit waren 15,7% der wegen Blasphemie inhaftierten Personen Christen, obwohl Christen nur etwa 2% der Bevölkerung ausmachen. Die Blasphemiegesetze sind zudem dafür bekannt, missbraucht zu werden, um persönliche Streitigkeiten auszutragen, sich zu bereichern oder dem Nachbarn etwas heimzuzahlen. Die internationale Gemeinschaft wurde durch das Todesurteil gegen die Christin Asia Bibi im Jahr 2010 wieder auf die Gesetze aufmerksam. Zum ersten Mal wurde dabei in Pakistan eine Frau zum Tod verurteilt. Da die Blasphemiegesetze immer bedeutender wurden, wird es für die Gerichte und die Regierung immer schwieriger, die richtige Handhabung zu finden, da die Gesetze politisch instrumentalisiert werden und große symbolische Bedeutung für extremistische islamische Gruppierungen im Land haben.

Im Berichtszeitraum suchte die lokale Regierung von Hyderabad („Greater Hyderabad Municipal Corporation“) in Anzeigen spezifisch nach Arbeitskräften im Sanitärbereich, die keine Muslime waren. Es wurden nur Bewerbungen von Nichtmuslimen angenommen. Eine weitere Bedingung für Bewerber war, einen religiösen Schwur auf das heilige Buch beziehungsweise die zentralen Schriften der Religion zu leisten (Bibel für Christen, Gita für Hindus). Darin sollten die Bewerber schwören, niemals eine andere Arbeitsstelle außerhalb des Sanitärbereichs anzunehmen und keine Arbeit, die ihnen aufgetragen würde, abzulehnen.

Kirchliches Leben: Das neue Gesetz für Nichtregierungsorganisationen vom 1. Oktober 2015 erlaubt es der Regierung, alle Nichtregierungsorganisationen zu überwachen und nach Belieben zu schließen. Kirchen, die nicht als Nichtregierungsorganisation registriert sind, werden als illegal eingestuft und stehen in der Gefahr, geschlossen zu werden. Das Gesetz wurde eigentlich zum Schutz des Landes vor Terrororganisationen eingeführt, die sich als gemeinnützige Organisation ausgeben. Doch nun werden Kirchengemeinden und Terrororganisationen gemeinsam aufgeführt. Kirchliche Aktivitäten werden regelmäßig überwacht. Die Regierung stellt zwar Sicherheitsleute für viele Kirchen ab, diese jedoch beobachten auch genau, was in den Gemeinden geschieht und berichten regelmäßig an die Regierung. Die Berichte sind eine Form der Geheimdienstüberwachung und es wird vermutet, dass sie auch an Extremisten und militante Organisationen weitergegeben werden. Es wurden Vorfälle gemeldet, bei denen sich die Sicherheitsleute aggressiv verhielten und Priester und Pastoren bedrohten oder angriffen. Christliche Kirchen gleichen inzwischen Festungen mit hohen Mauern und schmalen Toren. Obwohl die Regierung den Schutz der Kirchen durch das Wachpersonal versprochen hat, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Angriffe mit Dutzenden Opfern.

Um neue Gebäude bauen zu können, müssen Kirchengemeinden einen langwierigen Registrierungs- und Genehmigungsprozess durchlaufen, der oft mehr als zehn Jahre dauern kann und viele Christen entmutigt, sodass die Pläne für ein neues Gebäude aufgegeben werden. Bestechungsgelder werden erwartet und es sind Briefe von einflussreichen Mitgliedern des Parlaments und von Regierungsbehörden vonnöten. Auch wenn es kein Gesetz gegen den Bau von Kirchen gibt, wird der Prozess erschwert, um Christen zu entmutigen.

Auch wenn der Druck steigt, wenn Kirchengemeinden Jugendliche erreichen wollen, gab es auf diesem Gebiet keine Fälle von offenen Behinderungen. Berichten zufolge wurden jedoch Pastoren gewarnt, dass ihre Aktivitäten von Behörden und Gruppen aus der Nachbarschaft überwacht würden. Abgesehen von der pakistanischen Bibelgesellschaft haben andere christliche Organisationen keine Genehmigung für den Besitz einer Druckerpresse. Die Arbeit der Bibelgesellschaft wird stark überwacht: Jede Bibel hat eine Seriennummer, die nachverfolgt werden kann. Im Oktober 2016 wurden elf der dreizehn christlichen Fernsehsender des Landes geschlossen. Die Christen sorgen sich ebenfalls wegen des im August 2016 verabschiedeten Gesetzes zur Einschränkung des Internets, das eine der letzten Möglichkeiten zur Verbreitung des Evangeliums gefährdet. Im Berichtszeitraum fand eine hitzige Debatte über das christliche Familienrecht statt. Christen wurden dazu ermutigt bzw. genötigt, Scheidungen in mehr Fällen als nur aufgrund von Ehebruch zuzulassen.

Auftreten von Gewalt: Angriffe auf Kirchen finden mit erschreckender Häufigkeit statt, auch wenn die Gebäude nicht immer zerstört werden oder geschlossen werden müssen. Die befragten Pastoren berichten von häufigen Fällen von Bränden, zerbrochenen Fenstern, zerstörter Einrichtung und kleineren Schikanen wie der Abschaltung von Strom oder Wasser für Kirchen. Dieses offenkundige Auftreten von Gewalt überdeckt die alltägliche Gewalt gegen christliche Frauen und Mädchen, die häufig entführt, vergewaltigt, zwangsverheiratet und zur Konversion gezwungen werden. Wird ein Christ der Blasphemie angeklagt, wird sein Zuhause attackiert, sodass die Familie sich verstecken muss. Pakistan ist das einzige Land mit der maximalen Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“ auf dem Weltverfolgungsindex 2018.

- Der christliche Rikscha-Fahrer Shahzad Masih wurde am 8. Februar 2017 getötet. Noman Munir Masih wurde am 20. März 2017 getötet.

- Am 30. August 2017 wurde der 17-jährige Schüler Sharoon Masih von seinen Mitschülern zu Tode geprügelt, nachdem er beschuldigt wurde, vom gleichen Wasserspender wie die muslimischen Schüler getrunken zu haben.
- Die mangelnde medizinische Versorgung von Christen wurde während des diesjährigen Ramadan am besten veranschaulicht. Am 2. Juni 2017 wurde der christliche Kanalarbeiter Irfan Masih in ein Krankenhaus in Umerkot in der Provinz Sindh gebracht, nachdem er beim Reinigen einer Abwasserleitung giftige Dämpfe eingeatmet hatte. Mehrere Ärzte weigerten sich, seinen schmutzigen und damit für sie unreinen Körper zu berühren – ohne Behandlung starb Masih.
- Eine neue Entwicklung stellt der Mord an zwei chinesischen Christen dar, die in Pakistan arbeiteten. Li Xinheng (24) und Meng Lisi (26) wurden im Mai 2017 von militanten Kämpfern getötet, die eine Verbindung zum IS haben. Sie beschuldigten ihre Opfer, Pakistanis zum Glaubenswechsel bewegen zu wollen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Erschreckende Statistiken zeigen, dass weiterhin jedes Jahr geschätzt 700 christliche Mädchen und Frauen entführt, oft auch vergewaltigt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet werden. Dazu gehört immer auch die Zwangsbekehrung zum Islam. Sollte eine christliche Familie so mutig sein, gegen die Entführung und Heirat vorzugehen, wird sie häufig mit der Anschuldigung konfrontiert, sie würde das Mädchen, das sich „freiwillig dem Islam zugewendet habe“ und die Familie ihres Mannes belästigen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Eines der hartnäckigsten Probleme in Pakistan ist der Umgang mit und die Bekämpfung von islamistischen Gruppierungen. Die anfängliche Hoffnung, dass nach dem Angriff auf die Armee-Schule von Peschawar im Dezember 2014 der Schutz seitens der Armee für einige dieser Gruppierungen schwinden würde, hat sich nicht erfüllt. Noch immer wird zwischen „guten“ und „bösen“ Dschihadisten unterschieden und die religiösen Minderheiten – so auch die Christen – zahlen dafür weiter einen hohen Preis. Die Entscheidung der US-amerikanischen Regierung vom August 2017, ihre militärische Präsenz in Afghanistan zu erhöhen und die damit verbundene strenge Warnung an den wichtigen Verbündeten Pakistan, keine extremistischen, islamistischen Bewegungen zu unterstützen, wird ohne Folgen bleiben. Der Einfluss selbst relativ kleiner islamisch-extremistischer Gruppierungen wurde im November 2017 einmal mehr offensichtlich, als etwa 3.000 Menschen eine wichtige Straßenkreuzung in Islamabad besetzten und so den Verkehr der ganzen Hauptstadt zum Erliegen brachten. Die Gruppe forderte den Rücktritt des Justizministers und eine strikte Umsetzung der Blasphemiegesetze. Ende November 2017 brachte die Gruppe damit den Justizminister zum Rücktritt.

Die politische Situation stabilisierte sich während der beiden vergangenen Legislaturperioden – gerade rechtzeitig für den 70. Geburtstag des Landes im August 2017. Dies änderte sich jedoch mit der Amtsenthebung von Premierminister Sharif, auf die im Absatz „Diktatorische Paranoia“ weiter oben eingegangen wurde. Eine andere Quelle der Unruhe könnte die Veröffentlichung der Ergebnisse der neuen Volkszählung sein. Die Glaubwürdigkeit der langerwarteten Statistik wurde bereits im Vorfeld von oppositionellen Politikern und einigen Behörden der Provinzen öffentlich angezweifelt. Die

Tatsache, dass die Bevölkerung Pakistans seit dem letzten Zensus 1998 um mehr als 60% auf über 200 Millionen gewachsen ist und weiterhin mit einem Wachstum von 2% jährlich zu rechnen ist, zeigt eine weitere Herausforderung für das Land: Sollte sich dieses Wachstum fortsetzen, könnte sich die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahrzehnten erneut verdoppeln. Die Statistiken zur Religionszugehörigkeit wurden im Berichtszeitraum nicht veröffentlicht – dies zeigt, wie sensibel diese Zahlen sind. Die Veröffentlichung der Zahlen könnte religiöse Minderheiten bei ihrem Kampf nach politischer Repräsentation unterstützen.

Ein weiteres Problem, mit dem das Land schon lange ringt, ist die Eindämmung der unrühmlichen Blasphemiegesetze. Dies wird kaum geschehen können, ohne Aggression von islamistischen Gruppen zu provozieren. Alle bisherigen Versuche waren nicht erfolgreich und lösten starken Widerstand aus. Im August 2017 machte einer der Richter des Obersten Gerichtshofes den Vorschlag, die Blasphemiegesetze in dem Sinn zu verschärfen, dass falsche Anschuldigungen mit der gleichen Härte bestraft werden sollten wie Blasphemie selbst. Alle Hoffnungen, dass die Gesetze geändert werden könnten, haben sich bisher als verfrüht herausgestellt. Am 14. September 2017 verurteilte ein Gericht in Gujrat den Christen Nadeem Masih zur Todesstrafe, weil er angeblich vier blasphemische Nachrichten über WhatsApp versandt haben sollte. Damit ist er das erste Opfer einer angeblichen Blasphemie im Internet bzw. durch soziale Medien in Pakistan – dies spiegelt die gefährliche Situation wider, in der sich insbesondere religiöse Minderheiten befinden.

Eine weitere Herausforderung für das Land ist der Umgang mit dem angeschlagenen Nachbarn Afghanistan. Aus Berichten vom Juni 2016 geht hervor, dass Pakistan plant, etwa drei Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan zurückzuschicken. Dies vermehrt sicherlich die Probleme in Afghanistan, da die Anziehungskraft von militanten Gruppierungen auf Menschen ohne Perspektive und der Wettbewerb zwischen diesen Gruppierungen verstärkt werden würde. Damit hätten die Maßnahmen wiederum Auswirkungen auf Pakistan selbst. Bis jetzt hat Pakistan 600.000 Flüchtlinge nach Afghanistan ausgewiesen und seinem Nachbarland damit schon starke Probleme bereitet.

Der bereits stark schwelende Machtkampf zwischen den Taliban und dem IS erhöht den Druck auf beide Gruppen, mehr Anhänger für sich zu gewinnen. Dies bedeutet ihrer Rekrutierungsstrategie gemäß, sich als näher am Herzen des Islam erweisen zu müssen als die andere Gruppe. In ihrem Bestreben, „islamischer“ zu erscheinen, ist es eine Strategie, „Dhimmis“ (Schutzbefohlene, die als Ungläubige Kopfsteuer zahlen) anzugreifen, die nach der „reinen islamischen Lehre“ als Schwächste gelten. Noch extremistischer aufzutreten heißt also auch, die Christen stärker zu verfolgen und ihre Rechte und ihren Bewegungsspielraum noch weiter einzuschränken. Die Regierung ist nicht besonders daran interessiert, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Dies schürt den Hass und Argwohn größerer Teile der Gesellschaft gegen die Kirche weiter und lässt erahnen, dass die Islamische Unterdrückung in Pakistan anhaltend stark bleiben wird.

zurück zur Länderübersicht

Eritrea: Platz 6

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Seit 1993 übt das autoritäre Regime unter der Führung von Präsident Isaias Afewerki uneingeschränkte Macht in Eritrea aus. Die Regierung tut alles, um ihre Macht zu erhalten und hat Christen verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie sie als „Agenten des Westens“ und damit als eine Bedrohung für den Staat und die Regierung ansieht. Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung besteht aus Muslimen. Diese wohnen zum großen Teil in der Tiefebene entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan. Viele von ihnen zeigen (zum Teil auch aufgrund der wachsenden Präsenz des militanten Islam in der Region) eine Tendenz zum Extremismus. Christen in diesen Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere, wenn sie muslimischer Herkunft sind. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat der Gemeinschaft, der Familie und des islamischen Glaubens. Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche (EOC) hat eine lange Tradition im Land und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden manchmal unter Druck (siehe Abschnitt „Triebkräfte der Verfolgung“).

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: In Eritrea sind alle im Weltverfolgungsindex (WVI) aufgeführten Kategorien von Christen von Verfolgung betroffen. Die Intensität der Verfolgung und die Verfolger variieren jedoch. Verhaftungen und das Verschwindenlassen von Christen treten häufig auf. Christen werden zwangsweise vom Militär eingezogen, und insbesondere Protestanten habe große Probleme, Sozialleistungen vom Staat zu erhalten.

Christen, die nicht den traditionellen Kirchen angehören, sind stärkster Verfolgung sowohl von der Regierung als auch durch die EOC ausgesetzt. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die EOC verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, werden von ihren Familien und der Gesellschaft misshandelt.

Sicherheitskräfte der Regierung führten viele Durchsuchungen von Häusern durch und verhafteten hunderte Christen. Häuser, die als Versammlungsorte fungierten, und christliches Material wurden beschädigt beziehungsweise konfisziert. Dieser extreme Druck und die vom Staat gebilligte Gewalt hat einige Christen dazu gebracht, aus dem Land zu fliehen.

Beispiele:

- Der Druck, den die EOC ausübt, geht zum Teil auf theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen zurück, hat aber auch historische Wurzeln. Die gut organisierte Eritreisch-Orthodoxe Kirche mit ihrer langen Tradition und historischen Anerkennung betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Den geistlichen Leitern der EOC gilt Eritrea als Heimat der Orthodoxen Kirche, in der Eritreas christliche Tradition begründet ist, und neben der andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz haben.

- Im Berichtszeitraum starb eine christliche Mutter in Haft.
- Sicherheitskräfte der Regierung führten im Berichtszeitraum zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Christen und Hauskirchen durch und verhafteten hunderte Christen. Diese Christen werden von dem Regime unter äußerst schlechten Umständen festgehalten, einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden.
- Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Manche von ihnen sind noch nach zwölf Jahren im Gefängnis. Einige der Gefängnisse und Gefangenenlager sind die Polizeistationen in der Hauptstadt Asmara, Mai Sirwa, Adi Abieto, Keren, Assab, Hashferai, Barentu, Mai Idaga und Alla. Viele der Christen werden gezwungen, stundenlang in gewerblich genutzten Blumenfeldern zu arbeiten. Einige namentlich bekannte Christen, die seit über zehn Jahren inhaftiert sind, heißen: Haile Naigzhi, Leiter der Eritrea Full Gospel Church (inhaftiert seit 2004); Kiflu Gebremeskel, Gründer und Pastor der Southwest Full Gospel Church (seit 2004); Million Gebreselasie, Dr. med. und Pastor der Massawa Rhema Church (seit 2004); Tekleab Menghisteab, Dr. med. und Priester (seit 2004); Gebremedhin Gebregiorsis, Priester (seit November 2004), Kidane Weldou, Pastor der Full Gospel Church (vermisst seit 2005, aber vermutlich inhaftiert) und Abune Antonios, Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche (unter Hausarrest seit 2007).

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 86 Punkten belegt Eritrea Platz 6 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Das entspricht einem Anstieg von 4 Punkten im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017. Dies ist hauptsächlich auf einen Anstieg im Wert für das Auftreten von Gewalt zurückzuführen. Sicherheitskräfte der Regierung durchsuchten viele Gebäude von Christen. Dabei wurden christliche Materialien konfisziert und einige Hauskirchengebäude beschädigt. Hunderte Christen wurden in Gefangenenlager gebracht. Eine christliche Mutter starb in der Gefangenschaft. Mehr als zehn christliche Leiter vegetieren unter grauenvollen Haftbedingungen dahin. Es wird berichtet, dass es Tausende politische Gefangene in Eritrea gibt – unter ihnen befinden sich ebenfalls viele Christen.

Triebkräfte der Verfolgung

Konfessioneller Protektionismus: Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche (EOC) hat eine lange Tradition in Eritrea und setzt Christen anderer Konfessionen und Gemeinden häufig unter Druck. Dahinter stehen zum einen theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen, zum anderen aber auch ganz pragmatische Überlegungen. Die gut organisierte EOC mit ihrer langen Tradition und historischen Anerkennung betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Den geistlichen Leitern der EOC gilt Eritrea als Heimat der Orthodoxen Kirche, in der Eritreas christliche Tradition begründet ist und neben der andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz haben. Ein Feldforscher sagt dazu: „Es gibt große Vorbehalte unter orthodoxen Christen, Mitchristen, die einer anderen Denomination angehören, als Christen zu akzeptieren.

Diese Vorbehalte manifestieren sich in unterschiedlichen Formen in verschiedenen Teilen des Landes. Während der Grund hierfür zum großen Teil in theologischen Differenzen besteht, spielt die Angst, der prägende Einfluss, welchen die Orthodoxe Kirche seit Jahrhunderten auf das Leben der Bürger des Landes hat, könnte verloren gehen, dabei eine große Rolle."

Diktatorische Paranoia: Seit dem Referendum von 1993 ist Eritrea eine unabhängige Nation, in der die People's Front for Democracy and Justice (PFDJ) unter der Führung von Präsident Isaias Afewerki uneingeschränkte Macht ausübt. Das Regime ist ein absolut autoritäres System, das alles tut, um seine Macht zu erhalten: Christen wurden verhaftet, angegriffen und getötet, weil sie als „Agenten des Westens" und damit als Bedrohung für den Staat und die Regierung gesehen werden. Quellen im Land weisen darauf hin, dass der Präsident seinen Sohn darauf vorbereitet, seine Nachfolge anzutreten. Ein Experte für Eritrea sagt: „Nach Jahrzehnten des blutigen Krieges um die Unabhängigkeit, der für den Tod zehntausender Menschen sowie die Verletzungen Tausender weiterer verantwortlich ist, war das letzte, was die Bevölkerung erwartet hätte, dass die neue machthabende Partei ein weiteres unterdrückerisches Regime darstellen würde. Dennoch formte die PFDJ entgegen ihrer Versprechungen während des bewaffneten Kampfes ein absolut autoritäres Regime, in dem keine abweichende Meinung geduldet wird. Das wichtigste Ziel der Partei ist, um jeden Preis an der Macht zu bleiben." In diesem Kontext verfolgt die Regierung Christen.

Islamische Unterdrückung: Ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung besteht aus Muslimen. Diese wohnen zum großen Teil in den Tiefebenen entlang der Küste des Roten Meeres und der Grenze zum Sudan und viele zeigen (zum Teil auch aufgrund der wachsenden Präsenz des militanten Islam in der Region) eine Tendenz zum Extremismus. Christen in diesen Teilen des Landes sind somit in einer besonders schwierigen Lage, insbesondere, wenn sie muslimischer Herkunft sind. Eritreische Muslime verstehen sich zuerst als Muslime, dann als Eritreer. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und des islamischen Glaubens. Ein Experte stellt fest: „Diese Triebkraft ist in den Hochländern nicht so stark verglichen mit den abgelegenen Teilen des Landes, in denen der Großteil der Bevölkerung Muslime sind. Obwohl extremistische Gruppen einen islamischen Staat formen wollen, wurde die Verbreitung solcher Vorstellungen durch die Regierung verhindert, die extremistische Gruppierungen nicht duldet, da sie in ihnen eine Gefährdung ihrer Macht sieht. Trotzdem bedrohen einige solcher Gruppen das christliche Leben, insbesondere derer, die in den Tiefebenen des Landes leben. Christen können ihren Glauben dort nicht frei ausüben und es ist nicht einfach, die Schulen von extremistischen Lehren dieser Gruppen zu befreien."

Organsiertes Verbrechen und Korruption: Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt. Laut dem im Januar 2017 veröffentlichten Bericht von Transparency International belegt Eritrea Rang 164 von 176 Ländern. Dies betrifft insbesondere das Militär, das viele Bereiche des Lebens in dem Land kontrolliert. Ein Experte sagt: „Die Armee ist der stärkste Sektor der Regierung, und Korruption und der Missbrauch von Macht greifen auf verschiedenen Ebenen um sich. Ein Beispiel ist, dass von Christen Bestechungsgelder verlangt werden, ertappt man sie bei einem Fluchtversuch. Können sie diese Gelder nicht bezahlen, droht ihnen willkürliche Gefangenschaft oder sogar der Tod."

Verfolger

Die stärkste Gruppe von Verfolgern stellen in Eritrea Regierungsbeamte dar. Sie belästigen und verhaften Christen kontinuierlich, insbesondere die Christen, deren Denomination nicht von der Regierung anerkannt wird. Ein weiterer Verfolger ist die EOC. Sie ist die älteste christliche Gemeinschaft im Land und die meisten Christen des Landes gehören ihr an. Die EOC übt einen großen Einfluss auf viele Bereiche des Lebens aus. Das Problem dabei ist, dass die Kirche neue christliche Gemeinden im Land nicht willkommen heißt, insbesondere Pfingstgemeinden. Es ist nicht zu leugnen, dass die Leiter der Orthodoxen Kirche aktiv versuchen, die Ausbreitung anderer Glaubensgemeinschaften zu verhindern. Muslimische religiöse Leiter spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Verbreitung einer gegen Christen gerichteten Haltung unter ihren Anhängern, was wiederum zu Verfolgung geführt hat. Auch Familienmitglieder und Dorfvorsteher sind Verfolger, vor allem von Christen muslimischer Herkunft. Die herrschende Partei PFDJ ist ein weiterer Verfolger, der hinter vielen Schwierigkeiten für Christen in Eritrea steht. Dies ist mit den Netzwerken von Korruption im Militär und in der Partei verbunden, die das Leben für viele Eritreer und insbesondere für Christen sehr schwer machen. Sie haben niemanden, der für ihre Rechte eintreten würde.

Hintergrund

Auch das „Nordkorea Afrikas“ genannt, befindet sich Eritrea unter den schlimmsten Ländern, was Religions- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und andere Menschenrechte angeht. Seit 2002 ist Eritrea auf dem WVI, seit 2004 unter den ersten 20 und auf dem WVI 2016 nahm es sogar den dritten Platz ein. Das eritreische Regime ist absolut autoritär und duldet keine nichtregistrierten Organisationen, keine freie Meinungsäußerung oder Widerspruch. Kein Ort im ganzen Land kann als sicher bezeichnet werden, wovon die Zahl der Flüchtlinge aus Eritrea in Europa und weltweit zeugt. Der Umstand, dass viele das Land verlassen, kommt der Regierung sehr gelegen, da die Flüchtenden ansonsten diejenigen wären, die von der Regierung Veränderungen und Reformen einfordern würden. Es ist zudem aus finanzieller Sicht von Vorteil für die Regierung, da Eritreer im Ausland eine Auslandssteuer zahlen müssen.

Laut einem Artikel von Reporter ohne Grenzen vom April 2016 befinden sich 11 eritreische Journalisten ohne Anhörung oder Prozess in Haft: „Eritrea missachtet systematisch das Recht auf freie Meinungsäußerung und Information. Für Journalisten ist es das größte Gefängnis Afrikas.“ Der Präsident des Landes steht auf der Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ von Reporter ohne Grenzen. Auf der Rangliste für Pressefreiheit liegt Eritrea seit neun Jahren auf dem letzten Platz – noch hinter Somalia, dem Sudan, China und dem Iran.

Die eritreische Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass im Land ausschließlich die offiziell anerkannten Religionsgruppen arbeiten dürfen: der sunnitische Islam, die Eritreisch-Orthodoxe, die Römisch-Katholische und die Lutherische Kirche. Für andere christliche Konfessionen ist es sehr schwer, im Land aktiv zu sein, und daher tragen sie die Hauptlast der Verfolgung. Die Einführung eines Registrierungssystems 1997 machte eine große Zahl christlicher Gemeinden illegal. Außer den obengenannten, offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften mussten alle übrigen einen Antrag stellen, um registriert zu werden. Nach einiger Zeit wurde ihnen mitgeteilt, dass sie die Voraussetzungen erfüllen – eine Lizenz wurde jedoch nie ausgestellt. Der Versuch der Regierung, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, fand seinen Höhepunkt in der Amtsenthebung des Patriarchen der Eritreisch-Orthodoxen Kirche, der seit 2007 unter Hausarrest steht.

Der Machtmissbrauch seitens der Regierung und die daraus resultierenden Härten führten zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die letztlich 2013 in einem Staatsstreich gipfelte. Dieser Versuch schlug jedoch fehl und Präsident Afewerki gab dem Westen und Äthiopien die Schuld für den Putschversuch. Dadurch nahm auch die Verfolgung der Christen stark zu, die von der Regierung als „Agenten des Westens" bezeichnet wurden. Dieser Vorfall ermöglichte es außerdem Muslimen, der Regierung nach dem Motto „Dein Feind ist auch mein Feind" näher zu kommen.

Eritrea wird zudem anhaltend beschuldigt, den Aufstieg und die Verbreitung eines extremistischen Islam am Horn von Afrika zu unterstützen, um einen politischen Vorteil zu gewinnen. Die Sanktionen der UN gegen Eritrea wegen der Unterstützung islamistischer Kämpfer in der Region – besonders der Aufrüstung von Al Shabaab – zeigen, dass die eritreische Regierung auch ein Komplize der Christenverfolger außerhalb Eritreas ist, indem sie Mittel und Methoden der Verfolgung an extremistische Gruppierungen weitergibt. Zudem pflegt Eritrea starke Verbindungen zu der islamischen Regierung des Sudan und steht Staaten wie Katar, dem Iran und Saudi-Arabien, in denen Christen verfolgt werden, in Bezug auf Kultur, Grundsätze und Geografie nahe. Viele Christen verlassen Eritrea über die Nachbarländer Sudan, Äthiopien und Ägypten und werden zu einer leichten Beute für Menschenhändler, vor allem in der Wüste Sinai. Einige von ihnen wurden gefangen genommen und 2015 in Libyen von Anhängern des Islamischen Staates (IS) enthauptet. Tausenden gelang jedoch die gefährliche Reise per Boot über das Mittelmeer nach Europa.

Auf internationaler Ebene ist Eritrea eines der beiden afrikanischen Länder, die vom Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika wegen starken Verstoßes gegen die Religionsfreiheit am 29. Februar 2016 als „Country of Particular Concern" (besonders Besorgnis erregendes Land) eingestuft wurden. Deshalb stellten Robert P. George und Thomas J. Reese von der USCIRF (US-Kommission für internationale Religionsfreiheit) die Frage: „Könnte Eritreas ‚Akte in puncto Verbrechen gegen die Menschenrechte und Religionsfreiheit' einen Verweis an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag rechtfertigen?"

Ein Untersuchungsausschuss des UN-Menschenrechtsausschusses regte ebenfalls an, die eritreische Regierung vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuklagen. Die Regierung vermutet, dass der Bericht des Untersuchungsausschusses nur mit Hilfe von Informanten in Eritrea möglich war.

Außer den Christen erleben auch Angehörige anderer religiöser Minderheiten Verfolgung. Hier sind beispielsweise Muslime zu nennen, die sich gegen die Regierung stellen, sowie die Zeugen Jehovas.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle vier im WVI erfassten Kategorien von Christen sind in Eritrea vertreten. Die verschiedenen Kategorien sind in unterschiedlichen Ausmaßen und Formen von Verfolgung betroffen.

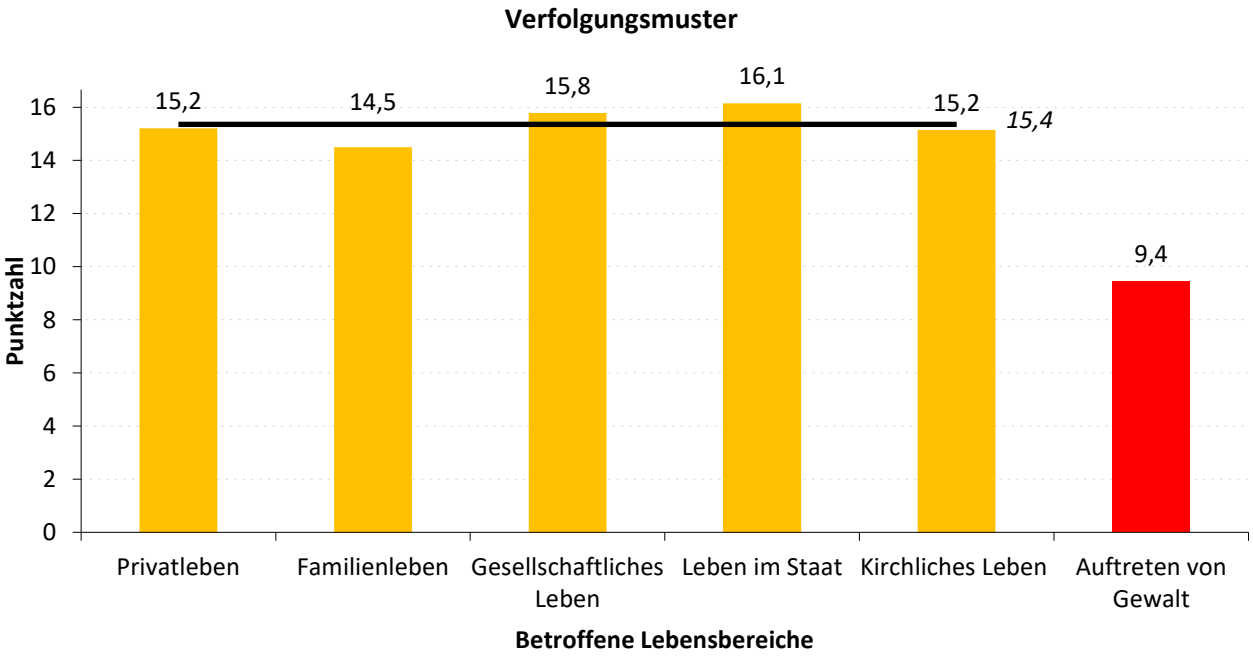
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Drucks sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und andere Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, Anglikaner, die Evangelisch-Lutherische sowie die Römisch-Katholische Kirche. Die Christen aus traditionellen Kirchen leben hauptsächlich in den überwiegend von Christen bewohnten Gebieten in Zentral- und Süderitrea. Sie erleiden Verfolgung durch „Islamische Unterdrückung“ und die Regierung.

Konvertiten: Diese Gruppe schließt sowohl Christen, die traditionelle Kirchen (insbesondere die Eritreisch-Orthodoxe) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund ein. Der ersten Kategorie widerfährt Verfolgung durch die EOC, der zweiten Kategorie durch ihre muslimischen Familien und die muslimische Gesellschaft.

Protestantische Freikirchen: Diese Gruppe erfährt die stärkste Verfolgung im Land. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden werden als „Agenten des Westens“ angesehen. Pfingstgemeinden werden besonders hart von Regierungsbeamten und der EOC verfolgt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Eritrea

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Eritrea bleibt extrem hoch (15,4) und ist im Vergleich zum Vorjahr (15,3) leicht angestiegen.
- Alle Lebensbereiche weisen einen extrem hohen Wert auf, am stärksten im Bereich „Leben im Staat“ (16,1). Dies ist ein Hinweis darauf, dass das Vorgehen der Regierung für die Verfolgung von Christen im Land hauptverantwortlich ist.

- Der Wert für Gewalt ist von 5,0 im WVI 2017 auf 9,4 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum gestiegen. Dieser starke Anstieg von über 4 Punkten ist auf vermehrte Hausdurchsuchungen durch Sicherheitskräfte der Regierung zurückzuführen. Diese Durchsuchungen führten zu der Beschlagnahmung christlicher Materialien und teilweise zur Beschädigung von Hauskirchengebäuden. In den vergangenen Jahren wurden tausende Christen verhaftet und eingesperrt. Viele sind in Gefangenschaft gestorben. Viele Christen müssen aufgrund ihres Glaubens weiter im Gefängnis ausharren. Im aktuellen Berichtszeitraum starb eine christliche Mutter im Gefängnis.

Privatleben: Die Regierung macht den Alltag für jeden sehr kompliziert und greift stark in das Privatleben ein. Viele Häuser von Christen wurden im Berichtszeitraum Ziel von Durchsuchungen, die zu Verhaftungen und der Beschlagnahmung von christlichem Material führten. Die Einschränkung der Religionsfreiheit gegen Christen geht soweit, dass Beamte Häuser nur aufgrund des Verdachts durchsuchen lassen, der Bewohner gehöre einer der sogenannten „neuen Formen des Christentums“ an. Die regierende Partei strebt danach, den Alltag von Angehörigen der christlichen Minderheiten zu überwachen. Kader und Sicherheitskräfte der Partei können Privathäuser ohne richterliche Genehmigung durchsuchen. Das Ziel sind dabei vor allem Christen, die sich im Geheimen zum Gebet treffen. Der private Besitz von christlichen Materialien wie der Bibel, Bibellexika, theologischen Büchern, CDs mit Predigten oder Shirts mit christlichen Aufdrucken werden von der Partei als Verrat angesehen und führt häufig zu willkürlicher Gefangenschaft für eine unbestimmte Zeit, ohne dass ein Gericht darüber entscheiden muss.

Familienleben: Für Christen in Eritrea steht das Familienleben auf dem Spiel. Familien zerfallen, weil Familienmitglieder durch die Regierung verhaftet und verschleppt werden. Manche Familienmitglieder sind gezwungen, aus dem Land zu fliehen und lassen schutzbedürftige Verwandte zurück. Der „Konfessionelle Protektionismus“ führt außerdem zur Verweigerung von Erbschaften und familienbezogenen Rechten für Christen. Die „Islamische Unterdrückung“ führt dazu, dass Christen in Regionen, die hauptsächlich von Muslimen dominiert werden, vielfältige Schwierigkeiten erleben. Beispielsweise können Christen muslimischer Herkunft keine öffentliche christliche Heirat durchführen, und im Todesfall werden sie nach muslimischem Ritus begraben. Planen Christen eine Hochzeit, starten die Probleme bereits bei der Suche nach einem Ort für die Feier. Die meisten Hallen werden von der Regierung kontrolliert. Weil sie Angst vor Konsequenzen vonseiten der Regierung haben, vermieten Hallenbesitzer nicht an Protestanten. Die meisten Besitzer sind jedoch auch selbst nicht bereit, ihre Halle für eine protestantische Hochzeitsfeier zur Verfügung zu stellen. Ein anderes Problem ist die Suche nach einem Pastor, der die Trauung durchführt. Es ist zu Vorfällen gekommen, bei denen das Hochzeitspaar, der Pastor und Gäste verhaftet wurden. Pastoren, die nicht der EOC angehören, riskieren ihre persönliche Freiheit, wenn sie ein protestantisches Paar trauen. Auch nach der Hochzeit erkennt das Land die Ehe nicht an, da nicht registrierte Kirchen nicht die Erlaubnis haben, Hochzeiten durchzuführen.

Gesellschaftliches Leben: Es ist bekannt, dass die Regierung Nachbarn anwirbt, um alle christlichen Aktivitäten im Ort auszuspionieren. Daraus ergeben sich zunehmend seltsame Allianzen: Beispielsweise überwachen Muslime die Aktivitäten protestantischer freikirchlicher Christen in ihrer Region im Auftrag der Regierung, vor allem jedoch die Missionstätigkeit unter Muslimen. Um ein Geschäft betreiben zu können, müssen Christen einen Nachweis über ihren Militärdienst vorweisen können. Außerdem haben Christen keinen Zugang zu weiterführenden Schulen und höherer Bildung, wenn sie nicht für den Militärdienst registriert sind.

Durch die Art, wie das gesellschaftliches Leben in Ostafrika gelebt wird, ist es unmöglich, dass der Glaube keinen Auswirkungen auf den Alltag der Christen hat. Weil sie Angst haben, dass ihre Kinder auch Christen werden könnten, erlaubt der Großteil der muslimischen Familien seinen Kindern nicht, mit Kindern von christlichen Konvertiten zu spielen. Drohungen und Hindernisse sind in ländlichen Gegenden stärker. In den meisten Fällen offenbaren Christen dort nicht ihren Glaubenswechsel, weil sie Angst vor Diskriminierung haben.

In manchen Fällen geht der ausgeübte Druck auf christliche Konvertiten so weit, dass sie dazu gezwungen werden, ihrem neuen Glauben abzuschwören oder die Dorfgemeinschaft zu verlassen. Es gab auch Fälle, in denen christlichen Konvertiten der Zugang zu grundlegenden Bedürfnissen wie Gesundheitsfürsorge, Trinkwasser und Schulen für die Kinder verwehrt wurde.

Leben im Staat: Unter anderem wegen der extrem eingeschränkten Religionsfreiheit wird Eritrea als das „Nordkorea Afrikas“ bezeichnet und wurde vom Außenministerium der Vereinigten Staaten als „Country of Particular Concern“ („besonders Besorgnis erregendes Land“) eingestuft. Aus diesem Grund ist der Wert für den Bereich „Leben im Staat“ von allen Lebensbereichen des WVI am höchsten. Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur offiziell anerkannte Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen. Der Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche wird von der Regierung ernannt und jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Das Land ist dafür bekannt, dass es Christen zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Gemäß Artikel 6 der Bekanntmachung zum Wehrdienst Nr. 82/1995 vom Jahr 1995 ist jeder eritreische Staatsbürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet, am Wehrdienst teilzunehmen. Die Bekanntmachung lässt keine Ausnahme für Bürger zu, die sich aus religiösen Gründen nicht einschreiben wollen. Religiöse Gruppen erleben demnach große Schwierigkeiten, wenn sie den Dienst verweigern oder abbrechen.

Der oben beschriebene Druck wird dadurch verstärkt, dass sich der Staat weigert, andere religiöse Gruppen als die vier bisher registrierten anzuerkennen. Diese Verweigerung wird von lokalen Leitern und der Polizei als Rechtsgrund genutzt, um Christen, die zu nicht registrierten Gemeinschaften gehören, zu belästigen und einzuschüchtern. Es geschieht sehr häufig, dass Parteikader und Polizei Bürger, die sie verdächtigen, einer nicht registrierten religiösen Gruppe anzugehören, verhaften und verhören. Bestätigt sich der Verdacht, wird er oder sie in den meisten Fällen in eines der Arbeitslager gebracht, die sich in entlegenen Regionen des Landes befinden. Nach der Entlassung aus einer solchen, ungerechtfertigten Haft wird der Person befohlen, ihren Glauben zu widerrufen und sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei zu melden. Versäumt die Person es, sich bei der Polizei einzufinden, wird sie erneut eingesperrt.

Kirchliches Leben: Religiöse Gruppen müssen sich in Eritrea entweder registrieren lassen oder ihre Tätigkeit einstellen. Eine offizielle Registrierung zu erlangen ist jedoch nahezu unmöglich. Häufig kommt es zu Razzien bei geheimen Treffen von Christen, was zeigt, dass die Regierung über einen ausgedehnten Geheimdienstapparat verfügt. Christen von nicht offiziell registrierten Gemeinden müssen ständige Beschattung fürchten. Seit der Unabhängigkeit Eritreas konnten Christen aus protestantischen Freikirchen noch nie in Freiheit und ohne das Risiko, verhaftet, eingesperrt oder sogar getötet zu werden, beten. Die Regierung mischt sich zudem in die Ernennung religiöser Leiter ein. Beispielsweise steht der Eritreisch-Orthodoxe Patriarch, Abune Antonios, seit Mai 2007 unter Hausarrest. Darüber hinaus können religiöse Gruppen keine Dokumente/Materialien drucken oder verteilen, ohne vorher die Erlaubnis der Religionsbehörde erhalten zu haben.

Seit 2002 haben die Behörden von keiner weiteren Gruppe neben den vier bisher anerkannten religiösen Gruppen (Eritreisch-Orthodoxe Kirche, Lutherische Kirche, Römisch-Katholische Kirche und Islam) die Registrierung akzeptiert.

Auftreten von Gewalt: Mehr als 300 Christen wurden während des Berichtszeitraums verhaftet. Diese Christen werden von dem Regime unter äußerst schlechten Umständen festgehalten, einige von ihnen in Schiffscontainern, die in der Sonne brütend heiß werden. Tausende Christen wurden in den vergangenen Jahren verhaftet und eingesperrt. Einige von ihnen sind noch nach zwölf Jahren im Gefängnis. Einige der Gefängnisse und Gefangenenlager sind die Polizeistationen in der Hauptstadt Asmara, Mai Sirwa, Adi Abieto, Keren, Assab, Hashferai, Barentu, Mai Idaga und Alla. Viele der Christen werden gezwungen, stundenlang in gewerblich genutzten Blumenfeldern zu arbeiten. Einige namentlich bekannte Christen, die seit über zehn Jahren inhaftiert sind, heißen: Haile Naigzhi, Leiter der Eritrea Full Gospel Church (inhaftiert seit 2004); Kiflu Gebremeskel, Gründer und Pastor der Southwest Full Gospel Church (seit 2004); Million Gebreselasie, Dr. med. und Pastor der Massawa Rhema Church (seit 2004); Tekleab Menghisteab, Dr. med. und Priester (seit 2004); Gebremedhin Gebregiorsis, Priester (seit November 2004), Kidane Weldou, Pastor der Full Gospel Church (vermisst seit 2005, aber vermutlich inhaftiert) und Abune Antonios, Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Kirche (unter Hausarrest seit 2007). Eine Mutter von drei Kindern starb während des Berichtszeitraums im Gefängnis.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christinnen sind enormen Herausforderungen ausgesetzt. Sowohl Christinnen, die die EOC verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben als auch Christinnen mit muslimischem Hintergrund werden zwangsverheiratet und dazu gezwungen, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Frauen werden ebenfalls zum verpflichtenden Militärdienst eingezogen, Männer sind davon jedoch noch stärker betroffen.

Männer: Männliche Christen sind in Eritrea vor allem Opfer des verpflichtenden Militärdienstes. Aus diesem Grund versuchen viele junge Eritreer, aus dem Land zu fliehen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Dem Protest internationaler Menschenrechtsorganisationen und dem Bericht über Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Regierung Eritreas des UN-Menschenrechtsausschusses zum Trotz musste sich das Regime bisher noch nicht für seinen umfangreichen Katalog an Menschenrechtsverletzungen verantworten, geschweige denn ernsthafte Konsequenzen auf sich nehmen. Stattdessen sucht das Land nach Wegen, wieder stärkere Beziehungen mit westlichen Ländern zu knüpfen. Angesichts früherer Entwicklungen ist folgendes Szenario wahrscheinlich:

- Unterdrückte und verfolgte Eritreer werden weiterhin aus dem Land fliehen.
- Die eritreische Regierung wird an ihrem autoritären Kurs festhalten und Christen aus protestantischen Freikirchen weiterhin als „Agenten des Westens“ einstufen.
- Die eritreische Regierung wird weiterhin alle Eritreer dazu zwingen, Wehrpflicht zu leisten und für lange Zeit in der Armee zu dienen, ohne das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu achten.

- Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche und extremistische Muslime werden weiterhin christliche Konvertiten verfolgen.
- Es ist unwahrscheinlich, dass die inhaftierten Christen freigelassen werden, wenn sie nicht eine Erklärung unterschreiben, in der sie ihren Glauben widerrufen.

zurück zur Länderübersicht

Libyen: Platz 7

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Extremistische islamische Gruppen und organisiertes Verbrechen sind die beiden Hauptursachen der Christenverfolgung in Libyen. Christen sind hier eine sehr kleine Minderheit, die sich hauptsächlich aus Ausländern zusammensetzt, die auf der Suche nach Arbeit sind oder über das Mittelmeer nach Europa gelangen wollen. Christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara sehen sich seitens der alteingesessenen Bevölkerung nicht nur mit Intoleranz, sondern auch mit rassistischen Vorurteilen konfrontiert. Extremistische islamische Gruppen, die sich seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes im Jahr 2011 stark ausgebreitet haben, sind eine zusätzliche Gefahrenquelle für Christen in Libyen. Auch gesellschaftlicher Druck und Verfolgung durch Mitglieder der unmittelbaren und erweiterten Familie sind ein Problem. Die herrschende Anarchie und der Bürgerkrieg haben die Situation für die Christen verschlimmert. Die mangelnde Strafverfolgung derer, die gewalttätige Übergriffe gegen Christen verüben, verstärkt das Problem zusätzlich.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Auf libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und der gesamten Gemeinschaft sehr gewalttätiger und intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ausländer aus anderen Teilen des Kontinents werden ebenfalls von verschiedenen extremistischen islamischen Gruppierungen und organisierten kriminellen Gruppen angegriffen. Sie entführen Christen, und es gab auch Fälle, in denen Christen auf sehr brutale und schockierende Weise getötet wurden. Doch selbst wenn ihnen ein solches Schicksal erspart bleibt, werden Christen aus dem Afrika südlich der Sahara schikaniert und von extremistischen Islamisten bedroht. Christen, die in der Öffentlichkeit ihren Glauben bekennen und versuchen, das Evangelium mit anderen zu teilen, laufen ebenfalls Gefahr, verhaftet und misshandelt zu werden. Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat die Lage für Christen prekär gemacht. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist sehr hoch und sie sind einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung ausgesetzt.

Beispiele:

- Mehrere koptische Christen, die versuchten, nach Ägypten zurückzukehren, wurden in einem Gefängnis auf dem Flughafen von Tripolis für zwei Wochen festgehalten und zweimal täglich während der Zeit der Inhaftierung ausgepeitscht. Mindestens einer von ihnen war bereits seit mehr als zwei Wochen als Geisel in Bengasi in Gefangenschaft, bis seine Familie ein Lösegeld zahlte.
- Im November 2016 wurden zwei ägyptische Christen in Libyen von einer Gruppe namens „Ansar al-Sharia“ wegen ihres Glaubens hingerichtet.

- Auch wenn der Bericht von Amnesty International den Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 nicht abdeckt, gibt er einen klaren Hinweis darauf, was Christen derzeit durchmachen: Ein 26-Jähriger aus Eritrea, der in einem Gefangenenlager in al-Zawiya festgehalten wurde, wird mit den Worten zitiert: „Sie hassen Christen. Wenn du Christ bist, kann ich nur sagen: Gott helfe dir, wenn sie es herausfinden … Wenn sie ein Kreuz oder eine [religiöse] Tätowierung sehen, schlagen sie dich noch stärker.“ Ein anderer ehemaliger Häftling aus Nigeria sagte, dass Wachen im Gefangenenlager in Misrata die Männer nach Religion getrennt und die Christen dann ausgepeitscht haben. Ein 22-jähriger Mann aus Eritrea, der in der Haft geschlagen wurde, nachdem sein Boot abgefangen worden war, sagte: „Sie schlugen mich, nahmen mein Geld und warfen meine Bibel und das Kreuz, das ich um meinen Hals trug, weg … Zuerst prüfen sie, ob man Geld in den Taschen hat, dann nehmen sie ein elektrisches Kabel und peitschen dich aus.“

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Libyen verzeichnet auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 8 Punkte auf 86 Punkte und belegt damit Rang 7. Dieser Anstieg ist direkt auf die Zunahme der Gewalt gegen Christen zurückzuführen, insbesondere in Bezug auf Migranten auf Durchreise, die ohnehin sehr schlecht behandelt werden. Dazu waren im aktuellen Berichtszeitraum mehr Informationen vorhanden. Die allgemein herrschende Anarchie hat sich ebenfalls fortgesetzt und trägt zu den beklagenswerten Bedingungen bei, unter denen Christen in Libyen leben müssen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Diese Triebkraft äußert sich auf vielfältige Weise. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur, deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, großen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Nach dem Sturz Gaddafis haben verschiedenste islamistische Gruppen praktisch freie Hand und gewinnen kontinuierlich mehr Einfluss und Kontrolle über die Gesellschaft.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Dies ist die zweite Triebkraft der Verfolgung in Libyen. Korruption ist so weit verbreitet, dass sie wesentlich zum anhaltenden Verfall der Rechtsstaatlichkeit und zur mangelnden Strafverfolgung beiträgt. Diese Triebkraft ist eng verknüpft mit Islamischer Unterdrückung, da einige der militanten islamischen Gruppierungen als organisierte kriminelle Gruppen arbeiten, beispielsweise im Menschenhandel.

Verfolger

In Libyen gibt es verschiedene Gruppen, von denen Verfolgung ausgeht. Gewöhnliche Bürger, die sich intoleranten und extremistischen Auslegungen des Islam verschrieben haben, tragen zur Verfolgung von Christen insbesondere im Privatleben, im Familienleben und im gesellschaftlichen Leben bei. Die Verfolgung wird durch eine Vielzahl militanter islamischer Gruppen verschärft, die einen beträchtlichen Teil des libyschen Territoriums kontrollieren. Diese Gruppen sind für die gewaltsamsten Formen der Verfolgung verantwortlich und agieren völlig ungestraft, da es keine Zentralregierung gibt, die auch nur den Anschein von Recht und Ordnung im Land sicherzustellen vermag. Hinter beiden Gruppen von Verfolgern steht die Lehre und der Einfluss von extremistischen wahhabitischen Imamen. Diese religiösen Führer sind deshalb ebenfalls als Verfolger von Christen zu betrachten.

Kriminelle Gruppen, die Menschenhandel und Entführungen mit Lösegeldforderung betreiben, sind ebenfalls stark an der Verfolgung beteiligt. Diese Gruppen wenden unterschiedlichste Strategien an, um Einwanderer zu berauben, die versuchen, über Libyen nach Europa zu kommen. Viele werden nicht nur unter Lösegeldforderung als Geiseln genommen, sondern in die Sklaverei verkauft, und viele Frauen werden Opfer von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen.

Hintergrund

Libyen befindet sich derzeit in einem Zustand der Anarchie, wobei mindestens drei Regierungen miteinander konkurrieren. Der anhaltende Bürgerkrieg zwischen verschiedenen militanten Gruppen, welche mit den drei rivalisierenden Regierungen verbündet sind, bedeutet, dass das Land weiterhin ein Zufluchtsort für extremistische islamische Gruppen bleiben wird, die darauf hinarbeiten, die ganze Region zu destabilisieren. Der anhaltende Zustand der Anarchie macht es wahrscheinlich, dass Christen in Libyen weiterhin verfolgt werden, und er bietet auch eine Ausgangsbasis für militante Gruppen, die Christen in den Nachbarländern angreifen wollen. Leider scheint kein Ende des Bürgerkrieges und der Instabilität in Sicht, die Libyen seit dem Arabischen Frühling 2011 im Griff haben. Obwohl sich Fayez al-Sarradsch (der Leiter der von den Vereinten Nationen unterstützten Einheitsregierung mit Sitz in Tripolis) und General Chalifa Haftar (der Anführer der Streitkräfte, die dem Parlament in Tobruk im Osten Libyens die Treue halten) auf einen Entwurf für ein Friedensabkommen geeinigt haben, das von Italien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten unterstützt wird, gibt es viele Zweifel, ob dieses Abkommen tatsächlich umgesetzt werden kann.

Nach dem Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen (UNDP Human Development Index), der die Länder nach ihrem sozioökonomischen Status bewertet, liegt Libyen auf Platz 102 von 188 Ländern. Obwohl Libyen früher zu den Ländern Afrikas gehörte, die vergleichsweise besser abschnitten, ist die Gesamtleistung des Landes seit Beginn der Aufstände im Arabischen Frühling 2011 stetig zurückgegangen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung schwieriger und deren Qualität schlechter geworden sind. Der anhaltende Bürgerkrieg hat zur Einstellung der Ölexporte und von Sozialdienstleistungen geführt, die vor Ausbruch des Konflikts durch den Staat finanziell unterstützt wurden. Von den verschiedenen Konfliktparteien werden riesige Geldsummen für Rüstungsgüter ausgegeben, und die Gewalt hat zu weitreichenden Zerstörungen geführt, so dass der Wiederaufbau Jahre dauern wird.

Libyen ist ein klassischer „failed state“, ein gescheiterter Staat, geworden. Mehr als ein halbes Jahrzehnt nach dem Arabischen Frühling wurden die Träume von einem offenen und demokratischen Land durch ein alptraumhaftes Szenario ersetzt, in dem ein Flickenteppich militanter Gruppen verschiedene Teile des Landes kontrolliert und um die Vorherrschaft kämpft. Die Situation hat sich im Laufe der Jahre nicht gebessert; und es ist schwer zu erkennen, wie der Konflikt in naher Zukunft gelöst werden könnte. In der Zwischenzeit hat der Konflikt die Verwundbarkeit der Christen im Land erhöht.

Migranten, die beim Versuch, Europa zu erreichen, abgefangen werden, werden in 24 Haftanstalten in ganz Libyen festgehalten, die von der Abteilung zur Bekämpfung irregulärer Migration (DCIM) betrieben werden, die nominell dem libyschen Innenministerium unterstehen. In der Praxis werden viele der Haftanstalten allerdings von Angehörigen bewaffneter Gruppen geführt, unter denen Menschen aller Glaubensrichtungen leiden. Gewalt, Sklaverei und sexueller Missbrauch sind weit verbreitet. Die Inhaftierten sind schutzlos, da es in Libyen kein nationales Asylrecht oder -system gibt. Im stark islamisierten Kontext Libyens sind christliche Migranten besonders verwundbar.

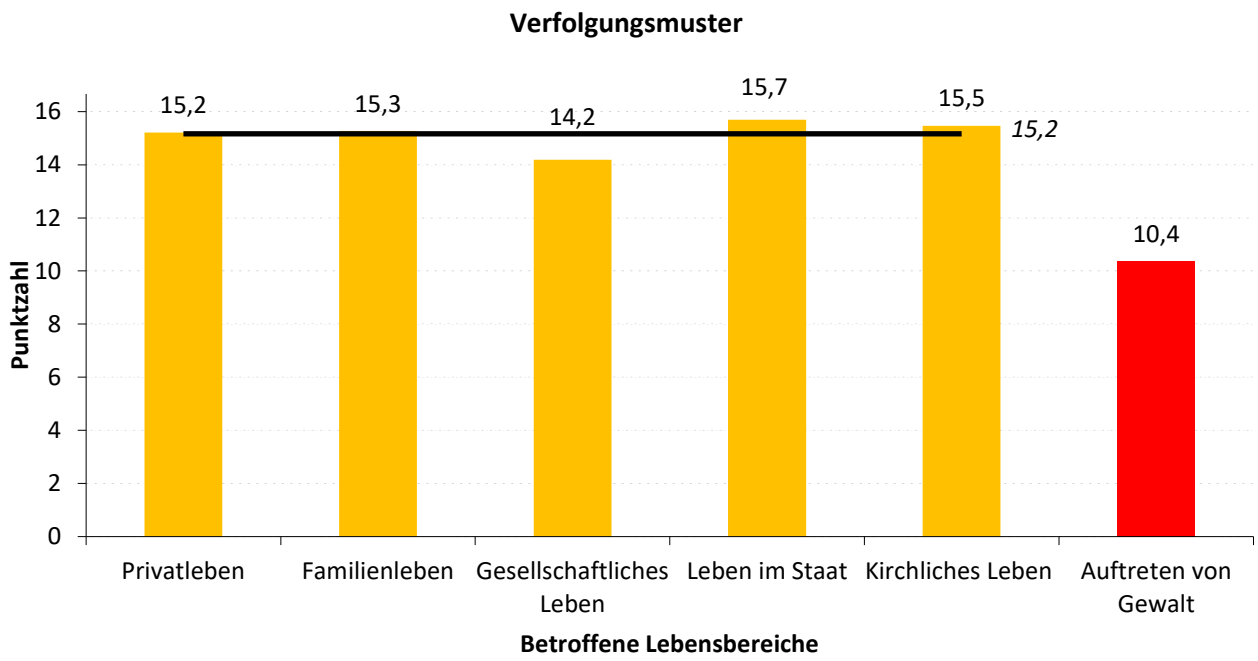
Ibadi-Muslime, die nicht zu den sunnitischen oder schiitischen islamischen Traditionen gehören, werden von Gruppen wie dem Islamischen Staat (IS) und anderen militanten sunnitischen Gruppierungen mit gewalttätigen Angriffen verfolgt. (Kinder dieser extremistischen Gruppen werden mithilfe von Lehrbüchern unterrichtet, die vom Wahhabismus beeinflusst sind.)

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Christliche Gastarbeiter (die meisten von ihnen kommen aus dem Afrika südlich der Sahara und einige aus Ägypten) dürfen ihre eigenen Kirchen haben, libysche Bürger dürfen an diesen Gottesdiensten jedoch nicht teilnehmen. Bereits unter der despotischen Herrschaft Gaddafis war die Lage der Christen sehr hart. Ausländische Christen beziehungsweise christliche Gastarbeiter haben eine gewisse Freiheit, doch nicht-arabische Afrikaner erleiden doppelte Verfolgung: aus rassistischen und auch aus religiösen Gründen.

Christen muslimischer Herkunft: Die sehr kleine Gruppe libyscher Christen hält ihren Glauben geheim. Sie können keine Gottesdienste in offiziellen Kirchen besuchen. Ihre Anzahl ist sehr gering, doch mit dem Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote auf Arabisch wächst das Interesse am christlichen Glauben. Wie in den meisten muslimischen Ländern ist die Abkehr vom Islam mit starkem sozialen Druck verbunden. Christen muslimischer Herkunft sind ständig von ihrer Familie bedroht. Die meisten libyschen Christen wagen nicht, sich mit anderen Christen zu treffen, denn alle religiösen Versammlungen – ausgenommen islamische – sind für Libyer verboten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Libyen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Libyen ist in allen Lebensbereichen extrem hoch. Der durchschnittliche Druck stieg von 14,6 Punkten im Vorjahr auf 15,2 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Dies zeigt: Je länger die Anarchie und Instabilität in Libyen anhalten, desto schlimmer wird die Situation für Christen.
- Der Druck ist in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ am höchsten. Das liegt daran, dass islamistische Gruppierungen weite Teile des Landes kontrollieren und als offizielle Autoritäten auftreten. Dadurch wird auf Kirchen und einzelne Christen (insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund) enormer Druck ausgeübt. Sie stehen konstant in der Gefahr, gewalttätig angegriffen zu werden.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 5,4 Punkten auf 10,4 angestiegen. Wie bereits festgestellt, ist dieser Anstieg zum Teil darauf zurückzuführen, dass mehr Informationen zu Übergriffen gegen durchreisende Migranten verfügbar waren. Diese Migranten werden generell schlecht behandelt, Christen werden jedoch herausgegriffen und erfahren eine noch schlimmere Behandlung.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft werden in dieser sehr konservativen Gesellschaft von ihren Familien ausgeschlossen. Wegen der kontinuierlichen Unterdrückung und Intoleranz seitens Familie und Gesellschaft wagen sie kaum, über ihren Glauben zu sprechen. Viele von ihnen sehen sich gezwungen, über eine Flucht aus dem Land nachzudenken.

Familienleben: Eine der großen Herausforderungen für Christen muslimischer Herkunft ist, einen Ehepartner zu finden. In Libyen gilt das traditionelle islamische Recht, wonach ein nicht-muslimischer Mann zum Islam konvertieren muss, um eine Muslima heiraten zu können. Die Islamisten in Libyen sind so extremistisch ausgerichtet, dass sie sogar Sufis (Sufi = Anhänger einer mystischen Strömung des Islam) verfolgen.

Gesellschaftliches Leben: Die Lage ist für Christen in Libyen so gefährlich geworden, dass es fraglich ist, ob es auf Dauer noch Christen im Land geben wird. Ein britischer Experte ging so weit zu behaupten: „Wir haben die christliche Präsenz im Land verloren, aufgrund des täglichen Drucks, der religiösen Spannungen sowie der Gewalt gegen Christen." Wenn Christen ihre religiösen Überzeugungen nicht verbergen, ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im heutigen Libyen sehr riskant, da sie einem hohen Gewaltrisiko ausgesetzt sind.

Leben im Staat: Unter der Herrschaft von Gaddafi ging Verfolgung am stärksten vom Regime und den Geheimdiensten aus. Gegenwärtig sind hauptsächlich islamistische Bewegungen wie der IS für Druck auf und Gewalt gegen Christen verantwortlich in einem Land, dessen Zentralregierung kraftlos ist und in dem es keine Rechtsstaatlichkeit gibt. Auch kriminelle Banden üben Druck auf Christen aus.

Kirchliches Leben: Ein normales kirchliches Leben gibt es für Christen libyscher Herkunft nicht. Gastarbeiter dürfen Gottesdienste feiern, jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken. Die Einfuhr christlicher Literatur inklusive Bibeln auf Arabisch ist streng verboten. Auch das erschwert das Wachstum der einheimischen Gemeinden. Muslime zur Annahme des christlichen Glaubens zu bewegen und andere missionarische Aktivitäten sind offiziell verboten.

Auftreten von Gewalt: Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen ist sehr hoch. Aufgrund der politischen Instabilität und dem Fehlen von Recht und Ordnung im Land sind Christen einer sehr gewalttätigen, unmenschlichen und entwürdigen Behandlung ausgesetzt. Auch wenn der Bericht von Amnesty International den Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 nicht abdeckt, gibt er einen klaren Hinweis darauf, was Christen derzeit durchmachen: Ein 26-Jähriger aus Eritrea, der in einem Gefangenenlager in al-Zawiya festgehalten wurde, wird mit den Worten zitiert: „Sie hassen Christen. Wenn du Christ bist, kann ich nur sagen: Gott helfe dir, wenn sie es herausfinden … Wenn sie ein Kreuz oder eine [religiöse] Tätowierung sehen, schlagen sie dich noch stärker." Ein anderer ehemaliger Häftling aus Nigeria sagte, dass Wachen im Gefangenenlager in Misrata die Männer nach Religion getrennt und die Christen dann ausgepeitscht haben. Ein 22-jähriger Mann aus Eritrea, der in der Haft geschlagen wurde, nachdem sein Boot abgefangen worden war, sagte: „Sie schlugen mich, nahmen mein Geld und warfen meine Bibel und das Kreuz, das ich um meinen Hals trug, weg … Zuerst prüfen sie, ob man Geld in den Taschen hat, dann nehmen sie ein elektrisches Kabel und peitschen dich aus."

- Mehrere koptische Christen, die versuchten, nach Ägypten zurückzukehren, wurden in einem Gefängnis auf dem Flughafen von Tripolis für zwei Wochen festgehalten und zweimal täglich während der Zeit der Inhaftierung ausgepeitscht. Mindestens einer von ihnen war bereits seit mehr als zwei Wochen als Geisel in Bengasi in Gefangenschaft, bis seine Familie ein Lösegeld zahlte.
- Im November 2016 wurden zwei ägyptische Christen in Libyen von einer Gruppe namens „Ansar al-Sharia" wegen ihres Glaubens hingerichtet.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christliche Frauen und Mädchen sind besonders sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen ausgesetzt. Zusätzlich zu den physischen Schmerzen und Verletzungen, die solche Angriffe mit sich bringen, erleiden die Opfer und ihre Familien und Freunde Traumata, mit den daraus resultierenden emotionalen Problemen.

Männer: Zwangsarbeit und Formen der Sklaverei sind weitverbreitete Arten der Verfolgung, die männliche Christen in Libyen erleiden. Männer werden zudem verprügelt, gefoltert und gedemütigt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Wegen der weiterhin großen Bedeutung lokaler, auch islamistischer Milizen sowie des Fehlens einer zentralen Regierung, die im ganzen Land Autorität hat, wird sich die Lage der Christen in absehbarer Zukunft wohl kaum verbessern. Die weitverbreitete Straflosigkeit bei Übergriffen gegen Christen wird wahrscheinlich weiter anhalten. Auch wenn die Bedeutung und militärische Stärke des IS im vergangenen Berichtszeitraum abgenommen hat, bleibt doch der Einfluss anderer militanter islamistischer Gruppen in Libyen bestehen. Die Existenz rivalisierender Regierungen in Ost- und Westlibyen, die Verbreitung von Stammesdenken und die Tatsache, dass das Land mit allen Arten von Waffen überflutet ist, machen die Zukunftsaussichten für Libyen und damit auch für die Christen im Land sehr düster.

Jede Hoffnung auf eine Besserung der Lage in Libyen hängt von der Verbesserung der politischen Bedingungen und der Sicherheitslage des Landes ab. Es ist zu hoffen, dass die Nationale Einheitsregierung fähig sein wird, Autorität zu gewinnen und Recht und Ordnung im Land wiederherzustellen. Wenn dies geschähe (auch wenn es nicht zwangsläufig Religionsfreiheit für die Christen in Libyen bedeuten würde), könnte sich für die Christen die Gefahr zumindest der entsetzlichsten Formen der Verfolgung verringern. Langfristig gesehen wird die Art der politischen Ordnung, die aus dem momentanen Friedens- und Übergangsprozess erwächst, ein entscheidender Faktor für die künftige Religionsfreiheit von Christen in Libyen sein.

zurück zur Länderübersicht

Irak: Platz 8

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Extremistische Bewegungen wie der „Islamische Staat“ (IS) und andere militante Gruppen sind bekannt dafür, gezielt Christen und andere religiöse Minderheiten durch Entführungen und Morde anzugreifen. Obwohl der IS sein Territorium im Irak fast vollständig verloren hat, lebt seine Ideologie weiter und hat die lokale Bevölkerung beeinflusst. Die Vorstellung, Christen seien Ungläubige und „unrein“, hat sich weit verbreitet. Außerdem sind Berichten zufolge schätzungsweise 3.000 IS-Kämpfer aus Mossul in der allgemeinen Bevölkerung untergetaucht. Obwohl einige christliche Familien in ihre Häuser zurückgekehrt sind, geht die Auswanderung der Christen weiter, weil sie Angst und keine Hoffnung auf eine gute Zukunft haben. Für die Christen im Norden haben auch die Nachwirkungen des Referendums über die kurdische Unabhängigkeit eine Rolle gespielt. Weitere Verfolgung geht von islamischen Leitern auf jeder Ebene aus, meist in Form von Hassreden in Moscheen. Regierungsbeamte auf allen Ebenen bedrohen Berichten zufolge Christen und „ermutigen“ sie auszuwandern. Clanführer, die (Groß-)Familie und „gewöhnliche Bürger“ üben erheblichen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bringen, wieder zum Islam zurückzukehren, und manchmal versuchen sie sogar, die „abgefallene“ Person zu töten. Indem sie es versäumen, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, tragen auch politische Parteien zur Verfolgung von Christen bei. Die Entführung von Christen geschieht oft in Form von organisierter Kriminalität, wobei finanzielle und religiöse Motive zusammenkommen. Auf einer niedrigeren Ebene der Verfolgung haben Leiter historischer Kirchen manchmal die offizielle Anerkennung neuer christlicher Konfessionen verhindert.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Christen muslimischer Herkunft erfahren den größten Druck durch die (Groß-)Familie und halten ihren Glauben oft geheim, da sie in der Gefahr stehen, von Familienmitgliedern, Clanführern und der Gesellschaft um sie herum bedroht zu werden. Als Konvertiten zum christlichen Glauben riskieren sie, Erbrechte zu verlieren sowie das Recht und die Möglichkeit zu heiraten. Offen den Islam zu verlassen führt im ganzen Land zu schwierigen Situationen. Besonders gefährlich war es in Gebieten, die noch vom IS gehalten wurden, es kann aber auch in der weniger radikalen Region unter der Herrschaft der kurdischen Autonomiebehörde riskant sein. Im Zentral- und Südirak erfahren Christen muslimischer Herkunft nicht nur Druck durch die (Groß-)Familie, sondern auch durch die Regierung in Bagdad, da die irakische Gesetzgebung auf der Scharia basiert, die für Abgefallene vom Islam die Todesstrafe vorsieht.

Die Assyrische Kirche des Ostens, die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche und die Armenisch-Orthodoxe Kirche sind alle stark von Verfolgung betroffen, besonders durch extremistische islamische Bewegungen und nichtchristliche Leiter. Sie werden auch von den Behörden diskriminiert. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie z. B. ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen an Checkpoints, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann. Sogar Christen in der autonomen Region Kurdistan haben Berichten zufolge das Kreuz aus ihren Autos entfernt, um keine unerwünschte Aufmerksamkeit zu erregen.

Vor einigen Jahren konnte das katholische Seminar in Bagdad aufgrund von Entführungsdrohungen und Angriffen islamischer Kämpfer nicht mehr weiter betrieben werden und war gezwungen, nach Norden in die kurdische Autonomiebehörde umzuziehen. Auch die evangelischen, baptistischen und pfingstlerischen Kirchen in Bagdad und Basra sind von der Verfolgung durch extremistische islamische Bewegungen und nichtchristliche Leiter stark betroffen und werden regelmäßig von den Behörden diskriminiert. Bekennende Christen sind immer wieder zu Zielscheiben im Zentral- und Südirak geworden. Auch Blasphemiegesetze können gegen sie angewendet werden, wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten.

Schließlich werden auch Christen, die ihre Kirchenzugehörigkeit wechseln (beispielsweise von einer orthodoxen zu einer evangelischen Gemeinde), oft durch Verweigerung bestimmter Rechte oder den Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Es ist bekannt, dass Leiter orthodoxer und katholischer Kirchen sich weigern, Eheschließungen für Mitglieder durchzuführen, die protestantische Kirchen besuchen.

Beispiele:

- In der Nähe von Bagdad wurden bei einem Angriff auf zwei Geschäfte, in denen Alkohol verkauft wird, am 23. Dezember 2016 mindestens drei Christen getötet und zwei verwundet. Die einheimischen Christen sehen darin einen gezielten Angriff auf Christen, gerade in Anbetracht des Zeitpunkts unmittelbar vor Weihnachten und der Tatsache, dass im Irak nur Christen Alkohol verkaufen.
- Gräueltaten, die während oder vor der Befreiung hauptsächlich von Christen bewohnter Städte wie Karakosch vom IS begangen wurden, kamen im Januar 2017 ans Licht, als acht Leichen – höchstwahrscheinlich von Christen – gefunden wurden. Einige waren vor über einem Jahr getötet worden, andere erst vor Kurzem. Sie sind ein klarer Beweis dafür, wie gewalttätig der IS während und vor der Befreiung der Ninive-Ebene im Oktober und November 2016 vorging. Aber da es ungewiss ist, ob die Morde im aktuellen Berichtszeitraum stattfanden, wurden sie für den WVI 2018 nicht in die Wertung der Gewalt einbezogen.
- Mindestens zwei Christen, eine Witwe und ihr jugendlicher Sohn, wurden in Mossul offiziell vom IS im Gefängnis festgehalten und im November 2016 gezwungen, Muslime zu werden. Sie konnten aus der Stadt fliehen. Mindestens 58 Christen wurden in Mossul während des Berichtszeitraums zum WVI 2018 festgehalten und werden derzeit immer noch vermisst. Es ist nicht bekannt, ob sie getötet oder entführt wurden.
- Im aktuellen Berichtszeitraum gab es mehrere Vorfälle, in denen Christen mit muslimischem Hintergrund aufgrund ihres Glaubenswechsels von ihren Familien körperlich angegriffen, gefoltert oder entführt wurden.
- Tausende von Christen suchten weiterhin nach einem Ort innerhalb oder außerhalb des Landes, an dem sie sicher leben können.
- Schließlich wurden während oder vor der Befreiung von der Herrschaft des IS zahlreiche christliche Häuser und Besitztümer beschädigt oder geplündert.
- Über ein eklatantes Beispiel für Hassreden wurde von Middle East Monitor am 17. Mai 2017 berichtet: Einer der höchsten schiitischen Regierungsbeamten des Irak erklärte öffentlich, dass Christen, Juden und andere religiöse Minderheiten zum Islam konvertieren, die religiöse Steuer („Dschizya“) zahlen oder getötet werden müssten. Scheich Alaa Al-Mousawi nannte die Christen auch „Ungläubige“ und „Polytheisten“ und betonte die Notwendigkeit des Dschihad gegen sie. Als Reaktion darauf reichten fast 200 irakische christliche Familien eine Klage ein, in der sie ihn beschuldigten, zu religiös motivierter Gewalt gegen Christen aufzuhetzen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 hat der Irak mit 86 Punkten die gleiche Punktzahl wie im letzten Jahr. Allerdings ist die Platzierung mit Rang 8 um einen Platz niedriger als im Vorjahr, als der Irak Rang 7 belegte. Diese Änderung erklärt sich durch einen Anstieg der Werte anderer Länder. Die Punktzahl für den Druck auf Christen ging leicht zurück und die Punktzahl für Gewalt nahm zu. Die etwas niedrigere Punktzahl für den Druck erklärt sich vor allem dadurch, dass der „Islamische Staat“ (IS) den Großteil seines Territoriums im Irak verloren hat. Seine Ideologie lebt jedoch weiter und hat die lokale Bevölkerung beeinflusst. Obwohl einige christliche Familien in ihre Häuser zurückgekehrt sind, setzt sich die Auswanderung der Christen fort, weil sie Angst und keine Hoffnung auf eine gute Zukunft haben. Für die Christen im Norden haben auch die Folgen des Referendums über die kurdische Unabhängigkeit eine Rolle gespielt. Gewalttaten gegen alteingesessene Christen wurden meist von extremistischen militanten Gruppen oder Einzelpersonen begangen, während Konvertiten aus dem Islam am meisten mit Gewalt aus ihren (Groß-)Familien konfrontiert wurden.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Islamisch extremistische Gruppen wollen eine religiöse Säuberung des Irak und streben danach, den Irak ganz und gar zu einem islamischen Land zu machen. Seit der US-geführten Invasion im Irak im Jahr 2003 hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert. Anti-westliche (und damit auch anti-christliche) Stimmungen wirken zusammen mit beträchtlicher Gewalt durch islamische Extremisten und Gruppen von Aufständischen. Die Situation verschlimmert sich noch durch mangelnde Strafverfolgung und Gesetzlosigkeit. Darüber hinaus sind die islamistischen Milizen im Norden und im Westen zahlenmäßig gewachsen, beeinflusst durch den Bürgerkrieg in Syrien.

Im Juni 2014 rief der IS ein Kalifat in großen Teilen des Nord- und West-Irak aus, zusammen mit den Gebieten, die er in Syrien kontrolliert. Der IS führte strenge islamische Regeln ein und ist für den Großteil der Gewalt gegen Christen im Irak verantwortlich. Bis Ende 2017 wurden die meisten bislang vom IS gehaltenen Gebiete befreit und durch den IS begangene Gräueltaten wurden öffentlich.

Man sagt, dass viele IS-Kämpfer in der Bevölkerung „untergetaucht” sind und damit eine Bedrohung für religiöse Minderheiten darstellen. Neue islamistische Gruppen sind entstanden wie „Chorasan“, eine Gruppierung, die mutmaßlich aus ehemaligen Mitgliedern von Al Kaida besteht. Unter dem Einfluss islamisch-extremistischer Gruppen wurde das islamische Bewusstsein zu einem neuen Faktor im Land, einschließlich des kurdischen Autonomiegebiets. Bedingt durch regionale Entwicklungen nimmt die Bedeutung des Islam in den irakischen und kurdischen Regierungen zu. Mehrere schiitische Parteien haben gute Beziehungen zur Islamischen Republik Iran und folglich wächst der Einfluss des Iran im Irak. Christen, besonders solche mit muslimischem Hintergrund, berichten bereits jetzt, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Generell scheint die Gesellschaft des Irak islamischer zu werden. Die soziale Kontrolle von Frauen sowie der Zwang zum Tragen eines Kopftuches und zur Einhaltung des Ramadan nehmen zu. Selbst christliche Frauen in Bagdad und Basra sind gezwungen, sich zu verschleiern, damit sie sich sicher außerhalb ihres Zuhauses bewegen können. In den noch vom IS kontrollierten Gebieten werden alle Frauen zur Vollverschleierung gezwungen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die irakische Gesellschaft ist immer noch sehr durch Stämme geprägt. Die Zugehörigkeit zu einem Stamm ist oft wichtiger, als dem Gesetz der Regierung zu gehorchen. Uralte Normen und Werte üben einen bestimmenden Einfluss auf die Stammesgesellschaft aus. Wo dieses Stammesdenken sich mit dem Islam vermischt, betrifft es insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Wenn der Stammeshintergrund eines Christen muslimischer Herkunft bekannt ist, kann das andere Christen davon abhalten, ihm oder ihr zu helfen, weil sie dann selbst in Schwierigkeiten geraten können. Stammesgruppen haben in einigen Gebieten Einfluss innerhalb von und auf Regierungsbehörden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die Korruption spielt bei der Verfolgung von Christen eine wichtige Rolle, wie sich bei Lösegeldforderungen bei Entführungen von Christen zeigt oder bei der illegalen Übernahme von Häusern von Christen und deren Grundbesitz. Der Nichtregierungsorganisation „Bagdad Beituna“ („Bagdad, unser Zuhause“) zufolge gab es mehr als 7.000 Rechtsverletzungen gegen Eigentum irakischer Christen in Bagdad seit 2003. Ein Beamter aus Bagdad gab an, dass nahezu 70 Prozent der Häuser von Christen illegal übernommen wurden. Die Verwundbarkeit religiöser Minderheiten wie der Christen wird ausgenutzt. Korruption ist in der irakischen Gesellschaft tief verankert, bis hinauf in die höchsten Ebenen. Zudem sind es besonders Menschen mit politischer Macht – durch den Iran unterstützte muslimische Milizen eingeschlossen – die nicht nur Häuser von Christen besetzen, sondern auch Kirchen und Klöster.

Konfessioneller Protektionismus: Im Zentral- und Südirak stehen Christen, die aus einer traditionell christlichen Gemeinschaft zu einer protestantischen Freikirche wechseln, Drohungen und Widerstand von Familienmitgliedern, Stammesführern und der Gesellschaft gegenüber. Dies umfasst die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, den Verlust von Erbschaften oder von Ersparnissen für die Hochzeit. Angehörigen traditioneller christlicher Gemeinschaften, die freikirchliche Gemeinden besuchten, wurde verweigert, von ihrem Bischof getraut zu werden. Familien und Gemeinschaften distanzieren sich oft von solchen Christen, die ihre Konfession gewechselt haben.

Verfolger

Extremistische Bewegungen wie der IS und andere militante Gruppen sind bekannt dafür, gezielt Christen und andere religiöse Minderheiten durch Entführungen und Morde anzugreifen. Verfolgung geht aber auch von islamischen Leitern auf jeder Ebene aus, vor allem in Form von Hasspredigten in Moscheen. Regierungsbeamte auf allen Ebenen bedrohen Berichten zufolge Christen und „ermutigen“ sie auszuwandern. Auch im Norden haben gewöhnliche Bürger Berichten zufolge in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, warum immer noch Christen im Irak sind. Clanführer, die (Groß-)Familie und gewöhnliche Bürger üben erheblichen Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, um sie dazu zu bringen, wieder zum Islam zurückzukehren, und manchmal versuchen sie sogar, die „abgefallene“ Person zu töten. Indem sie es versäumen, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, tragen auch politische Parteien zur Verfolgung von Christen bei. Die Entführung von Christen geschieht oft in Form von organisierter Kriminalität, wobei finanzielle und religiöse Motive zusammenkommen. Auf einer niedrigeren Ebene der Verfolgung haben Leiter historischer Kirchen manchmal die offizielle Anerkennung neuer christlicher Konfessionen verhindert. Schließlich wird berichtet, dass internationale Organisationen wie UN/UNHCR oder große internationale Hilfswerke manchmal christliche Flüchtlingslager bei der Hilfe ignorieren und andere Organisationen, die sich auf die Hilfe für christliche Binnenvertriebene konzentrieren, ablehnen.

Hintergrund

Die Christen im Irak haben eine lange Tradition. Mossul – Iraks zweitgrößte Stadt, seit Mitte 2017 aus der Hand von IS-Milizen befreit – ist der heutige Name der früheren Stadt Ninive, aus dem biblischen Buch Jona. Schon lange lebten Christen in Städten wie Bagdad, Mossul und Basra. Vor der amerikanischen Invasion im Jahr 2003 war der Irak Heimat einer der größten christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten. Christen leben hier seit zwei Jahrtausenden, stehen aber jetzt am Rande der Auslöschung. In den letzten Jahren litt der Irak unter struktureller Unsicherheit, Konflikten und Instabilität. Ein Tiefpunkt wurde erreicht, als weite Teile im Norden und Westen des Irak Teil des durch den IS ausgerufenen Kalifats wurden. Die irakische Regierung ist weder in der Lage, Recht und Gesetz durchzusetzen, noch ein Minimum an Sicherheit zu gewährleisten. Korruption grassiert und die religiös begründete Gewalt scheint nicht aufzuhören.

Der Irak teilt sich in zwei Teile: in die halb-autonome Kurdenregion im Norden, offiziell durch die Kurdische Regionalregierung (KRG) in Erbil verwaltet, und den größeren arabischen Teil, größtenteils von der irakischen Regierung in Bagdad kontrolliert. Kurden und Araber haben jeweils ihre eigene Kultur und Sprache. Ein Großteil der irakischen Erdöl-Vorkommen findet sich nahe Kirkuk und Mossul, der Grenzregion zwischen den Kurdengebieten und dem arabischen Irak. Diese Region ist seit langem eines der gewalttätigsten Gebiete des Irak. Die Christen sind hier zwischen die Fronten zweier unterschiedlicher Kriege geraten: der eine um ein unabhängiges Kurdistan und der andere in Form einer religiösen Säuberung durch islamistische Gruppierungen, die ein rein islamisches Land anstreben. Andererseits gibt es Hoffnungsschimmer.

Ende 2017 waren die meisten Gebiete, die der IS besetzt hatte, wieder unter Kontrolle der irakischen Regierung, und der irakische Premierminister Haider al-Abadi erklärte den Krieg gegen den IS für beendet. Die Zusammenarbeit von christlichen Pastoren mit muslimischem Hintergrund hat in einigen Orten im Norden zugenommen. Traditionelle Christen und deren Organisationen erreichen Flüchtlinge aus IS-kontrollierten Gebieten und Syrien durch die Verteilung von Decken und Spielzeug. Kirchengemeinden in Erbil und Dohuk leisten zudem in großem Umfang humanitäre Hilfe für Tausende (Binnen-)Flüchtlingsfamilien.

Andere religiöse Minderheiten, die im Irak verfolgt werden, sind Jesiden, Kakai und Mandäer. Sie werden als Nichtmuslime diskriminiert und ausgeschlossen. Es ist bekannt, dass insbesondere Jesiden durch den IS Gräueltaten erlitten haben, besonders Frauen und Mädchen, die als Sexsklavinnen missbraucht wurden. Über 3.500 jesidische Frauen und Mädchen sind derzeit immer noch vermisst und möglicherweise immer noch in Händen des IS.

Betroffene Kategorien von Christen

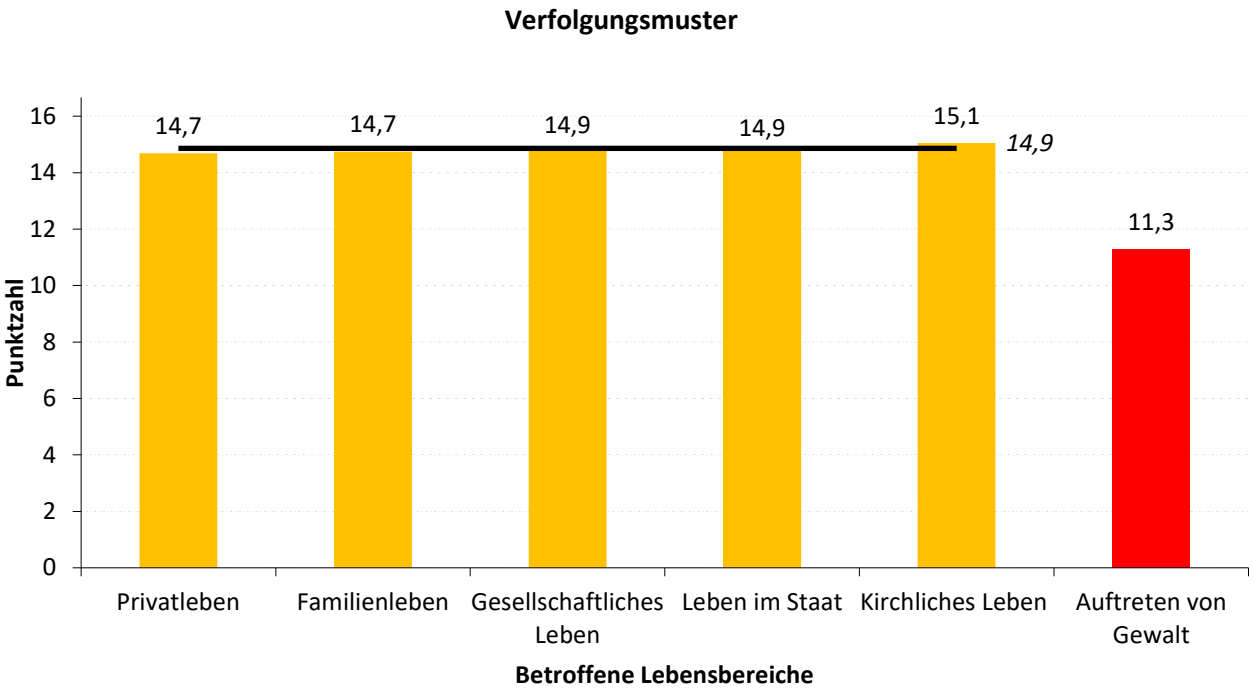
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: existieren im Irak, sind aber nicht unfreiwillig isoliert von anderen christlichen Gruppen und wurden daher nicht als eigenständige Gruppe in der Bewertung der Situation gezählt.

Christen aus traditionellen Kirchen: Kirchen wie die Assyrisch-Orthodoxe Kirche, die Chaldäisch-Katholische Kirche, die Syrisch-Orthodoxe Kirche und die Armenische Kirche sind alle erheblich von Verfolgung durch extremistische islamische Gruppierungen und nichtchristliche Leiter betroffen. Zudem sind sie mit Diskriminierung durch Regierungsstellen konfrontiert. Im Zentral- und Südirak tragen Christen oft keine offen sichtbaren christlichen Symbole wie Kreuze, da dies zu Belästigungen und Diskriminierungen an Kontrollpunkten, in Universitäten, am Arbeitsplatz oder in Regierungsgebäuden führen kann. Es wurde berichtet, dass Christen selbst in der Autonomen Region Kurdistan Kreuze an ihren Autos entfernt hätten, um ungewollte Aufmerksamkeit zu vermeiden. (Bereits vor einigen Jahren konnte das katholische Seminar in Bagdad aufgrund von Androhungen von Entführungen und Angriffen durch islamische Extremisten nicht mehr weiterarbeiten und war gezwungen, in die Autonome Region Kurdistan umzuziehen).

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Es gibt sowohl christliche Konvertiten mit einem muslimischen als auch mit einem traditionell christlichen Hintergrund, die nun zusammen mit protestantisch-freikirchlichen Christen Gottesdienst feiern. Christen muslimischer Herkunft erleben den meisten Druck durch die (Groß-)Familie und halten oft ihren neuen Glauben geheim, da sie riskieren, von ihren Familienangehörigen, Stammesführern und den Menschen in ihrem Umfeld bedroht zu werden. Sie riskieren, ihr Anrecht auf ein Erbe zu verlieren sowie das Recht und die Mittel zu heiraten. Offen aus dem Islam zu konvertieren, führt überall im Land zu schwierigen Situationen und ist besonders im vom IS besetzten Gebiet sehr gefährlich. Im Zentral- und Südirak werden Konvertiten auch von Regierungsbehörden unter Druck gesetzt. Die Kirche zu wechseln (z. B. aus einer orthodoxen Kirche zu einer freikirchlich-protestantischen Gemeinde) wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten bestraft, wie mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Bischof weigerte sich, Trauungen von Mitgliedern seiner Kirche durchzuführen, die freikirchlich-protestantische Gemeinden besucht hatten.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Evangelikale Gemeinden, etwa in Bagdad und Basra, sind ebenso erheblich von der Verfolgung durch extremistische islamische Bewegungen und nichtchristliche Leiter betroffen, einschließlich Diskriminierungen durch die Behörden. In gewissem Maße sind freikirchliche Christen außerdem von Widerstand durch die eigene (Groß-)Familie betroffen. Freimütig auftretende Christen sind regelmäßig zu Zielen im Zentral- und Südirak geworden. Blasphemiegesetze können gegen sie verwendet werden, sollten sie verdächtigt werden, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten. Für freikirchliche Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen zu errichten oder auswärtige Organisationen zu engagieren, ihnen dabei zu helfen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Irak

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Irak ist extrem hoch (14,9 Punkte), wobei er gegenüber dem Berichtszeitraum zum WVI 2017 (15,2) leicht gesunken ist. Der Druck ist in allen Lebensbereichen extrem. Dies ist typisch für eine Situation, in der viele verschiedene Triebkräfte der Verfolgung zusammenwirken:
- Der Druck durch Islamische Unterdrückung betrifft alle fünf Lebensbereiche, besonders für Christen muslimischer Herkunft.
- Ethnisch begründete Anfeindungen (verbunden mit Islamischer Unterdrückung) betreffen besonders die Lebensbereiche Familienleben und Privatleben.
- Organisiertes Verbrechen und Korruption werden besonders im Bereich des gesellschaftlichen Lebens und des Lebens im Staat sichtbar.
- Konfessioneller Protektionismus betrifft besonders die Bereiche „Kirchliches Leben“, „Familienleben“ und „Privatleben“.

- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen ist sehr hoch (11,3 Punkte) und gegenüber dem WVI 2017 (10,4) noch gestiegen. Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass drei Christen getötet wurden, zwei Christen inhaftiert wurden (im IS-Gebiet) und ein Christ zum Tode verurteilt wurde (im IS-Gebiet). Zudem wurden im Berichtszeitraum des WVI 2018 etwa 60 Christen entführt oder vermisst. Weitere Informationen folgen im Abschnitt „Auftreten von Gewalt". Diese Zahlen waren höher als beim WVI 2017, sind aber immer noch vorsichtige Angaben; in Wirklichkeit könnten die Zahlen höher sein. Es waren keine verifizierten Berichte über die Anzahl der Zwangsverheiratungen verfügbar (im Berichtszeitraum zum WVI 2017 kamen unter dem IS mehr als zehn Fälle vor).
- Die generelle Verfolgungssituation war im Berichtszeitraum zum WVI 2018 gekennzeichnet von mangelnder Strafverfolgung, der Bedrohung durch Angriffe von islamischen Extremisten und der Behandlung von Christen als Bürger zweiter Klasse durch die Behörden.

Privatleben: Die Christen mit muslimischem Hintergrund sind von allen Christen am meisten in der persönlichen Ausübung ihres Glaubens eingeschränkt. Meist können sie nicht öffentlich ihren Glauben teilen oder christliches Material/Literatur besitzen. Der Druck war besonders hoch im durch den IS kontrollierten Gebiet, aber auch im Zentral- und Südirak. In geringerem Maße trifft dies auch für die Autonome Region Kurdistan zu. Nur sehr wenige Christen sind noch im IS-kontrollierten Gebiet verblieben. In ihrem persönlichen Gottesdienst sind sie stark eingeschränkt, lautes (d. h. öffentlich vernehmbares) Singen geistlicher Lieder etwa ist unmöglich.

Familienleben: Christen muslimischer Herkunft müssen ihren neuen Glauben meist vor ihrer Familie verstecken, weil dieser Schande über die Familie bringt. Sie riskieren, bedroht und isoliert zu werden. Unter allen Christen ist das Leben der Familien, die in den vom IS kontrollierten Gebieten leben, am stärksten eingeschränkt. Aber auch in den anderen Teilen des Irak müssen christliche Eltern vorsichtig sein, was sie ihren Kindern von ihrem Glauben mitteilen. Wenn die Kinder zum Beispiel in der Schule von ihrem Glauben erzählen – besonders im Islamunterricht – riskiert die Familie, der Blasphemie beschuldigt zu werden.

Gesellschaftliches Leben: Auch in ihrem gesellschaftlichen Umfeld ist es für Christen muslimischer Herkunft zu gefährlich, offen über ihren Glauben zu reden. Wenn ihr Glaube bekannt wird, sind sie sich – im günstigsten Fall – Diskriminierung ausgesetzt. Noch schlimmer ist dies in den vom IS kontrollierten Gebieten, in denen alle Kategorien von Christen über ihren Glauben Stillschweigen bewahren müssen. Als Konvertit aus dem Islam zum christlichen Glauben entdeckt zu werden, ist in vom IS kontrolliertem Gebiet wie ein Todesurteil. Das gilt aber auch in den zentralen und südlichen Regionen. Alle Frauen im IS-Gebiet sind zur Vollverschleierung gezwungen. Aber auch in Bagdad und Basra wird auf christliche Frauen Druck ausgeübt, einen Schleier zu tragen. Selbst im Norden des Landes (Dohuk, Zakho und einige Gebiete Erbils) wächst der soziale Druck auf Frauen, ein Kopftuch zu tragen. In der Autonomen Region Kurdistan stehen die Christen mehr und mehr unter Druck durch die einheimische muslimische Bevölkerung, die sie beschuldigt, ihnen die Arbeitsplätze wegzunehmen.

Leben im Staat: Die Scharia ist die Hauptquelle für die Rechtsprechung. Sie verbietet die Konversion von Muslimen hin zu anderen Religionen. Daher werden Christen mit muslimischem Hintergrund auf Ebene des Staates diskriminiert, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Religion in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen, und ihre Kinder werden automatisch als Muslime registriert.

Die fortwährende Islamisierung des gesamten Landes, die Autonome Region Kurdistan eingeschlossen, zeigte sich auch bei der Umsetzung des Gesetzes zur religiösen Registrierung im Jahr 2015 und dem Verbot des Verkaufs von Alkohol im Oktober 2016. Nachdem letzteres verabschiedet worden war, wurde unmittelbar vor Weihnachten 2016 ein Angriff auf zwei Läden verübt, die sich im Besitz von Christen befanden und bei denen mindestens drei Christen getötet und zwei weitere verletzt wurden.

Das Registrierungsgesetz zwingt nichtmuslimische Kinder, Muslime zu werden, wenn der Vater zum Islam konvertiert oder ihre Mutter einen Muslim heiratet. Das Gesetz wurde trotz Protesten religiöser Minderheiten verabschiedet. Einige Tage nach dem Alkoholverkaufsverbot wurde ein Christ, Eigentümer eines Restaurants und eines Ladens, in dem man Alkohol erwerben konnte, vor seinem Geschäft ermordet. Im nordirakischen Kurdengebiet gibt es Bemühungen, die Gesellschaft zu „kurdisieren“, indem in einigen vorwiegend von Christen bewohnten Gebieten und Städten Land an kurdische Muslime oder Jesiden verkauft wird. Dieser „demografische Umkehrprozess“ vollzieht sich seit einigen Jahren in vielen mehrheitlich von Christen bewohnten Gebieten in der kurdischen Autonomieregion. Eine neuere Entwicklung ist, dass auch Schiiten demografische Veränderungen in der Ninive-Ebene vornehmen wollen. In diesem Sinne wurde im Unterbezirk Bartella eine vom Iran finanzierte und nach dem ersten geistlichen Führer der Islamischen Republik „Imam Khomeini“ benannte Schule eröffnet.

Kirchliches Leben: In Gebieten, die vom IS kontrolliert werden, wurden Kirchen und Klöster entweder zerstört oder zu anderen Zwecken genutzt (Gefängnisse, islamische Zentren, Ställe). Es war praktisch unmöglich, irgendeine Art von Gemeindeleben im IS-Gebiet zu haben: Öffentliche Versammlungen, die nicht vom IS organisiert wurden, waren verboten. Die meisten Christen waren aus diesen Gebieten geflohen, doch einige wenige blieben, manche versteckt, andere in Gefangenschaft. Die meisten wurden gezwungen, zum Islam zu konvertieren und an den islamischen Gebeten teilzunehmen. Wer sich weigerte, wurde geschlagen. Eine sehr beunruhigende Entwicklung im Zentral- und Südirak ist der Mangel an Priestern oder an Gottesdienstbesuchern in manchen Kirchen – aufgrund von Auswanderung oder Gefahr für die Kirchenleiter. Aus diesem Grund mussten manche Kirchengebäude verkauft werden. Kirchenleiter wie Pastoren und Priester werden gezielt angegriffen und von islamischen Extremisten getötet, um ein Exempel zu statuieren und andere Christen in Angst zu versetzen, besonders in Bagdad.

Auftreten von Gewalt: Gewalttaten gegen Christen aus traditionellen Kirchen wurden meist von islamisch-extremistischen Gruppen oder Einzelpersonen begangen, während Christen mit muslimischem Hintergrund meist Gewalt seitens ihrer (Groß-)Familien erfahren haben.

- In der Nähe von Bagdad wurden bei einem Angriff auf zwei Geschäfte, in denen Alkohol verkauft wird, am 23. Dezember 2016 mindestens drei Christen getötet und zwei verwundet. Die einheimischen Christen sehen darin einen gezielten Angriff auf Christen, gerade in Anbetracht des Zeitpunkts unmittelbar vor Weihnachten und der Tatsache, dass im Irak nur Christen Alkohol verkaufen.

- Gräueltaten, die während oder vor der Befreiung hauptsächlich von Christen bewohnter Städte wie Karakosch vom IS begangen wurden, kamen im Januar 2017 ans Licht, als acht Leichen – höchstwahrscheinlich von Christen – gefunden wurden. Einige waren vor über einem Jahr getötet worden, andere erst vor Kurzem. Sie sind ein klarer Beweis dafür, wie gewalttätig der IS während und vor der Befreiung der Ninive-Ebene im Oktober und November 2016 vorging, aber da es ungewiss ist, ob die Morde im aktuellen Berichtszeitraum stattfanden, wurden sie für den WVI 2018 nicht in die Wertung der Gewalt einbezogen.
- Mindestens zwei Christen, eine Witwe und ihr jugendlicher Sohn, wurden in Mossul offiziell vom IS im Gefängnis festgehalten und im November 2016 gezwungen, Muslime zu werden. Sie konnten aus der Stadt fliehen. Mindestens 58 Christen wurden in Mossul während des Berichtszeitraums zum WVI 2018 festgehalten und werden derzeit immer noch vermisst. Es ist nicht bekannt, ob sie getötet oder entführt wurden.
- Während des Berichtszeitraums des WWL 2018 gab es mehrere Vorfälle, in denen Christen mit muslimischem Hintergrund von ihren Familien wegen ihrer Bekehrung körperlich angegriffen, gefoltert oder entführt wurden.
- Über ein eklatantes Beispiel für Hassreden wurde von Middle East Monitor am 17. Mai 2017 berichtet: Einer der höchsten schiitischen Regierungsbeamten des Irak erklärte öffentlich, dass Christen, Juden und andere religiöse Minderheiten zum Islam konvertieren, die religiöse Steuer („Dschizya“) zahlen oder getötet werden müssten. Scheich Alaa Al-Mousawi nannte die Christen auch „Ungläubige“ und „Polytheisten“ und betonte die Notwendigkeit des Dschihad gegen sie. Als Reaktion darauf reichten fast 200 irakische christliche Familien eine Klage ein, in der sie ihn beschuldigten, zu religiös motivierter Gewalt gegen Christen aufzuhetzen.
- Tausende von Christen waren weiterhin auf der Suche nach einem Ort innerhalb oder außerhalb des Landes, wo sie sicher leben können. Dies geschah unter dem Einfluss verschiedener politischer Entwicklungen im Land, nicht zuletzt der Erfahrung, bei kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen die Fronten zu geraten, wie etwa bei den Kämpfen zwischen irakischen und kurdischen Streitkräften nach dem Referendum zur kurdischen Unabhängigkeit. Für die Wertung auf dem WVI wurden nur Fälle mit einbezogen, bei denen es sich nachweislich um Verfolgung aufgrund des christlichen Glaubens handelte.
- Schließlich wurde in der Ninive-Ebene während oder vor der Befreiung vom IS im letzten Quartal 2017 eine große Zahl von Häusern und Grundstücken, die Christen gehörten, beschädigt, eingenommen oder geplündert. Allerdings werden in Bagdad und Städten im Süden wie Al Basrah, Al Nasiriyah, Al Emara, Babylon und Al Kut seit Jahren Immobilien, die Christen gehören, übernommen. Laut Joseph Slewa, Vertreter der Christen im irakischen Parlament, wurden in „etwa dreißigtausend Fällen Land und Grundstücke beschlagnahmt, die syrischen und chaldäischen Christen in Bagdad und anderen Provinzen gehörten“. Diese wurden von Milizen übernommen, die einigen politischen Parteien im Irak angehören. Laut Slewa sind die Täter „mächtige Gruppen, die ihre Autorität ausnutzen, um Eigentum zu beschlagnahmen. Einige Gruppen nutzen ihre Arbeit und Autorität bei den Regierungsstellen“, um Dokumente zu fälschen. Mafiöse Gruppen arbeiten über Immobilienbüros und betreiben betrügerische Machenschaften, um in den Besitz von Immobilien zu gelangen, die Christen gehören.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Unter allen im Weltverfolgungsindex untersuchten Kategorien von Christen sind Frauen, die sich vom Islam zum Christentum bekehrt haben, besonders schutzlos Verfolgung wegen ihres Glaubens ausgesetzt. Aber auch andere christliche Frauen sind mit Ungleichheit konfrontiert, z. B. wenn ihre Ehemänner zum Islam konvertieren. Bei Christinnen muslimischer Herkunft kommt der Druck am häufigsten vonseiten der (Groß-)Familie. Wenn eine Christin mit muslimischem Hintergrund noch bei ihrer Familie wohnt, riskiert sie Misshandlungen in Form von Hausarrest, sexueller Belästigung, Vergewaltigung und sogar Tod, wenn ihr Glaube bekannt wird. Christinnen muslimischer Herkunft können offiziell keine christlichen Männer heiraten, da der irakische Staat sie nach wie vor als Muslimas betrachtet und muslimische Frauen keinen Nichtmuslim heiraten dürfen. Wenn eine Frau mit einem muslimischen Ehemann verheiratet ist, riskiert sie Missbrauch und Morddrohungen von ihrem Ehemann oder seiner Familie, was einige zur Flucht veranlasst. Sie sind auch mit Reisebeschränkungen konfrontiert. Reiseverbote können von den Behörden, aber auch von der Familie verhängt werden, um z. B. zu verhindern, dass Christinnen muslimischer Herkunft das Land verlassen. Wird gegen dieses Verbot verstoßen, kann ein Gerichtsverfahren wegen „unerlaubten Reisens“ eingeleitet werden. Auch drohen Christinnen muslimischer Herkunft Zwangsscheidungen. Die Haltung der Familie des Ehepartners ist in dieser Frage von entscheidender Bedeutung.

Der IS ist bekannt für seine geringschätzige Behandlung von Frauen, insbesondere von Frauen aus religiösen Minderheiten. Seit der Einrichtung des sogenannten Kalifats in Teilen des Irak und Syriens im Juni 2014 entführte der IS in großer Zahl jesidische Frauen, aber auch einige Christinnen, um sie zu Ehen mit IS-Kämpfern zu zwingen. Sie erlitten sexuelle Versklavung und wurden verkauft. Obwohl es inzwischen weniger sind, könnten jesidische und christliche Frauen, die immer noch vermisst werden, auch weiterhin mit sexuellem Missbrauch konfrontiert sein. Außerdem hat der IS Berichten zufolge Frauen getötet, weil sie kein Kopftuch trugen, und Nichtmuslimas gezwungen, sich ebenfalls zu verschleiern. Auch außerhalb des IS-Gebietes tragen christliche Frauen und Mädchen jetzt zu ihrer eigenen Sicherheit Schleier. Unverschleierte Frauen in Bagdad und Basra sind in großer Gefahr, belästigt , mit Steinen beworfen, entführt oder getötet zu werden.

Insgesamt ist die irakische Gesellschaft durch weit verbreitete Gesetzlosigkeit gekennzeichnet. Für christliche Frauen wird dies noch dadurch verstärkt, dass Handlungen gegen Christen generell ungestraft bleiben, sei es bei Diebstahl, Entführung, sexuellem Missbrauch oder Korruption. Die besseren Verbindungen und der höhere Status des muslimischen Täters bedeuten, dass er immer den Prozess gewinnen wird, besonders unter dem Stammesjustizsystem, welches die staatliche Justiz außer Kraft setzen kann. Auf kommunaler Ebene, in staatlichen Schulen, werden christliche Mädchen als schwächer angesehen und oft wegen ihres Glaubens verspottet, wie ein Feldforscher berichtet. Berichten zufolge stehen sie unter dem Druck, sich zum Islam zu bekehren, und ihre Noten können beeinträchtigt werden, wenn sie Konzepte, die ihrem christlichen Glauben widersprechen, offen in Frage stellen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass christliche Frauen – vor allem solche muslimischer Herkunft – in allen Bereichen der Gesellschaft unter Ungleichbehandlung leiden.

Männer: Christliche Männer sind im Irak Berichten zufolge bei der Arbeit und bei der Ausbildung mit Diskriminierung konfrontiert. Die Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft Männer aus allen im Weltverfolgungsindex unterschiedenen Kategorien von Christen, insbesondere solche, die im öffentlichen Sektor arbeiten. Christen im Zentral- und Südirak wurden unter Druck gesetzt, ihren Arbeitsplatz zu verlassen, insbesondere wenn sie für ausländische Organisationen arbeiten oder auf höheren gesellschaftlichen Ebenen (z. B. bei staatlichen Firmen) beschäftigt sind. Im Norden berichten Christen darüber, wie sie darum kämpfen müssen, überhaupt eine Anstellung zu bekommen. Auch fühlten sie sich verwundbar und anfällig für Ausbeutung an ihrem Arbeitsplatz, wie ein Feldforscher berichtet. In der sehr traditionellen und stammesbewussten irakischen Gesellschaft sind Männer oft die Hauptverdiener für ihre Familien, und der Verlust ihres Arbeitsplatzes kann erhebliche Auswirkungen auf christliche Familien haben. Dieses Problem betrifft Christen mit muslimischem Hintergrund in allen Bereichen der Gesellschaft; wenn ihr Glaube bekannt ist, werden sie ernsthafte Probleme haben, Arbeit zu finden und zu behalten.

Christliche Männer mit muslimischem Hintergrund können von ihren Familien verfolgt werden, bis hin zur Ermordung. Auch Christen mit nichtmuslimischem Hintergrund laufen Gefahr, für ihren Glauben getötet zu werden, wobei die Täter meist islamische Extremisten sind. Die Folgen davon können für ihre Familien sehr weitreichend sein, da diese nicht nur ohne Einkommen bleiben, sondern auch oft mit einem emotionalen Trauma konfrontiert sind, wenn der Mann flieht oder getötet wird. Die Familie eines Christen muslimischer Herkunft könnte auch Spott und Druck seitens seiner muslimischen Familie ausgesetzt sein. Der Verlust der christlichen Männer betrifft nicht nur ihre direkten Familien, sondern auch die Ortsgemeinde, die infolgedessen mit einem Mangel an potenziellen Leitern konfrontiert ist. Christliche Männer – insbesondere ehemalige Muslime – sind als solche in einer sehr gefährdeten Position, um ihre Familien zu versorgen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Economist Intelligence Unit (EIU) fasst die wichtigsten jüngsten Entwicklungen und ihre Prognosen für den Irak wie folgt zusammen: „Die irakischen Streitkräfte haben 2017 bedeutende Fortschritte im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) gemacht. Die dschihadistische Gruppierung wird wahrscheinlich am Ende des Jahres 2017 ihr Herrschaftsgebiet verloren haben. Dies wird, in Verbindung mit der raschen Rückeroberung der umstrittenen Gebiete von den Kurden nach dem Referendum Ende September, Premierminister Haider al-Abadi eine gute Position verschaffen, um die Wahlen 2018 zu gewinnen. Jedoch werden ihn die Auswirkungen der niedrigen Ölpreise und die enormen Kosten für den Wiederaufbau im Staatshaushalt weiterhin unter einen gewissen Druck setzen."

Trotz des bevorstehenden Siegs über den IS im Irak ist nicht zu erwarten, dass die Bedrohung durch Verfolgung Islamische Unterdrückung kurzfristig bedeutend abnehmen wird. Der IS mag zwar Territorium verloren haben, aber seine Ideologie ist immer noch sehr lebendig und nicht auf sein Herrschaftsgebiet beschränkt. Um zu beweisen, dass mit ihm immer noch zu rechnen ist, führt der IS weiterhin Angriffe im Westen und im Nahen Osten durch oder inspiriert sie. Unterdessen sind Tausende von fliehenden IS-Kämpfern „verschwunden" und in der Zivilbevölkerung der Ninive-Ebene untergetaucht – was das Gefühl der Unsicherheit bei religiösen Minderheiten wie den Christen verstärkt. Außerdem ist der IS nicht der einzige Verfolger, der von dieser Triebkraft motiviert ist.

Es gibt immer noch Al-Kaida-Anhänger, ferner schiitische Milizen und andere militante islamische Gruppen wie die Chorazan-Gruppe, die sich aus ehemaligen Al-Kaida-Mitgliedern zusammensetzt und den Ruf hat, noch grausamer zu sein als der IS. Druck kommt auch von schiitischen Führern und Regierungsbeamten, die beleidigende öffentliche Erklärungen gegen Christen abgeben. Unterdessen erwacht Berichten zufolge in den kurdischen Autonomiegebieten im Norden ein islamisches Bewusstsein. Folglich wird davon ausgegangen, dass die Islamische Unterdrückung weiterhin eine Bedrohung für die Christen im Irak darstellt, die zu einem hohen Maß an Angst führt und Christen zur Auswanderung ermutigt. Dass durch den IS ein gemeinsamer Feind wegfällt, wird wahrscheinlich ebenso wie das folgende Machtvakuum und die Folgen des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums die Spaltungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen vertiefen. Dies könnte Ethnisch begründete Anfeindungen verstärken. Der Druck wird vor allem für Christen mit muslimischem Hintergrund zunehmen, die am meisten unter dieser Triebkraft der Verfolgung leiden, aber auch für andere Christen.

Inmitten dieser wachsenden Spannungen zwischen verschiedenen Volksgruppen drohen die Christen zwischen die Fronten sich gegenseitig bekämpfender Gruppen zu geraten. Das könnte dazu führen, dass die Christen in sicherere Gebiete umsiedeln werden. Sie laufen auch Gefahr, in diesen politischen Machtkampf mit hineingerissen oder dabei benutzt zu werden, eine Entwicklung, welche die Diktatorische Paranoia verstärken wird. Darüber hinaus besteht die ernste Gefahr, dass der nächste Krieg nach der Niederlage des IS zwischen schiitischen Streitkräften und den Kurden stattfinden wird.

Diktatorische Paranoia ist als Triebkraft der Verfolgung auch in der irakischen Regierung wirksam und verhindert, dass eine pluralistische Gesellschaft gefördert wird, in der religiöse Minderheiten wie Christen wirklich willkommen wären. Im Falle eines großen Machtkampfes dürfte eine weitere Triebkraft der Verfolgung im Irak an Bedeutung gewinnen: Organisiertes Verbrechen und Korruption. Sowohl bei der kurdischen Regierung als auch bei der Regierung in Bagdad ist bereits ein zunehmendes Maß an Korruption zu beobachten. Durch diese Triebkraft motivierte Verfolger benachteiligen insbesondere Christen in den Bereichen Arbeitssuche und Registrierung christlicher Unternehmen, aber eignen sich auch Besitz von Christen an.

Es ist schwer zu sagen, wie sich die Triebkraft Konfessioneller Protektionismus entwickeln wird. Einerseits besteht in Drucksituationen die Notwendigkeit, dass Christen zusammenarbeiten, was den Einfluss dieser Triebkraft mildern könnte. Kurzfristig ist aber zu erwarten, dass eine solche Zusammenarbeit zwar gesucht wird, gleichzeitig aber zunehmende Zersplitterungen entlang der Stammeslinien und Angst um das Überleben auch in die entgegengesetzte Richtung wirken.

zurück zur Länderübersicht

Jemen: Platz 9

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die folgenden Verfolger sind im Jemen aktiv: Regierungsbeamte auf allen Ebenen von der lokalen bis zur nationalen Ebene, gewalttätige religiöse Gruppen, die eigene (Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter auf der lokalen bis zur nationalen Ebene.

Die Regierungsbeamten erschaffen und erhalten ein streng islamisches System, welches alle Einwohner als Muslime behandelt. In vielen Regionen sind durch die saudisch geführte Militärintervention Machtvakuen entstanden, welche es Gruppierungen wie dem Islamischen Staat (IS) und Al-Kaida-Ablegern ermöglichen, ihren Aktionsradius zu vergrößern und Christen sogar umzubringen (sowohl jemenitische Christen mit muslimischem Hintergrund als auch ausländische Christen). Auch Entführungen kommen vor, wobei sich finanzielle und christenfeindliche Motive mischen. Konvertiten vom Islam zum Christentum leiden am meisten unter Gewalt und Druck durch ihre Verwandtschaft, aber auch durch Stammesführer, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Laut Berichten spielen lokale Imame eine Rolle bei der Anstiftung zu Angriffen auf Christen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: So wie auch die anderen Jemeniten leiden die Christen unter der weltweit schlimmsten humanitären Krise, die aktuell im Land herrscht. Jemenitische Christen werden fortlaufend auf eine beispiellose Art und Weise schikaniert. Sie ziehen von einem Gebiet ins andere, auf der Suche nach etwas Sicherheit inmitten der ständigen Luftangriffe und des Mangels an Wasser und Nahrung. In diesem Kontext macht sie ihr Glaube zusätzlich angreifbar, da die Nothilfe meistens durch islamische Organisationen und örtliche Moscheen verteilt wird und diese jeden diskriminieren, der nicht der muslimischen Frömmigkeit entspricht. Dies ist eine ernsthafte Bedrohung für die Existenz der Christen und anderer Nichtmuslime. Zudem bemühen sich Regierungsbeamte trotz der chaotischen Kriegssituation, Christen einzuschüchtern.

Die Kirche im Jemen besteht hauptsächlich aus Gemeinschaften jemenitischer Christen muslimischer Herkunft. Immer noch gibt es ausländische Christen und Arbeitsmigranten, insbesondere aus Afrika und Asien, wenn auch die meisten das Land aufgrund des verheerenden Krieges verlassen haben. Sie sind sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene mit Schikanen und Diskriminierung durch die Gesellschaft konfrontiert und sogar mit offener Gewalt. Christen muslimischer Herkunft droht noch härtere Verfolgung, sie müssen ihren Glauben tatsächlich im Verborgenen leben. Sie sind mit Verfolgung durch die Behörden konfrontiert (einschließlich Inhaftierung und Verhören) sowie durch die Familie und islamisch-extremistische Gruppierungen, die „Abgefallene“ mit dem Tod bedrohen, wenn sie nicht wieder zum Islam zurückkehren. Trotz der Unsicherheit des Krieges wächst Berichten zufolge die Gemeinde von Christen muslimischer Herkunft.

Beispiele:

- Seinen Glauben privat zu leben ist für Christen sowohl in den Gebieten, die von islamischen Extremisten kontrolliert werden, als auch in den von sunnitischen Streitkräften mit Unterstützung Saudi-Arabiens und deren westlichen Verbündeten „befreiten" Gebieten besonders riskant geworden. „Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel" (AQAP) und der „Islamische Staat" (IS) können in großen Teilen des Landes frei agieren.
- Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 wurden keine Ermordungen von Christen wegen ihres Glaubens gemeldet. Die Situation vor Ort ist jedoch aufgrund des Bürgerkrieges sehr chaotisch, was das Erfassen von gewaltsamen Vorfällen gegen Christen erschwert. Mehrere Male sind einheimische Gläubige durch die Flucht in ein anderes Gebiet dem Tod entronnen.
- Eine der größten Bedrohungen für Christen ist, entführt zu werden. Pater Tom Uzhunnalil, der im März 2016 bei einem Angriff auf ein Pflegeheim für Senioren und Behinderte in Aden entführt worden war, wurde im September 2017 freigelassen.
- Mindestens zehn christliche Familien mussten aus Glaubensgründen ihre Häuser verlassen und in ein anderes Gebiet innerhalb des Landes umsiedeln. Da eine durchschnittliche Familie im Jemen aus sieben Personen besteht, betrifft dies also mindestens 70 Menschen.
- Druck durch Familienangehörige hat eine Handvoll isolierter jemenitischer Christen muslimischer Herkunft dazu bewegt, das Land zu verlassen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 85 Punkten belegt der Jemen Platz 9 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018, dieselbe Wertung und Platzierung wie auf dem WVI 2017. Obwohl die Gesamtpunktzahl gleich geblieben ist, haben sich die Werte für Druck und Gewalt verändert. Die Zahl der gemeldeten gewaltsamen Vorfälle ging zurück, während der allgemeine Druck infolge des Bürgerkriegs zunahm (siehe Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt"). Wie andere Zivilisten leiden auch die Christen im Jemen stark unter dem Krieg, wozu auch der zunehmende Einfluss islamisch-extremistischer Kämpfer gehört, was die ohnehin schon verwundbare Lage einheimischer Christen noch verschärft. Die meisten ausländischen Christen und Arbeitsmigranten haben das Land verlassen und hinterlassen nun eine Kirche, die hauptsächlich aus einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund besteht.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Verfassung des Jemen erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. Missionierung durch andere Religionen als den Islam ist verboten. Muslimen ist es verboten, zu einem anderen Glauben überzutreten; Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Durch den Krieg ist der Einfluss von militanten islamistischen Gruppierungen wie dem „Islamischen Staat" (IS) und Al Kaida erheblich gewachsen. Sie treiben Verfolgung am stärksten voran und greifen gezielt Christen an, um sie zu töten.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Das Stammesdenken hat im Jemen weiterhin eine hohe Bedeutung und die Autorität der Regierung ist oft der traditionellen Stammesregierung untergeordnet. Der Islam ist mit der ethnischen Identität verflochten. Es gibt viele Gebiete im Jemen, in denen Stammesälteste Recht und Gesetz gemäß ihren islamischen Traditionen durchsetzen, unabhängig davon, was die staatliche Verfassung oder Regierung sagen. Die Regierung mischt sich meist nicht in Konflikte zwischen den Stämmen ein, nicht einmal, wenn Menschen dabei verletzt oder gefangen genommen werden. Da die Regierung inzwischen die Kontrolle über große Teile des Landes verloren hat, hat sich ihr Einfluss auf die Stämme weiter verringert. Stammesgesetze und -bräuche verbieten es Stammesmitgliedern, den Stamm zu verlassen. Frauen dürfen nicht außerhalb des Stammes heiraten, insbesondere nicht einen Christen. Verstöße gegen diese Regeln können mit Tod oder Verbannung bestraft werden. Ein politischer Beobachter fasst die Situation folgendermaßen zusammen: „Der Islam ist die übergreifende Identität aller Stämme im Jemen und es ist der Stamm, der oft die vergeltende ‚Gerechtigkeit' denen gegenüber übt, die den Islam verlassen wollen."

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Diese Triebkraft beschreibt eine Verfolgungssituation, in der Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Straflosigkeit, Anarchie und Korruption als Mittel zur Selbstbereicherung schaffen. Korruption greift in der Regierung im Jemen seit langem um sich. Die Regierungsbehörden sind mit verschiedenen Stämmen verbunden, die große Bevorzugung erfahren. Ausländische Christen – die es im Jemen kaum noch gibt – sind durch diese kriminellen Machenschaften besonders gefährdet, wie z. B. durch Entführungen mit Lösegeldforderungen. In solchen Fällen spielt neben dem Glauben die vermutete Vermögenslage der betroffenen Christen eine Rolle. In dem derzeitigen Chaos und der Gesetzlosigkeit des Bürgerkrieges hat diese Triebkraft nun mehr Raum zur Entfaltung.

Verfolger

Als Verfolger sind im Jemen aktiv: Regierungsbeamte auf allen Ebenen von der lokalen bis zur nationalen Ebene, gewalttätige religiöse Gruppen, die eigene (Groß-)Familie, Anführer ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Führer auf der lokalen bis zur nationalen Ebene. Durch ausländische Interventionen, wie die durch die saudisch geführte Koalition, sind Machtvakuen entstanden, welche es Gruppierungen wie dem Islamischen Staat (IS) und Al-Kaida-Ablegern ermöglichen, ihren Aktionsradius zu erweitern und Christen sogar umzubringen (sowohl jemenitische Christen mit muslimischem Hintergrund als auch ausländische Christen). Entführungen finden ebenfalls statt und können sowohl auf finanziellen als auch auf religiösen (d. h. christenfeindlichen) Motiven beruhen, die oft schwer zu trennen sind. Konvertiten vom Islam zum Christentum leiden meist unter Gewalt und Druck von ihrer Großfamilie, aber auch von Stammesführern, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Laut Berichten spielen nichtchristliche religiöse Führer wie Imame eine Rolle bei der Anstiftung zu Angriffen auf Christen.

Externe Streitkräfte wie die von Saudi-Arabien geführte Koalition sowie der Zustrom von Waffen aus dem Westen haben ein andauerndes Machtvakuum verursacht, das es islamisch-extremistischen Gruppen wie AQAP (Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel) und dem IS ermöglicht hat, Christen ungestraft ins Visier zu nehmen. Dies ist – zusammen mit den Waffen aus dem Westen, die in die Hände von Milizen geraten – eine der größten Bedrohungen für die jemenitische Kirche.

Hintergrund

Der Jemen befindet sich in einem komplexen und verheerenden Krieg zwischen den schiitischen Huthi-Rebellen und Anhängern der international anerkannten Regierung des Jemen. In den Versuchen, die Regierung gegen die Huthi-Rebellen, die angeblich vom Iran unterstützt werden, wiederherzustellen, bombardiert das sunnitische Saudi-Arabien den Jemen aus der Luft und zerstört Wohngebiete, Infrastruktur, Krankenhäuser und Weltkulturerbestätten.

Bei dieser Militäroperation wird Saudi-Arabien aktiv von zehn überwiegend sunnitisch-muslimischen Nationen unterstützt und mit Waffen aus dem Westen ausgerüstet. Sunnitische extremistische Gruppen wie Al Kaida und der Islamische Staat (IS) nutzen das Chaos, um ihren Herrschaftsbereich auszudehnen und ihre Kontrolle auszubauen. Während der Konflikt andauert, laufen immer mehr Länder Gefahr, in den Kampf um die regionale Vorherrschaft zwischen Saudi-Arabien und dem Iran verwickelt zu werden, der die religiösen Gräben im Nahen Osten weiter vertiefen würde. Der Jemen ist ein relativ junges Land, zu dem sich der traditionell geprägte Nordjemen und der kommunistische Südjemen nach Jahren des Konfliktes erst 1990 vereinten. Allerdings ist die separatistische Bewegung im Süden recht stark und fordert weiterhin die Unabhängigkeit.

Seit der Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten Ali Abdullah Saleh im Jahr 2012 hat der Jemen politische Unruhen und Gewalt erlebt. In dem Machtvakuum kämpfen Milizen und Rebellen – einschließlich Gruppen, die mit Al Kaida und dem IS verbunden sind – darum, Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Im März 2015, nach der Übernahme des Flughafens in Jemens Hauptstadt Sanaa (einschließlich wichtiger Ministerien und einer erfolgreichen Einnahme der nördlichen Regionen), zwang die als Huthi bekannte schiitische Rebellengruppe den Präsidenten Abd Rabbuh Mansour Hadi und seine Regierung ins Exil nach Saudi-Arabien. Im Juli 2015 erlangten regierungstreue Kräfte und Milizen aus dem Süden die Kontrolle über Aden von den Huthis zurück, unterstützt von Truppen und Luftangriffen der von Saudi-Arabien geführten Koalition, die im März 2015 begannen. Im September 2015 kehrte Präsident Hadi nach Aden zurück. Inzwischen scheint der Einfluss von Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) weiter zu wachsen, da die Organisation ihre territoriale Kontrolle im südlichen Jemen ausweitet. Dem IS angegliederte Gruppen sind ebenfalls in dem vom Krieg zerrütteten Land präsent und greifen seit März 2015 sowohl schiitische als auch mit der Regierung in Verbindung stehende Ziele an.

Unterdessen kämpft der Jemen mit einer schrecklichen humanitären Krise. Seit Beginn des Krieges im März 2015 wurden mehr als 10.000 Jemeniten getötet und 3,1 Millionen Menschen vertrieben. In einer Pressemitteilung des United Nations News Center, die am 28. August 2017 veröffentlicht wurde, wurde das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) wie folgt zitiert: „Inmitten anhaltender Gewalt kollabieren die Wasser- und Abwassersysteme, und mehr als die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen des Jemen sind außer Betrieb.“ Berichten zufolge sind fast 15 Millionen Menschen von sauberem Wasser und dem Zugang zu medizinischer Grundversorgung abgeschnitten. „Schätzungsweise 385.000 Kinder leiden an schwerer akuter Unterernährung, wodurch sie einem erhöhten Risiko für akute wässrige Diarrhö und Cholera ausgesetzt sind.” Wie alle Jemeniten leiden auch die Christen unter den Auswirkungen des Krieges. Einige von ihnen mussten ihre Wohnorte verlassen und sind nun über das ganze Land verstreut.

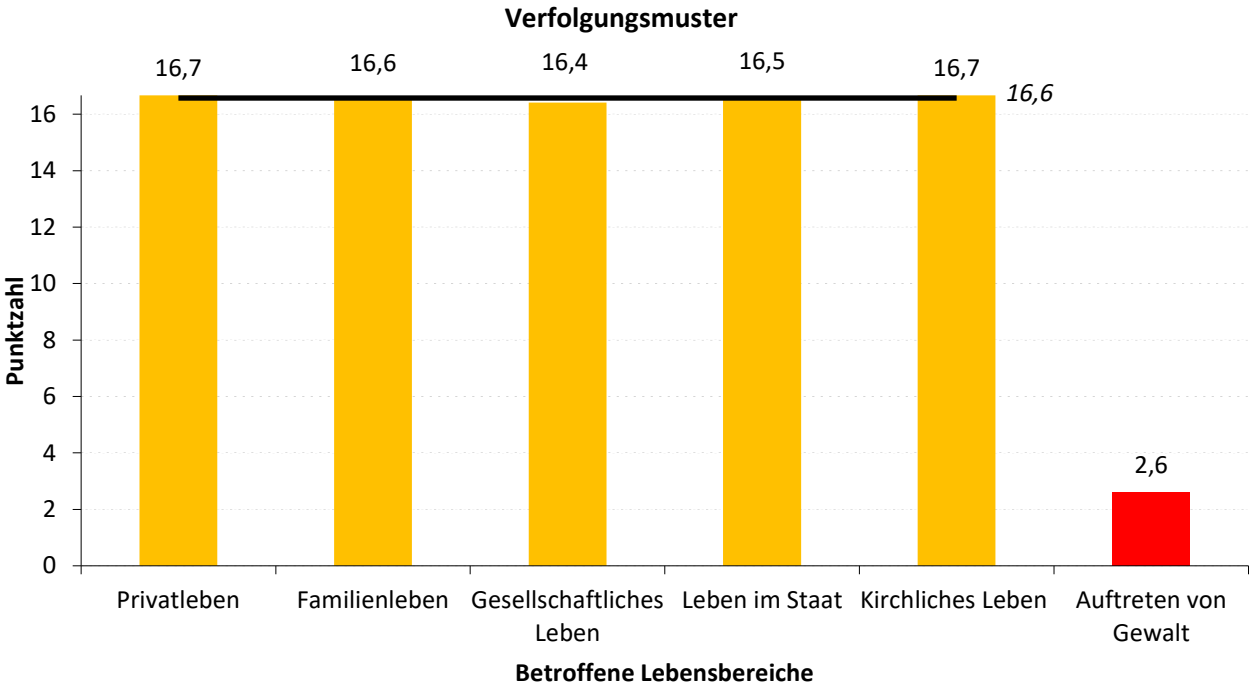
Es gibt im Jemen auch eine kleine Gruppe von Bahai. Sie erfahren ebenfalls Verfolgung. Extremistische Muslime betrachten sie als Ungläubige, andere diskriminieren sie, weil sie angeblich Verbindungen zum Iran haben, wo die Religion im 19. Jahrhundert entstand. Bahai werden im Jemen gelegentlich inhaftiert, misshandelt und gefoltert.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Früher waren die meisten Christen im Jemen ausländische Gastarbeiter (aus Nordafrika, dem Westen, Süd- und Ostasien sowie arabischen Ländern) oder Flüchtlinge (hauptsächlich Äthiopier). Diese Christen waren mehrheitlich römisch-katholisch oder Anglikaner (sowie einige Orthodoxe im Falle der äthiopischen Flüchtlinge). Nahezu alle westlichen Einwanderer haben das Land infolge des verheerenden Krieges aus Sicherheitsgründen verlassen. Christliche Gastarbeiter, vor allem aus Afrika und auch aus Asien, sind weiterhin im Land, obwohl auch schon viele von ihnen gegangen sind. Christliche Arbeitsmigranten sind seitens der Gesellschaft auf lokaler und nationalen Ebene Belästigungen und Diskriminierung und durch islamisch-extremistische Bewegungen sogar offener Gewalt ausgesetzt.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Mindestens 95 Prozent der jemenitischen Kirche sind aus Konvertiten aus dem Islam. Sie werden schwer verfolgt und müssen ihren Glauben im Verborgenen leben. Sie sind mit Verfolgung durch Behörden (einschließlich Inhaftierungen und Verhören), Familien und islamisch-extremistische Gruppen konfrontiert, die den „Abtrünnigen“ mit dem Tode drohen, wenn sie sich nicht wieder dem Islam zuwenden. Die Zahl der einheimischen Christen muslimischer Herkunft wird auf wenige Tausend geschätzt, wächst aber Berichten zufolge aufgrund des Krieges und der Instabilität. In der derzeitigen Kriegssituation geht die Verfolgung hauptsächlich von militanten islamistischen Gruppierungen und der Familie aus.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jemen

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen im Jemen ist extrem hoch (16,6 Punkte) und ist gegenüber dem WVI 2017 (15,9) noch gestiegen. Der extreme Druck erklärt sich durch den Krieg und die Ausreise der meisten ausländischen und eingewanderten Christen. Infolgedessen konzentriert sich die WVI-Recherche nur auf einheimische Christen; sie erleben die stärkste Verfolgung.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen extrem hoch. Sowohl im Bereich „Privatleben“ als auch im kirchlichen Leben wurde die höchstmögliche Punktzahl (16,7) erreicht, direkt gefolgt von dem Bereich „Familienleben“ mit 16,6 Punkten. Dies ist typisch für eine Situation, in der es vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund gibt, in einem Land, in dem Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung ist und keinen Raum für offene kirchliche Aktivitäten oder private Anbetung lässt.
- Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen sank von 5,9 Indexpunkten im WVI 2017 auf 2,6. Im Berichtszeitraum des WVI 2018 gab es keine Berichte über Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, oder über Angriffe auf christliche Gebäude. Mindestens 70 Christen zogen innerhalb des Landes um, und eine Familie von Konvertiten verließ das Land wegen religiöser Verfolgung. Seelische Gewalt, einschließlich Morddrohungen, betrafen mindestens 20 Konvertiten aus dem Islam.
- Die allgemeine Verfolgung im Jemen entspricht der gegenwärtigen chaotischen und gesetzlosen Kriegssituation, in der die einheimischen Christen besonders verwundbar sind.

Privatleben: Christen mit muslimischem Hintergrund können ihren Glauben nicht offen praktizieren. Jeder Verdacht, dass sie Christen sein könnten, kann schwerwiegende Folgen haben. Die persönliche Verehrung Gottes ist für Christen in Gebieten, die von extremistischen Muslimen kontrolliert werden, oder in Gebieten, die von sunnitischen Truppen „befreit" wurden, besonders riskant geworden. Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) und der IS kontrollieren weite Teile des Landes.

Familienleben: Alle Jemeniten gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie bringt es Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Für Konvertiten zum christlichen Glauben besteht höchste Gefahr, einem Ehrenmord oder anderer physischer Gewalt zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken. Christliche Hochzeiten können im Jemen nicht öffentlich gefeiert werden und Konvertiten müssen daher nach islamischem Brauch heiraten. Konvertiten können ihre Kinder nicht als Christen registrieren lassen, und in der Schule sind ihre Kinder verpflichtet, islamischen Unterricht zu besuchen. Im Falle einer Scheidung wird Christen mit großer Wahrscheinlichkeit das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen, wenn andere Familienmitglieder Muslime sind.

Gesellschaftliches Leben: Alle Christen sind grundsätzlich bedroht durch die islamische Gesellschaft im Jemen, insbesondere durch AQAP und den IS. Das schreckt die Christen natürlich davon ab, ihre Religion in irgendeiner Weise öffentlich bekannt zu machen. Da der Glaubenswechsel offiziell als illegal gilt, werden Christen mit muslimischem Hintergrund von der lokalen islamischen Gemeinschaft gezwungen, ihre Bekehrung den Behörden zu melden. Christinnen muslimischer Herkunft gelten nach wie vor als Muslimas und es wird erwartet, dass sie einen Schleier tragen. Sie laufen auch Gefahr, zwangsverheiratet oder unter Hausarrest gestellt zu werden, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. In der gegenwärtigen humanitären Krise sind Konvertiten aus dem Islam in ihrem sozialen Umfeld zusätzlich verwundbar, da die Nothilfe meist über muslimische Mitarbeiter säkularer Organisationen und lokaler Moscheen verteilt wird, die mutmaßlich alle, die nicht als fromme Muslime gelten, diskriminieren. Außerdem ist Vetternwirtschaft stark verbreitet, was eine ernsthafte Bedrohung für das Überleben von Christen und anderen Nichtmuslimen darstellt.

Leben im Staat: Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Das Land hält sich an die strengsten Interpretationen des Islam. Die Abwendung vom Islam ist durch den Islam selbst und die staatliche Gesetzgebung verboten. Konvertiten droht die Todesstrafe, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird (obwohl sie in der Regel nicht von der Regierung, sondern von extremistischen Muslimen durchgeführt wird, wovor die Regierung die Augen verschließt). Obwohl sie den größten Teil ihrer Aufmerksamkeit auf politische Ereignisse konzentrieren, setzten Regierungsbeamte ihre Bemühungen fort, Christen einzuschüchtern, selbst inmitten der chaotischen Kriegssituation. Unterdrückung kommt vor allem von islamischen Kämpfern, die auch in größerer Freiheit agieren können. Diese Unsicherheit, die durch islamisch-extremistische Bewegungen verursacht wird, macht den Jemen sehr instabil. Gegenwärtig leiden Christen besonders unter der Gesetzlosigkeit im Land und unter schiitischen Rebellen oder Gruppen, die mit Al Kaida oder dem IS verbunden sind und große Teile des Landes beherrschen. Es wird angenommen, dass alle Christen von extremistischen Muslimen überwacht werden und auch ein spezifisches Angriffsziel für diese militanten islamischen Gruppen werden können.

Kirchliches Leben: Die vier offiziellen Kirchen im Jemen, die sich alle in Aden befanden und für ausländische Gastarbeiter oder Flüchtlinge (insbesondere aus Äthiopien) gebaut worden waren, wurden während des Bürgerkriegs zerstört (teilweise durch gezielte Angriffe). Es gibt keine funktionsfähigen Kirchengebäude mehr. Christen mit muslimischem Hintergrund ist es nicht erlaubt, ihre eigenen Versammlungen abzuhalten, weshalb sie an geheimen Orten zusammenkommen. Muslimen das Evangelium weiterzugeben ist illegal; biblische Schulungen, der Druck und der Import von Bibeln und anderer christlicher Literatur in arabischer Sprache sind nahezu unmöglich.

Auftreten von Gewalt: Im Gegensatz zum letzten Jahr gab es keine Berichte von Christen, die ohne Gerichtsverfahren aufgrund ihres Glaubens ermordet oder inhaftiert wurden. Auch wurden keine Vorfälle gemeldet von Kirchen oder christlichen Gebäuden, die geschlossen oder angegriffen wurden. Die wenigen Kirchen des Landes bleiben geschlossen, nachdem sie zuvor angegriffen wurden, was sowohl mit dem Bürgerkrieg als auch mit Christenverfolgung in Zusammenhang stand. Die Situation vor Ort ist sehr chaotisch, da aufgrund des Bürgerkriegs gewaltsame Übergriffe auf Christen nur sehr lückenhaft erfasst werden können. Mehrmals sind einheimische Christen dem Tod entkommen, indem sie an andere Orte gezogen sind.

- Mindestens zehn Familien von Konvertiten, insgesamt etwa 70 Personen, mussten aus religiösen Gründen innerhalb des Landes umgesiedelt werden. Jedoch bleiben Jemeniten, die ihren christlichen Glauben in Gemeinschaft mit anderen einheimischen Gläubigen praktizieren, standhaft.
- Eine christliche Familie mit muslimischem Hintergrund ist wegen religiöser Verfolgung aus dem Land geflohen. Wenn Konvertiten das Land verlassen, liegt das oft daran, dass sie isoliert sind und sich der Präsenz einer einheimischen Gemeinschaft von Christen mit muslimischem Hintergrund nicht bewusst sind, die ihnen hätte helfen können, ihren Wohnsitz zu verlagern und in Sicherheit zu leben.
- Der indische Salesianer-Priester Pater Tom Uzhunnalil war während des Großteils des Berichtszeitraums zum WVI 2018 immer noch entführt. Er wurde bei einem Angriff auf ein katholisches Alten- und Behindertenheim im März 2016 gefangen genommen. Im September 2017 wurde er freigelassen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: In einer Kultur, in der die Unterdrückung von Frauen normal ist, sind Christinnen mit muslimischem Hintergrund zusätzlich verwundbar. Stammesgesetze und -bräuche erlauben es ihnen nicht, einen Christen zu heiraten; die Bestrafung für Ungehorsam kann Tod, Vertreibung oder Hausarrest sein. In einem öffentlichen Fall, über den in lokalen Zeitungen berichtet wurde, wurde eine junge Frau, deren Glaube an Christus entdeckt wurde, in ein Heim für psychisch Kranke eingewiesen. Es ist üblich, dass Christinnen muslimischer Herkunft mit Muslimen zwangsverheiratet werden, wenn ihr Glaube bekannt wird. Die lokale Gemeinschaft von Konvertiten begegnet dieser Situation, indem sie Ehen mit anderen Christen muslimischer Herkunft arrangiert. Auch drohen Christinnen muslimischer Herkunft Vergewaltigung und sexuelle Belästigung. Aus diesem Grund tragen Christinnen muslimischer Herkunft in der Regel weiterhin die traditionelle muslimische Kleidung zu ihrer eigenen Sicherheit und ihrem Schutz.

Im Vergleich zu Männern sind Frauen, die sich für den christlichen Glauben interessieren oder sich neu dem christlichen Glauben zugewandt haben, mit größeren Einschränkungen konfrontiert beim Zugang zu Jüngerschaftstraining, Gemeinschaft mit anderen Christen und bezüglich Gelegenheiten zur Taufe – es sei denn, sie haben einen nahen männlichen Verwandten, der ihnen die Teilnahme an diesen Aktivitäten erleichtern kann. Dies liegt daran, dass die Familien die Aktivitäten der weiblichen Mitglieder des Haushalts außerhalb des Hauses genau beobachten, während Männer kommen und gehen können, ohne Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie ihre Zeit außerhalt des Hauses verbringen.

Männer: Während Frauen mit größeren Einschränkungen der Möglichkeiten in Bezug auf Jüngerschaft, Gemeinschaft und Taufe konfrontiert sind, besteht für Männer ein größeres Risiko des Märtyrertodes. Frauen können zwar in der Wohnung eingesperrt, mit einem muslimischen Extremisten zwangsverheiratet, geschlagen oder in ein Heim für psychisch Kranke eingewiesen werden, aber sie werden seltener getötet, wenn ihr Glaube von Familienmitgliedern oder lokalen Behörden entdeckt wird. Dies ist auf die Annahme zurückzuführen, dass Frauen unwissend oder geistig unterlegen sind, so dass sie als weniger verantwortlich für ihren Irrtum angesehen werden. Unterdessen werden Männer eher von islamistischen Gruppierungen angegriffen, von den lokalen Behörden inhaftiert und sind im Allgemeinen häufiger mit Verfolgung in der Öffentlichkeit konfrontiert. Da Frauen bereits aufgrund ihres Geschlechts von der Teilnahme am Berufsleben ausgeschlossen sind, betrifft Diskriminierung oder Verfolgung am Arbeitsplatz vor allem männliche Konvertiten. Ein Christ, dessen Ehefrau keine Christin ist, wird seinen Glauben wahrscheinlich weniger mit anderen teilen, da er befürchten muss, dass seine Kinder muslimisch erzogen werden, wenn er aufgrund seines Glaubens getötet werden oder im Falle einer Scheidung das Sorgerecht für seine Kinder verlieren sollte.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der Krieg im Jemen hat zu einem höheren Maß an Gewalt und Gesetzlosigkeit geführt, eine Situation, durch welche die Unterdrückung von Minderheiten, einschließlich Christen, noch verstärkt werden könnte. Nach Angaben eines Leiters einer im Land tätigen Nichtregierungsorganisation wurden in den Gebieten, die durch Truppen der von Saudi-Arabien angeführten Koalition beherrscht waren oder befreit wurden, als Folge davon oft die Christen vor Ort von extremistischen Sunniten angegriffen.

Auf politischer Ebene rechnet die „Economist Intelligence Unit“ (EIU) in naher Zukunft nicht mit dem Abschluss eines Friedensabkommens, zumal das „Rebellen-Bündnis zwischen den Huthis und dem ehemaligen Präsidenten Ali Abdullah Saleh zusammengebrochen ist, was zu Kämpfen in der Hauptstadt Sanaa und dem Tod von Herrn Saleh geführt hat.“ Eine dauerhafte Pattsituation wird erwartet, zumal die Huthis nun den größten Teil von Sanaa kontrollieren. Die Komplexität des Konflikts wird noch dadurch erhöht, dass der Wunsch des Südens nach Unabhängigkeit sich verstärkt, was zu weiteren Konflikten führen könnte. Unterdessen befindet sich das ärmste Land des Nahen Ostens inmitten einer verheerenden humanitären Katastrophe, und es wird lange dauern, bis es sich davon erholt haben wird. Vorerst könnte sich die humanitäre Krise noch verschärfen, da sich die Kämpfe wahrscheinlich noch verschlimmern werden.

In einer von Krieg und Anarchie geprägten Situation gedeihen Organisiertes Verbrechen und Korruption, und unter den gegenwärtigen Umständen wird erwartet, dass diese Triebkraft der Verfolgung noch weiter an Einfluss gewinnen wird. Während Ethnisch begründete Anfeindungen den Krieg im Jemen angeheizt haben, dürfte der Konflikt die Menschen auch dazu zwingen, sich noch mehr auf ihre eigenen Stämme zu stützen, was den Druck auf und die Überwachung von Christen erhöht. Im ganzen Land vertiefen sich die religiösen und ethnischen Gräben, die ein wichtiges Hindernis für Frieden und Stabilität darstellen.

Analysten der EIU erwarten, dass islamisch-extremistische Milizen „während der Jahre 2017–2021 eine Bedrohung bleiben werden." Da islamische Milizen ein wichtiger Faktor der bedeutendsten Triebkraft der Verfolgung im Jemen, der Islamischen Unterdrückung, sind, verheißt dies nichts Gutes bezüglich der Religionsfreiheit für die religiösen Minderheiten im Jemen, insbesondere für die Christen. Die Situation ist besonders heikel, da die Mehrheit der christlichen Gemeinschaft (geschwächt durch das Abwandern ausländischer Christen) aus einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund besteht. Andererseits wird inmitten der Unsicherheit des Krieges berichtet, dass sich mehr Muslime als je zuvor Christus zuwenden.

zurück zur Länderübersicht

Iran: Platz 10

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Im Gegensatz zu den benachbarten arabischen Staaten im Persischen Golf geht im Iran die größte Bedrohung für Christen von der Regierung aus. Das iranische Regime definiert den Iran als einen islamischen Staat, der auf dem schiitischen Islam basiert, und versucht aktiv, den Einfluss des schiitischen Islam auszuweiten. Christen und andere Minderheiten werden als ernsthafte Bedrohung dieses Plans angesehen.

Obwohl in einigen Berichten der Druck von Familien und Gemeinschaften auf ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, erwähnt wird, ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigteren und mystischen Sufismus zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die Hardliner innerhalb der iranischen Führung stehen dem Christentum sehr feindlich gegenüber und verursachen schwerwiegende Probleme für alle christlichen Gruppen im Iran, insbesondere jedoch für Christen mit muslimischem Hintergrund. Die traditionellen Gemeinschaften armenischer und assyrischer Christen werden von der Regierung als das „wahre und traditionelle Christentum“ dargestellt. Das ist jedoch nur ein Vorwand, um andere Christen, insbesondere solche, die früher Muslime waren, als „falsche“ Christen bezeichnen zu können. Die Christen aus traditionellen Kirchen dürfen Angehörigen ihres eigenen Volkes in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen, es ist jedoch verboten, Menschen muslimischer Herkunft (Farsi-Sprachige) miteinzubeziehen. Obwohl sie formell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt und berichten, dass es zu Haftstrafen, körperlichen Misshandlungen, Belästigungen und Diskriminierung kommt, wenn sie sich an Muslime wenden.

Eine weitere Gruppe besteht aus ausländischen Christen und Arbeitsmigranten aus dem Fernen Osten (z. B. von den Philippinen oder Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige einer katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige Auslandsgemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen muslimischer Herkunft an den Treffen teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit ebenfalls aufgrund des Drucks vonseiten des iranischen Sicherheitsapparates abgesagt.

Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, machen wahrscheinlich die größte Gruppe von Christen im Iran aus. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, insbesondere durch die Regierung und in einem geringeren Ausmaß durch ihre (Groß-)Familien und die Gesellschaft. Im Gegensatz zu den traditionellen Kirchen werden sie von der Regierung als ein Versuch westlicher Länder betrachtet, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen des Übertritts zum Christentum und damit als Angriff auf den Islam gesehen und ist daher verboten. Außerdem werden die meisten Kinder von Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert.

Leiter von Gruppen von Christen muslimischer Herkunft wurden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Seit 2014 haben vermehrt auch Mitglieder von Hauskirchen, die nicht als Leiter tätig sind, solche Strafen erhalten. Aufgrund dieses hohen Drucks müssen Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig sein, und viele von ihnen leben ihren Glauben isoliert, ohne Gemeinschaft mit anderen Christen. Es gibt auch eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen weltweit, da viele Christen muslimischer Herkunft im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland Christen geworden sind.

Es gibt eine weitere Gruppe von Christen, die aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden besteht – allerdings ist es schwierig, eine scharfe Trennung zwischen ihnen und den Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft zu ziehen. Sie haben oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund. Andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie sich bei evangelistischen Aktivitäten oder in Hauskirchen engagieren.

Beispiele:

- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 wurden mindestens 52 Christen verhaftet. Viele Christen (besonders Christen mit muslimischem Hintergrund) wurden vor Gericht gestellt und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere warten noch auf ihren Prozess. Ihre Familien sind während dieser Zeit öffentlichen Demütigungen ausgesetzt.
- Mehrere Hauskirchen wurden während des Berichtszeitraums durchsucht. Die meisten von ihnen können nicht weiter als Hauskirche fungieren.
- Laut einem Bericht aus der südöstlichen Region des Iran wurde ein Christ mit muslimischem Hintergrund von seinem Cousin wegen seines Glaubens an Jesus Christus geschlagen. Ein anderer musste auf die Bezahlung für seine Arbeit verzichten, als seine Kunden drohten, seine Hinwendung zum christlichen Glauben der Regierung zu melden. Es gibt wahrscheinlich viele weitere Beispiele dieser Art von Verfolgung, aber viele Vorfälle werden nicht berichtet, um weitere Konsequenzen zu vermeiden.
- Christliche Leiter von Gemeinden, die nicht aus Christen muslimischer Herkunft bestehen, werden manchmal dazu gezwungen, der Regierung über ihre Mitglieder Bericht zu erstatten.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Der Iran bleibt unter den ersten zehn Ländern auf dem Weltverfolgungsindex 2018; die Punktzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht geändert. Die iranische Regierung geht weiterhin hart gegen Christen mit muslimischem Hintergrund vor, um in Fortführung der Islamischen Revolution von 1979 einen islamischen Staat auf Grundlage des schiitischen Islam zu schaffen. Sie versucht aktiv, den Einfluss des schiitischen Islam in der Region auszudehnen, und nutzt dazu internationale Diplomatie, wirtschaftliche Anreize und sogar Militärinterventionen. Die Anwendung von Gewalt, selbst gegen die Bürger des eigenen Landes, schafft in Verbindung mit einer starken Ideologie einen totalitären Staat. Christen (mit ihrem vermeintlich westlichen Einfluss) und andere Minderheiten werden als ernsthafte Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachtet und aus diesem Grund von der Regierung ins Visier genommen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Der schiitische Islam ist die offizielle Staatsreligion, und alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Verfassung verbietet dem Parlament, Gesetze zu verabschieden, die dem Islam widersprechen, und erklärt, dass ihre Vorschriften, die sich auf den „islamischen Charakter" des politischen Systems oder des Gerichtswesens oder auf die Festlegung des schiitischen Islam dschafaritischer Prägung (die Dschafariya ist eine schiitische Rechtsschule) beziehen, nicht geändert werden dürfen. Um die islamischen Bestimmungen zu schützen und die Vereinbarkeit der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit dem Islam zu gewährleisten, muss ein Wächterrat, der aus schiitischen Rechtsgelehrten und Geistlichen besteht, alle Gesetzentwürfe prüfen und genehmigen. Der Wächterrat prüft auch alle Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter wie die Präsidentschaft und das Parlament. Dies erklärt, warum selbst die Reformer innerhalb der Regierung konservativ sind und warum Christen und andere religiöse Minderheiten von hohen Ämtern und anderen einflussreichen Positionen im System ausgeschlossen werden.

Diktatorische Paranoia: Der unbedingte Wille zum Machterhalt geht mit Islamischer Unterdrückung einher. Vor allem anderen will das islamische Regime die Werte der Islamischen Revolution von 1979 bewahren. Das Christentum gilt als verwerflicher westlicher Einfluss und als ständige Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Nur die historischen Gemeinschaften der Armenier und Assyrer werden vom Regime als christlich angesehen, obwohl auch sie als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Jede andere Form des Christentums wird als gefährlicher westlicher Einfluss behandelt, was erklärt, warum viele Christen, vor allem Christen muslimischer Herkunft, wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit" verurteilt werden.

Religiös motivierter Nationalismus: Diese Triebkraft hat innerhalb der iranischen Regierung große Bedeutung. Ihrer Ansicht nach sind ethnische Perser per definitionem Muslime, und daher gelten persische Christen als Abtrünnige. Das macht fast alle christlichen Aktivitäten illegal, vor allem, wenn sie in persischer Sprache stattfinden – Evangelisation, biblische Schulungen, die Herausgabe christlicher Bücher oder Verkündigung auf Persisch. Allerdings ist die iranische Gesellschaft viel weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weit verbreiteten Einfluss des gemäßigten und mystischen Sufismus zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf die vorislamische persische Kultur.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Inhaftierten Christen – besonders Christen mit muslimischem Hintergrund – wird manchmal angeboten, gegen Kaution aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar angesiedelt sind. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen deshalb oft ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken belasten. Kommt die Person auf Kaution frei, weiß sie oftmals nicht, wie lange ihr Besitz einbehalten wird. Diese Unsicherheit kann sie zum Schweigen bringen, da sie Angst hat, den Familienbesitz zu verlieren. Das iranische Regime drängt Christen, die aktiv in ihrer Hauskirche sind und für ihr Engagement dort oder bei evangelistischen Aktivitäten verhaftet wurden, dazu, das Land zu verlassen und damit ihre Kaution aufzugeben. Teilweise geht dies auch mit Drohungen einher.

Verfolger

Ausgehend von Islamischer Unterdrückung: Regierungsbeamte sind für die vielen Verhaftungen und Verurteilungen von Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verantwortlich. Nichtchristliche religiöse Leiter wie muslimische Geistliche rufen manchmal zu Gewalt gegen Minderheiten auf. Obwohl die iranische Gesellschaft im Vergleich zu ihrer Führung gemäßigt ist, üben Familien oft Druck auf Angehörige aus, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind.

Ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus: Das derzeitige politische Spektrum im Iran ist zwischen der islamischen Linken (den Reformern) und der islamischen Rechten (den Prinzipalisten) gespalten. Die Reformer dominieren das Parlament, die Islamische Beratende Versammlung. Der wiedergewählte Präsident Rohani kann auch als Reformer angesehen werden. Allerdings dominieren die Konservativen den Wächterrat, der sein Veto gegen alle Gesetze des Parlaments einlegen kann. Die Ernennungen der Mitglieder des Wächterrats werden vom Obersten Religionsführer des Iran (der die höchste Autorität im Land hat) kontrolliert. Dieser ist selbst Prinzipalist. Auf diese Weise hat das gemäßigte Parlament nicht viel Macht, um Veränderungen herbeizuführen. Solange der rechte Flügel den Iran als islamisches Land für schiitische Muslime betrachtet, das von westlichen (christlichen) Ländern und deren Kultur bedroht ist, werden Christen, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, verfolgt werden.

Die Konservativen stärken ihre Unterstützerbasis zum Beispiel durch die freiwillige Miliz der Revolutionsgarde, die Basidsch. Dies ist eine fanatische paramilitärische Gruppe der Rechten, die für ihre Loyalität zum Obersten Religionsführer bekannt ist. Die Miliz verfügt über Büros und Stützpunkte im ganzen Land, sichert die Unterstützung für die Prinzipalisten und übt Gewalt gegen alle Feinde des Staates aus, wenn sie dazu aufgefordert wird, einschließlich der Christen.

Ausgehend von Diktatorischer Paranoia: Alle christlichen Gruppen werden durch die Geheimdienste streng überwacht, selbst die offiziell anerkannten traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen. Durch diese genaue Überwachung und die Verhaftungen derer, die an Evangelisationen beteiligt sind, übt die Regierung Druck aus, um sicherzustellen, dass Christen nicht unter Muslimen missionieren.

Ausgehend von Organisiertem Verbrechen und Korruption: Die Regierung nutzt das Kautionssystem, um verurteilte Christen vorsätzlich verarmen zu lassen, und drängt sie dazu, das Land zu verlassen (siehe Abschnitt „Organisiertes Verbrechen und Korruption“). Laut Berichten nutzen einige Regierungsbeamte das System aus, um sich selbst zu bereichern.

Hintergrund

In der jüngeren Geschichte gab es mindestens zwei wichtige politische Entwicklungen im Iran. Im Juli 2015 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Iran und sechs Weltmächten getroffen, die darauf abzielt, das iranische Atomprogramm einzuschränken und im Gegenzug die Sanktionen zu lockern. Diese Vereinbarung wurde während der ersten Amtszeit von Präsident Rohani getroffen, der als gemäßigt bekannt ist. Die Erfolge der Gemäßigten bei den Wahlen zum iranischen Parlament und zum Expertenrat im Februar 2016 sowie die Wiederwahl von Präsident Rohani im Mai 2017 scheinen den Aufstieg der gemäßigten Politik im Iran zu unterstreichen.

Das Atomabkommen wird wahrscheinlich zu einem wohlhabenderen und stärkeren Iran führen, dessen Einfluss in der Region weiter zunimmt. Auf nationaler Ebene ist nicht zu erwarten, dass das Abkommen zu einer Verbesserung der Menschenrechte im Allgemeinen und der Religionsfreiheit im Besonderen führen wird. Im Gegenteil, es könnte durchaus zu einer Verschärfung der Situation führen, da konservative Teile des iranischen politischen Spektrums darauf abzielen, alle Elemente zu unterdrücken, die als Bedrohung für den islamischen Charakter des Regimes angesehen werden. Dazu gehören Iraner mit Verbindungen zum Westen, aber auch religiöse Minderheiten wie Christen und Bahai.

Ein weiteres wichtiges Thema ist das Kräftespiel innerhalb der iranischen Regierung, das eine Reform der Wirtschaft erschwert. Artikel 44 der iranischen Verfassung schreibt vor, dass „alle wichtigen Industrien in staatlichem Besitz sein sollten“. Im Mai 2005 nahm der Oberste Religionsführer Ali Khamenei eine wichtige Neuinterpretation dieses Artikels vor, die eine stärkere Privatisierung und einen Rückgang des staatlichen Sektors ermöglichte. Statt privater Unternehmen nutzten die sehr konservativen iranischen Revolutionsgarden diese Möglichkeit, ihr eigenes, innerstaatliches Wirtschaftsimperium aufzubauen. Da sie stark mit der Justiz und anderen staatlichen Einrichtungen verbunden sind, ist es für den gemäßigten Präsidenten Rohani fast unmöglich geworden, größere Reformen durchzuführen.

Seit vielen Jahren wurde kein Christ mehr vom Regime getötet, wahrscheinlich aus Angst vor den daraus resultierenden internationalen Folgen. Viele Regimekritiker anderer Gruppen wurden hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von „Apostasie“). Neben Christen, Bahai, Sunniten, Sufi-Muslimen (Derwisch) und anderen religiösen Minderheiten sind auch ethnische Minderheiten wie Kurden, Belutschen und iranische Araber Verfolgung vonseiten der Regierung ausgesetzt.

Betroffene Kategorien von Christen

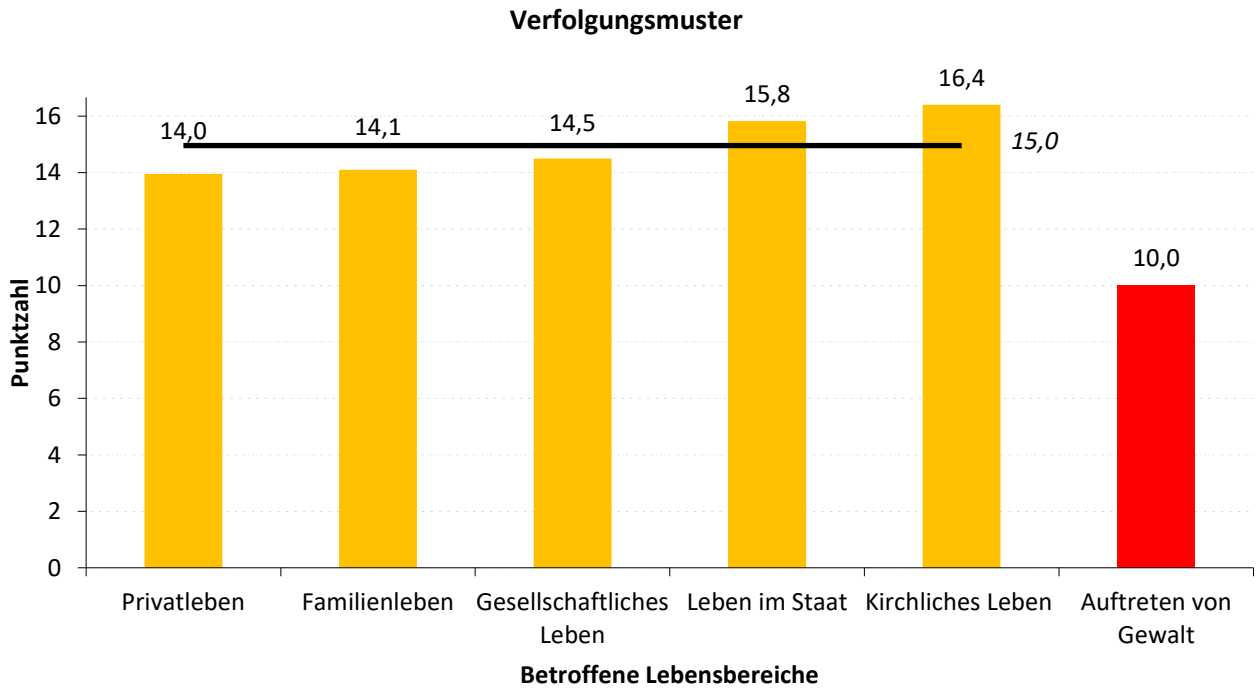
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus dem Fernen Osten (z.B. von den Philippinen oder Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige einer katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige Auslandsgemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen islamischer Herkunft an den Gottesdiensten teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit ebenfalls aufgrund des Drucks vonseiten des iranischen Sicherheitsapparates abgesagt.

Christen aus traditionellen Kirchen: Alteingesessene christliche Volksgruppen wie die Armenier oder Assyrer, die als Minderheiten im Land leben, dürfen Angehörigen ihres eigenen Volkes in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen, es ist jedoch verboten, (persischsprachige) Menschen muslimischer Herkunft miteinzubeziehen. Christen aus traditionellen Kirchen sind zwar formell vom Staat anerkannt und vom Gesetz geschützt, doch sie werden als Bürger zweiter Klasse behandelt. Zudem riskieren sie Freiheitsentzug, körperlichen Misshandlungen, Schikanen und Diskriminierung, wenn sie sich an Muslime wenden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, machen wahrscheinlich die größte Gruppe von Christen im Iran aus. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, insbesondere durch die Regierung und in einem geringeren Ausmaß durch ihre (Groß-)Familien und die Gesellschaft. Im Gegensatz zu den traditionellen Kirchen betrachtet die Regierung sie als einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen des Übertritts zum Christentum und damit als Angriff auf den Islam gesehen und ist daher verboten. Außerdem werden die meisten Kinder von Christen muslimischer Herkunft automatisch als Muslime registriert. Leiter von Gruppen von Christen muslimischer Herkunft wurden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Seit 2014 haben vermehrt auch Mitglieder von Hauskirchen, die nicht als Leiter tätig sind, solche Strafen erhalten. Aufgrund dieses hohen Drucks müssen Christen muslimischer Herkunft sehr vorsichtig sein, und viele von ihnen leben ihren Glauben isoliert, ohne Gemeinschaft mit anderen Christen. Es gibt auch eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen weltweit, da viele Christen muslimischer Herkunft im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland Christen geworden sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Obwohl es schwierig ist, eine scharfe Trennung zwischen ihnen und den Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft zu ziehen, gibt es eine weitere Gruppe von Christen, die aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden besteht. Sie haben oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund. Andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie sich bei evangelistischen Aktivitäten oder in Hauskirchen engagieren.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Iran

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen im Iran ist extrem hoch geblieben. Der Durchschnittswert beträgt 15,0 Punkte und hat sich im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 nicht verändert.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen auf einem extrem hohen Niveau, am stärksten ist er jedoch dort, wo christliches Leben öffentlich wird – d. h. in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“. Dies weist auf die Unterschiede zwischen Regime und Gesellschaft hin: Die Regierung ist deutlich extremistischer als die meisten iranischen Bürger.
- Der Wertung für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 von 10,2 auf 10,0 Punkte gesunken. Die Regierung unterdrückt Christen weiterhin und verhaftet, verurteilt und inhaftiert viele Christen. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es jedoch keine offiziellen Berichte über Zwangsehen. Ein Forscher merkt jedoch an: „Dies geschieht so häufig, dass es kaum noch als Form der Verfolgung berichtet wird.“

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft können ihren christlichen Glauben nicht öffentlich leben. Jeder Hinweis für ihr Umfeld, dass sie Christen sein könnten, hätte ernsthafte Folgen. Wenn außer ihnen niemand anderes aus der Familie an Jesus Christus glaubt, müssen sie sehr vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben. Für alle Christen kann es gefährlich sein, christliche Literatur auf Persisch (Farsi) zu besitzen – besonders wenn es sich um größere Mengen von Exemplaren handelt, da dies darauf hindeutet, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht sind. Christen aus traditionellen Kirchen dürfen christliche Literatur in ihrer Muttersprache (Armenisch oder Assyrisch) besitzen.

Familienleben: Es ist für eine muslimische Familie eine große Schande, wenn einer ihrer Angehörigen den Islam verlässt. Im Falle einer Erbschaft oder von Sorgerechtsfragen bei einer Scheidung wird häufig zum Nachteil der Christen entschieden, wenn die anderen Familienangehörigen muslimisch sind. Beispielsweise kann jemand, der kein Muslim ist, nicht von einem Muslim erben. Ein muslimischer Mann kann zwar eine nichtmuslimische Frau heiraten, eine Ehe zwischen einem nichtmuslimischen Mann und einer muslimischen Frau wird jedoch nicht anerkannt. In der Schule werden Kinder christlicher Eltern muslimischer Herkunft zu Muslimen gezählt und verpflichtet, am Islamunterricht teilzunehmen. In den weiterführenden Schulen sind alle Christen dazu gezwungen, islamische Kurse zu belegen.

Gesellschaftliches Leben: Durch ständige Benachteiligung werden alle Christen im Iran mehr oder weniger unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Christen muslimischer Herkunft werden vor allem in Dörfern und ländlichen Regionen und in den konservativ geprägten Städten als unrein angesehen. Extremistische Muslime geben Christen nicht die Hand, berühren sie nicht und nehmen kein von ihnen zubereitetes Essen zu sich. Alle Christen und besonders Christen muslimischer Herkunft, deren christlicher Glaube entdeckt wird, müssen mit Schikane und Diskriminierung am Arbeitsplatz rechnen, sowohl an staatlichen als auch an privaten Arbeitsstätten.

Leben im Staat: Jedem Muslim, der den Islam verlässt, droht offiziell die Todesstrafe. Jedoch war die einzige Person, die im Iran wegen Apostasie hingerichtet wurde, Pastor Hossein Soodmand im Jahr 1990. In der Folge geriet das Regime unter starken Druck der internationalen Gemeinschaft und führte keine weiteren Hinrichtungen wegen Apostasie durch. Im Fokus der Regierung stehen Christen, die auch auf Konvertiten zugehen, und selbst gut etablierte Kirchen sind nicht sicher vor Schikane, wenn sie sich um Muslime kümmern: Ihre Mitglieder werden von der Polizei verhört, verhaftet, ins Gefängnis geworfen und geschlagen. Viele (wenn nicht alle) öffentlichen Gottesdienste werden geheimdienstlich überwacht. Hassreden gegen iranische Christen, vor allem gegen Protestanten, wurden im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2018 durch die Regierung multimedial verbreitet und die christenfeindliche Rhetorik der Imame nahm zu.

Kirchliches Leben: Die Regierung hat ihre Anstrengungen weiter verstärkt, persischsprachige Christen aus dem Land zu vertreiben. In den letzten Jahren wurden viele Kirchen geschlossen, enteignet oder dazu gezwungen, Gottesdienste auf Persisch zu streichen. Auch wurden die Kirchenleiter oft verhaftet. Gemeinden, die sich noch immer in Kirchengebäuden versammeln, dürfen keine neuen Mitglieder muslimischer Herkunft aufnehmen, was zur Überalterung der Gemeinden führt. Die strenge Überwachung von Hauskirchen löst bei den Besuchern zunehmend Furcht aus. Evangelisation, biblischer Unterricht sowie die Veröffentlichung oder der Import von Bibeln auf Farsi sind illegal.

Auftreten von Gewalt: Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2018 ging die meiste Gewalt gegen Christen von der Regierung aus; mindestens 52 Christen wurden verhaftet. Am stärksten wurden Christen mit muslimischem Hintergrund verfolgt, die aktiv an der Bekehrung von Muslimen beteiligt waren. Häuser von Christen (mit muslimischem Hintergrund) wurden durchsucht und viele christliche Konvertiten wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Regierung setzte auch ihre Politik fort, inhaftierte Christen arm zu machen, indem sie unverhältnismäßig hohe Kautionen verlangte.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Das Tahirih Justice Center berichtet, dass Frauen und Mädchen in der iranischen Gesellschaft besonders verwundbar sind, weil sie von ihren Ehemännern und Beschützern abhängig sind. Es gibt kaum Schutz vor (sexuellem) Missbrauch und häuslicher Gewalt. Ferner ist die Thematik von Ehre und Schande ein wichtiger Bestandteil der iranischen Gesellschaft. Die Hinwendung einer Frau zum christlichen Glauben und ihre Verhaftung sind für die Familie oft noch beschämender, als wenn ein männliches Familienmitglied den Islam verlässt. Dennoch nehmen mehr Frauen als Männer im Iran den christlichen Glauben an. Die Zahl von Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die verhaftet und festgehalten wurden, ist gestiegen, seit die Regierung begonnen hat, nicht nur Leiter von Hauskirchen, sondern auch andere Mitglieder dieser Gemeinden ins Visier zu nehmen. Nichtsdestoweniger wurden weniger Frauen verhaftet als Männer. Ein Grund dafür könnte sein, dass Verurteilungen von Frauen zu Gefängnisstrafen negative internationale Konsequenzen für das iranische Regime haben könnten, da die Öffentlichkeit dazu neigt, mehr Mitgefühl mit weiblichen Häftlingen zu haben.

Männer: Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 wurden mehr Männer durch die Regierung verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt als Frauen. Ein Grund dafür könnte sein, dass Männer mehr Leitungspositionen innerhalb der verschiedenen (Untergrund-)Kirchen im Iran innehaben, obwohl Kontaktpersonen darauf hinweisen, dass Hauskirchen auch oft von Frauen geleitet werden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die konservativen Kreise innerhalb der iranischen Regierung, die als Prinzipalisten bekannt sind (siehe Abschnitt „Verfolger, ausgehend von Religiös motiviertem Nationalismus“), wollen ihre Stellung wahren und fürchten jegliche Verletzung der Werte der Islamischen Revolution von 1979. Wahrscheinlich werden sie versuchen, der derzeitigen, eher gemäßigteren Entwicklung entgegenzutreten, indem sie jeden Versuch, soziale oder politische Reformen einzuführen, blockieren werden. Ein anderes Zeichen dafür, dass das Atomabkommen nicht das Ende der Werte der Revolution bedeutet, findet sich im scharfen Vorgehen gegen Medien, Menschenrechte und politische Aktivisten. Die Unterdrückung von Iranern mit doppelter Staatsangehörigkeit und Andersdenkenden, zu denen auch die religiösen Minderheiten gehören, hat zugenommen. Diese Gruppen werden als Bedrohung des islamischen Charakters der Republik angesehen; erstere wegen ihrer Verbindungen zu ausländischen Kreisen und Unternehmen, letztere wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen. Ein Teil dieser Unterdrückung wird an der steigenden Zahl von Verhaftungen und Hetzkampagnen gegen religiöse Minderheiten wie Christen und Bahai sichtbar.

Wenn mehr Zusammenarbeit mit anderen Ländern möglich wird, könnte das auch zu einer stärkeren Überwachung durch den Geheimdienst führen. Religiöse Minderheiten wie die Bahai und Christen würden noch mehr unter Beobachtung stehen, besonders ihre Kontakte zu westlichen Mitgläubigen. Christliche Medien in persischer Sprache werden Berichten zufolge bereits stärker beobachtet. In gewisser Weise hat das Atomabkommen den internen politischen Machtkampf im Iran weiter angeheizt. In diesem Konflikt, der voraussichtlich nicht so schnell beigelegt werden wird, scheint der Wahlsieg des gemäßigten amtierenden Präsidenten Rohani im Mai 2017 über den sehr konservativen Kandidaten, der vom Obersten Religionsführer unterstützt wurde, darauf hinzudeuten, dass die Mehrheit der iranischen Gesellschaft die Reformer unterstützt.

Aufgrund der enormen Machtbasis der Konservativen (nämlich den Revolutionsgarden, jener mächtigen Militär- und Sicherheitsorganisation, die mit dem Schutz des Regimes beauftragt wurde, mitsamt ihren Verbindungen zur Justiz) ist der Ausgang des internen Machtkampfes ungewiss. Im Iran sind Veränderungen im Gang. Zumindest auf dem Papier könnten sich die aktuellen Entwicklungen langfristig für Christen und andere Minderheiten positiv auswirken; vorerst bleibt der Druck auf sie jedoch extrem hoch.

zurück zur Länderübersicht

Platz 11: Indien

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Der zunehmende Einfluss des intoleranten Hindu-Extremismus stellt die Christen in Indien vor große Probleme, da die Gewalt und Angriffe lokaler Hindu-Gruppen wie Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), Shiv Sena oder Vishva Hindu Parishad (VHP) sowie von wütenden Mobs von Dorfbewohnern, die von Hindu-Geistlichen aufgestachelt wurden, nicht von den Behörden gestoppt werden. Diese lokalen, staatlichen und nationalen Behörden sind oft von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) dominiert. Das bedeutet, dass Hindu-Extremisten mit zunehmender Straffreiheit agieren können.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Christen in Indien sind Verfolgung ausgesetzt, da extremistische Hindus sie als Fremdkörper im Land betrachten. Sie wollen ihr Land vom Islam und Christentum reinigen und schrecken auch nicht davor zurück, Gewalt einzusetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Christen, die einen hinduistischen Hintergrund haben, tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung und sind beständig unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Um diese Christen zur Rückkehr zur bewegen, wurden insbesondere die Ghar-Wapsi-Kampagnen („Zurück zu den Wurzeln“) begonnen. Oft werden sie auch physisch angegriffen und manchmal sogar getötet.

Extremistische Hindus genießen zunehmend Straffreiheit, wenn sie Muslime oder Christen angreifen. In der Folge steigen Angst und Unsicherheit der meisten Christen in Indien. Aufgrund der Untätigkeit der Regierung nach Angriffen auf religiöse Minderheiten ist davon auszugehen, dass sich die Gewalt in den kommenden Jahren weiter verstärken wird.

Beispiele:

- Am 15. Juli 2017 wurde Pastor Sultan Masih vor seiner Kirche in Ludhiana im Bundesstaat Punjab erschossen.
- Am 15. März 2017 musste die US-amerikanische christliche Nichtregierungsorganisation Compassion International ihre Arbeit in Indien nach 48 Jahren beenden, weil die Regierung sie immer stärker einschränkte. Das Innenministerium beschuldigte die Organisation, indische Partner finanziert zu haben, die nicht qualifiziert gewesen seien, ausländische Finanzierungen zu erhalten. Seitdem die hindu-nationalistische BJP 2014 an die Macht gekommen ist, beschuldigen Hindu-Gruppierungen christliche Organisationen immer wieder, ihre Aktivitäten zu nutzen, um Hindus zum Glaubenswechsel zu bewegen.
- Am 10. Mai 2017 nahm die Polizei sechs Pastoren im Haus eines Christen in dem Dorf Salempur im Bundesstaat Uttar Pradesh fest. Dort hatten sich etwa 250 Christen zu einem Heilungsgottesdienst versammelt. Die Pastoren gehörten einer freikirchlichen Bewegung an und wurden beschuldigt, den Frieden gestört, Feindseligkeit zwischen Religionen geschaffen zu haben und einen Aufstand planen zu wollen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 81 Punkten belegt Indien den 11. Platz auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Das stellt einen Anstieg von 8 Punkten im Vergleich zum vorigen Jahr dar (Rang 15). Das extrem hohe Niveau der Gewalt und die konstant steigende Anzahl gewalttätiger Übergriffe hat einen großen Einfluss auf alle Lebensbereiche der Christen in Indien und führte zum Anstieg der Punktzahl. Dies ist hauptsächlich auf den Einfluss extremistischer Hindus zurückzuführen, Maoisten und extremistische Muslime verstärken den Druck zusätzlich.

Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Verschiedene Hindu-Organisationen sind in ihrem Auftreten seit einigen Jahren zunehmend fordernd und aggressiv. Sie beanspruchen ein Indien, das dem Hinduismus gehört und fordern, dass andere Religionen aus dem Land vertrieben werden müssen. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien. Er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus, wie etwa von extremistischen Buddhisten in Ladakh, Neo-Buddhisten in Maharashtra und Uttar Pradesh sowie extremistischen Sikhs im Punjab.

Verfolger

Die stärkste Verfolgung von Christen in Indien im Bereich „Religiös motivierter Nationalismus“ geht von nichtchristlichen religiösen Leitern, gewalttätigen religiösen Gruppen, gewöhnlichen Bürgern und politischen Parteien aus. Außerdem erleben Christen Verfolgung von Regierungsbeamten und Anführern ethnischer Gruppen. Die Kombination dieser Verfolger stellt ein großes Problem für Christen dar, da sie Gewalt erleben von:

- Lokalen Hindu-Gruppen wie Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), Shiv Sena oder Vishva Hindu Parishad (VHP)
- Wütenden Mobs von Dorfbewohnern, die durch Hindu-Geistliche aufgestachelt wurden

Beide Gruppen attackieren Christen. Die Gewalt wird von lokalen, staatlichen oder nationalen Behörden nicht gestoppt, die häufig von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) dominiert sind. Das bedeutet, dass Hindu-Extremisten mit zunehmender Straffreiheit agieren können.

Hintergrund

Das jahrhundertealte Kastensystem ist so tief in der indischen Seele verwurzelt, dass seine Abschaffung nahezu unmöglich ist. Selbst Religionen, die das Kastensystem nicht anerkennen und eine Lehre der Gleichheit aller Menschen vertreten, sind von dem System geprägt, das sie eigentlich bekämpfen. Der Islam, die Sikh-Religion und auch das Christentum sind dafür Beispiele. Obwohl die Regierung das Kastensystem verboten hat, kommt die indische Nation nicht davon los; Menschen niederer Kasten und Unberührbare (Dalits und Tribals) werden weiterhin schlecht behandelt und als nicht gleichwertig angesehen. Einige Beobachter sprechen sogar von einem „rassistischen“ System.

Seit Mai 2014 wird Indien von der Bharatiya Janata Partei (BJP) unter Ministerpräsident Narendra Modi regiert. Seitdem hat der extremistische Hinduismus, der bereits unter der Vorgängerregierung spürbar war, stetig an Einfluss zugenommen. Trotz wachsender Intoleranz und häufiger Angriffe auf Angehörige religiöser Minderheiten ist die Regierung gegenüber den Tätern stumm geblieben. Die Hindu-Extremisten sehen sich dadurch dazu ermutigt, ihre Aktionen auszuweiten. Der Mangel an Strafverfolgung ist größer als je zuvor, und die Anzahl an gewalttätigen Übergriffen auf Christen hat eine alarmierende Höhe erreicht.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 starteten extremistische Hindus die „Zurück-zu-den-Wurzeln-Kampagne“ („Ghar Vapsi“). Auf diesem Weg sollen Muslime und Christen zurück zum Hinduismus geführt werden. Bei großen Massenveranstaltungen kehrten Hunderte zum Hinduismus zurück. Die Kampagne erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2015 und Anfang 2016.

Extremistische Hindus haben sowohl den Islam als auch das Christentum als ausländische Religionen bezeichnet, die möglichst aus dem Land vertrieben werden sollten. Daher werden Muslime in einer ähnlichen Weise verfolgt wie die christliche Minderheit.

Betroffene Kategorien von Christen

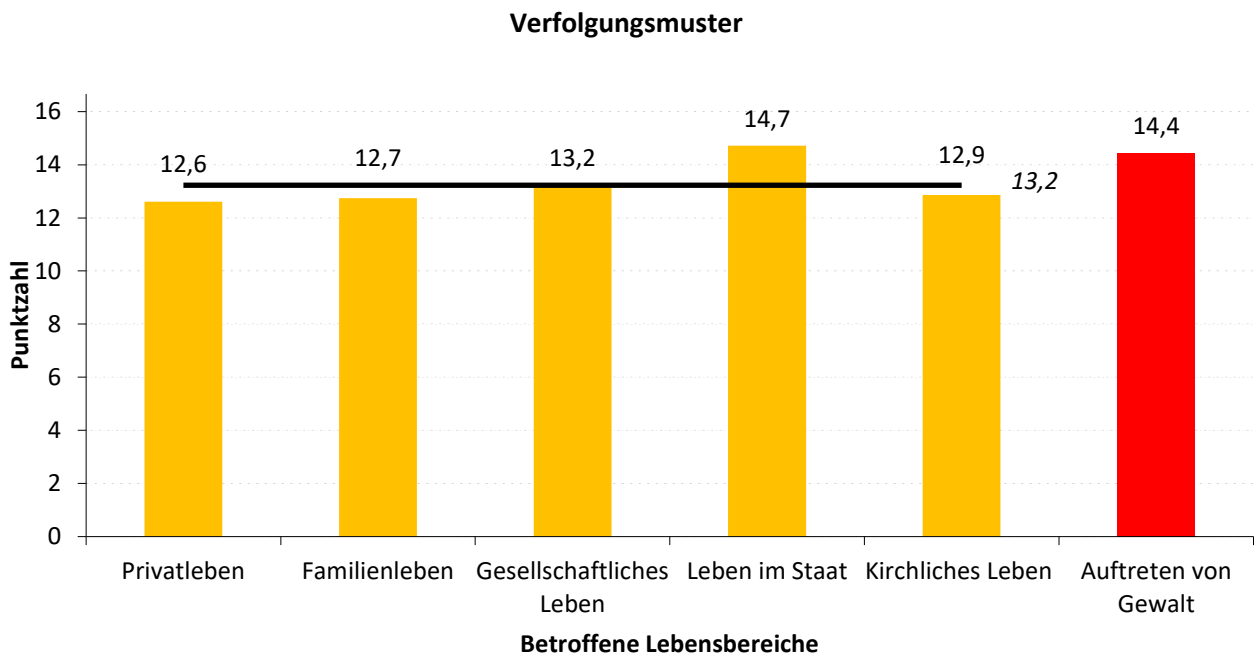
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Es existieren mehrere Gruppen von ausländischen Christen in Indien. Zu ihnen gehören nicht nur Christen aus der westlichen Welt, die in Indien leben und ihre eigenen Kirchengemeinden haben, sondern auch Flüchtlinge. Ein Beispiel ist eine afghanische Gemeinschaft, die sich in Neu-Delhi versammelt. Diese Arten von Gemeinschaften ziehen nur selten den Zorn extremistischer Hindus auf sich. Dies liegt einerseits daran, dass sie eine sehr homogene ethnische Zusammensetzung aufweisen, andererseits sind diese Gemeinschaften zumeist nicht sehr aktiv darin, das Evangelium an Inder weiterzugeben.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gemeinschaften (beispielsweise die Römisch-Katholische Kirche, die Orthodoxe Kirche und die Anglikanische Kirche) zeugen davon, dass Christen schon seit vielen Jahrhunderten in Indien vertreten sind. Die ersten Christen kamen im dritten Jahrhundert ins Land. Zu diesem Zeitpunkt wurde die orthodoxe „Kerala Mar Thoma Kirche“ gegründet. Diese Kirchen wachsen nur sehr langsam, weil sie kaum Außenstehende ansprechen, sondern vor allem innerhalb ihrer Gemeinschaft tätig sind. Trotzdem wird auch diese Gruppe manchmal von extremistischen Hindus angegriffen, indem Kirchen und Grabstätten verwüstet sowie Jesus-Statuen und Kreuze zerstört werden.

Christliche Konvertiten: Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Indien zu leiden. Diese Christen werden täglich drangsaliert und stehen konstant unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Sie werden oft massiv tätlich angegriffen und manchmal sogar getötet. Sie leben meist in ländlichen Gebieten, wo sie dem Druck von Familie und Freunden, ihrem Umfeld, von lokalen Hindu-Geistlichen sowie Hindu-Extremisten ausgesetzt sind.
Christen anderer religiöser Herkunft (ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld, ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben nur dort Verfolgung, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Nach Konvertiten gelten Christen aus Freikirchen wie Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden als zweitwichtigsten Ziel der Hindu-Extremisten, da sie aktiv die Ausbreitung des Evangeliums betreiben. Sie sind regelmäßig Angriffen ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Indien ist sehr hoch. Der Durchschnittswert ist von 11,5 im WVI 2017 auf 13,2 im aktuellen Berichtszeitraum gestiegen.
- Im Bereich „Leben im Staat“ ist der Druck mit einem Wert von 14,7 Punkten extrem hoch. In allen anderen Lebensbereichen ist er sehr hoch. Religiös motivierter Nationalismus ist die Haupttriebkraft der Verfolgung und ist in allen Lebensbereichen präsent.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist im Berichtszeitraum von 13,5 auf 14,4 Punkte gestiegen. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Gewalt gegen Christen in Indien alle Bereiche des Lebens beeinflusst. Indien hat einen der höchsten Werte für das Auftreten von Gewalt im gesamten WVI 2018.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel wird nicht nur sozial geächtet, sondern ist auch in sechs Bundesstaaten per Gesetz verboten: Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh, Jharkhand und Gujarat. Wenn Christen in Verdacht geraten, ihren Glauben aktiv weiterzugeben, werden ihre Häuser häufig sowohl von nichtstaatlichen Akteuren als auch – auf Beschwerden hin – von der Polizei durchsucht. Werden dabei Materialien wie christliche Literatur entdeckt, werden sie vernichtet oder beschlagnahmt. Es kann gefährlich sein, sich als Christ zu erkennen zu geben. Drohungen in sozialen Medien sind an der Tagesordnung. Auf dem Land lösen sichtbare Zeichen für einen anderen Glauben als den Hinduismus (oder den Islam in Regionen, in denen der Islam dominiert) schnell Aggressionen aus, da die Menschen damit automatisch Bekehrungs- oder Missionierungsversuche verbinden. Private Versammlungen zum Gottesdienst stellen ein Risiko dar. Überall im Land werden christliche Aktivitäten überwacht.

Es gibt zudem Beweise für die digitale Überwachung christlicher Leiter durch extremistische Hindus. Der Druck auf Christen ist zwar in ländlichen Gebieten am stärksten sichtbar, es gibt jedoch auch entsprechende Berichte aus Metropolen wie Delhi oder Mumbai.

Familienleben: Bei der Volkszählung 2011 wurden nicht nur die Kinder ehemaliger Hindus, sondern auch Konvertiten als Hindus registriert. Ehemalige Hindus und Mitglieder unabhängiger protestantischer Gemeinden haben es schwer, eine christliche Hochzeit abzuhalten, wenn in ihren Orten extremistische Hindu-Gruppierungen aktiv sind. In Dörfern und Kleinstädten und manchmal sogar in größeren Städten sind wiederholt Taufen behindert worden, besonders bei Großveranstaltungen wie Evangelisationen und Heilungsgottesdiensten. Aus Nord- und Zentralindien liegen Berichte von Beerdigungen von Christen mit hinduistischem Hintergrund vor, die durch extremistische Hindus gestört wurden. In manchen Fällen wurden die Familien dazu gezwungen, ihre Angehörigen durch Einäscherung des Leichnams nach hinduistischer Sitte zu beerdigen. Es ist Christen gesetzlich verboten, Kinder zu adoptieren. Christliche Kinder müssen an den meisten großen Schulen Yoga und Surya Namaskar (Anbetung der Sonne) praktizieren. Dabei herrscht Anwesenheitspflicht. Einige Christen mit hinduistischem Hintergrund haben Verfolgung durch Familienmitglieder erlebt. Einige von ihnen wurden Berichten zufolge sogar von ihren eigenen Eltern angegriffen und getötet. Über diese Vorfälle wird in den Massenmedien des Landes nicht berichtet.

Gesellschaftliches Leben: Drohungen und Behinderungen, die mit der Glaubenszugehörigkeit zu tun haben, sind durch zahlreiche landesweite Kampagnen und die bereits erwähnten „Rückbekehrungs"-Bewegungen intensiver geworden. Diese Diskriminierungen gehören für Christen aller im WVI aufgeführten Kategorien mittlerweile zum Alltag. Christen, die in einem hinduistischen Umfeld leben, können sich bestimmten Verpflichtungen oder religiösen Ritualen nicht vollständig entziehen. Der Druck, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, kommt von allen Seiten und ist systematisch aufgebaut: Extremistische Hindus drohen Christen physische Gewalt an; Hindu-Priester versuchen, die Christen mit lautem Singen und Beten in den Dorfgemeinschaften zu beeinflussen. Teils organisierte soziale Diskriminierung von christlichen Angestellten ist sowohl in Behörden als auch in der Privatwirtschaft weit verbreitet. So wird ihnen beispielsweise aufgrund von vorgeschobenen Gründen eine Beförderung verwehrt. Die Korruption verschlimmert die Situation.

Leben im Staat: Derzeit wird über die Verabschiedung eines landesweiten Anti-Bekehrungsgesetzes diskutiert. Insbesondere in ländlichen Gebieten ist es nur schwer möglich, eine Hinwendung zum christlichen Glauben registrieren zu lassen. Im Umgang mit den Behörden werden Christen oft diskriminiert. Einige Christen sind bei Behörden angestellt, doch ist ihr Vorgesetzter Hindu-Nationalist, werden sie bei Beförderungen mit großer Wahrscheinlichkeit übergangen. Wendet sich ein Mitarbeiter einer Behörde zum christlichen Glauben, muss er mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle rechnen. Die Medienwelt setzt sich zu über 90 Prozent aus Hindus der höheren Kasten zusammen und ist Christen gegenüber stark voreingenommen. Politisch-religiöse Hindu-Gruppen nehmen unabhängige Pastoren und Kirchenaktivisten auf Grundlage der berüchtigten Blasphemiegesetze regelmäßig ins Visier. Verbrechen gegen die christliche Gemeinschaft werden nur selten bestraft – Straffreiheit ist zur Regel geworden.

Kirchliches Leben: Hindu-Gruppen überwachen Kirchen und stören regelmäßig Versammlungen. Der Bau neuer Kirchengebäude ist in ländlichen und sogar in städtischen Gebieten oft mit großem Widerstand verbunden. Viele ältere Kirchengebäude können aufgrund bürokratischer Hürden und wegen der herrschenden Korruption nicht renoviert werden. Aktivitäten außerhalb der kirchlichen Räumlichkeiten werden fast immer als Missionierungsversuche verstanden. Werden Christen angegriffen, konzentrieren sich die Täter häufig auf die Pastoren und Leiter. Dabei kommt es nicht selten zu schweren körperlichen Misshandlungen, mit denen ein Exempel statuiert werden soll. Das Verteilen von Schriften und Bibeln wird auf dem Land und sogar in der Stadt von extremistischen Hindus behindert, da es direkt mit christlicher Missionierung verbunden wird. Indien hat seit den späten 1960er-Jahren keine Missionars-Visa mehr ausgestellt. Nicht nur christlichen Missionaren aus dem Ausland wird die Einreise ins Land verwehrt, selbst für Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Journalisten wird es zunehmend schwieriger, Visa zu erhalten. Vandalismus, Schändung und Zerstörung von christlichen Symbolen sind ein häufig auftretendes Problem, insbesondere in ländlichen Regionen und Vorstadtgebieten. Missionare und Pastoren, die andere Kirchen besuchen, werden regelmäßig von der Polizei befragt, ebenso wie die Gastgeber und Teilnehmer der Veranstaltungen.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung in Indien ist extrem gewalttätig und die Gewalt hat im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum zugenommen. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist sehr hoch, aber es sei darauf hingewiesen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist – über viele Vorfälle wird in den Medien nicht berichtet, oder sie werden nicht einmal registriert. Im Berichtszeitraum wurden mindestens acht Christen wegen ihres Glaubens getötet und mindestens 34 (Haus-)Kirchengebäude angegriffen und beschädigt. In Goa wurden mehr als 100 Gräber beschädigt. Mehr als 600 Christen wurden festgenommen. Nach Schätzungen von Partnern vor Ort wurden fast 24.000 Christen körperlich angegriffen. Mindestens 14 Häuser oder Grundstücke von Christen wurden angegriffen und beschädigt. Mindestens 336 Christen waren gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen. In allen Fällen dürften die tatsächlichen Zahlen deutlich höher liegen als die Anzahl der nachgewiesenen Übergriffe.

Einige Beispiele der gewalttätigen Angriffe:

- Am 15. Juli 2017 wurde Pastor Sultan Masih vor seiner Kirche in Ludhiana im Bundesstaat Punjab erschossen.
- Am 15. März 2017 musste die US-amerikanische christliche Nichtregierungsorganisation Compassion International ihre Arbeit in Indien nach 48 Jahren beenden, weil die Regierung sie immer stärker einschränkte. Das Innenministerium beschuldigte die Organisation, indische Partner finanziert zu haben, die nicht qualifiziert gewesen seien, ausländische Finanzierungen zu erhalten. Seitdem die hindu-nationalistische BJP 2014 an die Macht gekommen ist, beschuldigen Hindu-Gruppierungen christliche Organisationen immer wieder, ihre Aktivitäten zu nutzen, um Hindus zum Glaubenswechsel zu bewegen.
- Am 10. Mai 2017 nahm die Polizei sechs Pastoren im Haus eines Christen in dem Dorf Salempur im Bundesstaat Uttar Pradesh fest. Dort hatten sich etwa 250 Christen zu einem Heilungsgottesdienst versammelt. Die Pastoren gehörten einer freikirchlichen Bewegung an und wurden beschuldigt, den Frieden gestört, Feindseligkeit zwischen Religionen geschaffen zu haben und einen Aufstand planen zu wollen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Von einigen Arten der Verfolgung sind Frauen und Mädchen im Besonderen betroffen. Dazu gehören Belästigungen, Beleidigungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen und Mordversuche. Viele Frauen und Mädchen werden gezwungen, gegen ihren Willen an Hindu-Ritualen teilzunehmen. Andere werden wegen ihres Glaubens isoliert oder aus dem Zuhause bzw. Dorf ausgestoßen. Indien ist ein religiös vielfältiges Land mit einer demokratischen Gesellschaft und besitzt eine Verfassung, die in der Theorie Gleichberechtigung für alle Einwohner garantiert, unabhängig von Hautfarbe, religiöser oder sexueller Ausrichtung und Kaste. Religiöse Diskriminierung ist verboten. Die Realität sieht jedoch anders aus. Andere Gesetze, die dieser Verfassung widersprechen, sind die gesellschaftlichen Regeln, die seit jeher gelten und von der Bevölkerung akzeptiert werden. Sie sind in ihrer Natur patriarchalisch und nutzen die schwächeren Klassen der Gesellschaft aus. Bajrang Dal, die Jugendbewegung von Vishwa Hindu Parishad, hat die „Bahu Lao, Beti Bachao"-Kampagne angekündigt. Damit sollen „Hindu-Männer geschützt werden, die muslimische oder christliche Frauen heiraten". Außerdem soll bei Hindu-Familien ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, „ihre Mädchen davor zu schützen, sich in einem Muslim oder Christen zu verlieben oder ihn zu heiraten".

Männer: Die Formen der Verfolgung, von denen christliche Männer und Jungen im Besonderen betroffen sind, bestehen aus brutalen körperlichen Angriffen, die auf versuchten Mord hinauslaufen, Verhaftungen wegen falscher Anschuldigungen und sozialer Diskriminierung. Sie sind außerdem von Verfolgung betroffen, wenn sie aus ihrem Zuhause ausgestoßen und von ihrem Umfeld boykottiert werden, Strafen für ihre Hinwendung zum christlichen Glauben zahlen sollen, ihnen der Zugang zu Wasser verwehrt wird, sie von Regierungsprojekten und Zuschüssen ausgeschlossen werden und sie ihr Vermögen verlieren. Viele werden auch fälschlich beschuldigt, Menschen dazu zwingen zu wollen, zum Christentum zu konvertieren.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Extremistische Hindus gehen vermehrt straffrei aus, wenn sie Muslime oder Christen angreifen. Das führt bei den meisten Christen zu verstärkter Angst und Unsicherheit. Dieser gefährliche Trend der Untätigkeit der Regierung bei Übergriffen gegen Minderheiten wird die Zunahme von Gewalt in den kommenden Jahren weiter begünstigen.

zurück zur Länderübersicht

Platz 12: Saudi-Arabien

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Allgemein ist eine ablehnende Haltung gegenüber Christen (und allem, das als nichtmuslimisch wahrgenommen wird) bei saudi-arabischen Bürgern sehr häufig zu finden. Muslime, die den christlichen Glauben annehmen, erleben Verfolgung hauptsächlich aus ihrer erweiterten Familie. Dies kann sogar Morddrohungen beinhalten. Regierungsvertreter schaffen und erhalten ein striktes islamisches System, in dem Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, und jede Anbetungsstätte einer anderen Religion als die des Islam verboten ist. Islamische Führer erlegen allen Menschen, die nach Saudi-Arabien kommen, strenge islamische Gesetze auf, auch Christen. Sie sind insbesondere ein Problem für Christen muslimischer Herkunft, die noch immer als Muslime angesehen werden.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die meisten Christen, die in Saudi-Arabien leben, sind ausländische Christen und Arbeitsmigranten, die nur zeitweise im Land leben. Der Großteil der ausländischen Christen stammt aus Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen wie Indien, den Philippinen und afrikanischen Ländern. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt; aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt – ihr christlicher Glaube kann dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben mit Muslimen zu teilen, extrem eingeschränkt. Ihnen drohen Verhaftung und Ausweisung. Die wenigen Christen muslimischer Herkunft stehen jedoch unter noch stärkerem Druck. Dennoch wächst die kleine Zahl der saudi-arabischen Christen und diese Christen werden immer mutiger darin, ihren Glauben weiterzugeben, etwa im Internet oder in christlichen (Satelliten-)Fernsehprogrammen. Das öffentliche Zeugnis der Christen hat häufig zu ernsthaften Konsequenzen vonseiten ihrer Familien oder der Behörden geführt.

Beispiele:

- Viele Christen muslimischer Herkunft stehen unter enormem Druck vonseiten ihrer Familien und haben Angst vor gewalttätigen Reaktionen, sollte ihr christlicher Glaube bekannt werden. Christen muslimischer Herkunft stehen in der großen Gefahr, wegen Apostasie (Abfall vom Islam) zum Tode verurteilt zu werden. In den vergangenen Jahren wurde jedoch kein Fall einer Exekution aus diesem Grund bekannt. Die Gefahr eines außergerichtlichen Mordes besteht jedoch, wenn die Familie versucht, ihre Ehre zu schützen.
- Mehrere ausländische Christen wurden im Berichtszeitraum verhaftet und kurzzeitig festgehalten, nachdem ihre christliche Kleingruppe bei einer Durchsuchung entdeckt wurde. Einige einheimische Christen wurden verhaftet und fälschlich beschuldigt, einer extremistischen Gruppierung anzugehören.
- Drei Hauskirchen wurden Berichten zufolge geschlossen, nachdem sie von der Polizei durchsucht wurden.

- Sowohl einheimische als auch ausländische Christen riskieren, aufgrund ihres Glaubens verhaftet, körperlich misshandelt und bedroht zu werden. Mehrere Christen sahen sich gezwungen, das Land wegen ihres Glaubens oder wegen Aktivitäten, die mit ihrem Glauben zu tun hatten, zu verlassen.
- Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung bleiben ein gewaltiges Problem in Saudi-Arabien und Christinnen, die als Hauspersonal arbeiten, sind besonders gefährdet.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 79 Punkten nimmt Saudi-Arabien Rang 12 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 ein. Der Anstieg von 3 Punkten im Vergleich zum WVI 2017 erklärt sich durch einen Anstieg in der Anzahl der gewalttätigen Übergriffe auf Christen. Dazu zählen eine höhere Anzahl von Christen, die verhaftet wurden, Hauskirchen, die geschlossen wurden, und Christen, die aus dem Land fliehen mussten. Die Wertung für den Druck auf Christen bleibt insgesamt mehr oder weniger konstant in Saudi-Arabien – einem der wenigen Länder auf der Welt, in denen Kirchengebäude verboten sind.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Das Wüstenkönigreich wird durch die Lehre des Wahhabismus bestimmt, einer puristischen und strengen Auslegung des Islam. Andere Religionen dürfen ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Saudi-Arabien wacht über die heiligen islamischen Städte, Mekka und Medina, welche die Geburts- und Begräbnisstätten von Mohammed sind, dem zentralen Propheten des Islam. Im eigenen Land bekämpft die saudische Regierung den islamischen Terrorismus, weil dieser zur Bedrohung für die Herrschaft der königlichen Familie werden kann. Dennoch finanzieren private Spenden aus Saudi-Arabien militante islamistische Gruppierungen außerhalb des Landes und sind eine der Haupteinnahmequellen für sunnitische Milizen auf der ganzen Welt, beispielsweise in Syrien und im Irak. Saudi-Arabiens Rechtssystem gründet auf der islamischen Rechtsprechung, der Scharia. Apostasie – der Abfall vom Islam und die Hinwendung zu einer anderen Religion – kann mit dem Tod bestraft werden, sollte der Konvertit seine Bekehrung nicht widerrufen

Ethnisch begründete Anfeindungen: Typisch für diese Triebkraft ist, dass sie dazu führt, dass Druck ausgeübt wird, um den fortwährenden Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte aus Stammestraditionen oder ethnischen Volksgruppen in Gemeinschaften und Haushalten durchzusetzen. Ethnisch begründete Anfeindungen sind im Falle Saudi-Arabiens deutlich mit dem Islam vermischt. Dies betrifft vor allem die Christen muslimischer Herkunft.

Diktatorische Paranoia: Die saudische Monarchie hat die allumfassende Macht und absolute Autorität im Land. So kann der Monarch jedes Gesetz, das er wünscht, umsetzen, solange es mit der Scharia und dem Koran übereinstimmt. In einem unerwarteten Schritt beförderte König Salman seinen Sohn im Juni 2017 zum Kronprinzen. Nach Ansicht von Beobachtern unternahm er diesen Schritt, um die monarchische Vorherrschaft der Familie zu bewahren und nicht aufgrund einer genauer definierten Vision für das Land. Die beiden obersten Autoritäten des Landes haben viele Veränderungen vorgenommen, von denen in Saudi-Arabien lebende Ausländer im Allgemeinen betroffen sind.

Darunter sind auch Christen, die durch diese Änderungen aber nicht gezielt ins Visier genommen wurden. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung der Visagebühren für alle Angehörigen von in Saudi-Arabien lebenden Ausländern.

Verfolger

Die folgenden Personengruppen sind in mittlerem, hohem oder sehr hohem Maß an der Verfolgung von Christen in Saudi-Arabien beteiligt: Regierungsbeamte von lokaler bis zu nationaler Ebene, Anführer ethnischer Gruppen, nichtchristliche religiöse Leiter von lokaler bis zu nationaler Ebene, gewöhnliche Bürger und (Groß-)Familien. Christen mit muslimischem Hintergrund sind starkem Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familien ausgesetzt, die auch Morddrohungen, Ehrenmorde und dauerhaften Hausarrest beinhalten können. Regierungsbeamte schaffen und bewahren ein strenges islamisches System, das Christen als Menschen zweiter Klasse behandelt, und allen anderen Religionen außer dem Islam Orte zur Ausübung ihres Glaubens verweigert. Islamische Führer versuchen, allen Menschen, die nach Saudi-Arabien kommen, strenge islamische Gesetze aufzuerlegen, einschließlich der Christen. Islamische Leiter sind auch ein Problem für Christen muslimischer Herkunft (die noch immer als Muslime gelten), sowie für schlecht bezahlte ausländische christliche Arbeiter, die ständig unter Druck gesetzt werden, zum Islam zu konvertieren. Besonders betroffen sind hier diejenigen, die isoliert von anderen Christen leben, weil sie in saudischen Privathäusern arbeiten. Schließlich verursachen gewöhnliche Bürger Druck vor allem auf Christen muslimischer Herkunft, da es unter saudischen Bürgern im Allgemeinen eine negative Haltung gegenüber Christen und allem, was nicht islamisch ist, gibt.

Hintergrund

In nur wenigen Jahrzehnten hat sich Saudi-Arabien zu einem der größten Erdölexporteure der Welt entwickelt. Diese Entwicklung hat eine große Zahl ausländischer Arbeitskräfte ins Land gelockt, darunter auch Christen. Der wirtschaftliche Erfolg hat zu einer gegenseitigen Abhängigkeit mit der westlichen Welt geführt, da von dort der Großteil der Nachfrage nach dem Öl kommt. Dies hat starke politische und militärische Beziehungen zur Folge; so dürfen etwa eine Reihe von US-Militärstützpunkten weiterhin im Land operieren und im Mai 2017 wurde ein umfangreiches Waffenabkommen unterzeichnet. Seit 2015 führt Saudi-Arabien die militärische Intervention im Bürgerkrieg im Jemen an, angeblich um eine Stabilisierung der jemenitischen Regierung bemüht. Angesichts der saudi-arabischen Luftangriffe auf Flughäfen, Häfen, Krankenhäuser, Schulen und Begräbnisse, die die aktuell größte humanitäre Katastrophe der Welt verursachen, ist es wahrscheinlicher, dass Saudi-Arabien versucht, mit allen Mitteln zu verhindern, dass der südliche Nachbar des Landes unter schiitische Kontrolle gerät.

Um seine Abhängigkeit von der Erdölindustrie zu verringern, versucht das Königreich, seine Wirtschaft zu diversifizieren und mehr Arbeitsplätze für Saudis zu schaffen, wie in dem ehrgeizigen Plan für sozioökonomische Reformen mit dem Titel „Vision 2030“ dargelegt ist. Dieses Strategiepapier, das im April 2016 veröffentlicht wurde, unterstreicht auch deutlich die stolze islamische Identität des Landes und die Führungsrolle des saudischen Königreichs in der islamischen Welt. Saudi-Arabien durchläuft einen erheblichen gesellschaftlichen Wandel. Das Internet spielt bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle, was auch zu größeren Möglichkeiten für christliche Dienste im Internet führen könnte. Allerdings dürfte diese Entwicklung mit einer höheren Überwachung des Internets in Saudi-Arabien einhergehen.

In einem weiteren Versuch, die enttäuschende Wirtschaftsleistung und die Kosten für den Krieg im Jemen zu kompensieren, hat Saudi-Arabien die Visagebühren für Ehepartner und Kinder ausländischer Arbeitskräfte erhöht. Da dies für viele Gastarbeiter zu teuer wird, verlassen viele schlechtbezahlte christliche Arbeiter das Land, was sich auf die Kirche auswirkt. Mehrere Gemeindeleiter berichten, dass 20-25 Prozent ihrer Gemeindemitglieder das Land bereits verlassen haben. Dies wird sich negativ auf die christliche Gemeinschaft im Land auswirken und zu einem wachsenden Mangel an Gemeindeleitern und Mitgliedern führen. Andererseits scheint die Zahl der Christen mit muslimischem oder hinduistischem Hintergrund zu steigen. Sie wiegt jedoch nicht die Zahl der Christen auf, die das Land verlassen.

Unter der wachsenden Rolle von Internet, sozialen Medien und Satellitenfernsehen hat sich die Jugendkultur Saudi-Arabiens stark verändert. So wächst die Kluft zwischen der großen jüngeren Generation und dem alternden Monarchen ständig. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre alt und insbesondere junge Frauen sehnen sich nach mehr Freiheit, ohne von der Religionspolizei eingeschränkt zu sein. Die Entscheidung des verstorbenen Königs Abdullah bin Abdul-Aziz Al Saud, Wahlen für Frauen zu öffnen, und die Erlaubnis für Frauen, Autofahren zu dürfen, sind Schritte in diese Richtung. Es gibt ein erhebliches Maß an Jugendarbeitslosigkeit, das zum Teil auf das schwache Bildungssystem des Landes und fehlenden Arbeitseifer zurückzuführen ist. Diese Faktoren haben zu weitverbreiteter gesellschaftlicher Unzufriedenheit geführt, die junge Menschen dazu bringen kann, sich einem extremistischen Islam zuzuwenden. Die Lage wird zusätzlich durch eine Gesellschaft verschärft, die zwischen einer reichen Elite und einer armen Mehrheit gespalten ist. Auf der anderen Seite ist die gesellschaftliche Unzufriedenheit nichts Neues und wurde in der Vergangenheit durch hohe finanzielle Zuwendungen an die Bevölkerung beschwichtigt, etwa Zuwendungen für die Wohnbaufinanzierung. Die Unzufriedenheit im Land existiert seit mindestens 20 Jahren (einschließlich zivilen Ungehorsams, der sich zum Beispiel durch illegales Autofahren von Frauen zeigt). Darüber hinaus hat die Internetrevolution auch die islamischen Geistlichen erreicht: Mehrere Imame haben eigene Twitter-Profile und viele Follower. Die Zahl der Christen muslimischer und anderer religiöser Herkunft wächst, zusammen mit ihrem Mut, ihren neuen Glauben mit anderen zu teilen.

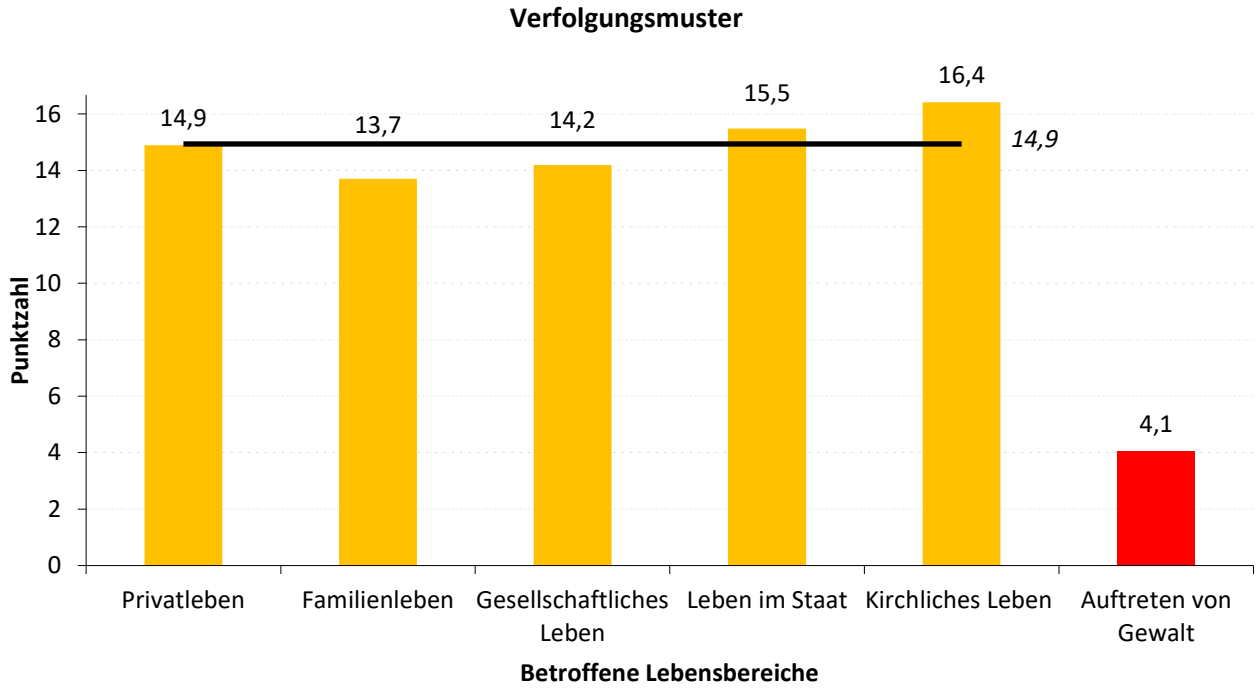
Eine weitere große religiöse Minderheit, die in Saudi-Arabien mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert ist, sind schiitische Muslime. Von saudischen Herrschern wurden sie für den größten Teil der saudischen Geschichte bis heute als Ketzer gesehen und im Justizsystem, im Bildungswesen, in Regierungspositionen und bei religiösen Aktivitäten diskriminiert. Schiiten wünschen sich eine größere politische Partizipation und mehr religiöse Toleranz. Nach den konfessionellen Spannungen in der Region, einschließlich des Krieges gegen die vom Iran unterstützten Rebellen im Jemen, schwindet die Hoffnung der Schiiten auf Toleranz und Pluralismus.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind Ausländer oder Arbeitsmigranten, die für eine bestimmte Zeit im Land leben und arbeiten. Dies schließt sowohl Christen aus Ländern der westlichen Welt als auch aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wie Indien, den Philippinen oder aus afrikanischen Ländern ein. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt; aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status sind sie regelmäßig körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt und stehen unter ständigem Druck, zum Islam zu konvertieren. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben zu teilen, extrem eingeschränkt. Ihnen drohen dabei Verhaftung und Ausweisung.

Christliche Konvertiten: Christliche Konvertiten haben größtenteils einen muslimischen Hintergrund. Es gibt nur wenige saudische Christen muslimischer Herkunft im Land, und meist müssen sie ihren Glauben streng geheim halten. Viele von ihnen sind durch christliches Satellitenfernsehen zum Glauben gekommen oder nachdem Jesus Christus sich ihnen in Träumen und Visionen offenbart hat. Einige von ihnen berichteten, dass sie in dem aufrichtigen Wunsch, Gott zu gehorchen, den Hadsch (die islamische Pilgerreise) nach Mekka unternahmen und dabei eine göttliche Offenbarung erhielten, die sie auf Jesus verwies. Das Internet ermöglicht es Einheimischen, Zugang zu christlichem Material zu erhalten, obwohl dessen Nutzung in Saudi-Arabien von den Behörden streng kontrolliert wird. Dennoch wächst die kleine Anzahl der Christen mit muslimischem Hintergrund weiter, und sie werden immer mutiger darin, ihren Glauben weiterzugeben, auch im Internet und in christlichen Fernsehprogrammen. Das öffentliche Zeugnis der Christen hat bereits öfter zu ernsten Konsequenzen vonseiten der Familien oder der Behörden geführt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Saudi-Arabien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Durchschnittswert für den Druck auf Christen bleibt auf dem gleichen extrem hohen Niveau wie im WVI 2017 (14,9 Punkte).
- Die Werte sind in allen Lebensbereichen extrem hoch, außer im Bereich „Familienleben“. Der Wert für diesen Bereich ist niedriger, weil ausländische Christen und Arbeitsmigranten in diesem Bereich kaum oder zumindest weniger Druck erleben als die einheimischen Christen muslimischer Herkunft. Der Grund dafür ist, dass die Familien der christlichen Migranten oft nicht mit ihnen in Saudi-Arabien leben.
- Der höchste Druck wird in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Privatleben“ ausgeübt, was typisch für eine Situation ist, bei der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung darstellt und mit Diktatorischer Paranoia verknüpft ist.
- Der Druck, der von Islamischer Unterdrückung, vermischt mit Ethnisch begründeten Anfeindungen, ausgeht, ist vor allem in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ präsent. Vor allem auf Christen mit muslimischem Hintergrund wird er durch ihr soziales Umfeld ausgeübt.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ stieg von 1,7 Punkten im WVI 2017 auf 4,1 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum an, da mehr Berichte von gewalttätigen Übergriffen registriert wurden. Eine höhere Anzahl an Christen wurde verhaftet, christliche Treffen wurden angegriffen, und Christen mussten aus religiösen Gründen aus dem Land fliehen. Christen verhalten sich normalerweise äußerst vorsichtig, um ernsthafte Folgen zu vermeiden. Dadurch bleibt der Wert für „Auftreten von Gewalt“ auf einem relativ niedrigen Niveau.
- Die Verfolgungssituation in Saudi-Arabien zeichnet sich dadurch aus, dass die Gesellschaft und die Regierung einen starken Druck auf alle Bürger ausüben, von denen erwartet wird, dass sie Muslime sind.

Privatleben: Christen mit muslimischem Hintergrund können ihren Glauben nicht öffentlich ausleben. Jedes Indiz ihres neu gewonnenen Glaubens kann ernsthafte Konsequenzen haben. Ausländische Christen haben etwas mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie ihn nicht mit Muslimen teilen. Christliche Arbeitsmigranten müssen sich vorsichtig verhalten, die Verfolgung hängt von der Haltung und der Religion anderer Arbeitsmigranten ab, die mit ihnen in der gleichen Unterkunft leben. Besonders gefährdet ist christliches weibliches Hauspersonal, das in saudischen Häusern arbeitet, in denen es keinen Kontakt mit anderen Christen haben kann, missbraucht werden kann und unter konstantem Druck steht, zum Islam zu konvertieren.

Familienleben: Alle Saudis werden als Muslime betrachtet. Es ist eine große Schande für eine Familie, wenn sich eines ihrer Familienmitglieder vom Islam abwendet. Christen muslimischer Herkunft stehen in großer Gefahr, einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen oder körperlich misshandelt zu werden, wenn ihre Familien oder ihr gesellschaftliches Umfeld von ihrem Glauben erfahren. Einige sind deshalb aus dem Land geflüchtet. Christliche Hochzeiten können in Saudi-Arabien nicht öffentlich gefeiert werden. Christen mit muslimischem Hintergrund müssen deshalb nach islamischem Brauch heiraten. Sie können ihre Kinder nicht amtlich als Christen registrieren lassen oder ihnen offensichtlich christliche Namen geben.

In der Schule sind Kinder von Christen muslimischer Herkunft gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen. Im Fall einer Scheidung, Fragen des Sorgerechts und bei Erbschaften werden Christen muslimischer Herkunft häufig benachteiligt.

Gesellschaftliches Leben: Alle Christen werden mehr oder weniger durch Diskriminierung unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Christliche Konvertiten werden an ihrem Arbeitsplatz diskriminiert und schikaniert, wenn bekannt wird, dass sie Christen sind. Ein großer Teil der saudischen Gesellschaft hat starke Vorbehalte gegenüber anderen Religionen. Viele Gastarbeiter, einschließlich Christen, werden durch ihre Arbeitgeber verbal angefeindet, körperlich misshandelt und manchmal sexuell missbraucht. Internationalen Schulen ist es verboten, an nichtislamischen Feiertagen wie Weihnachten und Neujahr Ferien zu geben. Schulen, die diese Sperre missachten, riskieren den Verlust ihrer Lizenz.

Leben im Staat: Religionsfreiheit ist weder in der Verfassung des Königreichs noch in sonstigen wesentlichen Gesetzen erwähnt. Das Rechtssystem basiert auf der Scharia; die Abkehr vom Islam zu einer anderen Religion kann mit dem Tod bestraft werden. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck seitens der Behörden, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Ausländische Christen und Arbeitsmigranten bekommen große Probleme, wenn sie unter Muslimen missionieren; Verhaftung und Ausweisung können die Folge sein.

Kirchliches Leben: In Saudi-Arabien gibt es keine Kirchengebäude. Christliche Gottesdienste können nur im Verborgenen abgehalten werden. Die Regierung erkennt das Recht von Nichtmuslimen auf ein privates Glaubensleben zwar an, doch die Religionspolizei (Muttawa) respektiert dieses Recht oft nicht. Die Versammlungsfreiheit ist durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt; sie verbietet Männern und Frauen aus verschiedenen Familien, gemeinsam im selben Raum Gottesdienste zu feiern. Tun sie es doch, riskieren sie es, verhaftet, auf brutale Weise körperlich durchsucht, ins Gefängnis gesteckt, ausgepeitscht, deportiert und manchmal auch gefoltert zu werden. Da es hierzu kein ausformuliertes Recht gibt, bleibt der Status privater religiöser Feiern vage und kann eigentlich nur aus Verlautbarungen in den Medien abgeleitet werden. Das Bezeugen des christlichen Glaubens gegenüber Muslimen, Schulungen in der Bibel sowie deren Veröffentlichung oder Import in Arabisch sind illegal. Das gilt auch für anderes christliches Material.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum des WVI 2018 gab es mehr Berichte von Gewalt, die sich gegen Christen richtete, als im Jahr zuvor. Dadurch stieg der Wert für das Auftreten von Gewalt und auch die Punktzahl für Saudi-Arabien insgesamt an. Drei Hauskirchen wurden geschlossen, nachdem sie von der Polizei durchsucht wurden. Zwölf Christen wurde festgenommen, die meisten von ihnen, als sie an einem Gottesdienst teilnahmen. Andere waren Christen mit muslimischem Hintergrund, die fälschlich beschuldigt wurden, Verbindungen zu extremistischen Gruppierungen zu haben. Sie alle wurden während des Berichtszeitraums wieder freigelassen.

Es sahen sich auch mehr Christen wegen ihres Glaubens dazu gezwungen, das Land zu verlassen, als im vergangenen Berichtszeitraum. Die meisten von ihnen waren Christen mit muslimischem Hintergrund, die Morddrohungen erhalten hatten. Einige andere waren Arbeitsmigranten, die wegen ihres Glaubens festgenommen wurden und deren Aufenthaltsgenehmigung deswegen nicht verlängert wurde. Wie in den vergangenen Jahren bleiben Vergewaltigungen und sexuelle Belästigungen ein enormes Problem in Saudi-Arabien. Christliche Arbeitsmigranten aus Asien und Afrika, insbesondere weibliches Hauspersonal, sind dem ausgesetzt.

Laut Feldforschern leiden „abertausende“ Hausmädchen unter körperlichem und sexuellem Missbrauch. Dieses Thema erfährt nicht genug Beachtung und sollte weiter untersucht werden.

Viele Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck seitens ihrer Familie oder anderen und haben Angst vor gewalttätigen Reaktionen, sollte ihr christlicher Glaube bekannt werden. Auch wenn Konvertiten riskieren, wegen Apostasie zum Tode verurteilt zu werden, gab es in den vergangenen Jahren keine bekanntgewordenen Fälle von offiziellen Exekutionen aus diesem Grund. Es besteht jedoch die Gefahr eines außergerichtlichen Mordes, wenn die Familie versucht, ihre Ehre zu schützen.

7. Verfolgungssituationen für Frauen und Männer

Frauen: In einem Land, in dem alle Bürger als Muslime gelten, sind Christinnen mit muslimischem Hintergrund besonders verwundbar. Wenn ihre Bekehrung bekannt wird, riskieren sie Gewalt, Hausarrest und Zwangsverheiratung. In der strikt islamischen Gesellschaft Saudi-Arabiens werden Frauen streng überwacht. Sie müssen auf den Ruf der Familie achten – jedes unerwünschte Verhalten kann der Ehre ihrer Familie schaden, was als todeswürdige Sünde angesehen wird. Das Verlassen des Islam ist eines der größten Verbrechen, die eine Muslima begehen kann. Das Rechtssystem Saudi-Arabiens basiert auf der Scharia und Apostasie (Abfall vom Islam) wird mit dem Todesurteil geahndet. Ist sie verheiratet, riskiert eine Christin mit muslimischem Hintergrund die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Das bedeutet zudem den Verlust eines sozialen Sicherheitsnetzes und von Schutz. In Anbetracht dessen ist es nicht verwunderlich, dass viele weibliche christliche Konvertiten letzten Endes das Land zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen.

Es ist bekannt, dass asiatische und afrikanische Arbeiter häufig unter körperlichem und sexuellem Missbrauch durch ihren Arbeitgeber leiden. Christen und Arbeiter, die einer anderen nichtislamischen Religion angehören, sind in dieser Hinsicht besonders verwundbar. Unter ihnen sind Frauen noch stärker von Missbrauch bedroht. Dies hängt stark mit der untergeordneten Stellung der Frau in der saudischen Gesellschaft zusammen sowie ihrem ungeschützten Status als Frauen, die alleine außerhalb ihres Hauses arbeiten. So dürfen beispielsweise saudische Frauen nicht ohne Begleitung eines männlichen Verwandten das Haus verlassen.

Männer: Abweichungen vom als normal geltenden Verhalten werden schnell bemerkt, und männliche Konvertiten zum christlichen Glauben erfahren Druck von Familie und Gesellschaft.

8. Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

In ihrer jährlichen Prognose erwartet die „Economist Intelligence Unit“, dass Kronprinz Mohammed bin Salman „seine Macht weiter ausbaut, was sich im November 2017 durch die Massenverhaftung ranghoher Mitglieder der königlichen Familie erneut gezeigt hat. Die Rivalität Saudi-Arabiens mit dem Iran wird die Außenpolitik des Königreichs dominieren. Gleichzeitig werden im Zeitraum der Prognose erneut Terrorangriffe dschihadistischer Gruppen erwartet. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern wird anhalten, aber selbst bei langsam wieder anziehenden Ölpreisen wird die Regierung weiterhin erhebliche neue Schulden machen.“

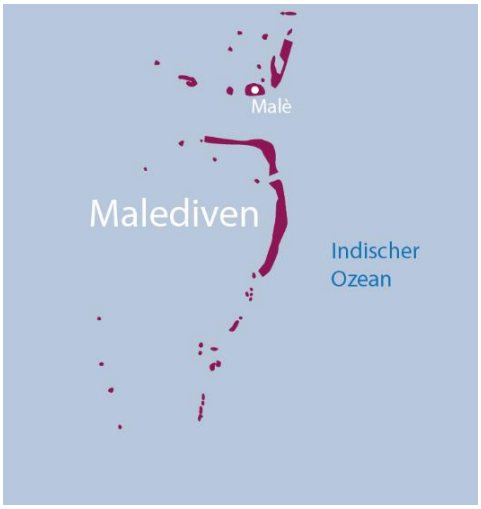
Kronprinz Mohammed bin Salman hat einige soziale Restriktionen gelockert, die die Jugend des Landes beeinflussen. So werden zum ersten Mal seit 35 Jahren Kinos geöffnet, und Frauen dürfen ab dem Juni 2018 selbst Auto fahren. Dieser scheinbare Wechsel zu einer jüngeren, toleranteren Leitung des Landes, weg von den traditionellen Wurzeln ist ein Versuch, die große Gruppe der jungen saudischen Generation zu besänftigen, die nach mehr Freiheit verlangt. Seit König Salman an der Macht ist, wurde außerdem die Macht der Religionspolizei verringert. Zudem verkündigte der Kronprinz im Oktober 2017, das Königreich müsse „zu einem moderaten Islam zurückkehren, der allen Religionen und der ganzen Welt gegenüber offen ist“. Die Christen vor Ort hoffen, dass dies tatsächlich zu mehr Toleranz gegenüber anderen Religionen führt, insbesondere, wenn er in naher Zukunft als König regiert. Auf der anderen Seite ist es genau dieser Kronprinz, der den Krieg im Jemen begann, der zur derzeit größten humanitären Krise der Welt führte und zur Verfolgung der dortigen Christen beigetragen hat.

Der kontinuierlich sinkende Ölpreis zwingt Saudi-Arabien dazu, nach anderen Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Dazu gehört auch der lokale und internationale Tourismus, der auch eine Rolle bei der Öffnung des Landes spielen und für mehr Toleranz sorgen könnte. Dennoch ist der ultra-konservative Islam in Saudi-Arabien immer noch sehr lebendig und aktiv und wird keine allzu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen zulassen. Reformen könnten sogar zu einer Polarisierung der Gesellschaft führen, was in einer Zunahme der Verfolgung von Minderheiten (einschließlich Christen) durch ultra-konservative Elemente resultieren könnte.

Auf internationaler Ebene wird der Machtkampf mit dem Iran um Einfluss in der Region – vor allem im Jemen und in Syrien – voraussichtlich Saudi-Arabiens außenpolitische Agenda bestimmen. Aufgrund dieses Machtkampfes und der Konfrontation mit militanten islamistischen Gruppen könnte die Regierung dazu geneigt sein, der Aktivität von Christen weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist zu erwarten, dass die schwerwiegenden religiösen Einschränkungen, die typisch sind für Verfolgung durch Islamische Unterdrückung, die mit Ethnisch begründeten Anfeindungen vermischt ist, auch weiterhin massiven Druck für die religiösen Minderheiten, einschließlich Christen, bedeuten.

zurück zur Länderübersicht

Platz 13: Malediven



Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Regierung der Malediven besteht darauf, dass das Land nach konservativen islamischen Prinzipien geführt wird, und dass alle Staatsbürger Muslime sein müssen. Deshalb gibt es keine Religionsfreiheit, mit Ausnahme von ausländischen Christen, die ihren Glauben jedoch nur in absoluter Privatsphäre, hinter verschlossenen Türen praktizieren dürfen, und die daher sehr streng überwacht werden. Berichten zufolge haben die meisten aufgehört, sich zu versammeln, da es die Aufmerksamkeit der Behörden zu sehr auf sich gezogen hat. Hinzu kommt, dass sich die Regierung in festgefahrenen Auseinandersetzungen mit oppositionellen Kräften befindet und daher gegen jede vermeintliche Bedrohung schnell und heftig durchgreift. Extremistische Islamprediger und Geistliche, sowohl einheimische als auch aus dem Nahen Osten, üben strenge sozio-religiöse Kontrolle aus und beeinflussen andere mit ihren extremen Ansichten des Islam. Das macht es Christen (besonders ehemalige Muslime) unmöglich, ihren christlichen Glauben in irgendeiner Art und Weise zu zeigen. Zu groß ist die Angst, überwacht oder gar den staatlichen Behörden überstellt zu werden.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Trotz der geringen Bevölkerungszahl – die Malediven bestehen aus 1700 kleinen Inseln – haben sie doch eine der stärksten Bevölkerungsdichten der Welt, besonders auf der Hauptinsel Malé. Die Bewohner bilden eng verwobene zusammenhängende Inselgemeinschaften, die zugleich so gut aufeinander achtgeben, dass jegliche Veränderungen eines Mitglieds sofort auffallen. Das gilt auch für religiöse Dinge. Eine Konversion zu Jesus Christus würde sehr schnell den muslimischen Leitern oder den Behörden mitgeteilt werden. Ausländische Christen, die vor allem in der Touristik arbeiten und aus Indien oder Sri Lanka stammen, werden ebenfalls intensiv beobachtet, was eine Zusammenkunft unter Christen sehr erschwert.

Beispiele:

- Weil die Sicherheit der Christen nicht gefährdet werden darf und es nur sehr wenige Christen auf den Malediven gibt, sind Beispiele rar. Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2018 können die Beschlagnahme von Bibeln bei der Einreise, sowie die Inhaftierung und Abschiebung von Christen genannt werden.
- In einem Land, in dem laut Artikel 9(d) der Verfassung Nicht-Muslime keine Staatsbürger werden dürfen, und dementsprechend der Druck extrem hoch ist, und Menschen, denen die Konversion zum christlichen Glauben nachgewiesen werden kann, ihr Bürgerrecht verlieren und Strafen für die Verletzung der Scharia erhalten, ist es nicht schwer, sich vorzustellen, dass sich Konvertiten gut versteckt halten. Einige maledivische Christen haben daher ihr Land verlassen, um dem enormen Druck zu entfliehen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Steigerung um 2 Punkte im Vergleich zum Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 liegt vor allem an dem erhöhten Druck auf Christen im Bereich „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“. Während Ersteres ehemalige Muslime betrifft, die praktisch gar keine Möglichkeit haben, ihren christlichen Glauben auszuleben, sind vom Letzteren ausländische Christen (häufig Arbeitsmigranten) betroffen, denen kaum Gelegenheiten gegeben werden, einen gemeinsamen Gottesdienst zu feiern, ohne befürchten zu müssen, abgeschoben oder verhaftet zu werden. Aus diesem Grund sind die Malediven eines der wenigen Länder, das im Bereich „Kirchliches Leben“ die maximal erreichbare Punktzahl hat.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die islamische Regierung betrachtet sich weiterhin als Beschützerin des Islam und hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es einem Malediver grundsätzlich verbieten, sich vom Islam abzuwenden und einer anderen Religion beizutreten. Ein Malediver ist Muslim; da gibt es keinen Raum für Abweichungen. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben würde weitreichende Folgen haben, u.a. den Verlust des Bürgerrechts. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen. Die wachsende Islamisierung wurde im Berichtszeitraum des WVI 2018 deutlich, als es einen öffentlichen Aufschrei besorgter Eltern gab, weil in einem Sozialkundebuch der Klassen 1-4 zwei christliche Kirchen abgebildet waren. Die Bücher waren kurz zuvor von der neuen Schulleitung der „Gateway International Schools“ eingeführt worden, ohne eine Genehmigung des zuständigen maledivischen Ministeriums abzuwarten. Eine örtliche Nachrichtenwebseite brachte den Vorwurf, die Schule sei ein „Einstieg (engl. „Gateway“), um Malediver in Christen zu verwandeln.” Die Bücher mussten vom Markt genommen werden. Die Berufung eines extremistischen Geistlichen in den höchsten islamischen Rat im Dezember 2016 passt ebenfalls zu den Beobachtungen. Hier wird die schwierige Situation deutlich, in der sich die maledivischen Christen befinden. Als eine Firma im Berichtszeitraum des WVI 2018 Schweizer Armeemesser verschenkte, wurde berichtet, dass alle Beschäftigten das weiße Logo von den Messern gekratzt hatten, weil es aussah wie ein Kreuz.

Diktatorische Paranoia: Politische Freiheiten sind weiterhin umkämpft. Im August 2017 wurden Mitglieder der Opposition daran gehindert, das Parlament zu betreten. Präsident Yameen versucht, sich die Gunst der Wählerstimmen zu sichern, indem er sich auf das Thema Religion konzentriert. In seiner vierten Rede zur Lage der Nation kündigte er das Programm zur „Förderung islamischer Einheit und Pflege des religiösen und nationalen Geistes“ für die Bevölkerung an. Religionsfreiheit ist weiterhin undenkbar, besonders da der „Schutz der Religion“ einzig als Schutz des Islam gedacht ist. Der Schutz vor dem Angriff auf die „religiöse Einheit“ ist deshalb besorgniserregend, da der Wortlaut erkennen lässt, dass die Behörden sich gegen jede wahrgenommene Abweichung von ihrem Verständnis des Islam stellen werden. Diese Gesetze und die Rhetorik zeigen nicht nur, dass der Islam um jeden Preis beschützt werden wird, sondern dass „Islamische Unterdrückung“ mit „Diktatorischer Paranoia“ verknüpft ist. Hier wird der Islam benutzt, um politische Freiheiten einzuschränken (mehr dazu unter „Aktuelle Einflüsse”).

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Korruption ist auf den Malediven auf allen Ebenen der Regierung stark vertreten und es gibt fast nichts, das man nicht mit einem angemessenen Bestechungsgeld, Gefälligkeiten und/oder Androhungen bekommen könnte. Verträge und andere Übereinkünfte können nach Gutdünken gebrochen werden. Regierungsbeamte heuern junge Männer aus Straßenbanden an, die für sie die Drecksarbeit erledigen (Menschen zusammenschlagen, Eigentumsdelikte gegen bestimmte Zielgruppen, Handel mit Schmuggelware, um Bargeld zu generieren). Viele Straßenbanden werden von Regierungsbeamten aller Ebenen kontrolliert, die es besonders auf jene abgesehen haben, die etwas gegen die Regierung oder den strikten Islam einzuwenden haben. Auch extremistische Islamisten, die Christen und Atheisten aufspüren wollen, haben Kontakte und Einfluss bei Gangs und korrupten oder brutalen Polizeinetzwerken. Einige Kriminelle (Einzelpersonen oder in einer Bande) handeln zu ihrem eigenen Vorteil, aber ohne konkrete Absicht, Anarchie zu fördern.

Verfolger

Die Regierung der Malediven besteht darauf, dass das Land anhand konservativer islamischer Prinzipien geführt wird, und dass jeder Staatsangehöriger Muslim sein muss. Daher gibt es keine Religionsfreiheit, außer für ausländische Arbeiter, die jedoch streng überwacht werden und so stark eingeschüchtert sind, dass sie sich kaum mehr trauen, selbst hinter geschlossenen Türen sich zu versammeln. Zudem befindet sich die Regierung in einem anhaltenden politischen Machtkampf und geht daher noch schneller und stärker gegen jede empfundene Bedrohung vor. Extremistische Islamprediger und Geistliche, sowohl einheimische als auch aus dem Nahen Osten, üben strenge sozio-religiöse Kontrolle aus und beeinflussen andere mit ihren extremen Ansichten des Islam. Das macht es für Christen (besonders ehemalige Muslime) unmöglich, ihren christlichen Glauben in irgendeiner Art und Weise erkennen zu lassen. Zu groß ist die Angst, überwacht oder gar den staatlichen Behörden überstellt zu werden. Wie bereits erwähnt, tun sich extremistische Muslime mit kriminellen Banden zusammen, um Christen und Atheisten und jeden, der in Verdacht steht, einer zu sein, aufzuspüren.

Aktuelle Einflüsse

Die Malediven sind in Aufruhr. Weltweit haben sie das Image des paradiesischen Urlaubsziels. Dabei folgt das Land einer strengen Form des Islam und hat mit Unruhen und vielfältigen politischen Herausforderungen zu kämpfen. Nicht einmal einen Monat nach seiner Festnahme im März 2015 wurde der ehemalige Präsident Mohammed Nasheed ohne faires Gerichtsverfahren zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt. Wer dagegen protestierte, wurde entlassen. Dies betraf auch etliche hochrangige Politiker, wie den Verteidigungsminister und den Vizepräsidenten. Im Januar 2016 wurde dem ehemaligen Präsidenten Nasheed gestattet, für eine ärztliche Behandlung nach London zu reisen, wo ihm im Mai 2016 politisches Asyl gewährt wurde. Kurz darauf gründete er gemeinsam mit mehreren (hauptsächlich ebenfalls im Exil lebenden) Politikern eine Plattform mit dem Namen „United Maldives Opposition“. Auch wenn diese Plattform nicht in allem geeint ist, so hat sie doch dazu geführt, die regierende Partei „Progressive Party of Maldives“ (PPM) weiter zu destabilisieren. Die PPM hat einige schwerwiegende Teilungen mitgemacht und Präsident Yameen hat sogar seine Mehrheit im Parlament verloren. Am Ende seiner Amtszeit im Oktober 2016 führte er einen Austritt aus dem Commonwealth herbei. Das macht deutlich, wie schnell sich die Lage der Menschenrechte verschlechtert.

Im Mai 2017 konnte die Opposition bei den Lokalwahlen einen wichtigen Sieg erringen. Im Juli 2017 sind zehn Parlamentsmitglieder aus der Regierungspartei ausgetreten und zur Opposition übergewechselt. Dieser Schritt wurde jedoch nicht vom Verfassungsgericht anerkannt, stattdessen hat es die Abgeordneten des Parlaments verwiesen. Der Ausschluss von Politikern aus dem Parlament, die dadurch auch an der ihnen übertragenen politischen Arbeit gehindert werden, ist ein klarer Beweis für den brüchigen Zustand der Malediven. Scheinbar ist die Regierung in einem Zustand der Diktatorischen Paranoia und verhält sich nach dem Motto, „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns." Jede Kritik und Warnung der internationalen Gemeinschaft werden in den Wind geschlagen.

Nach Schätzungen der Regierung von August 2016 beheimaten die Malediven mehr als 130.000 ausländische Arbeitnehmer, von denen der größte Teil im Tourismus arbeitet. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (ca. 382.000 im Jahr 2018) ist dies eine überraschend hohe Zahl. Vor allem, da die einheimische Nichtregierungsorganisation „Transparency Maldives" die Arbeitsmigranten eher auf 200.000 schätzt. Anhand dieser Zahlen ist es keine Überraschung, dass laut einer offiziellen Berechnung der Regierung im Jahr 2011 der Menschenhandel (die Vermittlung illegaler Arbeiter) nach dem Tourismus den lukrativsten Sektor ausmacht. Hier wird auch deutlich, dass nicht allein die sehr kleine Anzahl maledivischer Christen von der fehlenden Religionsfreiheit betroffen ist, sondern auch die Christen unter den ausländischen Arbeitnehmern. (Die große Zahl ausländischer Arbeiter bringt gewisse soziale Probleme mit sich, die unter „Ausblick" näher besprochen werden.)

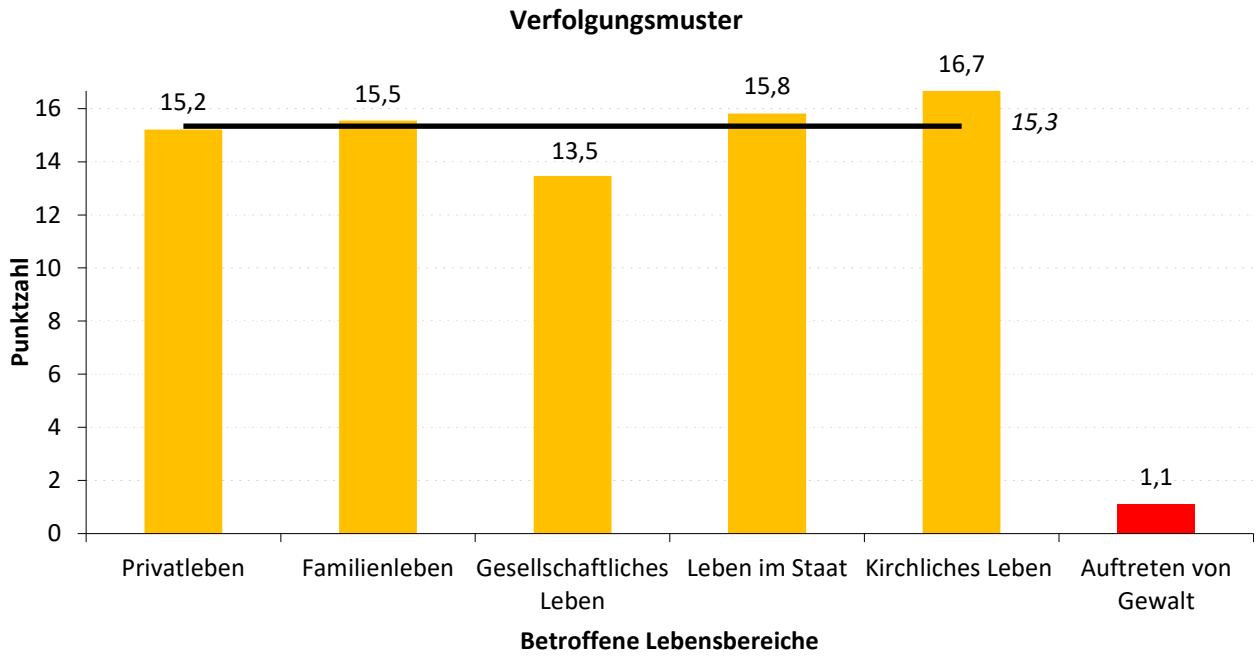
Es gibt keine anerkannten religiösen Minderheiten irgendeiner Art auf den Malediven. Alle Staatsbürger sind gesetzlich dem muslimischen Glauben verpflichtet. Wer nachweislich eine andere Religion oder Philosophie als den Islam unterstützt (z.B. christlicher Glaube, Hinduismus, Buddhismus, Atheismus), wird genauso verfolgt wie die Christen. So ziehen es die meisten von ihnen vor, im Ausland zu leben, um nicht Gefängnis oder gar den Tod zu riskieren. Atheisten oder Menschen, die man für Atheisten hielt, sind für ihre Überzeugungen bereits getötet worden (siehe „Ausblick")

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Sie stammen häufig aus Indien, Sri Lanka oder Bangladesch. Sie werden engmaschig überwacht. Doch solange sie strengstens unter sich bleiben, dürfen sie sich zu Gottesdiensten versammeln. Ausländische Christen haben keinen Kontakt zu maledivischen Christen muslimischer Herkunft.

Christen muslimischer Herkunft: Sie erleben die stärkste Verfolgung, da sie – offiziell – gar nicht existieren. Im allgemeinen Verständnis ist jeder Malediver ein Muslim. Wer den Islam verlässt, verliert seine Staatsbürgerschaft.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malediven

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf die Christen in den Malediven ist in allen Lebensbereichen bis auf „Leben im Staat“ gestiegen. Der durchschnittliche Druck ist somit extrem hoch. Im Vergleich zum WVI 2017 (15,1 Punkte) ist er auf 15,3 Punkte im WVI 2018 gestiegen.
- Am stärksten ist der Druck im „Kirchlichen Leben“, wo die maximale Punktzahl erreicht wurde. Das liegt an der absoluten Unmöglichkeit für die Christen, sich zu treffen. Selbst ausländische christliche Gastarbeiter organisieren aus Furcht vor den Folgen keine Gottesdienste. Auch in den Bereichen „Leben im Staat“, „Familienleben“ und „Privatleben“ ist die Wertung sehr hoch. Der Druck auf ehemalige Muslime ist besonders im „Privatleben“ und „Familienleben“ sehr intensiv. Jeder Politiker betont ohne Unterlass, die Malediven für 100 Prozent muslimisch zu halten. So bleibt praktisch gesehen absolut kein Raum für Abweichungen.
- Die Wertung für „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist von 0,7 im WVI 2017 auf 1,1 gestiegen. Jedoch ist die Verfolgung auf den Malediven bislang nicht sehr gewalttätig gewesen.

Privatleben: Jeder Malediver, der nicht so lebt, wie es dem von der Regierung festgelegten islamischen Lebensstil entspricht, wird bestraft. Ehemalige Muslime müssen stets äußerste Vorsicht walten lassen, um ihren Glauben möglichst gut zu verbergen. Bibeln und andere christliche Schriften müssen sorgfältig versteckt und können nur heimlich gelesen werden, weil die Familien den Glauben an Jesus Christus niemals akzeptieren würden, und der Besitz christlicher Literatur mit Gefängnis bestraft werden kann. Selbst für christliche Ausländer ist es gefährlich, christliche Schriften zu besitzen – vor allem in der Landessprache Dhivehi oder in größeren Mengen – da dies den Verdacht der Behörden weckt, die Schriften würden zur Evangelisation von Einheimischen verwendet.

Tatsächlich werden beim Betreten des Landes alle Einreisenden dazu verpflichtet, alle nicht-muslimischen Schriften anzugeben. Das Gesetz verbietet ausländischen Christen, anderen von ihrem Glauben zu erzählen. Dies ist sogar in den Arbeitsverträgen festgelegt. Unter diesen Umständen ist es eine besondere Herausforderung, sich mit anderen Christen zu treffen. Sowohl die Christen selbst, als auch jegliche geheimen Zusammenkünfte werden dadurch gefährdet. In einem Fall ist von zwei engen Freunden die Rede, die beide lebendige Christen waren, die jedoch aus Angst ihren Glauben voreinander geheim hielten. Theoretisch sind private Treffen erlaubt, doch müssen die Teilnehmer sehr vorsichtig sein. Die Menschen werden immer mehr bedroht, weshalb sich viele Christen lieber gar nicht mehr treffen wollen.

Im November 2016 kam von religiösen Gelehrten die Aussage: „Wer Religionsfreiheit auf den Malediven haben will, sollte in ein anderes Land ziehen, das diese Freiheit gewährt. Es steht Menschen, die einer anderen Religion angehören wollen, frei, das Land zu verlassen. Es ist nur Nicht-Muslimen erlaubt, andere Glaubensrichtungen auszuüben. Verlässt ein Muslim den Islam ist das Gotteslästerung. Tun sie nicht Buße, sollen sie getötet werden“. Und im Dezember 2016 sagte der Verteidigungsminister: „Die Regierung der Malediven hat alle nötigen Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass die Malediven zu 100 Prozent muslimisch bleiben. Ein wichtiger Schritt zum Schutz der Religion auf den Malediven besteht darin, den Islam als Staatsreligion in der Verfassung zu verankern. Jeder ist nur dann ein Malediver, wenn er an Allah glaubt. Gesetze, die dem Islam widersprechen, dürfen auf den Malediven nicht verabschiedet werden. Deshalb wird der Islam auf den Malediven sehr gut geschützt“.

Familienleben: Artikel 9(d) der Verfassung legt fest, dass ein Nicht-Muslim kein Staatsbürger der Malediven werden darf. Dementsprechend können Malediver, denen der Glaube an Jesus Christus zur Last gelegt wird, ihre Staatsbürgerschaft verlieren und nach den Gesetzen der Scharia bestraft werden. Da jeder Malediver Muslim sein muss, ist eine Registrierung für Konvertiten gänzlich ausgeschlossen. Ausländischen Christen ist es verboten, religiöse Handlungen (wie christliche Hochzeiten, Beerdigungen und Taufen, wobei letztere nur unter äußerster Geheimhaltung erfolgen können) in der Öffentlichkeit abzuhalten. In Artikel 36(c) der Verfassung heißt es: „Das Bildungssystem ist bestrebt, Gehorsam und Liebe zum Islam zu vermitteln.“ Kinder von ehemaligen Muslimen müssen zum Islamunterricht, während die Kinder christlicher Ausländer davon befreit sind. Die einheimische Menschenrechtsorganisation Maldivian Democracy Network beschrieb in einem Bericht aus dem Jahr 2015, dass islamische Schulbücher Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit schürten und den „Dschihad“ bzw. den Krieg gegen alle, die angeblich den Islam „behindern“, verherrlichten. Ehemalige Muslime entscheiden sich häufig dafür, ihren neuen Glauben nicht mit ihren Kindern zu teilen, aus Angst, diese könnten anderen versehentlich vom Glaubenswechsel der Eltern erzählen. Wenn christliche Konvertiten entdeckt werden, werden sie häufig unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen und verlieren sowohl das Sorgerecht für ihre Kinder als auch ihre Erbrechte. Darüber hinaus werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit von ihren Familien isoliert.

Gesellschaftliches Leben: Die gesellschaftliche Kontrolle ist auf den Malediven extrem stark, da die Bevölkerungsdichte, besonders in der Hauptstadt Malé, eine der höchsten in der Welt ist. Christlichen Arbeitsmigranten ist es nicht erlaubt, ihren Glauben öffentlich zu praktizieren und ausländische Christen muslimischer Herkunft haben praktisch keine Privatsphäre. Stattdessen versuchen ihre Arbeitskollegen sie mit Druck zum Islam zu bekehren. Sie versuchen ihnen zu beweisen, dass Jesus nicht der Erlöser sei. Dafür setzen sie teils sogar Geld ein oder stellen eine Beförderung in Aussicht.

In ihrem Bemühen, ihren Glauben zu verstecken, versuchen Christen muslimischer Herkunft, sich möglichst an die Menschen um sich herum anzupassen. Dies schließt sowohl ihre Kleidung ein als auch Besuche in der örtlichen Moschee. Jeder Einheimische, der die Moschee nicht besucht, wird zur Rede gestellt. Ausländische Christen haben mehr Freiheit, aber es gibt Zeiten, in denen sie sich anpassen müssen, zum Beispiel während des Ramadan, bei dem sie in der Öffentlichkeit nichts trinken und essen dürfen.

Leben im Staat: Die Verfassung und andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein. Die Verfassung erklärt den sunnitischen Islam zur offiziellen Staatsreligion – mit Verweis darauf, dass das Land zu „100 Prozent" muslimisch sei. Die Regierungsvorschriften basieren auf dem islamischen Recht. Darauf sind die Malediven nicht wenig stolz. Eine der Vorschriften lautet: „Es ist illegal, eine andere Religion außer dem Islam zu verbreiten." Strafen für Verstöße bewegen sich von Hausarrest bis hin zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis, abhängig von der Schwere des Vergehens. Ist der Schuldige ein Ausländer, wird er in der Regel abgeschoben. Jegliche Meinungen, die der gängigen Auffassung vom Islam widersprechen (sogar moderate islamische Stimmen) erfahren harsche Kritik und sogar Gewalt. Besonders jetzt, wo das „Verleumdungsgesetz" in Kraft getreten ist, das eine eigene Klausel gegen anti-islamische Äußerungen beinhaltet, ist die Redefreiheit der Christen noch stärker eingeschränkt und ein Verstoß kann bis zu sechs Monate Gefängnis nach sich ziehen.

2017 veröffentlichte die „Maldives Broadcasting Commission" (MBC) einen Bericht über eine Beschwerde, die gegen eine Aussage des Präsidenten Yameen vom 1. Mai 2016 eingereicht wurde. Damals sagte er „Wir sind nicht Allahs Zweitsöhne, sondern wir sind Menschen wie in jedem anderen Land auch." Laut Beschwerde seien Yameens Worte unislamisch, da die Behauptung, Gott habe Kinder, laut Islam eine Gotteslästerung ist. Interessanterweise berichtete die MBC, dass das Islamministerium diese Aussage als Widerlegung für Juden und Christen verstanden habe, die glaubten, Gott habe Kinder gezeugt, die „damit beschäftigt sind, den Fortschritt und die Weiterentwicklung der Malediven zu behindern." Daher, so die Kommission, habe diese Aussage nicht gegen die Veröffentlichungsvorschriften verstoßen.

Kirchliches Leben: Für Malediver ist es illegal, Christ zu werden. Ganz zu schweigen davon, sich als Kirchengemeinde zu versammeln. Ausländische Christen haben etwas größere Freiheit, solange sie ihren Glauben nicht öffentlich leben. Es ist vorgekommen, dass öffentliche Versammlungen von Christen rigoros aufgelöst wurden. Ausländische Gemeinden werden aus Angst davor überwacht, dass sie die Einheimischen evangelisieren könnten. Im Dezember 2015 erließ die Regierung ein Verbot, weihnachtliche Feiern in Gästehäusern der bewohnten Inseln abzuhalten mit der Begründung, dass dies gegen den Islam und die maledivische Kultur verstieße.

Die „Lokale Regierungsbehörde" (LGA) – unter der Leitung von Heimatminister Umar Naseer – wandte sich mit einem Schreiben an die Präsidenten der Inseln, an die Atollräte und die Bürgermeister von Malé und Addu mit der Bitte, die Besitzer von Gästehäusern aufzufordern, keine weihnachtlichen Feiern für Touristen abzuhalten. In dem Brief hieß es, dass die Weihnachtszeit eine Hauptsaison für den Tourismus sei und der Behörde bekannt geworden sei, dass „Touristen zu Weihnachten Feierlichkeiten auf den Malediven durchführten". Nicht-islamische Literatur wird als Schmuggelware angesehen und muss bei der Einreise am Zoll angegeben werden. Demnach können christliche Schriften nicht importiert oder gar innerhalb des Landes produziert werden. Die Ausbildung christlicher Leiter ist undenkbar und christliche Gemeinschaften dürfen keine ausländischen Gemeindearbeiter anstellen.

Auftreten von Gewalt: Aufgrund von Sicherheitserwägungen gibt es hierzu keine detaillierten Informationen. Es wurde im Berichtszeitraum vom WVI 2018 von Vorfällen berichtet, dass bei der Einreise Bibeln konfisziert wurden. Auch wurden Christen festgenommen und abgeschoben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Malediven entwickeln sich immer mehr zu einem unruhigen Land. Gesellschaftliche Freiheiten werden nach und nach eingeschränkt. Dazu gehören auch (soziale) Medien, wie die schockierende Ermordung des bekannten Bloggers Yameen Rasheed im April 2017 in der Hauptstadt Malé zeigte. Mit der Tatsache, dass die Regierung den Islam auch weiterhin unter Schutz stellt und dies auch immer wieder betont, ist offensichtlich, dass sich die Situation religiöser Minderheiten, und besonders die der Christen, noch verschlechtern wird.

Die jüngere Generation der Inselbewohner fühlt sich laut eines Berichts der Weltbank vom Oktober 2014 immer mehr „entrechtet und ausgeschlossen“ und „abgeschnitten vom Gesellschaftsgefüge“. Die wachsende Globalisierung, das Internet und wirtschaftliche Expansion haben „jungen Frauen und Männern da draußen eine Welt gezeigt, die neue Vorstellungen und Werte mit sich bringt und ihnen sehr stark bewusstmacht, was sie alles erreichen können“, so der Report. „Doch sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche sind mit den Fesseln der begrenzten Inselwirtschaft konfrontiert, sie werden kaum gefördert, und es fehlt gesellschaftliches Engagement. Sie haben mit strengen Verhaltensnormen und immer konservativer werdenden Werten zu kämpfen und wachsen in einem unzureichenden Bildungs- und Berufsbildungssystem heran, das sie nur unzureichend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet.“ Der Bericht argumentiert, diese Probleme verwehrten vielen jungen Malediven den „Eintritt ins Erwachsensein“. Diese sozialen Probleme führen zu einer wachsenden Radikalisierung. Das belegen die Zahlen der Malediver, die sich den Kämpfen im Irak und in Syrien angeschlossen haben. Ein Beobachter bezeichnet die Malediven sogar als ein „an den Terrorismus verlorenes Paradies“. Auch wenn das vielleicht etwas übertrieben ist, so haben die Malediven doch eine der höchsten pro-Kopf-Quoten von Terroristen, die im Ausland kämpfen. Die Regierung ist sich der Bedrohung zwar äußerst bewusst, doch setzt sie weiterhin auf eine schwere Bestrafung derer, die es wagen, interne Staatsangelegenheiten dieser Art zu veröffentlichen, wie geschehen im Juni 2017. Zudem betont die Regierung gerne den Status, „100 Prozent muslimisch“ zu bleiben, weiterhin zu beschützen. Sowohl der Verteidigungsminister als auch der Präsident äußerten sich im November 2017 dahingehend, die Malediven seien das Ziel „ideologischer Kreuzzüge“ gegen den Islam.

Es gibt noch eine große Frage, mit der die Malediven konfrontiert sind, nämlich ihre Beziehung zu Saudi-Arabien. Dies hat mit der wachsenden Islamisierung des Landes zu tun, denn häufig kommt das Geld für die großen Projekte aus dem saudischen Königreich. In Vorbereitung auf einen Besuch des saudischen Königs auf den Malediven im März 2017 hieß es, die Regierung habe Pläne, das Faafu-Atoll für eine Summe von zehn Milliarden US-Dollar zu verkaufen, damit Saudi-Arabien es zu einem Äquivalent der französischen Riviera entwickeln könne. Allerdings hat diese durchgesickerte Information den König scheinbar so verstimmt, dass er seinen Besuch verschoben hat. Es wird sich noch herausstellen müssen, ob die Beziehung zu diesem starken Sponsor beeinträchtigt bleiben wird. Nimmt man diese Information mit den politischen Unruhen zusammen, wird deutlich, dass die Verfolgungstriebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig beeinflussen.

zurück zur Länderübersicht

Nigeria: Platz 14

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Feindschaft gegenüber Christen wird häufig durch extremistische islamische Lehren und deren Ausübung geschürt. Das wird durch die Tatsache verstärkt, dass der Islam die dominierende Religion im nördlichen Teil Nigerias ist, während im Süden das Christentum vorherrscht. Die Rivalität zwischen ethnischen Gruppen im Süden und Norden hat häufig Nebeneffekte, die zur Verfolgung von Christen beitragen. Besonders im nördlichen Nigeria und dem zentralen Gürtel des Landes sind extremistische bewaffnete Gruppen, wie Boko Haram und die muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten, besonders aktiv bei der Verfolgung von Christen. Das Auftreten von Gewalt im zentralen Gürtel des Landes deutet darauf hin, dass sich die gewaltsame Verfolgung im Land südwärts ausbreitet. Weiterhin gibt es Korruption auf allen Regierungsebenen. Kriminelle Gruppen sind häufig nach ethnischen Gesichtspunkten organisiert und in Menschen- und Drogenhandel involviert; dabei kommt es auch gelegentlich zur Verfolgung von Christen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die meisten Christen im südlichen Teil des Landes leben in einer Umgebung, in der Glaubensfreiheit respektiert wird. Jedoch leiden Christen im Norden und im zentralen Gürtel Nigerias unter der von militanten islamischen Gruppen ausgeübten Gewalt. Eine Folge dieser Gewalt ist oftmals der Verlust von Menschenleben, Körperverletzungen sowie der Verlust von Eigentum durch Enteignung; sie verlieren beispielsweise ihr Land und ihre Erwerbsquellen. Christen im nördlichen Nigeria, besonders in den Scharia-Staaten, werden diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Christen mit muslimischem Hintergrund erleben zudem die Zurückweisung durch ihre eigenen Familien und den Druck, ihren christlichen Glauben aufzugeben.

Korruption hat das Land geschwächt und dafür gesorgt, dass es schlecht ausgerüstet ist, um Christen vor Gewalt durch Gruppen wie Boko Haram zu schützen. Manchmal werden Kirchengemeinden sogar als Instrument zur Geldwäsche genutzt. Für Kirchengemeinden, die mit solchen kriminellen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden (indem sie zum Beispiel Spenden von Kriminellen empfangen) endet es häufig derart, dass sie zu einer Zielscheibe verbrechensbezogener Gewalt werden.

Beispiele:

- Ein Überfall auf fünf Dörfer im Regierungsbezirk Kauru im Staat Kaduna im zentralen Gürtel Nigerias, in denen hauptsächlich Christen wohnen, brachte den Tod von 45 Menschen mit sich. Der Angriff fand im November 2016 statt und man nimmt an, dass er von Hausa-Fulani Viehhirten durchgeführt wurde. Die Täter, die den Anschlag verübten, brannten mehr als hundert Häuser einschließlich acht Hauskirchen nieder.
- Bei einem Überfall im Dorf Ancha Bassa im Plateau-Staat wurden am 7. September 2017 20 nigerianische Christen durch bewaffnete Angreifer getötet. Man geht davon aus, dass muslimische Viehhirten aus dem Stamm der Hausa-Fulani die Täter sind.

- Am 20. Juli 2017 wurde eine Kirche in der Stadt Onitsha in Südnigeria von Bewaffneten angegriffen, die 12 Menschen töteten und 18 weitere verletzten. Man nimmt an, dass der Angriff in Verbindung zu einem Bandenkrieg steht, in den ein wohlhabender Spender der Kirche verwickelt ist.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 77 Punkten belegt Nigeria Platz 14 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Damit ist die Punktzahl im Vergleich zum Vorjahr um einen Punkt gesunken.
In den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“ hat das Ausmaß an Gewalt und Druck gegen Christen etwas abgenommen, insgesamt gesehen ist er aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau in allen Lebensbereichen. Besonders Christen in vornehmlich muslimischen Gemeinschaften im Norden erfahren Verfolgung in ihrem Alltag. Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ stieg auf 16,5 Punkte, was fast dem Maximalwert entspricht. Trotz des relativen Rückgangs der Gewalt gegen Christen durch Boko Haram gab es anhaltende Gewalt gegen Christen in den zentralen Landesteilen, ausgeübt von muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Verfolgung von Christen in Nordnigeria wird meistens mit Boko Haram in Verbindung gebracht. Das Verfolgungsmuster ist insgesamt jedoch viel komplexer und darf nicht auf gewaltsame Übergriffe und Ermordungen von Christen (und gemäßigten Muslimen) seitens militanter islamistischer Gruppen reduziert werden. Das trifft besonders auf die 12 nördlichen Scharia-Bundesstaaten zu, in denen lokale Behörden und die Gesellschaft den Christen kaum Raum zum Ausleben ihres Glaubens lassen. Die in den 1980er Jahren begonnene Entwicklung während der gewalttätigen Maitatsine-Aufstände, hat sich 2001 mit der Einführung der Scharia, der islamischen Rechtsprechung, fortgesetzt. Die Christen wurden mehr und mehr Ziel gewalttätiger Übergriffe von Dschihadisten. Davon angetrieben hat Boko Haram in den letzten Jahren einen systematischen Kampf gegen den nigerianischen Staat geführt. Ideologie, Rhetorik und Handlungen waren dabei spezifisch gegen Christen gerichtet. Ihr Ziel war und ist es, einen islamischen Staat zu errichten. Mit der für den extremistischen Islam typischen Rhetorik hat Boko Haram im August 2014 in Gwoza (Bundesstaat Borno) ein Kalifat ausgerufen. Die Ausweitung des Kalifats wurde zwar von Regierungstruppen gestoppt, doch haben noch immer Tausende (besonders Christen) unter der Gewalt von Boko Haram zu leiden. Dadurch wächst in der ganzen Region, wenn nicht sogar im ganzen Land, das gegenseitige Misstrauen zwischen Christen und Muslimen.

Andere islamische Angreifer, gemeinhin als Hausa-Fulani Viehhirten identifiziert, verüben (häufig nachts) Überfälle auf Dörfer im zentralen Gürtel des Landes, bei denen ebenfalls viele Unschuldige – auch Frauen und Kinder – zu Opfern werden. Berichten zufolge gibt es Bestrebungen der Regierungen in Benue, Kaduna, Nasarawa und Taraba, Weideplätze für die Hausa-Fulani auszuweisen. Damit würden den einheimischen Christen beträchtliche Ländereien genommen. Viele christliche Kommunen würden ihrer Häuser und Felder und somit ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Ethnische begründete Anfeindungen: Es gibt Hinweise darauf, dass „Ethnisch begründete Anfeindungen“ zu Gewalt gegen Christen in Teilen Nigerias führten. Obwohl diese außerhalb des Berichtszeitraums für den WVI 2018 liegen, gibt es beispielsweise Berichte von gewaltsamen Übergriffen auf Kirchen und Priester durch Animisten. Es gibt zudem Studien, die Feindseligkeiten und Konflikte zwischen Anhängern der traditionellen afrikanischen Religionen und Christen im südöstlichen Teil Nigerias bestätigen. Da die traditionellen Religionen oft ethnisch-spezifisch sind und die kulturellen Traditionen der jeweiligen ethnischen Gruppen lebendig halten, werden die Feindseligkeiten gegenüber Christen teilweise durch Ethnisch begründete Anfeindungen hervorgerufen. Aufgrund der Tatsache, dass ethnische Konfliktlinien die religiöse Teilung des Landes widerspiegeln, begünstigen diese Anfeindungen die allgemeine Verfolgung von und Gewalt an Christen in Nigeria. Die Sezessionsbewegung im Südosten Nigerias scheint die Situation zu verschärfen. Im Juni 2017 stellte eine Gruppe namens Beratendes Forum von Arewa (Arewa Consultative Forum – ACF) ein Ultimatum an die ethnischen Igbos, die im Norden leben (die meisten von ihnen sind Christen). Sie forderten, dass die Igbos das nördliche Nigeria verlassen und innerhalb von drei Monaten in ihre Heimatstaaten zurückkehren sollten. Die Gruppe verkündete ebenfalls, sie habe die Absicht, alle Besitztümer der Igbos in Nordnigeria zu konfiszieren.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Es gibt eine Bedrohung für Christen seitens organisierter krimineller Netzwerke, die unter anderem in Vorfälle von Erpressung und Entführungen involviert sind. Die allgegenwärtige Korruption im Land hat ebenso mit dazu beigetragen, dass nigerianische Sicherheitskräfte nur sehr schwach und uneffektiv auf die Gefahren reagieren, denen sich Christen, die von Boko Haram oder den Hausa-Fulani Viehhirten bedroht werden, gegenübersehen. Es gibt auch Bereiche der Kriminalität, die die Kirchengemeinden direkt betreffen. Im Süden des Landes sind Christen gezielte Opfer für Ermordungen durch kriminelle Gruppen.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Bewaffneten Gruppen, wie Boko Haram, oder militante Gruppen, die man als muslimische Hausa-Fulani Viehhirten bezeichnet, sind die hauptsächlichen Christenverfolger in Nigeria. Diese Gruppen sind verantwortlich für die meisten gewaltsamen Übergriffe, wie die Ermordungen und Vertreibungen von Christen in Nordnigeria und im zentralen Gürtel des Landes zeigen. Zusätzlich zu diesen Gruppen sind im nördlichen Teil des Landes auch Beamte und Politiker – insbesondere auf Staatsebene –verantwortlich für Verfolgung, denn hier wurde die Scharia als Landesgesetz eingeführt. Normale Bürger, besonders die unmittelbare Familie und erweiterte Verwandtschaft von Christen mit muslimischem Hintergrund, gehören auch zu den Verfolgern.

Ethnisch begründete Anfeindungen: In vielen Teilen Nigerias, insbesondere im Norden, spiegeln ethnische Konfliktlinien die religiöse Teilung des Landes wider. Die Haupttriebkräfte der Verfolgung, die „Ethnisch begründete Anfeindungen“ zur Folge haben, gehen sowohl von normalen Bürgern als auch von religiösen Leitern (die gleichzeitig auch als traditionelle Leiter ethnischer Gruppen fungieren) aus. Auch bewaffnete Gruppen, wie die Hausa-Fulani, spielen eine wichtige Rolle. Die Politik Nigerias wird stark durch Ethnizität beeinflusst und als Resultat tragen Politiker und politische Parteien indirekt zur Straffreiheit bei, die die gewalttätigen Verfolger genießen. (Präsident Buhari beispielsweise gehört der Ethnie der Fulani an.)

Organisiertes Verbrechen und Korruption:
Korrupte Staatsbeamte und organisierte kriminelle Netzwerke sind im Drogenhandel involviert. In einigen Gegenden im Süden Nigerias versuchen kriminelle Gruppen sogar, Kirchen als bequemes Mittel zur Geldwäsche zu nutzen. Als Folge davon werden Kirchen und Christen in die Konflikte und Gewalt dieser Gruppierungen verstrickt.

Hintergrund

Am 29. Mai 2015 wurde Muhammadu Buhari als vierter Präsident seit Einführung der neuen nigerianischen Verfassung vereidigt. In seiner Rede zum Amtsantritt versprach er, dem Land zu wachsendem Wohlstand zu verhelfen, sowie gegen Korruption und Boko Haram vorzugehen. Diese beschrieb er als „gottlose Gruppe ohne Verstand, die so weit weg vom Islam ist, wie man es sich nur vorstellen kann". Tatsächlich war die nigerianische Armee relativ erfolgreich darin, die von Boko Haram besetzten Gebiete zurückzuerobern. Trotz des Erfolgs im Kampf gegen Boko Haram, welche maßgeblich für die Gewalt gegen Christen in den letzten Jahren verantwortlich war, bleibt die anhaltende Gewalt gegen Christen im zentralen Gürtel Nigerias ein großer Grund zur Sorge. Wie von der Open Doors-Forschungsabteilung World Watch Research (WWR) im Jahr 2015 berichtet, hat sich im zentralen Gürtel Nigerias im Schatten von Boko Haram eine Gewaltspirale entwickelt: Angriffe der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und von Siedlern haben zum Tod tausender Christen und zur Zerstörung hunderter Kirchen und Gemeindegebäude geführt.

Nicht überall in Nigeria erleben Christen Verfolgung durch Islamische Unterdrückung. Unter dem Aspekt „Auftreten von Gewalt gegen Christen" kann Nigeria in verschiedene Gebiete eingeteilt werden:

- Der Norden (19 Staaten und das Gebiet der Bundeshauptstadt Abuja) ist überwiegend muslimisch, wobei die Christen in den Staaten im zentralen Gürtel des Landes in der Mehrheit sind. Große Teile des zentralen Gürtels wurden mittlerweile Teil der zwölf sogenannten „Scharia-Staaten" des Nordens. In Nord-Kaduna beispielsweise ist die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch, in Süd-Kaduna christlich. Die Verwaltung von Kaduna ist allerdings überwiegend muslimisch.
- Der Süden (17 Staaten) ist überwiegend christlich, wobei der Südwesten (Yoruba) eine große muslimische Bevölkerung hat.

Nigeria ist eines der komplexesten Länder des Kontinents. Die Verfolgung der Christen geht in einigen Staaten mit Kämpfen um Rohstoffe einher. Laut Berichten von Menschenrechtsaktivisten untersucht die Regierung nur selten Morde und Misshandlungen von Christen durch islamische Extremisten-Gruppen oder durch Einzeltäter. Damit vernachlässigt die Regierung ihre in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Universal Declaration of Human Rights, UNDHR) und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (International Covenant on Civil and Political Rights, ICCPR) festgelegten internationalen Verpflichtungen. Hinzu kommt, dass Boko Haram vielen Berichten zufolge alles daran setzt, einen offenen Krieg zwischen Muslimen und Christen auszulösen.

Außer Christen sind auch schiitische Muslime im Norden Nigerias der Verfolgung ausgesetzt und erleben gewaltsame Angriffe durch Sunniten. Auch die Zeugen Jehovas bilden in Nigeria eine Minderheit, die vor allen Dingen im Norden des Landes Diskriminierung und Gewalt erleben.

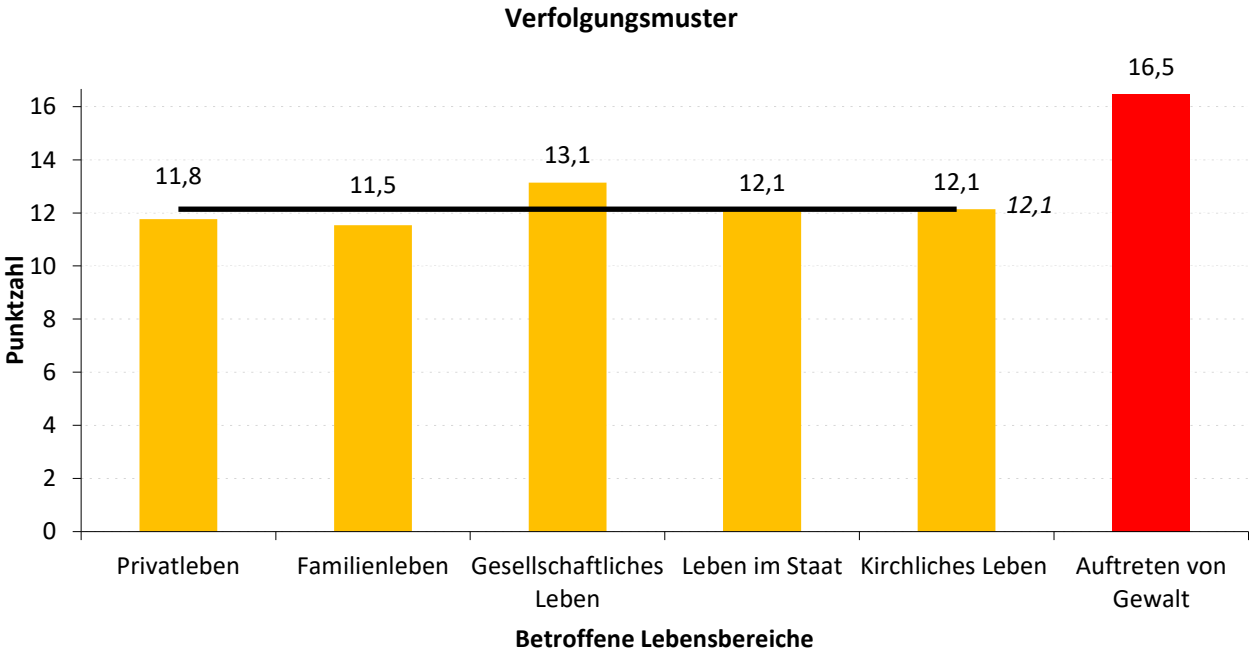
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören römisch-katholische und protestantische Kirchenmitglieder wie Anglikaner, Methodisten und Lutheraner. Aufgrund der Angriffe von Boko Haram war erwartet worden, dass die Anzahl der Christen abnimmt. Obwohl es zutrifft, dass die meisten der Getöteten, Vertriebenen und Geflohenen Christen sind, gibt es Anzeichen dafür, dass die christliche Bevölkerung dennoch gewachsen ist. So hat die Römisch-Katholische Kirche neue Diözesen gegründet und die Anzahl protestantischer Christen wächst Untersuchungen zufolge schneller als erwartet.

Christen muslimischer Herkunft: Es gibt in Nigeria Gemeinschaften von Christen mit muslimischem Hintergrund. Besonders in den nördlichen Scharia-Staaten ist eine Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben gefährlich und kann viele Schwierigkeiten nach sich ziehen, wie zum Beispiel Morddrohungen, Prügelattacken oder Festnahmen. Ein Beispiel ist Aliyu, 24, der im Bundesstaat Plateau zum Christentum konvertierte und aus seinem Heimatdorf flüchten musste, da er aufgrund seines Glaubens von Verwandten und Nachbarn Morddrohungen erhielt (wie bereits im Januar 2016 berichtet).

Christen aus protestantischen Freikirchen: Die Anzahl evangelikaler und pfingstkirchlicher Gemeinschaften in Nigeria wächst. Sie machen mittlerweile gut 20 Prozent der nigerianischen Gemeinde aus, Tendenz steigend. In vielen der nördlichen Staaten erleben sie die gleichen Härten wie andere Christen, einschließlich gewalttätiger Angriffe auf ihr Leben und Eigentum seitens militanter Gruppierungen und Diskriminierung durch örtliche Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nigeria

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Im Allgemeinen ist der Durchschnittswert für den Druck auf Christen in Nigeria mit einem Wert von 12,1 sehr hoch. Im Vergleich zum letzten Jahr (12,3) sank der Durchschnittswert leicht ab.
- Die Verfolgung in Nigeria ist in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat” höher als in den anderen Lebensbereichen. Grund dafür ist der Einfluss intoleranter extremistischer islamischer Gruppierungen in den Scharia-Staaten im Norden Nigerias. Christen, die in mehrheitlich muslimischen Gemeinschaften im Norden des Landes leben (vor allem in ländlichen Gebieten), sind gefährdeter, in ihrem Alltagsleben Druck und Verfolgung zu erleben.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist von 16,1 im vergangenen Jahr auf einen aktuellen Wert von 16,5 angestiegen. Obwohl es eine relative Abnahme der Gewalt gegen Christen durch Boko Haram gab, ist durch die beständigen Angriffe der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten die Punktzahl fast auf den Maximalwert angestiegen.

Privatleben: Besonders in den Staaten Bauchi, Gombe, Yobe und Borno werden immer mehr Christen unter Druck gesetzt, Symbole ihres Glaubens oder auch Bibeln nicht offen zu zeigen. Im Gebiet Ganye und Jada sowie weiten Teilen von Borno und Yobe kleiden sich Christen mittlerweile sogar wie Muslime und verbergen christliche Gegenstände oder Schriften, um nicht gelyncht zu werden.

Familienleben: Die Unterdrückung aus Glaubensgründen ist in den Scharia-Staaten besonders stark ausgeprägt, findet sich jedoch auch in den benachbarten Staaten. Sie beeinträchtigt das Familienleben und das gesellschaftliche Leben der Christen sehr stark. So dürfen sie ihre Verstorbenen nicht auf dem öffentlichen Friedhof beisetzen. Christliche Mädchen stehen ständig in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden.

Gesellschaftliches Leben: Verfolgung im gesellschaftlichen Leben ist vor allem in den nördlichen Gebieten Nigerias ein Problem, besonders in den Scharia-Staaten. Dort werden Kinder von Christen in staatlichen Schulen gezwungen, besonders in den Grund- und Mittelschulen, am Islamunterricht teilzunehmen. Christlichen Jugendlichen wird der Zugang zu weiterführenden Schulen oder Hochschuleinrichtungen im Norden Nigerias verweigert, besonders wenn diese Einrichtungen einen hohen akademischen Standard haben, gut ausgestattet sind und über ausreichend Geldmittel verfügen. Christen im Norden Nigerias werden in den Ausbildungseinrichtungen oft als Bürger zweiter Klasse betrachtet und dementsprechend behandelt. Christliche Kommunen im nördlichen Nigeria werden von der Regierung meist vernachlässigt in Bezug auf humanitäre Hilfeleistungen, obwohl sie aufgrund von Gewalt durch Boko Haram vertrieben wurden.

Leben im Staat: Auch in diesem Lebensbereich konzentrieren sich die Probleme vor allem auf die nördlichen Regionen. Auf dem Arbeitsmarkt wird Christen trotz nachgewiesener Qualifikationen die Einstellung verweigert; anderen werden Arbeitsstellen unter der Bedingung angeboten, dass sie ihren christlichen Glauben aufgeben. In den nördlichen Scharia-Staaten leben die Christen in ständiger Angst angesichts eines unberechenbaren Umfelds: Vertreter der örtlichen Behörden setzen sie immer wieder unter Druck, manchmal mit Hilfe der „Hisba“ (Scharia-Polizei) und Da’awa (islamische Missionare). In den Nordstaaten, in denen die Scharia nicht eingeführt wurde, ist der Druck vergleichsweise etwas weniger ausgeprägt, doch Christen erleben trotzdem Diskriminierungen von Seiten des Staates und haben Schwierigkeiten, Arbeitsstellen im öffentlichen Bereich zu finden.

Kirchliches Leben: Gemeinden im Norden haben erhebliche Schwierigkeiten, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren. Es besteht immer die Gefahr, dadurch die Aufmerksamkeit der islamischen Gemeinschaft zu erregen, was zu Gewaltausbrüchen gegen alle Kirchen im gesamten Umkreis führen könnte. Es gibt vermehrt Übergriffe islamischer Extremisten auf Pastoren, um das Wachstum der Kirchen zu stoppen.

Auftreten von Gewalt: Wie auch in den letzten Jahren, war die Gewalt gegen Christen in Nigeria im Berichtszeitraum für den WVI 2018 äußerst hoch. Eine beunruhigende Entwicklung in diesem Zusammenhang ist die Ausweitung der Gewalt in Richtung Süden. Dies behindert christliche Gemeinschaften nicht nur, teilweise werden Gemeinden in den Gebieten, die als zentraler Gürtel Nigerias bezeichnet werden, sogar entwurzelt. Die Haupttäter gewaltsamer Angriffe gegen Christen sind bewaffnete Männer, die gemeinhin als Hausa-Fulani Viehhirten bezeichnet werden. Diese Angriffe führten zu Tod, Enteignung und Vertreibung Tausender von Christen.

Weitere Beispiele:

- Ein Überfall auf fünf Dörfer im Regierungsbezirk Kauru im Staat Kaduna im zentralen Gürtel des Landes, in denen hauptsächlich Christen wohnen, brachte den Tod von 45 Menschen mit sich. Der Angriff fand im November 2016 statt, und man nimmt an, dass er von Hausa-Fulani Viehhirten durchgeführt wurde. Die Täter, die den Anschlag verübten, brannten mehr als hundert Häuser einschließlich acht Hauskirchen nieder.
- Bei einem Angriff im Dorf Ancha Bassa im Plateau-Staat wurden am 7. September 2017 20 Christen getötet. Man geht davon aus, dass muslimische Viehhirten aus dem Stamm der Hausa-Fulani die Täter sind.
- Am 20. Juli 2017 wurde eine Kirche in der Stadt Onitsha in Südnigeria von Bewaffneten angegriffen, die 12 Menschen töteten und 18 weitere verletzten. Man geht davon aus, dass der Angriff in Verbindung zu einem Bandenkrieg steht, in den ein wohlhabender Spender der Kirche verwickelt ist.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Häufig werden Frauen und Mädchen entführt und müssen sexuelle Angriffe und Vergewaltigungen ertragen. Das ist die übliche Vorgehensweise von Boko Haram und auch der muslimischen Hausa-Fulani. Viele der Frauen und Mädchen werden zu einer Ehe mit Nichtchristen gezwungen. Die Tatsache, dass es in einigen Staaten Gesetze gibt, die die Eheschließung von Minderjährigen erlauben (ebenso wie die Existenz von kulturellen und religiösen Normen, die Mädchen davon abhalten, in die Schule zu gehen) trägt zu diesem Problem bei. Die Verfolgung von Frauen und Mädchen hat zerstörerische Auswirkungen auf die christliche Kirche und die christlichen Familien. Zusätzlich zu der starken emotionalen Belastung und den sozialen Kosten, die diese Verfolgung mit sich bringt, ist auch das wirtschaftliche Auskommen der Gemeinschaften betroffen, vor allem in Gemeinschaften, in denen Witwen die Hauptverdiener der Familien sind.

Männer: Häufig wurden christliche Männer und Jungen besonders im nordöstlichen Teil des Landes, wo Boko Haram aktiv ist, ins Visier genommen. Viele wurden angegriffen, entführt und gezwungen, sich der militanten Gruppe anzuschließen. Solche Angriffe haben eine verheerende Wirkung auf die Kirche und die christlichen Familien.

8. Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Da die nigerianische Armee im Kampf gegen Boko Haram erfolgreich scheint, überfällt die Gruppe nun häufiger Nachbarländer wie Niger, den Tschad und Kamerun. Sollten sich Nigeria und andere Länder der Region zu früh zum Sieg über Boko Haram gratulieren, könnte dies der Gruppe die Möglichkeit verschaffen, sich neu zu formieren und weiterhin Anschläge auf Christen in Nigeria und anderen Ländern der Region auszuüben. Daher ist die Situation von Christen im Norden Nigerias teilweise davon abhängig, ob Nigerias Regierung und die anderen Länder der Region den Kampf gegen Boko Haram fortführen werden, ohne einzulenken.

Im Norden Nigerias lebt eine hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen, unter ihnen viele Christen, die entweder durch die Schreckensherrschaft von Boko Haram oder durch die brutalen Attacken der Hausa-Fulani Viehhirten (die von örtlichen Behörden gedeckt werden) vertrieben wurden. Viele erhalten keinerlei Unterstützung durch nationale oder internationale Hilfsorganisationen. Ihre Lage ist Ausdruck der Übermacht der Verfolger sowie der Schutzlosigkeit der Verfolgten in dieser Region und lädt wegen ausbleibender Strafverfolgung zu weiteren Übergriffen ein. Die Furcht der verfolgten Christen nimmt beständig zu. Diese Spirale der Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn die internationale Weltgemeinschaft mit Nothilfe und anderen Maßnahmen eingreift.

Islamische Unterdrückung und Ethnisch begründete Anfeindungen werden wahrscheinlich auch in Zukunft in Nigeria fortbestehen. Die Mischung dieser Triebkräfte der Verfolgung wird den Norden Nigerias auch weiterhin zu einem gefährlichen Ort für Christen machen. Die Regierung war bisher zurückhaltend, was Maßnahmen gegen die Gewalt der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und Siedler angeht, die um die Kontrolle der zentralen Landesteile kämpfen. Da die nächsten Wahlen bereits 2019 anstehen, wird dies signifikante Auswirkungen auf das Land Nigeria haben. Es besteht die Gefahr, dass Ethnie und Religion für Wahlkampagnen instrumentalisiert werden. Andererseits könnte die Wahl die regierende Partei und den Präsidenten offener für die Nöte und Forderungen der Christen machen. Allerdings besteht auch das Risiko, dass eine verstärkte Mobilisierung der Wählerschaft auf Grundlage ethnischer Zugehörigkeit und Religion schon vor der Wahl im Jahr 2019 zur Realität wird, falls der erkrankte Präsident Buhari während seiner Amtszeit versterben sollte.

zurück zur Länderübersicht

Syrien: Platz 15

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Für Christen aller Kategorien sind militante islamische Gruppen eine deutliche Bedrohung. Die stärkste Verfolgung für Konvertiten vom Islam geht jedoch von der (Groß-)Familie aus. Regierung und Behörden schränken die Aktivitäten evangelischer Christen und Konvertiten ein, um aus ihrer Sicht jegliche Instabilität zu unterbinden. Es kommt zu Verhören und Überwachung. Initiativen dazu gehen manchmal von der Familie des Konvertiten oder auch von traditionellen Kirchen aus. Es gibt Hassreden gegen Christen durch islamische Führer. In von der Regierung kontrollierten Gebieten sind diese jedoch verboten. Geistliche Leiter des Islam üben direkt oder indirekt Druck auf Konvertiten aus, durch deren Familien oder Sicherheitskräfte.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Als Personen des öffentlichen Lebens stehen besonders Leiter der traditionellen Kirchen in Gefahr, entführt zu werden. Das gilt, wenn auch weniger stark, ebenso für Gemeinden der Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden. Sie sind bekannt für ihre Nähe zum Westen und verfügen oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft. Zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der ihr Anliegen öffentlich vorbringen kann. In den von extremistisch-islamischen Gruppen kontrollierten Gebieten sind die meisten historischen Kirchengebäude entweder zerstört oder zu Islamzentren umfunktioniert. Der christliche Glaube darf nicht öffentlich gezeigt werden. Kirchen und Klöster dürfen nicht repariert oder wiederaufgebaut werden, unabhängig davon, ob es sich um einen Kollateral- oder absichtlich herbeigeführten Schaden handelt. In von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es wegen des Krieges wenig Überwachung der Christen. Wofür eine Denomination, Kirchengemeinden und lokale Geistliche jeweils politisch stehen, hat großen Einfluss auf das Maß an Verfolgung und Unterdrückung, die sie von den Gruppen erfahren, die gegen Präsident Assad kämpfen.

Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien besonders unter Druck gesetzt, da ihr Abfall vom Islam große Unehre über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo sie riskieren, von ihren Familien verstoßen zu werden, oder Schlimmeres. Auf die Kurdengebiete trifft dies weniger stark zu, da kurdische Sunniten insgesamt weniger extremistisch ausgerichtet sind. Im Regierungsbezirk Nord-Aleppo gibt es sogar anerkannte kurdische Christengemeinden.

Beispiele:

- Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ nahm gegenüber dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 erheblich ab. Es liegen keine Berichte darüber vor, dass Christen wegen ihres Glaubens ermordet, zwangsverheiratet oder ihre Geschäfte und Unternehmen attackiert wurden (was nicht bedeutet, dass es solche Vorfälle nicht gegeben hat). Es ist anzunehmen, dass die Gewalt deshalb abnahm, weil die vom „Islamischen Staat“ (IS) kontrollierten Gebiete kleiner wurden.
- Wie im Vorjahr haben sich Christen wegen Verfolgung aus Glaubensgründen einen sichereren Ort im Land oder im Ausland gesucht. Davon betroffen waren hauptsächlich Konvertiten zum christlichen Glauben, aber auch andere Christen und letztere besonders in vom IS kontrollierten Gebieten.
- Eine Christin mit drusischem Hintergrund aus der Provinz Sweida im Süden Syriens versteckt sich derzeit im Libanon. Als sie Christin wurde, nahm ihr die Großfamilie die Tochter weg und drohte, sie umzubringen.
- Berichten zufolge wurden sechs Christen entführt, zwei Erzbischöfe sowie ein Priester gelten noch immer als vermisst. Andere kamen frei. Das sind: Zwei Leiter eines Dienstes, die unter Konvertiten aus dem Islam tätig waren und deren Entführung nur einen Tag währte. Des Weiteren eine Assyrerin aus dem Irak, die 2014 vom IS in Karakosch entführt und nach Angaben der „Syrian Democratic Forces“ im November 2017 in der Stadt Deir el-Zur befreit worden war. Sie war an verschiedene IS-Anhänger verkauft worden, durch die sie mehrfach Missbrauch verschiedener Art erleiden musste. Außerdem war sie gezwungen worden, Videos über Enthauptungen von Nichtmuslimen anzusehen. Durch tägliche Schläge sollte sie zum Islam gezwungen werden.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 76 Punkten belegt Syrien Platz 15 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Im Vorjahr belegte Syrien Rang 6 mit 86 Punkten. Der Hauptgrund für die Verbesserung ist die geringere Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“. Der Druck auf Christen in den unterschiedlichen Lebensbereichen bleibt jedoch auf sehr hohem Niveau. Es wurden weniger Vorfälle von Gewalt gegen Christen aus Glaubensgründen berichtet, auch deshalb, weil der „Islamische Staat“ (IS) immer weniger und kleinere Gebiete kontrolliert. Im Chaos des Bürgerkrieges war es zudem außerordentlich schwierig, zuverlässige Informationen zu erhalten. Das bedeutet also nicht, dass Gewalt gegen Christen aufgehört hätte; es kommt weiterhin zu Entführungen, physischem und sexuellem Missbrauch, und Christen fliehen ins Ausland oder innerhalb des Landes.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Kämpfer des IS und in geringerem Maß auch die Anhänger von Jabhat al-Nusra (Al Nusra Front) sowie anderer extremistischer Gruppierungen sind gegenwärtig die brutalsten Verfolger der Christen in Syrien. Vor dem Bürgerkrieg genossen Christen in Syrien ein vergleichsweise hohes Maß an Freiheiten. Das änderte sich mit dem Auftreten der islamisch-extremistischen Gruppierungen.

Ende Juni 2014 rief der IS sein Kalifat in weiten Teilen Syriens und des Irak aus und führte dort eine strikte Form der Scharia ein. Bereits im Februar 2014 waren Christen im syrischen Rakka gezwungen worden, einen „Dhimmi-Vertrag“ (Dhimmi = „Schutzbefohlener“ des Islam mit eingeschränkten Rechten; der Status verpflichtet zur Zahlung einer – oftmals extrem hohen – Kopfsteuer) zu unterzeichnen, eine deutliche Verletzung ihrer Glaubensfreiheit. Besonders in vom IS kontrollierten Gebieten hat sich die Gesellschaft schnell radikalisiert. Von dort sind die meisten Christen geflohen. Doch seit Beginn des Jahres 2016 hat der IS mehr und mehr Gebiete verloren und im Oktober 2017 sogar die Kontrolle über die selbsternannte Hauptstadt Rakka. Die Bedrohung durch Vergeltungsschläge des IS ist jedoch weiter präsent. „Islamische Unterdrückung“ ist auch in von der Regierung kontrollierten Regionen zu finden, und wird – wenn auch in schwächerer Form – von islamischen Leitern vorangetrieben.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die in Syrien herrschende Stammeskultur ist von der Loyalität dem eigenen Stamm oder der Familie gegenüber bestimmt. Dieses System strebt die Aufrechterhaltung traditioneller Werte und Normen für bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen an. Wie in vielen Ländern des Mittleren Ostens, ist die Stammeskultur stark vom Islam beeinflusst. Dies wirkt sich besonders auf Christen muslimischer Herkunft aus. Die Stärke dieser Verfolgungstriebkraft variiert je nach Größe einer Stadt und nach Region. Die kurdischen Gebiete im Norden sowie die Wüstenregion in der Landesmitte sind stärker betroffen.

Diktatorische Paranoia: Vor dem Bürgerkrieg waren die von „Diktatorischer Paranoia“ motivierten Verfolger meistens Regierungsbeamte. Der Staat überwachte damals beispielsweise Kirchengemeinden, um die Verkündigung auf politische Aussagen zu prüfen. Die Behörden versuchten auch den Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen oder jeden anderen Glauben zu verhindern, da Glaubenswechsel als Bedrohung für die gesellschaftliche Stabilität und Quelle für Konflikte zwischen Gruppierungen gesehen wurden. Während letzteres noch gilt, finden Überwachungen von Christen durch die Behörden kaum noch statt, da die Regierung sich ganz dem Kampf gegen die verschiedenen Oppositionsgruppen widmet. Aufgrund der Umstände des Krieges gibt es kaum Anstrengungen, die Glaubensfreiheit der Christen zu schützen. Im heutigen Syrien ist diese Triebkraft weniger bei der Regierung, sondern hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile von Syrien unter ihre Kontrolle gebracht haben und entschlossen sind, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Der Bürgerkrieg in Syrien hat jegliche behördliche Strafverfolgung beendet. Deshalb sind „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ weit verbreitet und betreffen sogar den Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe. Menschen nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu bereichern, beispielsweise auch durch Entführungen und Lösegeldforderungen. Als Geiseln werden Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften genommen. Für die Entführung von Christen gibt es finanzielle, aber auch politische und ideologische Motive. Sie stehen in dem Ruf, wohlhabend und regimetreu zu sein. Hinzu kommt, dass sie Teil einer besonders verwundbaren religiösen Minderheit sind.

Verfolger

Für Christen aller Kategorien sind militante islamische Gruppen wie der IS, al-Nusra und andere eine deutliche Bedrohung. Die stärkste Verfolgung für Konvertiten vom Islam geht jedoch von der (Groß-)Familie aus. Regierung und Behörden schränken die Aktivitäten evangelischer Christen und Konvertiten ein, um aus ihrer Sicht jegliche Instabilität zu unterbinden. Es kommt zu Verhören und Überwachung. Initiativen dazu gehen manchmal von der Familie des Konvertiten oder auch von traditionellen Kirchen aus. Es gibt Hassreden gegen Christen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten sind diese jedoch verboten. Geistliche Leiter des Islam üben direkt oder indirekt Druck auf Konvertiten aus, durch deren Familien oder Sicherheitskräfte. Dies kann auch geschehen durch Leiter ethnischer Gruppen oder Personen im Umfeld. Außerdem werden immer wieder Christen von kriminellen Banden entführt, die Lösegeld erpressen, obwohl dies im Berichtszeitraum abgenommen hat.

Hintergrund

Der syrische Bürgerkrieg begann im Jahr 2011 als ein Volksaufstand, bei dem es um größere politische Freiheiten und wirtschaftliche Reformen ging – ähnlich wie in anderen arabischen Ländern zur selben Zeit. Die Wurzeln dieses Konflikts liegen jedoch tiefer und sind komplexer. Dazu gehören Kämpfe verschiedener sozialer Klassen, Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung und Unterdrückung der politischen Freiheit. Das erklärt zum Teil, warum der Konflikt sich so schnell zu einem extrem gewalttätigen Konflikt religiöser Prägung entwickeln konnte, der mittlerweile sieben Jahre andauert. Der religiöse Aspekt besteht hauptsächlich in der Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten (einschließlich der Alawiten). Viele Sunniten in von der Regierung kontrollierten Gebieten unterstützen jedoch das Assad-Regime, um sich dem Einfluss gewaltbereiter religiöser Gruppierungen entgegenzustellen. Mit dem Eindringen ausländischer extremistisch-islamischer Kämpfer hat die syrische Opposition eine zunehmende Islamisierung erfahren und der Bürgerkrieg entwickelt sich mehr und mehr zum „Dschihad“ gegen die syrische Regierung. Durch diesen Konflikt leiden alle Teile der syrischen Bevölkerung, allerdings sind einige verwundbarer als andere.

Ein wesentliches Merkmal der syrischen Christen ist, dass ethnische und religiöse Identität eng miteinander verknüpft sind. Um die Situation der Christen im Zusammenhang des gegenwärtigen Bürgerkrieges zu verstehen, muss man die geografische Konzentration der Christen auf einige strategische Gebiete des Landes berücksichtigen, die von Regierungstruppen und der Opposition stark umkämpft sind. Dazu gehören etwa die Städte Aleppo und Damaskus mitsamt ihrer Umgebung sowie die südlichen Bereiche der Provinz Homs in der Nähe der libanesischen Grenze. Dieser Aspekt trägt maßgeblich zur erhöhten Verwundbarkeit der Christen bei; ihre angebliche Nähe zur Regierung ist ein weiterer Faktor.

Auch andere religiöse Minderheiten wie die Jesiden sind von Verfolgung betroffen. Es handelt sich dabei um kurdische Religionsgruppen, die vom Regime nicht anerkannt sind. Ihre Kinder werden als Sunniten registriert, in der Schule müssen sie am Islamunterricht teilnehmen. Ihre Lage war vor dem Bürgerkrieg wahrscheinlich schwieriger, da ihre Regionen inzwischen mehr und mehr durch die kurdischen Streitkräfte kontrolliert werden, was ihnen mehr Freiheiten gibt.

Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus drei der vier im WVI verwendeten Kategorien existieren in Syrien und sind von Verfolgung betroffen, die auch in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg steht.

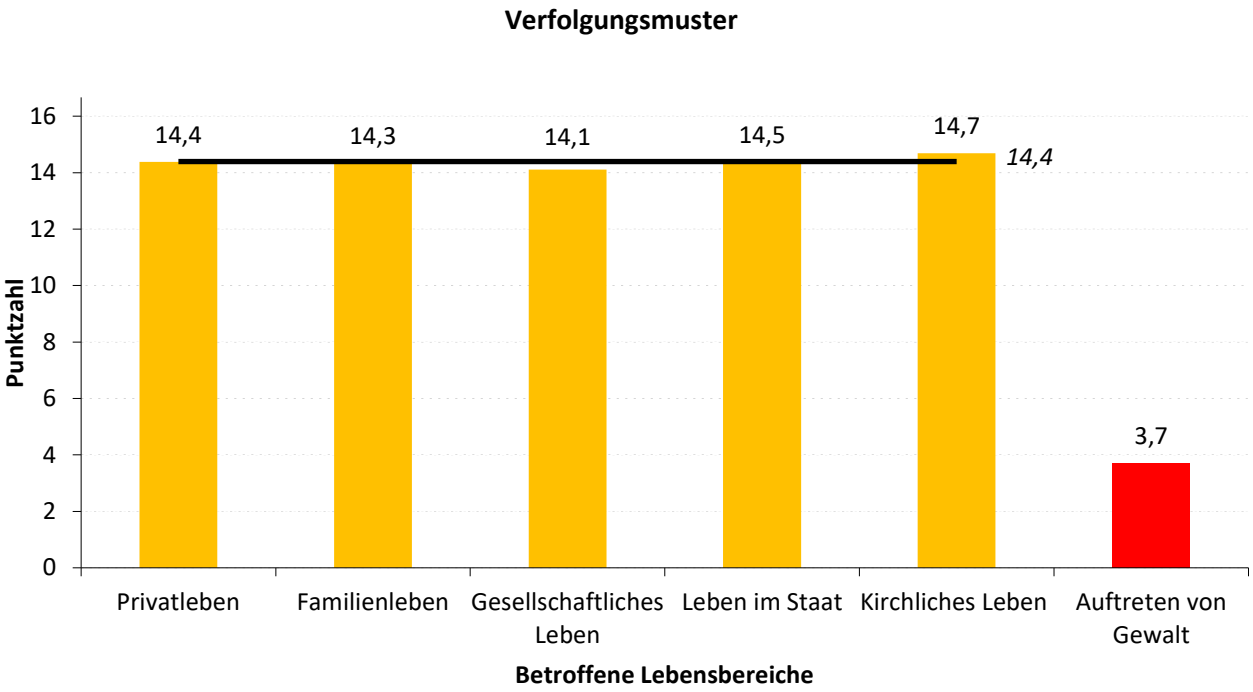
Gemeinschaften ausländischer Christen: Es gibt ausländische Christen in Syrien, die jedoch in die bestehenden Kirchengemeinden integriert sind und nicht gesondert untersucht werden.

Christen aus traditionellen Kirchen (zumeist Syrisch-Orthodox und Römisch-Katholisch): Als größte christliche Gruppe im Land werden Angehörige der historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Kampfgebieten. Aus dieser Gruppe stehen aufgrund ihrer öffentlichen Präsenz besonders die Leiter im Fadenkreuz der Islamisten. Geistliche der traditionellen Kirchen sind leicht an ihrer Kleidung erkennbar, was sie manchmal zu einem einfachen Angriffsziel macht. Angehörige dieser Konfessionen sind auch wegen der markanten Kirchengebäude oft leichter zu identifizieren als Christen anderer Kategorien. Hinzu kommt, dass viele von ihnen engere wirtschaftliche oder soziale Kontakte zu staatlichen Stellen pflegen. Die Intensität der Verfolgung oder Unterdrückung durch Regimegegner hängt zudem maßgeblich vom politischen Ruf einzelner Denominationen, Gemeinden oder Kirchenleiter ab. Entscheidend dafür ist, wie sich eine Gemeinde oder ein Christ in der Vergangenheit in politischer Hinsicht positioniert hat: wurde Präsident Assad offen unterstützt, war man um Neutralität bemüht, hat man sich distanziert oder gar gegen ihn opponiert?

Christen muslimischer Herkunft: Christliche Konvertiten mit muslimischem oder drusischem Hintergrund werden besonders durch ihre Familien unter Druck gesetzt, für die es eine große Schande darstellt, wenn ein Familienmitglied den Islam verlässt. Das trifft besonders in mehrheitlich sunnitischen Gebieten zu, wo Christen muslimischer Herkunft die Verbannung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Als Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam ist die Intensität der Verfolgung von Konvertiten durch die eigene Familie und die Gesellschaft in den von Rebellen kontrollierten Gebieten spürbar gestiegen. In den Kurdengebieten war der Druck im Rahmen der Familie weniger intensiv, da die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Da die Behörden gegenwärtig andere Prioritäten zu setzen haben, wird von ihnen anders als in früheren Jahren kaum noch Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt.

Protestantische Freikirchen: Es handelt sich vor allem um Baptisten sowie evangelikale und pfingstliche Gemeinschaften. Diese Gemeinden sind stark gefährdet, da sie für ihre Nähe zum Westen bekannt sind, oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft verfügen; zudem haben sie keinen prominenten Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der ihr Anliegen öffentlich vorbringen kann.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Syrien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Syrien ist nach wie vor in allen Lebensbereichen extrem hoch. Die Punktzahl ist im Vergleich zum WVI 2017 (14,6) jedoch leicht gesunken, auf 14,4.
- Der Druck ist in allen Lebensbereichen extrem hoch, am höchsten im Bereich „Kirchliches Leben“ (14,7), dann „Leben im Staat“ (14,5) und „Privatleben“ (14,4). Dies ist typisch für eine Situation, in der Islamische Unterdrückung in Kombination mit Diktatorischer Paranoia, die Hauptverfolgungstriebkräfte sind.
- Druck durch Islamische Unterdrückung entsteht hauptsächlich durch das soziale Umfeld in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“.
- Das Ausmaß von „Auftreten von Gewalt“ ist im Vergleich zum WVI 2017 (13,7) um 10 Punkte zurückgegangen auf 3,7. Mit den Gebietsverlusten des IS gab es auch weniger Berichte gewaltsamer Vorfälle. Im Chaos des Bürgerkrieges war es zudem schwierig, überhaupt Informationen zu erhalten. Anders als im WVI 2017 liegen keine Berichte vor, dass Christen um ihres Glaubens willen ermordet, zwangsverheiratet sowie ihre Geschäfte und Unternehmen attackiert wurden. Dennoch gibt es weiter Gewalt gegen Christen, wie Entführungen, physischen und sexuellen Missbrauch, und Christen mussten aus ihren Wohnorten und teils aus dem Land fliehen – allerdings weniger als im WVI 2017.
- Die Gesamtsituation in Syrien ist charakterisiert von schwerer Verfolgung von Christen aller Kategorien in den vom IS und Islamisten gehaltenen Gebieten und von Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund im ganzen Land.

Privatleben: Der Druck ist besonders groß in den von Islamisten kontrollierten Teilen des Landes. Christen aller Kategorien sind in ihrem Glaubensleben stark eingeschränkt und dürfen beispielsweise keine christlichen Lieder singen. Unter dem Einfluss eines radikalisierten Islam erleben Christen muslimischer Herkunft größeren Druck im Bereich ihrer persönlichen Glaubenspraxis. Das gilt besonders in den von Islamisten kontrollierten Gebieten, weniger in den Kurdengebieten.

Familienleben: Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben intensive Verfolgung in diesem Lebensbereich, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Dies gilt weniger stark in den Kurdengebieten. Ehemalige Muslime haben keine Möglichkeit, ihre Religionszugehörigkeit in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen, sie können sich also nicht christlich taufen, trauen oder bestatten lassen. All dies gilt seit kurzem nicht mehr für die Kurdengebiete. In vom IS kontrollierten Gebieten sind solche Themen für alle Kategorien von Christen problematisch. Im ganzen Land wird christlichen Ehepartnern von Muslimen im Falle einer Scheidung meistens das Sorgerecht für die Kinder entzogen.

Gesellschaftliches Leben: In IS-kontrollierten Gebieten ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Christen extrem eingeschränkt. Wird bekannt, dass sich ein Muslim dem christlichen Glauben zugewandt hat, stößt er im ganzen Land auf diese Schwierigkeiten. Im Herrschaftsbereich des IS gelten die islamischen Kleidervorschriften auch für Christen. Dort werden Christen auch Schutzgeldzahlungen, die Beachtung besonderer Vorschriften für Handel und Ernährung einschließlich eines strikten Alkoholverbots aufgezwungen.

Leben im Staat: Aufgrund der aktuellen Zersplitterung des Landes haben die herrschende Ungerechtigkeit und der Mangel an Strafverfolgung weiter zugenommen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten erleben Christen im öffentlichen Leben generell keine unmittelbare Diskriminierung durch die Behörden. Sie müssen jedoch jederzeit damit rechnen, im öffentlichen Dienst auf erschwerte berufliche Aufstiegsmöglichkeiten zu stoßen. Besonders Christen muslimischer Herkunft werden häufig benachteiligt, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Die Weitergabe des Evangeliums und die Abkehr vom Islam sind verboten. In von extremistischen Kräften kontrollierten Gebieten gelten alle Nichtmuslime einschließlich der Christen als Bürger zweiter Klasse.

Kirchliches Leben: In den von Islamisten beherrschten Gebieten sind die meisten Kirchen entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert worden. Öffentliche Ausdrucksformen des christlichen Glaubens sind verboten und weder Kirchengebäude noch Klöster dürfen repariert werden. Letzteres gilt unabhängig davon, ob die Beschädigung dem Gebäude absichtlich zugefügt wurde oder nicht. In von der Regierung kontrollierten Gebieten werden Christen aufgrund des Krieges weniger als früher überwacht. Eheschließungen von Christen muslimischer Herkunft sind im ganzen Land nicht möglich und deshalb illegal.

Auftreten von Gewalt: Gewaltsame Vorfälle wie im Berichtszeitraum des WVI 2017, in dem für mehrere Fragen die Maximalpunktzahl erreicht wurde, sind für den aktuellen WVI nicht gemeldet worden. Es gab jedoch entsprechende Vorfälle, wie ein Bericht aus der Stadt Al-Qaryatayn zeigt. Als syrische Regierungstruppen die vom IS besetzte Stadt zurückeroberten, stellten sie fest, dass der IS in den letzten Tagen vor der Niederlage noch 128 Personen tötete. Aus der mehrheitlich von Christen bewohnten Stadt waren jedoch bei der Erstürmung durch den IS 2015 die meisten Christen geflohen, deshalb war unklar, wie viele der 128 getöteten Personen Christen waren.

Einige Beispiele für gewaltsame Übergriffe sind nachfolgend genannt:

- Berichten zufolge wurden sechs Christen entführt. Drei von ihnen werden noch immer vermisst: Yohanna Ibrahim, Erzbischof der Syrisch-Orthodoxen Kirche und Paul Yazigi, Erzbischof der Griechisch-Orthodoxen Kirche sowie der Jesuitenpater Paolo Dall' Oglio (alle 2013 entführt).
- Eine Assyrerin aus dem Irak, die der IS 2014 in Karakosch entführt hatte, wurde im November 2017 durch die „Syrian Democratic Forces" befreit. Sie war an verschiedene IS-Anhänger verkauft worden, durch die sie mehrfach Missbrauch verschiedener Art erleiden musste. Außerdem war sie gezwungen worden, Videos über Enthauptungen von Nichtmuslimen anzusehen. Durch tägliche Schläge und Folter und durch Todesdrohungen sollte sie zum Islam gezwungen werden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass weitere christliche Mädchen und Frauen ähnliche Leiden erfahren mussten.
- Milizionäre haben Berichten zufolge Häuser von Christen in Idlib und im Christenviertel von Aleppo attackiert und beschlagnahmt. Ihre Motive sind gemischt religiös und politisch.
- Laut Berichten waren Dutzende von Christen muslimischer Herkunft wegen ihres Glaubens gezwungen worden, ihre Heimat und teils auch das Land zu verlassen. Eine Frau drusischer Herkunft aus der Provinz Sweida in Südsyrien versteckt sich beispielsweise im Libanon. Als sie Christin wurde, nahm man ihr die Tochter weg, und ihre Familie drohte, sie zu töten. Auch Christen aus anderen Gemeinschaften haben aus verschiedenen Gründen das Land verlassen, auch wegen der durch den Krieg bedingten Unsicherheit.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheiten, also auch Christinnen, stehen in Gefahr von sexueller Belästigung und Vergewaltigung. Das kann in regierungskontrollierten Regionen genauso geschehen wie in Rebellengebieten, wobei die Bedrohung dort größer ist. Konvertitinnen können in beiden Gebieten entführt und/oder zur Ehe mit einem Muslim gezwungen werden. So wurden Christinnen mit IS-Kämpfern verheiratet, manchmal auch mit mehreren. Der IS hat in seinem Magazin veröffentlicht, dass Christinnen und Jesidinnen als „Kriegsbeute" zu betrachten sind. Viele von ihnen wurden vergewaltigt. Glaubhaften Berichten zufolge wurde Vergewaltigung gezielt zur Einschüchterung als Waffe eingesetzt, unabhängig von der Religion des Opfers; obwohl Religion ein weiteres Motiv für Vergewaltigung sein kann.

Gefahr für Frauen und Mädchen kommt jedoch nicht nur von gewaltbereiten islamischen Gruppen. Konvertitinnen können bei Bekanntwerden ihres Glaubenswechsels Gewalt auch von der Familie erfahren. Frauen sind wegen der islamischen Kultur von Ehre und Scham besonders gefährdet. Abwendung vom Islam ist ein großes Tabu und verletzt die Familienehre schwer. Somit erhöht sich das Risiko von Übergriffen und Ehrenmorden. Außerdem gibt es allgemein für Mädchen und Frauen in der Praxis (und fraglich, ob in der Rechtsprechung) nur wenig Schutz vor Gewalt in der Familie. Gemäß der Scharia darf eine Muslima keinen Christen heiraten (wohl aber ein Muslim eine Christin). Eine Heirat zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem Christen ist per Gesetz unmöglich.

Konvertitinnen, die mit einem Muslim verheiratet sind, riskieren die Scheidung, insbesondere wenn die Schwiegereltern von ihrem neuen Glauben erfahren. Sehr wahrscheinlich wird ihnen dann das Sorgerecht für die Kinder entzogen. Obwohl es stark auf die Einstellung der muslimischen Familie ankommt, spricht die Scharia dem muslimischen Mann das Sorgerecht für die Kinder zu. Christliche Frauen haben nur dann Anspruch auf ein Erbe, wenn sie zum Islam konvertieren.

Dies ist problematisch für Christinnen mit muslimischen Männern und auch für christliche Männer muslimischer Herkunft, da sie gemäß Scharia noch immer als Muslime gelten. Für alle hier Genannten ist es daher äußerst schwierig, ein stabiles Familienleben aufzubauen.

Männer: In Syrien sind alle Männer ab dem 18. Lebensjahr zum Militärdienst verpflichtet. Einige Christen verweigern den Wehrdienst aus Gewissensgründen und ziehen deshalb eine Auswanderung in Betracht.

Erleiden christliche Männer Verfolgung, so zieht dies ihre Familie stark in Mitleidenschaft, besonders wenn sie getötet oder entführt werden. Der Familie fehlen dann Einkommen und Grundversorgung. In der syrischen Kultur gilt der Mann als Versorger der Familie.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Mit der Beendigung der dreijährigen Belagerung von Deir el-Zur und der Befreiung der „IS Hauptstadt" Rakka scheint nach Einschätzung des Sicherheits- Informationsdienstes Stratfor ein Ende des Bürgerkrieges in Syrien nahe. Politische Lösungen für den Konflikt liegen jedoch noch in weiter Ferne. Die „Economist Intelligence Unit" (EIU) fasst die gegenwärtige Situation und Erwartungen für die nächsten drei Jahre wie folgt zusammen: „Das Assad Regime hat ein halbwegs dauerhaftes Gebiet unter seine Kontrolle gebracht, das sich über Westsyrien erstreckt. Es wird jedoch Mühe haben, die jüngsten militärischen Erfolge zu festigen, nicht zuletzt wegen des Richtungswechsels in der amerikanischen Außenpolitik, der sich besonders deutlich beim Luftschlag am 7. April 2017 gegen die Luftwaffenstützpunkte Assads zeigte.

Auf jeden Fall werden – trotzt eines Waffenstillstandes vom Dezember 2016 – unterschiedliche Ansichten über die Zukunft von Baschar al-Assad und der Ausschluss einiger Rebellengruppen eine anhaltende politische Lösung verhindern.

Die Gebietsverluste des IS bedeuten offensichtlich eine große Befreiung für die in diesen Gebieten lebenden Menschen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Triebkraft Islamische Unterdrückung dadurch entscheidend geschwächt ist. Es ist zu erwarten, dass der IS seine terroristischen Aktivitäten verdoppeln wird – im Mittleren Osten und weiteren Regionen – um seine Relevanz als weltpolitischer Faktor zu beweisen. In einer Vergeltungsaktion hat der IS beispielsweise im Dezember 2017 in Homs bei einem Anschlag mit einer Autobombe viele Menschen getötet, darunter auch zwei Christen. Der IS ist jedoch nicht alleine Betreiber der Islamischen Unterdrückung, auch dschihadistische Milizen der sunnitischen Opposition tragen dazu bei. Ihre Zeit ist noch nicht vorüber. Während des Bürgerkrieges haben national sowie international Mächtige gerne in den ländlichen Regionen die Karte der Stammeszugehörigkeit ausgespielt. Als Folge sind die Stämme zersplittert und haben sich zum Teil als konkurrierende Clans gegeneinander in Stellung gebracht, was die Abhängigkeit des Einzelnen vom eigenen Stamm noch vergrößert. In diesen Umständen bieten Stammeswerte, die sich zumeist auf den Islam gründen, Sicherheit und sind besonders wichtig. Die so gestärkte Triebkraft Ethnisch begründete Anfeindungen erhöht noch einmal den Druck auf Konvertiten seitens ihrer Familien und Gemeinschaften. Eine Verbesserung der Situation ist kurzfristig nicht zu erwarten.

Vom syrischen Regime müssen die Christen keine Überwachung fürchten, da die Regierung noch viel zu beschäftigt ist mit der Bekämpfung oppositioneller Truppen, und daran wird sich so schnell auch nichts ändern. Die stärksten Betreiber der Triebkraft Diktatorische Paranoia sind die bewaffneten oppositionellen Gruppen in den von ihnen kontrollierten Gebieten. Einige haben sich bereits zu einer nationalen Oppositionsarmee zusammengeschlossen. Dies könnte zu einem massiven und entscheidenden Zusammenstoß mit der Regierungsarmee führen, woraus sich wiederum ein größerer Druck auf alle religiösen Minderheiten – die Christen eingeschlossen – ergibt. Spätestens dann, wenn sie sich für die eine oder andere Seite entscheiden müssen.

Die Triebkraft Organisiertes Verbrechen und Korruption hat laut inländischen Beobachtern zumindest hinsichtlich Entführungen und Lösegelderpressungen von Christen nachgelassen. Diese finden jedoch nach wie vor statt, besonders in von Alawiten besiedelten Dörfern in Zentralsyrien, wo junge Alawiten an ihren eigenen inoffiziellen Checkpoints nach Sonnenuntergang Autos von Christen stehlen und/oder diese entführen. Deshalb bleiben Christen, wenn es dunkel wird, lieber in ihren Dörfern. Obwohl die Anzahl der gemeldeten Entführungen rückläufig ist, wird in einem Land mit einer auf Korruption angelegten Gesellschaft und meist fehlender Rechtsstaatlichkeit diese Triebkraft der Verfolgung in naher Zukunft kaum an Kraft verlieren.

zurück zur Länderübersicht

Usbekistan: Platz 16

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung von Christen in Usbekistan geht hauptsächlich von zwei Akteuren aus – dem Staat und der muslimischen Gesellschaft. Die Verfolgung vonseiten des Staats zeigt sich dadurch, dass Polizei, Geheimdienste und die lokalen Mahalla-Behörden religiöse Aktivitäten durch verschiedene Methoden überwachen (Häuser verwanzen, Telefonate abhören, Gruppen unterwandern etc.) und auch Gottesdienste besuchen. Staatliche Behörden führen regelmäßig Razzien bei nichtregistrierten Gemeinden durch. Die generell islamisch geprägte Gesellschaft macht das Leben für Christen muslimischer Herkunft besonders schwierig.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle christlichen Gemeinschaften erfahren auf die eine oder andere Art Verfolgung. Russisch-Orthodoxe Kirchen bekommen vonseiten der Regierung am wenigsten Probleme, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakte mit der usbekischen Gesellschaft aufzubauen. Die Hauptlast der Verfolgung tragen die usbekischen Christen muslimischer Herkunft, sowohl vonseiten des Staats als auch vonseiten ihrer Familien, Freunde und der Gesellschaft. Nichtregistrierte christliche Gemeinden, leiden immer wieder unter Polizeirazzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

Präsident Islam Karimov starb am 2. September 2016, ihm folgte der Hardliner Shavkat Mirziyaev. Für die Christen hat sich nichts verändert: es gibt Razzien in Hausgemeinden, christliches Material wird konfisziert, sie werden verhört und es gibt weiterhin Inhaftierungen von Christen. Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren weiterhin Druck und Gewalt von ihren Familien, Freunden und der Gesellschaft.

Beispiele:

- Die usbekische Regierung hat eine besondere Abteilung, die religiöse Aktivitäten überwacht und religiöse Literatur zensiert.
- Für neue Gemeinden ist es schwierig, sich registrieren zu lassen, und die Registrierungsgesetze für bereits bestehende religiöse Gemeinschaften werden immer restriktiver.
- Am 24. März 2017 veranlassten die staatlichen Behörden eine Razzia in einer Wohnung in Taschkent, in der sich fünf Protestantinnen trafen, um über den christlichen Glauben zu sprechen. Bücher, Computer und Kamera wurden konfisziert. Die Gruppenleiterin bekam im April 2017 vom Bezirksgericht eine Geldstrafe, die fünfmal so hoch war wie der monatliche Mindestlohn, weil sie „nichtautorisierte religiöse Aktivitäten durchführte“. Quellen vor Ort berichten, dass eine der anwesenden Frauen eventuell die Behörden informiert haben könnte.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 73 Punkten steht Usbekistan auf Platz 16 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Dies bedeutet einen Anstieg um 2 Punkte im Vergleich zum WVI 2017. Obwohl die Regierungsverantwortung in anderen Händen liegt, hat sich für die Christen in Usbekistan nicht viel verändert. Die Christen leiden weiterhin unter einem sehr hohen Maß an Kontrolle durch die autoritäre Regierung – besonders im Privatleben und im kirchlichen Leben.

Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia: Außerhalb staatlich geführter und staatlich kontrollierter Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Protestanten werden oft als „Extremisten" bezeichnet, da sie ihren Glauben nicht in staatlich sanktionierten Strukturen ausüben. Üblicherweise werden protestantische Gemeinden als Teil einer ausländischen Sekte betrachtet, die nur ein Ziel hat, nämlich das derzeitige politische System auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Perspektive heraus müssen sie nicht nur kontrolliert werden, sondern notfalls auch ausgelöscht werden. Die Sicherheitsbehörden haben Überwachungsmaßnahmen entwickelt, um diese „Extremisten" zu entdecken. Dies hat auch auf die Christen und die Gemeinden Einfluss.

Islamische Unterdrückung: Wenn Usbeken (die Muslime sind) sich zum christlichen Glauben bekehren, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass sie Druck, in einigen Fällen auch körperliche Gewalt, von ihren Familien, Freunden und der Gesellschaft vor Ort erfahren, die sie zwingen wollen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen und eventuell sogar von der Gesellschaft ausgestoßen. Mullahs vor Ort predigen gegen sie und erhöhen somit den Druck. Daher tun diese Christen alles, um ihren Glauben zu verbergen.

Verfolger

Regierungsbeamte und politische Parteien sind die Verfolger, welche durch die Haupttriebkraft der Verfolgung, Diktatorische Paranoia, motiviert werden. Sie sind für den Druck verantwortlich, der von den Behörden angeordnet wird.

Die Verwandtschaft, Anführer ethnischer Gruppen, nichtchristliche religiöse Leiter und normale Bürger sind die Verfolger, die den Druck erzeugen, der von der islamischen Gesellschaft auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt wird. Diese Verfolger sind durch die Triebkraft Islamische Unterdrückung beeinflusst.

Hintergrund

Usbekistan ist eine der härtesten Diktaturen in Zentralasien. Das Regime tut alles Erdenkliche, um an der Macht zu bleiben – alle Formen von Opposition und jede Abweichung von der Norm werden unbarmherzig bestraft. Seit dem Tod von Präsident Islam Karimov am 2. September 2016 hat sich dies nicht geändert. Der christliche Glaube wird als ein fremder und destabilisierender Faktor betrachtet. Zusätzlich erfahren Christen mit muslimischem Hintergrund auch noch Druck von ihrem sozialen und kulturellen Umfeld.

Die Regierung nutzt die Existenz von extremistischen islamischen Gruppen, um ihre totale Kontrolle über die Gesellschaft zu rechtfertigen, indem sie erklärt, dass diese eine konstante Bedrohung für das Land seien – was jedoch völlig übertrieben ist. Bisher sind nur sehr wenige Dschihadisten aus den Kriegsgebieten in Syrien, dem Irak und Afghanistan nach Usbekistan zurückgekehrt, wenn dies überhaupt vorgekommen ist.

Der Geheimdienst überwacht sehr genau alle religiösen Aktivitäten im Land und Informanten wurden in alle religiösen Gruppierungen eingeschleust. Treffen von Hausgemeinden sind oft das Ziel von Razzien und die dort Anwesenden werden dann belästigt, eingesperrt, verhört oder bekommen Geldstrafen; wenn in den Räumlichkeiten religiöses Material gefunden wird, wird es konfisziert und zerstört. Christen werden oft zu kurzen Gefängnisstrafen von bis zu 15 Tagen durch die Polizei verurteilt. Nur selten bekommen Christen langfristige Gefängnisstrafen.

Christen sind nicht die einzige Religionsgemeinschaft, die in Usbekistan verfolgt wird. Alle religiösen Gruppen werden gleich behandelt – Christen bekommen keine „besondere“ Behandlung. Beispiele für andere verfolgte Gruppen sind einige muslimische Gruppierungen und Jehovas Zeugen.

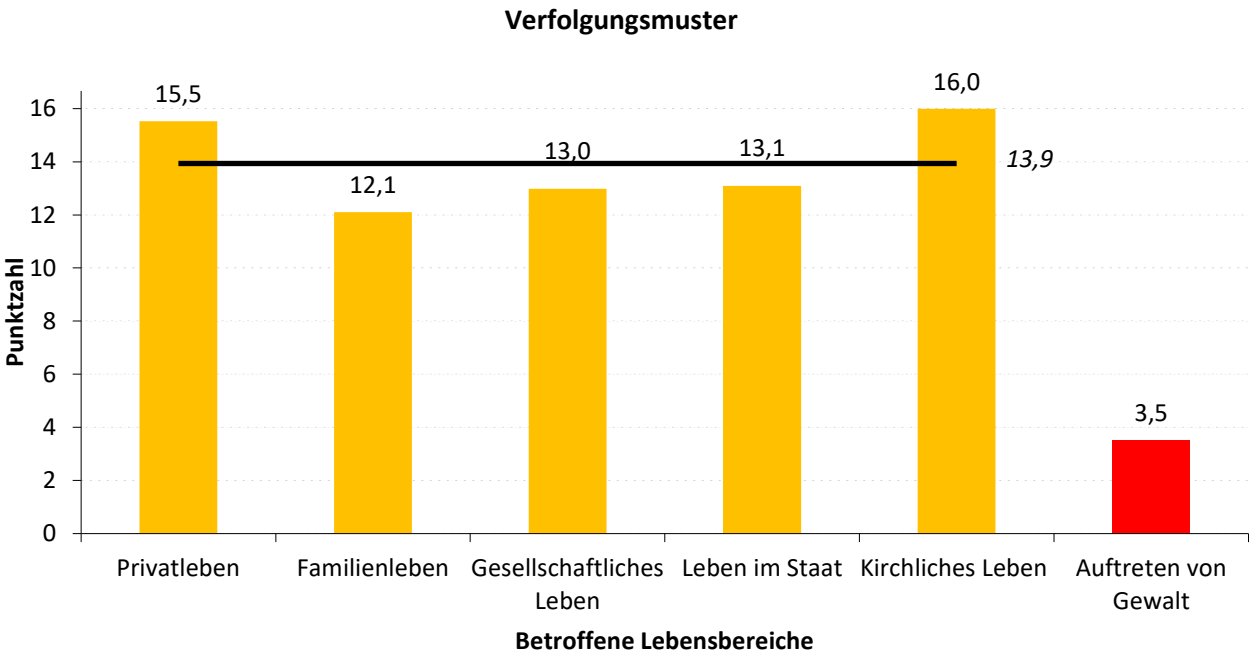
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich an die Einschränkungen, die die Regierung schafft, angepasst und wird deshalb mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Ihre Gottesdienste werden eventuell überwacht, können aber ungestört abgehalten werden und ihre Mitglieder können sich treffen, ohne Angst haben zu müssen, verhaftet zu werden. Das Drucken oder Importieren von christlichem Material ist jedoch beschränkt.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund tragen in Usbekistan die Hauptlast der Verfolgung. Neben dem Leid, das sie vonseiten des Staates erfahren, werden sie auch durch ihre Familien, Freunde und die Gesellschaft stark unter Druck gesetzt. Letzteres ist für sie bei weitem schwerer zu ertragen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Nach den Konvertiten ist diese Gruppe von Christen die am zweitstärksten verfolgte – ganz besonders dann, wenn die Gemeinde nicht registriert ist. Baptisten, Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterungen zum Verfolgungsmuster:

- Die durchschnittliche Punktzahl des Drucks auf Christen in Usbekistan beträgt 13,9 Punkte, ein Anstieg um 0,5 im Vergleich zum Berichtszeitraum des WVI 2017.
- Im kirchlichen Leben ist der Druck extrem hoch (16,0 Punkte) und auch im Privatleben – besonders für Christen muslimischer Herkunft (15,5 Punkte). Dies kann man direkt mit den beiden Triebkräften der Verfolgung in Verbindung bringen, die in Usbekistan vorherrschen: Diktatorische Paranoia und Islamische Unterdrückung.
- Die Gewalt beläuft sich auf 3,5 Punkte, was um 0,7 Punkte weniger ist als im WVI 2017. Der Grund hierfür ist, dass weniger Vorfälle gemeldet wurden.

Privatleben: Ein Religionswechsel führt zu den heftigsten Reaktionen des sozialen und kulturellen Umfelds. Er wird als schändliche Beleidigung für die Ehre einer Familie betrachtet. Da auf diese Art und Weise auch soziale Unruhe entsteht, steht dieses Thema auch ganz oben auf der der Beobachtungsliste des Staates und seiner Vertreter. Oft gehen Nachbarn zur Polizei, wenn sie mitbekommen, dass jemand sich zum Christentum bekehrt hat und zu Hause seinen Glauben praktiziert. In manchen Gegenden ist es illegal, eine Bibel zu besitzen, mancherorts ist nur eine einzige Bibel erlaubt. Sich zum christlichen Glauben zu bekennen (z.B. indem man christliche Symbole offen zeigt) ist ebenso gefährlich. Es ist nicht nur für Konvertiten gefährlich, über ihren neuen Glauben mit Familienmitgliedern zu reden, auch für Mitglieder traditioneller Kirchen, die einer freikirchlichen Gemeinde beigetreten sind, ist dies riskant, wenn es für sie auch weit weniger gefährlich ist. Zuhause eingesperrt zu werden ist für Christen muslimischer Herkunft eine recht häufige Konsequenz – Familien üben diese Art von Druck aus, um die Christen zur Glaubensaufgabe zu zwingen.

Familienleben: Christen muslimischer Herkunft bekommen immer wieder Probleme bei der Registrierung von Geburten, Todesfällen oder Hochzeiten bei den örtlichen Behörden, da die Beamten dort oft Muslime aus dem lokalen Umfeld sind. Es gibt Beispiele, dass christliche Beerdigungen von lokalen Behörden nicht registriert wurden. Der Druck auf christliche Konvertiten, sich nicht taufen zu lassen, ist immens, da dies oft als das endgültige Zeichen betrachtet wird, dass jemand den Islam verlassen hat. In usbekischen Familien können Verwandte (z.B. Großvater, Großmutter) ein Kind zwingen, zur Moschee zu gehen, auch wenn die Eltern Christen sind. Durch die starke Propaganda gegen „Sekten" in den Medien, in Schulen und Hochschulen, sind junge Leute oft Kindern von evangelikalen Christen feindlich gesinnt. Es sind Fälle bekannt, in denen ein Ehepartner ins Ausland fliehen musste, weil der andere im Gefängnis war. In solch einem Fall sind die Familien sehr lange voneinander getrennt. Es kam auch vor, dass der Ehepartner zur Scheidung gedrängt wurde.

Gesellschaftliches Leben: Bedrohungen und Beeinträchtigungen erfahren Christen aus verschiedenen Quellen. Zuerst kommt der Druck vonseiten der Verwandtschaft und der Gesellschaft, aber besonders diejenigen Christen, die aktiv evangelisieren, können auch von der örtlichen Gemeinschaft und den Behörden bedroht werden. Zwei Gruppen sind für die Überwachung von Christen verantwortlich: die Verwandtschaft/das Umfeld (als eine Art soziale Kontrolle), aber auch die Behörden verschiedener Ebenen. Wenn ein Arbeitgeber herausfindet, dass sein Angestellter ein aktiver Christ ist, kann er diesem sofort kündigen. Vom NSS (dem Usbekischen Geheimdienst) weiß man, dass er christliche Ladenbesitzer erpresst. Es gibt eine lange Liste von Anschuldigungen, für die Christen Geldstrafen bekommen können – und auch häufig bekommen: z.B. für illegale Versammlungen, für den Besitz christlicher Literatur oder dafür, dass sie christliche Lieder auf ihrem Handy haben. Menschen, die als Christen bekannt sind, müssen sich immer wieder auf der Polizeistation am Ort melden. Damit will man sie einschüchtern.

Leben im Staat: Die Verfassung und einige Gesetze garantieren Religionsfreiheit, aber nicht ohne erhebliche Einschränkungen. Der Staat überwacht besonders aktive Pastoren. Wenn es eine Razzia bei Versammlungen oder in Privathäusern gibt, werden alle Anwesenden verhört – oft auf sehr harte Art und Weise. Bürger brauchen ein Ausreisevisum, wenn sie das Land verlassen wollen, aber wenn bekannt ist, dass jemand Christ ist, werden ihm solche Visa manchmal nicht genehmigt. Derzeit können Christen, die als solche bekannt sind, auch keine Anstellung beim Staat bekommen. Für alle Christen, die nicht der Russisch-Orthodoxen Kirche angehören, kann das Vertreten christlicher Ansichten in der Öffentlichkeit zu Androhungen von Repressalien sowohl von der Regierung als auch von der usbekischen Bevölkerung vor Ort führen. Die staatlich kontrollierten Medien produzieren regelmäßig Berichte, in denen sie evangelikale Christen angreifen. Reklametafeln, Flyer und andere öffentliche Informationen über die Gefahren von Sekten und Missionaren erschienen im Berichtszeitraum im Norden des Landes. In Usbekistan gibt es keine fairen Gerichtsverfahren. Die Justiz ist nicht unabhängig und die internationale Beobachtung von Gerichtsprozessen, in die Christen verwickelt sind, wird durch viele politische Hürden erschwert.

Kirchliches Leben: Christliche Versammlungen werden oft verhindert oder es werden Razzien durchgeführt. Es ist fast unmöglich, sich als neue Gemeinde registrieren zu lassen – in den letzten 17 Jahren wurde keine einzige neue Gemeinde registriert. Alle religiösen Aktivitäten werden genauestens überwacht. Ebenso ist es fast unmöglich, eine Erlaubnis für den Neubau von Gemeinderäumen zu bekommen, und die Instandhaltung von bereits existierenden Gebäuden wird sehr erschwert (ausgenommen für die Russisch-Orthodoxe Kirche). Die wenigen registrierten Gemeinden müssen ihre Aktivitäten innerhalb ihrer Gebäude organisieren; Aktivitäten außerhalb sind verboten.

Viele Gemeinden vermeiden christliche Symbole, um Konflikte zu vermeiden. Unter dem Religionsgesetz müssen alle religiösen Materialien der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden. In der Praxis heißt das, dass deren Import, der Druck und das Verteilen verhindert wird. Wohltätigkeitsarbeit ist äußerst beschränkt, nur die Russisch-Orthodoxe Kirche darf dies organisieren. Ein Gesetz des Ministerkabinetts aus dem Jahr 2003 formuliert neue Registrierungsanforderungen für Nichtregierungsorganisationen, womit die Aktivitäten von christlichen Körperschaften eingeschränkt werden, und das Religionsgesetz aus dem Jahr 1998 verbietet „Aktionen, die auf den Glaubenswechsel von Gläubigen einer Religion in die andere ausgerichtet sind (Konversion), ebenso jegliche andere Form der Missionierung“.

Auftreten von Gewalt: Es wurde in Usbekistan relativ wenig Gewalt gegen Christen ausgeübt. Keine Christen wurden getötet und keine Kirchen zerstört oder beschädigt. Jedoch wurden 15 Christen gefangen genommen und etwa 10 von ihnen wurden zu kurzen Haftstrafen verurteilt. Von 11 christlichen Frauen wurde berichtet, dass sie sexuelle Belästigung (physisch oder verbal) durch Polizeibeamte erlitten. Mehr als 10 Christen litten unter physischer Gewalt, mehr als 10 Immobilien (Häuser etc.) von Christen wurden beschädigt. Mehr als 10 Christen mussten in Zufluchtshäuser gehen – die meisten von ihnen waren Christen mit muslimischem Hintergrund. Mindestens eine Person (eine Russin) wurde des Landes verwiesen, weil sie sich mit anderen Protestanten zu einem Gottesdienst in Taschkent traf.

Weitere Beispiele:

- Die usbekische Regierung hat eine besondere Abteilung, die für die Überwachung religiöser Aktivitäten zuständig ist und die religiöse Literatur zensiert.
- Es ist schwierig, sich als neue Gemeinde registrieren zu lassen und die Registrierungsregelungen für bereits bestehende religiöse Gemeinschaften werden immer schwieriger.
- Am 24. März 2017 führten Staatsbeamte eine Razzia in Taschkent durch, wo sich fünf Protestantinnen trafen, um über den christlichen Glauben zu reden. Bücher, Computer und Kamera wurden konfisziert. Die Gruppenleiterin bekam eine Geldstrafe über fünf Monatsmindestlöhne durch ein Bezirksstrafgericht im April 2017, weil sie „eine unerlaubte religiöse Aktivität durchführte“. Quellen vor Ort berichten, dass eine anwesende Frau eventuell eine Informantin für die Behörden war.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Das tägliche Leben des usbekischen Volks ist stark vom Islam geprägt, weshalb Frauen gegenüber Männern benachteiligt werden. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, wenn sie verheiratet sind, ihren Männern unterwerfen. Dies macht sie im Verfolgungsfall verletzlicher – sowohl als Christinnen als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen. Christliche Frauen und Mädchen erleiden verbalen und physischen Missbrauch, Drohungen, Schläge, Verhaftung, Verhöre, Konfiszierungen, Geldstrafen, Gefängnisstrafen, den Verlust des Arbeitsplatzes, Diskriminierungen, Ausschluss, Hausarrest, Zwangsheirat, Gewalt in der Familie und Vergewaltigungen, Erniedrigungen, Scheidung, Verstoßung und den Verlust von Besitz.

Männer: Gemeindeleiter sind normalerweise Männer; sie sind größtenteils auch die Familienoberhäupter und die Hauptverdiener. Wenn ein Christ Verfolgung erfährt – durch Geld- oder Gefängnisstrafe – dann leidet seine ganze Familie mit. Der Verlust der Arbeitsstelle hat Auswirkungen auf die ganze Familie. Wenn ein Mann der Leiter einer Gemeinde ist, dann hat seine Verfolgung Einfluss auf die gesamte Gemeinde und erzeugt Angst. Christliche Männer und Jungen erleiden verbalen und physischen Missbrauch, Drohungen, Schläge, Verhaftung, Verhöre, Konfiszierungen, Geldstrafen, Gefängnisstrafen, den Verlust des Arbeitsplatzes, Diskriminierungen, Ausschluss, Hausarrest, Erniedrigungen, sie erhalten Anwaltsschreiben, werden verstoßen, es kommt zu Scheidung oder Verlust von Besitz.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der usbekische Präsident Islam Karimov starb am 2. September 2016. Nach kurzer Zeit folgte ihm Premierminister Shavkat Mirziyaev ins Amt. Es ist unwahrscheinlich, dass dies irgendeine Veränderung für die Christen im Land bringt: die staatlichen Institutionen (Polizei, Geheimdienst, lokale Mahalla-Behörden) werden auch weiterhin religiöse Aktivitäten durch verschiedene Mittel und Wege überwachen (durch das Verwanzen von Häusern, das Abhören von Telefonaten, das Unterwandern von Gruppen, den Besuch von Gottesdiensten etc.). Razzien bei Hausgemeinden, das Konfiszieren von religiösem Material sowie Verhöre und Verhaftungen von Christen werden wahrscheinlich weitergehen wie bisher. Auch der Druck auf und die Gewalt gegen Konvertiten vonseiten der Familien, Freunde und Gesellschaft wird wahrscheinlich weiter ausgeübt werden, vielleicht sogar noch in verstärktem Maß.

zurück zur Länderübersicht

Ägypten: Platz 17

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Christen sind in Ägypten eine Minderheit in einem Land, in dem fast 90 % der Bevölkerung dem Islam angehören. Vorurteile und Voreingenommenheit gegenüber Christen in Ägypten haben eine lange Geschichte und Christen im Land wurden seit dem Aufkommen des Islam in der Region als Bürger zweiter Klasse behandelt. Diese gesellschaftliche Ausgrenzung und Marginalisierung hat sich noch verschlimmert, seitdem islamistische Gruppen vor allem im 20. Jahrhundert im Land aktiv wurden. Der Einfluss solcher Gruppen hat die alltägliche Verfolgung verschärft, die sich gegen Christen in ihrem Dorf, in ihrer Nachbarschaft und am Arbeitsplatz richtet. Seitdem der islamistische Präsident Mohammed Mursi im Juli 2013 von der Armee abgesetzt wurde, sind islamistische Gruppen bei ihren Angriffen gegen Christen, denen sie vorwerfen, seine Absetzung unterstützt zu haben, noch gewalttätiger geworden. Der „Islamische Staat“ (IS) speziell in Ägypten hat geschworen, Krieg gegen Christen zu führen, und mehrere gewalttätige Angriffe gegen Christen in verschiedenen Teilen des Landes ausgeführt. Neben islamistischen Gruppen und der breiteren Gesellschaft tragen die geringe Wertschätzung des ägyptischen Staats für Grundrechte wie Religionsfreiheit und die weit verbreitete Korruption im Land zur Verfolgung von Christen bei.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Ägyptische Christen leiden auf unterschiedliche Weise unter Verfolgung. Christen mit muslimischem Hintergrund haben große Schwierigkeiten, ihren Glauben zu leben, da sie enormem Druck vonseiten ihrer (Groß-)Familie ausgesetzt sind, zum Islam zurückzukehren. Der Staat macht es ihnen zudem fast unmöglich, eine offizielle Anerkennung ihres Glaubenswechsels zu erhalten. Alle Christen haben Schwierigkeiten, einen Ort für gemeinsame Gottesdienste zu finden oder zu bauen. Die Schwierigkeiten ergeben sich sowohl aus staatlichen und administrativen Restriktionen als auch aus Feindseligkeit vonseiten der Gesellschaft und gelegentlich gegen christliche Kirchen gerichteter Gewalt. Christen sind an ihrem Arbeitsplatz und im Alltag im öffentlichen Raum mit Diskriminierung und Übergriffen konfrontiert, insbesondere christliche Frauen. Die Lehren extremistischer Imame, die zu Feindseligkeit und Gewalt gegen Christen aufhetzen, tragen ebenfalls zum Leiden der Christen bei, da diese oft sehr negativ dargestellt werden. Dies verursacht vor allem bei Kindern psychische Traumata. Darüber hinaus haben im vergangenen Jahr mehrere gewalttätige Angriffe, die auf Christen abzielten, viele Christen getötet und verletzt.

Beispiele:

- Am 19. Juli 2017 wurde ein christlicher ägyptischer Soldat bei der Al-Salaam-Spezialeinheit zu Tode geprügelt. Berichte legen nahe, dass er getötet wurde, weil er der Anweisung seines Vorgesetzten, seine Tattoos von einem Kreuz und christlichen Heiligen zu entfernen, nicht Folge leistete.

- Mehr als 1.600 Christen leben in dem Dorf Kom El-Loufy in al-Minya. Seit fünf Jahren können sie ihre Kirche nicht wiedereröffnen oder eine neue bauen, weil sie erbitterter Feindseligkeit vonseiten der lokalen muslimischen Bevölkerung ausgesetzt sind und die Behörden sich weigern, die nötige Genehmigung zu erteilen. Mehrere Häuser von Christen wurden niedergebrannt, da der Verdacht bestand, sie könnten als Versammlungsorte für Gottesdienste genutzt werden.
- Am 25. Mai 2017 wurden 30 Christen (nach anderen Berichten 35) von bewaffneten Angreifern auf dem Weg zum Kloster St. Samuel in Minya getötet. 28 weitere Christen wurden verletzt. Bevor sie das Feuer eröffneten, versuchten die Angreifer, ihre Opfer dazu zu bringen, zum Islam zu konvertieren.
- Durch zwei Selbstmordanschläge auf Kirchen in Tanta und Alexandria am 9. April 2017 (Palmsonntag) starben 45 Menschen und 100 weitere wurden verletzt. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 70 Punkten steht Ägypten auf Platz 17 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Das entspricht einem Anstieg von 5 Punkten gegenüber dem vergangenen Berichtszeitraum. Der deutliche Anstieg der Punktzahl ist auf den insgesamt gestiegenen Druck in allen (für den WVI untersuchten) Lebensbereichen zurückzuführen. Die Punktzahl für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ bleibt extrem hoch (wenn auch niedriger als beim WVI 2017), bedingt durch die weit bekannt gewordenen gewalttätigen Angriffe auf Christen im Berichtszeitraum des WVI 2018. Die Angst und der Druck, die durch diese Anschläge in Verbindung mit einer Kampagne, die Christen in Schrecken versetzen soll, erzeugt wurden, haben sich auf fast alle Bereiche christlichen Lebens in Ägypten ausgewirkt.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ hat in Ägypten viele Gesichter. Die islamische Kultur unterstützt eine Sichtweise in der ägyptischen Gesellschaft, wonach Christen als Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Diese Sichtweise verursacht die Diskriminierung von Christen im politischen Bereich und im Umgang mit staatlichen Behörden. Sie schafft zudem ein Umfeld, in dem der Staat nur widerwillig bereit ist, die Grundrechte der Christen anzuerkennen und durchzusetzen. Im Familienleben stehen Christen mit muslimischem Hintergrund unter großem Druck, ihren Glauben zu widerrufen. Auch vonseiten ihrer Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz leiden Christen unter Islamischer Unterdrückung. Es gab zudem mehrere gewalttätige Angriffe extremistischer islamischer Gruppen, die auf Christen abzielten. Während sich die Aktivitäten solcher extremistischer Gruppen früher weitgehend auf die Sinai-Halbinsel konzentrierten, hat sich die Zahl der Angriffe dieser Gruppen in anderen Teilen des Landes im Berichtszeitraum des WVI 2018 erhöht.

Diktatorische Paranoia: Der traditionell autoritäre Führungsstil ist vielleicht die einzige Konstante in Ägyptens politischem System, das in nur drei Jahren, zwischen 2011 und 2014, drei Regimewechsel erlebte. Die jeweiligen Machthaber glichen sich in ihrem autoritären Regierungsstil. 2011 wurde die langjährige Diktatur Husni Mubaraks durch massive Proteste der Bevölkerung beendet, was schließlich zur umstrittenen Wahl der Muslimbruderschaft führte.

Die von Mohammed Mursi geführte Regierung agierte nicht demokratisch und wurde 2013 durch einen nationalen Aufstand mit Unterstützung des Militärs abgesetzt. Gegenwärtig wird das Land von einer Zivilregierung unter dem früheren General Abd al-Fattah al-Sisi regiert, der bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 an die Macht kam. Seine Regierung betrachtet die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und demokratischen Pluralismus offenbar als nachrangig gegenüber den schwerwiegenden Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sicherheit. In diesem Kontext ist Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig gewährleistet.

Konfessioneller Protektionismus: Die Mehrheit der Christen in Ägypten sind koptisch-orthodoxe Christen. Viele von ihnen sehen evangelikale Christen als Gemeinschaft von Splittergruppen und Abweichlern, die sich gegen die Mutterkirche stellen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass viele orthodoxe Christen die evangelikale Theologie für okkult halten. Evangelikale Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen werden von der orthodoxen Kirche nicht anerkannt. Es gibt sogar viele orthodoxe Bischöfe und Priester, die sich offen und aggressiv gegen die Theologie und die Aktivitäten der örtlichen evangelikalen Kirchen aussprechen und dagegen schreiben. Evangelistische Veranstaltungen, die von evangelikalen Gemeinden geplant werden, stoßen sowohl in Dörfern als auch in Städten auf heftigen Widerstand seitens der lokalen orthodoxen Kirchen. Diejenigen, die die orthodoxe Kirche verlassen, um sich einer anderen christlichen Gemeinde anzuschließen, sehen sich Druck und möglicherweise auch Ausgrenzung vonseiten ihrer Verwandten und Familienangehörigen ausgesetzt.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Gewöhnliche Bürger, deren Ansichten von intoleranten und extremistischen Imamen geprägt sind, treiben die Verfolgung von Christen maßgeblich voran und sind für den größten Teil des Drucks verantwortlich, dem Christen in ihrem täglichen Leben in ihrer Nachbarschaft und bei der Arbeit ausgesetzt sind. Feindseligkeit aus der Gesellschaft und Vorurteile gegenüber Christen sind in den ärmeren und ländlichen Teilen Ägyptens stärker ausgeprägt. Extremistische islamische Hassprediger spielen auch eine entscheidende Rolle dabei, die Atmosphäre der Intoleranz aufrechtzuerhalten und Feindseligkeit gegenüber Christen zu schüren. Militante islamische Gruppen wie der „Islamische Staat“ (IS) tragen ebenfalls erheblich zur Verfolgung von Christen bei und sind für viele der gewalttätigsten und grausamsten Taten gegen Christen verantwortlich. Regierungsbeamte wirken ebenso als Verfolger, weil sie es versäumen, die Rechte der Christen zu verteidigen, und durch diskriminierende Handlungen die Grundrechte von Christen verletzen.

Diktatorische Paranoia: Regierungsbeamte, unter ihnen Justizbeamte, lokale Verwaltungsbeamte sowie Angehörige verschiedener Zweige des Sicherheitsapparates in Ägypten gehören hier zu den Verfolgern. Die Regierung von Präsident al-Sisi versucht, die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung abzusichern und an der Macht zu bleiben. So hat die Regierung trotz gegenteiliger Versprechen die bestehenden Einschränkungen der Religionsfreiheit ägyptischer Christen beibehalten. Kirchliche Leiter werden vom Staat ständig überwacht.

Hintergrund

Im heutigen Ägypten gelten die Revolution gegen Präsident Mubarak im Jahr 2011 und die Absetzung seines Nachfolgers, Präsident Mursi, im Jahr 2013 als prägende Momente für die Nation. Die Neigung von Präsident Mursi, verschiedene politische Lager innerhalb des Landes von der Regierung und von Angelegenheiten des öffentlichen Interesses auszuschließen, sowie die weit verbreitete Auffassung, dass seine Regierung inkompetent sei, führten zu Volksdemonstrationen gegen seine Herrschaft. Letztendlich griff die Armee ein, verdrängte Präsident Mursi und ebnete den Weg für den Aufstieg des Feldmarschalls Abd al-Fattah al-Sisi zum neuen starken Mann Ägyptens. Von vielen Ägyptern wurde al-Sisi als Held gefeiert, der Ägypten aus den Klauen der Muslimbruderschaft rettete, während andere argumentieren, dass seine Herrschaft ein sicheres Zeichen für die Rückkehr Ägyptens in die alten Zeiten der von der Armee unterstützten Autokratie sei. Seit dem Machtantritt al-Sisis sind viele der führenden Persönlichkeiten der Muslimbruderschaft, darunter der ehemalige Präsident Mursi, inhaftiert, angeklagt und zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Es wurde jedoch bisher keines der Todesurteile vollstreckt. Diese Maßnahmen haben die ägyptische Gesellschaft stark polarisiert, da die Muslimbruderschaft bei einem großen Teil der ägyptischen Gesellschaft beliebt ist.

Die Revolution gegen Mubaraks Regime hatte ihren Ursprung in einer Unzufriedenheit mit der sozioökonomischen Situation im Land und wurde vor allem von der Jugend der größeren Städte getragen. Etwa 40 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag. Ägypten ist eines der neun Länder weltweit mit den höchsten Raten von Analphabeten; mehr als 30 % der Erwachsenen können nicht lesen oder schreiben. Die Regierung von Präsident al-Sisi hat einen ehrgeizigen Plan zur Wiederbelebung der ägyptischen Wirtschaft und zur Schaffung von dringend benötigtem Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen auf den Weg gebracht. Anfänglich fand der Plan der Regierung viele internationale Geldgeber, vor allem aus den ölreichen Golfstaaten, aber die politischen und sicherheitspolitischen Krisen in Ägypten und der umliegenden Region scheinen diese Bemühungen zunichte gemacht zu haben.

Der Islam ist die dominierende Religion in Ägypten. Schätzungsweise knapp 90 % der Bevölkerung sind Muslime, und praktisch alle ägyptischen Muslime sind sunnitische Muslime. Obwohl das Christentum tiefe Wurzeln in Ägypten hat, die Jahrhunderte vor das Aufkommen des Islam in Nordafrika zurückreichen, werden Christen im modernen Ägypten oft marginalisiert und als Bürger zweiter Klasse behandelt. Präsident al-Sisi hat Wissenschaftler der Al-Azhar-Universität (die sunnitischen Muslimen als das älteste und renommierteste Zentrum für fortgeschrittene islamische Studien gilt) aufgefordert, extremistische Lehren zu bekämpfen und Reformen in der islamischen Lehre einzuleiten. Vor allem in ländlichen und verarmten Gebieten gewinnen extremistische Imame und weniger tolerante Formen des Islam an Bedeutung. Die Regierung bemüht sich, diesem Trend entgegenzuwirken, war aber bisher nicht sehr erfolgreich. Die Umgebung ist Christen in Ägypten nach wie vor feindlich gesinnt.

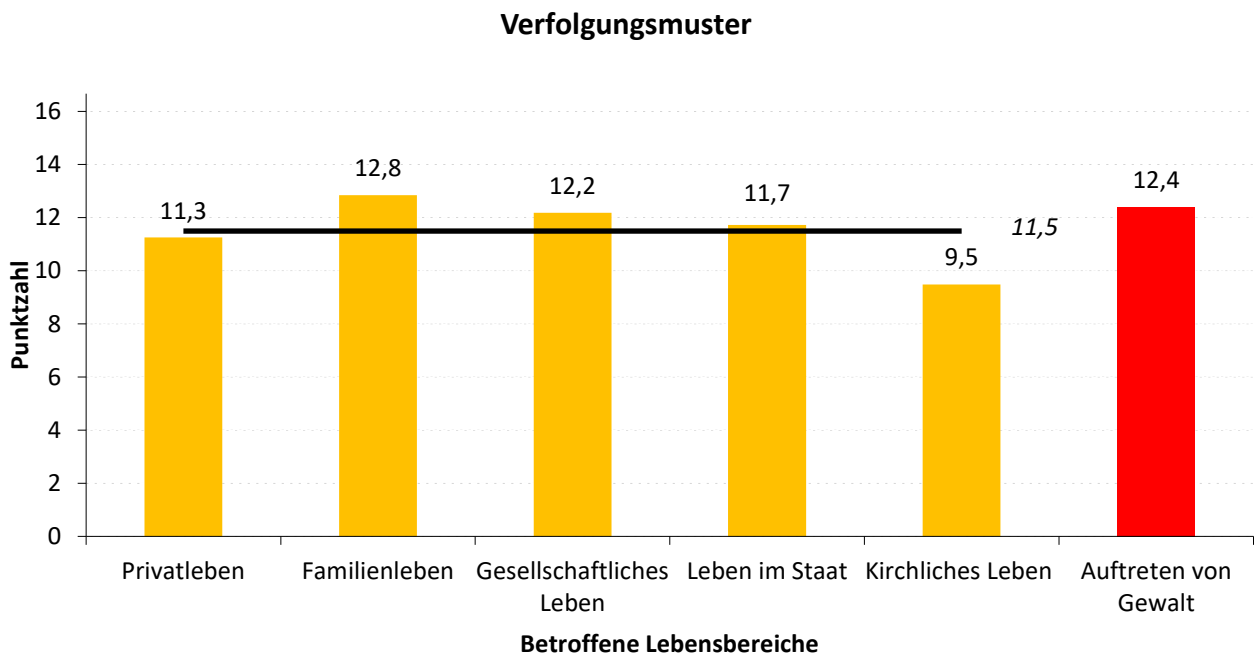
Andere religiöse Gruppen, die in Ägypten Verfolgung erleben, sind schiitische Muslime, Bahai, Mormonen und Zeugen Jehovas. Besonders schiitische Muslime werden von extremistischen sunnitischen Kämpfern angegriffen, was es für sie gefährlich macht, ihren Glauben offen zu leben. Mormonen, Bahai und Zeugen Jehovas wird die Anerkennung durch die Behörden verweigert, was es ihnen erschwert, Gotteshäuser zu haben. Der missionarische Eifer und entsprechende Aktivitäten solcher Gruppen gelten als illegal und so sind die Anhänger sowohl vonseiten der Staatsbeamten als auch der Gesellschaft, einschließlich Ägyptern mit christlichem Hintergrund, mit Feindseligkeit konfrontiert.

Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Die größte Kirche dieser Kategorie ist die koptische Gemeinschaft, deren Mitglieder größtenteils orthodox sind. Es gibt auch gut etablierte protestantische Gemeinschaften im gesamten Land. Die zahlenmäßig starke koptische Minderheit genießt trotz erheblicher Schwierigkeiten (wie Diskriminierung bei der Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Gesetzgebung, die das Gemeindeleben erheblich einschränkt) ein gewisses Maß an Toleranz seitens des Staates und der muslimischen Bevölkerung aufgrund ihrer historischen Präsenz und Größe (von geschätzten 10-11 Millionen Mitgliedern). In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch verschlechtert, da auch Christen traditioneller Kirchen von ihren Nachbarn sowie islamisch-extremistischen Gruppierungen angegriffen wurden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Es gibt eine kleine, aber wachsende Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft, die die Hauptlast der Verfolgung tragen, zumeist durch die eigene Familie. Diese bestraft sie dafür, dass sie den Islam verlassen haben, oft durch physische Gewalt oder Vertreibung aus dem Haus. Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch koptische Christen sind im ganzen Land anzutreffen, letztere am stärksten in Oberägypten, Kairo und Alexandria. Das Maß an Verfolgung ist im gesamten Land etwa gleich stark. Christliche Konvertiten bilden häufig protestantische Freikirchen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Ägypten

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen hat sich in allen Lebensbereichen verstärkt, sodass der Durchschnittswert von 9,7 (beim WVI 2017) auf 11,5 Punkte angestiegen ist.
- In allen Lebensbereichen außer im kirchlichen Leben (hoher Druck) ist der Druck auf Christen sehr hoch. Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist noch immer extrem hoch (12,4 Punkte), auch wenn sie niedriger ist als beim WVI 2017 (16,1 Punkte). Der Rückgang der Punktzahl ist auf eine geringere Anzahl von verhafteten Christen und beschädigten Kirchen zurückzuführen. Betrachtet man die Anzahl der getöteten Christen, hat sich die Situation im aktuellen Berichtszeitraum jedoch sogar verschlimmert.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft erfahren zu Hause starke Einschränkungen. Jegliche Form privaten Gottesdienstes ist für sie riskant und sie stehen unter großem Druck, an den täglichen islamischen Gebeten, am Fasten während des Ramadan und anderen Verpflichtungen des islamischen Glaubens teilzunehmen. Im Gegensatz zu Christen muslimischer Herkunft sind koptische Christen wenig oder gar keinem Druck in diesem Lebensbereich ausgesetzt.

Familienleben: Besonders in ländlichen Gebieten werden Christen muslimischer Herkunft vonseiten der (Groß-)Familie enorm unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Der Druck auf die große koptische Gemeinschaft ist in diesem Lebensbereich sehr viel niedriger, aber der Druck auf christliche Konvertiten kann sogar körperliche Übergriffe und Todesdrohungen beinhalten.

Gesellschaftliches Leben: Ägyptische Christen werden oft vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Feldforscher berichten, dass Christen konstant Diskriminierung in Bereichen wie Justiz, Bildung und der sozialen Grundversorgung erleben und grundsätzlich stärker von Armut betroffen sind. Darüber hinaus müssen sich Christen vermehrt mit „Gerichtsverhandlungen nach Gewohnheitsrecht“ auseinandersetzen, in denen meist Zwistigkeiten zwischen Muslimen und Christen verhandelt werden. In dieser alternativen Form der Rechtsprechung werden Christen in der Regel stark benachteiligt.

Leben im Staat: Die Religionsfreiheit wird vom Staat nicht aufrechterhalten und das ägyptische Rechtssystem ist gegenüber Nichtmuslimen voreingenommen. Es behandelt Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, als Bürger zweiter Klasse und schränkt ihre Möglichkeiten ein, ihren Glauben individuell und in Gemeinschaft zu leben und ihr Leben in Übereinstimmung mit ihrem Glauben zu führen.

Kirchliches Leben: Die Autonomie der Koptisch-Orthodoxen Kirche wird weitestgehend respektiert. Dennoch erleben Christen Hindernisse im Verwaltungsbereich, etwa bei Genehmigungen zum Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden. Diese Hindernisse sind noch schwieriger zu überwinden, seit 2016 ein Gesetz verabschiedet wurde, das provinziellen Behörden bei der Ausstellung von Baugenehmigungen, die auch für Kirchen benötigt werden, willkürliche Macht einräumt.

Auftreten von Gewalt: Auch wenn der Wert für das Auftreten von Gewalt niedriger ist als beim WVI 2017, sind gewalttätige Angriffe gegen Christen in Ägypten präsenter in den Medien. Auf der einen Seite gab es sowohl mehr Attentate von militanten Gruppierungen, die sich gegen Christen richteten, als auch mehr Tote bei diesen Anschlägen, auf der anderen Seite wurden weniger gewalttätige Angriffe von gewöhnlichen Bürgern registriert und es wurden weniger Christen verhaftet. Die Drohungen und Attentate von extremistischen Gruppen wurden wohlüberlegt inszeniert, um die christliche Gemeinschaft in Angst zu versetzen und die Aktivitäten der Kirchen zu stören. Einige Beispiele dieser Angriffe:

- Am 12. Dezember 2016 starben etwa 30 Christen bei einem Selbstmordattentat auf die St.-Peter-und-Paul-Kirche in Kairo. Dutzende weitere wurden verletzt.
- Im Februar 2017 veröffentliche der IS ein Propagandavideo mit dem Schwur, die koptischen Christen in Ägypten auszulöschen und „Kairo zu befreien".
- Durch zwei Selbstmordanschläge auf Kirchen in Tanta und Alexandria am 9. April 2017 (Palmsonntag) starben 45 Menschen und 100 weitere wurden verletzt. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.
- Am 25. Mai 2017 wurden 30 Christen (nach anderen Berichten 35) von bewaffneten Angreifern auf dem Weg zum Kloster St. Samuel in Minya getötet. 28 weitere Christen wurden verletzt. Bevor sie das Feuer eröffneten, versuchten die Angreifer, ihre Opfer dazu zu bringen, zum Islam zu konvertieren.
- Am 19. Juli 2017 wurde ein christlicher ägyptischer Soldat bei der Al-Salaam-Spezialeinheit zu Tode geprügelt. Berichte legen nahe, dass er getötet wurde, weil er der Anweisung seines Vorgesetzten, seine Tattoos von einem Kreuz und christlichen Heiligen zu entfernen, nicht Folge leistete.
- Mehr als 1.600 Christen leben in dem Dorf Kom El-Loufy in al-Minya. Seit fünf Jahren können sie ihre Kirche nicht wiedereröffnen oder eine neue bauen, weil sie erbitterter Feindseligkeit vonseiten der lokalen muslimischen Bevölkerung ausgesetzt sind und die Behörden sich weigern, die nötige Genehmigung zu erteilen. Mehrere Häuser von Christen wurden niedergebrannt, da der Verdacht bestand, sie könnten als Versammlungsorte für Gottesdienste genutzt werden.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen sind oft Belästigungen und sexuellen Übergriffen ausgesetzt; manche werden Opfer von Zwangsheiraten, u. a. nach Entführungen. Obwohl solche Missbräuche gängige Praktiken sind, die alle Frauen in Ägypten betreffen, gibt es Berichte, dass christliche Frauen besonders für Ehen nach Entführungen ins Visier genommen werden. Viele der christlichen Mädchen, die in eine Ehe gelockt werden, sind minderjährig und stammen aus wehrlosen Familien. Diese Art von Verfolgung verursacht Trauma und Schmerz in großem Ausmaß für christliche Familien und die christliche Gemeinschaft.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Trotz des Ausnahmezustands, den die Regierung zur Bekämpfung der gewalttätigen Angriffe auf Christen ausgerufen hat, wird das Gefühl der Verwundbarkeit und Unsicherheit, das sich unter den Christen in Ägypten verbreitet hat, auf absehbare Zeit anhalten. Wenn die Angriffe islamisch-extremistischer Kämpfer fortdauern, wird sich der Druck auf die Christen in Ägypten noch erhöhen und die Fähigkeit der ägyptischen Kirche, diese Belastung zu bewältigen, bis an ihre Grenzen geprüft werden. Das Ausmaß, in dem solche Angriffe weitergehen oder zunehmen werden, wird den Verlauf der Verfolgungsdynamik in Ägypten bestimmen. Die gewaltfreien Formen der Verfolgung, die in verschiedenen Lebensbereichen vorherrschen, werden wahrscheinlich ohne große Veränderungen weitergehen.

zurück zur Länderübersicht

Vietnam: Platz 18

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Regierung verfolgt die christliche Minderheit von der nationalen Ebene bis hinunter zur lokalen Ebene durch die Gesetze, die sie erlässt und dadurch, wie diese Gesetze vor Ort umgesetzt (und fehlinterpretiert werden). In ihrem Streben danach, die Kulturen ihrer Stämme zu erhalten, grenzen auch Stammesführer Christen aus und sehen diese als Verräter ihrer Kultur und Identität. Ebenso verfolgen Dorfbewohner Christen. Sie schließen sich mit anderen zusammen, um sie zu verprügeln, sie aus ihren Dörfern zu vertreiben oder Gottesdienste zu unterbrechen, indem sie beispielweise die Versammlungsorte mit Steinen bewerfen. Nichtchristliche Verwandte werden ebenfalls zu starken Verfolgern, indem sie Familienbande kappen oder Erbschaften verweigern, in einigen Fällen den christlichen Partner zur Scheidung zwingen und einem christlichen Elternteil das Sorgerecht für die Kinder verweigern.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Christen traditioneller Kirchen, wie die römisch-katholischen Christen, die den Großteil der Christen in Vietnam ausmachen, haben im Allgemeinen mehr Spielräume, abgesehen von der Überwachung, der auch sie unterstehen. Sobald aber Katholiken politisch aktiv werden, ob als Blogger, als Aktivisten gegen Umweltverschmutzung oder ähnlichem, geraten sie in das Fadenkreuz der Behörden und können verhaftet und verurteilt werden. In mehreren Städten und Provinzen gehören den katholischen Gemeinden große Grundstücke, die sich staatliche Stellen einverleiben, um dort zu bauen oder sich finanzielle Vorteile zu verschaffen. Proteste gegen diese Praxis werden unterdrückt.

Konvertiten aus dem Volksglauben und nicht-traditionelle Protestanten werden stärker verfolgt, besonders, wenn sie in den dörflichen Regionen in Zentral- und Nordvietnam leben. Die meisten von ihnen gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes, wie den Hmong, und stehen allen Arten von Verfolgung gegenüber, von sozialer Ausgrenzung über Belästigung und Diskriminierung bis hin zu gewalttätigen Angriffen, bei denen ihre Häuser zerstört und sie aus ihren Dörfern vertrieben werden. In vielen Fällen sind die kommunistischen Behörden nicht direkt involviert, sondern heuern Kriminelle an, um gegen die Christen vorzugehen. Mehrfach flohen Christen ins Ausland und baten um Asyl, z.B. im benachbarten Kambodscha, aber sie wurden auf den Druck Vietnams wieder zurückgeschickt.

Beispiele:

- Christliche Kinder ethnischer Minderheiten werden in Schulen diskriminiert und bekommen nicht die gleiche Aufmerksamkeit wie andere; außerdem werden ihre medizinischen Bedürfnisse oft ignoriert. Einige können wegen ihres christlichen Glaubens noch nicht einmal eine Schule besuchen. Als Schüler aus einem Stamm im zentralen Hochland zum christlichen Glauben kamen, drohte ihnen ihr Schuldirektor damit, sie der Schule zu verweisen. Lehrer versuchen auch christliche Schüler zu entmutigen, indem sie ihnen sagen, dass sie sowieso keiner als Christen nach ihrem Abschluss einstellen würde; daher sei es besser, dass sie ihren Glauben aufgäben.

- Die nahezu unendliche Geschichte der christlichen Montagnards, die wegen der Verfolgung die zentralvietnamesischen Provinzen verließen und nach Kambodscha flohen, nahm während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 eine neue Wendung. Während mehr als 100 Flüchtlinge zurückgeschickt wurden, wurde im April 2017 berichtet, dass bis März 2017 bereits 50 Montagnards von Kambodscha nach Thailand geflohen waren. Dies zeigt, wie sehr sie der Verfolgung in Vietnam entkommen wollen.
- Am 7. Juni 2017 griffen Randalierer erneut ein katholisches Kirchengebäude an. Die Gemeinde ist dafür bekannt, offen die Regierung für ihre Reaktion auf das Austreten von Giftmüll im Jahr 2016 zu kritisieren.
- In den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 wurden in Vietnam mehrere katholische Aktivisten und Blogger sowie protestantische Pastoren eingesperrt. In einem noch nie dagewesenen Schritt wurde ein katholischer Professor nach Frankreich ausgewiesen, sowie ein protestantischer Pastor in die Vereinigten Staaten.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl Vietnams (69) auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 ist zwei Punkte niedriger, als im WVI 2017. Obwohl die Punktzahl für „Auftreten von Gewalt“ um fast vier Punkte fiel, wurde ein Wachsen des Drucks deutlich, der die Vorbereitungen der Christen auf die neue Religionsgesetzgebung widerspiegelt, die am 1. Januar 2018 in Kraft tritt. Druck und Gewalt gegen Christen aus ethnischen Minderheiten gehen unvermindert weiter.

Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Vietnam – oder wie es der offizielle Name besagt: die „sozialistische Republik Vietnam” – ist eines der fünf Länder, die immer noch von einer kommunistischen Partei regiert werden. Der vietnamesische Kommunismus ist mehr als nur Schein, was sich 2016 bei der Einführung der neuen Führung zeigte, die alle Hoffnung auf einen reformorientierten Kurs zunichtemachte. Die Regierung überwacht christliche Aktivitäten und übt einen hohen Druck auf alle Christen aus. Die Katholische Kirche ist mit Abstand die größte christliche Gemeinschaft im Land. Aber die Regierung hat eine angespannte Beziehung zu ihr, da Katholiken mit einer fremden Macht, dem Vatikan, verbunden sind und daher oft als Überbleibsel aus der französischen Kolonialzeit gesehen werden. Vorurteile wie „Katholiken sind französisch und Protestanten amerikanisch” halten sich weiterhin, besonders in den dörflichen Regionen. 2017 zeigte sich diese Behauptung ganz besonders, als zwei Christen mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft des Landes verwiesen wurden und ins Exil nach Frankreich und in die USA gehen mussten. Besonders misstrauisch ist die Regierung gegenüber den Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Hochland leben und als „Montagnards” bekannt sind. Viele von ihnen sind Protestanten und Berichten zufolge hat sich dort der christliche Glaube weiter ausgebreitet.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Niemand kennt genaue Zahlen, aber die Mehrheit der Christen hat einen Stammeshintergrund und einige Schätzungen besagen, dass 80 Prozent der protestantischen Christen aus einer ethnischen Minderheit stammen, viele von ihnen aus den Hmong oder den Bru. Wenn Dorfbewohner oder Dorfälteste jemanden entdecken, der Christ geworden ist, zwingen sie ihn, den jahrhundertealten Werten und Normen der Gemeinschaft wieder zu folgen. Um die Kultur des Stammes zu bewahren, verstoßen Stammesführer oft die Christen aus den Gemeinschaften und sehen diese als Verräter ihrer Kultur und Identität. Die Gemeinschaft selbst reagiert ebenfalls oft gewalttätig auf diese Christen und schließt sie aus den Dörfern aus. Die Behörden kooperieren mit den lokalen Stammesführern zum Nachteil dieser Konvertiten.

Verfolger

Die Regierung verfolgt Christen auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene. Die kommunistische Partei tut dies oft, indem sie die Ideologie stärkt und diejenigen belohnt, die den Kommunismus hochhalten. Gesetze werden erlassen und dann lokal angewendet (und nicht selten missinterpretiert).

Stammesführer sehen Christen als Verräter ihrer Identität an. Um die Stammeskultur zu schützen, schneiden sie die Christen von der Versorgung ab oder werfen diese aus dem Dorf, zerstören ihre Felder und Ähnliches. Dorfbewohner verfolgen Christen auch in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, indem sie Christen verprügeln, sie aus ihren Dörfern werfen oder christliche Versammlungen stören, indem sie beispielsweise Steine auf die Versammlungsorte werfen. Nichtchristliche Verwandte agieren ebenfalls als Verfolger, indem sie Familienbande kappen und Erbschaften verweigern; in manchen Fällen werden christliche Ehepartner zur Scheidung gezwungen und ihnen wird das Sorgerecht für die Kinder vorenthalten.

Hintergrund

Vietnam folgt weiterhin der „Doi-Moi“-Politik (wörtlich übersetzt: „Erneuerung“), die im Jahr 1986 mit der Absicht eingeführt wurde, den Wirtschaftssektor zu reformieren und zu verbessern. Dadurch wurden gute Ergebnisse erzielt, das Bruttoinlandsprodukt hat sich binnen der letzten zehn Jahren verdoppelt, außerdem wurden die Armut und die Arbeitslosigkeit verringert. Jedoch hat diese Politik auch ihren Preis. Viele der kommunistischen Führer aus Politik und Militär leben in großem Wohlstand, was die Ideologie des Landes in eine Krise stürzte. Gerade in den Städten ist der Kommunismus mehr zu einer bloßen Phrase geworden und hat wenig mit der Lebenswirklichkeit zu tun. Viele junge Leute haben begonnen, Fragen zu stellen. Allerdings gehen die Behörden immer härter gegen diejenigen vor, die von den Regeln abweichen – besonders gegen Menschenrechtsaktivisten. Viele von diesen sind Christen und wurden schikaniert, zusammengeschlagen, inhaftiert und verurteilt.

Eine zusätzliche Herausforderung stellen die angespannten Beziehungen mit dem großen Nachbarn China dar. Obwohl auch dieses Land dem Namen nach kommunistisch ist, und die Mehrheit der Vietnamesen (Kinh) grundsätzlich ethnische Chinesen sind (Viet Nam bedeutet wörtlich „Land im Süden”, von China im Norden aus gesehen), werden die Beziehungen immer angespannter. Der Hauptstreitpunkt sind Chinas Aktionen im Südchinesischen Meer, welches China grundsätzlich allein für sich beansprucht, Ansprüche aller anderen Staaten außer Acht lassend, obwohl manche davon durch internationales Recht gedeckt sind. China hat in der Vergangenheit nicht nur vietnamesische Schiffe in Gewässern angegriffen, die es für sich selbst beansprucht, es hat auch damit begonnen, auf Riffen und Felsen Gebäude zu errichten, um seinen Anspruch zu unterstreichen.

Nach gewalttätigen Reaktionen und der Stationierung von modernen Kurzstreckenraketen auf seinen Inseln im Meer, kamen China und Vietnam im Mai 2017 zu der Übereinkunft, die Spannungen nicht weiter anzuheizen. Ob dies die Beziehungen wieder verbessert, bleibt abzuwarten; die Annäherung an den früheren Erzfeind USA hat sich im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt.

Während des 12. Parteikongresses im Januar 2016 wurde eine neue Führung ernannt, wobei der wichtigste und einflussreichste Posten des Generalsekretärs unverändert blieb. Obwohl Premierminister Dung, der für eine liberalere Politik stand, allgemein als logischer Kandidat gesehen wurde, wurde er effektiv aus dem Rennen genommen. Die Führung rief zu einem öffentlichen Dialog zur Regierungsbildung im Mai 2017 auf, aber mit Blick auf die Historie der Regierung, ihren Kritikern nicht zuzuhören, kann hier nicht allzu viel erwartet werden. Menschenrechte und die Religionsfreiheit bleiben ein schwieriges Thema, und es ist bis jetzt noch nicht klar, ob die neue Führung sich um engere Beziehungen zu China bemühen oder ob sie ihre Verbindungen zu den USA stärken wird. In jedem Fall sollten Christen keine größere Freiheit oder Vorteile von dem neuen Religionsgesetz erwarten.

Die kommunistische Regierung agiert gegen alle Religionen: Buddhisten, Caodaisten, Hoa Hoa Buddhisten und Muslime. Dies beginnt bei Belästigungen und kann mit Gefängnisstrafen und Vertreibungen aus Häusern, Dörfern oder, im Berichtszeitraum des WVI 2018, sogar mit der Vertreibung aus dem Land enden. Besonders Mitglieder der ethnischen Minderheiten des Landes stehen hier im Fadenkreuz der Autoritäten.

Betroffene Kategorien von Christen

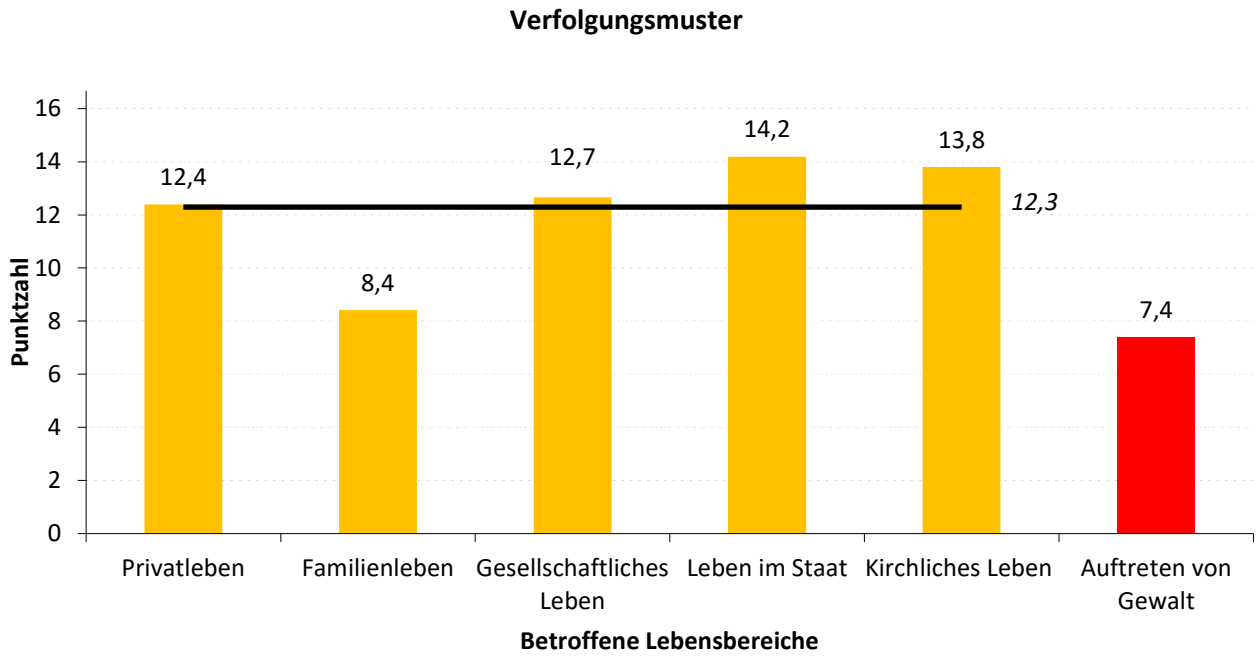
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Da sie keine lokale Gemeinde besuchen können, sind ausländische und eingewanderte Christen unfreiwillig isoliert. Diese Gruppe beinhaltet Gastarbeiter aus Taiwan, Korea und den Philippinen, sie erleben den Druck in Form von Überwachung.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dies sind besonders Christen der Römisch-Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche Vietnams (ECVN). Ersterer gelang es, 2016 eine katholische Universität zu eröffnen. Doch zeigen Probleme mit der Beschlagnahmung von Land durch Behörden, die Verhaftung von katholischen Aktivisten und die Ausweisung von katholischen Menschenrechtsaktivisten, dass Christen aus traditionellen Kirchen massiven Problemen gegenüberstehen.

Christliche Konvertiten: Konvertiten kommen entweder aus einem buddhistischen oder einem ethnisch-animistischen Hintergrund und stehen der stärksten Verfolgung gegenüber, nicht nur durch die Behörden, sondern auch durch ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Da die meisten von ihnen aus den ethnischen Minderheiten stammen, sind die Behörden ganz besonders argwöhnisch.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Kategorie besteht größtenteils aus evangelikalen und Pfingstgemeinden. Baptisten, Mennoniten, und viele andere versammeln sich in Hauskirchen. Sie werden streng überwacht und werden auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft diskriminiert.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vietnam

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Vietnam hat sich nahezu in jedem Bereich erhöht, was zu einem Druck auf sehr hohem Niveau führt. Die Punktzahl stieg von 11,9 vom WVI 2017 auf 12,3 (WVI 2018).
- Der höchste Druck ist im Bereich „Leben im Staat“ zu finden (extremer Druck), gefolgt von „Kirchliches Leben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Der Druck auf Konvertiten ist besonders im Bereich des „Privat- und Familienlebens“ präsent; aber alle Christen stehen einem wachsenden Druck im Bereich „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ gegenüber. Dieser Druck wird durch eine Rückkehr zur kommunistischen Rhetorik bestärkt, durch das neue Religionsgesetz und das fortgesetzte Misstrauen gegenüber Konvertiten sowie allen ethnischen und religiösen Minderheiten.
- Die Gewalt gegen Christen ist wieder auf ein eher normales Maß mit einer Punktzahl von 7,4 zurückgekehrt (Sie stieg im WVI 2017 stark auf 11,1 an, als drei Christen getötet wurden). Im Berichtszeitraum des WVI 2018 wurden Christen verhaftet und ins Exil nach Frankreich und in die USA gezwungen.

Privatleben: Da Familien in Vietnam, besonders im ländlichen Bereich, üblicherweise mit drei Generationen unter einem Dach leben, müssen christliche Konvertiten ganz besonders vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben und mit wem sie ihn teilen. Der christliche Glaube wird von den Familienmitgliedern, die einen Ahnenkult betreiben, als Gefahr gesehen, da sie fürchten, dass sich niemand um sie in ihrem jenseitigen Leben kümmern wird. In einigen Fällen warfen Verwandte christliche Familienmitglieder aus der Gemeinschaft und verbannten sie.

Außerdem müssen Konvertiten aufpassen, wie sie christliche Literatur aufbewahren. Unter diesen Umständen kann es sehr schwierig sein, andere Christen zu treffen, und in vielen Fällen behindern Familienmitglieder Konvertiten, Gemeinschaft mit anderen Christen zu haben. Dies gilt nicht nur für Konvertiten buddhistischer oder animistischer Herkunft, sondern auch für Christen aus Familien mit starken Bindungen an die kommunistische Partei.

Familienleben: Es gab Berichte, wonach Christen aus Minderheiten ihre Geburtsurkunden vorenthalten wurden und dass in anderen Fällen Beamte sie gezwungen hätten, ihre Nachnamen in „Ho“ (nach dem kommunistischen Revolutionsführer Ho Chi Minh) zu ändern. In mindestens zwei Fällen wurden katholische Hochzeiten von Offiziellen behindert, da diese die „Einheit stören“, wenn sie christliche Symbole im Dorf zeigen. Taufen in den Dörfern müssen heimlich durchgeführt werden, wenn Konvertiten involviert sind, und Begräbnisse müssen nach traditionellem Ritus durchgeführt werden, besonders bei Christen aus den ethnischen Minderheiten. Verheirateten Konvertiten kann die Scheidung drohen, und es ist üblich für Familien, diejenigen zu enteignen, auszuschließen und ihnen die Unterstützung zu versagen, die zum christlichen Glauben übertreten.

Es gab viele Berichte, bei denen Christen um die Beglaubigung von Dokumenten für Ausbildung, Schule und Beruf baten. Aber als die lokalen Behörden herausfanden, dass die Antragssteller Christen waren, weigerten sie sich, die Dokumente zu beglaubigen – besonders, wenn diese Christen in der Vergangenheit Warnungen ignoriert hatten, keine christlichen Versammlungen mehr zu besuchen.

Christliche Kinder werden im Kommunismus an der Schule unterrichtet und zu Hause werden christliche Familien unter Druck gesetzt, an der Verehrung der Ahnen teilzunehmen. Aber die Kinder werden nicht nur einfach im Kommunismus unterrichtet; im zentralen Hochland wurden erwachsene Pastorenkinder unter Druck gesetzt, ihre Eltern dazu zu bringen, nicht mehr zu lehren und zu predigen; sollten sie dies nicht schaffen, würden sie ihren Job verlieren.

Gesellschaftliches Leben: Lokale Gemeinschaften helfen regelmäßig bei der Überwachung von christlichen Aktivitäten. Örtliche Behörden ermutigen die Gemeinschaften, christliche Gruppen in ihrer Tätigkeit zu beschränken, da sie als fremd und gefährlich angesehen werden. Auch das Internet wird massiv überwacht, wie auch die Telefonleitungen einiger Kirchenleiter. Es gibt viele Berichte wonach Christen, besonders aus den ethnischen Minderheiten, staatliche Förderung verweigert wird, sei es in Form von Nothilfe, landwirtschaftlichen Mikrokrediten oder Stipendien. In den Schulen müssen Schüler einem Foto von Ho Chi Minh Respekt zollen. In den dörflichen Regionen müssen sie an Stammesriten teilnehmen. Es wurde von Fällen berichtet, in denen Schulleiter Konvertiten mit einem Schulverweis drohten. Christlichen Schülern wird regelmäßig erzählt, sie sollen ihre Ausbildung aufgeben, da sowieso niemand Christen nach ihrem Abschluss einstellen werde. Es ist sehr üblich, dass Pastoren und Gemeindeleiter von der Polizei vorgeladen und verhört werden. Ein Pastor sagte, er könne die Vorladungen der Polizei bereits „in Kilogramm messen“.

Leben im Staat: Vietnam folgt seiner kommunistischen Ideologie und verehrt den Staatsgründer Ho Chi Minh, oder „Onkel Ho“ wie er liebevoll genannt wird; aber dies ist nicht vergleichbar mit der anbetungsgleichen Verehrung der Führer in Nordkorea. Gegen jedweden Glauben außerhalb der kommunistischen Ideologie wird vorgegangen, und Religion wird durch ein Gesetz namens Dekret 92 unter Kontrolle gehalten. Während das Dekret und zugehörige Erlasse 2017 in Kraft blieben, wurde das umfassende „Gesetz zu Religion und Glaube“ durch die Nationalversammlung angenommen und soll am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Während es einige Abschnitte im neuen Gesetz gibt, die als eine Verbesserung für die Christen gesehen werden können, werden die Regularien zur Registrierung ganz sicher den Kirchen große Schwierigkeiten bereiten. Alles in allem wird sich nicht viel ändern, aber das Gesetz könnte einen bürokratischen Alptraum für die Gemeinden schaffen. Die nationalen Personalausweise (wie auch die Aufzeichnungen zur Familie) enthalten einen Abschnitt zur religiösen Zugehörigkeit. Konvertiten haben es schwer, ihre religiöse Zugehörigkeit ändern zu lassen, und die, die es versucht haben, bekamen oft den Eintrag „nicht religiös“ oder bekamen gar keine Dokumente.

Bewegungen von christlichen Leitern werden überwacht, und der Zugang zu Dörfern im Norden und in Zentralvietnam ist eingeschränkt. Die Medien berichten vorurteilsbehaftet, und Hetze gegen Christen gibt es häufig. Zum Beispiel werden Christen als Werkzeug dargestellt, die kolonialistische Ideologie wiedereinzuführen. Täter werden nahezu nie vor Gericht gebracht, und lokale Behörden heuern oft sogar Verbrecher an, um Gewalt gegen Christen auszuüben. Christen, die vor Gericht gingen, bekamen kein faires Verfahren. Ein Beispiel dafür ist die Vielzahl an katholischen Bloggern, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, oder die Proteste, die durch den Formosa-Zwischenfall hervorgerufen wurden, bei dem ein taiwanesisches Stahlwerk eine Naturkatastrophe auslöste und (hauptsächlich katholische) Fischer und Aktivisten auf die Straße gingen, um gegen die Vertuschung durch die Regierung zu protestieren. Als sie versuchten, Gerechtigkeit zu bekommen, schlugen die Behörden zu. Sie wurden mit Schmierkampagnen in den lokalen Medien belegt und beschuldigt, zerstörerische und regierungsfeindliche Aktionen ausgeführt zu haben.

Kirchliches Leben: Kirchen werden streng überwacht und hin und wieder werden Versammlungen verhindert oder gestört. Die Registrierung einer Gemeinde verlangt einen enormen administrativen Aufwand, und es gibt keine Garantie dafür, später auch eine Genehmigung zu erhalten. Dies ist einer der Wege, mit dem die Regierung das Wachstum der Gemeinden kontrolliert und sie so unter der Herrschaft des Kommunismus hält. Selbst Partnergemeinden registrierter Kirchen haben Schwierigkeiten durch die Regierung und lokale Behörden anerkannt zu werden. Die Vergabe von Baugenehmigungen ist im Dekret Nr. 92 geregelt und wird durch die Behörden äußerst streng gehandhabt. Die Beschlagnahmung von Land durch die Behörden geht weiter und besonders die Katholische Kirche hat Probleme, ihren Besitz zu behalten. Sie besitzt verschiedene große Grundstücke (Kirchengebäude, Schulen und Krankenhäuser), besonders in den größeren Städten, und es gab mehr als nur einen Konflikt, als Behörden wiederholt versuchten, diesen Besitz zu beschlagnahmen, angeblich zur Stadtentwicklung.

Das neue Religionsgesetz verlangt von jeder Kirche, dass sie Unterlagen anlegt, die beweisen, dass sie als anerkannte christliche Gruppe registriert ist, die Mitglieder das Recht haben, sich zu versammeln und dass das Grundstück im Besitz der Kirche ist. Dies wird zur Bestätigung an die Behörden geschickt. Dies ist ein extrem langwieriger Prozess, und die Behörden können ganz einfach die Zustimmung verweigern, indem sie angeben, dass dieses Grundstück nicht für religiöse Zwecke gedacht sei, oder es sei ein Wohngebiet, oder dass die Gemeinde keine registrierte religiöse Gruppe sei.

Es gab Berichte, wonach Jugendtreffen gestürmt wurden. Die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Literatur ist möglich, aber hochgradig eingeschränkt. Jedwedes „illegales“ Material wird durch die Polizei konfisziert. Außerdem ist es sehr schwierig, eine Genehmigung zu bekommen, um Ausbildungskurse anzubieten. Zudem müssen jeweils im Oktober alle registrierten Kirchen eine Liste der Themen für ihre Gottesdienste des ganzen kommenden Jahres vorlegen.

Das überarbeitete Gesetz zu Glaube und Religion wird diese Dinge sehr wahrscheinlich nicht grundlegend ändern, da das allumfassende Ziel der Regierung bleibt, die Kontrolle zu behalten.

Auftreten von Gewalt: Die nahezu unendliche Geschichte der christlichen Montagnards, die wegen ihrer Verfolgung die zentralvietnamesischen Provinzen verließen und nach Kambodscha flohen, nahm während des Berichtszeitraums des WVI 2018 eine neue Wendung. Während mehr als 100 Flüchtlinge zurückgeschickt wurden, wurde im April 2017 berichtet, dass bis März 2017 bereits 50 Montagnards von Kambodscha nach Thailand geflohen waren. Dies zeigt, wie sehr sie der Verfolgung in Vietnam entkommen wollen. Und während der katholische Journalist und Aktivist Dang Xian Dieu im Februar 2017 ins Exil nach Frankreich gezwungen wurde und Peter Pham Minh Hoang sein Schicksal im Juni 2017 teilte, wurde im Juli 2017 der lutherische Pastor Nguyen Cong Chinh mit seiner Familie in die USA deportiert. Dieser aktuelle Trend zeigt, dass die bereits erwähnte vietnamesische Maxime immer noch einiges an Wahrheit enthält: „Katholiken sind aus Frankreich und Protestanten kommen aus den USA“.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die wirtschaftliche Doi Moi Politik hat sich nicht auf die sozialen und politischen Bereiche der Gesellschaft ausgeweitet, und dies wird auch nicht für die absehbare Zukunft erwartet. Im Gegenteil, die Restriktionen gegen Dissidenten haben im Berichtszeitraum des WVI 2018 zugenommen und die Träume einer offenen Zivilgesellschaft in Vietnam mit Debatten über politische, ökonomische, soziale und religiöse Themen (wie es in einer demokratischen Gesellschaft üblich ist) sind weit entfernt. Ein weiteres Beispiel dafür ist ein Gesetz aus dem Juni 2017, dass den Behörden die Möglichkeit gibt, Anwälte dazu zu zwingen, Klienten zu melden, die „Verbrechen gegen den Staat“ begangen haben. Wenn man sich vor Augen führt, wie breit dieser Begriff in kommunistischen Ländern ausgelegt wird, können Christen und andere Religionen ganz leicht ins Fadenkreuz dieses Gesetzes geraten.

Weiterhin bleibt zu beobachten, wie das neue Glaubens- und Religionsgesetz, welches im November 2016 verabschiedet wurde, umgesetzt werden wird, jetzt, da es am 1. Januar 2018 in Kraft getreten ist. Christen und andere Religionsgruppen können keine Erleichterungen von diesem Gesetz erwarten, noch erwarten sie irgendwelche greifbaren, positiven Veränderungen. Die Registrierung und der Betrieb von christlichen Kirchen wird mindestens so umständlich sein wie heute schon und den eigenen Glauben zu bezeugen, wird höchstwahrscheinlich gefährlich bleiben.

Unter der „neuen“ Führung werden Bürgerrechte und Religionsfreiheit schwierige Themen bleiben und die Kommunistische Unterdrückung wird weiterhin für die Christen deutlich zu spüren sein. Dieser Druck mag sich sogar noch erhöhen, wenn sich die Beziehungen zum großen Nachbarn China verbessern, ganz besonders, wo das Interesse der USA zu schwinden scheint. Im Gegensatz zu China hat Vietnam Schwierigkeiten abweichende Meinungen im Internet unter Kontrolle zu halten, denn das Land gehört zu den zehn Ländern mit den meisten Facebook Nutzern: 52 Millionen.

Aber die Regierung wird weiter danach streben, abweichende Blogger schwer zu bestrafen, wie die Verurteilung des katholischen Bloggers „Mother Mushroom“ zu zehn Jahren Haft im Juni 2017 zeigt. Die Tatsache, dass die vietnamesische Regierung im August 2017 ein früheres hochrangiges Mitglied der Kommunistischen Partei und jetzigen Geschäftsmann, Trinh Xuan Thanh, ehemals Mitarbeiter der staatlichen Ölgesellschaft Petro Vietnam, in Deutschland kidnappte, zeigt den Wagemut der vietnamesischen Führung. Das sind keine guten Nachrichten für irgendeine Form öffentlichen Widerspruchs.

zurück zur Länderübersicht

Turkmenistan: Platz 19

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Es gibt zwei Hauptursachen für die Verfolgung von Christen in Turkmenistan – den Staat und die muslimische Umwelt. Staatliche Verfolgung geht von der Polizei, den Geheimdiensten und örtlichen Behörden aus, die religiöse Aktivitäten überwachen und regelmäßig an Gottesdiensten teilnehmen. Staatsbehörden führen häufig Razzien bei nichtregistrierten Kirchen durch. Die allgemeine islamische Kultur macht das Leben von Christen muslimischer Herkunft besonders schwer.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Auch die Gottesdienste der Russisch-Orthodoxen und Armenisch-Apostolischen Kirchen können überwacht werden. Das Drucken oder die Einfuhr christlicher Schriften ist eingeschränkt. Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl durch den Staat als auch durch Familie, Freunde und Lebensumfeld. Dort, wo Kirchen nicht registriert sind, sind Christen regelmäßig Polizeirazzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Nach Usbekistan ist Turkmenistan für religiöse Minderheiten der repressivste zentralasiatische Staat. In Anbetracht des wachsenden Nationalismus und der „geistlichen Leitung“, die der neue Präsident dem Land zu geben verspricht (wie schon sein Vorgänger mit seinen Ruhnama-Lehren), wird der Druck auf die Christen sehr wahrscheinlich unvermindert hoch bleiben, jedoch mit einem sehr niedrigen Wert im Bereich Gewalt.

Beispiele:

- Am 12. April 2016 wurde ein neues Religionsgesetz in Turkmenistan verabschiedet, mit dem das christliche Kirchenleben noch strenger kontrolliert wird.
- Die Familien von ehemaligen Muslimen, die örtliche muslimische Gemeinschaft und die Behörden mischen sich häufig in Kirchenaktivitäten ein und behindern diese.
- Wenn die Polizei Christen verhört, kommt es immer auch zu körperlicher Gewalt. Verhaftete Muslime und Zeugen Jehovas werden ähnlich schlecht behandelt.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 68 Punkten steht Turkmenistan auf Platz 19 des Weltverfolgungsindex 2018, im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 entspricht dies einer Steigerung von einem Punkt. Die Christen in Turkmenistan leiden an einem unvermindert hohen Maß an Kontrolle durch die autoritäre Regierung, insbesondere sind sie in den untersuchten Lebensbereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“ davon betroffen. Die Situation der Christen in Turkmenistan ist weiterhin schwierig und hat sich sogar etwas verschlechtert. Der enorme Druck vonseiten der Regierung hat nicht nachgelassen. Forum 18 hat die Situation in einer am 3. Oktober 2017 veröffentlichten Publikation sehr zutreffend beschrieben:

„Die Behörden lassen auch weiterhin Razzien bei Gottesdiensten und in Wohnungen durchführen; sie nehmen Personen in Gewahrsam, foltern und bedrohen sie; sie beschlagnahmen religiöse Literatur, die bei Hausdurchsuchungen entdeckt wird. In vielen Fällen werden Frauen, die ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit ausüben, von männlichen Polizisten tätlich angegriffen.“ Christen sind nicht die einzige Glaubensgemeinschaft, die von der turkmenischen Regierung verfolgt wird: Muslime und Zeugen Jehovas erleben einen ähnlich starken Druck.

Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia: Außerhalb staatlich geführter und staatlich kontrollierter Institutionen sind religiöse Aktivitäten nicht erlaubt. Mitglieder traditioneller protestantischer Gemeinden werden regelmäßig als „Extremisten” beschimpft, weil ihre religiösen Aktivitäten außerhalb der staatlich genehmigten Strukturen stattfinden. Mitglieder anderer protestantischer Kirchen werden oft als Anhänger einer fremden Sekte angesehen, die nur ein Ziel hat: das gegenwärtige politische System auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Sicht sollten sie nicht nur kontrolliert, sondern wenn nötig auch ausgelöscht werden.

Islamische Unterdrückung: Wenn sich einheimische muslimische Bürger zu Jesus Christus bekehren, werden sie sehr wahrscheinlich Druck und vereinzelt körperliche Gewalt von ihrer Familie, Freunden und der örtlichen Gemeinschaft erleben, die auf diese Weise versuchen, sie zurück zu ihrem vorherigen Glauben zu zwingen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden für lange Zeit von ihrer Familie eingesperrt, geschlagen und letztendlich aus ihrer Gemeinschaft verstoßen. Örtliche islamische Geistliche predigen gegen Konvertiten zum christlichen Glauben und erhöhen so den Druck. Aus diesem Grund werden diese Christen alles tun, um ihren neuen Glauben zu verbergen. So werden sie zu sogenannten „geheimen Christen“.

Verfolger

Die Triebkraft der Verfolgung von Christen in Turkmenistan ist vor allem „Diktatorische Paranoia“, die von Regierungsbeamten und politischen Parteien ausgeführt wird. Eine weitere Triebkraft der Verfolgung ist „Islamische Unterdrückung”. Hier geht Druck von der eigenen Großfamilie, nichtchristlichen religiösen Leitern und gewöhnlichen Bürgern aus, der sich besonders gegen Christen muslimischer Herkunft wendet.

Hintergrund

Turkmenistan ist ein sich schnell entwickelndes Land, da es dort große Vorkommen an Öl und Erdgas gibt. Doch hat diese Medaille zwei Seiten: Einerseits ermöglicht dies die Investitionen großer Mengen an Geld, die unter anderem darin sichtbar werden, dass es Pläne gibt, die Hauptstadt Aschgabat in eine „Marmorstadt“ zu verwandeln. Doch die Kehrseite dieser Möglichkeit ist die Tatsache, dass das Land immer abhängiger vom Öl- und Gasexport wird und – unter Berücksichtigung der hohen Korruption und Geheimniskrämerei – nur eine kleine Gruppe davon einen Nutzen haben wird. Der starke Preissturz für Öl im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 hat Turkmenistan ernsthaft getroffen.

Turkmenen leben in vielen verschiedenen Ländern, von Turkmenistan, Afghanistan, dem Iran, dem Norden Pakistans, Syrien und dem Irak bis in den Nordkaukasus (in der Region Stawropol). Diese Gruppen stehen miteinander in Kontakt. Sunnitische Muslime aus Turkmenistan sind in den Konflikten islamistischer Kämpfer im Nahen Osten („Islamischer Staat“ (IS)) und auf dem indischen Subkontinent (Al Kaida) aktiv. Das Regime in Aschgabat fürchtet den Einfluss heimkehrender Dschihadisten und überwacht daher jede religiöse Aktivität.

Turkmenistan gilt als eines der restriktivsten Länder der Welt. Es besteht keinerlei Informations- oder Pressefreiheit. Der Zugang zum Land wird Ausländern extrem erschwert. Um Präsident Berdimuhamedow gibt es einen Personenkult. Hinzu kommen ein hohes Maß an Überwachung aller gesellschaftlichen Gruppen (einschließlich Christen) sowie starke Zugangsbeschränkungen zu ausländischen Medien und anderen Informationsquellen. Folglich ist es auch schwierig, Informationen außer Landes zu bringen. Am 12. April 2016 wurde ein neues Religionsgesetz verabschiedet, das das kirchliche Leben von Christen noch strenger einschränkt.

Christen sind nicht die einzige Glaubensgemeinschaft, die von der Regierung verfolgt wird: Muslime, Zeugen Jehovas und jede andere religiöse Gruppe werden ähnlich behandelt.

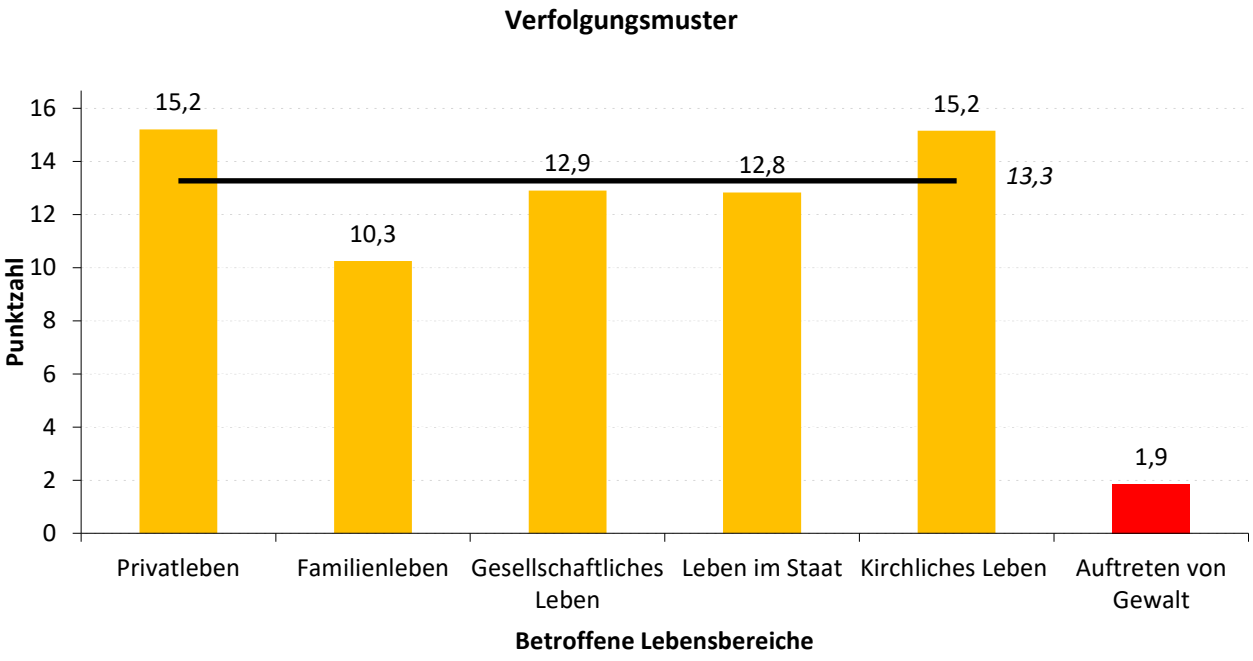
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROC) hat sich mit den Einschränkungen der Regierung arrangiert und wird daher mehr oder weniger nicht weiter gestört. Sonntagsgottesdienste können überwacht werden, aber ungehindert stattfinden und ihre Mitglieder können sich versammeln. Das Drucken und Einführen christlicher Literatur ist eingeschränkt.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in Turkmenistan. Außer vom Staat werden sie auch von ihren eigenen Familien, Freunden und ihrem sozialen Umfeld stark unter Druck gesetzt. Für sie ist der soziale und familiäre Druck viel stärker, da er ihren Alltag dominiert.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Nach Christen muslimischer Herkunft wird diese Gruppe von Christen am zweitstärksten verfolgt, besonders, wenn die Kirchen nicht registriert sind. Baptisten, evangelikale Christen und Pfingstgemeinden erleiden Razzien, Bedrohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Turkmenistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Alle Lebensbereiche zusammengenommen ist der durchschnittliche Druck auf Christen von 13,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 13,3 Punkte gestiegen.
- Der Druck ist mit jeweils 15,2 Punkten am stärksten in den Bereichen „Privatleben“ (besonders für Christen muslimsicher Herkunft) und „Kirchliches Leben“. Dieses Ergebnis steht in direktem Zusammenhang mit den beiden Triebkräften der Verfolgung, die es in Turkmenistan gibt: Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt gegen Christen ist mit 1,9 Punkten im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Punkte gestiegen. Ein Grund hierfür ist die Ausweisung eines Pastors und seiner Familie aus dem Land.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel löst heftige Reaktionen innerhalb des sozialen und kulturellen Umfelds aus. Er wird als Beleidigung der Familienehre betrachtet. Der Staat und seine Vertreter nehmen das Thema Glaubenswechsel sehr ernst. Nicht nur Christen mit muslimischem Hintergrund sind in diesem Punkt unter Druck, sondern auch Christen, die evangelisieren. Die Regierung bezahlt für Informationen über christliche Gottesdienste in Privathäusern. Es gab Berichte über Christen, die gezwungen wurden, ihrem Glauben in der Öffentlichkeit abzuschwören. Alle öffentlichen Medien, einschließlich des Internets, sind unter staatlicher Kontrolle. Christen können sie nutzen, jedoch nicht, um ihren Glauben zu verbreiten. Außerdem hat die Regierung die Verwendung von Satellitenschüsseln verboten.

Es ist sehr riskant für einen Christen muslimischer Herkunft, seinen neu gewonnenen Glauben mit Familienmitgliedern oder nichtchristlichen Gästen zu teilen. Die Intensität der Überwachung ist in Turkmenistan sehr hoch und sogar private Treffen von Christen werden regelmäßig überwacht.

Familienleben: Die Religionszugehörigkeit ist in amtlichen Dokumenten wie Reisepass oder Ausweis nicht vermerkt. Die örtlichen Behörden, in denen meistens Muslime aus der Nachbarschaft arbeiten, können Registrierungen von Hochzeiten, Geburten und Beerdigungen verhindern. Islamische Geistliche in Türkmenabat und Mary erklärten, dass Christen muslimischer Herkunft nicht auf islamischen Friedhöfen begraben werden dürften. Taufen von Christen muslimischer Herkunft verursachen ebenfalls soziale Spannungen. In Schulen gibt es antichristlichen Unterricht, der mit Imamen arrangiert wird, und alle Schüler sind gezwungen, an islamischen Festtagen teilzunehmen. Kinder aus christlichen Familien werden oft von der Gemeinschaft mit anderen Kindern ausgeschlossen. Sie werden in der Schule häufig vor allen Kindern gedemütigt. Wird ein Familienmitglied Christ, üben Familie, Freunde und Gemeinschaft Druck auf den Ehepartner aus, sich scheiden zu lassen. Besonders Christen muslimischer Herkunft riskieren den Verlust ihres Erbes.

Gesellschaftliches Leben: Berichten zufolge werden Christen Opfer von Bedrohungen, Belästigungen, sexuellen Übergriffen, Inhaftierungen, Razzien der Geheimpolizei und willkürlichen Verhaftungen. Turkmenistan ist eines der repressivsten Regime der ehemaligen Sowjetunion und setzt auf Überwachung und Kontrolle. Christen werden von unterschiedlichen Organisationen des Staates einschließlich der Geheimpolizei dauerhaft beobachtet. Christinnen mit muslimischem Hintergrund, die in konservativ geprägten Regionen leben, laufen Gefahr, entführt und mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden. Viele Christen werden verhöhnt und manchmal von höherer Bildung ausgeschlossen. Aktive Christen gehen das hohe Risiko ein, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Viele Privathäuser wurden Ziel von Razzien, bei denen die Christen Geldstrafen zahlen mussten, weil sie religiöse Treffen abgehalten hatten; auch dann, wenn dies gar nicht der Fall war. Werden Versammlungen in Turkmenistan gestürmt, was auch bei registrierten Gruppen vorkommt, werden alle Anwesenden befragt; viele werden festgehalten, vielen werden Bußgelder erteilt und alle gefundenen Materialien werden beschlagnahmt.

Leben im Staat: Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, ist Turkmenistan eines der Länder, in denen die Religionsfreiheit am stärksten verletzt wird. Christen im Land berichten von Festnahmen, Gefängnissaufenthalten, Drohungen und Beleidigungen, Schlägen, Beschlagnahmungen und sexuellen Übergriffen. Alle Aktivitäten religiöser Gruppen stehen unter strenger Kontrolle. In den vergangenen Jahren wurde bekannten Christen die Ausreise am Flughafen verweigert. Viele christliche Gruppen können sich nicht registrieren lassen und selbst registrierte Gruppen stehen unter andauerndem Druck – ihre Mitglieder riskieren täglich Strafverfolgung. Die staatlich kontrollierten Medien bezeichnen die christlichen Kirchen als „Sekten“ und verzerren die Fakten, wenn sie über Christen berichten. Vor Gericht werden Christen unfair behandelt. Die internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen wird nicht zugelassen, erst recht nicht bei Fällen, die Christen betreffen.

Kirchliches Leben: Das 2003 erlassene Religionsgesetz untersagt Hausgottesdienste und verbietet religiöse Aktivitäten von nichtregistrierten Organisationen. Die Regierung behindert die Registrierung neuer Kirchen. Es werden kaum Registrierungen erteilt, obwohl sich einzelne Gemeinden schon länger als ein Jahrzehnt darum bemühen. Gottesdienste werden weiterhin gestört und Razzien durchgeführt. Die Arbeit unter beziehungsweise mit Jugendlichen ist verboten. Die Veröffentlichung von christlichen religiösen Materialien ist in Turkmenistan strengstens verboten.

Der Import solcher Materialien ist nur einigen registrierten Gruppen, wie der Russisch-Orthodoxen Kirche gestattet, steht aber unter strengster staatlicher Beobachtung. Der Verkauf von christlichen Materialien in der Öffentlichkeit ist verboten. Bei Razzien in Kirchen und Wohnhäusern werden Materialien regelmäßig beschlagnahmt. Der Staat gestattet keine christlichen Organisationen, Institutionen oder Schulen, noch erlaubt er christliche gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Vereinigungen. Da die Behörden die größten Verfolger im Land sind, ist es sehr gefährlich (und nutzlos), sich dagegen auszusprechen.

Auftreten von Gewalt: Es gibt kaum Berichte von gewalttätigen Übergriffen, denn die Christen in Turkmenistan reden mit Ausländern nicht über diese Art von Dingen. Sie haben Angst, man könnte die Informationen zu ihnen zurückverfolgen. Etwa fünf Christen wurden von der Polizei kurzfristig festgehalten und zwanzig Christen wurden geschlagen. Zehn Häuser wurden während Hausdurchsuchungen der Polizei beschädigt. Ein Pastor und seine Familie wurden des Landes verwiesen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Der Alltag der einheimischen Bewohner Turkmenistans ist von der islamischen Kultur geprägt, in der Frauen eine geringere Position als Männer haben. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, falls sie verheiratet sind, ihren Männern völlig unterordnen. Aus diesem Grund sind Christinnen und Frauen, die die bestehende Ordnung infrage stellen, eher Opfer von Verfolgung. Christinnen mit muslimischem Hintergrund sind besonders durch die Verpflichtung betroffen, eine arrangierte Ehe, die noch vor ihrer Bekehrung zu Jesus Christus von den Eltern vereinbart wurde, auch tatsächlich einzugehen. Sie laufen ebenfalls Gefahr, verschleppt, zuhause eingesperrt, geschlagen, zwangsverheiratet und vergewaltigt zu werden. Christinnen ohne muslimischen Hintergrund können verbale Gewalt, Drohungen und den Verlust der Arbeitsstelle erleben.

Männer: Gemeindeleiter sind meist Männer. Männer sind zudem normalerweise das Oberhaupt ihrer Familie und Hauptverdiener. Wird ein christlicher Mann zur Zielscheibe von Verfolgung (beispielsweise per Geldstrafe oder Gefängnis), leidet die ganze Familie. Auch der Verlust der Arbeit zieht die ganze Familie in Mitleidenschaft. Ein problematischer Bereich für Männer ist die fehlende Alternative zum Militärdienst. Die nachfolgende Aufzählung betrifft vor allem christliche Männer und Jungen mit muslimischem Hintergrund: Sie können verbale und körperliche Gewalt, Drohungen, Schläge, Verhaftungen, Verhöre, Beschlagnahmungen, Strafgelder, Gefängnisstrafen, Verlust der Arbeit, Diskriminierungen, Vertreibungen, Hausarrest, Schmähungen, Scheidungen und Enteignungen erleben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Nach Usbekistan ist Turkmenistan der für religiöse Minderheiten repressivste Staat in Zentralasien. Angesichts des wachsenden Nationalismus und der „geistlichen Leitung“, die der neue Präsident (wie schon sein Vorgänger mit seiner Ruhnama-Lehre) dem Land zu geben verspricht, wird der Druck auf Christen voraussichtlich unverändert auf einem relativ hohen Level bleiben, jedoch mit einem erfreulich niedrigen Ausmaß an Gewalt. Der Druck des sozialen Umfeldes (vor allem auf Christen muslimischer Herkunft) wird konstant bleiben.

zurück zur Länderübersicht

Laos: Platz 20

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Christen werden regelmäßig von den (kommunistischen) Behörden verfolgt – größtenteils auf der regionalen Ebene – und durch örtliche Mitglieder der kommunistischen Partei. Es gibt Anlässe, in denen Behörden mit lokalen religiösen Führern kooperieren (meist Buddhistische Mönche), um Christen unter Druck zu setzen, besonders Konvertiten. Sehr häufig erleben christliche Konvertiten Verfolgung durch ihre eigene Familie. Es gab zudem Versuche, die Aktivitäten von Hauskirchen zu überwachen, mit der Hilfe bestimmter registrierter Kirchen. Normale Bürger, besonders in den ländlichen Regionen, beobachten Christen misstrauisch und vertreiben sie gelegentlich sogar aus den Dörfern.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die kommunistischen Behörden überwachen streng alle religiösen Aktivitäten und kontrollieren sie, auch die der registrierten Kirchen. Da alle Treffen den Behörden gemeldet werden müssen, sind Hauskirchen gezwungen, im Geheimen zu agieren, da sie als „illegale Versammlungen“ betrachtet werden.

Christliche Konvertiten tragen die Hauptlast der Verfolgung. Ihnen wird vorgehalten, sich selbst aus der (buddhistisch-animistischen) Gesellschaft auszuschließen und sie werden folglich von ihrer eigenen Familie verfolgt (erweiterte Familie, da der laotische Haushalt meist aus drei Generationen unter einem Dach besteht) und durch lokale Behörden, die die örtliche Gemeinschaft aufhetzen oder dazu örtliche religiöse Führer nutzen.

Beispiele: Im August 2016 verabschiedete Premierminister Thongloun Sisoulith eine neue Vorschrift: Das Dekret 315 zum Management und dem Schutz religiöser Aktivitäten. Dekret 315 definiert die Rolle der Regierung als den finalen Entscheider über rechtmäßige religiöse Aktivitäten. Das Dekret ersetzt das Dekret 92 zur religiösen Praxis. Während des Berichtszeitraums für den WVI 2018 veröffentlichte die Regierung eine Aktualisierung, die noch mehr Einschränkungen und Schwierigkeiten für die Christen mit sich bringt. Als eine direkte Folge dieser Aktualisierung wurde der Druck auf Christen in der Luang Prabang Provinz durch die Polizei erhöht, ihre Treffen einzustellen. Das neue Gesetz schreibt für einen registrierten Ort der Anbetung vor, dass er der Kirche gehört und einen gemeldeten Kirchenmitarbeiter hat, damit er als legal angesehen wird. Allerdings ist dies nahezu unmöglich zu erreichen. Zunächst ist niemand willens, Land an eine Kirche zu verkaufen. Zweitens bestimmt das neue Gesetz, dass die Errichtung einer Kirche durch den Premierminister abgesegnet werden muss.

Es gab im Berichtszeitraum mehrere Fälle in denen Christen aus ihren Dorfgemeinschaften verbannt wurden. Berichte, nach denen Kirchen der Hmong-Minderheit zerstört wurden, konnten nicht überprüft werden und wurden daher bei der Wertung nicht berücksichtigt. Ein Haus eines Christen wurde Ziel eines Brandanschlages im Januar 2017. Mindestens zwei laotische Christen wurden für mehrere Tage im März 2017 durch die Polizei in der Provinz Xaisomboun festgehalten. Außerdem gab es Berichte, dass mehrere christliche Hmong festgenommen und inhaftiert wurden.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl von Laos für den Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 zeigt einen Anstieg von drei Punkten. Verglichen zum WVI 2017 hat sich die Punktwertung in allen Lebensbereichen erhöht, besonders im Bereich des Privatlebens, des Familienlebens und des Lebens in der Gesellschaft. Dies zeigt einen erhöhten Druck auf Konvertiten durch Familie, Freunde, Nachbarn und örtliche Behörden. Der Anstieg ist zudem in einer höheren Verfügbarkeit von Berichten über die Situation der Christen aus den ethnischen Minderheiten des Landes begründet. Die Wertung für physische Gewalt hat sich ganz leicht erhöht; Verfolgung in Laos war noch nie sehr gewalttätig.

Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Laos ist eines der fünf letzten marxistisch-leninistischen Ländern der Welt. Es hält auch standhaft daran fest und widersetzt sich folglich jedem Einfluss, der als fremd oder westlich gesehen wird. Um die Kontrolle zu behalten, baut die kommunistische Regierung einen enormen Druck auf die Gesellschaft auf, einschließlich der kleinen christlichen Minderheit. Die Regierung hat eine negative Sicht auf Christen und betrachtet sie als Agenten des Auslands und Feinde. Der christliche Glaube wird als eine westliche Ideologie gesehen, die den Kommunismus in Frage stellt. Die laotische Regierung kontrolliert alle Informationen, inklusive Zeitungen und Radio, und ist so effektiv in der Lage, das Land genau zu kontrollieren.

Diktatorische Paranoia: Die Regierung ist verschwiegen und niemand außerhalb des innersten Zirkels der Regierung scheint zu wissen, was wirklich vor sich geht. Christen müssen äußerste Vorsicht walten lassen, wenn sie über ihren Glauben reden. Sie müssen immer innerhalb stillschweigend vereinbarter Regeln bleiben und es gibt Grenzen, die die Christen nicht überschreiten sollten, wenn sie negative Reaktionen der Behörden vermeiden wollen. Lokale Beamte nutzen oft die feindselige Einstellung der Gesellschaft gegenüber Christen, um eine Überwachung zu rechtfertigen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Animismus und andere Stammesriten finden sich in den Stammesdörfern, besonders in den ländlichen Gebieten (die mindestens 60 Prozent des Landes ausmachen). Sich von den Stammesriten abzuwenden wird als Verrat gesehen. Dorfälteste und Familienmitglieder sehen es als notwendig an, Christen des Dorfes zu verweisen, da sie fürchten, dass dieser fremde Glaube die Schutzgeister des Dorfes verärgern könnte. Lokale Beamte sind zudem bekannt dafür, Christen dazu zu zwingen, ihrem Glauben abzuschwören und Dorfälteste schalten manchmal die lokalen Behörden ein, um Christen zu verhaften.

Religiös motivierter Nationalismus: Laos ist eines der fünf Länder, die der Theravada Tradition des Buddhismus folgen, die älteste der buddhistischen Traditionen. Der buddhistische Glaube ist tief in der Gesellschaft verankert. Weithin gilt die Überzeugung, dass Laos und der Buddhismus untrennbar miteinander verbunden seien und dass der Buddhismus immer die führende Position im Lande einnehmen solle. Das Ziel der lokalen buddhistischen Führer ist es, ihr Land „rein“ zu halten und das Ziel der kommunistischen Machthaber die Kontrolle zu behalten, ergänzen sich einander sehr gut. Beide wollen die Gesellschaft bestimmen und Abweichungen von der Norm verhindern.

Konfessioneller Protektionismus: Die Laos Evangelical Church (LEC) ist die vorherrschende Kirchengruppe im Land und hat bis vor kurzem die Ansiedlung anderer Denominationen blockiert. Jetzt, wo andere Denominationen ins Land kommen, besonders protestantische, benutzt die Regierung die LEC, um Informationen zu sammeln und hin und wieder, um die anderen Denominationen unter Kontrolle zu halten.

Verfolger

Christen werden regelmäßig von den (kommunistischen) Behörden verfolgt – größtenteils auf der regionalen Ebene – und durch örtliche Mitglieder der kommunistischen Partei. Es gibt Anlässe, in denen Behörden mit lokalen religiösen Führern kooperieren (meist Buddhistische Mönche), um Christen unter Druck zu setzen, besonders Konvertiten. Sehr häufig erleben christliche Konvertiten Verfolgung durch ihre eigene Familie. Es gab zudem Versuche, die Aktivitäten von Hauskirchen zu überwachen, mit der Hilfe bestimmter registrierter Kirchen. Normale Bürger, besonders in den ländlichen Regionen, beobachten Christen misstrauisch und vertreiben sie gelegentlich sogar aus den Dörfern.

Hintergrund

Laos befindet sich seit 1975 im festen Griff der Laotischen Revolutionären Volkspartei. Ihr exklusives Netzwerk der Familien von Parteimitgliedern und deren engen Freunde erhöhen den ohnehin schon hohen Druck, den jeder Bürger spürt, ganz besonders aber Minderheiten. Im Land gibt es weder Meinungsfreiheit, noch gibt es eine freie Presse, welche die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen Fälle von Korruption lenken könnte. Jede organisierte Gruppe, besonders all jene, die nicht mit der Ideologie der Regierung übereinstimmen, wird als eine Bedrohung für den Fortbestand des Kommunismus im Land gesehen. Eine der aktuellsten Zeichen der Repression ist die Verurteilung von drei laotischen Bürgern zu Gefängnisstrafen bis zu 18 Jahren, nachdem diese vor der laotischen Botschaft in Thailand protestiert hatten.

Die Abhängigkeit des Landes von seinem gigantischen Nachbarn China behindert die Entwicklung des Landes und macht es verwundbar. China ist mit Abstand der größte ausländische Investor im Land. Dennoch führten wachsende Kosten für Umwelt und Gesellschaft im Berichtszeitraum dazu, dass die Behörden eingriffen und zum Beispiel Bananenplantagen in sieben Provinzen schlossen, die für China produzierten. Laotische Frauen werden weiterhin nach China verkauft, da es dort zu wenige potentielle weibliche Partnerinnen gibt.

Es gab keine Berichte zur Verfolgung anderer Religionen. Dennoch wird Dekret 315, von der laotischen Regierung umgesetzt (siehe „Leben im Staat“), auch für andere religiöse Gruppen wie Buddhisten oder Animisten Konsequenzen haben, nicht nur für Christen.

Betroffene Kategorien von Christen

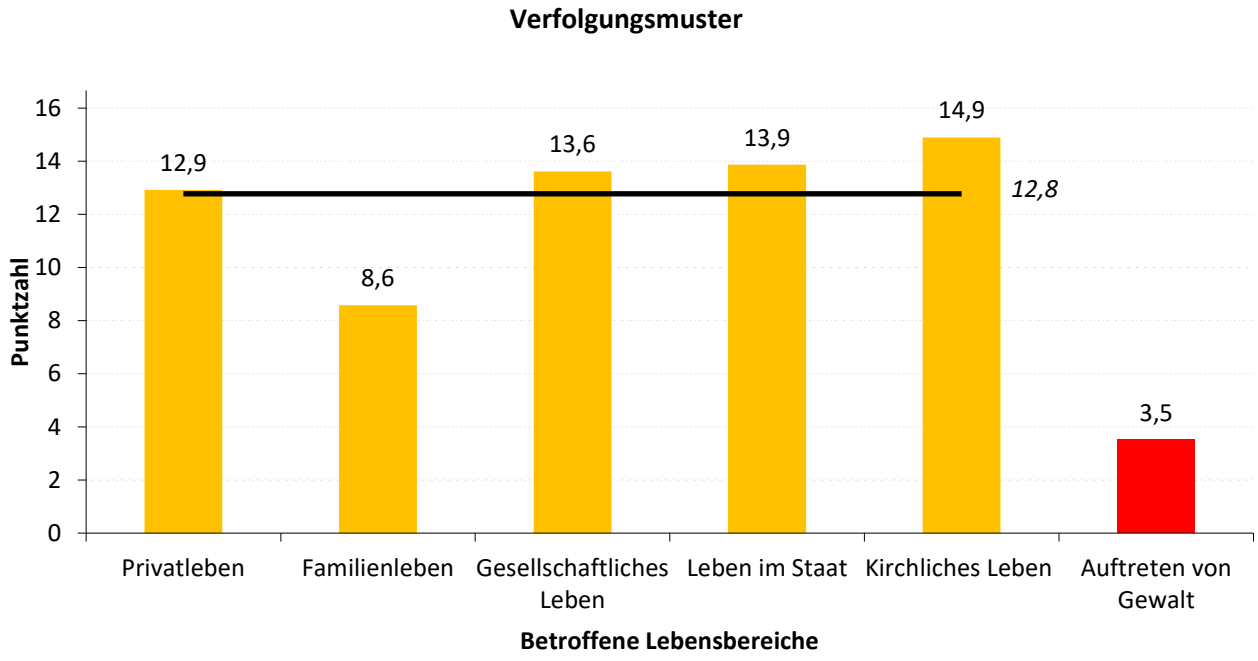
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Diese Gemeinschaften vermischen sich nicht mit den einheimischen Gemeinden. Zu ihnen gehören Gruppen diplomatischer Mitarbeiter, die den Druck der Verfolgung zum Beispiel durch das Überwachungssystem der Polizei erleben.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dies sind Gemeinschaften wie die Römisch-Katholische Kirche, die Laos Evangelical Church (LEC) und die Siebenten-Tags Adventisten. Obwohl diese Kirchen offiziell von den Behörden anerkannt sind, werden sie überwacht und im Falle der LEC stehen sie Beschränkungen gegenüber bei der Auswahl ihrer Leiter und beim Drucken christlicher Literatur. Teilweise zwingt die Regierung sie dazu, nicht registrierte Kirchen zu überwachen.

Christliche Konvertiten: Konvertiten stammen aus einem buddhistischen oder ethnisch-animistischen Hintergrund und erleben die stärkste Verfolgung, sowohl durch lokale Behörden, als auch Familie, Freunde und Nachbarn. Da jede Konversion ein Indikator dafür ist, dass der christliche Glaube wächst, ist die Regierung wachsam, was Bekehrungen angeht.

Christen aus protestantischen Freikirchen: In Laos existieren evangelikale, baptistische sowie Gemeinden der Methodisten, Lutheraner, Assemblies of God und viele andere Denominationen. Da die Regierung keine „illegalen“ Versammlungen erlaubt, müssen die zuvor genannten Gruppen sich unter einer der drei von der Regierung anerkannten Kirchen registrieren. Gemeinden, die dies nicht tun, müssen sich heimlich treffen. Mitglieder dieser Gemeinden erleben Diskriminierungen auf den unterschiedlichsten Ebenen der Gesellschaft.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Laos

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen über alle Lebensbereiche ist auf einem sehr hohen Niveau, er stieg von 12,1 im WVI 2017 auf 12,8 des WVI 2018.
- Der Druck ist in den Bereichen „Kirchliches Leben", „Leben im Staat" und „Gesellschaftliches Leben" am höchsten. Der Druck auf Konvertiten ist besonders im Bereich „Privatleben" und im Bereich „Gesellschaftliches Leben" akut, während alle Christen wachsendem Druck in den Bereichen „Leben im Staat" und "Kirchliches Leben" ausgesetzt sind. Dieser Druck ist ein Resultat davon, dass die Regierung kommunistische Werte wieder neu betont und versucht, die Anzahl der Bekehrungen möglichst niedrig zu halten. Es spiegelt auch die Versuche der Regierung wider, an der Macht zu bleiben und alle Kräfte zu bekämpfen, die als fremd wahrgenommen werden.
- Die Zunahme an Druck fällt mit einem leichten Anstieg der Gewalt gegen Christen zusammen: Der Punktwert für "Auftreten von Gewalt" stieg von 3,1 (WVI 2017) auf 3,5 im WVI 2018.

Privatleben: Konvertiten müssen immer vorsichtig sein, wie sie ihren Glauben leben, besonders, wenn sie der einzige Christ in ihrer Familie sind. In abgelegenen Gebieten haben die Häuser nur einen Raum und an vielen Orten leben drei Generationen unter einem Dach. Das macht es schwierig, einen Platz zu finden, um Bibel zu lesen, zu beten oder Lobpreis zu machen, ohne bemerkt und unterbrochen zu werden. Konvertiten erleben physischen und verbalen Missbrauch und können aus ihren Häusern verjagt werden. Da alle Versammlungen von der Regierung als potentiell gefährlich gesehen werden, muss jedes Treffen von den Behörden genehmigt werden, die effektiv Treffen verhindern oder als illegal erklären. Die meisten Dörfer werden durch einen Dorfhäuptling geleitet (*pho ban* oder *nai ban*). Ihm zur Seite stehen ein oder zwei von den Dorfbewohnern gewählte Assistenten, die allen Aktivitäten im Dorf vorstehen und den Frieden wahren sollen. Distrikt- und Provinzvorsteher nutzen manchmal ihre Position und bedrohen Christen mit dem Ausschluss aus dem Dorf wegen ihrer christlichen Aktivitäten wie Lobpreis, Gebet und Bibellesen. Viele Laoten glauben, dass sie von *phi* (Geistern) beschützt werden. Die Angst davor, diese Geister zu beleidigen, führt dazu, dass sich Familienmitglieder gegen Christen wenden. Sie hindern oft Christen daran, sich mit anderen Christen zu treffen oder das Haus zu verlassen. Bibeln und andere christliche Literatur müssen sorgfältig versteckt werden und können nur mit äußerster Vorsicht gelesen werden. Alle Christen werden streng überwacht und hin und wieder werden die registrierten Kirchen benutzt, um Christen im Auge zu behalten.

Familienleben: Teilweise werden Christen ihre Familiendokumente weggenommen, was die Registrierung von Familienereignissen (Geburten, Hochzeiten, Todesfälle) unmöglich macht. In stark buddhistischen Gebieten wurden Hochzeiten und Beerdigungen behindert (in einem Fall wurde der Leichnam von den Behörden weggebracht) und Taufen müssen mit äußerster Vorsicht durchgeführt werden. Buddhistische Lehren werden oftmals als Teil der laotischen „kulturellen Erziehung" betrachtet und sind daher Teil des Lehrplans in den Schulen. In einem Fall mussten christliche Schüler an einem buddhistischen Tempelritual teilnehmen, das ihrem Glauben zuwiderlief. Kindern christlicher Familien wurde sogar wegen ihres Glaubens die Aufnahme in bestimmte Schulen verweigert.

Zwei Dinge die Familien nutzen, um Druck auf Konvertiten aufzubauen ist die Androhung der Ehescheidung oder der Verlust des Erbes.

Gesellschaftliches Leben: Provinzen wie Luang Namtha im Norden und Savannakhet im Süden sind für Christen traditionell schwierige Orte, da hier die lokalen Behörden fest entschlossen zu sein scheinen, das christliche Zeugnis auszulöschen. Fortwährend belästigen und verhaften sie Christen und verbannen sie aus ihren Häusern. Der christliche Glaube wird als westlich angesehen, als eine gefährliche Abweichung von der kommunistischen Ideologie und daher als eine Gefahr für den Staat. Menschen im Umfeld helfen regelmäßig den Behörden in der Überwachung christlicher Aktivitäten. Familienmitglieder, Dorfbewohner und lokale Behörden bedrohen oder schlagen Christen bei den Versuchen, sie dazu zu bringen, ihren Glauben zu widerrufen. Das Umfeld erwartet, dass Christen an buddhistischen und animistischen Zeremonien teilnehmen. Die baci-Zeremonie ist ein dörfliches Ereignis, um die Geister herbeizurufen und denen Wohlwollen, Glück und Gesundheit zuzusprechen, die in dieser Zeremonie geehrt werden. Die Zeremonie ist dazu da, die Geister zur Heimkehr zu bewegen, sie an ihrem Ort zu halten und das Gleichgewicht wiederherzustellen. Ein weißer Faden um das Handgelenk soll den Schutz vor Geistern sicherstellen. Die Christen bevorzugen es, sich von Zeremonien in Zusammenhang mit der Geisterwelt fernzuhalten. Ihre Weigerung daran teilzunehmen, erzeugt oft Spannungen im Dorf.

Christen werden als Abweichler von der Norm gesehen. Familien, die aus ihren Dörfern verbannt wurden, sagten, dass Nachbarn Christen werden wollten, aber zögerten, da sie den christlichen Glauben als nachteilig für ihr Leben in der Gemeinschaft sahen. Auch kommunistische Führer fürchten die Ausbreitung des christlichen Glaubens und bezeichnen ihn als westliche Ideologie, die die Nation schwächen würde. Diese negative Sicht des christlichen Glaubens führt dazu, dass Unterstützung verzögert wird. Drohungen werden ausgesprochen und Restriktionen durch die Gesellschaft und die örtlichen Behörden auferlegt. Christen werden oft eingeschränkt, was die Nutzung der örtlichen Ressourcen angeht. In einem Fall wurde einer schwangeren Christin die Geburt in einem Krankenhaus verwehrt. Im Berichtszeitraum gab es Fälle, dass Christen auf Grund ihres Glaubens eine Arbeitsstelle verweigert wurde und christliche Geschäftsleute wurden diskriminiert. Lokale Behörden erlegen Christen für illegale Treffen Geldstrafen auf. In einem Fall wurden neun Familien, insgesamt 38 Personen, zu 800.000 Kip (100 USD) Geldstrafe durch ihre Dorfbehörde verurteilt. Sie bekamen die Wahl, die Strafe zu bezahlen oder ihren Glauben zu widerrufen. Damit verbunden war die Drohung, untragbaren Druck aushalten zu müssen, wenn sie ablehnen. Abgesehen von solchen Geldbußen sind die Behörden auch dafür bekannt, Druck auf die Familien auszuüben, z.B. ein Schwein zu opfern, um die Geister zu besänftigen.

Leben im Staat: Artikel 9 der geänderten Verfassung von 2003 betont die Pflicht des Staates, alle Religionen zu respektieren und zu schützen, insbesondere Buddhisten und Mönche, während Artikel 43 besagt, dass laotische Bürger das Recht und die Freiheit haben, an eine Religion zu glauben oder auch nicht. Dennoch wurden seit der Veröffentlichung von Dekret 92 im Jahr 2002 diese Zugeständnisse für religiöse Praktiken missbraucht, um die tatsächliche Ausübung von Religion schwieriger zu machen. Das Dekret verlangt eine vorherige Zustimmung der Regierung zu jeder Form religiöser Aktivität. Ohne diese Zustimmung wird jegliche Aktivität als illegal betrachtet. Der Übertritt zu einem neuen Glauben, Verkündigung und kirchliche Aktivitäten erfordern alle die Zustimmung der Regierung. Basierend auf den Erfahrungen von christlichen Leitern erteilt die Regierung diese Zustimmung äußerst selten.

Im August 2016 verabschiedete Premierminister Thongloun Sisoulith eine neue Vorschrift: Das Dekret 315 zum Management und dem Schutz religiöser Aktivitäten. Dekret 315 definiert die Rolle der Regierung als die finale Entscheiderin über rechtmäßige religiöse Aktivitäten. Das Dekret ersetzt das Dekret 92 zur religiösen Praxis. Während des Berichtszeitraums für den WVI 2018 veröffentlichte die Regierung eine Aktualisierung, die noch mehr Einschränkungen und Schwierigkeiten für die Christen mit sich bringt. Als eine direkte Folge dieser Aktualisierung wurde der Druck auf Christen in der Luang Prabang Provinz durch die Polizei erhöht, ihre Treffen einzustellen. Das neue Gesetz schreibt für einen registrierten Ort der Anbetung vor, dass er der Kirche gehört und einen gemeldeten Kirchenmitarbeiter hat, damit er als legal angesehen wird. Allerdings ist dies nahezu unmöglich zu erreichen. Zunächst ist niemand willens, Land an eine Kirche zu verkaufen. Zweitens bestimmt das neue Gesetz, dass die Errichtung einer Kirche durch den Premierminister abgesegnet werden muss.

Der christliche Glaube wird als eine Beleidigung des Buddhismus gesehen, der als ein zentraler Teil der laotischen Kultur und damit der nationalen Identität gesehen wird. Aber Christen wird auch immer wieder von Dorfältesten vorgeworfen, die Geister verärgert zu haben, wenn sich Krankheit im Dorf ausbreitet. Regelmäßig werden ihnen unethische Bekehrungen vorgeworfen und im Berichtszeitraum wurden einige deswegen inhaftiert. Wenn Christen oder Kirchen angegriffen werden, kommen die Täter nahezu immer ungeschoren davon. Christen können keine faire Behandlung und Gerechtigkeit von der Polizei, den Behörden oder den Gerichten erwarten. Die Medien stellen die Christen weiterhin als Überbleibsel der Kolonialzeit und ein Ärgernis für die Geister da.

Kirchliches Leben: Der Druck auf das kirchliche Leben ist extrem hoch. Alle Aktivitäten der Gemeinden werden streng überwacht. Die Regierung bedroht und schüchtert Gemeindeleiter ein, die sie der Missionierung verdächtigt. Sie duldet zwar eher die Ausübung von Religion in den Städten, reagiert aber harsch in den ländlichen Gebieten. So griffen lokale Behörden und die Polizei häufig an mehreren Orten in das Recht ein, Gottesdienst zu feiern, und sind wohl informiert darüber, welche Gruppen sich zum Lobpreis treffen. Sie stürmten Kirchen und konfiszierten Bibeln und andere christliche Literatur. Gläubigen wurde auch mit Gefängnisstrafen gedroht, sollten sie nicht ihren Glauben widerrufen. Die Kirchen der LEC versuchen immer wieder, die Aktivitäten der Hausgemeinden für die Behörden zu überwachen. Die Regierung wird auf jede Aussage reagieren, die sich gegen die kommunistische Ideologie richtet. Gemeinden müssen detaillierte Berichte übermitteln, damit sie Genehmigungen erhalten, sich zu treffen und Gottesdienst zu feiern. Dorfgemeinschaften hindern Gemeinden oft daran, Gottesdiensträume zu bauen und einzurichten. Hin und wieder setzen sie auch Gewalt ein, um die Errichtung einer Kirche zu verhindern. Unglaublich umfangreiche Verwaltungsvorgaben müssen erfüllt werden, bevor eine Kirche gebaut werden kann. Dies gilt besonders für die nördlichen Provinzen. In einigen ländlichen Gebieten ist sogar ein lokaler Offizier verpflichtet, an Gottesdiensten teilzunehmen, um die Christen zu überwachen. Alle christliche Literatur, die veröffentlicht (oder illegal importiert) wird, muss sowohl von der Regierung als auch der LEC genehmigt werden. Beamte, in Begleitung der Polizei, sind bekannt dafür, Bibeln und andere christliche Materialien von Hauskirchen zu beschlagnahmen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes für Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2014 hat die Regierung angefangen, die gemeinnützigen Aktivitäten der christlichen Dienste im Land zu überwachen.

Auftreten von Gewalt: Es gab im Berichtszeitraum mehrere Fälle, in denen Christen aus ihren Dorfgemeinschaften verbannt wurden. Berichte, nach denen Kirchen der Hmong-Minderheit zerstört wurden, konnten nicht überprüft werden und wurden daher bei der Wertung nicht berücksichtigt. Ein Haus eines Christen wurde Ziel eines Brandanschlages im Januar 2017. Mindestens zwei laotische Christen wurden für mehrere Tage im März 2017 durch die Polizei in der Provinz Xaisomboun festgehalten. Außerdem gab es Berichte, dass mehrere christliche Hmong festgenommen und inhaftiert wurden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Laos verschwand aus dem internationalen Rampenlicht, als es Ende 2016 seinen Vorsitz in der Gemeinschaft der Südost-Asiatischen Nationen (ASEAN) beendete. Dies bedeutet nicht, dass die Herausforderungen, denen das Land gegenübersteht, in absehbarer Zeit kleiner werden. Die größte Herausforderung bleibt die Beziehung des Landes zu seinem gigantischen Nachbarn China.

Keine Initiativen werden geduldet, die nicht durch die kommunistischen Behörden kontrolliert werden können und das gilt auch weiterhin für die christliche Minderheit. Dies spiegelt die ungebrochene Macht der kommunistischen Unterdrückung wider, der Haupttriebkraft der Verfolgung in Laos. Die Behörden verfolgen weiterhin jeden vermuteten Widerspruch und Abweichungen (den christlichen Glauben miteingeschlossen). Auf der anderen Seite braucht Laos dringend Entwicklung und Wirtschaftswachstum. Daher dürfte sich das Land in absehbarer Zukunft einem Dilemma gegenübersehen: Investments aus dem Ausland erfordern wachsende Offenheit, sonst wird die Abhängigkeit von China noch weiter wachsen.

zurück zur Länderübersicht

Jordanien: Platz 21

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die stärkste Verfolgung in Jordanien erleben Christen mit muslimischem Hintergrund, gefolgt von Christen, die mit diesen christlichen Konvertiten arbeiten oder aktiv an der Weitergabe des Evangeliums beteiligt sind. Laut Berichten üben Regierungsbeamte Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund aus, zum Islam zurückzukehren; teilweise wurden sie zuvor von Familienmitgliedern über den Glaubenswechsel informiert. Der stärkste Druck geht von der Familie aus und beinhaltet teilweise sogar körperliche Gewalt und Mord. Die Stammeskultur Jordaniens ist noch immer sehr stark ausgeprägt, und die Anführer ethnischer Gruppen üben ebenfalls häufig Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, ihren Glauben zu widerrufen. Dies gilt auch für islamische Geistliche und gewöhnliche Bürger, die Christen muslimischer Herkunft noch immer als Muslime ansehen. Laut Berichten überwachen Regierungsbeamte Kirchengemeinden und christliche Organisationen, die in der Evangelisation aktiv sind, und setzen sie unter Druck, diese Aktivitäten zu beenden. Es ist auch Druck von geistlichen Leitern der Orthodoxen und Römisch-Katholischen Kirche vorhanden, wenn es um die Registrierung neuer (freikirchlicher) Gemeinden geht. Sie fürchten, dass jede Art von Weitergabe des Evangeliums an Muslime eine negative Rückwirkung nach sich ziehen könnte, die alle Christen betrifft.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Der Großteil der Christen in Jordanien gehört der Orthodoxen oder Römisch-Katholischen Kirche an. Sie genießen insgesamt ein relativ hohes Maß an religiöser Freiheit, können aber Opfer von Diskriminierung werden, beispielsweise am Arbeitsplatz, oder wenn sie Einschränkungen bei der öffentlichen Verkündigung des Evangeliums erleben. Christen mit muslimischem Hintergrund werden am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt – dennoch nehmen immer mehr Muslime den christlichen Glauben an. Die Situation für diese Gruppe hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert und jedes öffentliche Bekenntnis ihres neuen Glaubens kann ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen, einschließlich körperlicher Gewalt, Verhaftung und Mord. Evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden spüren ebenfalls starken Widerstand, und jeder Christ, der aktiv das Evangelium verkündet und/oder Christen muslimischer Herkunft hilft, müssen mit Hindernissen und Drohungen in ihrem alltäglichen Leben rechnen. Diese Gemeinden sind nicht von der jordanischen Regierung anerkannt, was in manchen Fällen dazu geführt hat, dass Gewalt gegen Christen nicht strafrechtlich verfolgt wurde.

Beispiele:

- Am 6. Januar 2017 brachen Randalierer in einen Friedhof ein und zerstörten eine Statue der Jungfrau Maria. Generell sind Akte des Vandalismus gegen Kirchen in Jordanien ungewöhnlich. Im Berichtszeitraum gab es jedoch drei Vorfälle, bei denen Kirchengebäude entweder angegriffen oder geschlossen wurden.
- Es gab im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 mehrere Angriffe auf Häuser, die Christen mit muslimischem Hintergrund oder anderen Christen gehörten.

- Einige Christen muslimischer Herkunft wurden aus Gründen, die direkt oder indirekt mit ihrem Glauben zu tun hatten, verhaftet.
- Einige christliche Konvertiten wurden laut Berichten von Familienmitgliedern körperlich missbraucht oder mit dem Tode bedroht.
- Mehrere Christen mit muslimischem Hintergrund mussten ihr Haus verlassen und sich verstecken oder an einem anderen Ort innerhalb oder außerhalb des Landes leben. Einige ausländische Missionare wurden aufgrund ihrer christlichen Aktivitäten dazu gezwungen, das Land zu verlassen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Gesamtpunktzahl von 66 Punkten befindet sich Jordanien auf Rang 21 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 – ein Anstieg von 3 Punkten im Vergleich zum Vorjahr. Es wurden mehr Fälle von Gewalt gegen Christen gemeldet; sie sind der Hauptgrund für den Anstieg der Punktzahl. Diese Fälle von Gewalt richteten sich größtenteils gegen Christen mit muslimischem Hintergrund, aber Christen, die an Evangelisation beteiligt waren, waren ebenfalls betroffen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: „Islamische Unterdrückung“ ist eine der Haupttriebkräfte der Verfolgung von Christen in Jordanien. Sie wirkt zumeist gewaltfrei. Die Regierung erlegt der Gesellschaft islamische Werte und Gesetze auf, obwohl sie auch weiterhin Toleranz und eine friedliche Koexistenz der Religionen unterstützt. Wird das persönliche Leben betrachtet, erleben Christen mit muslimischem Hintergrund die stärkste Verfolgung. Ihre Familien oder Gemeinschaften können sie ausschließen oder sogar Gewalt gegen sie verüben. Alle Kategorien von Christen können in Jordanien von der Regierung überwacht werden oder sogar unter das Gesetz der Scharia fallen, wenn sie mit einem Muslim oder eine Muslima verheiratet sind oder einen Gerichtsstreit mit einem Muslim haben. Alles in allem betrachtet wird Christen die Illusion der Freiheit gegeben, in der Realität schränken jedoch die islamischen Traditionen, die in der Gesellschaft verwurzelt sind, das christliche Leben in Jordanien ein. Islamische Unterdrückung wirkt auch durch gewalttätige Aktionen von militanten Islamisten. Die Unterdrückung von extremistischen Muslimen ist viel heftiger als die eben beschriebene durch die Regierung. Mehr und mehr Jordanier werden durch die Ideologie des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) radikalisiert, was Christen einer höheren Gefahr aussetzt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Diese Triebkraft beschreibt, wie versucht wird, den Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte aus Stammestraditionen durchzusetzen. „Ethnisch begründete Anfeindungen“ treten oft im Zusammenhang mit traditionellen Religionen auf, im Falle Jordaniens gibt es eine deutliche Vermischung mit dem Islam. Deswegen betrifft sie insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund. Vor allem außerhalb der großen Städte ist die jordanische Gesellschaft eindeutig eine Stammesgesellschaft und im jordanischen Nationalismus verwurzelt. Nach der Massenwanderung von Palästinensern nach Jordanien nach dem Krieg mit Israel im Jahr 1967, teilte sich Jordanien auf in die rein jordanischen „East Banker“ (ursprünglich aus der Region östlich des Jordan) und die palästinensisch-jordanischen „West Banker“, die ihre Wurzeln westlich des Jordan haben.

Das Stammessystem hat diese ethnische Teilung offensichtlich gemacht und agiert als sozioökonomisches Sicherheitsnetz. Familien-, Clan- und Stammesbeziehungen erlauben es den East Bankern erfolgreich die Regierung, Wirtschaft und soziale Sphären, inklusive der Arbeitswelt, aber auch die politische und soziale Stellung zu steuern. Aufgrund dieses sozialen Vorteils für die „reinen" Jordanier ist das Stammesdenken noch mehr in das jordanische Konzept des Nationalismus integriert. So kann es sein, dass Christen mit einem palästinensischen Hintergrund nicht die gleichen Vorteile haben, wie Christen mit „reinem" jordanischen Hintergrund. Dieses Thema benötigt weitere Untersuchungen und wurde nicht in die Analyse des WVI miteinbezogen. Die Situation von christlichen Konvertiten wurde jedoch berücksichtigt.

Verfolger

Im Allgemeinen lobt die christliche Gemeinschaft die jordanische Königsfamilie dafür, einen Geist der Toleranz und der friedlichen Koexistenz zu pflegen. Dennoch sind sie Einschränkungen und Überwachung durch die Regierung ausgesetzt, die informiert sein will, wenn Christen das Evangelium an Muslime weitergeben oder in einer Art und Weise predigen, die die soziale und politische Stabilität gefährden könnte. Die stärkste Verfolgung erleben Christen mit muslimischem Hintergrund. Regierungsbeamte übten Berichten zufolge Druck auf diese christlichen Konvertiten aus, zum Islam zurückzukehren. In einigen Fällen wurden sie zuvor von Familienmitgliedern der Christen informiert. Der stärkste Druck geht von der Familie aus und kann sogar körperliche Gewalt und Mord beinhalten. Die Stammeskultur Jordaniens ist noch immer sehr stark ausgeprägt, und die Anführer ethnischer Gruppen üben ebenfalls häufig Druck auf Christen muslimischer Herkunft aus, ihren Glauben zu widerrufen. Dies gilt auch für islamische Geistliche, die Christen muslimischer Herkunft noch immer als Muslime ansehen.

Extremistische islamische Bewegungen sind eine weitere Quelle der Verfolgung für Christen – genauso wie für andere Religionsgemeinschaften in Jordanien, inklusive Muslimen. Auch wenn das Level der Verfolgung nicht so hoch ist wie in benachbarten Staaten wie Syrien, dem Irak oder Ägypten, hat der IS bereits versucht, Jordanien anzugreifen. Dies hat bisher jedoch zu wenig Erfolg geführt. Das erste Mal, dass der IS sich zu einem Angriff auf jordanischem Boden bekannte, war am 18. Dezember 2016, als zehn Menschen bei einem Attentat auf die bei Touristen beliebte Kreuzritterburg Kerak starben.

In Jordanien sind einige christliche Denominationen anerkannt und andere nicht – allein die Regierung kann eine christliche Gemeinschaft anerkennen. Einige etablierte Kirchen wollen jedoch verhindern, dass neue, evangelikale Gemeinschaften anerkannt werden und versuchen, den Staat zu beeinflussen, damit eine Anerkennung nicht gelingt.

Hintergrund

Jordaniens Gesellschaft besteht aus verschiedenen Volksstämmen, was sich auch im Königshaus abbildet: Der verstorbene König Hussein stammte aus Saudi-Arabien, seine zweite Frau und Mutter des derzeitigen Königs Abdullah II. ist Britin. König Abdullah selbst ist mit einer Palästinenserin verheiratet. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus Palästinensern, von denen die meisten nach den arabisch-israelischen Kriegen von 1948 und 1967 ins Land kamen. In den frühen 1950er-Jahren erhielt ein Großteil von ihnen die Staatsbürgerschaft.

Palästinensische Jordanier („West Bankers“) werden allerdings im Vergleich zum Großteil der sonstigen Bevölkerung, der von Beduinen abstammt („East Bankers“), und seit Jahrhunderten in diesem Gebiet lebt, benachteiligt. Im Allgemeinen halten letztere dem König die Treue. Jordanien hat viele Flüchtlinge aufgenommen, insbesondere aus dem Irak und Syrien: Im Dezember 2016 schätzte das UN-Flüchtlingshilfswerk die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien auf 655.314 und die aus dem Irak auf 60.647. Damit hat Jordanien gemessen an der Einwohnerzahl weltweit die zweitmeisten Flüchtlinge aufgenommen. Da so viele verschiedene Nationalitäten in dem Königreich vertreten sind, ist die Frage, was die nationale Identität eines jordanischen Staatsbürgers eigentlich ausmacht, unklar. Außerdem führt die hohe Anzahl von Flüchtlingen zu wirtschaftlichem, politischem und religiösem Druck und ist so ein potenziell destabilisierender Faktor.

Die Zahl der Christen verringert sich seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1946. Dieser Rückgang liegt in einer niedrigeren Geburtenrate und hohen Auswanderungszahlen begründet. Außerdem kam eine große Zahl muslimischer Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien nach Jordanien. Zusammen mit der steigenden Angst vor einem extremistischen Islam und der aktuell sehr angespannten wirtschaftlichen Lage setzt dies Christen, besonders Evangelikale und Christen muslimischer Herkunft, zunehmend unter Druck. Deswegen bleiben viele christliche Gemeinschaften immer mehr unter sich und geben das Evangelium nicht an andere weiter.

Für lange Zeit galt Jordanien in Bezug auf Religionsfreiheit als eines der liberalsten Länder der Region. Für Christen scheint sich dies aber nun zu ändern. Christen aus traditionellen Kirchen genießen zwar noch immer einen relativ hohen Grad an Religionsfreiheit; Christen muslimischer Herkunft hingegen erleben die Auswirkungen des zunehmenden islamistischen Einflusses in der Gesellschaft. Auch Christen, die aktiv an der Weitergabe des Evangeliums beteiligt sind oder Christen muslimischer Herkunft helfen, sind immer stärkerem Druck und Überwachung ausgesetzt.

Andere Religionsgemeinschaften, die in Jordanien Einschränkungen erfahren, sind Schiiten, Drusen und Bahai. Laut Berichten kann es für einen Sunniten sogar stärkeren Druck bedeuten, wenn er Schiit wird, als wenn er den christlichen Glauben annimmt. Bahai sind offiziell nicht anerkannt, dürfen aber ihren Glauben praktizieren. Trauscheine von Bahai werden jedoch vom Amt für Personenstand und Pässe nicht anerkannt. Drusen erleben sozialen Ausschluss und leben in speziellen Gegenden. Wie die Bahai-Religion, ist auch der drusische Glaube nicht von der jordanischen Regierung anerkannt.

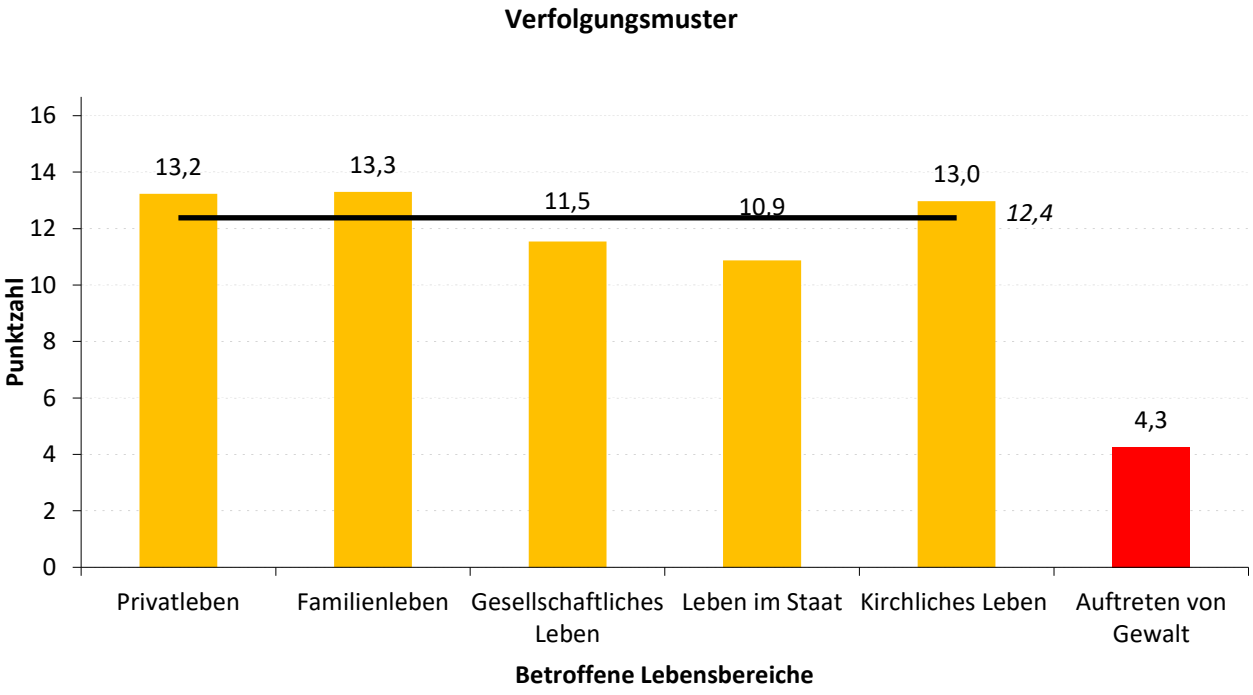
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Sie stellen die größte Gruppe von Christen in Jordanien. Die meisten von ihnen gehören der Orthodoxen oder der Römisch-Katholischen Kirche an. Grundsätzlich genießen sie ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, allerdings können Einzelne im Alltag Benachteiligungen erfahren, beispielsweise am Arbeitsplatz.

Christen muslimischer Herkunft: Von allen Christen in Jordanien erleben diejenigen mit muslimischem Hintergrund die stärkste Verfolgung. Wird ihr neuer Glaube bekannt, müssen sie mit Druck von allen Seiten rechnen: von Regierungsbeamten, Anführern ethnischer Gruppen, nichtchristlichen religiösen Leitern, gewalttätigen religiösen Gruppen, gewöhnlichen Bürgern und der eigenen (Groß-)Familie. Die Situation der Christen muslimischen Hintergrunds – deren kleine Zahl stetig wächst – hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, verursacht durch Druck vonseiten ihrer Familien und durch die wachsende Aktivität extremistischer islamischer Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Gruppe besteht größtenteils aus evangelikalen Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden. Nach Christen muslimischer Herkunft erleben die protestantischen Freikirchen den stärksten Widerstand, besonders vonseiten der Regierungsbeamten. Evangelikale Gemeinden werden von der jordanischen Regierung nicht anerkannt. In einigen Fällen wird die Regierung selbst zum Verfolger, indem sie beispielsweise Übergriffe auf Christen ungestraft lässt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Jordanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Insgesamt ist der durchschnittliche Druck auf Christen in Jordanien – insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft – sehr hoch (12,4) und im Vergleich zum letztjährigen WVI (12,3) leicht gestiegen. Dieser Anstieg liegt größtenteils an der Verfügbarkeit von mehr Informationen.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Kirchliches Leben“ und „Familienleben“; dort sind die Wertungen sehr hoch. Dies ist typisch für eine Verfolgungssituation, in der Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung und mit Ethnisch begründeten Anfeindungen vermischt ist.
- Islamische Unterdrückung als Triebkraft der Verfolgung betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Sie geht besonders von Familien, lokalen Behörden und nichtchristlichen Leitern aus.

- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 1,5 Punkten im WVI 2017 auf 4,3 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum gestiegen. Gewalttätige Vorfälle treffen zumeist Christen muslimischer Herkunft; aber auch Christen, die aktiv das Evangelium weitergegeben haben, waren betroffen. Der Grund für den Anstieg der Gesamtpunktzahl von Jordanien liegt in der hier eingeflossenen, höheren Anzahl von Berichten über Gewalt gegen Christen.
- Der Druck in Jordanien wird durch die gravierende Unterdrückung von Christen muslimischer Herkunft und relative Freiheit für alle anderen Kategorien von Christen charakterisiert, solange letztere nicht versuchen, ihren Glauben an Muslime weiterzugeben oder mit christlichen Konvertiten zu arbeiten.

Privatleben: Hier sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen. Sie können ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Jedes kleinste Signal an ihre Umgebung, dass sie Christen sein könnten, kann schwerwiegende Konsequenzen haben. Alle anderen Christen haben mehr Freiheiten, ihren Glauben im Privaten zu leben, solange sie nicht versuchen, das Evangelium an Muslime weiterzugeben.

Familienleben: Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben Druck durch die eigene Familie, welcher zu Gewalt oder sogar Mord führen kann. Um Druck auf die Konvertiten auszuüben, informieren einige Familien sogar die Behörden, was zu einer Verhaftung führen kann. Christen mit muslimischem Hintergrund können aufgrund ihres Übertritts zum christlichen Glauben das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Der Staat spielt dabei allerdings keine aktive Rolle.

Gesellschaftliches Leben: Auch in diesem Lebensbereich stehen besonders Christen muslimischen Hintergrunds unter Druck, wenn ihr Glaube bekannt wird. Aber auch andere Christen erleben Diskriminierung, zum Beispiel an ihren Arbeitsplätzen in Unternehmen oder im öffentlichen Dienst, wo sie auf unsichtbare Barrieren stoßen und bei Beförderungen übergangen werden. Besonders Christen, die Konvertiten aus dem Islam unterstützen – durch Beratung, Seelsorge und biblische Ausbildung – müssen mit Bedrohungen und Einschränkungen im Alltag sowie mit Überwachung durch ihr Umfeld rechnen.

Leben im Staat: Hier erleben alle Christen Druck, besonders stark sind jedoch wieder Christen muslimischer Herkunft betroffen. Der Islam ist Staatsreligion und die jordanische Verfassung gibt der Scharia eine Vorrangstellung. Fragen des persönlichen oder familiären Status werden von religiösen Gerichten behandelt. Muslime fallen unter die Scharia-Rechtsprechung, es gibt aber auch religiöse Gerichte für historische christliche Gemeinschaften wie Orthodoxe, Katholiken und Anglikaner. In Fällen, in denen eine Partei muslimisch und die andere nichtmuslimisch ist, wird der Fall vor einem Scharia-Gericht verhandelt. Scharia-Gerichte erkennen den Glaubenswechsel von Muslimen zum christlichen Glauben nicht an und behandeln sie weiterhin als Muslime. Auch Kinder (unter 18 Jahren) von Christen muslimischer Herkunft werden vom Staat weiterhin als Muslime angesehen. Beim Erbrecht gilt ausschließlich die islamische Gesetzgebung, ungeachtet des Glaubens der Betroffenen. Christen können nicht von einer muslimischen Familie erben. Der Glaubenswechsel weg vom Islam wird vom Staat nicht anerkannt, und das öffentliche Missionieren von Muslimen verstößt gegen die Regierungspolitik. Muslime, die Christen werden, fallen weiterhin unter die Gerichtsbarkeit der Scharia, was bedeutet, dass ihre Ehen annulliert werden können. Es ist auch möglich, dass sie das Sorgerecht für ihre Kinder oder sogar ihre Bürgerrechte verlieren. Berichten zufolge wurden Christen mit muslimischem Hintergrund vom Geheimdienst bezüglich ihres Glaubens verhört und mit Anklagen vor Gericht und anderen möglichen Konsequenzen bedroht.

Zudem wurden ihnen Belohnungen, wie zum Beispiel berufliche Chancen, für eine Rückkehr zum Islam versprochen. Weiter wurde berichtet, dass Behörden Arbeitszeugnisse verweigerten, die für Bewerbungen und Firmengründungen notwendig waren. Arbeitgebern wurde aufgetragen, Christen muslimischer Herkunft zu entlassen. Diejenigen, die Christen muslimischer Herkunft angreifen, können mit Straffreiheit rechnen.

Kirchliches Leben: Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren auch im Bereich des kirchlichen Lebens den größten Druck. Dennoch müssen auch andere Christen, besonders aus protestantischen Freikirchen, mit gewissen Einschränkungen leben. Für Christen muslimischer Herkunft ist jede Form des öffentlichen und legalen kirchlichen Lebens unmöglich. Im Vergleich zu anderen Ländern der Region ist das Kirchenleben jedoch generell weniger eingeschränkt – besonders für Christen aus traditionellen Kirchen. Dies lässt sich unter anderem daran erkennen, dass es eine Reihe von anerkannten, schon lange bestehenden Kirchen im Land gibt. Evangelikale Gemeinden haben Schwierigkeiten, eine Registrierung zu erhalten. Baugenehmigungen für Kirchen sind schwer zu erhalten, und es gibt alle Arten subtiler Diskriminierung. Berichten zufolge werden Aktivitäten evangelikaler Gemeinden und von Untergrundgemeinden (in denen sich Christen muslimischer Herkunft treffen) von der Geheimpolizei überwacht. Eine öffentliche Verteilung von christlicher Literatur ist nicht erlaubt, der Verkauf ist ausschließlich an offiziell genehmigten Orten möglich.

Auftreten von Gewalt:

- Es gab im Berichtszeitraum drei Vorfälle, bei denen Kirchengebäude angegriffen oder geschlossen wurden, und am 6. Januar 2017 brachen Randalierer in einen Friedhof ein und zerstörten eine Statue der Jungfrau Maria. Allgemein sind Akte des Vandalismus gegen Kirchen in Jordanien ungewöhnlich.
- Es gab im Berichtszeitraum für den WVI 2018 mehrere Angriffe auf Häuser, die Christen mit muslimischem Hintergrund oder anderen Christen gehörten.
- Einige Christen muslimischer Herkunft wurde aus Gründen, die direkt oder indirekt mit ihrem Glauben zu tun hatten, verhaftet.
- Einige christliche Konvertiten berichteten, dass sie von Familienmitgliedern körperlich missbraucht oder mit dem Tode bedroht wurden.
- Mehrere Christen mit muslimischem Hintergrund mussten ihr Haus verlassen und sich verstecken oder an einem anderen Ort innerhalb oder außerhalb des Landes leben. Einige ausländische Missionare wurden aufgrund ihrer christlichen Aktivitäten dazu gezwungen, das Land zu verlassen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: In Jordanien sind von allen Kategorien von Christen Frauen, die früher Muslimas waren, am stärksten von Verfolgung wegen ihres Glaubens betroffen. Auch andere Christinnen sind Ungleichheit ausgesetzt, beispielsweise wenn ihr Ehemann zum Islam konvertiert. Im Fall von Christinnen muslimischer Herkunft stammt der Druck zumeist von ihrer Familie. Leben sie noch bei der Familie, riskieren sie, unter Hausarrest gestellt oder sogar sexuell missbraucht oder vergewaltigt zu werden, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Zwangsehen sind in Jordanien nicht ungewöhnlich, Frauen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, sind jedoch besonders davon bedroht, unfreiwillig verheiratet zu werden. Dadurch soll die Schande von der Familie abgewendet, und die Frau zurück auf den „richtigen Weg“ geführt werden.

Christinnen muslimischer Herkunft können offiziell keinen Christen heiraten. Selbst wenn sie im Ausland heiraten, erkennt der Staat die Ehe nicht an. Christliche Frauen können allgemein nur dann einen muslimischen Mann heiraten, wenn sie zum Islam konvertieren. Dies verlangt das religiöse Registrierungssystem. Dies macht es besonders schwierig, wenn eine christliche Frau, die keinen muslimischen Hintergrund hat, einen christlichen Konvertiten heiraten möchte, da ihr zukünftiger Mann vom Staat weiter als Muslim betrachtet wird. Sind Frauen mit einem nichtchristlichen Mann verheiratet und wenden sich dem christlichen Glauben zu, riskieren sie Missbrauch und Todesdrohungen, was einige dazu zwingt zu fliehen. Sie sind außerdem Reisebeschränkungen ausgesetzt. Reiseverbote können sowohl von den Behörden als auch von der Familie auferlegt werden, beispielsweise, wenn sie eine Frau, die Christin geworden ist, davon abhalten wollen, das Land zu verlassen. Wird dieses Verbot verletzt, kann die Frau wegen „Reisens ohne Erlaubnis“ vor Gericht verklagt werden. Christinnen muslimischer Herkunft riskieren es außerdem, dass eine Scheidung erzwungen wird. Bei all diesen Angelegenheiten ist die Haltung der Familie bzw. der Familie des Ehemanns entscheidend.

Der Internationale Bericht über religiöse Freiheit des US-Außenministeriums von 2016 notiert: „Jedes Mitglied der Gesellschaft kann eine Beschwerde wegen Apostasie gegen ein solches Individuum (eine vom Islam abgefallene Person) einreichen. In Fällen, die von einem Scharia-Gericht entschieden werden, können Richter die Ehen von Konvertiten annullieren, das Sorgerecht für Kinder auf ein muslimisches Familienmitglied übertragen oder das Kind als Mündel des Staates deklarieren und den Besitz der Person einem muslimischen Familienmitglied zusprechen.“ Werden ein muslimischer Mann und eine nichtmuslimische Frau geschieden, verliert die Frau automatisch das Sorgerecht für ihre Kinder, wenn sie das siebte Lebensjahr erreichen. Dies trifft auf muslimische Frauen nicht zu. Konvertiert eine geschiedene Christin zum Islam, kann sie das Sorgerecht für ihre Kinder wiedererlangen und das Erbe von ihrem Mann erhalten. Dies übt einen großen Druck auf geschiedene christliche Frauen aus, zum Islam zu konvertieren. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es sehr schwierig für Christinnen muslimischer Herkunft und für Christinnen, deren Mann zum Islam konvertiert ist, eine Familie aufzubauen.

Männer: Diskriminierung am Arbeitsplatz betrifft alle Kategorien von Christen, besonders diejenigen, die im öffentlichen Dienst stehen. In der traditionell geprägten und von Stammesdenken durchzogenen jordanischen Gesellschaft werden Männer als Versorger der Familie betrachtet, was wichtige Auswirkungen auf christliche Familien haben kann.
Unter dem Gesetz der Scharia sind Ehen zwischen muslimischen Frauen und nichtmuslimischen Männern nicht erlaubt. Damit die Ehe legal ist, muss der Mann zum Islam konvertieren. Dies macht eine legale Ehe zwischen einem Mann, der kein Konvertit ist, und einer Christin mit muslimischem Hintergrund unmöglich. Die Scharia-Gesetzgebung bestimmt ebenfalls, dass ein christlicher Mann zum Islam konvertieren muss, wenn seine Frau zum Islam konvertiert ist, damit die Ehe bestehen bleiben kann.

Führt der Druck auf christliche Familien dazu, dass sie das Land verlassen, hat dies negative Auswirkungen auf die zukünftige Leiterschaft der Christen im Land, da Orthodoxe und Katholische Kirchen weniger Männer zur Verfügung haben, die geschult werden und leitende Positionen einnehmen können.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die „Economist Intelligence Unit“ erwartet, dass König Abdullah II. noch einige Jahre an der Macht bleibt und „kleinere politische Reformen und Modernisierungen“ fördern wird, jedoch „seine wesentliche Macht nicht abtreten wird. Die Oppositionsaktivitäten werden weitergehen, es werden sich jedoch auch islamistische Parteien stärker in die Politik einschalten.“ Der König möchte die Gesellschaft modernisieren und führt Maßnahmen ein, die religiösen Minderheiten wie Christen helfen sollen. 2017 wiederholte er seinen Wunsch, „die Existenz und Identität von arabischen Christen zu schützen“. Maßnahmen oder Vorschläge, Gleichheit zwischen Muslimen und Christen zu fördern, wie die Anpassung von Schulbüchern, spalten jedoch das Königreich und trafen bereits auf viel Widerstand, insbesondere von konservativen Muslimen wie der Islamischen Aktionsfront (IAF), die den politischen Arm der Muslimbruderschaft in Jordanien darstellt.

Die IAF erlangte trotz einer geringen Wahlbeteiligung und einem Wahlgesetz, dass den Einfluss der Stimmen aus großen Städten, in denen Islamisten und Jordanier mit palästinensischer Herkunft sehr präsent sind, verringert, einen unerwarteten Sieg bei den Kommunalwahlen im August 2017. Solche Wahlsiege können die Triebkraft Islamische Unterdrückung verstärken, indem indirekt der Druck auf Christen und andere, deren Ansichten nicht mit einem extremistischen Islam übereinstimmen, erhöht wird.

Die Triebkraft Ethnisch begründete Anfeindungen scheint sich derzeit nicht stark zu verändern. Laut „Arab Youth Survey“ wird die Jugend Jordaniens stärker von Gleichaltrigen und den Medien beeinflusst als von patriarchischen oder religiösen Autoritäten. Deswegen versucht die Regierung, den Einfluss extremistischer islamischer Gruppierungen zu schwächen und ihnen zuvorzukommen. Sollte diese Verringerung des Kontakts zwischen der Jugend und ihren Familien bzw. religiösen Leitern sich weiter verstärken, könnten Ethnisch begründete Anfeindungen auf lange Sicht geschwächt werden.

zurück zur Länderübersicht

Tadschikistan: Platz 22

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Am stärksten geht die Verfolgung der Christen in Tadschikistan von Regierungsbeamten unterschiedlicher Ebenen aus – angefangen bei der Zentralregierung des Landes, die ihre strenge Gesetzgebung den örtlichen Behörden und der Polizei vorschreibt. Diese führen daraufhin Razzien bei religiösen Versammlungen durch, nehmen Christen fest und beschlagnahmen religiöse Schriften. Außerdem werden Christen von ihrem muslimischen Umfeld verfolgt (Familien, Freunde, Gesellschaft, örtliche Imame), die etwas dagegen haben, dass Christen unter den Muslimen evangelisieren.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Christen sind von irgendeiner Art der Verfolgung betroffen. Russisch-orthodoxe Kirchengemeinden haben die geringsten Probleme mit der Regierung, da sie für gewöhnlich keinen Kontakt zur tadschikischen Bevölkerung suchen. Die einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund sind am stärksten von Verfolgung betroffen, sowohl durch den Staat als auch durch Familie, Freunde und Gesellschaft.

Die Regierung setzt alle „abweichenden“ Gruppen, also auch die Christen, stark unter Druck. Sie übt zusätzlichen Druck auf die christliche Minderheit aus, indem bestehende Gesetze verschärft und konsequent umgesetzt werden. Besonders das Jugendgesetz lässt Christen (und andere betroffene religiöse Minderheiten) in Unklarheit darüber, was erlaubt ist und was gegen das Gesetz verstößt. In den letzten Monaten ist die Regierung anderen autoritären Regierungen in Zentralasien immer ähnlicher geworden. Es ist daher zu erwarten, dass sich die Situation für die Christen in Zukunft verschlimmern wird. Der Druck vonseiten des sozialen Umfelds (meist auf Christen muslimischer Herkunft) wird unvermindert anhalten.

Beispiele:

- Im Februar 2017 startete die Regierung eine Reihe von Razzien in den Gemeinden der Sunmin Sunbogym (Gute Nachricht der Gnade), einer protestantischen Kirche in der nördlichen Region Sogd. Es wurden christliche Gesangbücher und andere Schriften beschlagnahmt.
- Am 10. April 2017 verhaftete die Geheimpolizei Pastor Bakhrom Kholmatov der Sunmin Sunbogym Gemeinde in der Regionalhauptstadt Chudschand. Er befindet sich noch immer im Gewahrsam der Geheimpolizei unter dem Tatvorwurf „Extremismus“.
- Im Jahr 2017 hat die Behörde in Duschanbe zwei Vorschulen geschlossen. Eine wurde geschlossen, nachdem Beamte ein christliches Gesangbuch fanden, die andere anscheinend deshalb, weil dort Protestanten angestellt waren.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 65 Punkten steht Tadschikistan auf Platz 22 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018; im Vergleich zum WVI 2017 entspricht dies einer Steigerung von 7 Punkten. In allen Lebensbereichen ist der Druck sehr stark. Der Bereich „Auftreten von Gewalt“ steigt um 2,4 Punkte von niedrigem zu hohem Niveau. Die tadschikische Regierung unter Präsident Emomalij Rahmon hat die Gesetzgebung zur Religionsfreiheit verschärft und das Ausmaß von Überwachung religiöser Gemeinschaften erhöht. Die Anzahl gewaltsamer Übergriffe (z.B. Polizei-Razzien, Beschlagnahmung religiöser Schriften, Verhaftungen, Verhöre und körperliche Gewalt) ist gestiegen. Durch die Entscheidung, einzelne Gemeinschaften zugewanderter Christen nicht in einer separaten Kategorie in der WVI Analyse aufzuführen, ist eine bessere Darstellung der Situation des Landes möglich geworden, jedoch hat dies auch zu einem Anstieg in der Wertung beigetragen.

Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der vom Staat genehmigten und beaufsichtigten Einrichtungen ist keine religiöse Aktivität erlaubt. 2015 erhöhten die Behörden den Druck noch weiter; es gab mehr Razzien bei Versammlungen, und Christen wurden verhört. Es kommt sehr häufig vor, dass Mitglieder protestantischer Kirchengemeinden pauschal als Anhänger einer fremdartigen Sekte angesehen werden, deren einziges Ziel es ist, die bestehende Regierung auszuspionieren und zu zerstören. Unter diesem Gesichtspunkt müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern nötigenfalls ausgerottet werden. Die Überwachung betrifft auch den Religionsunterricht, ungeachtet der Religion.

Islamische Unterdrückung: Wenn sich Einheimische (muslimischer Zugehörigkeit) zu Jesus Christus bekehren, werden sie wahrscheinlich Druck und gelegentlich auch körperliche Gewalt durch ihre Familien, Freunde und der örtlichen Gemeinschaft erleben, die eine Rückkehr zum ursprünglichen Glauben erzwingen wollen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt und geschlagen und können schließlich von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Örtliche Mullahs predigen gegen Christen, was den Druck noch verstärkt. Deshalb halten viele Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben geheim.

Verfolger

Die Triebkraft der Verfolgung von Christen in Tadschikistan ist vor allem „Diktatorische Paranoia“, die von Regierungsbeamten und politischen Parteien ausgeht. Eine weitere Triebkraft der Verfolgung ist „Islamische Unterdrückung”. So geht Druck von der Großfamilie, nichtchristlichen religiösen Leitern und normalen Bürgern aus, der sich besonders gegen ehemalige Muslime wendet.

Hintergrund

Tadschikistan ist das einzige zentralasiatische Land mit persischer Landessprache. Kulturell gesehen hat das Land größere Ähnlichkeit mit dem Iran und Afghanistan als andere zentralasiatische Länder. Tadschikistan ist eines der ärmsten Länder dieser Region und sehr abhängig von den Geldzuwendungen derer, die im Ausland arbeiten. Geschätzte zwanzig Prozent der Bevölkerung arbeiten in Russland oder Kasachstan. Einerseits stellen die Überweisungen der Arbeitsmigranten sicher, dass etwa sechzig Prozent der Bevölkerung mit diesem Geld ihren Alltag bewältigen können.

Andererseits bringt es hohe soziale Kosten mit sich – Familien werden auseinandergerissen, und die Kinder wachsen mit wenigen männlichen Verwandten auf.

Tadschikistans Grenze zu Afghanistan ist 1.200 km lang. Dies hat zahlreiche Auswirkungen: a) es gibt einen ausgedehnten Drogenhandel von Afghanistan über Tadschikistan in den Westen; b) Tadschiken (die auch in Afghanistan leben) sind in islamistische Kämpfe verwickelt; c) was auf der anderen Seite der Grenze passiert, hat große Auswirkungen auf Tadschikistan. Da die meisten westlichen Truppen Afghanistan verlassen haben, ersucht Tadschikistan Hilfe bei Russland. Das Land hat Militärstützpunkte als Gegenleistung für Grenzkontrollen durch russische Soldaten angeboten.

Am 1. März 2015 fanden in Tadschikistan Parlamentswahlen statt. Bis zu diesem Zeitpunkt war es das einzige Land in der Region, welches eine anerkannte Oppositionspartei hatte – eine religiös fundierte: die „Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans“. Schon bald nach den Wahlen, die wie erwartet von Präsident Emomalij Rahmon gewonnen wurden, traten deutliche Veränderungen im Land ein. Innerhalb weniger Monate wurde die Oppositionspartei verboten. Immer mehr restriktive Gesetze wurden erlassen – auch im Bereich Religion. Die Regierung Tadschikistans ist dadurch viel mehr auf einer Linie mit den anderen diktatorischen Regimen in Zentralasien.

Christen sind nicht die einzige Glaubensgruppe, die von der Regierung verfolgt werden. Muslime, Juden und Zeugen Jehovas sind alle gleichermaßen davon betroffen. Alle religiösen Aktivitäten stehen unter Beobachtung.

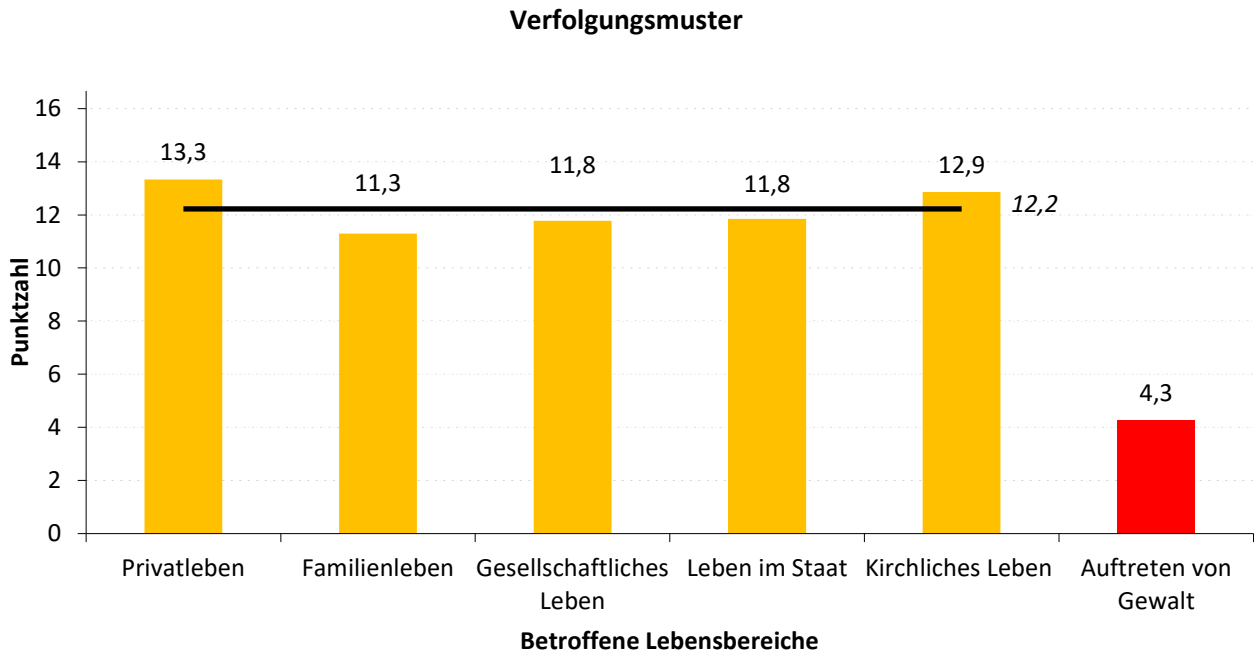
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gemeinschaften, von denen die größte von der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) gebildet wird, verbreiten das Evangelium nicht unter den Tadschiken. Sie können ihrer Religion nachgehen, da sie von der Regierung nicht für bedrohlich gehalten werden. Darüber hinaus hat die tadschikische Regierung kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie die Russisch-Orthodoxe Kirche angreift.

Christen muslimischer Herkunft: Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung in Tadschikistan. Neben einigen staatlichen Einschränkungen stehen sie zusätzlich unter enormem Druck durch Familie, Freunde und Gesellschaft, wobei für sie der gesellschaftliche Druck wohl der schlimmste ist. Übertritte zum christlichen Glauben werden als Verrat am Volk, am Staat und an der Religion der Väter angesehen und gelten zudem als Schande für die Familie.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Nach Christen mit muslimischem Hintergrund ist diese Gruppe die am zweitstärksten verfolgte Gruppe von Christen (besonders, weil sie aktiv evangelisieren). Baptisten, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinschaften erleben häufig Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tadschikistan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenspiel der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Unter dem Gesichtspunkt aller Lebensbereiche ist der durchschnittliche Druck auf Christen von 11,2 Punkten im WVI 2017 auf 12,2 Punkte gestiegen.
- Der Druck ist mit 13,3 Punkten am stärksten im Bereich „Privatleben“ (besonders für ehemalige Muslime) gefolgt von „Kirchliches Leben“ mit 12,9 Punkten. Dieses Ergebnis steht im direkten Zusammenhang mit den beiden Triebkräften der Verfolgung, die in Tadschikistan vorliegen: Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia.
- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist mit 4,3 Punkten im Vergleich zum Vorjahr (1,9 Punkte) beachtlich gestiegen, da es häufiger zu körperlicher Gewalt gegen Christen und Polizei-Razzien usw. gekommen ist.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel ist gesetzlich nicht verboten, trotzdem bleibt eine Bestrafung für Konvertiten, besonders durch Familienmitglieder, meist nicht aus. Für Christen muslimischer Herkunft ist es äußerst riskant, in ihrer Privatsphäre christliche Handlungen durchzuführen, und es ist bekannt, dass sie Schläge erhielten und dazu gezwungen wurden, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Ehemalige Muslime halten christliche Schriften und Symbole meist versteckt, da sie Repressalien durch ihre Familie befürchten müssen. Doch auch andere Christen bringen sich dadurch in Gefahr, da der Besitz christlicher Literatur und das Zeigen christlicher Symbole als Form der Evangelisation angesehen werden könnten. Konvertiten müssen auch bei der Nutzung von christlichem Radio, Fernsehen oder Webseiten große Vorsicht walten lassen, um nicht von ihren Familien, Freunden oder ihrem sozialen Umfeld entdeckt zu werden.

Christen muslimischer Herkunft, die mit Familienmitgliedern oder anderen Personen über ihren neuen Glauben sprechen, müssen befürchten, dass die Familie alles daran setzen wird (manchmal in Form von Hausarrest), den Konvertiten zum alten Glauben zurückzubringen.

Familienleben: Die Religionszugehörigkeit einer Person wird in offiziellen Dokumenten nicht registriert, doch gelegentlich behindern lokale Behörden (die von ortsansässigen Muslimen geführt werden) die Registrierung von Geburten, Hochzeiten oder Todesfällen von Christen muslimischer Herkunft. Auch verhindern muslimische Familien und Behörden Hochzeiten oder Taufen von ehemaligen Muslimen. Seit August 2011 ist jede religiöse Aktivität für Jugendliche unter 18 Jahren streng verboten. Christliche Jugendarbeit kann nur noch im Geheimen stattfinden, und es gab Razzien während Kinderfreizeiten im Sommer. Kinder und Teenager dürfen nicht zur Sonntagsschule gehen oder am Religionsunterricht teilnehmen. Islamische Themen hingegen sind Teil des Lehrplans, und alle Kinder sind verpflichtet, diesen Unterricht zu besuchen. Oft werden die Kinder von Christen in der Schule vor den anderen Kindern gedemütigt. In einigen Fällen wurden die Ehepartner der Konvertiten durch Drohungen zur Trennung gezwungen, und Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, ihr Erbrecht zu verlieren.

Gesellschaftliches Leben: Auf gesellschaftlicher Ebene werden Christen muslimischer Herkunft und Protestanten konstant überwacht. Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck (durch Bedrohungen und Belästigungen), ihren neuen Glauben aufzugeben. Protestanten müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie evangelisieren oder ihnen wird Gewalt angedroht. Für gewöhnlich werden die Ehen von den Eltern des Brautpaares arrangiert. Ehemalige Muslimas laufen Gefahr, von den Eltern entführt und mit einem muslimischen Mann zwangsverheiratet zu werden. Sie alle stehen unter dem Druck, an islamischen Zeremonien und Festen teilnehmen zu müssen. Kinder von Christen muslimischer Herkunft sind in der Schule gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, da sie oft von ihren Lehrern und Mitschülern lächerlich gemacht werden. Christen, deren Glaube bekannt ist, haben geringere Karrieremöglichkeiten, und eine Anstellung bei lokalen Behörden ist undenkbar. Lokale Einrichtungen und Behörden verhindern, dass Christen (und allen voran Christen muslimischer Herkunft) ein eigenes Geschäft betreiben können. Viele müssen in Tadschikistan Bestechungsgelder und Schutzgelder bezahlen, wobei dies nicht ausschließlich auf Christen zutrifft. Die lokalen Polizeibehörden verhören Christen regelmäßig.

Leben im Staat: Der Staat stellt sich selbst als säkular dar. Die Verfassung schützt zwar die Religionsfreiheit, doch in Wirklichkeit schränkt die Regierung mit ihrer Politik die Religionsfreiheit ein. Einige lokale und regionale Führungskräfte schaffen bürokratische Hürden für Christen, welche die Registrierung von Kirchengemeinden beeinträchtigen können. Es gibt keine Alternative zum obligatorischen Militärdienst, und wer ihn verweigert, wird inhaftiert. Ein im Juli 2012 erlassenes Gesetz verbietet es tadschikischen Bürgern, ins Ausland zu gehen, um dort eine religiöse Ausbildung zu erhalten, selbst zu unterrichten oder Beziehungen zu ausländischen religiösen Organisationen aufzubauen. Protestantischen Christen werden Posten im öffentlichen Dienst verweigert, da sie als ausländischer Einfluss angesehen werden, der nicht vertrauenswürdig sei und die tadschikische Gesellschaft bedrohe. Seit März 2015 wird gegen alle Nichtregierungsorganisationen hart durchgegriffen. Tätigkeiten, die mit Gemeindearbeit, Jugendarbeit und der Veröffentlichung von religiösen Schriften zu tun haben, sind von der Regierung eingeschränkt und zensiert worden. Regierungsangestellte und alle Mitglieder der Gesellschaft können Christen belästigen, festnehmen oder verhören, ohne dafür strafrechtlich belangt zu werden. Christen werden vor Gericht ungerecht behandelt.

Kirchliches Leben: Alle christlichen Aktivitäten werden überwacht. Nur registrierte Gruppen dürfen überhaupt existieren, Gebäude besitzen, Versammlungen abhalten, religiöses Material besitzen etc.; eine Registrierung ist extrem schwierig, doch ohne sie gilt die Gruppe als illegal und wird polizeilich verfolgt. Die Gesetze vom August 2011 verbieten jegliche Art von Jugendarbeit. Da ca. 50 Prozent aller Christen in Tadschikistan Jugendliche sind, hat dies weitreichende Konsequenzen. Der „Rat für religiöse Angelegenheiten" muss alle Predigten sowie christliches Material genehmigen. Schulungen für religiöse Leiter können ebenfalls nur von registrierten Gruppen (von denen es nur sehr wenige gibt) durchgeführt werden. Manchmal können nicht-registrierte Gruppen solche Schulungen unter dem Schirm registrierter Gruppen durchführen. Die Medien in Tadschikistan werden vom Staat kontrolliert und sind somit für Christen unzugänglich. Zugang zum Internet ist nur über staatliche Anbieter möglich. Die Regierung erlaubt Christen weder, ihre eigenen Schulen, Organisationen oder Einrichtungen zu gründen noch gemeinnützige, humanitäre, medizinische Vereine oder Kulturverbände zu eröffnen. Sämtliche ausländische Kontakte zu einheimischen religiösen Gruppen sind als Teil des harten Durchgreifens gegen extremistische Religionsausübung verboten.

Auftreten von Gewalt: Mindestens drei Kirchengemeinden und zwei Schulen, die in Verbindung zu christlichen Gruppen stehen, wurden im Berichtszeitraum des WVI 2018 von den Behörden durchsucht. Zweifellos hat es noch mehr dieser Vorfälle gegeben, doch ein Mangel an Informationen bleibt ein Problem. Vier Christen sind für kurze Zeit inhaftiert worden, weil sie Schriften verteilt hatten. Pastor Kholmatov wurde im Juli 2017 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Circa 20 Christen wurden geschlagen. Zwei ehemalige Muslimas haben sich vor ihren muslimischen Ehemännern und Familien verstecken müssen. Ein Christ hat sich vor der Polizei versteckt gehalten, allerdings wurde kein Christ zur Ausreise aus Tadschikistan gezwungen.

Beispiele:

- Im Februar 2017 startete die Regierung eine Reihe von Razzien in den Gemeinden der protestantischen „Sunmin Sunbogym" (Gute Nachricht der Gnade) Kirche in der nördlichen Region Sogd. Es wurden christliche Gesangbücher und andere Schriften konfisziert. Am 10. April 2017 wurde Bakhrom Kholmatov, Pastor der Sunmin Sunbogym Gemeinde in der Regionalhauptstadt Chudschand, von der Geheimpolizei verhaftet. Er befindet sich noch immer im Gewahrsam der Geheimpolizei unter dem Tatvorwurf „Extremismus".
- In diesem Jahr (2017) hat die Behörde in Duschanbe zwei Vorschulen geschlossen. Eine wurde geschlossen, nachdem Beamte ein christliches Gesangbuch fanden, die andere anscheinend deshalb, weil dort Protestanten angestellt waren.
- Am 20. Juli 2017 wurde Pastor Bakhrom Kholmatov der protestantischen „Sunmin Sunbogym (Gute Nachricht der Gnade) Kirche laut einem Bericht von Forum 18 für drei Jahre inhaftiert. Der 42-jährige politische Häftling Kholmatov, der verheiratet ist und drei Kinder hat, befand sich nach seiner Verhaftung am 10. April im Gewahrsam der NSC Geheimpolizei. Während der Gerichtsverhandlung wurde er in eine polizeiliche Haftanstalt verbracht. Seitdem ist er in ein unbekanntes Gefängnis verlegt worden.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: In Tadschikistan basiert der Alltag der Einheimischen auf der Kultur des Islam, so dass Frauen im Vergleich zu Männern eine niedere Stelle einnehmen. Von Frauen wird die völlige Unterordnung gegenüber ihrer Familie und, wenn verheiratet, ihres Ehemannes vorausgesetzt. Dadurch sind sie eher Verfolgungen ausgesetzt, sowohl als Christinnen als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung infrage stellen. Die staatliche Behörde verbietet das Tragen religiöser Kleidung und Symbolen. So ist es auch Muslimas nicht gestattet, einen Hidschab zu tragen. Bei einigen Baptisten- und Pfingstgemeinden ist es für verheiratete Frauen traditionell üblich, ein Kopftuch zu tragen. Dieses Kopftuch unterscheidet sich von dem muslimischer Frauen, doch stellt es für sie eine potentielle Gefahr dar, festgenommen zu werden. Es wurde jedoch noch von keinem Fall berichtet.

Männer: Gemeindeleiter sind meist Männer, und Männer sind normalerweise das Oberhaupt ihrer Familie und Hauptverdiener. Wird ein christlicher Mann zur Zielscheibe von Verfolgung (z.B. per Geldstrafe oder Gefängnis), leidet die ganze Familie. Der Verlust der Arbeit oder des Einkommens zieht die ganze Familie in Mitleidenschaft. Ist der Mann ein Gemeindeleiter, wird seine Verfolgung negative Auswirkungen auf die Gemeinde haben und Ängste verursachen. Verfolgung durch den Staat beinhaltet Razzien, Durchsuchungen, Inhaftierungen, Verhöre, Beschlagnahmungen, Geldstrafen und Gefängnis. Im Polizeigewahrsam erleiden Männer verbale und körperliche Gewalt, und sie werden unter Druck gesetzt, als Informant zu arbeiten. Als ehemaliger Muslim wird ein christlicher Mann von seiner Familie mit Schlägen, Drohungen, Hausarrest, Demütigungen, Vertreibung und Ehescheidung rechnen müssen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Regierung übt starken Druck auf alle „von der Norm abweichenden“ Gruppen aus, Christen eingeschlossen. Indem die Regierung die bestehenden Gesetze verschärft und diese strikt anwendet, übt sie zusätzlichen Druck auf die christliche Minderheit aus. Besonders das neue Jugendgesetz lässt Christen (und andere betroffene religiöse Minderheiten) in Unklarheit darüber, was erlaubt ist und was gegen das Gesetz verstößt. Das Regime gleicht in jüngster Zeit immer mehr anderen repressiven Regierungen in Zentralasien – deshalb ist davon auszugehen, dass sich die Situation für Christen in Zukunft noch verschlimmern wird. Der Druck vonseiten des sozialen Umfelds (meist auf Christen muslimischer Herkunft) wird unverändert anhalten.

zurück zur Länderübersicht

Malaysia: Platz 23

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfassung untersagt es Malaien, zu anderen Religionen zu konvertieren und schränkt die Verbreitung nichtmuslimischer Religionen ein. Politische Parteien wie die regierende United Malays National Organisation (UMNO) und die oppositionelle Parti Islam Se-Malaysia (PAS) unterstützen und protegieren den Islam. Daher sind Regierungsbeamte bemüht, den islamischen Einfluss auf die Gesellschaft zu erhalten oder zu verstärken, zum Nachteil der nichtmuslimischen Minderheiten, indem sie z.B. Islamisierungskampagnen durchführen. Ihre Aussagen und Handlungen zielen darauf ab, ethnische Unruhen anzuheizen und aus religiösen Gründen zu diskriminieren. Für Christen mit muslimischem Hintergrund sind Familienangehörige die stärksten Verfolger.

Auswirkung der Verfolgung auf Christen: Christliche Konvertiten erleben die stärkste Verfolgung, da jeder ethnische Malaie als Muslim angesehen wird. Jeder, der davon abweicht, verstößt nicht nur gegen die Verfassung, sondern wendet sich auch gegen die Gesellschaft als Ganzes und natürlich gegen die Familie und Nachbarn. Während Katholiken und Methodisten von den Behörden und Nichtregierungsorganisationen überwacht werden, sind protestantische Freikirchen deutlich stärker im Fokus, da sie eher missionarisch aktiv sind.

Die malaiische Bevölkerung profitiert von einer Förderpolitik der Regierung, was zur Folge hat, dass jeder Nicht-Malaie (und damit die Mehrheit der Christen) faktisch als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Das betrifft auch die große Gruppe der Christen, die zur ethnischen Stammesbevölkerung der Bumiputra gehören (wörtlich übersetzt „Söhne des Bodens“).

Der Vorsitzende der PAS, der die Einführung des Strafrechts der Scharia (Hudud) für den nordöstlichen Bundesstaat Kelantan beantragt hat, verleumdete Christen öffentlich, indem er behauptete, sie würden Muslime mit Geld bestechen, um sie zu Christen zu machen. Solche Kommentare säen Unfrieden und Hass auf Christen.

Beispiele:

- Erfährt jemand von einem Wechsel zum christlichen Glauben, wird der konvertierte Christ entweder bei den islamischen Behörden angezeigt oder einfach aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Diese Christen werden von der Erbfolge ausgeschlossen und das Sorgerecht zu bekommen, ist immer noch ein Problem für den nichtmuslimischen Ehepartner. Allerdings kommt es auch vor, dass konvertierte Christen von ihren Familien akzeptiert werden, wenn diese selbst Christen werden. Bei Christen mit einem hinduistischen oder buddhistischen Hintergrund kommt der Druck mehr von den Familien, da die Regierung nur mit der Abkehr vom Islam ein Problem hat.

- Alle Kinder, die öffentliche Kindergärten und Grundschulen besuchen, müssen am Islamunterricht teilnehmen. In staatlichen Schulen müssen nur muslimische Schüler die Islamkurse besuchen, allerdings zählen dazu auch Christen mit muslimischem Hintergrund. An den Universitäten gibt es das Pflichtfach „Islamische und asiatische Kultur“, das als Regierungsinstrument zur weiteren Islamisierung empfunden wird.
- Am 13. Februar 2017 wurde Pastor Raymond Koh am helllichten Tage von Unbekannten entführt. Laut Medienberichten könnte die Entführung mit Vorwürfen in Zusammenhang stehen, er sei aktiv an der Bekehrung von Muslimen beteiligt gewesen. Allerdings wurden diese Behauptungen bereits im Jahr 2011 untersucht und aufgrund mangelnder Beweise fallengelassen. Ein anderes Ehepaar, Pastor Joshua Hilmy und seine Frau Ruth, werden seit November 2016 ebenfalls vermisst. Am Ende des Berichtszeitraumes für den Weltverfolgungsindex 2018 ist ihr Verbleib noch immer unbekannt.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Wertung für Malaysia ist 5 Punkte höher als im Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 und spiegelt damit den Trend wider, der bereits im Verlauf der letzten Jahre beobachtet wurde. Der Druck auf Christen wuchs in allen Lebensbereichen, da die Regierung, politische Parteien und islamische Gruppen ihre Bemühungen verstärkt haben, die christliche Minderheit zu marginalisieren und die bestehende Kluft zwischen Ost- und Westmalaysia zu vertiefen. Das spurlose Verschwinden von drei christlichen Mitarbeitern, von denen einer am helllichten Tag entführt wurde, hat die Unsicherheit der Christen verstärkt und die Wertung für „Auftreten von Gewalt“ fast verdoppelt.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Malaysia gilt international immer noch als das beste Beispiel für ein liberales und tolerantes muslimisches Land. Allerdings beginnt dieses Image zu verblassen; im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 hat es weiter Schaden genommen. Das liegt unter anderem an den Bemühungen, das islamische Strafrecht der Scharia (Hudud) im Bundesstaat Kelantan einzuführen. Der Verfassung zufolge steht das Scharia-Recht nicht auf einer Stufe mit der Zivilgesetzgebung, aber in der Praxis ist diese Regelung außer Kraft gesetzt. Dies wird besonders bei Sorgerechtsstreitigkeiten sichtbar, in denen Zivilgerichte normalerweise den Müttern das Sorgerecht zusprechen. Deswegen konvertieren manche Väter zum Islam, da sie als Muslime vor einem Scharia-Gericht sicher sein können, dass das Sorgerecht ihnen gewährt wird. Die Polizei wird Urteile der Scharia-Gerichte eher umsetzen, da dies am wenigsten Unruhe verursacht. Das wirft die rechtliche Frage nach dem Gelten der Rechtsstaatlichkeit in Malaysia auf. Es gab jedoch einige Ansätze, diese Probleme zu lösen, indem ein Komitee damit beauftragt wurde, Lösungen zu erarbeiten. Im August 2017 entschied die Regierung, einen Artikel des neuen Ehe- und Scheidungsgesetzes zurückzuziehen, der die einseitige Konversion von Kindern untersagt hätte. Der gelöschte Artikel 88 (A) besagte, dass der Übertritt eines Kindes bilateral (d.h. von beiden Eltern genehmigt) sein und der Entscheidung des Kindes an seinem 18. Geburtstag überlassen sein soll, selbst wenn ein Elternteil zum Islam konvertiert.

Weiterhin Bestand hat das gegen eine katholische Zeitung verhängte Verbot, das allgemein gebräuchliche Wort „Allah“ für Gott in der malaiischen Sprache zu verwenden. Nach der Bestätigung des Urteils durch den obersten Gerichtshof im Januar 2015 kam es zu einer Reihe weiterer Gerichtsverfahren, unter anderem im Bundesstaat Sabah. Im Dezember 2015 hielt der Malakka Campus der Technischen Universität von Mara ein „Anti-Christianisierungs-Seminar“ nur für Muslime ab, was zu einem öffentlichen Aufschrei führte. Dass der islamische Extremismus und Konservatismus auf dem Vormarsch sind, zeigte sich erneut im Juni 2016, als bei einem vom sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) inspirierten Angriff in Selangor acht Menschen verletzt wurden. Während des Berichtszeitraums für den WVI 2018 wurden zwei Pastoren entführt, deren Verbleib noch immer unbekannt ist (siehe auch unter „Auftreten von Gewalt“).

Diktatorische Paranoia: Während „Diktatorische Paranoia“ in Malaysia derzeit keine aktive Triebkraft der Verfolgung ist, muss man sie dennoch im Blick behalten, um die Situation des Landes voll zu erfassen. Die herrschende Koalition, die „United Malays National Organisation“ (UMNO), regiert das Land seit seiner Unabhängigkeit 1957. Sie besteht aus einer muslimischen Partei und kleineren chinesischen und indischen Parteien und stand nie einer wirklichen Opposition gegenüber. Daher kann die Bedeutung der Wahlen von 2008 und 2013 nicht überschätzt werden: Zum ersten Mal erschien eine nennenswerte Opposition auf der Bildfläche, die jetzt sogar einige Bundesstaaten regiert. Dies führte zu panikartigen Reaktionen auf Seiten der Regierung: Sie betonte neu ihre Politik der bevorzugten Behandlung der malaiischen Bevölkerung, anstatt eine Politik der Gleichberechtigung zu betreiben. Die UMNO setzt mehr und mehr auf religiöse und ethnische Positionen, um an der Macht zu bleiben. Diese Strategie ist sehr riskant, in jedem Fall hat sie die Lage der christlichen Minderheit bereits massiv beeinflusst, da die UMNO möglicherweise einen Schulterschluss mit der extremistischen Parti Islam Se-Malaysia (PAS) in Erwägung zieht, die bis Mai 2017 in der Opposition war, diese jedoch verließ. Die Wahlen, die spätestens im Sommer 2018 stattfinden müssen, werden weiter dazu beitragen, diese Triebkraft zu intensivieren.

Verfolger

Die Verfassung untersagt Malaien, zu anderen Religionen zu konvertieren und schränkt die Verbreitung nicht-muslimischer Religionen ein. Daher sind Regierungsbeamte bemüht, den islamischen Einfluss auf die Gesellschaft zu erhalten oder zu verstärken, zum Nachteil der nichtmuslimischen Minderheiten. Mehrere islamische Nichtregierungsorganisationen sehen sich selbst als „Verfechter des Islam“ und können mit der Unterstützung der Regierung rechnen. Immer wieder zielen ihre Handlungen und Aussagen darauf ab, ethnisch motivierte Unruhen anzustacheln und aus religiösen Gründen zu diskriminieren. Politische Parteien wie die regierende UMNO und die oppositionelle PAS unterstützen und beschützen den Islam. Die Einführung der Scharia (Hudud) im Bundesstaat Kelantan war beispielsweise ein Vorschlag der PAS. Der Anführer der PAS, Hadi Awang, wurde im Januar 2016 damit zitiert, dass Christen Muslime mit Geld zum Übertritt beeinflussen würden. Auf diese Art wird Unmut und Hass auf Christen gesät. Die UMNO und die PAS benutzen Religion, um die Unterstützung der Malaien zu gewinnen. Für Christen mit einem muslimischen Hintergrund sind die Familienangehörigen die stärksten Verfolger.

Hintergrund

Die malaysische Gesellschaft teilt sich mehr und mehr in die malaiische Mehrheit, die weiterhin klar von der Regierung bevorzugt wird, und die chinesischen und indischen Minderheiten sowie die einheimische Stammesbevölkerung, die hauptsächlich im östlichen Teil Malaysias lebt. Die letztgenannten werden allesamt diskriminiert. In der Tat ist Rassismus eine alltägliche Erfahrung für die ethnische Minderheiten in Malaysia. In den letzten Jahren hat die Regierung zunehmend die heiklen Themen Rasse und Religion genutzt, um ihre Macht zu festigen und sich die Unterstützung der ethnischen malaiischen Mehrheit zu sichern, die ca. 60 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Kritik aus der Opposition wurde (fälschlicherweise) als Bedrohung der malaiischen Überlegenheit dargestellt oder sogar als Verschwörung, die den Islam aus Malaysia verdrängen will. Christen sind von diesen Spannungen besonders betroffen, da die meisten Christen entweder ethnische Stammesangehörige sind oder einen chinesischen oder indischen Hintergrund haben.

Pastor Raymond Koh wurde am 13. Februar 2017 am helllichten Tage entführt, als sein Auto in Petaling Jaya von drei schwarzen SUVs gestoppt und er zu einem unbekannten Ort gebracht wurde. Dieser Vorfall schockierte die ganze christliche und Minderheitengemeinschaft, besonders nachdem bekannt wurde, dass ein weiteres Pastorenehepaar, Joshua und Ruth Hilmy, bereits im November 2016 verschwunden war. Die fehlenden Fortschritte der Polizei bei der Aufklärung von Pastor Kohs Entführung und das größere Interesse an den ihm vorgeworfenen missionarischen Aktivitäten haben für viele Christen den Feierlichkeiten zur 60-jährigen Unabhängigkeit im Jahr 2017 einen bitteren Beigeschmack verliehen. Doch nicht nur Christen sind Ziel solcher Entführungen – auch ein schiitischer Aktivist wurde entführt.

Derzeit scheint die herrschende UMNO ihre Macht gefestigt zu haben – so nannte eine Zeitung Premierminister Najib Tun Razak „den Unsinkbaren“, doch der Ausgang der Wahlen 2018 ist völlig offen. Die Opposition bleibt gespalten und trotz aller Anstrengungen bis hin zur Gründung einer neuen Partei als Abspaltung von der UMNO, konnte sie nicht von den Schwächen der Regierung profitieren. Allerdings lässt die Versöhnung des ehemaligen Premierministers Mahathir bin Mohamad (der 92-Jährige wird Dr. M genannt) mit dem ehemaligen stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim (der zur Zeit im Gefängnis ist) die oppositionellen Kräfte neue Hoffnung schöpfen.

Der große Skandal um einen Entwicklungsfonds mit dem Namen „1MDB“ überschattet immer noch die Politik, besonders da internationale Ermittlungen in der Schweiz und in den USA weitergehen, aber bisher hat das die Mitglieder der UMNO nur darin bestärkt, entschieden zusammenzuhalten.

Malaysia betreibt eine Förderpolitik, bei der „Bumiputra“ (die „Söhne des Bodens“), bestehend aus Malaien und Stammesangehörigen, in den Bereichen Wohnungsbau, Schulen sowie anderen Regierungsvorhaben bevorzugt werden. Rein theoretisch sollten (christliche) Stammesangehörige in Ost-Malaysia ebenfalls von dieser Politik profitieren, allerdings ist das in der Realität selten der Fall. Ein Christ bringt es folgendermaßen auf den Punkt: „Wir sind die Bumi (=der Boden), sie sind die Putra (=Söhne/Prinzen).“

Im Sommer 2017 wurde eine weitere Untersuchung gegen die Federal Land Development Authority (FELDA) – eine der weltweit größten Palmölfirmen, größtenteils in malaiischem Staatsbesitz – eingeleitet, die die Regierung erneut unter Druck setzte. Sollte sich die Regierung zu sehr in die Ecke gedrängt fühlen, wird sie nicht zögern, die ethnischen und religiösen Minderheiten, also auch die Christen, zu beschuldigen.

Auch die muslimische Minderheit der Schiiten wird in Malaysia schwer verfolgt, wie die Entführung einer ihrer Aktivisten zeigt. Hindus, Anhänger traditioneller chinesischer Religionen und Buddhisten sind ebenfalls von der Vorzugsbehandlung der ethnischen Malaien ausgeschlossen.

Betroffene Kategorien von Christen

Um das Christentum in Malaysia besser zu verstehen, ist eine weitere Erläuterung notwendig. In Malaysia ist es hilfreich, Unterscheidungen anhand von geographischer Lage und Herkunft zu treffen. Die Mehrheit der Christen stammt aus einem „Bumiputra"-Hintergrund, wörtlich übersetzt sind sie die „Söhne des Bodens". Das bedeutet, dass sie zum Land bzw. zur ethnischen Stammesbevölkerung gehören. Aus Sicht der Regierung haben sie damit Anspruch auf Förderungen wie subventionierte Häuser, Stipendien usw., aber in der Praxis gilt das nur, wenn die Bumiputra keine Christen sind. Werden sie Christen, führt dies schnell zu einer Einschränkung ihrer Privilegien. Nicht-Bumiputra-Christen gehören meist den chinesischen und indischen Minderheiten an und gliedern sich in eine Fülle von unterschiedlichen Denominationen, deren Größe von kleinen Hausgemeinden bis zu Mega-Gemeinden reicht. Auch die geographische Lage spielt eine wichtige Rolle. Die meisten Bumiputra-Christen leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak, in letzterem sind die Mehrheit immer noch Christen. Diese Bundesstaaten bilden Ost-Malaysia und liegen auf der Insel Borneo (die teils zu Brunei und Indonesien gehört). Die Situation wird dadurch noch kompliziert, dass viele Bumiputra aus Bildungs- und wirtschaftlichen Gründen nach West-Malaysia umsiedeln. Malaiische Christen muslimischer Herkunft vervollständigen das Bild der malaysischen Kirche. Diese Konvertiten sind einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt, da ihre Entscheidung zum Glaubenswechsel als Verrat an ihrer Volksgruppe und ihrer Nation gesehen wird.

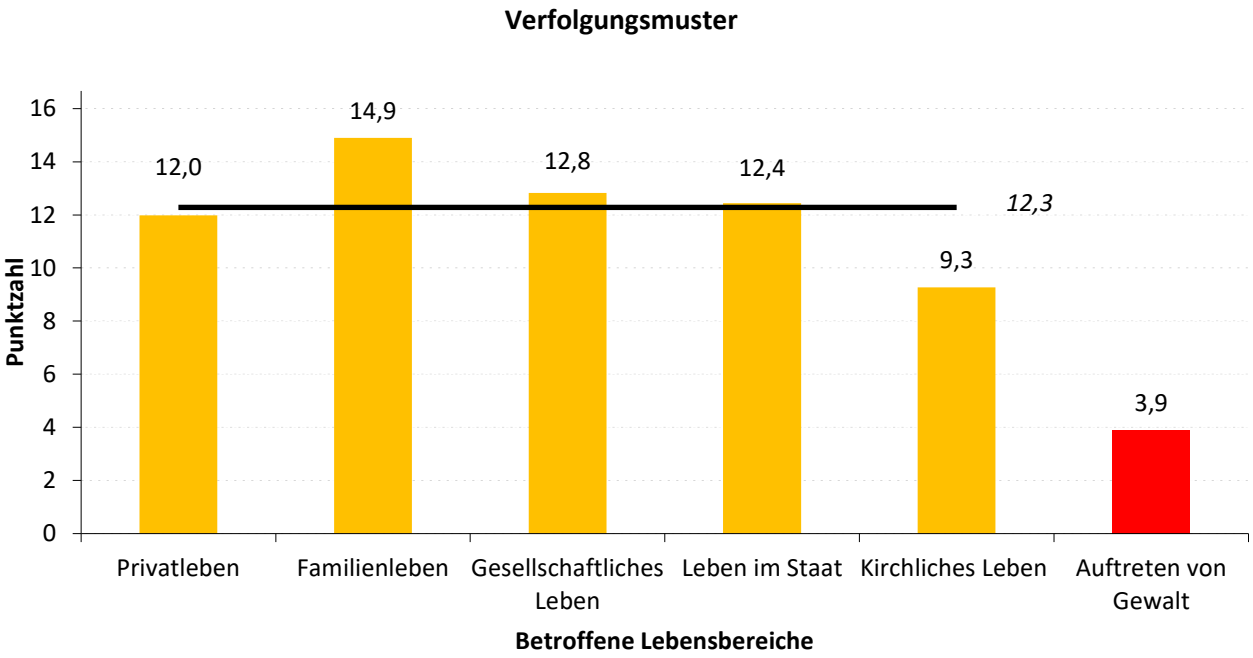
Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Es gibt viele Nationalitäten, die ihre eigenen, unabhängigen christlichen Gemeinschaften haben. Hin und wieder haben sie Probleme, als legale Gruppierung anerkannt zu werden; im Allgemeinen können sie ihren Glauben aber frei leben, solange dies innerhalb ihrer Privat- bzw. Versammlungsräume geschieht. Nepalesische und vietnamesische Christen treten meist den traditionellen christlichen Kirchen bei.

Christen aus traditionellen Kirchen: Beispiele sind die Römisch-Katholische Kirche, die Anglikanische Kirche, die Methodistische Kirche sowie Lutherische oder Protestantische Kirchen in Sabah. Sie sind weniger von Verfolgung betroffen als Christen aus protestantischen Freikirchen oder Gemeinden von Konvertiten, aber sie leiden unter Benachteiligung.

Christen muslimischer Herkunft: Die Christen muslimischer Herkunft erleiden die stärkste Verfolgung, meist bedingt durch die Familie, Freunde, Nachbarn und die Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen (wie evangelikale, baptistische und Pfingstgemeinden): Beispiele sind die „Assemblies of God", die Heilsarmee, Sabah Injil Borneo und andere. Sie sind häufig Überwachung, Diskriminierung, Einschüchterungen und Belästigungen ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Malaysia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen bleibt auf einem sehr hohen Niveau und stieg im Berichtszeitraum des WVI 2018 von 11,7 (WVI 2017) auf 12,3.
- In den Bereichen „Familienleben“, „Leben im Staat“ und „Gesellschaftliches Leben“ werden Christen am intensivsten bedrängt. Während der Druck im Bereich „Leben im Staat“ typisch ist für Länder, in denen Diktatorische Paranoia großen Einfluss hat, resultiert der Druck im Familienleben, im gesellschaftlichen Leben und im Privatleben hauptsächlich aus dem Glaubenswechsel, den christliche Konvertiten aus dem Islam oder anderen Religionen vollzogen haben, und wird durch die Islamisierungspolitik der Regierung verstärkt. Die herrschende Islamische Unterdrückung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Dies wird zusätzlich durch die Regierung verstärkt, die sich immer stärker einer konservativen Form des Islam zuwendet, um an der Macht zu bleiben. Gleichzeitig will sie sich dadurch die Unterstützung der ethnischen Malaien sichern, wie der Plan der Einführung der Scharia zeigt.
- Die Punktwertung für „Auftreten von Gewalt“ hat sich fast verdoppelt und ist von 2,0 (WVI 2017) auf 3,9 im aktuellen Berichtszeitraum gestiegen. Dies ist auf die berichteten Entführungen zurückzuführen. Da die Verfolgung bisher selten gewalttätig war, haben diese Vorfälle die christliche Gemeinschaft umso stärker betroffen.

Privatleben: Laut Gesetz ist es malaiischen Muslimen in allen Bundesstaaten außer Sarawak verboten, den Islam zu verlassen. Die PAS fordert sogar die Todesstrafe für ein solches „Vergehen". Konvertiten malaiischer Abstammung können sich nicht an öffentlichen Aktivitäten von Kirchengemeinden beteiligen. Andernfalls gehen sie und die Kirchengemeinde, die sie aufgenommen hat, ein hohes Risiko ein. Im Fall einer Entdeckung durch die Behörden drohen beiden schwere Konsequenzen. Daher versammeln sich Christen muslimischer Herkunft für alle christlichen Treffen heimlich in Privathäusern, verborgen vor den neugierigen Augen der Regierung, der Gesellschaft und der registrierten Kirchen. Diese Christen müssen sorgfältig darauf achten, wie sie ihren Glauben leben, besonders wenn sie in ihrer Familie die einzigen Christen sind. Eine Bibel und andere christliche Literatur muss gut versteckt werden und kann nur mit großer Vorsicht gelesen werden, da streng muslimische Familien dies nicht dulden. Wenn ein Christ, der sich vom Islam abgewandt hat, seinen neuen Glauben gegenüber seiner Familie bekennt, riskiert er drastische Strafen. Üblich ist eine Form von Hausarrest; zudem besteht die Möglichkeit, dass er in ein islamisches „Reinigungszentrum" geschickt wird, wo er gezwungen werden soll, wieder zum Islam zurückzukehren. Christen mit muslimischem Hintergrund können von einem Tag auf den anderen verschwinden, ohne dass irgendjemand über ihren Aufenthaltsort informiert ist.

Familienleben: Jeder Malaie hat einen Personalausweis, auf dem seine Religionszugehörigkeit durch die staatliche Meldebehörde festgehalten wird. Wenn ein Ehepaar, in dem einer der Partner Muslim ist (entweder durch Geburt oder Konversion), ein Kind bekommt, wird dieses Kind laut Gesetz automatisch als Muslim registriert. In Sabah war dies unter einheimischen Christen oft der Fall. Da Bumiputras oft das Wort „bin" oder „binti" in ihrem Namen haben, gehen die Behörden davon aus, dass sie Muslime sind und tragen „Islam" in ihren Personalausweis (MyKad) ein. Das ist eines der Hauptprobleme der Bumiputra-Christen; doch einige versuchen nicht, sich dagegen zu wehren, da es ein langwieriger und mühsamer Prozess ist, bei dem es bisher wenige Erfolge zu verzeichnen gab.

Etwas Hoffnung für Betroffene brachte der Fall von Rebit Rooney, den das höchste Gericht von Sarawak im März 2016 positiv entschied. Allerdings muss angemerkt werden, dass nach Einschätzung einiger Beobachter solch ein Fall in West-Malaysia anders ausgegangen wäre. Malaysia ist zudem weltweit das einzige Land, in dem ein Religionswechsel angeblich ebenfalls die Volkszugehörigkeit ändert. Nach bestätigten Berichten traten Kinder von zum christlichen Glauben konvertierten Stammeszugehörigen plötzlich als muslimische Malaien auf, obwohl sie zur Volksgruppe der Iban gehörten. Auf Nachfrage antworteten sie: „Unsere (muslimischen) Lehrer haben uns das gesagt!"

Die Meldebehörde stellt außerdem Sterbeurkunden aus. Wenn die verstorbene Person als Muslim registriert war, wird die Islambehörde informiert. Da Muslime nach islamischem Ritus beerdigt werden müssen, ist die Islambehörde befugt, einer nichtmuslimischen Familie den Leichnam wegzunehmen, um eine „angemessene" Beerdigung des Verstorbenen zu gewährleisten. Verheiratete Christen muslimischer Herkunft können zudem zur Scheidung gezwungen werden, und sie verlieren ihre Erbrechte, wenn sie entdeckt werden. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder eine Beerdigung zu organisieren, kann schwierig oder sogar unmöglich werden. Konvertiten können isoliert und von ihren Familien verstoßen oder sogar in islamische „Reinigungslager" (gemeint sind Umerziehungslager) geschickt werden. Kinder von Konvertiten müssen den Islamunterricht in der Schule besuchen und einigen Berichten zufolge werden christliche Kinder dort unter Druck gesetzt zu konvertieren.

Einige Christen aus den einheimischen Stämmen, besonders in Sabah, werden durch Tricks zu Muslimen gemacht. Um finanzielle Hilfen der Regierung zu erhalten, gaben einige ihre Personalausweise ab und unterzeichneten ein Formular, das sich später als Absichtserklärung entpuppte, zum Islam zu konvertieren. Bei der Rückgabe ihrer Ausweise, bemerkten sie den neuen Eintrag „Islam" bei der Religionszugehörigkeit. Als sie dies ändern lassen wollten, wurde ihnen von der staatlichen Meldebehörde mitgeteilt, dass ihre Religionszugehörigkeit nur mit Zustimmung der Scharia-Gerichte geändert werden könne –ein absolut undenkbarer Vorgang.

Gesellschaftliches Leben: Christen werden sowohl von staatlichen Behörden als auch von lokalen muslimischen Gruppierungen und malaiischen Gruppen überwacht, die für die Rechte des Islam eintreten (z.B. Perkasa und ISMA). Es gibt einen wachsenden Druck durch die Regierung, sich im Einklang mit islamischen Vorschriften zu kleiden. In entlegenen Gebieten in Sabah und Sarawak haben malaiische Gemeinschaften Zugang zu Wasser und Elektrizität, aber einigen als christlich bekannten Gemeinschaften wird dieser Zugang verweigert. Um für höhere Bildung und Stipendien zugelassen zu werden, müssen Christen weitaus höhere Hürden meistern als Muslime, bedingt durch die Förderungspolitik der Regierung für Malaien. Ein weiterer Teil dieser Politik gewährt ethnischen Malaien einen zehnprozentigen Preisnachlass beim Grundstückskauf, während andere den vollen Preis zahlen müssen. Für chinesische und indische Christen ist dies eine Form der Dschizya (Extrasteuer für Nicht-Muslime, die unter islamischer Herrschaft leben), da sie keinen Anspruch auf diese Vergünstigung haben. Muslime sind von bestimmten Steuern ausgenommen, da sie Zakat (für Muslime vorgeschriebene Almosenspende) bezahlen; zudem profitieren sie von einer verringerten Einkommenssteuer, während alle anderen die volle Einkommenssteuer bezahlen müssen.

In einer seiner Reden im Jahr 2017 versprach der malaiische Premierminister, dass die Vorzugsbehandlung der Malaien weiter ausgebaut würde, wenn seine Partei (UMNO) an der Macht bliebe und nannte als Beispiel, dass die Hälfte der Verkaufsflächen in den neu gebauten Nahverkehrsbahnhöfen für Malaien reserviert werde. Selbstständige Unternehmen (wie die von chinesischen Christen) müssen laut Gesetz einen Bumiputra-Partner vorweisen können, um einen Auftrag der Regierung zu bekommen. Um dies zu umgehen, haben einige Unternehmen einen Bumiputra-Partner nur auf dem Papier. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihrer Familie, Freunden und Nachbarn massiv unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Auch im geschäftlichen Leben erfahren Christen Diskriminierung und haben keine Aussicht auf höhere Positionen im Regierungsdienst.

Leben im Staat: Die Verfassung definiert ethnische Malaien als Muslime. Daher wird Malaien das Recht verwehrt, den Islam zu verlassen und eine andere Religion anzunehmen. Außerdem verbietet die Verfassung Angehörigen anderer Religionen, ihren Glauben unter malaiischen Muslimen zu verbreiten. Muslimen dagegen ist es erlaubt, den Islam überall im Land zu verbreiten. Das Scharia-Recht hat ebenso Gültigkeit wie das Zivilrecht; darüber hinaus ist das Parlament noch zu keiner Entscheidung über den sogenannten „Hudud-Erlass" gekommen, der die Einführung des islamischen Strafrechts im Bundesstaat Kelantan vorsieht. Auf Webseiten von Islamrechtsgruppen und Medien in Regierungsbesitz werden Christen regelmäßig verleumdet. So sind z.B. Gerüchte verbreitet worden, dass Christen und Juden „Malaysia übernehmen" wollen. Dies geschah auch in einem Seminar, das auf dem Malakka Campus der Technischen Universität Mara gehalten wurde. Das Thema dort lautete, bezogen auf Malaysia: „Die Gefahr der Christianisierung". „Christlichen Missionaren" wird vorgeworfen, soziale Unruhen anzustacheln.

Die bekannte christliche Politikerin Hannah Yeoh wurde etwa öffentlich beschuldigt, durch ihre Autobiographie „Becoming Hannah“ bekehren zu wollen; sie erzählt darin allerdings einfach nur ihre Lebensgeschichte.

Die strengen Gesetze des Landes zur Volksverhetzung sind häufig von internationalen Beobachtern verurteilt worden. Allerdings ist es in zahlreichen Fällen, bei denen Hass gegen Christen gesät und rassenbezogene wie auch religiöse Vorurteile gegen Christen verbreitet wurden, nie zu einer entsprechenden Anklage gekommen. Jeder Akt, jede Rede oder Publikation, die als Diskreditierung der Regierung oder der neun angesehenen Sultane Malaysias aufgefasst wird, sind gesetzlich verboten. Gleiches gilt für das Säen von Hass zwischen Rassen und Religionen – doch die Anwendung der Gesetze geschieht nur sehr einseitig. Die herausgehobene Position der malaiischen Mehrheit und der Einwohner von Sabah und Sarawak in Frage zu stellen, gilt ebenfalls als Volksverhetzung. Auch Regierungskritiker wurden wegen Volksverhetzung angeklagt. Einheimische sehen sich unterdessen aggressiven Versuchen ausgesetzt, sie zum Übertritt zum Islam zu bewegen. Davon sind besonders diejenigen betroffen, die in den Westen umgesiedelt sind; hier ist es leicht, ihre soziale Isolation und wirtschaftlich schwache Stellung auszunutzen. Auf lange Sicht könnte dadurch die christliche Bevölkerung schrumpfen, besonders in Ost-Malaysia.

Kirchliches Leben: Die meisten protestantischen Freikirchen sind nicht als Kirchen registriert, sondern arbeiten als Organisationen oder als Gemeindezentren. Dazu kaufen sie oft Geschäftsräume oder Fabrikgrundstücke, um von dort aus zu arbeiten. Während die meisten Gemeinden überwacht werden, erleben sie keine Beschränkungen ihrer Gottesdienste. Allerdings ist es unmöglich, malaiische Konvertiten offen zu integrieren. Jeder Druck von christlichem Material erfordert eine Zustimmung der Regierung. Der Import von Literatur in malaiischer Sprache ist generell eingeschränkt, dies betrifft besonders die Einfuhr von Bibeln und christlichen Büchern aus Indonesien, von wo die meiste Literatur stammt. Die Regierung hat 2015 eine Dienstanweisung erlassen, nach der alle importierten christlichen Publikationen (die malaiische Bibel eingeschlossen) durch die Koranabteilung des Heimatministeriums überprüft werden müssen. Trotz Einwänden von Kirchenleitern fuhr die Regierung mit der Umsetzung dieser Anweisung fort. Außerdem ist der Gebrauch des Wortes „Allah“ für Gott den Christen praktisch verboten, nachdem das oberste malaysische Gericht im Jahr 2015 ein entsprechendes Urteil gegen eine katholische Zeitung bestätigte. Das geschah ungeachtet der Tatsache, dass dieser Begriff über Hunderte von Jahren in Bibeln und anderen christlichen Publikationen verwendet wurde – und in der indonesischen Bibel weiterhin verwendet wird, die viele malaysische Christen nutzen. Der Vorschlag (der im Laufe des Falls Jill Ireland im November 2017 gemacht wurde), beim nationalen (islamischen) Sprachinstitut eine neue Bibelübersetzung ohne das Wort „Allah“ zu erstellen, verärgerte die christliche Gemeinschaft. Er zeigt außerdem die Einstellung der islamischen Behörden, die eine Übersetzung der Bibel von staatlicher Seite vorschlagen – anstatt durch die Christen selbst.

Auftreten von Gewalt: Seit dem 30. November 2016 werden Pastor Joshua Hilmy und seine Frau Ruth vermisst, als sie von ihrem Zuhause in Selangor verschwanden. Am 13. Februar 2017 wurde Pastor Raymond Koh von einer Gruppe unbekannter Männer entführt, als er auf einer vielbefahrenen Straße in Petaling Jaya unterwegs war. Diese Entführung fand am helllichten Tage statt und wurde von Überwachungskameras aufgezeichnet. Seine Aufenthaltsort ist weiterhin unbekannt und es wird spekuliert, dass die Regierung daran beteiligt war.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die andauernde Diskussion um die Einführung der Scharia im Bundesstaat Kelantan offenbart die Richtung, die die Regierungspartei UMNO einschlägt. Sie umwirbt konservative Muslime, indem sie sich der konservativ-muslimischen früheren Oppositionspartei PAS annähert und gleichzeitig die ethnische und religiöse Spaltung im Land vertieft und ausnutzt. Die Jugendgruppierung der PAS forderte wiederholt ein Verbot von christlichen Evangelisationen und fügte hinzu, dass die Gesetze derzeit „den Islam unzureichend schützen". Ein Beobachter bezeichnete Malaysia nicht als ein ganzes Land, sondern vielmehr als die „Summe unterschiedlicher ethnischer Teile". Nichtsdestotrotz scheint die Regierung entschlossen, diese Spaltung zu vertiefen.

Der Anführer des malaiischen Zweigs des Islamischen Staates (IS) in Syrien wurde im April 2017 bei einem Drohnenangriff getötet, was die Rekrutierungsbemühungen des IS bremst. Im Juni 2016 verübte er seinen ersten Anschlag, bei dem eine Handgranate in einem Café in Selangor explodierte und acht Menschen verletzte. Allerdings gibt es Dutzende und vielleicht Hunderte weitere Verdächtige, die mit dem IS in Verbindung gebracht werden. Als IS-nahe Gruppierungen auf den benachbarten Philippinen im Mai 2017 die Stadt Marawi einnahmen, sandte dies Schockwellen durch die Region, und alle Sicherheitsmaßnahmen wurden erhöht. Obwohl Malaysia einwilligte, zusammen mit Indonesien und den Philippinen gemeinsame See-Patrouillen gegen Aktivitäten von Islamisten zu entsenden, und die Polizei Unterstützer des IS verhaftete, wächst die Gefahr. Folglich wird die Situation in Malaysia unberechenbar bleiben, da die Haupttriebkraft der Verfolgung, die Islamische Unterdrückung, weiter aktiv bleibt. Dies wird künftig zu mehr Herausforderungen und Bedrohungen für die christliche Minderheit führen.

Ermutigend ist, dass der Sultan von Johor einen amtlichen Kommentar abgab, in dem er die Einführung einer ‚Nur für Muslime'-Politik in einem Waschsalon verurteilte: „Dies ist kein Talibanstaat und als Oberhaupt des Islam in Johor beurteile ich dieses Vorgehen als absolut inakzeptabel, da es extremistischer Natur ist." Des Weiteren bestätigte er, dass Johor „allen Rassen und Religionen gehört". Die Bundesregierung scheint jedoch einen anderen Weg einzuschlagen, da Malaysia dem extremistisch-muslimischen Prediger Zakir Naik Asyl gewährte, dem die Inspiration für den Bombenanschlag 2016 in Dhaka/Bangladesch nachgesagt wird. Dies geschah anscheinend im Hinblick auf die Wahlen, die Mitte 2018 anstehen, angesichts derer die Regierungsparteien die konservativen Muslime umwerben. Dies könnte Anzeichen für zunehmende Bemühungen um eine weitere Islamisierung des Landes sein.

Mit der Rückkehr extremistischer islamischer Gelehrter aus Ägypten und Saudi-Arabien verschiebt sich die Politik zu einem strengeren und politischer praktizierten Islam. Viele dieser malaiischen Gelehrten traten der Regierung als Mitglieder der Abteilung für die Förderung des Islam in Malaysia (JAKIM) bei, um in Moscheen zu predigen und den Islam zu verbreiten. Die Islamisierung von einheimischen Christen in Sabah und Sarawak (in Ostmalaysia) schreitet schnell voran, wobei die Christen in Sarawak im Vergleich zu Westmalaysia noch immer ein größeres Maß an Religionsfreiheit genießen (Sarawak ist der einzige Bundesstaat, in dem der Islam nicht Staatsreligion ist). Wächst der muslimische Bevölkerungsanteil allerdings, werden mit Sicherheit zunehmend islamische Gesetze in Kraft treten.

zurück zur Länderübersicht

Myanmar: Platz 24

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Buddhistische geistliche Leiter (Mönche) bringen vorwiegend buddhistische Ortschaften gegen Christen auf und stellen sich so an die Spitze der Verfolgung. Die extremistischen buddhistischen Bewegungen Ma Ba Tha und 969 (eine Abgrenzung ist schwer vorzunehmen) versuchen weiterhin, den Buddhismus als nationale Religion Myanmars zu „schützen“. Das jüngste Verbot dieser Bewegungen ändert daran nichts, da sie andere Wege finden, ihren Einfluss geltend zu machen. Familien, die stark im Buddhismus, Islam oder Stammesdenken verankert sind, verfolgen Familienmitglieder, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, da eine Abkehr von der traditionellen Religion als Verrat an Familie und Gemeinschaft gesehen wird. Lokale Regierungsbeamte sind oftmals parteiisch und auf der Seite buddhistischer Geistlicher, besonders in ländlichen Gebieten. Minderheiten wie Christen, die häufig sowohl zu einer religiösen als auch ethnischen Minderheit gehören, werden so benachteiligt und haben keine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu bekommen. Diese Christen leiden zusätzlich unter dem langwierigen und beinahe vergessenen Krieg, den die birmanische Armee gegen Aufständische führt.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: In überwiegend von Christen bewohnten Staaten wie Kachin-Staat, Karen-Staat oder im Norden des Shan-Staats werden selbst etablierte, traditionelle Kirchen angegriffen. Mehr als 100.000 Christen leben in Flüchtlingslagern im Land und werden vom Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung ausgeschlossen. In einigen Fällen dringen buddhistische Mönche in den Besitz von Kirchen ein und bauen buddhistische Schreine auf dem Anwesen der Kirche. Christliche Konvertiten erfahren Verfolgung von ihrer buddhistischen, muslimischen oder Stammesfamilie und Gemeinschaft, weil sie ihren Glauben verlassen und sich damit selbst aus dem gemeinschaftlichen Leben ausgeschlossen haben. Gemeinschaften, die rein buddhistisch bleiben wollen, machen das Leben für christliche Familien unmöglich, indem sie ihnen nicht erlauben, die Wasserquellen der Gemeinschaft zu nutzen. Protestantische Freikirchen erleben ebenfalls Gegenwind, besonders, wenn sie sich in ländlichen Gebieten befinden und/oder dafür bekannt sind, das Evangelium aktiv zu verbreiten.

Beispiele:

- In den meisten Schulen Myanmars müssen alle Schüler vor dem Unterrichtsbeginn einen Teil der buddhistischen Lehre oder ein Gebet aufsagen, auch wenn sie keine Buddhisten sind.
- Christliche Konvertiten werden auf verschiedene Weise diskriminiert. In einem Fall, der Open Doors berichtet wurde, verweigerte ein Lehrer einer christlichen Schülerin eine Liste mit Fragen, die er den anderen Schülern ausgehändigt hatte, um sich auf eine Arbeit vorzubereiten. In einem anderen Fall verteilte eine Familie das verdiente Geld von dem Verkauf eines Stück Lands an alle Geschwister bis auf denjenigen, der Christ geworden war.
- Am 25. Mai 2017 wurden drei Christen, die im Kachin-Staat Feuerholz sammelten, vom Militär angehalten und festgenommen. Ihre Leichen wurden am 28. Mai gefunden und ist anzunehmen, dass sie von der Armee gefoltert und getötet wurden.

- Die birmanische Armee zerstörte eine katholische Kirche in Mung Koe im Shan-Staat am 3. Dezember 2016, bei einem Angriff auf eine Miliz einer ethnischen Minderheit.
- Langjaw Gam Seng und Dumdaw Nawng Lat, zwei Baptisten, wurden von der Armee im Januar 2017 verhaftet, als sie einem Journalisten eine zerbombte katholische Kirche zeigten. Sie wurden am 29. Oktober 2017 zu jeweils über vier und zwei Jahren Haft verurteilt.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl Myanmars auf dem Weltverfolgungsindex 2018 ist im Vergleich zum vergangenen Jahr um 3 Punkte gestiegen. Der Druck auf Christen hat sich in allen untersuchten Lebensbereichen verstärkt, am eindeutigsten jedoch in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“. Dies ist ein Hinweis auf den steigenden Druck, den Christen buddhistischer oder muslimischer Herkunft von ihren Familien erfahren, wenn bekannt wird, dass sie sich dem christlichen Glauben zugewendet haben. Der Wert für Gewalt ist gesunken. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Lage verbessert hat; es zeigt vielmehr, wie schwierig es ist, Berichte aus den vom Krieg zerrissenen Gebieten der christlichen Minderheit zu erhalten, wie auch andere internationale Organisationen bestätigen (siehe Abschnitt „Hintergrund“).

Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Der Buddhismus ist eng mit der nationalen Identität Myanmars verknüpft und es gibt buddhistische Kommunen, die rein buddhistisch bleiben wollen. Diese Haltung wird im Allgemeinen von extremistischen Buddhisten aufrechterhalten und von der Regierung toleriert – und in gewissem Maß sogar unterstützt. Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar (ca. 60%) ist ethnisch gesehen birmanisch, auch „bama“ genannt. Bama sein, heißt buddhistisch sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als potentiell gefährlich eingestuft. Druck auf Christen kommt von zwei Seiten: Die eine ist die Gesellschaft, einschließlich der vormals als „969“, jetzt als „Ma Ba Tha“ bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche. Auch wenn die Bewegung im Mai 2017 offiziell verboten wurde, wird dies an der Realität nicht viel ändern (siehe dazu auch Abschnitt „Hintergrund“). Die andere Seite stellt die Regierung dar, die mit allen Mitteln versucht, Friedensabkommen mit einer Vielzahl von ethnischen Gruppen abzuschließen, von denen viele auch Christen sind. Die Einführung der Gesetze „zum Schutz von Rasse und Religion“ sind ein Zeichen für den weiterhin starken Einfluss extremistisch-buddhistischer Gruppierungen (siehe Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt“). Das jüngste Aufkommen der „Arakan Rohingya Salvation Army“ (ARSA) und ihre gewalttätigen Angriffe im August 2017 werden den „Religiös motivierten Nationalismus“ weiter anheizen (siehe auch Abschnitt „Hintergrund“).

Diktatorische Paranoia: Myanmar blickt auf eine lange Geschichte von Militärregierungen zurück. Während die neugewählte Regierung nicht als paranoid bezeichnet werden kann, ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen nicht die Regierung von „Diktatorischer Paranoia“ betroffen ist, sondern das Militär. Gemäß der Verfassung des Landes, die von der „Tatmadaw“, der burmesischen Armee, 2008 geschrieben wurde, werden ein Viertel der Sitze im Parlament von Armeeangehörigen besetzt und dazu auch die wichtigsten Regierungsstellen. Dazu gehören das Verteidigungsministerium, aber auch das Innenministerium und das Ministerium für Grenzangelegenheiten.

Die Tatsache, dass die Armee trotz aller Hoffnungen hinsichtlich Demokratie und Teilnahme von Minderheiten an den Wahlen ihren Kampf gegen die ethnischen Minderheiten, zu denen auch Christen gehören, fortgesetzt und sogar intensiviert hat – selbst während aller Treffen der Friedenskonferenz – verdeutlicht, wo die wahre Macht in Myanmar liegt.

Das Militär wird alles tun, um die Macht zu behalten, und sich dabei – falls notwendig – auch auf den buddhistischen Nationalismus oder das ethnische Erbe berufen. Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte Na-Ta-La-Schulen (Schulen in Grenzgebieten zur Entwicklung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da sie keine Gebühren erheben. Diese Schulen werden genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Das Militär setzt seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, indem Jugendliche aus diesen Minderheiten drogenabhängig gemacht werden. Diese Praxis betrifft auch die Christen in Kachin. Weite Teile der Region Kachin gehören zu einem der zwei größten Anbaugebiete für Opium in Asien (zusammen mit Regionen in Vietnam, Laos und Thailand). Dieses Gebiet ist weithin bekannt als das „Goldene Dreieck“. Weite Teile des Landes sind in der Hand des Militärs. Da viele Rohstoffe wie Erz, Jade und Edelholz in den hauptsächlich von Christen bewohnten Territorien wie im Shan-Staat oder bei den Chin und Kachin vorkommen, erleben die Christen dort einen großen Druck vonseiten des Militärs. Sie werden schikaniert, attackiert und als Träger missbraucht – nicht nur aus ökonomischen Interessen. Unternehmen werden oftmals vom Militär oder von hochrangigen Politikern geleitet; die Vetternwirtschaft boomt. Es gibt kein Interesse daran, die Reichtümer des Landes mit der Bevölkerung zu teilen. Der gerade begonnene Aufstand der muslimischen Minderheit wird die Macht des Militärs nur ausweiten.

Konfessioneller Protektionismus: Traditionelle Kirchen haben Angst, dass sich ihre Mitglieder anderen Kirchen anschließen könnten, und verbieten ihnen, an Aktivitäten neuer christlicher Gemeinden teilzunehmen.

Verfolger

Leitende buddhistische Mönche bringen vorwiegend buddhistische Gemeinschaften gegen Christen auf und setzen sich so an die Spitze der Verfolgung. Die extremistische buddhistische Bewegung hinter den Gruppen Ma Ba Tha / 969 versucht weiterhin, den Buddhismus als nationale Religion Myanmars zu „schützen“. Das jüngste Verbot der Ma Ba Tha ändert daran nichts, da die Gruppe andere Wege findet, ihren Einfluss geltend zu machen. Familien, die stark im Buddhismus, Islam oder animistischen Stammesdenken verankert sind, verfolgen aktiv Familienmitglieder, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, da eine Abkehr von der traditionellen Religion als Verrat gesehen wird. Lokale Regierungsbeamte sind oftmals parteiisch und auf der Seite buddhistischer Geistlicher, besonders in ländlichen Gebieten. Minderheiten wie Christen, die häufig sowohl zu einer religiösen als auch ethnischen Minderheit gehören, werden so benachteiligt und haben keine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu bekommen. Die Armee kämpft weiterhin gegen christliche Aufständische und Minderheiten. Aufständische werden ebenfalls manchmal zu Verfolgern, wenn sie der Meinung sind, dass Kirchen sie nicht genug unterstützen, oder wenn Pastoren jungen Menschen raten, nicht an den Kämpfen teilzunehmen.

Hintergrund

Im November 2015 erweckte der überwältigende Sieg für die Oppositionspartei „National League for Democracy“ (NLD) unter Friedensnobelpreisträgerin und Freiheitsikone Aung San Suu Kyi bei den ersten freien Wahlen in Myanmar seit mehr als 25 Jahren große Hoffnung im Land und weltweit. Die NLD ernannte einen baptistischen Christen, der der Volksgruppe der Chin angehört, zum Vizepräsidenten. Auch das Oberhaus des Parlaments führt ein Christ an – zwei Positionen ohne echte Macht. Auch wenn Suu Kyi eine Vielzahl an Positionen angenommen hat, da die Verfassung es ihr versagt, als Präsidentin zu agieren, sind in letzter Zeit Fragen aufgetaucht, ob sie wirklich weiterhin für Demokratie, Menschenrechte und Versöhnung mit Minderheiten eintritt.

Es wird immer stärker deutlich, dass das Militär weiterhin die stärkste Position im Land behält. Dies basiert auf dem in der Verfassung verankerten Recht der Armee auf drei der wichtigsten Ministerien und 25 Prozent aller Sitze im Parlament. Ohne die Zustimmung der Armee können keine wichtigen Entwicklungen im Land stattfinden, insbesondere zu Fragen des Kriegs und von Versöhnung. Das Militär führt seine Angriffe gegen ethnische Minderheiten in den Staaten Kachin und Shan unvermindert fort und hat sie sogar ausgeweitet. Christen sind stark betroffen und das Level an Gewalt ist hoch.

Das Aufkommen eines muslimischen Aufstands mit der organisierten Gruppe ARSA (siehe Abschnitt „Triebkräfte der Verfolgung“) und die Angriffe auf Grenzposten im Oktober 2016 und August 2017 werden der Rolle des Militärs noch mehr Gewicht geben, sodass niemand seine Position infrage stellt. Die Situation belastet zudem die Beziehungen zum benachbarten Bangladesch.

Am 29. Januar 2017 wurde der bekannte muslimische Anwalt und Berater der Regierungspartei NLD Ko Ni auf dem Flughafen von Yangon erschossen. Dies führte zu Befürchtungen, dass die Situation noch gewalttätiger werden könnte. Als der als Scharfmacher bekannte Mönch U Wirathu von Ma Ba Tha den Mord öffentlich lobte, verbot ihm die von der Regierung unterstützte Leiterschaft der buddhistischen Mönche (das „State Sangha Maha Nayaka Committee“) im März 2017 für ein Jahr, zu predigen. Der Mönch berief daraufhin Treffen ein, bei denen er sich öffentlichkeitswirksam den Mund zuklebte und Aufnahmen seiner Predigten im Hintergrund abspielen ließ. Als Ma Ba Tha weiterhin die Regierung herausforderte, wurde die Bewegung im Mai 2017 von staatlichen buddhistischen Behörden verboten. Die Gruppe formierte sich unter neuem Namen jedoch schnell neu. Das Verbot und jede Bestrafung müssen vom Innenministerium umgesetzt werden. Da dieses jedoch von der Armee kontrolliert wird, die extremistischen buddhistischen Gruppen wie Ma Ba Tha nahesteht, wird es interessant sein, zu sehen, ob und wie dieses Verbot gegen einen Verbündeten durchgesetzt wird. Einer der leitenden Mönche gab im November 2017 zu, dass die Umbenennung keinen Unterschied gemacht hat.

Aung San Suu Kyi hat erklärt, dass der Versöhnungsprozess mit ethnischen Minderheiten im ganzen Land weiterhin zu ihrer obersten Priorität gehört. Viele der ethnischen Minderheiten wie die Kachin, Chin und Karen sind mehrheitlich Christen. Allerdings ist es allen bisherigen Friedenskonferenzen („21st Century Panglong Conferences“), die alle sechs Monate stattfinden sollen, nicht gelungen, Frieden zu schaffen oder gar Schritte zur Vertrauensbildung und Versöhnung zu unternehmen. Eine Vielzahl von Fragen ist noch zu klären, darunter die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, die in China und Thailand Zuflucht gesucht haben (viele von ihnen aus christlichen ethnischen Minderheiten).

Noch notwendiger ist jedoch der sofortige Beginn eines Prozesses der Vertrauensbildung, etwa durch die Umsetzung eines sofortigen landesweiten Waffenstillstands. Bislang hat sich nur das Gegenteil ereignet: Die Kämpfe im Shan-Staat und im Kachin-Staat haben zugenommen, die kontinuierlichen Zusammenstöße haben Tausende neuer Binnenvertriebener hervorgebracht. Internationale Organisationen werden daran gehindert, in die Konfliktgebiete zu gelangen, um humanitäre Hilfe in die Flüchtlingslager zu bringen, und selbst dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) wurde im Mai 2017 der Zugang zu einigen Gebieten ethnischer Minderheiten verweigert. Hochrangige Offiziere der Armee, ehemalige Politiker und Beamte aufständischer Gruppen arbeiten zusammen, um im Kachin-Staat große Gewinne zu erzielen. Sie übernehmen große Gebiete landwirtschaftlicher Nutzflächen, die von ihren Eigentümern verlassen wurden – vor allem Christen, die nun gezwungen sind, als Binnenvertriebene in Lagern fernab der Konfliktzonen zu überleben.

Auch Muslime erleben Widerstand von Buddhisten, was die anhaltenden, gewalttätigen Zusammenstöße im Rakhine-Staat und die ebenfalls gewalttätige Antwort muslimischer Aufständischer miteinschließt. Letztere wurden angeblich von Gruppen aus dem benachbarten Bangladesch unterstützt, wo schon vor dem Zustrom Hunderttausender Rohingya, die vor der ethnischen Säuberung durch die Armee Myanmars flohen, etwa 350.000 Rohingya-Flüchtlinge lebten.

Betroffene Kategorien von Christen

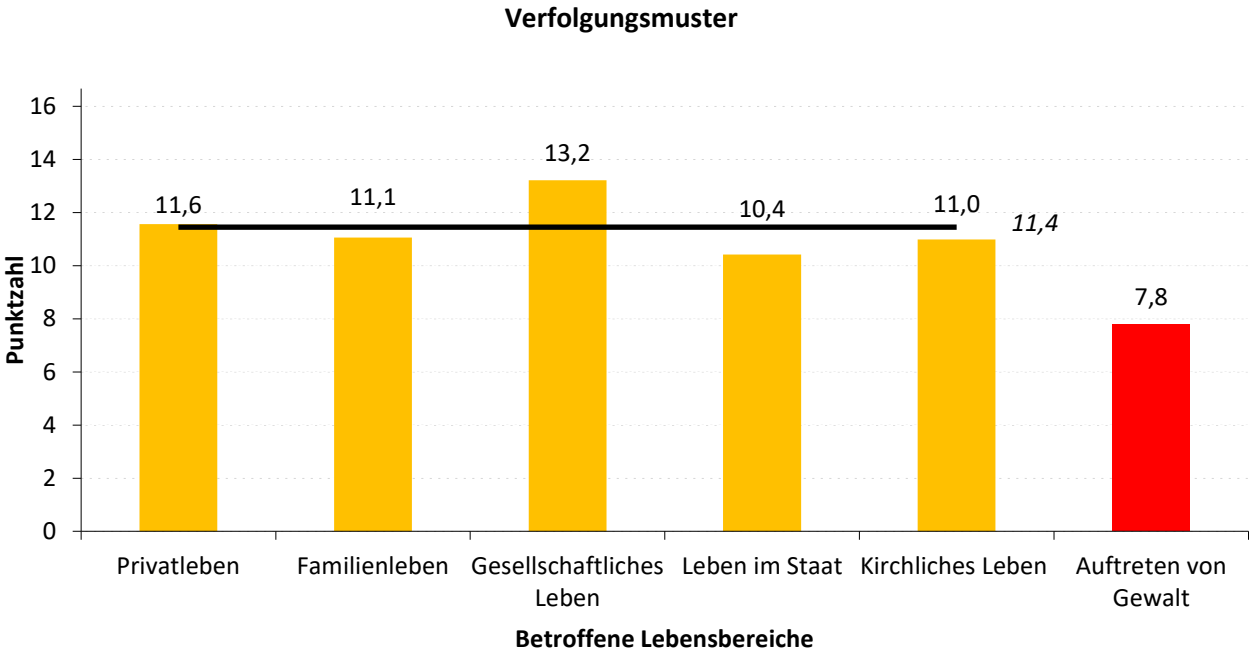
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Da ausländische Christen den lokalen Kirchen beitreten, werden sie im Weltverfolgungsindex nicht als eigenständige Kategorie erfasst.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören beispielsweise die Römisch-Katholische Kirche, aber auch traditionelle Kirchen unter den christlichen Minderheiten wie die Kachin Baptist Church. Diese Christen erleben Verfolgung in Form täglichen Drucks, gelegentlich aber auch gewalttätige Angriffe, sei es vom Militär oder von extremistischen buddhistischen Mönchen. Diese errichten in manchen Gegenden Tempel auf Grundstücken von Kirchen.

Christen mit anderem religiösen Hintergrund: Dies können Christen buddhistischer oder muslimischer Herkunft sein oder Christen, die aus dem Umfeld einer animistischen Religion stammen. Sie erfahren die stärkste Verfolgung, sowohl vonseiten der Behörden als auch von ihren Familien, Freunden und Nachbarn. Den Buddhismus zu verlassen, ist für Mitglieder des Bama-Volkes nicht akzeptabel. Obwohl viel über die Rohingya und ihre erzwungene Flucht nach Bangladesch berichtet wurde, ist weithin unbekannt, dass es eine kleine Gruppe Christen mit muslimischem Hintergrund unter den Rohingya gibt. Auch sie waren von der plötzlich aufflammenden Gewalt betroffen und mussten fliehen. Diese Christen sind nicht nur wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit Verfolgung ausgesetzt, sondern auch, weil ihre muslimischen Familien und ihr Umfeld sie unter enormen Druck setzen, zum Islam zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Baptisten, evangelikale Christen, Christen aus Pfingstgemeinden, Methodisten und Anglikaner sehen sich Verfolgung durch die Gesellschaft, in der sie leben, ausgesetzt, insbesondere in ländlichen Gebieten. Sie werden überwacht und es kommt beispielsweise vor, dass Zusammenkünfte oder das Abhalten der Sonntagsschule verhindert werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Myanmar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Myanmar ist im Berichtszeitraum von 10,7 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 11,4 Punkte angestiegen.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Privatleben“ und „Familienleben“. Der Druck auf christliche Konvertiten ist in all diesen Bereichen intensiv. Alle Christen sind starkem Druck in den Bereichen „Leben im Staat“ (hoher Druck) und „Kirchliches Leben“ (sehr hoher Druck) ausgesetzt. Der Druck geht vermehrt von extremistischem Buddhismus aus, der alle Minderheiten des Landes ausgrenzt. Dazu kommt der anhaltende Krieg gegen Aufständische, der unter anderem die christlich geprägten Staaten Kachin, Shan und Karen betrifft. Dieser Krieg wird von der weltweiten Öffentlichkeit unter anderem aufgrund der prekären Lage der Rohingya und dem damit verbundenen Medieninteresse kaum wahrgenommen.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist von 9,1 Punkten im vergangenen Berichtszeitraum auf 7,8 Punkte gesunken. Aufgrund von verstärkten Kämpfen, insbesondere in Kachin-Staat und Shan-Staat, ist es fast unmöglich geworden, Berichte von Angriffen auf Christen wegen ihres Glaubens und auf Kirchen in diesen vom Krieg zerrissenen Gebieten, zu erhalten. Zwei baptistische Pastoren wurden von der Armee festgenommen und entführt, nachdem sie Journalisten eine zerstörte katholische Kirche zeigten. Ihr Festhalten von 19 Tagen im Militärgewahrsam zeigt die Herausforderung bei der Berichterstattung im Land (siehe auch Abschnitt „Auftreten von Gewalt“).

Privatleben: Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird insbesondere von Familien und der lokalen Kommune abgelehnt. Christen buddhistischer Herkunft müssen immer sehr vorsichtig bei der Ausübung ihres Glaubens sein, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrem familiären Umfeld sind und daher nach allgemeiner Ansicht ihrer Familie Schande bringen. Versammlungen mit anderen Christen sind in der Regel nicht gefährlich, doch für christliche Konvertiten können sie eine besondere Herausforderung darstellen. Christen mit nichtchristlichem Glaubenshintergrund, deren Glaube bekannt geworden ist, werden streng überwacht, geächtet und es kann passieren, dass sie unter Hausarrest gestellt werden. Damit soll verhindert werden, dass sie andere Christen treffen. Ein Pastor, der mit seiner Familie in einem Dorf lebte, musste sie Berichten zufolge in eine Stadt schicken, damit er mit seiner Arbeit unter den Christen des Dorfes fortfahren konnte, da es im Dorf zu gefährlich für die Familie geworden war. Christen mit muslimischem Hintergrund betrifft die Verfolgung noch stärker, da sie nicht nur die oben genannten Schwierigkeiten erleben, sondern zudem zu einer verachteten Minderheit gehören. Es gab Berichte von christlichen Konvertiten, die wegen ihres Glaubens geächtet und bei Mahlzeiten verspottet wurden.

Familienleben: Es ist nicht zwangsläufig so, dass Christen mit anderem religiösen Hintergrund der Verlust des Sorgerechts oder des Erbrechts droht; insbesondere Frauen droht jedoch häufig die Scheidung, falls sie verheiratet sind. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu organisieren, ist oft nur schwer möglich. Christen mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund müssen dies im Geheimen tun. Der muslimischen Minderheit wird außerdem die Staatsbürgerschaft verweigert – davon sind auch Christen mit muslimischem Hintergrund betroffen. Muslimische Rohingya, und damit auch die Christen muslimischer Herkunft, werden als Bengalen angesehen und nicht registriert. Die meisten von ihnen leben inzwischen in Flüchtlingslagern im Nachbarland Bangladesch. Christliche Eltern erleben es als Herausforderung, ihren Kindern christliche Werte beizubringen, weil sie sich dem Druck des buddhistischen Umfeldes in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt sehen. In den meisten Schulen müssen die Schüler vor Unterrichtsbeginn einen Teil der Lehren Buddhas aufsagen. Dhama-Schulen werden von buddhistischen Mönchen geleitet, die den Kindern buddhistische Prinzipien beibringen. Diese Schulen breiten sich immer mehr im Land aus. Von Kindern wird erwartet, dass sie an buddhistischen Festen teilnehmen und auch finanziell dazu beitragen. In Na-Ta-La-Schulen werden Kindern Gebete beigebracht, ihr Kopf wird geschoren und sie müssen jeden Morgen um Essen betteln. Christliche Kinder werden in der Schule regelmäßig von buddhistischen Kindern gemobbt. Gerade in Dorfschulen ist es normal, dass christliche Kinder für alles die Schuld gegeben wird. Kinder von Christen erhalten in der Schule zudem weniger Möglichkeiten und werden weder für höhere Schulen noch besondere Ehrungen ausgewählt.

Gesellschaftliches Leben: Es gibt Kommunen, die keine Christen in ihren Dörfern erlauben. Entscheidet sich eine Person in einem solchen Dorf für den christlichen Glauben ist sie starken Schikanen ausgesetzt, bis sie das Dorf verlässt. In anderen Dörfern werden Christen schikaniert und zu Spenden für buddhistische Tempel gezwungen. Oder ihnen wird mit dem Ausschluss aus der Dorfgemeinschaft gedroht, wenn sie aufhören, Mönchen Almosen zu geben, sich nicht finanziell an der Renovierung oder dem Bau von Tempeln beteiligen und nicht mehr an buddhistischen Festen teilnehmen. Besonders Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden beobachtet, von kommunalen Entscheidungen und Ressourcen ausgeschlossen und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu verleugnen. Dies wirkt sich auch auf das tägliche Leben aus, wenn ihnen etwa Hilfe beim Sammeln von Bambus für die Reparatur ihres Hauses verweigert wird oder ihnen der Zugang zu Wasser untersagt wird. In einem Fall, der 2017 gemeldet wurde, wurde einem Farmer, der den christlichen Glauben angenommen hatte, nicht erlaubt, seine Reisfelder zu bewässern.

Gebiete, in denen viele Christen leben, werden bewusst durch eine schwache Infrastruktur und Gesundheitsfürsorge benachteiligt. Die Regierung baut hier bevorzugt Na-Ta-La-Schulen, die vom Staat geführt werden, statt normale Schulen. In Konfliktgebieten ist humanitäre Hilfe für Christen nicht oder nur in geringen Teilen erlaubt und die internationale Überwachung (oder gar der Zugang) wird blockiert.

Kinder von christlichen Konvertiten werden von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert. In einem Fall wurde ein Mädchen wegen ihres Glaubens aus der Klasse geworfen, ein anderes Mädchen durfte sich nicht wie der Rest der Klasse auf einen Test vorbereiten. Kinder von allen Christen (nicht nur Konvertiten) müssen nichtchristliche Klassen besuchen und können gezwungen werden, an buddhistischen Gebeten oder Zeremonien teilzunehmen. Besonders, wenn die Familien arm sind und einer ethnischen Minderheit angehören, werden die Kinder auf die bereits erwähnten Na-Ta-La-Schulen geschickt. Hier finden häufig Diskriminierungen bei der Benotung, Schikane und Spott gegen christliche Kinder statt. In einem Fall, der im Berichtszeitraum gemeldet wurde, wurden Christen nicht nur dazu gezwungen, für ein buddhistisches Fest zu spenden; sie mussten einen Betrag spenden, der dreimal so hoch war, wie der, der von Buddhisten erwartet wurde. Ein weiteres Problem für Christen sind Gesetze, die in diversen Gemeinschaften und Dörfern mündlich von lokalen buddhistischen Mönchen und Polizisten erlassen werden, mit dem Ziel, Christen einzuschränken („Gamma laws“).

Leben im Staat: Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt, dass „die Union anerkennt, dass der Buddhismus als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird, eine spezielle Stellung einnimmt“. In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Existenz des christlichen Glaubens, des Islam, des Hinduismus und Animismus anerkannt. Diese „spezielle Stellung des Buddhismus“ wird von extremistischen Buddhisten missbraucht. Um zusätzliche Unterstützung von diesen Gruppen und der Mehrheit der „Bama“ zu erlangen, hat die Regierung im August 2015 vier Gesetzesentwürfe gegen Konversionen verabschiedet. Diese Gesetze zielen darauf ab, den Buddhismus durch die Einschränkung von Bekehrungen und interreligiösen Ehen, einem Verbot der Polygamie und die Einführung einer Geburtenkontrolle zu schützen. Laut ihnen müssen buddhistische Frauen eine Erlaubnis ihrer Eltern und der Behörden vorweisen, wenn sie einen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten wollen; der nichtbuddhistische Mann muss zunächst zum Buddhismus konvertieren.

Das Gesetz besagt auch, dass jeder, der die Religion wechseln will, von der „Konversions-Registrierungs-Behörde“ die Erlaubnis dazu einholen muss. Diese Behörde besteht aus örtlichen Religions- und Einwanderungs- sowie einem Verwaltungsbeamten, der Vorsitzenden für Frauenangelegenheiten und einem örtlichen Verantwortlichen für Ausbildung. So weiß die kommunale Gemeinschaft, ob eine Person konvertieren will und gibt ihr drei bis sechs Monate „Bedenkzeit“, um sie davon zu überzeugen, den offiziellen Antrag wieder zurückzuziehen. In erster Linie richtet sich das Gesetz gegen die muslimische Minderheit, andere religiöse Minderheiten sind jedoch genauso betroffen. Die Auswirkungen betreffen nicht nur die Überlegungen, offiziell einen neuen Glauben anzunehmen, sondern auch, diesen vor anderen zu bekennen. Einige Stämme besitzen zusätzliche traditionelle Gesetze, die von einigen Gemeinschaften dazu genutzt werden, Christen aus ihren Dörfern zu vertreiben. Christen haben außerdem einen schlechteren Zugang zu Krediten oder Zuschüssen als nichtchristliche Geschäftspartner oder Kunden.

Kirchliches Leben: Obwohl es in verschiedenen Teilen Myanmars Kirchengebäude gibt, bleibt es schwer, eine Genehmigung zum Bau einer neuen Kirche zu erhalten, da es viele Einschränkungen gibt. Es gibt bis zu acht verschiedene Erlaubnisse, die eingeholt werden müssen, um eine Kirche legal bauen zu dürfen. Die Anträge müssen verschiedene vom Militär geführte Abteilungen durchlaufen und von regionalen und lokalen Behörden genehmigt werden, die ebenfalls häufig von Armeeoffizieren geleitet werden. So kommt es, dass Anträgen zum Bau von Kirchengebäuden fast nie stattgegeben wird.

Landraub ist ein weiteres Problem, dem Christen sich gegenübersehen. Deshalb nutzen viele Christen Firmengebäude bzw. Büros oder treffen sich in Hauskirchen, um an Sonntagen einen Ort für den gemeinsamen Gottesdienst zu haben. Besonders in stark buddhistischen Gegenden stehen die Kirchen unter Beobachtung. Kirchenleiter und Pastoren werden von extremistischen Buddhisten besonders ins Visier genommen, da dies eine Methode ist, die Kirchen zu lähmen. Ein Pastor berichtete, dass es sich ständig anfühle, als würde nur darauf gewartet werden, dass er einen Fehler begehe. Alle religiösen Publikationen im Land werden vom Ministerium für Religion überprüft und zensiert. Einige Kirchen haben angefangen, eigene Materialien zu drucken, jedoch wird ihnen der Besitz von Druckmaschinen schwergemacht. Veröffentlichungen in Sprachen der ethnischen Minderheiten kommen außerdem nicht infrage und auch für andere Publikationen gelten strenge Zensurregeln. Christliches Material zu importieren ist sehr schwer und Bücher in Sprachen der ethnischen Minderheiten ins Land einzuführen sogar unmöglich. Die meisten Kirchen dürfen keine Ausländer für religiöse Zwecke einladen. In Gegenden, in denen vorrangig ethnische Minderheiten leben, haben die Gemeinden noch größere Schwierigkeiten. Die Kirchen werden häufig als Ort für regierungsfeindliche Treffen oder als Treffpunkte für Aufständische aus ethnischen Minderheiten angesehen. In Gebieten, die vom Bürgerkrieg betroffen sind, wie den Staaten Kachin und Shan, werden Kirchen oft angegriffen, da die Menschen dort Zuflucht vor den Kämpfen suchen.

Auftreten von Gewalt: Drei Christen aus Kachin wurden laut Berichten am 26. Mai 2017 getötet, während sie sich in den Händen der Regierungstruppen befanden. Sie wurden zuletzt gesehen, als sie mit gefesselten Händen von Soldaten weggeführt wurden. Einen Tag nach ihrer Entführung wurden sie von den Soldaten beim Dorf Hka Pra Yang, etwa vier Meilen von Mung Hkawng, getötet. Es gibt Berichte von mindestens fünf weiteren Morden an Christen, die jedoch nicht einzeln nachgewiesen werden konnten und daher nicht in die Bewertung einflossen. Die Armee zerstörte am 3. Dezember 2016 eine katholische Kirche in Mung Koe im Shan-Staat bei einem Bombardement, das sich gegen militante Rebellen einer ethnischen Minderheit richtete. Langjaw Gam Seng und Dumdaw Nawng Lat, zwei Baptisten, wurden von der Armee im Januar 2017 verhaftet, als sie einem Journalisten eine zerbombte katholische Kirche zeigten. Sie wurden am 29. Oktober 2017 zu vier Jahren und drei Monaten, beziehungsweise zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Körperliche Angriffe auf christliche Konvertiten wurden im Juli 2017 berichtet und Angriffe der Armee auf Christen in Kachin oder Shan gehören zur Regel.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 hat Myanmar aufgrund der Flüchtlingskrise der Rohingya international für negative Schlagzeilen gesorgt, insbesondere, nachdem der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte im September 2017 von einem „Lehrbuchbeispiel für ethnische Säuberung“ gesprochen hatte. Es gab nur wenige Fortschritte und das Land scheint dazu verdammt zu sein, seine jahrzehntealten Kriege weiterzuführen. Das jüngste Aufkommen eines gewalttätigen muslimischen Aufstands wird die Triebkraft des religiösen Nationalismus weiter anheizen, was sich wiederum auch auf die christliche Minderheit auswirken wird. Die Situation der Rohingya, oft als am stärksten verfolgte Minderheit der Welt bezeichnet, könnte als Weckruf für extremistische Muslime der Region dienen und so zu einem bereits aufkeimenden Extremismus beitragen. Hunderte wurden in den vergangenen Monaten getötet und eine geschätzte Anzahl von mehr als 600.000 Menschen floh ins benachbarte Bangladesch. Der Annan-Bericht, der am 24. August 2017 veröffentlicht wurde, und darauf abzielte, die ethnischen und religiösen Spannungen in Rakhine zu lösen, scheint von der nachfolgenden Gewalt überholt worden zu sein. Die Tatsache, dass die jüngste Serie von Angriffen gegen Grenzposten am selben Tag begann, an dem der Bericht veröffentlicht wurde, ist kein Zufall und scheint einem Plan der bewussten Eskalation zu folgen.

Obwohl extremistische buddhistische Gruppierungen wie Ma Ba Tha einen gewissen Widerstand von anderen buddhistischen Gruppen und Politikern hinnehmen mussten, ist es unwahrscheinlich, dass ihr Einfluss und ihre Rhetorik gegenüber nichtbuddhistischen Minderheiten schrumpft. Nach dem Verbot der Bewegung schossen Unterstützergruppen im ganzen Land aus dem Boden und sammelten Unterschriften für die verbotene Gruppierung. Mit der zunehmenden Anzahl gewalttätiger Angriffe von Muslimen sehen sich auch extremistische Buddhisten bestätigt. Dies wird vermutlich am besten durch Ashin Wirathu selbst zusammengefasst, einem der direktesten und radikalsten buddhistischen Mönche Myanmars: „Ich warne die Menschen nur vor Muslimen. Sieh es wie einen Hund, der Fremde anbellt, die in dein Haus kommen – er bellt, um dich zu warnen. Ich bin dieser Hund. Ich belle.“

Die Rolle des Militärs wird sich sowohl in der Politik als auch den Kämpfen gegen Aufständische weiter vergrößern. Ein weiterer Ansporn, die starke Position zu behalten liegt darin, dass die Armee in großem Maße in legalen und illegalen Handel verwickelt ist. Letzterer betrifft insbesondere die überwiegend von Christen bewohnten Gebiete wie Kachin. Das Niveau der Gewalt scheint sich nicht zu verringern – trotz aller Fortschritte hinsichtlich der Demokratisierung des Landes und Vereinbarungen zur Waffenruhe. Es gibt viele Probleme, die friedliche Lösungen erschweren. Armeeangehörige und einige der Aufständischen aus den ethnischen Minderheiten sind in Drogenhandel und den Abbau von Rohstoffen wie Jade und Edelholz involviert. Der Aufbau von Vertrauen wird unmöglich sein, solange die Armee weiterhin die große christliche Minderheit in Kachin angreift und auch die Kämpfe in Karen andauern. Der Versöhnungsprozess ist sehr langsam und es wird befürchtet, dass er zu einem Stillstand kommt, insbesondere da alle Ressourcen der Regierung und des Militärs auf die Minderheit der Rohingya und die ARSA konzentriert sind. Die Zeichen für die Vision eines demokratischen und föderalen Staates sind nicht sehr vielversprechend. Es sollte nicht vergessen werden, dass Aung San Suu Kyi keine Kontrolle über das ganze Land hat und die Armee vollkommen selbstständig handeln kann.

Nach einer zweijährigen Verzögerung haben die Behörden des Landes im Juli 2016 den Teil der Volkszählung des Jahres 2014 veröffentlicht, der die religiöse Zugehörigkeit betrifft. Die Verzögerung fand aufgrund von Befürchtungen statt, dass die Ergebnisse einen Aufruhr auslösen könnten. Die buddhistisch-nationalistischen Ma Ba Tha warnen regelmäßig davor, dass eine wachsende muslimische Bevölkerung eine Bedrohung für das Land darstellt. Laut den Statistiken erfährt der muslimische Glaube jedoch nur ein langsames Wachstum, selbst wenn man die Rohingya miteinschließt, die im Zensus nicht berücksichtigt wurden. Ma Ba Tha ist jedoch nicht nur anti-islamisch; die Gruppierung besteht aus buddhistischen Nationalisten. Es ist möglich, dass die Gruppe sich verstärkt auf die christliche Gemeinschaft konzentrieren wird, da diese ein signifikantes Wachstum vorzuweisen hat: Von 4,6 Prozent im Jahr 1973 auf 6,2 Prozent 2014. Laut Berichten sind die Zahlen aus dem umkämpften Kachin sogar deutlich zu niedrig.

zurück zur Länderübersicht

Nepal: Platz 25

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Christen werden in vielen Bereichen von Hindu-Extremisten verfolgt. Lokale und nationale Behörden erlegen ihnen gesetzliche und andere Einschränkungen auf. Örtliche Hindu-Priester und extremistische Hindu-Bewegungen greifen Christen körperlich an. Die örtliche Bevölkerung verbreitet ein feindseliges Klima in den Dörfern.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Kategorien von Christen in Nepal sind von Verfolgung betroffen, jedoch ist das Ausmaß unterschiedlich stark. Römisch-katholische Kirchen und Kirchen, in denen sich Ausländer versammeln, haben die geringsten Probleme. Christen mit hinduistischem Hintergrund werden am stärksten unter Druck gesetzt, da man sie für Abtrünnige vom Glauben ihrer Ahnen hält. Christen hinduistischer Herkunft und protestantische Kirchen stehen ganz besonders unter Druck durch Familie, Freunde, Gesellschaft und lokale Behörden. Von Zeit zu Zeit nutzen Hindu-Extremisten die instabile politische Lage aus und greifen Christen an. Meistens kommen sie ungestraft davon.

Es gibt auf nationaler Ebene auch einige gesetzliche Einschränkungen. Die Verfassung von 2015 erklärt den Staat Nepal zum säkularen Staat. Doch sie bestimmt deutlich, dass die Konversion zu jeder anderen Religion als dem Hinduismus unzulässig ist und eine strafbare Handlung darstellt.

Beispiele:

- Christen in Nepal kämpfen weiterhin um die Genehmigung eines Friedhofs, auf dem sie ihre Toten legal beerdigen dürfen. Aus Mangel an offiziellen Grabstätten sehen sich Christen häufig dazu gezwungen, ihre Toten illegal in Wäldern zu begraben. Manchmal kommt es dazu, dass einheimische extremistische Hindus – von christlichen Beerdigungen erzürnt – die Leichen wieder ausgraben und zu den Häusern der christlichen Familien zurückbringen oder sie einfach auf der Straße liegen lassen. Wie gesagt: Christen bitten die Regierung, ihnen Land zuzuteilen, um ihre Toten offiziell beerdigen zu können, doch das Problem bleibt ungelöst.
- Am 18. April 2017 versuchten „unbekannte Personen“, die katholische Kathedrale in Katmandu in Brand zu setzen. Das Feuer beschädigte das Wohnhaus des Priesters und den westlichen Flügel der Kathedrale. Außerdem verbrannten ein Auto und zwei Motorräder. Es gibt keine Berichte über Verletzte.
- Sieben Menschen, darunter die Besitzer zweier Privatschulen, wurden am 9. Juni 2016 im Bezirk Dolakha, Nepal, unter dem Vorwurf verhaftet, andere zum christlichen Glauben bekehren zu wollen, da sie an die Kinder Bibel-Handbücher verteilt hatten. Wenige Tage später, am 14. Juni 2016, wurde auch Pastor Shakti Pakhrin aufgrund seiner Verbindungen zu den bereits im Fokus der Ermittlung stehenden Personen in Gewahrsam genommen. Alle wurden im Dezember 2016 wieder freigelassen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 64 Punkten steht Nepal auf Platz 25 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2018, im Vergleich zum WVI 2017 entspricht dies einer Steigerung von 11 Punkten. Im WVI 2017 wurde Nepal nicht geführt. Die Verfolgung geht vor allem von extremistischen Hindus aus, doch im Hintergrund tragen auch ethnische Spannungen zum Druck bei. Die Situation für Christen in Nepal hat sich in allen Lebensbereichen merklich verschlechtert, weil es zu einem starken Anstieg von „Religiös motiviertem Nationalismus“ gekommen ist, durch den sich die Aktivitäten von Hindu-Extremisten sehr verstärkt haben. Regierungsbeamte, Hindu-Priester, Hindu-Parteien, Familie, Freunde sowie das soziale Umfeld haben ihren Druck verstärkt. In diesem Zusammenhang hat sich die Anzahl gewaltsamer Übergriffe ebenfalls erhöht. Es gibt Berichte über angegriffene Kirchen, zu Gefängnisstrafen verurteilte Christen, dutzende Christen, die zusammengeschlagen wurden, und Christen, die aufgrund von Drohungen aus ihren Häusern und Dörfern fliehen mussten.

Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Am stärksten geht die Verfolgung der Christen in Nepal von extremistischen Hindu-Gruppen aus, die Nepal wieder in einen Hindu-Staat verwandeln wollen. Diese extremistischen Hindu-Gruppen haben enge Verbindungen zu Hindutva-Gruppen im benachbarten Indien. Einst ging die Verfolgung nicht vom Staat aus, doch seit 2015 gibt es eine neue Verfassung, in der die Religionsfreiheit eingeschränkt wird. Am 8. August 2017 hat das nepalesische Parlament ein Anti-Konversions-Gesetz verabschiedet, das vom Präsidenten am 16. Oktober 2017 unterzeichnet wurde. Dies ist ein weiteres Zeichen der sich verschlechternden Situation für Christen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Von Zeit zu Zeit kommt es zu Spannungen zwischen den zahlreichen ethnischen Gruppen in Nepal. In den meisten Fällen ist dies mit Religiös motiviertem Nationalismus verbunden.

Verfolger

Hindu-Extremisten üben auf verschiedene Weise Druck auf Christen aus: Lokale und nationale Behörden erlegen ihnen gesetzliche und andere Einschränkungen auf; örtliche Hindu-Priester und extremistische Hindu-Bewegungen greifen Christen körperlich an; die örtliche Bevölkerung verbreitet ein feindseliges Klima in den Dörfern. Hinzu kommt, dass Nepal ethnisch gespalten ist. Die Leiter der ethnischen Gruppen setzen Christen hinduistischer Herkunft ebenfalls unter Druck, weil sie den Glauben ihrer Ahnen verlassen haben.

Hintergrund

Der christliche Glaube breitet sich in Nepal seit der Einführung einer säkularen Demokratie im Jahr 2008 immer weiter aus – ein Trend, der Berichten zufolge durch Naturkatastrophen und Veränderungen innerhalb der Gesellschaft in Bewegung gesetzt wurde. Bis zum Ende der absoluten Monarchie im Jahr 2008 war es christlichen Missionaren verboten, ins Land einzureisen. Heute gibt es in Nepal über 8.000 christliche Kirchen und mehr als eine Million gläubige Christen. Minderheitengruppen wie die Dalits und die Kirats sind vom Christentum angezogen worden, seit Nepal 2008 eine säkulare Regierungsform angenommen hat. Laut dem Verband Nationaler Christen in Nepal entstammen 60 Prozent der Christen der Gruppe der Dalits.

Die politische Landkarte Nepals ist für die christliche Minderheit recht hilfreich gewesen. Erste Befürchtungen, die im September 2015 verabschiedete Verfassung würde das Land wieder zu einem offiziellen Hindu-Staat machen, sind nicht eingetreten. Darüber hinaus haben viele politische Parteien das große Potential von Christen (eine schnellwachsende Gemeinschaft in Nepal) für ihre eigenen Positionen erkannt. Im Mai 2017 wurden Christen im ersten Wahlgang zu Repräsentanten einiger lokaler Einheiten bei den ersten in der Geschichte Nepals abgehaltenen Gemeindewahlen gewählt.

Ein Erbe der Tatsache, dass der Hinduismus einst Staatsreligion war, ist das Kastensystem – eine hierarchische Schichtung der Gesellschaft, die jahrhundertealt ist. Jeder Mensch wird in eine Kaste geboren, aus der es kein Entkommen gibt. Nach der „Varna" genannten Tradition gibt es vier Kasten: Brahmanen, Kshatriyas, Vaishyas und Shudras. Zusätzlich gibt es eine Anzahl von Gruppen, die heute als Dalits bekannt sind. Sie wurden schon immer von der „Varna" ausgeschlossen und die in sie hineingeborenen Menschen werden auch heute noch als die „Unberührbaren" geächtet. Viele Christen in Nepal kommen aus der Gruppe der Dalits, denn im christlichen Glauben werden sie von den anderen akzeptiert. Die meisten Christen gehören zur sozialen Unterschicht und haben ein geringes Einkommen.

Christen sind nicht die einzigen Gläubigen, die in Nepal verfolgt werden, Muslime werden ebenfalls verfolgt.

Betroffene Kategorien von Christen

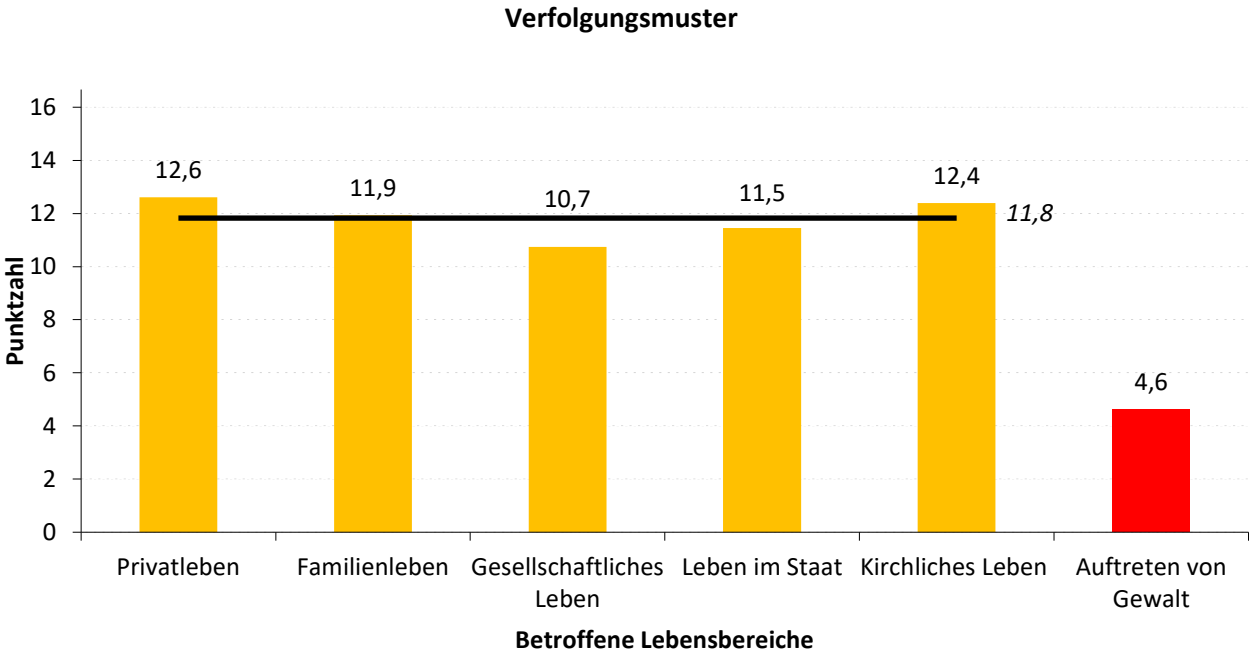
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Hierbei handelt es sich meist um Ausländer, die in Nepal isoliert von anderen Christen ihre eigenen Treffen abhalten. Sie evangelisieren kaum. Diese Kirchengemeinden sind in der Vergangenheit weniger vom Hindu-Nationalismus betroffen gewesen, aber sie werden Einschränkungen erfahren, zum Beispiel in der Öffentlichkeitsarbeit, wenn die neue Verfassung des Landes umgesetzt wird.

Christen aus traditionellen Kirchen: Die mit Abstand größte und wichtigste ist die Römisch-Katholische Kirche sowie einige orthodoxe Gemeinschaften. Sie bleiben eher unter sich und haben keine evangelistischen Veranstaltungen. Daher erleben diese Kirchengemeinden kaum Anfeindungen durch extremistische Hindus.

Christen hinduistischer Herkunft (Konvertiten): Diese Gruppe ist die größte unter den Christen in Nepal. Die Zahl von Christen hinduistischer Herkunft wächst seit Jahren erstaunlich schnell. Sie sind von allen Christen am stärksten von Verfolgung betroffen. Sie erleben starken Druck von örtlichen Regierungsbeamten, Hindu-Priestern, der Familie und dem sozialen Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Christen hinduistischer Herkunft gehen in der Regel in die Kirchen, die dieser Kategorie angehören. Da diese Gemeinden am aktivsten evangelisieren, erleben sie ein hohes Maß an Verfolgung.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Nepal

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist von 9,9 Punkten beim WVI 2017 auf 11,8 Punkte gestiegen; dies zeigt eine extreme Verschlechterung der Situation für Christen.
- Der Druck ist mit 12,6 Punkten am stärksten im Bereich „Privatleben“ (besonders für Christen hinduistischer Herkunft), gefolgt vom Bereich „Kirchliches Leben“ mit 12,4 Punkten. Religiös motivierter Nationalismus hat das Leben für Christen hinduistischer Herkunft erschwert und eine neue Gesetzgebung hat dem kirchlichen Leben weitere Einschränkungen beschert.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt stieg von 3,1 Punkten beim WVI 2017 auf 4,6 Punkte. Es wurde zwar niemand getötet, doch Christen wurden festgenommen und aufgrund zahlreicher Anschuldigungen bestraft.

Privatleben: Christen hinduistischer Herkunft müssen immer besonders aufpassen, in welcher Weise sie ihre Beziehung zu Jesus Christus ausleben, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in der Familie sind. Widerstand von Familie und Gemeinschaft macht es gefährlich, christliche Literatur zu besitzen, besonders in abgelegenen Gebieten. Wenn Christen hinduistischer Herkunft in strenggläubigen Hindu-Familien leben, müssen sie ihre Bibeln und andere christliche Literatur sorgfältig verstecken und können darin nur unter großen Vorsichtsmaßnahmen lesen. Es gibt heftigen Widerstand gegen Christen, die Familie und Freunden von ihrem Glauben erzählen wollen.

Der christliche Glaube wird als fremde Religion angesehen, die besonders Menschen aus niedrigen Kasten anzieht.

Familienleben: Es ist viel riskanter geworden, eine Taufe zu organisieren, da Christen, die an ihr teilnehmen, laut neuer Verfassung des Abwerbens zu einer anderen Religion beschuldigt werden. Christliche Hochzeiten laufen Gefahr, abgebrochen zu werden; häufig werden Hochzeiten von Christen hinduistischer Herkunft von ihren Familien abgelehnt, da dies den neuen Glauben der Konvertiten stärken könnte. Christliche Beerdigungen sind unmöglich, da den Kirchen keine Grabstätten zur Verfügung stehen. Darum sind Christen gezwungen, ihre Verstorbenen heimlich zu begraben oder einzuäschern. Christen mit hinduistischem Hintergrund erleben Widerstand, wenn sie versuchen, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Die Gegenwehr stammt häufig vom eigenen nichtchristlichen Ehepartner und von anderen Familienmitgliedern. Kinder von Christen, nicht nur von Christen hinduistischer Herkunft, sind gezwungen, nichtchristliche Lehren zu studieren, und sie werden von anderen Kindern verspottet. Christen mit hinduistischem Hintergrund können von ihren Familien isoliert werden und Berichte aus dem Westen Nepals zeigen, dass Konvertiten manchmal von ihren Familien vertrieben werden.

Gesellschaftliches Leben: Im Berichtszeitraum des WVI 2018 hat sich die Gesellschaft immer mehr gegen Christen gestellt. Christen werden verabscheut und deshalb bedroht und im Alltag eingeschränkt. Besonders in ländlichen Gegenden werden Christen hinduistischer Herkunft von Familie, Freunden und Nachbarn stark unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Dies geht häufig mit extremer sozialer Ausgrenzung einher, die sich nicht allein auf das Privat-, sondern auch auf das Geschäftsleben auswirkt. Kinder von Christen mit hinduistischem Hintergrund werden in der Schule häufig von Lehrern und Mitschülern diskriminiert. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sie nicht an der „Pooja“ teilnehmen, eine Huldigung von Göttern und Göttinnen.

Leben im Staat: Folgendes steht in der neuen Verfassung im dritten Teil über Grundrechte im Absatz über Religion: „5. Religion: Jeder Bürger darf unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Traditionen seine Religion praktizieren, wie sie seit dem Altertum überliefert wurde. Vorausgesetzt wird, dass niemand berechtigt ist, seine Religion zu ändern.“ Es gibt weiterhin Pläne, auf dem neuen Personalausweis die Religionszugehörigkeit zu vermerken, doch gibt es zurzeit andere Prioritäten. Die Medien stellen die Existenz und das stete Wachstum der christlichen Religion so dar, als gäbe es sie nur deshalb, weil sich ihre Anhänger von Ausländern bestechen ließen. Wenn jemand den christlichen Glauben annimmt, wird behauptet, die Konvertiten erhielten für diese Entscheidung Prämien. Christen sind regelmäßig Opfer von Hetzkampagnen und extremistische Hindu-Gruppen führen die Gesellschaft mit Falschinformationen in die Irre, was zu Misstrauen führt. Angreifer auf Christen kommen regelmäßig straffrei davon, wohingegen Christen, die falsch beschuldigt wurden, kein gerechtes Gerichtsverfahren erhielten.

Kirchliches Leben: Kirchen werden nicht staatlich anerkannt. Kirchen-Immobilien sind ausschließlich auf Privatpersonen registriert. Es gibt keine Möglichkeit, Kirchen offiziell anzumelden. Laut Berichten von verschiedenen Einheimischen hat die Regierung nach dem Erdbeben 2015 bekanntgegeben, den Wiederaufbau von Tempeln, Moscheen und buddhistischen Heiligtümern zu unterstützen. Kirchen wurden nicht mit einbezogen, was die Vorbehalte gegen den christlichen Glauben verdeutlicht. Kirchliche Versammlungen wurden ebenfalls unterbrochen, zum Beispiel im Bezirk Dhading.

Kirchenaktivitäten werden – mit zunehmender Tendenz – überwacht, um zu sehen, ob die Gemeinden Menschen zu ihrem Glauben bekehren und ob die Behörden oder extremistische Gruppen deshalb gegen sie vorgehen können. Der Bericht eines kanadischen Satiremagazins, der Internationale Gideonbund würde nach dem Erdbeben von 2015 statt Nothilfe Bibeln nach Nepal schicken, wurde von extremistischen Hindu-Gruppen sowohl in Nepal als auch Indien wörtlich genommen. Daran wird sichtbar, dass es zunehmend riskant wird, Bibeln und andere christliche Literatur zu verteilen.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung in Nepal nimmt weiter zu, denn extremistische Hindus üben immer mehr Druck auf andere Religionen aus. Die Gewalt ist nicht so stark ausgeprägt wie in Indien, doch vergleicht man die Lage mit dem Berichtszeitraum des WVI 2017, ist eine Zunahme deutlich erkennbar. Es wurden keine Christen getötet, aber es wurde berichtet, dass 47 Christen schwer geschlagen wurden und das Haus eines Christen bei einem Angriff beschädigt wurde. 14 Christen mussten sich nach Drohungen versteckt halten. Nepalesische Christen berichteten außerdem, dass drei Kirchen bei Angriffen beschädigt wurden. Sieben Christen, die im Juli 2016 verhaftet wurden, waren im Oktober 2017 noch ohne Anklageschrift in Haft. Am 21. Juli 2017 wurden vier Christen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Während des Berichtszeitraums für den WVI 2018 wurden Christen weder entführt noch vergewaltigt, doch fünf Christinnen wurden zwangsverheiratet.

Beispiele:

- Christen in Nepal kämpfen weiterhin um die Genehmigung eines Friedhofs, auf dem sie ihre Toten legal beerdigen dürfen. Aus Mangel an offiziellen Grabstätten sehen sich Christen häufig dazu gezwungen, ihre Toten illegal in Wäldern zu begraben. Manchmal kommt es dazu, dass einheimische extremistische Hindus – von christlichen Beerdigungen erzürnt – die Leichen wieder ausgraben und zu den Häusern der christlichen Familien zurückbringen oder sie einfach auf der Straße liegen lassen. Wie gesagt: Christen bitten die Regierung, ihnen Land zuzuteilen, um ihre Toten offiziell beerdigen zu können, doch das Problem bleibt ungelöst.
- Am 18. April 2017 versuchten „unbekannte Personen“, die katholische Kathedrale in Katmandu in Brand zu setzen. Das Feuer beschädigte das Wohnhaus des Priesters und den westlichen Flügel der Kathedrale. Außerdem verbrannten ein Auto und zwei Motorräder. Es gibt keine Berichte über Verletzte.
- Sieben Menschen, darunter die Besitzer zweier Privatschulen, wurden am 9. Juni 2016 im Bezirk Dolakha, Nepal, unter dem Vorwurf verhaftet, andere zum christlichen Glauben bekehren zu wollen, da sie an die Kinder Bibel-Handbücher verteilt hatten. Wenige Tage später, am 14. Juni 2016, wurde auch Pastor Shakti Pakhrin aufgrund seiner Verbindungen zu den bereits im Fokus der Ermittlung stehenden Personen in Gewahrsam genommen. Alle wurden im Dezember 2016 wieder freigelassen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christliche Frauen und Mädchen werden auch Opfer von körperlicher Gewalt, die jedoch erst nach und nach auf seelische Folter folgt. In der Anfangsphase werden sie durch direkte Familienangehörige (Ehemänner, Eltern, Schwiegereltern) psychisch misshandelt. Allmählich wird daraus körperliche Gewalt, bis sie von der eigenen Familie und dem sozialen Umfeld ausgestoßen werden. Das macht sie angreifbar und zu Opfern sexueller Unterdrückung.

Nepal hat eine patriarchische Gesellschaft, in der Mädchen weniger Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Der Zugang zu Bildung und der erweiterten Gesellschaft ist minimal; sie sind auf ihre vier Wände mit einer großen Menge an Haushaltspflichten begrenzt. Die meisten von denen, die Christinnen werden, kommen dadurch zum Glauben an Jesus, dass sie persönlich oder in ihrer engsten Familie Heilungen oder andere Wunder erlebt haben.

Männer: Die meisten christlichen Männer und Jungen leiden körperlich, seelisch und auch auf der gesellschaftlichen Ebene, da sie meist von ihrer Familie und der Gesellschaft geächtet werden. Ihnen werden von der eigenen Familie und den Dorfvorstehern auch ihr Erbteil und sogar fundamentale Menschenrechte wie das Bürgerrecht verwehrt. Christliche Männer siedeln deshalb häufig in andere Städte oder Gebiete um und fangen mit einer neuen Identität ganz von vorn an, was dazu führt, dass sie in den ersten Phasen der Verfolgung wirtschaftlich benachteiligt sind.

In vielen Fällen sind christliche Männer und Jungen die Hauptversorger der Familie. Nachdem sie verfolgt wurden, leidet oft die ganze Familie unter Einkommenseinbußen, da die Männer und Jungen schwer zusammengeschlagen und sozial geächtet werden. Oft werden sie von der Ortspolizei abgeführt und lange verhört. Leiden also die Männer und Jungen, wird die ganze Familie wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen und lebt in sozialer Unsicherheit.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Durch die Annahme der neuen Verfassung und des Anti-Konversions-Gesetzes wurde die Verfolgung von Christen legitimiert, die der Missionierung verdächtigt werden. Da die Verfassung säkular ist, fordert die Pro-Hindu-Lobby immer lautstärker und feindseliger, Nepal in einen Hindu-Staat zu verwandeln. Das verleitet die extremistischen Hindus zu immer mehr Feindseligkeit gegenüber Christen und andere Minderheiten. Eines scheint sicher: Die Christen werden als religiöse Minderheit am stärksten von der Umsetzung der Verfassung von 2015 betroffen sein, da sie am stärksten der hinduistischen Mehrheit ihren Glauben bezeugen.

zurück zur Länderübersicht

Brunei: Platz 26

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Vorschriften, die Muslime gegenüber anderen Religionen bevorzugen, werden gesetzlich durchgesetzt und von allen Beamten überall im Land umgesetzt. Muslimische und ethnische Leiter können auf die christliche Minderheit Druck aufbauen, indem sie ihren bedeutenden Einfluss auf den Sultan nutzen, der als der Beschützer und Verteidiger des malaiischen Volkes und des Islam gilt. Familienmitglieder und Nachbarn können Konvertiten und Kirchen leicht Probleme bereiten, indem sie sie einfach dem staatlichen Sicherheitsamt melden. Die Behörden überwachen alle Kirchen und belegen sie mit Restriktionen (die registrierten Kirchen mit eingeschlossen).

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Konvertiten aus dem Islam leiden unter Verfolgung, da der Glaubenswechsel weg vom Islam als illegal angesehen wird, und es wird alles unternommen, diese Person zurück zu ihrem ursprünglichen Glauben zu bringen. Protestantische Freikirchen können nicht als Kirchen registriert werden, sondern müssen als Firmen, Gesellschaften oder Familienzentren angemeldet werden. Daher werden sie auch wie säkulare Organisationen behandelt und müssen jedes Jahr Finanz- und Geschäftsberichte an die Regierung übermitteln. Die gesamte Gesellschaft (die Christen mit eingeschlossen) ist von der schrittweisen Einführung der Scharia betroffen sowie von der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage, die die Behörden daran hindert, weiterhin so großzügig mit Zahlungen zu sein, um Unzufriedenheit zu verhindern.

Beispiele:

- Da der Glaubenswechsel weg vom Islam streng durch die Gesetze Bruneis verboten ist, werden Christen muslimischer Herkunft von ihren Partnern und Kindern getrennt und der/die Partner/in wird dazu gezwungen, sich scheiden zu lassen. Wenn der Sicherheitsdienst Konvertiten zum christlichen Glauben entdeckt, werden diese bedroht, um sie dazu zu bringen, ihren Glauben zu widerrufen.
- Einigen Christen und Angehörigen anderer Minderheiten wird die Staatsbürgerschaft vorenthalten. Dies führt zu einer großen Anzahl von staatenlosen Bewohnern, die an vielen Stellen benachteiligt werden.
- Besonders junge Leute verlassen das Land, da sie keine Zukunftsperspektive für sich sehen. Dies betrifft auch die Kirchen, und die nächste Generation an (potenziellen) Leitern wird zahlenmäßig immer kleiner.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl von Brunei auf dem WVI 2018 ist mit 64 Punkten gegenüber dem WVI 2017 unverändert, was eine stabile, aber immer noch schwierige Situation für Christen im Land widerspiegelt. Der durchschnittliche Druck ist sehr hoch, die Punktzahl für physische Gewalt aber sehr niedrig. Die Kontrolle, Überwachung und das Ausspionieren von Christen wird als wichtiger angesehen als Gewalt zu verüben. Die weiterhin anhängige Einführung des Scharia-Strafrechts ist ein gutes Beispiel dafür, dass es als effektiver angesehen wird, durch Drohungen zu regieren, als durch wirkliche Gewaltanwendung.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Brunei ist eine islamische Nation, die auf der Ideologie der „Malaiisch Islamischen Monarchie“ oder MIB („Melayu Islam Beraja“) basiert. Diese Regierungsform wird im Land als die fairste für alle Menschen bezeichnet, ob sie Muslime sind oder nicht. Der Sultan hat eine gewisse Demokratisierung gefördert (wobei Brunei von einer wirklichen Demokratie noch weit entfernt ist) und ernannte sich selbst zum Premierminister und Präsidenten. Brunei will ein vorbildliches Zentrum des Islam sein: Das Scharia-Recht wurde für zivile und religiöse Angelegenheiten schon vor der Unabhängigkeit 1984 für alle Muslime eingeführt, und die Regierung verfolgt eine Strategie der Islamisierung unter der teilweise christlichen, teilweise animistischen Stammesbevölkerung, indem sie die sogenannte „dawah“-Bewegung (Islamische Missionierung) unterstützt. Durch einen Erlass ist der Import von Bibeln und das öffentliche Feiern von Weihnachten verboten. Christliche Pastoren und Mitarbeiter stehen einer Vielzahl von Beschränkungen gegenüber, bedingt durch die Islamisierung und die vorherrschende MIB-Ideologie, und sowohl einheimische als auch zugewanderte Christen wurden zum Ziel aggressiver Islamisierungsbemühungen. Die Regierung, deren Ziel es ist, 2.000 Menschen pro Jahr zum Islam zu bringen, verspricht Belohnungen von 2.000 BND (1.450 USD) und andere Vorteile (z.B. Häuser, Einrichtungen und gute Jobs) für diejenigen, die konvertieren. Statistiken des Islamic Dawah Centre zufolge nahmen 2017 landesweit im ersten Halbjahr 235 Menschen den Islam an.

Diktatorische Paranoia: Seit über 600 Jahren liegt bei den Sultanen die absolute Macht im Land. Alle wichtigen Posten werden vom Sultan selbst bekleidet, sei es Premierminister, Finanzminister, Innenminister, Außenminister, Handelsminister, Verteidigungsminister oder Oberhaupt der Religion. Die Menschen verehren ihn von Herzen und respektieren den Sultan, jedwede Kritik ist undenkbar und in der Tat sehr unwahrscheinlich, da die Menschen ihn sehr schätzen und ihn nicht für die schlechte wirtschaftliche Lage verantwortlich machen. Seine Regentschaft hat bisher keine Gefahr für die Christen dargestellt, aber seine konservative islamische Einstellung zeigte sich 2016, als er die Behörden kritisierte, die Einführung der zweiten Phase der Scharia, des Strafrechts, immer noch nicht umgesetzt zu haben. Daher scheint der konservative Islam als eine Art Staatsideologie zu dienen, gestützt vom Herrscher, und auch als ein Mittel, die Menschen unter Kontrolle zu halten, was die Christen im besten Falle als Bürger zweiter Klasse und mit einer Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft zurücklässt.

Verfolger

Da alle MIB-Vorschriften (die Muslime gegenüber Angehörigen anderer Religionen bevorzugen) rechtlich durchgesetzt und durch die Behörden in allen Bereichen des Landes umgesetzt werden, sind Staatbeamte die Hauptverfolger. Religiöse (islamische) und malaiische Führer üben einen großen Einfluss auf den Sultan aus, der als der Beschützer des Islam und des malaiischen Volkes gesehen wird, und machen so Druck auf die christliche Minderheit. Familienmitglieder und Nachbarn können Konvertiten und Kirchen leicht Probleme bereiten, indem sie sie einfach dem staatlichen Sicherheitsdienst KDN melden, was regelmäßig geschieht.

Hintergrund

Am 1. Mai 2014 stellte Sultan Hassanal die erste von drei Phasen zur Einführung eines Strafrechts vor, das auf dem islamischen Recht, der Scharia, beruht. Der erste Satz an Regulierungen beinhaltet Geldstrafen und Gefängnisstrafen für „Verbrechen“ wie außereheliche Schwangerschaften, die Verbreitung anderer Religionen als des Islam und das Versäumen des verbindlichen Freitagsgebetes. Die zweite Phase, die härtere Strafen wie Prügel und Amputationen für Eigentumsdelikte enthält, sollte eigentlich im Mai 2015 eingeführt werden, verzögerte sich aber, was Sultan Hassanal veranlasste, dies bei einem Treffen mit dem islamischen Rat als „inakzeptabel“ zu bezeichnen. Die Scharia-Strafprozessordnung wird derzeit ausgearbeitet und sollte eigentlich bereits im Juni 2017 eingeführt werden, aber auch dies fand im Berichtszeitraum des WVI 2018 nicht statt, trotz des ausdrücklichen Missfallens des Sultans. Dafür kursieren zwei mögliche Erklärungen: Entweder sind die Behörden von den Kosten der Einführung überrascht worden und ihnen ist durch einen niedrigeren Ölpreis das Geld ausgegangen; oder die Drohung der Einführung reicht aus, um Angst unter den nichtmuslimischen Bürgern hervorzurufen und sie so unter Kontrolle zu halten.

Als 1929 riesige Vorräte an Öl und Gas in Brunei entdeckt wurden, nutzte der Sultan die enorm großen Einnahmen, um sein winziges Sultanat zu einer der wirtschaftlich reichsten und sozial sichersten Gesellschaften der Welt zu machen. Die Bürger erhalten kostenlose medizinische Versorgung, Bildung, Wohngeld, niedrig verzinste Wohndarlehen und sind von der Einkommenssteuer befreit. Fast 96% der Exporte Bruneis sind Öl, Gas und verwandte Produkte. Bei der derzeitigen Fördergeschwindigkeit hat Brunei nur noch Ölreserven für die nächsten 22 Jahre, manche rechnen schon mit einem Ende um das Jahr 2025. Selbst wenn die Vorräte länger halten, nehmen die Kosten für die Ausbeutung der Reserven zu. Brunei ist derzeit das einzige südostasiatische Land, das einen wirtschaftlichen Niedergang erlebt. In einem Versuch, wirtschaftlich zu diversifizieren, stellte der Sultan 2008 die „Vision Brunei 2035“ vor, welche darauf abzielt, die Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten zu reduzieren und die Beschäftigung im Privatsektor anzukurbeln. Darüber hinaus beginnt das Sultanat mit Versuchen, eine Diversifizierung der Wirtschaft durch große internationale Handelsabkommen herbeizuführen, doch bis jetzt nur mit bestenfalls gemischtem Erfolg. Dennoch scheint das Land durch Steuerüberschüsse und Rücklagen vorerst gut gepolstert zu sein. Die „Vision Brunei 2035“ plant, das Land in ein „islamisches Singapur“ zu verwandeln, in dem die Errungenschaften von Bruneis gut ausgebildeten Bürgern internationale Anerkennung erfahren. Nichtsdestoweniger wird befürchtet, dass viele der besser ausgebildeten Bewohner Bruneis sich entscheiden werden, das Land zu verlassen, da Teile des Scharia-Rechts auch für Nichtmuslime gelten (die ungefähr 33% der Bevölkerung Bruneis ausmachen). Und da es bereits Orte wie Dubai gibt, wird es wohl kaum Bedarf nach einem weiteren „islamischen Singapur“ geben.

Muslimische Gruppen, die als Abweichler gesehen werden, wie Schiiten und Ahmadis, sind verboten und werden ebenso verfolgt.

Betroffene Kategorien von Christen

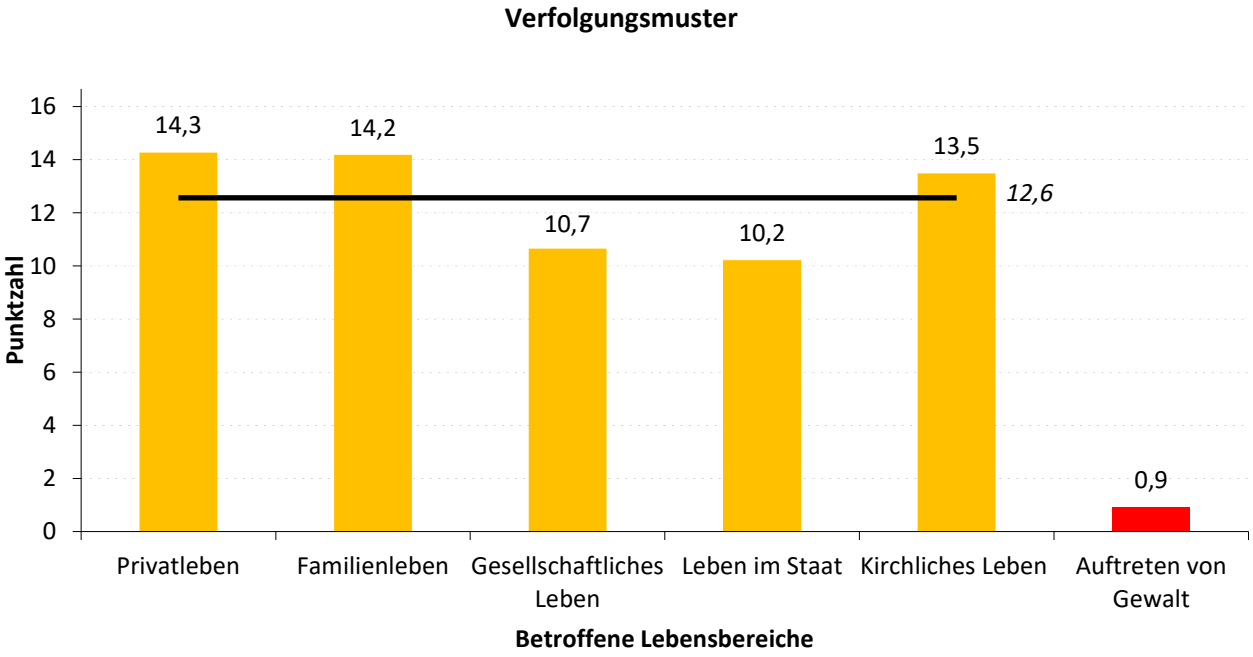
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Da ausländische und eingewanderte Christen in einheimische Gemeinden gehen, werden sie nicht als eigenständige Kategorie in der Analyse des WVI erfasst.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gemeinschaften, wie die römisch-katholische Kirche und die anglikanische Kirche, stehen zunehmenden Anfeindungen gegenüber und müssen mehr und mehr Vorsicht walten lassen, da sie streng überwacht werden, obwohl sie immer noch weniger von Verfolgung betroffen sind als die neueren protestantischen Gemeinden und Gemeinschaften von Konvertiten.

Christen muslimischer Herkunft: Christen muslimischer Herkunft leiden unter starkem Druck durch Familie und Freunde, da die Abwendung vom Islam als illegal angesehen wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese evangelikalen und pfingstlerischen Gemeinschaften müssen vorsichtig darin sein, wie sie ihren Glauben leben und feiern, sowohl im Privatleben als auch im kirchlichen Leben.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Brunei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf die Christen in Brunei verbleibt auf einem hohen Niveau und stieg von 12,5 Punkten im WVI 2017 auf 12,6 im WVI 2018.
- Der stärkste Druck findet sich in den Bereichen des Privatlebens, des Familienlebens und des kirchlichen Lebens. Der Druck auf Konvertiten findet besonders im Bereich des Privat- und Familienlebens statt (beide auf extrem hohen Niveau), während alle Christen einen wachsenden Druck im Bereich des Lebens im Staat und im kirchlichen Leben gegenüberstehen. Dieser Druck wird angeheizt durch die Einführung der Scharia und die drohende Einführung des Scharia-Strafrechts.
- Die Punktzahl für die Gewalt gegen Christen verringerte sich von 1,1 im WVI 2017 auf 0,9 Punkte im WVI 2018. Die Verfolgung von Christen in Brunei war noch nie sehr gewalttätig.

Privatleben: Die Gesetze Bruneis erlauben es malaiischen Muslimen nicht, ihren Glauben zu verlassen. Diejenigen, die es tun, erwarten harte Strafen. Abschnitt 112(1) der Scharia-Strafprozessordnung Bruneis besagt, dass ein Muslim, der dem Islam den Rücken kehrt, mit dem Tode bestraft werden kann oder mit einer Gefängnisstrafe von nicht mehr als 30 Jahren und einer Prügelstrafe, abhängig von der Art der Beweise. Wenn das Schariagericht überzeugt ist, dass der Beschuldigte sein „Vergehen" bereut, muss das Gericht eine Freilassung anordnen. Jedwede private Aussage über den christlichen Glauben kann als christliche Mission ausgelegt werden, somit wird heute selbst das Tragen eines Kreuzes um den Hals viel vorsichtiger gehandhabt als früher. Für einen Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, christliche Literatur und Materialien zu besitzen, da dies seine christliche Identität offenlegen könnte. Vor diesem Hintergrund ist es ganz besonders schwierig für diese Christen, sich mit anderen Christen zu treffen (was aber auch für die anderen Christen gilt, da sie überwacht werden), da es zum einen gefährlich für die christlichen Konvertiten selbst ist und zum anderen das christliche Treffen verraten und gefährden kann. Christliche „Propaganda" unter Andersgläubigen oder Stammesangehörigen, die meist einer ethnischen Religion folgen, zu verbreiten, ist verboten. Christen, besonders ihre Leiter, sind unter der permanenten Überwachung der Behörden. Zudem ist wichtig anzumerken, dass es in Brunei ein Gesetz gibt, dass die unerlaubte Versammlung von mehr als 5 Leuten verbietet.

Familienleben: Eltern, die christliche Konvertiten sind, befinden sich in einem Dilemma, da sie nicht wagen, ihre Kinder in ihrem Glauben zu erziehen, weil die Kinder aus Versehen den Glauben der Familie an Jesus Christus offenbaren könnten. Keine Schule, weder privat noch öffentlich, darf christliche Themen unterrichten und alle Schüler in Primar- und Sekundarschulen müssen per Gesetz den Islam (oder genauer die MIB-Philosophie) studieren. Ein Pastor merkte an, dass die Schüler besser die MIB-Prinzipien wiedergeben könnten als die 10 Gebote. Wenn Christen muslimischer Herkunft entdeckt werden, wird man sie isolieren und unter Druck setzen, ihren Glauben zu widerrufen. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft verheiratet ist, wird er von seinem/ihrem Partner/in getrennt, der wiederum dazu gezwungen wird, die Scheidung einzureichen.

Gesellschaftliches Leben: Christen mit muslimischen Hintergrund stehen immer unter dem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Besonders die malaiisch sprechenden Gemeinden sind ernsthaft bedroht und werden unablässig überwacht, was zu einem hohen Maß an Furcht unter den Kirchenleitern führt. Jeder weiß von der Überwachung, die stattfindet. Immer wieder sind selbst in den Kirchen Informanten (manchmal andere Christen), die von den Behörden geschickt werden.

Die Behörden besorgen sich von Einwohnern Informationen über die Aktivitäten der Kirchen. Darüber hinaus werden Christen im Geschäftsleben benachteiligt. Mit der Schariagesetzgebung fängt die Regierung an, mehr und mehr Regeln und Restriktionen einzuführen. Seit 2014 ist das öffentliche Feiern von Weihnachten verboten. Es wurde berichtet, dass eine Mutter ihren Sohn daran hinderte, in einem Einkaufszentrum zu laut Weihnachtslieder zu singen, was die wachsende Angst zeigt. Zudem gibt es strikte Vorgaben und Strafen über das Einhalten der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadan, sowohl für Muslime als auch für Nichtmuslime.

Ungefähr die Hälfte der Konversionen zum Islam geschehen unter Einwanderern, so werden z.B. katholische Filipinos Muslime, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten; indische Arbeiter werden eingeladen, Muslime zu werden, um ebenfalls Arbeitserlaubnisse und Sozialleistungen zu bekommen.

Leben im Staat: Wie bereits erwähnt, stellte Brunei das Scharia-Strafrecht im Mai 2014 vor. Dies regelt nicht nur die Bestrafung von Mord und Diebstahl, sondern betrifft auch das öffentliche Zeigen von christlichen Symbolen. Die Einführung war für 2017 geplant, aber die Implementierung der zweiten Phase der Scharia-Gesetzgebung scheint stillschweigend verschoben worden zu sein, eventuell dem Fakt geschuldet, dass es für den Herrscher angenehmer ist, die Bürger und besonders die religiösen Minderheiten in Unsicherheit über die Regeln zu belassen. Einen Glaubenswechsel offiziell bestätigen zu lassen, ist undenkbar. Christen werden oft diskriminiert, wenn sie mit den Behörden zu tun haben. Wenn Einwohner chinesischer, christlicher oder buddhistischer Herkunft einen Antrag auf Staatsbürgerschaft stellen, werden sie in vielen Fällen mit einer Ablehnung oder Verzögerung konfrontiert, aber die Behörden geben keine offizielle Begründung dafür. Die Aktivitäten des Landes bezüglich Islamisierung, besonders unter Christen, werden breit publiziert und Übertritte von Christen zum Islam werden in den Medien in den höchsten Tönen gelobt. Untergrundgemeinden zeigen selbstverständlich niemals christliche Symbole, aber selbst Christen aus anerkannten Kirchen sind vorsichtig darin, nichts in der Öffentlichkeit zu zeigen, da dies als Verbreitung des christlichen Glaubens mit der Absicht ausgelegt werden könnte, Muslime zu konvertieren, was ein Verstoß gegen die neue Schariagesetzgebung wäre. Daher haben Christen auch Angst, irgendetwas zu tragen, das ihrem Glauben Ausdruck verleiht, wie ein Kreuz an einer Kette.

Kirchliches Leben: Alle Aktivitäten von Kirchen werden überwacht, aber vor allem registrierte Gemeinden sind davon betroffen, dass die Regierung Spitzel schickt. Diese Informanten sind teilweise selbst Christen, denen Bestechungsgeld angeboten wird. Diese Kirchen, die in der Verfassung während der Kolonialzeit registriert wurden, haben immer noch einen offiziellen Status. Dennoch erlaubt die Regierung es nicht, dass weitere Kirchen registriert werden. Und selbst registrierte Kirchen stehen Problemen gegenüber. In der Hauptstadt Bandar Seri Begawan setzt die Regierung an Sonntagen Zugangsbeschränkungen um und alle Straßen, die zu den katholischen und anglikanischen Kirchen führen, werden aus „Erholungsgründen“ zwischen 6 Uhr morgens und 13 Uhr gesperrt. Nur Besitzer einer gültigen Bescheinigung dürfen das Gebiet um die beiden großen Kirchen betreten. Es gibt eine Fatwa, stillschweigend vom Sultan befürwortet, die es verbietet, dass nichtmuslimische religiöse Gebäude renoviert oder gebaut werden dürfen. Daher verfallen die Kirchen mehr und mehr, aber einige Gemeinden haben ihre Gebäude einfach ohne Genehmigung renoviert. Trotz all dieser Herausforderungen stehen die Gemeinden fest in ihrem christlichen Glauben. Dabei bleibt das Problem, dass viele junge Christen das Land verlassen und es daher eine Lücke in der Leiterschaft gibt. Gemeinschaften christlicher Konvertiten und freikirchliche Gemeinschaften können sich nicht registrieren lassen, und manchmal werden ihre Treffen von der Polizei unterbrochen.

Aber selbst die traditionellen Kirchen haben im Berichtszeitraum des WVI 2018 Schwierigkeiten bekommen, ihre Genehmigungen verlängert zu bekommen. Alle christlichen Aktivitäten in der Öffentlichkeit sind verboten. Im Dezember 2014 warnte die Regierung alle christlichen Gemeinschaften davor, öffentliche Weihnachtsfeierlichkeiten abzuhalten. Dieses Verbot von Weihnachtsfeiern ist immer noch in Kraft. Sonntägliche Gottesdienste werden von Beamten der Regierung genau überwacht und Pastoren (besonders Bahasa Malay Pastoren) sind sehr vorsichtig darin, die Regierung oder die königliche Familie in ihren wöchentlichen Predigten nicht zu verärgern. Auch die Publikation von Literatur und Materialien wird überwacht und der Import von christlicher Literatur und Materialien ist verboten. Die Bewegungen und Aktivitäten von christlichen Leitern werden überwacht und es ist schwierig, Kirchenmitglieder auszubilden oder eine theologische Ausbildung anzubieten.

Auftreten von Gewalt: Die Wertung für physische Gewalt ist auf einem sehr niedrigen Niveau, was widerspiegelt, dass die Verfolgung in Brunei nie sehr gewalttätig war. Dennoch ist sie Anlass genug, dass einige Christen das Land verlassen und christliche Konvertiten sich verstecken.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Regierung Bruneis muss einige schwierige Entscheidungen treffen. Die komfortable Zeit, in der sich der Sultan um all seine Untertanen kümmerte, wird bald vorbei sein. Bis jetzt stellt die Regierung kostenlose medizinische Versorgung bereit sowie subventionierte Lebensmittel und vergünstigtes Wohnen. An den staatlichen Schulen gibt es keine Schulgebühren und die Bürger Bruneis müssen keine Einkommenssteuer bezahlen. Aber da die Öl- und Gasreserven wohl nur noch eine Generation oder weniger halten werden, muss die Regierung anfangen, über Alternativen nachzudenken. Bis jetzt war sie dabei nicht sehr erfolgreich, da es scheint, dass die Welt kein „islamisches Singapur“ braucht (oder bereits eines in Dubai oder Doha hat?). Der wachsende wirtschaftliche Druck kann zu wachsender Unsicherheit und sogar Unruhen führen, besonders weil die Regierung kein weiteres Personal einstellt. Es sieht danach aus, dass der Sultan, indem er auf die Einführung der Scharia-Gesetzgebung pocht und christliche Feste verbietet, sich auf eine konservative Form des Islam verlässt – sicherlich einerseits aus Überzeugung, aber auch als ein Mittel, sein Volk unter Kontrolle zu behalten. Dies wird zu einer Verstärkung der Haupttriebkraft der Verfolgung des Landes führen, der Islamischen Unterdrückung. Die Tatsache, dass der Sultan entschied, im November 2016 die beliebte englischsprachige Zeitung Brunei Times schließen zu lassen, zeigt, dass er (erfolgreich) versucht, Kontrolle über die Medien und die öffentliche Berichterstattung zu bekommen, daher wird auch die Diktatorische Paranoia eine Triebkraft der Verfolgung bleiben. Dies ist eine Herausforderung für die Christen, die ohnehin einer Veränderung in den Kirchen gegenüberstehen, da junge Christen in großer Zahl das Land verlassen. Darüber hinaus zeigt sich die Mentalität des Landes am besten in einem Satz, den ein Professor im September 2016 sagte: „Bildungseinrichtungen im Land sollten vollständig durch Religion geführt werden, um den Frieden in der Zukunft sicherzustellen.“ Obwohl dies extremistische Einflüsse unterbinden soll, lässt es nichts Gutes für die religiösen Minderheiten in Brunei erahnen.

zurück zur Länderübersicht

Katar: Platz 27

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Christen erfahren Verfolgung auf allen gesellschaftlichen Ebenen: Die Regierung, die Kommune und selbst die eigene Familie können gefährlich für Christen sein, insbesondere für Christen mit muslimischem Hintergrund. Keine andere Religion wird neben dem Islam akzeptiert, und die Gesetze der Scharia schreiben viele Regeln für das persönliche, familiäre und gesellschaftliche Leben vor. Die Gesellschaft Katars ist konservativen islamischen Werten verpflichtet, die von gewöhnlichen Bürgern und der Regierung durchgesetzt werden. Die Staatsreligion ist der strikt konservative wahhabitische Islam.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Es gibt zwei Gruppen von Christen in Katar, die streng voneinander getrennt sind. Die größere Gruppe stellen die Gemeinschaften ausländischer christlicher Gastarbeiter dar. Die Regierung erlaubt ihnen in der Öffentlichkeit nur an bestimmten Plätzen, die sich außerhalb der Hauptstadt Doha befinden, Gottesdienst zu feiern. Muslimen das Evangelium zu verkünden, ist streng verboten und kann zu Strafverfolgung und Ausweisung aus dem Land führen. Viele dieser Gastarbeiter müssen unter ärmlichen Bedingungen leben und arbeiten, ihr christlicher Glaube lässt sie noch verletzlicher werden. Trotz der Lebensbedingungen wachsen diese christlichen Gemeinschaften.

Die andere Gruppe besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund. Diese Konvertiten müssen die Hauptlast der Verfolgung tragen, egal, ob sie Einheimische oder nach Katar eingewandert sind. Die meisten einheimischen Christen haben den Glauben an Jesus im Ausland angenommen. Sie sind sowohl Druck von Familienmitgliedern als auch von ihrer Gemeinschaft ausgesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Konvertiten mit Migrationshintergrund sind ebenfalls hohem Druck ausgesetzt und werden von ihrem sozialen Umfeld in den Unterkünften für Gastarbeiter kontrolliert. Auch ihre Arbeitgeber können als Verfolger auftreten. Sowohl einheimische als auch ausländische Christen muslimischer Herkunft riskieren Diskriminierung, Belästigung, polizeiliche Überwachung und alle Arten von Einschüchterung durch gewalttätige Gruppen. Ein Religionswechsel vom Islam weg wird zudem nicht offiziell anerkannt und führt sehr wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Belangen des persönlichen Status und Besitzes. Dennoch gibt es sehr selten Berichte von Christen, die wegen ihres Glaubens verhaftet, verletzt oder getötet wurden.

Beispiele:

- World Watch Monitor berichtete im Februar 2017 über die harten Bedingungen für christliche Gastarbeiter in Katar. 2022 findet die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar statt. Das Land scheint fest entschlossen zu sein, einen guten Eindruck zu hinterlassen. Es möchte wie ein modernes, glamouröses, erfolgreiches Land aussehen, das jeden willkommen heißt, der sein Geld ausgeben und eine gute Zeit haben will. Dies kann jedoch nicht die andere Seite Katars verbergen – ein zutiefst intolerantes Land für alle Nicht-Muslime, das tief in extrem reiche Katarer und Hunderttausende, oft ausgebeutete Arbeitskräfte, die größtenteils aus Asien stammen, gespalten ist.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Gesamtwertung für Katar ist mit 63 Punkten drei Punkte niedriger als auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Trotz dieses Rückgangs bleiben die Christen in Katar, insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund, unter sehr hohem Druck durch Regierung und Gesellschaft. Auch eine Verfeinerung bei der Bewertung der Situation von Christen muslimischer Herkunft führte zu diesem Rückgang. Es wurden zudem weniger Fälle von „Auftreten von Gewalt" im Berichtszeitraum gemeldet.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Staatsreligion Katars ist ein streng wahhabitischer Islam. Während Muslime die Freiheit haben, ihren Glauben öffentlich auszuleben, müssen nichtmuslimische Gruppen wie Christen ihren Glauben in Privathäusern oder dafür ausgewiesenen Örtlichkeiten ausüben. Missionierung ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Kritik am Islam wird bestraft. Die Abwendung vom Islam zu einer anderen Religion wird als Abfall vom Islam verstanden, was verboten und gesellschaftlich nicht akzeptabel ist. Das Familienrecht wird durch die Scharia, die islamische Gesetzgebung, bestimmt. Nahezu alle Staatsbürger Katars sind per Definition entweder sunnitische oder schiitische Muslime.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Charakteristisch für diese Triebkraft sind Bemühungen, die prägende Kraft traditioneller Werte und Normen zu erhalten, die in einer Stammeskultur entstanden sind, und diese dann Christen aufzuzwingen. In Katar sind „Ethnisch begründete Anfeindungen" sehr stark mit dem Islam verflochten. Dies betrifft besonders Christen mit muslimischem Hintergrund.

Diktatorische Paranoia: Katar ist eine absolute Monarchie und wird von einem Emir regiert, der ein Nachkomme der katarischen Königsfamilie ist. Die Regierung schuf einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger. Die Regierung erwartet im Gegenzug Gehorsam und lässt keinen Widerspruch zu. Außerdem versucht die Regierung wegen der geringen Zahl von Staatsangehörigen im Vergleich zu einer sehr hohen Zahl von ausländischen Gastarbeitern, das Land islamisch zu halten. Obwohl es ausländischen Christen relativ freisteht, ihren Glauben auszuleben, überwacht die Regierung alle Aktivitäten. Das Land ist gut überwacht; die vielen Gastarbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, da sie leicht aus dem Land verwiesen werden können.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Gefahr für Christen in Katar. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden und daher wehrlos gegenüber den Forderungen ihrer Chefs. Diese können ausländische Christen leicht diskriminieren, demütigen oder missbrauchen, insbesondere die armen und nicht gut ausgebildeten Arbeiter aus Südostasien und Nordafrika. Christliche Gastarbeiter sind außerdem Diskriminierungen und Misshandlungen von muslimischen Gastarbeitern ausgesetzt.

Als Muslim den christlichen Glauben anzunehmen, ist in Katar gesellschaftlich nicht akzeptabel. Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, das Evangelium mit Muslimen zu teilen, da Missionierung illegal ist und strafrechtlich verfolgt werden kann. Es wurden keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, einige wurden in den vergangenen Jahren jedoch ohne Prozess aus dem Land ausgewiesen.

Katar ist bekannt dafür, den Wahhabismus ausbreiten zu wollen, der eine ultrakonservative Form des Islam darstellt. Auch wenn das Land versucht, offen und modern zu wirken, hat diese strikte Interpretation des Islam Katar fest im Griff. Dies zeigt sich daran, dass sowohl Gesellschaft als auch Regierung die Lehren des Wahhabismus in der Öffentlichkeit durchsetzen, indem beispielsweise Kleiderordnungen festgelegt werden, der Konsum von Alkohol nahezu verboten ist, die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird (Verbot der Kritik am Islam), und andere Religionsgemeinschaften dazu gezwungen werden, ihren Glauben nur privat zu leben.

Dazu kommen konservative islamische Geistliche wie Yusuf al-Qaradawi, der Millionen von Zuschauern über den in Katar ansässigen Nachrichtensender Al Jazeera hat. Auch wenn er nicht den Wahhabismus vertritt, wird er als wichtige intellektuelle Stimme der Muslimbruderschaft angesehen und hat es klar ausgedrückt, dass Apostasie (der Abfall vom Islam) seiner Meinung nach mit dem Tod bestraft werden sollte.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Da „Ethnisch begründete Anfeindungen“ deutlich mit „Islamischer Unterdrückung“ vermischt sind, ist es schwer, hier bestimmte Verfolger zu identifizieren. Die Familienehre ist jedoch ein uraltes Konzept, und die Beschmutzung derselben durch den Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist in der katarischen Gesellschaft nicht akzeptabel. Christliche Konvertiten riskieren es, von ihren Familien ausgestoßen oder sogar getötet zu werden.

Diktatorische Paranoia: Die Regierung Katars erlaubt keine Kritik, besonders nicht von (ausländischen) Christen. Das Land ist gut überwacht, und Sicherheitskräfte kontrollieren alle Aktivitäten in Katar. Gastarbeiter, die sich negativ gegenüber der Regierung äußern, werden sehr wahrscheinlich abgeschoben.

Hintergrund

Seit der Erklärung der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1971 hat Katar massive ökonomische, gesellschaftliche und politische Änderungen durchlaufen. Einst eine arme Fischernation, hat sich Katar durch die Ausbeutung der ergiebigen Öl- und Gasfelder zu einem wohlhabenden und modernen Land entwickelt.

Bis Juni 2017 schien Katar eine stabile Nation zu sein, die freundschaftliche Beziehungen zu den USA und Saudi-Arabien, aber auch dem Iran, der Hamas und der Hisbollah unterhielt. Abgesehen von einigen Protesten im Internet sorgte der Arabische Frühling für keine Unruhen in Katar, trotz der aktiven Rolle, die das Land in den Bewegungen des Arabischen Frühlings in anderen Ländern einnahm. Dies änderte sich plötzlich als einige Golfstaaten und Ägypten, angeführt von Saudi-Arabien, am 5. bzw. 6. Juni 2017 alle diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Katar abbrachen. Seitdem sind alle Land- und Seegrenzen zwischen Katar und Saudi-Arabien, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten geschlossen. Die offizielle Begründung für den Boykott Katars ist die angebliche Unterstützung von terroristischen Gruppen durch das Land.

Die konservativen und mehrheitlich wahhabitischen Katarer stehen der Demokratie nicht positiv gegenüber. Sie nehmen sie als westliches Konzept wahr, das zu schwierigen Situationen führt, wie in mehreren demokratisierten arabischen Ländern zu beobachten war. Ungewöhnlich für die Region ist, dass keine soziale oder wirtschaftliche Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt, da der Staat seinen Reichtum großzügig verteilt. Diese materialistische Sättigung führt zu politischer Apathie.

Die große Anzahl ausländischer Arbeitskräfte spielt eine große Rolle in Katar. Sie machen mehr als 80 Prozent der Einwohner des Landes aus, was die weltweit höchste Rate von Zuwanderern im Verhältnis zu Einheimischen darstellt. Die in Katar lebenden Ausländer werden von Katarern im Allgemeinen als Sklaven betrachtet und behandelt, insbesondere diejenigen aus Afrika und Asien. Die Arbeitsbedingungen für die Arbeitsmigranten sind mitunter unmenschlich und gefährlich; viele von ihnen werden unterbezahlt, leben in unzureichenden Behausungen (u.a. in unhygienischen und überfüllten Lagern für Arbeiter) und sind häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Einige Arbeiter sind bereits an ihrem Arbeitsplatz ums Leben gekommen. Zwangsarbeit und Menschenhandel sind bedeutende Probleme.

Laut dem Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit in Katar von 2016 sind nur sunnitische und schiitische Muslime sowie sechs christliche Denominationen offiziell als religiöse Gruppen anerkannt. Andere Gruppen wie Hindus, Buddhisten, Anhänger der Bahai-Religion und andere christliche Denominationen durften ihren Glauben zwar im privaten Rahmen ausleben, hatten jedoch keinen Ort, um sich mit anderen Glaubensgeschwistern zu treffen.

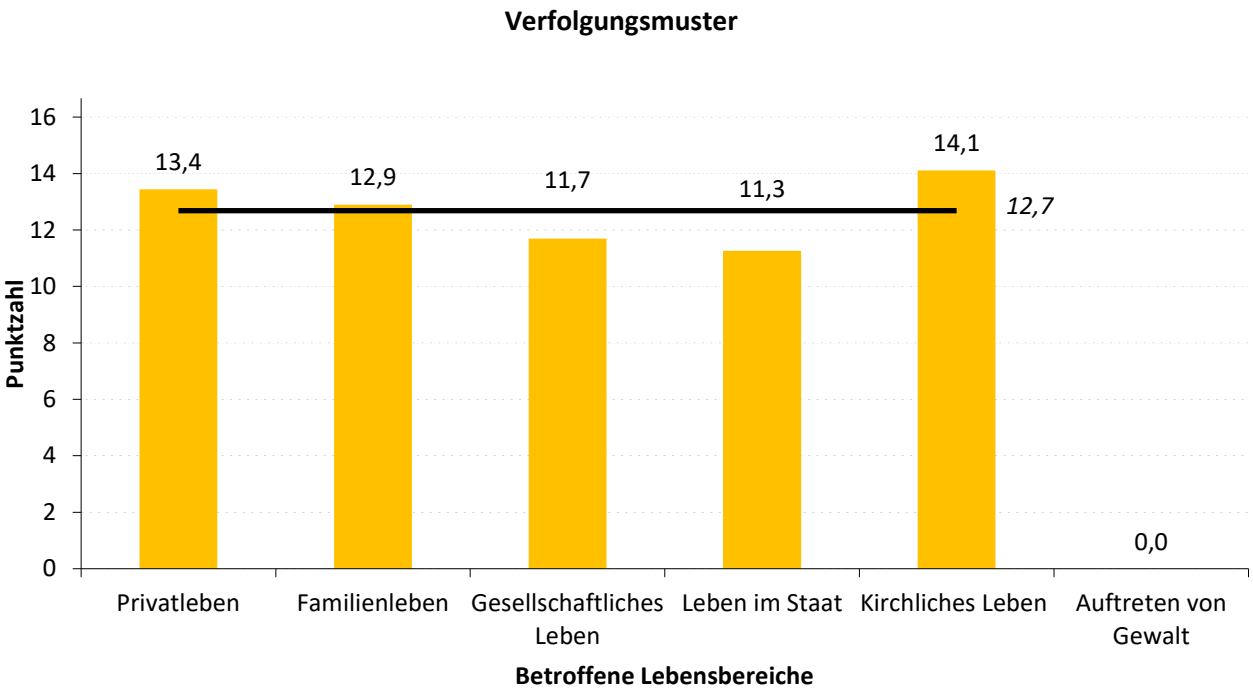
Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Die Intensität der Verfolgung ist innerhalb dieser Kategorie unterschiedlich. So haben ungebildete Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern (z.B. Bauarbeiter) einen niedrigeren sozialen Status und werden meist schlechter behandelt als Ausländer aus dem Westen, die als Facharbeiter beschäftigt sind. Daher werden Migranten aus Asien und Afrika ungeachtet ihrer Religion generell schlecht behandelt. Ist ein Arbeitsmigrant Christ, muss er mitunter zusätzliche Diskriminierungen erdulden. Dazu gehört massiver Druck, zum Islam zu konvertieren. Nichtmuslimische Migranten dürfen ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Viele von ihnen haben keine Möglichkeit, einen Gottesdienst in dem speziellen Komplex zu besuchen, der von der Regierung in der Wüste außerhalb der Hauptstadt Doha zur Verfügung gestellt wurde. Die christliche Gemeinschaft der Arbeitsmigranten wächst, da viele Arbeiter während ihres Aufenthalts den christlichen Glauben annehmen. Am Kirchenstandort herrschen bereits Verkehrsstaus und Parkplatznot. Viele Christen gehen davon aus, dass der Komplex bald zu klein sein wird, um alle Christen in Katar aufnehmen zu können, die sich zu den Gottesdiensten versammeln. Eine positive Entwicklung 2015 war die Vergabe von Grundstücken an die kürzlich registrierten Kirchen der libanesischen Maroniten und die philippinische evangelikale Gemeinschaft, damit Kirchen gebaut werden können. Der Bau muss innerhalb von drei Jahren abgeschlossen sein.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund werden in Katar stark verfolgt. Sie gelten als vom Islam Abgefallene, sind Diskriminierungen und Belästigungen vonseiten der Gesellschaft ausgesetzt und riskieren sogar, für ihren Glauben von ihrer Familie getötet zu werden. Apostasie ist zudem ein Verbrechen und kann mit der Todesstrafe belegt werden. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 wurden allerdings keine Exekutionen oder andere offizielle Strafen für die Abkehr vom islamischen Glauben registriert.

Fast alle Katarer, die sich für den christlichen Glauben entschieden haben, sind im Ausland zu diesem Glauben gekommen. Die meisten kehren aus Furcht nicht in ihr Land zurück. Der Großteil der Christen mit muslimischem Hintergrund sind Arbeitsmigranten. Der Druck auf beide Gruppen (einheimische und ausländische Christen muslimischer Herkunft) ist sehr hoch. Einheimische stehen stark unter der Kontrolle ihrer Familien. Sie sind sowohl von Familienmitgliedern als auch von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Ausländische Arbeiter muslimischer Herkunft erleben Druck von ihrem Umfeld in den Camps, in denen die Arbeiter leben. Auch ihre muslimischen Arbeitgeber können als Verfolger auftreten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Katar

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Die durchschnittliche Wertung für den Druck auf Christen ist weiterhin sehr hoch, auch wenn sie im aktuellen Berichtszeitraum von 13,2 auf 12,7 Punkte leicht gesunken ist.
- Die Wertung im Bereich „Kirchliches Leben“ ist extrem hoch, was unterstreicht, dass die Kirche in Katar als religiöse Gruppe keine öffentliche Rolle spielen darf. Die sehr hohen Wertungen in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ reflektieren die Situation von Christen muslimischer Herkunft.

- Der Wert für „Auftreten von Gewalt“ ist von 0,4 Punkten im WVI 2017 auf 0,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum gesunken. Im vergangenen Berichtszeitraum wurde berichtet, dass einige Visa von Christen nicht verlängert wurden. Auch wenn dies im aktuellen Berichtszeitraum sehr wahrscheinlich ebenfalls passiert ist, gab es keine dementsprechenden Meldungen an Open Doors. Die sehr geringe Wertung für Gewalt zeigt zwei Dinge: Zunächst ist der starke Druck auf Christen auf eine Weise institutionalisiert, dass die katarische Regierung keinen Grund hat, gewalttätig gegen sie vorzugehen. Zum Zweiten verhindern die hohe Kontrolle vonseiten der Gesellschaft und Regierung, dass gewalttätige Akte der Verfolgung öffentlich werden.
- Die Verfolgungssituation in Katar wird durch eine puristische Form des Islam und eine starke Kontrolle der Gesellschaft bestimmt.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft – egal ob einheimisch oder eingewandert – können ihren Glauben nicht öffentlich ausleben. Jeder Hinweis auf ihre Hinwendung zum christlichen Glauben kann schwerwiegende Konsequenzen für sie haben. Ausländische Christen aus dem Westen haben mehr Freiheiten, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie das Evangelium nicht an Muslime weitergeben. Arbeitsmigranten müssen ihren Glauben mit Vorsicht leben. Die Freiheit im Bereich „Privatleben“ hängt für sie von der Einstellung und Religion ihrer Arbeitskollegen ab, mit denen sie zusammen in den gleichen Unterkünften leben und in denen es häufig so gut wie keine Privatsphäre gibt. Im Fall von Hausangestellten, die zumeist Frauen sind, kommt es zudem auf die Einstellung ihres Arbeitgebers an.

Familienleben: Alle Katarer gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft stehen in erheblicher Gefahr, zur Wiederherstellung der Familienehre ermordet zu werden. Wenn ihre Familien oder ihr gesellschaftliches Umfeld ihren Glauben entdecken, drohen ihnen körperliche Gewalt oder die Verbannung. Daher bleiben viele Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor Gerüchten oder Verrat anonym. Für ausländische Christen ist es schwierig, in einem zum Großteil islamisch geprägten Umfeld in Übereinstimmung mit ihrem Glauben zu leben und ihre Kinder aufzuziehen.

Gesellschaftliches Leben: Alle Christen stehen durch alle möglichen Diskriminierungen mehr oder minder unter Druck, ihrem Glauben abzuschwören. Christliche Arbeitsmigranten können an ihrem Arbeitsplatz schikaniert und diskriminiert werden; Christen muslimischer Herkunft werden es in jedem Fall, wenn ihr Glaube bekannt wird. Diskriminierung vonseiten der Behörden betrifft alle Christen. Christlichen Eltern ist es erlaubt, ihre Kinder zu Hause ihrem Glauben entsprechend zu erziehen, aber sowohl in öffentlichen als auch privaten Schulen ist nichtmuslimischer religiöser Unterricht verboten.

Leben im Staat: Das Rechtssystem basiert auf der Scharia, und die Hinwendung zu einer anderen Religion als dem Islam ist illegal. Nichtmuslime stehen bei Fällen, in denen es um das Sorgerecht geht, unter dem Recht der Scharia. Andere Fälle, die den persönlichen Status betreffen, wie Scheidungen und Erbfälle, werden jedoch unter dem Zivilrecht behandelt. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck vonseiten der Behörden, wenn ihr christlicher Glaube bekannt wird. Ertappen die Behörden Arbeitsmigranten und ausländische Christen dabei, wie sie das Evangelium mit Muslimen teilen, kann dies zu ihrer Verhaftung und Ausweisung führen.

Die Regierung hat ein Zentrum für interreligiösen Dialog finanziert, das aktiv religiöse Toleranz fördert. Diese politische Einrichtung scheint jedoch keinen wirklichen Unterschied für Christen in Katar zu machen. Während des Ramadan betont die Regierung die Wichtigkeit des Fastens und anderer religiöser Pflichten, die auch für Nichtmuslime gelten sollen. Jeder, der dabei gesehen wird, wie er während der Tageszeit isst oder trinkt, kann verhaftet werden.

Kirchliches Leben: Ausländische Christen können sich nur privat oder an dafür ausgewiesenen Orten versammeln. Äußere Zeichen des Glaubens, wie Kreuze an Kirchengebäuden, sind verboten. Es gibt in Katar sechs registrierte und viele nicht registrierte Gemeinden, die die große Gruppe der Arbeitsmigranten betreuen. Christen mit muslimischem Hintergrund dürfen ihre Gottesdienste nicht besuchen. Die offizielle Registrierung einer Kirche ist schwierig. Die meisten Kirchen befinden sich in einem Außenbezirk der Hauptstadt Doha. Dies führt zu einer Bildung von Ghettos. Unter dem Vorwand, ihre Sicherheit gewährleisten zu wollen, werden die Kirchen zudem streng überwacht. Laut Berichten versucht die Regierung mithilfe der Sicherheitsleute auch zu überwachen, ob Muslime versuchen, die Gottesdienste zu besuchen. Die Veröffentlichung, der Import und die Verteilung von religiösem Material werden stark reguliert. Die Kirchengemeinden dürfen selbst kein Material mehr importieren, sondern sind auf säkulare Buchhandlungen angewiesen. Ein positives Signal für die Christen vonseiten der katarischen Behörden war die Erteilung von Baugenehmigungen für Kirchen der libanesischen maronitischen Gemeinde und der philippinischen evangelikalen Gemeinschaft im Jahr 2015. Es wurde jedoch bisher keine Kirche gebaut. Nicht registrierte Kirchen werden zumeist nicht am Gottesdienst gehindert.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum gab es keine Berichte von gewalttätigen Vorfällen, die gegen Christen gerichtet waren. Besorgniserregend bleibt die Situation ausländischer Arbeitsmigranten. Laut Amnesty International sind besonders Hausangestellte ohne jeden Arbeitsschutz und daher ihren Arbeitgebern ausgeliefert. Open Doors befürchtet, dass christliche Arbeiter, besonders Frauen, noch stärker betroffen sind und wegen ihres Glaubens diskriminiert werden. Derzeit gibt es jedoch keine klaren Bestätigungen für eine Behandlung von ausländischen christlichen Arbeitern, die auf Verfolgung beruht. In naher Zukunft wird dieses Feld weiterer Untersuchung unterzogen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christinnen sind dem Risiko von Entführungen, Vergewaltigungen oder anderen Formen des Missbrauchs ausgesetzt. Laut dem Koran dürfen muslimische Männer mit jeder Frau schlafen, „die seine rechte Hand besitzt“. Dies schließt seine Frauen und Sklavinnen mit ein. Frauen, die in Katar als Hausangestellte arbeiten, werden oft als Teil dieser Kategorie gesehen. In vielen katarischen Haushalten gibt es Hausangestellte, von denen viele Christen sind. Dadurch sind sie in den Augen vieler Katarer noch weniger wert und sind so noch mehr dem Risiko sexuellen Missbrauchs ausgesetzt. Dies führt zu tiefen traumatischen Erfahrungen vieler Christinnen in Katar.

Männer: Meist sind christliche Männer die Versorger ihrer Familien und tragen daher am Arbeitsplatz die Hauptlast der Diskriminierungen. Männer können in den Unterkünften für ausländische Arbeiter schnell Opfer von Diskriminierungen werden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Trotz der politischen Krise mit Saudi-Arabien und seinen Verbündeten scheint die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Katars nicht instabil zu sein – auch wegen der reichlichen finanziellen Reserven. In mancherlei Hinsicht scheint die Krise mehr ein Machtspiel zu sein, das nicht darauf hinzielt, zu einem bewaffneten Konflikt zu werden. Auf der anderen Seite könnte die Blockade Katars Wirtschaft auf lange Sicht schaden, was die wirtschaftliche Situation für alle ausländischen Arbeitskräfte betreffen könnte, zu denen auch viele Christen gehören.

Eine große Herausforderung für das Land ist es, seine kulturellen und religiösen Standards inmitten rapider Modernisierung und Entwicklung zu halten. Während der Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft 2022 hat die beklagenswerte Behandlung von Arbeitsmigranten in Katar mehr und mehr die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregt. Durch Druck aus dem Westen führt das Land kleine – aus der Sicht von Menschenrechtsorganisationen: kosmetische – Reformen in den Arbeitsbedingungen für ausländische Arbeiter durch. Trotz des Drucks, die Situation der Menschenrechte zu verbessern, werden keine bedeutenden Verbesserungen in dem streng islamischen Land erwartet, das für die umfassende Kontrolle seiner Gesellschaft bekannt ist. Demnach werden in naher Zukunft auch keine bedeutenden Veränderungen in der Religionsfreiheit für Christen erwartet.

zurück zur Länderübersicht

Kasachstan: Platz 28

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die beiden primären Verfolger von Christen in Kasachstan sind der Staat und die muslimische Umgebung. Die Verfolgung durch den Staat zeigt sich in Form der Überwachung religiöser Aktivitäten sowie dem Beobachten von Gottesdiensten durch Polizei, Geheimdienste und lokale Behörden. Häufig besuchen sie zu diesem Zweck Gottesdienste. In regelmäßigen Abständen finden in nichtregistrierten Kirchen Razzien durch staatliche Behörden statt. Die allgemein vorherrschende islamische Kultur erschwert insbesondere das Leben von Christen mit muslimischem Hintergrund.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Gemeinschaften von Christen in Kasachstan erleben in unterschiedlicher Form Verfolgung. Mitglieder der Russisch-Orthodoxen Kirche erfahren vonseiten der Regierung die wenigsten Schwierigkeiten, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakt mit der kasachischen Bevölkerung aufzunehmen. Die einheimischen Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung sowohl vonseiten des Staats als auch durch Familie, Freunde und die Gesellschaft.

Die Religionsfreiheit wurde durch Gesetze aus dem September 2011 bereits beschnitten und die Regierung in Kasachstan arbeitet beständig daran, mehr Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Das bedeutet eine Zunahme der Überwachung, Razzien bei Veranstaltungen und Festnahmen von Christen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch den extremistischen Islam als Vorwand, um immer mehr Freiheiten einzuschränken. Es deutet also alles darauf hin, dass sich die Situation der christlichen Minderheit in Kasachstan zunehmend verschlechtert; ihre Zukunft sieht besorgniserregend aus. Der Druck, den das soziale Umfeld auf Christen (insbesondere mit muslimischem Hintergrund) ausübt, wird sich vermutlich nicht verändern.

Beispiele:

- Am 13. September 2016 wurden zwei baptistische Christen aus Taldyqorghan, Mikhail Lozovoi und Nadezhda Pikalina, jeweils zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie im Juni 2016 bei einem Besuch in einem Dorf im Osten Kasachstans unzensierte religiöse Literatur an andere weitergegeben hatten. Sie legten Berufung gegen die Geldstrafen ein, diese wurde allerdings durch das Gericht im Oktober beziehungsweise November 2016 abgelehnt.
- Während eines Gottesdienstes am Sonntagmorgen des 28. Mai 2017 führte die Polizei eine Razzia in einer Baptistengemeinde in der Stadt Taras im Süden Kasachstans durch. Die Polizei nahm 20 Männer und eine der Frauen mit auf die örtliche Polizeiwache. Hier wurden ihnen Fingerabdrücke abgenommen, sie wurden fotografiert und mit ihren Adressen und anderen persönlichen Daten registriert. Acht der anwesenden Christen wurden ohne Gerichtstermin mit einer Geldbuße belegt.

- Yklas Kabduakasov, Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten, leistete im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 weiterhin eine zweijährige Strafe in einem Arbeitslager ab, zu der er im Dezember 2015 verurteilt worden war. Ursprünglich war er verhaftet worden, weil er mit Studenten, die von der Geheimpolizei rekrutiert worden waren, über seinen Glauben sprach.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 63 Punkten stieg die Punktzahl für Kasachstan im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 um sieben Punkte an. Die Situation für Christen hat sich verschlechtert, was hauptsächlich an der großen Anzahl gewaltsamer Vorfälle liegt: Razzien in christlichen Haushalten, das Beschlagnahmen religiösen Materials, Festnahmen und Befragungen. Ebenso hat die körperliche Gewalt merklich zugenommen. Das Land, das in Bezug auf Verfolgung bisher eines der gemäßigteren Länder in der Region war, passt sich in dieser Hinsicht immer stärker an die anderen zentralasiatischen Länder an. Durch die Entscheidung, isolierte Gemeinschaften ausländischer Christen nicht als eine eigene Kategorie in der Auswertung des Weltverfolgungsindex zu führen, ergibt sich eine bessere Darstellung der Situation im Land, allerdings führte auch dies zu einem Anstieg der Punktzahl.

Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia: Außerhalb der staatlich geleiteten und vom Regime kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Seit dem Jahr 2015 hat sich der Druck der Behörden verstärkt und während des aktuellen Berichtszeitraums gab es eine Zunahme von Razzien bei Veranstaltungen sowie Befragungen und Festnahmen von Christen. Es ist üblich, dass Mitglieder protestantischer Kirchen als Angehörige einer fremdartigen Sekte betrachtet werden, deren einzige Ziele das Ausspionieren und die Zerstörung des aktuellen politischen Systems sind. Aus dieser Sichtweise müssen diese Christen nicht nur unter Kontrolle gehalten, sondern wenn nötig, sogar ausgemerzt werden.

Islamische Unterdrückung: Wenn muslimische Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu physischer Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden von ihren Familien für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Es kommt auch vor, dass sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und üben so zusätzlichen Druck auf sie aus. Dies alles führt dazu, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben möglichst geheim halten.

Verfolger

Regierungsbeamte und politische Parteien können unmittelbar mit „Diktatorischer Paranoia“ als Triebkraft der Verfolgung in Verbindung gebracht werden. Sie verursachen die Unterdrückung seitens der Behörden. Die eigene Großfamilie, nichtchristliche religiöse Leiter und gewöhnliche Bürger sind die Verfolger, die mit der Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ zusammenhängen. Hiervon sind besonders Christen mit muslimischem Hintergrund betroffen.

Hintergrund

Präsident Nasarbajew altert zusehends (er wurde am 6. Juli 1940 geboren) und ist Berichten zufolge gesundheitlich angeschlagen. Bislang ist unklar, wer seine Nachfolge antreten wird. Vermutlich wird der künftige Präsident einen ähnlichen Hintergrund wie Nasarbajew haben, sodass keine große Veränderung zu erwarten ist.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die große russische Minderheit im Norden des Landes. Laut der Volkszählung aus dem Jahr 2009 sind 23,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Kasachstans russischer Herkunft. Diese Tatsache bereitet dem Regime angesichts der machtbewussten Politik der russischen Regierung unter Präsident Putin ebenfalls einige Kopfschmerzen. Die Geschehnisse auf der Krim und in der Ostukraine zeigen, dass die Sorgen Kasachstans nicht unbegründet sind.

Eine wachsende Gruppe islamischer Extremisten, die im Oktober 2011 kleinere Bombenanschläge verübt hat, verstärkt die Sorgen des Landes zusätzlich. Behördenangaben zufolge kämpfen bereits 300 kasachische Dschihadisten an der Seite des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien und dem Irak. Inoffizielle Quellen sprechen von deutlich höheren Zahlen. Das Regime nutzt diese Informationen und übertreibt die Gefahren sogar, um die zunehmende Kontrolle der Gesellschaft und weitere Einschränkungen von Freiheiten rechtfertigen zu können.

Christen sind nicht die einzige religiöse Gruppe, die Verfolgung durch den Staat erfährt. Da alle religiösen Aktivitäten beobachtet werden, erleben Muslime, Juden und Zeugen Jehovas ähnlich starken Druck wie Christen.

Betroffene Kategorien von Christen

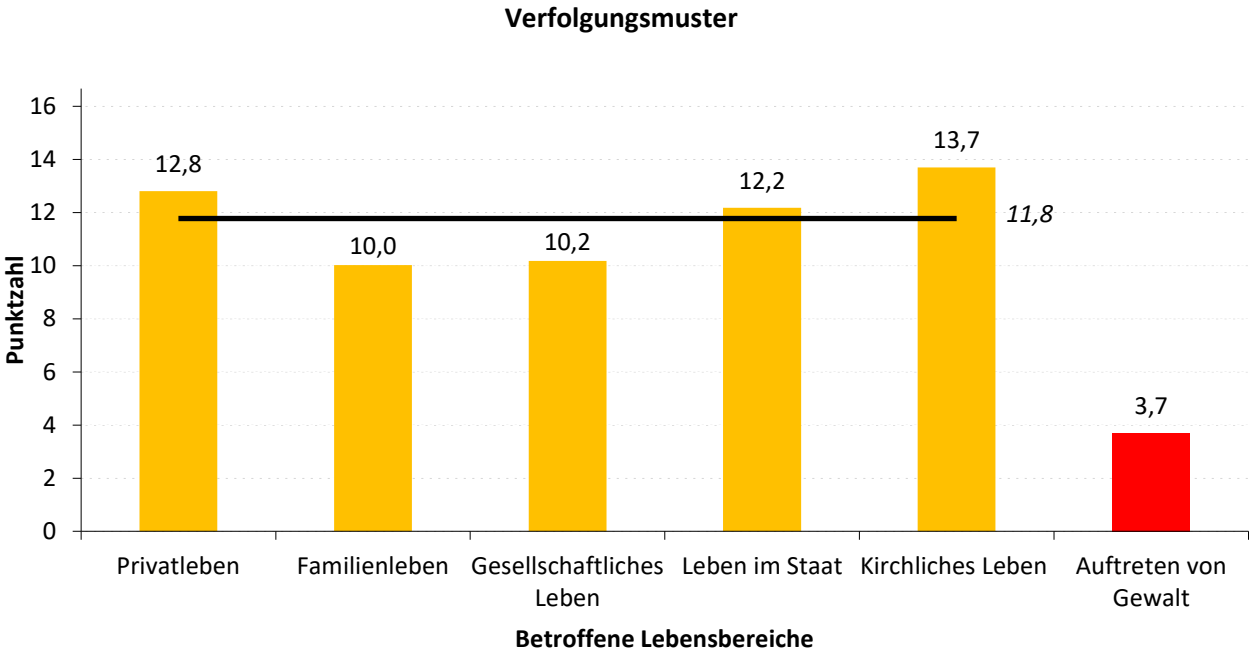
Ausländische Christen oder Arbeitsmigranten: Ausländische Christen in Kasachstan versammeln sich eher in isolierten Gruppen und werden daher im Weltverfolgungsindex nicht als eigene Kategorie gewertet.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppen, von denen die Russisch-Orthodoxe Kirche mit Abstand die größte darstellt, geben das Evangelium nicht unter Kasachen weiter. Da das kasachische Regime sie nicht als Gefahr einstuft, können sie weitgehend ungestört agieren. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie gegen die Russisch-Orthodoxe Kirche vorgeht. Die Vorkommnisse im Osten der Ukraine dienen als warnendes Beispiel.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in Kasachstan. Abgesehen von Beeinträchtigungen seitens des Staates, werden sie auch von Familie, Freunden und Gesellschaft unter starken Druck gesetzt, was für sie bei weitem das Schlimmere ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Besonders Mitglieder protestantischer Freikirchen (beispielsweise Baptisten, evangelikale Christen und Pfingstgemeinden) erleben eine stärker werdende Verfolgung. Unter ihnen betrifft es vor allem die nichtregistrierten Gruppen, die aktiv das Evangelium verbreiten. Alle Christen dieser Kategorie leiden unter Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kasachstan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Die durchschnittliche Wertung, die den Druck auf Christen in Kasachstan verdeutlicht, ist im Vergleich zum Vorjahr von 11,0 Punkten auf 11,8 Punkte angestiegen.
- Wie das Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung im Bereich „Kirchliches Leben“ mit 13,7 Punkten am stärksten. Es folgt der Bereich „Privatleben“ (besonders für Christen mit muslimischem Hintergrund) mit 12,8 Punkten. Dies steht in direkter Verbindung mit den zwei Haupttriebkräften der Verfolgung, die in Kasachstan vorherrschen: Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt ist im Vergleich zur Wertung des Weltverfolgungsindex 2017 (1,3 Punkte) auf 3,7 Punkte angestiegen. Es gab unter anderem mehrere Berichte über körperliche Gewalt, Razzien in christlichen Haushalten und Festnahmen.

Privatleben: Die Hinwendung von Menschen zum christlichen Glauben löst oft heftige Reaktionen aus. Christen mit muslimischem Hintergrund vermeiden es, ihren Glauben oder christliche Symbole öffentlich zu zeigen, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der Staat ist außerordentlich empfindlich, was die Ausbreitung „nichttraditioneller“ Religionen ohne staatliche Anerkennung angeht. Protestantische Christen sind das Hauptziel der staatlichen Überwachung und Überprüfung. Razzien gegen Organisationen und Personen aus dem protestantischen Bereich, bei denen die Behörden christliche Materialien und Bücher beschlagnahmen und den Eigentümern Geldstrafen auferlegen, sind nicht unüblich. Wenn Christen muslimischer Herkunft in ihrem Verwandtenkreis oder sozialen Umfeld Glaubensthemen ansprechen, entstehen dadurch fast immer Konflikte.

Da sie von der Gemeinschaft genau beobachtet werden, ist es für Christen muslimischer Herkunft schwierig, sich mit anderen Christen zu treffen. Sie laufen Gefahr, von ihrer Familie eingesperrt zu werden. Damit sollen sie dazu gezwungen werden, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Der kasachische Geheimdienst (KNB) überwacht alle Christen, die nicht dem russisch-orthodoxen Glauben angehören.

Familienleben: Ein äußerst wichtiger Schritt für kasachische Christen muslimischer Herkunft ist die Taufe, die sehr häufig zu Konflikten mit muslimischen Verwandten führt. Islamische Friedhöfe erlauben zwar die Beerdigung von Christen, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Bestattung nach islamischen Riten abgehalten wird. Die Religionsfreiheit im Land wird immer weiter eingeschränkt und die Überwachung durch Sicherheitskräfte nimmt immer stärker zu. Für protestantische Christen wurde die Situation besonders durch ein Gesetz aus dem Jahr 2011 erschwert, das Aktivitäten von staatlich nicht anerkannten religiösen Gruppen verbietet. Kinder protestantischer Christen werden aufgrund des christlichen Glaubens der Eltern oftmals belästigt oder diskriminiert. Schulen und andere Bildungsinstitutionen verwenden staatliche Gelder für die Organisation von Propagandaveranstaltungen zur Bekämpfung von „Sekten“, was evangelikale Gemeinden einschließt. Angeblich ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings wird jeder Bürger nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert. Wenn Christen mit muslimischem Hintergrund sich weigern, ihren neuen Glauben zu widerrufen, kann es passieren, dass die Familien versuchen, eine Scheidung zu erzwingen oder ihnen das Sorgerecht für die Kinder zu entziehen. Es gab Gerichtsverfahren, bei denen christlichen Konvertiten das Erbrecht entzogen wurde.

Gesellschaftliches Leben: In ländlichen Gegenden überwacht die örtliche Gemeinschaft bekannte Christen muslimischer Herkunft; in lokalen Institutionen werden nur Muslime akzeptiert. Damit sie zum „Glauben ihrer Väter“ zurückkehren, wird zeitweise immenser Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt. Es kommt vor, dass christliche Kinder und Jugendliche in der Schule Beleidigungen und Propaganda ausgesetzt sind; bislang wurde jedoch niemand allein aufgrund seines christlichen Glaubens von einer Schule verwiesen. Während es bei einfachen Schulabschlüssen im Allgemeinen keine Probleme gibt, kann es für aktive Christen schwierig sein, Zugang zu beruflicher Bildung oder höheren Bildungswegen zu erlangen. Auch unter staatlichen Angestellten werden Christen verstärkt diskriminiert, was vor allem einheimische Kasachen betrifft. So kann es beispielsweise passieren, dass Lehrern gekündigt wird, wenn sie eine protestantische Kirche besuchen. Solche Vorfälle sind bei Exekutivorganen an der Tagesordnung. Im Januar 2015 wurden Änderungen des Strafgesetzbuchs wirksam. Durch diese Änderungen wurden neue Bußgelder und Strafen eingeführt, die unter anderem Strafen bis zu sechs Jahren Gefängnis beinhalten. Gruppen, welche nichtsatzungsgemäße Aktivitäten durchführen, müssen mit derartigen Strafen rechnen. Davon sind auch christliche Versammlungen betroffen.

Leben im Staat: Die Regierung macht durch ihre Praxis deutlich, dass sie den Islam für die kasachische Bevölkerung und den orthodoxen Glauben für die Slawen als richtig betrachtet und alle anderen Glaubensrichtungen für überflüssig hält. Obwohl die Religionsfreiheit durch die Verfassung geschützt ist, wird dieser Schutz faktisch nur den Religionen beziehungsweise Gruppen gewährt, die durch das Gesetz von 2011 als „traditionell“ anerkannt werden. Zu diesen Gruppen gehören Sunniten der hanafitischen Schule, die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Römisch-Katholische Kirche, Lutheraner und Juden. Protestantische Freikirchen gehören nicht dazu und laufen Gefahr, verfolgt zu werden, wenn sie öffentliche Aktivitäten im Zusammenhang mit ihrem Glauben durchführen. Durch das Gesetz von 2011 ist es kleineren religiösen Gruppen zudem deutlich erschwert worden, sich registrieren zu lassen.

Die kasachischen Medien sind Christen gegenüber generell negativ eingestellt. Es gab einige Veröffentlichungen, die speziell gegen protestantische Freikirchen und Christen muslimischer Herkunft gerichtet waren. Protestantischen Christen wurde vorgeworfen, sie seien keine Kasachen und ihr Glaube sei sowohl anti-islamisch als auch anti-christlich. Infolgedessen beschuldigten Vertreter der religiösen und ethnischen Gemeinschaften, denen die christlichen Konvertiten früher angehört hatten, ihre ehemaligen Weggefährten der Blasphemie.

Kirchliches Leben: Zur Registrierung einer religiösen Vereinigung sind fünfzig Mitglieder mit kasachischer Staatsangehörigkeit erforderlich. Nichtregistrierte Kirchen sind streng verboten. Zusätzlich gibt es spezielle Anforderungen für kirchliche Gebäude und das Land, auf dem sie gebaut werden. In der Vergangenheit wurden die Gottesdienste oder Versammlungen von Christen protestantischer Freikirchen häufig gestört und sie mussten Bußgelder zahlen, da ihre Gotteshäuser nicht offiziell vom Staat anerkannt waren. Gerichte interpretieren alle Arten von religiösen Tätigkeiten als illegale Missionstätigkeit, sobald sie außerhalb eines registrierten kirchlichen Gebäudes stattfinden. Das Gesetz verlangt von registrierten Kirchen, das Einverständnis beider Elternteile von Kindern unter 18 Jahren vorzulegen, damit diese an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen dürfen. Das Drucken, Importieren, Verteilen und Verkaufen aller religiösen Materialien bedarf einer Erlaubnis des Staatlichen Religionsausschusses. Eine solche Erlaubnis können nur registrierte Kirchen beantragen. Nach dem Gesetz dürfen Organisationen, Einrichtungen oder Schulen nicht auf religiöser Grundlage agieren. Religiösen Gruppen ist es generell untersagt, gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Einrichtungen beziehungsweise Vereine zu gründen.

Auftreten von Gewalt: Während des aktuellen Berichtszeitraums gab es keine Berichte über getötete Christen. Zwei Hauskirchen wurden beschädigt. Vierzig Christen wurden festgenommen, vier Christen wurden verurteilt – drei Christen zu einer kurzzeitigen Gefängnisstrafe. Pastor Bakhytzhan Kashkumbayev wurde bereits am 18. Februar 2014 zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt. In zwei Fällen wurde von körperlicher Belästigung von Christen berichtet und in 22 Fällen wurde Eigentum von Christen beschädigt. Acht Betriebe von Christen wurden angegriffen. Ein Christ musste untertauchen und ein Christ aus Indien wurde abgeschoben.

Weitere Beispiele:

- Während eines Gottesdienstes am Sonntagmorgen des 28. Mai 2017 führte die Polizei eine Razzia in einer Baptistengemeinde in der Stadt Taras im Süden Kasachstans durch. Die Polizei nahm 20 Männer und eine der Frauen mit auf die örtliche Polizeiwache. Hier wurden ihnen Fingerabdrücke abgenommen, sie wurden fotografiert und mit ihren Adressen und anderen persönlichen Daten registriert. Acht der anwesenden Christen wurden ohne Gerichtstermin mit einer Geldbuße belegt.
- Yklas Kabduakasov, Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten, leistete im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 weiterhin eine zweijährige Strafe in einem Arbeitslager ab, zu der er im Dezember 2015 verurteilt worden war. Ursprünglich war er verhaftet worden, weil er mit Studenten, die von der Geheimpolizei rekrutiert worden waren, über seinen Glauben sprach.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: In Kasachstan ist die islamische Kultur Basis für das alltägliche Leben der einheimischen Bevölkerung und diese weist Frauen im Vergleich zu Männern eine untergeordnete Position zu. Von Frauen wird die totale Unterordnung erwartet, entweder gegenüber ihren Eltern oder, wenn sie verheiratet sind, gegenüber ihren Männern. Das macht sie angreifbarer für Verfolgung – sowohl als Christen, aber auch als Frauen, die die bestehende Ordnung in Frage stellen. Muslimische Frauen, die den christlichen Glauben annehmen, stehen in einem größeren Risiko, körperliche und verbale Übergriffe sowie Belästigungen, Drohungen, Hausarrest, Diskriminierung und Ablehnung durch die Familie oder das muslimische Umfeld zu erfahren, als andere weibliche Christen. Bei anderen Christen gibt es in der Verfolgung keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

Männer: In Kasachstan sind normalerweise Männer die Leiter von Kirchen; ebenso sind sie in den meisten Fällen das Familienoberhaupt und Hauptverdiener für die Familienmitglieder. Wenn ein christlicher Mann von Verfolgung betroffen ist und zum Beispiel eine Geldstrafe erhält oder inhaftiert wird, leidet darunter seine ganze Familie. Auch der Verlust des Arbeitsplatzes und damit des Einkommens betrifft immer die gesamte Familie. Wenn ein christlicher Mann Leiter einer Kirche ist, hat seine Verfolgung ebenfalls Auswirkungen auf die Kirche und verursacht Angst. Der verpflichtende Militärdienst für junge Männer bedeutet ein besonders hohes Risiko für Verfolgung. Das Risiko für körperliche und verbale Übergriffe sowie Belästigungen, Drohungen, Diskriminierung und Ablehnung durch die Familie und das muslimische Umfeld ist für christliche Jungen und Männer mit muslimischem Hintergrund höher als für andere männliche Christen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Die Religionsfreiheit wird bereits durch Gesetze aus dem Jahr 2015 beschnitten und das Regime in Kasachstan arbeitet beständig daran, mehr Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erlangen. Dies führt zu einer stärkeren Überwachung, Razzien bei Veranstaltungen und Festnahmen von Christen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch den extremistischen Islam als Vorwand, um immer weitere Freiheiten einzuschränken. Es deutet also alles darauf hin, dass sich die Situation der christlichen Minderheit in Kasachstan zunehmend verschlechtert; ihre Zukunft sieht besorgniserregend aus. Der Druck, den das soziale Umfeld auf Christen (insbesondere mit muslimischem Hintergrund) ausübt, wird sich vermutlich nicht verändern.

zurück zur Länderübersicht

Äthiopien: Platz 29

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: In Äthiopien ist die Situation der Christen oft komplex, denn die verschiedenen Ursachen für Verfolgung überschneiden sich häufig: 1) Gesetzliche Bestimmungen schränken die Religionsfreiheit ein. 2) In manchen Landesteilen sind konservative Muslime eine Herausforderung, besonders für ehemalige Muslime, die sich zu Jesus Christus bekehrt haben. 3) Säkularismus, die Trennung von Religion und Staat, verursacht Probleme für die Christen in Äthiopien. Ein Fachmann für das Land sagt: „Das Verbot von Sendeanstalten für religiöse Inhalte und auch das Verbot religiöser Aktivitäten innerhalb der Bildungseinrichtungen schränken die Freiheit ein, Gottesdienste abzuhalten, zu lehren und zu predigen.“ 4) In Gebieten, in denen mehrheitlich die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) vertreten ist, werden Christen, die die EOC verlassen, um sich einer anderen Gemeinde anzuschließen, von ihrer Familie, ihrem Umfeld und Regierungsbeamten, die Mitglieder der EOC sind, verfolgt. Somit kann in ein und demselben Land aus dem Verfolgten gleichermaßen ein Verfolger werden.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: In Äthiopien sind alle Arten von Christen von Verfolgung betroffen, doch einige Denominationen sind stärker betroffen als andere. Verhaftungen sind normal, wobei die Christen aus Freikirchen die stärkste Verfolgung sowohl durch die Regierung als auch die EOC erleiden. Christen muslimischer Herkunft (insbesondere im östlichen und südöstlichen Landesteil) und Christen, die ehemals der Orthodoxen Kirche angehörten, werden von Familie und Gesellschaft sehr schlecht behandelt. In manchen Gebieten wird Christen der Zugang zu Gemeinschaftsgütern verwehrt und/oder sie werden von der Gesellschaft geächtet. In manchen Orten werden Kirchen von Mobs angegriffen.

Beispiele:

- Am 16. Juli 2017 griffen muslimische Aufrührer in Hirna, einem ländlichen Ort 400 Kilometer östlich von Addis Abeba, die örtliche „Full Gospel Church“ an und beschädigten dabei das Dach und eine Wand teilweise, bevor sie einen 27-jährigen Mann in seinem Haus mit Macheten angriffen. Die Aufrührer wollten damit ihrem Zorn über evangelistische Tätigkeiten Luft machen.
- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 gab es mehrere Berichte von gewalttätigen Übergriffen auf Christen. Dazu zählen Inhaftierungen, körperliche Angriffe, drei Morde und Vandalismus an Geschäften.
- Im April 2017 gab es Berichte, dass der Staat Tigray im Norden Äthiopiens darüber berät, ein neues Gesetz zu verabschieden, das Christen das Evangelisieren außerhalb ihres Kirchengrundes verbietet. Außerdem würde es nichtorthodoxen Christen schwergemacht werden, eine eigene Kirche zu besitzen oder sich in einem Privathaus zu versammeln.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 62 Punkten steht Äthiopien auf Platz 29 des Weltverfolgungsindex 2018, im Vergleich zum vergangenen Jahr entspricht dies einem Rückgang von zwei Punkten. Die Situation hat sich hauptsächlich aufgrund der gegenwärtigen politischen Krise leicht verändert, da diese zu einer verbesserten Beziehung zwischen Christen und anderen Gruppen geführt hat. Doch wichtiger ist die Tatsache, dass die Regierung selbst Probleme hat und sie durch diese so in Anspruch genommen wird, dass sie sich nicht mehr so stark mit der Verfolgung von Christen befassen kann. So hat sich der Druck auf Christen in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ vermindert.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Äthiopien ist mehrheitlich von Christen bewohnt (laut World Christian Database waren im April 2017 ca. 59,4% der Bevölkerung Christen und 34,8% Muslime) und doch stellt die „Islamische Unterdrückung“ für Christen eine ernste Bedrohung dar. Ein Landesforscher berichtet: „Islamischer Extremismus ist auch weiterhin ein Problem in Äthiopien. Im Wettbewerb islamischer Länder um die Oberhand in Afrika werden nach wie vor beträchtliche Summen in die Verbreitung des Islam durch die Gründung von Religionsschulen investiert. Direkthilfe für Bedürftige wird an die Bedingung geknüpft, zum Islam überzutreten.“ Mit dem Aufstieg des Extremismus in dem Gebiet und darüber hinaus wächst der extremistische (und politische) Islam auf örtlicher, regionaler und landesweiter Ebene weiter. In diesem Prozess sind verschiedene Arten von Christen immer mehr der Verfolgung in fast allen Lebensbereichen ausgesetzt. Insbesondere in ländlichen Gebieten, die überwiegend von Muslimen bewohnt sind, werden Christen belästigt; so wird ihnen beispielsweise der Zugang zu Gemeinschaftsressourcen verweigert. Christen werden auch Opfer von Gewalt. Christen mit muslimischem Hintergrund werden verstoßen und verlieren häufig ihre Familienrechte wie das Erbrecht und das Sorgerecht für ihre Kinder. Wichtig zu erwähnen ist die Tatsache, dass der wachsende extremistische Islam in den Nachbarländern Somalia und Sudan auch nach Äthiopien übergreift.

Konfessioneller Protektionismus: Dies ist eine weitere Haupttriebkraft der Verfolgung, die vor allem von der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC) ausgeht. Ein Landesforscher berichtet: „Die EOC hält sich für die einzig ‚wahre‘ christliche Konfession. Sie ist besonders gegen evangelikale Christen, die sie für Anhänger einer westlichen Religion hält und somit einer Bedrohung des äthiopischen Nationalismus und der Kultur, die von der EOC erhalten werden müssten. Es ist normal, Predigten und Lieder zu hören, in denen evangelikale Christen aufs Schärfste kritisiert werden. Priester und andere Lehrer der EOC verdammen den Umgang mit evangelikalen Christen und gehen manchmal so weit, dass sie Mitglieder ausschließen, die mit ‚den Heiden‘ gesprochen haben. Es gibt auch eine wachsende Feindseligkeit mancher evangelikaler Kirchen gegen die EOC, die zu einem hasserfüllten Hin und Her geführt hat.“ Die EOC verfolgt massiv Christen, die aus ihrer Kirche ausgetreten und den (meist) protestantischen Kirchen beigetreten sind und Mitglieder, die der Erneuerungsbewegung innerhalb der EOC beigetreten sind. Diese Verfolgung hat viele Gesichter. So werden diese Christen zum Beispiel manchmal von Mitgliedern der EOC körperlich angegriffen. Diese lassen außerdem ihre Kontakte zur Regierung spielen, um das Wachstum nichtorthodoxer Kirchen zu beschneiden. Zudem beeinflussen sie die Regierung, Gesetze gegen die Ausbreitung des protestantischen christlichen Glaubens zu verabschieden, wie das Gesetz zur Registrierung aller Kirchen, von dem aber die EOC ausgenommen ist. Die EOC nutzt auch ihre einflussreichen eigenen Medien, um Protestanten und Unterstützer der Erneuerungsbewegung zu verteufeln.

Diktatorische Paranoia: Die äthiopische Regierung wird immer autoritärer und schränkt die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen weiter ein. Obwohl hochrangige Regierungsmitglieder wie der Premierminister Protestanten sind, ist die Regierung gegenüber Religion im Allgemeinen und Christen im Besonderen argwöhnisch. Zum einen ist die Regierung davon überzeugt, dass religiöse Gruppen die Menschen äußerst wirksam organisieren können, was Bedenken weckt, diese könnten durch ihre Aktivitäten theoretisch auch einen Umsturz herbeiführen. Zum anderen hält die Regierung Protestanten für gefährlich, insbesondere die Mitglieder protestantischer Freikirchen. Sie hegt den Verdacht, diese seien ausländische Spione, die einen Regimewechsel anstreben, obwohl es keinerlei Fakten gibt, die diesen Verdacht stützen würden. Zudem vermutet die Regierung, dass es in den Reihen der EOC eine beträchtliche Anzahl von Leitern gibt, die opponierende Gruppen unterstützen. Die Regierung hat Gesetze verabschiedet, die die Wirkungsfelder religiöser Gruppen einschränken. Dazu können etwa das Verbot von Sendeanstalten für religiöse Zwecke und das Verbot von religiösem Unterricht und weiterer Aktivitäten innerhalb der Schule gezählt werden, durch die die Freiheit der Christen eingeschränkt wird, Gottesdienste zu halten, zu predigen und zu unterrichten. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ stuft das Land in seinem Bericht von 2017 als „nicht frei“ ein.

Im Oktober 2016 rief die Regierung aufgrund der anhaltenden Demonstrationen den Ausnahmezustand aus. Im Allgemeinen hängt die Verfolgung von Christen durch die Regierung untrennbar mit der Sicherung ihres Machterhalts zusammen. Ein Landesforscher berichtet: „Die sich seit 1991 im Amt befindliche Regierung wird zunehmend autoritär. Selbst als es zu immer mehr landesweiten Protesten gekommen ist, die seit 2015 das Land erfüllen, bleibt die Regierungspartei EPRDF unerbittlich. Tausende Demonstranten wurden verhaftet, die Regierung hat soziale Medien gesperrt und den Internetzugriff eingeschränkt. Im Oktober wurde dann ein sechsmonatiger Ausnahmezustand ausgerufen, durch den etliche Grundrechte ausgesetzt wurden. Dieser Ausnahmezustand wurde erneut um sechs Monate verlängert.“ Ein anderer Forscher sagt zudem: „Mehr als die Interessenförderung einer religiösen Gruppe oder einer politischen Ideologie und/oder der Versuch, den Säkularismus tatsächlich umzusetzen, ist der deutliche Wunsch der Regierung, ihre Macht unbegrenzt zu erhalten. Es ist dieser Wunsch, der hinter fast allen Handlungen und Unterlassungen der Regierungspartei steht, die mit dem Umgang religiöser Belange in diesem Land zu tun haben. Dinge sind so lange erlaubt, wie sie in keiner Weise das Regime gefährden. Jede Art von Verfolgung religiöser Minderheiten durch verschiedene Akteure wird solange ignoriert, wie es sich bei ihnen nicht um Minderheiten handelt, die auf der Seite der EPRDF und ihrer Mitglieder stehen. Nichts wird zum gesetzlich verankerten Schutz der Religionsfreiheit und ähnlicher Gesetze beigetragen, wenn dadurch in irgendeiner Art und Weise die bestehende Situation der Regierung gefährdet werden könnte.“

Ethnisch begründete Anfeindungen: Im letzten Vierteljahrhundert hat die ethnisch orientierte Politik große Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens im Land gehabt. Dieser politische Diskurs propagiert die Suche nach „Wurzeln und Identität“, was zu einer feindseligen Haltung Einzelner und ganzer Gruppierungen gegenüber Christen führte. Bis 1974 stand die EOC für die Staatsreligion. Von 1974 bis 1991 befand sich das Land unter kommunistischer Herrschaft, die nach einem 17-jährigen Bürgerkrieg von einem Bündnis mehrerer ethnischer Gruppen entmachtet wurde. Den ethnischen Gruppen wurden 1991 im Rahmen der äthiopischen Übergangsverfassung – Statuten, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes eingesetzt wurden – Anerkennung und Schutz ihrer eigenen Kultur und Identität zugesichert. Was anfangs politisch sinnvoll und richtig erschien, mündete schließlich darin, dass die Regierung unter einigen ethnischen Gruppen Ressentiments gegen Christen schürte.

In Regionen wie Afar oder Somali (Ogaden) sind Islam und Stammeszugehörigkeit untrennbar miteinander verbunden. Manche Stämme fordern von Christen außerdem, sich an Kämpfen gegen andere Stämme zu beteiligen. Wer nicht mitmacht, erlebt Vergeltung. So berichtet ein Landesforscher: „Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung eine der beiden Hauptreligionen (Christentum oder Islam) praktiziert, werden in manchen Landesteilen traditionelle Religionen ausgeübt. Menschen, die in solchen Gemeinschaften leben, sollen ein Teil aller religiösen und kulturellen Riten der Gemeinschaft sein. Wer dies nicht ist, wird vertrieben. Doch auch unter Christen und Muslimen ist die Ausübung schwarzer Magie weit verbreitet. So werden Neugeborene üblicherweise dem örtlichen Zauberer geweiht."

Verfolger

Hinter der Verfolgung von Christen in Äthiopien stehen viele verschiedene Verfolger. Sowohl christliche Leiter als auch nichtchristliche religiöse Leiter, Regierungsbeamte und die eigene (Groß-)Familie sind alle in irgendeiner Art und Weise an der Verfolgung von Christen beteiligt. Im Fall von Regierungsbeamten ist das Ausmaß der Verfolgung von Region zu Region unterschiedlich stark. Besonders Beamte der mittleren und niedrigen Ebene gehen gegen die sogenannten neuen Formen des christlichen Glaubens vor. Örtliche Amtsträger haben besonders viel Einfluss auf Alltagsaktivitäten und sind somit stärker an Verfolgung beteiligt. Dazu gehört auch das Verwehren von Genehmigungen für Gottesdienste und andere Treffen.

In Bezug auf die Verfolgung, die von muslimischen Leitern ausgeht, berichtet ein Landesforscher: „Es gab Berichte über muslimische Leiter, die andere zu Gewalt gegen Christen aufgestachelt haben. Es gibt Filmaufnahmen von muslimischen Predigern, wie sie andere Muslime dazu ermuntern, Christen auszugrenzen; in manchen Fällen wurde sogar Gewalt unterstützt."

In Bezug auf die Beteiligung von orthodoxen Kirchenleitern und deren Mitgliedern berichtet ein Forscher: „Es gibt einen deutlichen demografischen Wandel in Bezug auf Religionen, da es ein rapides Wachstum neuer christlicher Glaubensrichtungen gibt. Dies gilt besonders für die protestantische Kirche. Solch ein starkes Wachstum wird von den Leitern und Anhängern der Orthodoxen Kirche nicht gutgeheißen. Ein Widerstand gegen diese neuen Formen der Kirchenzugehörigkeit wird in unterschiedlichen Formen und Handlungen sowohl von den Leitern als auch den Anhängern der Orthodoxen Kirche deutlich. Die Vereinigung mit dem Namen ‚Mahibere Kidusan' veröffentlicht seit Jahren Brandschriften und abfällige Artikel gegen protestantische Christen. In der Hauptstadt und in anderen großen Städten und Gebieten wie im Süden und Südwesten des Landes, wo die neuen Formen der christlichen Kirchen stärker wachsen, hat sich die Situation etwas gebessert."

Hintergrund

Äthiopien ist ein Land, in dem verschiedene Triebkräfte Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ausüben. Dieser Abschnitt gibt Hintergrundinformationen zu der Verfolgungssituation in Äthiopien.

Proteste und Ausnahmezustand – aktuelle Ereignisse: Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 und Weltverfolgungsindex 2018 wurde Äthiopien von zahlreichen politischen Turbulenzen heimgesucht. Besonders in den Regionen Oromia und Amhara hat es anhaltende und massive Demonstrationen gegeben, auf die die Regierung mit Gewalt antwortete. Allerdings zielten Sicherheitskräfte nicht in besonderer Weise auf Christen und schienen unparteiisch vorzugehen, zumindest was die Religion der Demonstranten betraf. Einige Berichte sprachen von Angriffen auf Kirchen in einem mehrheitlich muslimischen Gebiet des Staates Oromia. Jedoch haben die Anführer der Proteste diese Angriffe schnell verurteilt und die Demonstranten dazu aufgerufen, die Proteste nicht in religiöse Konflikte oder Spaltungen ausarten zu lassen. Es war typisch für die Proteste im Staat Oromia, dass die Solidarität der verschiedenen Volksgruppen stärker war als die der Religionszugehörigkeit. In der Amhara-Region sind die meisten Gebiete, in denen es zu Protesten und Unruhen kam, mehrheitlich koptisch-orthodox. Die Regierung wurde stark unter Druck gesetzt, Tötungen und das Verschwinden von Demonstranten von ausländischen Ermittlern unabhängig untersuchen zu lassen. Doch bislang hat die Regierung sich dagegen gewehrt, UN-Ermittler ins Land zu lassen.

Historische Perspektive: Äthiopiens Vergangenheit ist schon lange sowohl vom christlichen Glauben als auch vom Islam geprägt. Im Lauf der Zeit haben beide Religionen versucht, ihren Einfluss auszuweiten und deswegen viele blutige Konflikte ausgetragen, in denen auch ausländische Akteure wie die Türkei, Portugal und Ägypten involviert waren. Außerdem gibt es in Äthiopien viele Stämme. Sie sind dem christlichen Glauben nicht unbedingt wohlgesonnen, in manchen Regionen wie Afar und Somali ist ihre Identität sogar eng mit dem Islam verbunden. Zudem hat die herrschende Partei alle Plattformen für Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschlossen und versucht, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, mit dem Bestreben, abweichende Meinungen zu unterbinden. 2009 erließ die Regierung ein Gesetz, das die Religions-, Vereinigungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit einschränkt. Christlichen Wohlfahrtsorganisationen ist es seitdem gesetzlich verboten, Gelder aus dem Ausland zu erhalten, und für Menschenrechte, Konfliktlösung und demokratiebezogene Themen zu arbeiten. Die regierende Partei verstärkte ihren Machterhalt mit der Behauptung, bei den Wahlen im Mai 2015 100 Prozent der Sitze im Parlament gewonnen zu haben. Augenscheinlich hat Premierminister Hailemariam Desalegn alle Aufrufe der internationalen Gemeinschaft ignoriert, der Zivilgesellschaft, der Presse und anderen mehr Freiheit zu gewähren. Infolge der Proteste und der Gewalt, die das Land 2015 und 2016 (und überlappend ins Jahr 2017) erschüttert hat, löste der Premierminister das Kabinett auf. Viele Investoren haben das Land wegen der herrschenden Unsicherheit verlassen. Dennoch bleibt Äthiopien ein Hauptempfänger für internationale Hilfsprogramme.

Die anhaltenden Probleme mit der EOC: Die EOC geht gegen Protestanten und reformwillige Gruppen innerhalb der EOC vor. Dahinter stehen vor allem fanatische Gruppen in der EOC. Diese Gruppen greifen protestantische Freikirchen mit hetzerischen Phrasen an, die in ihren Magazinen, auf Websites und in Zeitungen veröffentlicht werden. Gängige Ausdrücke sind etwa „Neulinge“, „falsche Propheten“, „Menafikan“ (Leugner der Jungfrau Maria und der Heiligen), mit denen sie diese Christen als Ungläubige oder falsche Gläubige bezeichnen.

Es wird geschätzt, dass die freikirchliche Gemeinschaft in Äthiopien um etwa 6,7 % pro Jahr wächst. Laut der Volkszählung von 1994 gab es schätzungsweise 62,5 % Christen, 32,8 % Muslime und 4,6 % Animisten im Land. Damals war die Hälfte aller Äthiopier christlich-orthodox und nur etwa 10 % waren Protestanten. 2007 wurden nur noch 43,5 % der Bevölkerung als orthodoxe Kirchengänger gezählt, Protestanten stellten 18,6 % der Bevölkerung dar und Muslime 33,9 %. Diese rasche Veränderung hat zu Feindseligkeiten zwischen Protestanten und der EOC aber auch Muslimen geführt. Die meisten Protestanten gehörten zuvor der EOC an.

Die Triebkraft „Diktatorische Paranoia" agiert mehr oder weniger gegen jede Gruppe, die von einer religiösen oder politischen Vereinigung organisiert wurde. So argumentieren einige, dass die Verhaftung einiger muslimischer Leiter im Jahr 2012 nichts weiteres als ein behördliches Niederschlagen von friedlichen Zusammenschlüssen gewesen sei, wohingegen die Regierung behauptet, sie habe Extremisten bekämpft.

Es gibt nur sehr wenige religiöse Minderheiten im Land. Auch sie sind von den neuen Regelungen zu Rundfunksendungen, der Rolle von Glauben in der Schulbildung und dem Gesetz zur Beschränkung der Zivilgesellschaft betroffen. Grundsätzlich verlangt letzteres einen Antrag zur Registrierung jedweder religiöser Gruppe. Davon ausgenommen sind orthodoxe und katholische Christen, Muslime und Juden. Außerdem macht das Gesetz eine Mindestteilnehmerzahl von 50 Personen für die Registrierung einer Kirche und mindestens 15 Personen für einen Dienst oder eine Vereinigung zur Bedingung für eine Genehmigung. Zur Zeit sieht es nicht so aus, als habe diese Regel Auswirkungen auf christliche Gemeinden; andere religiöse Minderheiten sind jedoch sehr wohl negativ davon betroffen: In manchen Gebieten haben Mormonen und Zeugen Jehovas mit weniger als 50 Mitgliedern Probleme, einen Gemeinderaum zu finden.

Betroffene Kategorien von Christen

Alle Kategorien von Christen, die in Äthiopien leben, sind von Verfolgung betroffen, doch das Ausmaß der Verfolgung kann variieren.

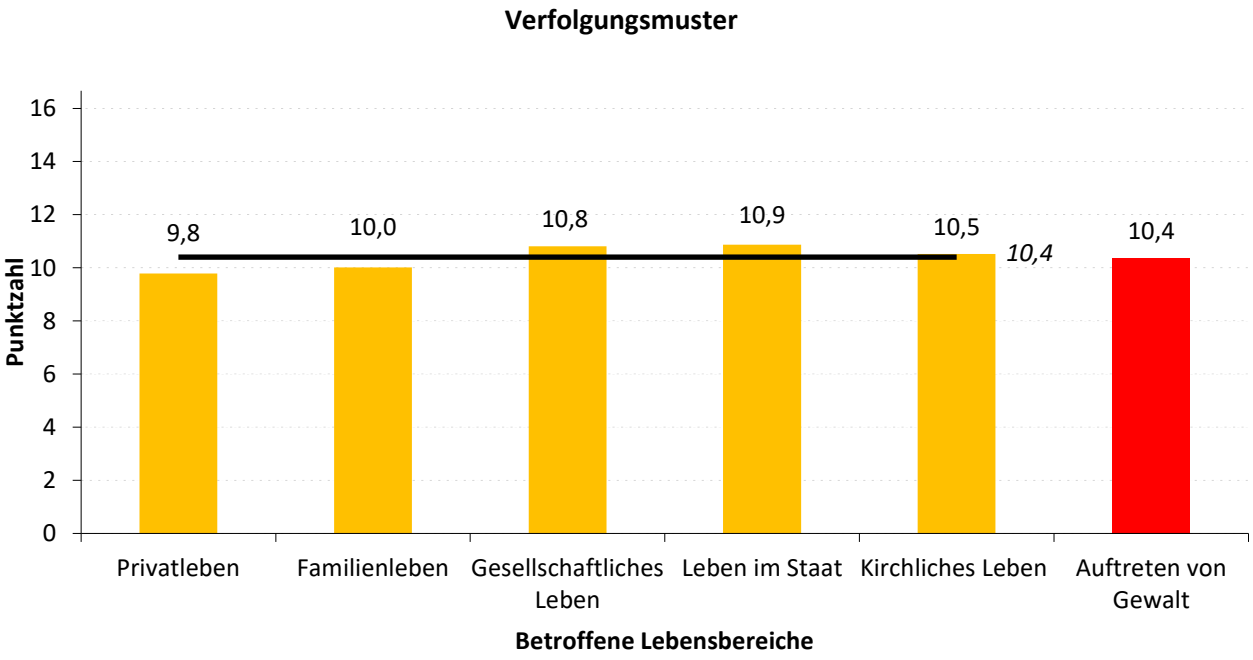
Christen aus traditionellen Kirchen: Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) ist dafür ein typisches Beispiel. Sie ist im Land stark vertreten. An ihr lässt sich die Komplexität der Verfolgungsdynamik gut aufzeigen, denn sie ist selbst von Verfolgung betroffen und spielt gleichzeitig eine maßgebliche Rolle als Verfolger. Christen aus dieser Kategorie erfahren Verfolgung durch die Regierung und islamische Extremisten. Auch in Stammesgebieten ist der Druck auf EOC-Mitglieder hoch. Orthodoxe Christen sind vor allem in Nord- und Zentraläthiopien angesiedelt. Doch sie haben auch Schwierigkeiten aufgrund ihres christlichen Glaubens, wenn sie in den muslimisch dominierten Regionen (Harar, Somali, Afar) oder in örtlichen Gemeinschaften (beispielsweise unter den Silt'e) leben.

Christen muslimischer und animistischer Herkunft und Christen, die die Denomination gewechselt haben: Zu dieser Kategorie gehören 1) ehemalige Muslime, 2) Christen, die einer anderen Kirche beigetreten sind und 3) Menschen, die sich zu Jesus Christus bekehrt haben und zuvor einer Stammesreligion angehörten. Diese Christen sind unterschiedlichen Triebkräften der Verfolgung ausgesetzt. In muslimisch dominierten Gebieten werden ehemalige Muslime besonders von Familie, Großfamilie, Ortsvorstehern und nichtchristlichen religiösen Leitern verfolgt. In Gebieten, die mehrheitlich von Anhängern der EOC bewohnt sind, geht die Verfolgung hauptsächlich von den Mitgliedern der EOC aus.

Diese Gruppe von Christen erfährt auch Verfolgung durch die Regierung, ungeachtet ihres Wohnsitzes. In Gebieten, die vor allem durch „Ethnisch begründete Anfeindungen“ auffallen, können christliche Konvertiten Verfolgung vonseiten der Anhänger der traditionellen Glaubenssysteme erfahren und von Muslimen, die versuchen, sie zur Teilnahme an verschiedenen religiösen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Hierzu zählen beispielsweise evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden, die im Land stark vertreten sind. Sie erleiden vielfältige Verfolgung durch die Regierung, die EOC und islamische Gruppen. Im Vergleich zu anderen Kirchen wachsen sie sehr schnell. Ein Landesforscher berichtet: „Viele Gebiete Südäthiopiens und Teile von Oromia sind von Evangelikalen/Protestanten dominiert. Da sie die Mehrheit der dortigen Bevölkerung bilden, werden sie nicht (ernsthaft) verfolgt. Doch Protestanten, die in den mehrheitlich muslimischen oder christlich-orthodoxen Landesteilen leben, müssen eine Vielzahl an Formen der Verfolgung ertragen.“

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Äthiopien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in allen Lebensbereichen ist von 11,0 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 10,4 Punkte gesunken.
- Am stärksten ist der Druck im Bereich „Leben im Staat“, da die Regierung eine Vielzahl an Einschränkungen auf christliche Aktivitäten (besonders die der Protestanten) gelegt hat. Am zweitstärksten ist der Druck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“. In mehrheitlich christlich-orthodoxen und muslimischen Gebieten haben protestantische Christen große Probleme.
- Die Wertung in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als einen Punkt gesunken.

- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt stieg von 9,3 Punkten im vergangenen Berichtszeitraum auf 10,4 Punkte. Diese Steigerung liegt an der Zunahme von Zwischenfällen, die Christen und ihr Lebensumfeld beeinträchtigt haben.

Privatleben: In diesem Bereich leiden besonders Konvertiten von einem anderen Glauben oder einer anderen christlichen Konfession. Ein Landesforscher berichtet: „Der erste ausschlaggebende Faktor ist, ob es sich um ein städtisches oder ländliches Gebiet handelt. In den vereinzelten (relativ) großen Städten ist der Wechsel von einer christlichen Konfession zur anderen mit weniger ernsthaften Folgen behaftet (es gibt nur Widerstand von einigen Familienmitgliedern). Doch in ländlichen Gebieten ist die soziale Bindung so stark, dass ein Konfessionswechsel sehr wahrscheinlich zu großem Entsetzen und Verfolgung führt." Die Situation unterscheidet sich auch je nach Region. Der Norden Äthiopiens beispielsweise ist die Hochburg der EOC. Wenn dort jemand vom orthodoxen Glauben zum protestantischen übertritt, wird diese Person oft vom sozialen Leben abgeschnitten oder gezwungen, die Ortsgemeinschaft ganz zu verlassen. Wo aber der protestantische Glaube die Norm ist, wie in Südäthiopien und in Teilen von Oromia, müssen Konvertiten keine Verfolgung in diesem Ausmaß befürchten.

Als Konvertit ist der Besitz von christlichen Schriften, der Zugang zu christlichen Medien und die Begegnung mit anderen Christen schwierig. Verlässt ein orthodoxer Christ die EOC und tritt einer protestantischen Freikirche bei (im Land *Pentay* genannt), werden Familienmitglieder, Priester und fanatische Gruppen innerhalb der EOC die Person unter Druck setzen, zu ihrem alten Glauben zurückzukehren. Manchmal werden diese Menschen dazu gezwungen, „Heiliges Wasser" zu trinken, weil man glaubt, der Konvertit sei vom Teufel besessen.

Familienleben: Auch hier sind christliche Konvertiten unterschiedlich stark von Verfolgung betroffen. Christen, die nicht der EOC angehören, haben es in muslimisch und orthodox dominierten Gebieten schwer, eine Grabstätte zu bekommen. In muslimisch geprägten Regionen müssen Kinder zu islamischen Schulen gehen. In vielen Teilen des Landes werden Kinder aus christlichen Familien aufgrund ihres Glaubens belästigt. Belästigungen wirken sich auch auf Hochzeitsfeiern aus. So gibt ein Forscher dieses Beispiel: „Wenn ein Christ jemanden aus einer muslimischen oder einer christlichen Familie mit anderer Konfession heiratet und die Hochzeit in seiner/ihrer Kirche stattfinden soll, ist es möglich, dass die Familie der anderen Person dagegen protestieren wird. Ein weiteres Problem ist das Vortragen nichtchristlicher Musik auf Hochzeiten: Da die meisten Evangelikalen/Protestanten in Äthiopien nichtchristliche Musik für Sünde halten, kann es auch in diesem Bereich zu Konflikten zwischen den Familienmitgliedern kommen.

Gesellschaftliches Leben: Dieser Lebensbereich ist für Christen aufgrund von „Konfessionellem Protektionismus" und Islamischer Unterdrückung mit besonders schwerwiegenden Problemen behaftet. In einer auf dörfliche Gemeinschaft orientierten Gesellschaft wie Äthiopien spielen religiöse Unterschiede in vielerlei Hinsicht eine entscheidende Rolle. In von der EOC geprägten Regionen üben Familie, Ortsgemeinschaft und Kirchenleiter erheblichen Druck auf Anhänger protestantischer Freikirchen und auf Christen, die die EOC verlassen haben, aus. So berichtet ein Landesforscher: „In mehrheitlich orthodoxen Gebieten sind evangelikale Christen und Christen aus Pfingstgemeinden mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Sie dürfen nicht an gemeinschaftlichen Ereignissen oder Zusammenkünften teilnehmen, sie haben Probleme Schulen zu finden, in denen ihre Kinder sicher sind. Es kann auch zu weiteren Behinderungen des Alltags kommen, etwa bei Marktbesuchen.

Besonders während der großen Fastenzeiten der EOC kann es nahezu unmöglich sein, Lebensmittel zu finden, die vom Fasten ausgeschlossen sind. In ganz extremen Fällen können sie zum Verlassen des Gebiets gezwungen werden."

Christen mit muslimischem Hintergrund wird von Imamen, Lehrern aus Medressen (Koranschulen) und öffentlichen Leitern jederzeit das Leben schwergemacht. Mancherorts wird ihnen die Nutzung kommunaler Versorgungseinrichtungen verwehrt. In anderen Gegenden werden Christen an ihrem Arbeitsplatz bewusst übergangen oder diskriminiert. Christen sind daran gewöhnt, innerhalb ihres Lebensumfelds als unerwünscht wahrgenommen zu werden. Manchmal wird Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, in der Erntezeit jegliche Hilfe verweigert, während sich andere Dorfbewohner gegenseitig beim Einholen der Ernte unterstützen.

Leben im Staat: Auf staatlicher Ebene will die äthiopische Regierung jeden Bereich der Gesellschaft kontrollieren. Die Religionsfreiheit wird konsequent durch entsprechende Gesetzgebung im Bereich der Zivilgesellschaft, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränkt, unterdrückt. Sicherheits- und Verwaltungsauflagen werden als Gründe genutzt, missionarische Aktivitäten im Land zu stören. Berichten zufolge sind Regierungsbehörden auch nachlässig in der Strafverfolgung von Gewalttaten, die sich gegen Christen richten. Direkt vor Beginn des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2018 rief die Regierung zum ersten Mal seit 26 Jahren den Ausnahmezustand aus, was auch Auswirkungen auf christliche Gemeinden hat, für die es nun schwieriger ist, sich öffentlich zu versammeln. Manchmal wird dadurch auch starker Druck auf sie ausgeübt, umfassende Selbstzensur zu üben, um Aussagen zu vermeiden, die den weitreichenden und vieldeutigen Ausnahmezustand verletzen könnten. Die nationalen Gesetze schränken auch die Ausstrahlung von religiösen Inhalten im Rundfunk ein. Außerdem wurde ein Verbot religiöser Veranstaltungen, einschließlich Gebetsgruppen, in Bildungseinrichtungen verhängt. Ein Landesforscher berichtet davon, dass Christen Opfer von Hetzkampagnen wurden. „Diese [Hetzkampagnen] sind eine verbreitete Praxis, insbesondere von religiösen Leitern. Es gibt Vorträge und in Umlauf gebrachte Aufnahmen von muslimischen Predigern, die Hass gegen Christen predigen. Auch unter Christen ist es üblich, Priester des EOC zu hören, die Hetzkampagnen gegen charismatische Gemeinden/Evangelikale anführen, die mit herabwürdigenden Worten ein Bild von Menschen formen, die Religiosität vortäuschten, um Hilfe aus dem Ausland zu erhalten. Manche Prediger der Pfingstbewegung sprechen sich wiederum gegen die Orthodoxen aus und stellen sie als rückständig dar."

Kirchliches Leben: In diesem Lebensbereich nimmt der Druck viele unterschiedliche Formen an: Zum einen ist es schwierig, eine Kirche zu registrieren. Die Regierung verlangt das nicht von der EOC (oder der muslimischen Gemeinschaft), doch andere Christen brauchen die Registrierung, um legal operieren zu können. Einige Regierungsbeamte, die der EOC angehören, überwachen christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der EOC sind, und benutzen die genehmigte Größe des Gottesdienstraums, um ihnen die Registrierung zu verweigern. In muslimischen Regionen kann es riskant sein, sich öffentlich gegen Verfolger zu stellen, weshalb Gemeindeleiter die Verursacher meist nicht öffentlich verurteilen. Aus Angst vor Übergriffen verbergen zudem viele Christen muslimischer Herkunft aus vorwiegend muslimischen Regionen ihren Glauben und wagen es oft nicht einmal, eine Kirche zu besuchen. Ein Forscher sagt: „In Gebieten, in denen Pfingstgemeinden die Minderheit darstellen, werden die jeweiligen Leiter vor allem dafür verantwortlich gemacht, die gesellschaftlichen Werte zu korrumpieren. Sie werden oftmals sogar stärker verfolgt als die Konvertiten von anderen Konfessionen. Ortsvorsteher werden sich zahlreicher Mittel bedienen, um solche Leiter zu vertreiben, bevor sie noch mehr Schaden anrichten können; häufig müssen sie versteckt leben."

Auftreten von Gewalt: Im aktuellen Berichtszeitraum waren Christen einem sehr hohen Maß an Gewalt ausgesetzt. So berichtet ein Landesforscher: „Im Westen Äthiopiens wurde eine Frau von ihrem Ehemann brutal umgebracht. Eine weitere Frau wurde ebenfalls in Westäthiopien tödlich vergiftet." Neunzehn Kirchen wurden angegriffen und zerstört. Christen wurden verhaftet. In manchen Gebieten sind die Bewohner gegen Evangelisationen. Beispielsweise griff am 16. Juli 2017 ein muslimischer Mob in Hirna, einer ländlichen Ortschaft 400 Kilometer östlich von Addis Abeba, eine „Full Gospel Church" an und zerstörte dabei die Decke und eine Wand teilweise, bevor ein 27-jähriger Christ in seinem Haus mit Macheten angegriffen wurde. Der Mob brachte damit seien Zorn über Evangelisationen in dem Gebiet zum Ausdruck. Im Berichtszeitraum wurde von über 100 gewalttätigen Übergriffen gegen Christen berichtet.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen werden vor allem Opfer von Verschleppung, Vergewaltigung und Ehescheidung. Ein Landesforscher berichtet: „Manche Christen müssen ehelos leben. Kirchenleiter erklären, dass die Mehrheit der Kirchenmitglieder weiblich ist. Doch diese Frauen finden keine Ehemänner und sie werden von ihrem Umfeld und ihren Verwandten unter Druck gesetzt und beleidigt."

Männer: Ein Landesforscher berichtet: „Körperliche Angriffe gegen Männer und Jungen sind weitaus schwerwiegender als gegen Frauen und Mädchen. Im Bereich Ethnisch begründeter Anfeindungen stehen sie stärker unter Beobachtung."

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Äthiopien steht am Scheideweg. Die landesweiten Proteste und Demonstrationen, die in manchen Gebieten noch immer sporadisch stattfinden, haben die Regierung 2016 dazu veranlasst, zum ersten Mal seit 1991 den Ausnahmezustand auszurufen. Die Zukunft der Kirche Äthiopiens hängt von folgenden Faktoren ab: Erstens spielen die seit vielen Jahren bestehende strukturelle Vetternwirtschaft in der Regierung und offene Diskriminierung eine große Rolle (wie beispielsweise die Bevorzugung der EOC). Zweitens ist die Verfolgungssituation in Äthiopien davon geprägt, dass die Regierung geschickt eine Gruppe gegen die andere ausspielt, um ihre politische Macht zu erhalten. So werden Angriffe auf Kirchengebäude und Gewalt gegen Christen von der Regierung häufig nicht geahndet. Drittens schwächt der Konflikt zwischen den unterschiedlichen christlichen Kirchen die Gemeinschaft der Christen und verhindert ein gemeinsames Eintreten gegen Verfolgung. Heftigste Vorwürfe und Verfolgung seitens der EOC gegen Protestanten zeigen dies deutlich.

Äthiopien liegt am Horn von Afrika – einer der unbeständigsten Regionen des Kontinents. Der Zustrom von Somaliern hat starke Auswirkungen auf die Christen in Äthiopien, denn mit mehr als fünf Millionen Somaliern ist Äthiopien das Land mit der größten somalischen Gemeinschaft außerhalb Somalias. Die beiden Länder teilen eine lange, brüchige Grenze. Somalias militante Islamisten heben stets hervor, dass Äthiopien ein christliches Land sei und daher historisch betrachtet als Feind gelte. Diese Einschätzung bestärkte einer ihrer Anführer, als er Somalia aufgrund von Äthiopiens militärischem Vorgehen gegen Al Shabaab in Somalia als „ein muslimisches, arabisches Land, das von dem christlichen Land Äthiopien überfallen wurde" bezeichnete.

Dabei ist zu beachten, dass Al Shabaab Äthiopien mehrfach mit Angriffen gedroht hat. Ohne eine entscheidende Schwächung der Al Shabaab stehen Äthiopien in den nächsten Jahren möglicherweise ähnliche Angriffe wie die in Kenia bevor.

Daher wird die Zukunft sehr wahrscheinlich wie folgt aussehen:

- Die Instabilität des Landes wird sich fortsetzen.
- Die Verfolgung der Christen (insbesondere von Protestanten und ehemaligen Muslimen) wird von extremistischen Muslimen und aus den Reihen fanatischer Gruppierungen innerhalb der EOC fortsetzt werden.
- Die Islamische Unterdrückung wird weiter zunehmen und zukünftig eine Gefahr für den Staat und die Christen darstellen.
- Seit Oktober 2016 befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Die Stabilität des Landes hängt maßgeblich davon ab, wie die Zivilbevölkerung reagieren wird, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird.

zurück zur Länderübersicht

Tunesien: Platz 30

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung in Tunesien liegt hauptsächlich in der allgemeinen Feindseligkeit gegenüber Christen begründet, die in der islamischen Gesellschaft offensichtlich ist. Auch wenn der Staat seit den Aufständen des Arabischen Frühlings 2011 Christen gegenüber – relativ gesehen – toleranter geworden ist, so ist doch ein zunehmender Einfluss extremistischer islamischer Lehren erkennbar. Ausländer in Tunesien genießen weitgehend Religionsfreiheit, dürfen jedoch nicht offen evangelisieren. Die kleine Gemeinschaft tunesischer Christen mit muslimischem Hintergrund erfährt Verfolgung durch Familienangehörige, Verwandte und die Gemeinschaft allgemein; außerdem haben diese Christen Schwierigkeiten, ihren Glaubenswechsel durch staatliche Behörden offiziell anerkennen zu lassen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Ein Journalist, der die Situation tunesischer Christen genau untersucht hat, berichtet: „Tunesische Christen werden diskriminiert und ins Visier genommen, was oft vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleibt. Es beeinträchtigt ihr tägliches Leben. Aufgrund ihrer Identität als Christen erleben viele von ihnen Unsicherheit am Arbeitsplatz, werden von Familie, Freunden und sogar Verlobten verlassen; sie sind Opfer verbaler, psychischer und körperlicher Misshandlungen und erhalten keine Chancengleichheit vor dem Gesetz, um sich als Christen ausweisen und heiraten zu können, wen sie wollen."

Aufgrund der oben genannten Faktoren entscheiden sich die meisten tunesischen Christen dafür, ihren Glauben zu verbergen, und können daher nicht offen Gottesdienst feiern und ihren Glauben ausleben. Die Feindseligkeit und der Druck vonseiten der ganzen Gesellschaft machen es gefährlich, ihren Glauben mit Familienangehörigen, Verwandten, Nachbarn, Freunden oder Kollegen zu teilen. Für tunesische Christen ist es aufgrund der Risiken, die eine mögliche Aufdeckung mit sich bringen würde, auch schwierig, sich zu Gottesdiensten zu versammeln und Gemeinschaft miteinander zu haben.

Beispiele:

- Kirchliche Einrichtungen und Gebäude werden überwacht, vordergründig aus Sicherheitsgründen, aber auch zum Zweck der Kontrolle.
- Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2018 wurden mehr als ein Dutzend Christen aufgrund ihres Glaubens von den Behörden festgenommen und verhört.
- Im Februar 2017 wurde berichtet, dass ein christlicher Friedhof in der Stadt Sfax verwüstet wurde. Es wird angenommen, dass der Vorfall religiös motiviert war.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 62 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 ist die Wertung für Tunesien im Vergleich zum WVI 2017 um einen Punkt angestiegen. Obwohl der Druck auf Christen in Tunesien in einigen Lebensbereichen abgenommen hat (z. B. durch eine Gesetzesreform hinsichtlich des Eherechts), hat eine Zunahme der Gewalt diesen Effekt für die Gesamtpunktzahl mehr als aufgewogen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Diese Triebkraft der Verfolgung wirkt auf verschiedenen Ebenen: Innerhalb der Familie erhalten Konvertiten vom Islam zum Christentum oftmals keinerlei Unterstützung für ihre Entscheidung zum Glaubenswechsel. Es gibt Fälle, bei denen Christen mit muslimischem Hintergrund von ihren eigenen Familien in ihren Häusern eingesperrt wurden. Auf gesellschaftlicher Ebene verbreiten extremistische islamische Kämpfer Angst im ganzen Land. Auf politischer Ebene sind islamistische Parteien nach wie vor einflussreich. Die Verbindungen zwischen einigen islamistischen Bewegungen und dem organisierten Verbrechen sollten nicht unterschätzt werden. Sie sorgen für viel Unruhe in der tunesischen Gesellschaft und tragen dazu bei, dass die ohnehin schon große Angst unter den Christen zunimmt. Der Premierminister hat kürzlich die Verbindung zwischen Terrorismus und organisiertem Verbrechen und Korruption mit folgenden Worten hervorgehoben: „Wir sind überzeugt, dass es einen Zusammenhang zwischen Schmuggel, Terrorfinanzierung, grenzüberschreitenden Aktivitäten und auch Kapitalflucht gibt."

Verfolger

Die Verfolgung in Tunesien geht hauptsächlich von gewalttätigen religiösen Gruppen aus, insbesondere militanten islamischen Gruppen. Obwohl das Land als Erfolgsgeschichte des Arabischen Frühlings gefeiert wird und daher einen guten Ruf hat, sind extremistische islamische Lehren und Militanz weit verbreitet, vor allem unter der Jugend. Solche extremistischen Gruppen (deren Anhängerzahl mit den Rückkehrern von den Kämpfen in Syrien und im Irak zunimmt) gehören zu den stärksten Verfolgern. Von gewöhnlichen Bürgern wie Nachbarn und Familienangehörigen geht ebenfalls Verfolgung aus, insbesondere für tunesische Christen muslimischer Herkunft. Dies geschieht vor allem außerhalb der großen Stadtgebiete. Auch die Regierung und der Staatsapparat können als Verfolger betrachtet werden, da sie Gemeinden von Christen mit muslimischem Hintergrund die Registrierung und offizielle Anerkennung verweigern.

Hintergrund

In Tunesien hatte es im Vorfeld der Jasminrevolution (Arabischer Frühling) eine große gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit gegeben. Am 14. Januar 2011 flohen Präsident Zine El Abidine Ben Ali und sein engster Kreis nach Saudi-Arabien. Das Regime fiel und eine Übergangsregierung wurde gebildet. Die politische Landschaft in Tunesien hat sich seither verändert. Am 26. Januar 2014 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Anschließend führte Tunesien im Dezember 2014 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durch, die das Ende der Übergangsphase markierten. Die Präsidentschaftswahlen gingen in eine zweite Runde und in dieser Stichwahl wurde Beji Caid Essebsi zum Wahlsieger erklärt.

Aufgrund der Tatsache, dass keine einzelne Partei eine Mehrheit im Parlament gewinnen konnte, und aufgrund der Schwierigkeiten, die tunesischen Wirtschaft anzukurbeln, gibt es seit den Parlamentswahlen 2014 in Tunesien einen ständigen Wechsel der Premierminister und Regierungen. Die wesentlichen Herausforderungen, mit denen sich diese aufeinanderfolgenden nationalen Einheitsregierungen auseinandersetzen müssen, sind: 1.) die wachsende Bedrohung durch militante islamische Gruppen in der Region und 2.) die Wirtschaftskrisen, die vor allem durch den Rückgang des Tourismus verursacht wurden, der eine der tragenden Säulen der tunesischen Wirtschaft war. Nach aktuellem Stand am Ende des Berichtszeitraums zum WVI 2018 führt Youssef Chahed eine Einheitsregierung an, die aus einer Koalition säkularer, islamistischer und linker Parteien besteht und von Parteilosen und einer Gewerkschaft unterstützt wird.

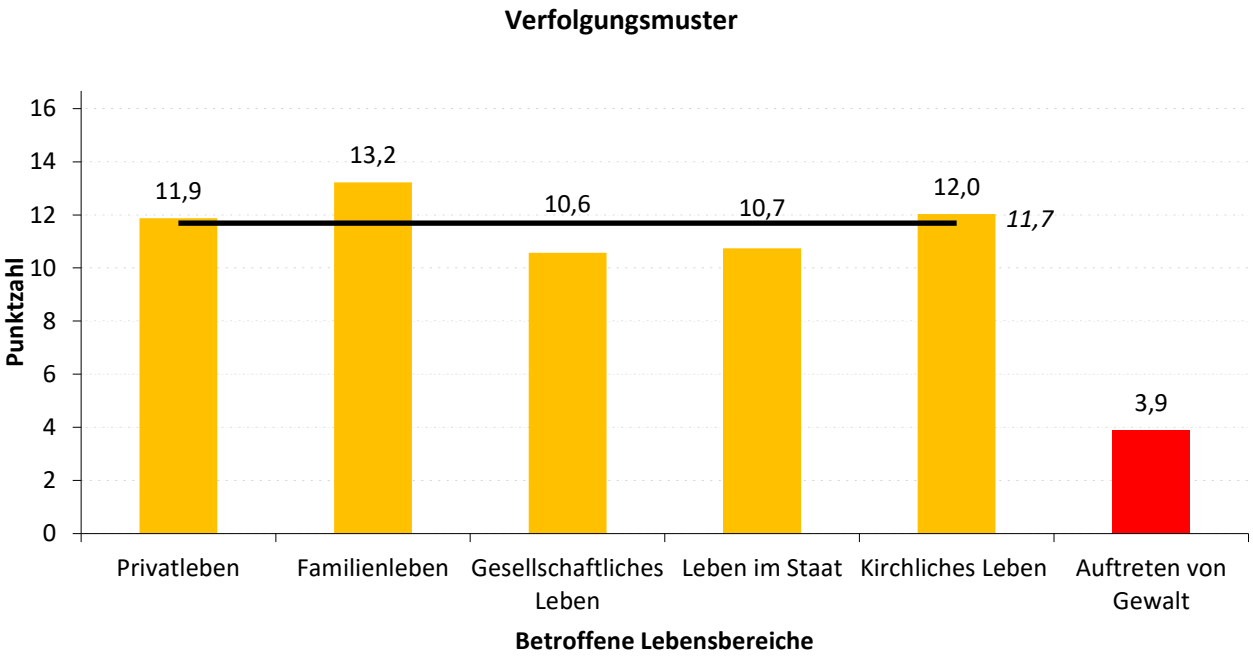
Trotz der Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft bleibt Tunesien das einzige Land, in dem der Arabische Frühling zur Bildung einer demokratischeren und legitimierten Regierung geführt hat, in der säkulare und islamistische Parteien auf der Grundlage von Konsens und Kompromissen miteinander regieren können. Eine interessante Entwicklung in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass Ennadha, ehemals die größte und bedeutendste islamistische Partei Tunesiens, offiziell zu einer säkularen Partei geworden ist. Gleichzeitig gibt es extremistische islamische Parteien wie die Hizb ut-Tahrir, die die tunesische Regierung als Bedrohung der öffentlichen Ordnung zu verbieten versucht. Tunesien hat sich außerdem als das Herkunftsland herausgestellt, aus dem die meisten ausländischen Kämpfer in Syrien stammen. Viele von ihnen kehren nach Tunesien zurück, nachdem sie vom Islamischen Staat (IS) radikalisiert wurden.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Ausländische Christen haben relativ viel Freiheit, obwohl öffentliche Evangelisation nicht toleriert wird. Ausländische Christen, die in den wenigen internationalen Kirchen Gottesdienste abhalten, stoßen kaum auf Probleme, einheimische Christen tragen die Hauptlast der Verfolgung.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund sind verschiedenen Formen der Verfolgung ausgesetzt, z. B. durch ihre Familienangehörigen. Allerdings steht es ihnen (und anderen) mehr oder weniger frei, Informationen über den christlichen Glauben zu suchen und zu erhalten, insbesondere Inhalte, die online gestellt werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Tunesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Die durchschnittliche Wertung für den Druck auf Christen in Tunesien beträgt wie beim WVI 2017 11,7 Punkte, auch wenn es leichte Verschiebungen bei den Punktzahlen für die einzelnen Lebensbereiche gibt.
- Der Druck ist am stärksten im Bereich „Familienleben“. Der Grund dafür ist, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung muslimisch ist und die meisten Tunesier trotz der Bemühungen der Regierung, das Bild eines liberalen, offenen und demokratischen Landes zu vermitteln, von weniger toleranten Versionen des Islam beeinflusst sind, besonders außerhalb der großen Metropolen. In diesem Zusammenhang werden Christen mit muslimischem Hintergrund von ihren Angehörigen stark unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen.
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt in Tunesien beträgt für den Berichtszeitraum des WVI 2018 3,9; gestiegen von 3,0 Punkten beim WVI 2017. Die quantitative Zunahme von Gewalttaten kann zum Teil auf die Rückkehr tunesischer Kämpfer zurückgeführt werden, die sich dem IS im Irak und in Syrien angeschlossen hatten. Sie wurden weiter radikalisiert und sind kampferprobt.

Privatleben: Christen muslimischer Herkunft werden unter Druck gesetzt, wenn ihr Glaubenswechsel im privaten Umfeld bekannt wird. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den ländlichen Gebieten und der Hauptstadt Tunis, wo die Situation vergleichsweise besser ist. Die meisten Christen mit muslimischem Hintergrund (vor allem junge Menschen) erleben in irgendeiner Form Widerstand, Ablehnung und/oder Verfolgung wegen ihres Glaubenswechsels.

Vor allem für junge Konvertiten ist es schwierig, regelmäßig in der Bibel zu lesen und einen Ort zu finden, an dem sie beten können, weil sie dafür bedrängt und unter Druck gesetzt werden könnten.

Familienleben: Die Freiheit einer christlichen Familie, ihr Familienleben auf christliche Weise zu führen, ist begrenzt. Jeder Tunesier wird automatisch als Muslim registriert. Ausländer bekommen keine Probleme, solange ihre Kinder ihre ausländische Staatsbürgerschaft behalten. Christen muslimischer Herkunft müssen akzeptieren, dass ihre offiziellen Dokumente sie als Muslime ausweisen. Jeder Versuch, dies zu ändern, ist zum Scheitern verurteilt und hat Konsequenzen.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft erhalten Drohungen von ihren Familien oder aus der sie umgebenden Gesellschaft, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Besonders in ländlichen Gegenden des Landes haben junge Christinnen mit muslimischem Hintergrund Angst davor, zur Ehe mit einem Muslim gezwungen zu werden. Es gibt auch Fälle, in denen Konvertiten zum christlichen Glauben von ihrer Universität verwiesen wurden oder nicht zur Schule gehen können, weil sie von zu Hause vertrieben wurden. Manchmal werden Kunden aufgefordert, nicht in Geschäften einzukaufen, die von einem Christen geführt werden.

Leben im Staat: Im Umgang mit den Behörden werden Christen in der Regel benachteiligt. Es gibt kaum Christen unter den hochrangigen Politikern und Beamten in Tunesien. Eine offizielle Registrierung ihrer Gemeinde ist für tunesische Christen muslimischer Herkunft unmöglich. Nur Kirchen für Ausländer ist es erlaubt, christliche Symbole zu zeigen.

Kirchliches Leben: Obwohl die tunesische Verfassung derzeit Religionsfreiheit respektiert und die Abkehr vom Islam nicht verboten ist, gehen Vertreter der Regierung in der Praxis oft nach ganz anderen Maßstäben vor. Der Import christlicher Bücher in arabischer Sprache wird von den Behörden behindert. Tunesische Christen muslimischer Herkunft können ihre Gemeinden nicht registrieren lassen und seitdem Tunesien im Jahr 1956 die Unabhängigkeit erlangte, wurde keine neue Kirche mehr offiziell registriert. Dies steht im krassen Gegensatz zu dem Gesetz, das den Bau und den Betrieb von Moscheen reguliert. Registrierte Gemeinden können frei agieren, sehen sich aber mit praktischen Problemen konfrontiert, besonders hinsichtlich ihrer Immobilien, der Einstellung von Mitarbeitern sowie Genehmigungen für die Veröffentlichung und Verbreitung christlicher Texte in arabischer Sprache.

Auftreten von Gewalt: Die gewalttätige Verfolgung von Christen scheint im Berichtszeitraum des WVI 2018 zugenommen zu haben, auch wenn die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt nicht so hoch ist wie in anderen Ländern der Region (wie Ägypten und Libyen).

Beispiele:

- Ein 29-jähriger Christ mit muslimischem Hintergrund wurde aus dem Haus vertrieben, das er mit seinem eigenen Geld auf dem Land seines Vaters gebaut hatte. Seine Familie vertrieb ihn aus dem Haus und war nicht bereit, ihm das Geld zu geben, das er in den Bau des Hauses investiert hatte. Er wurde schwer verletzt, als er von Jugendlichen zusammengeschlagen wurde, die einer extremistischen islamischen Gruppe namens Ansar al-Sharia angehören. Zudem wurde er einige Male von der Polizei unter verschiedenen Vorwänden wegen seines christlichen Glaubens verhaftet.
- Ein christlicher Friedhof in der Stadt Sfax wurde verwüstet. Es wird angenommen, dass der Angriff religiös motiviert war.

- Während des Berichtszeitraums des WVI 2018 wurden mehr als ein Dutzend Christen aufgrund ihres Glaubens von den Behörden festgenommen und verhört.
- Eine 23-jährige Christin muslimischer Herkunft konnte ihren christlichen Verlobten (der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt) nicht heiraten, da sie nach tunesischem Recht immer noch als Muslima gilt und es ihr somit untersagt ist, einen Nichtmuslim zu heiraten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Obwohl sich die politische Lage in Tunesien stabilisiert zu haben scheint, bedeutet dies nicht, dass zu erwarten ist, dass der Druck auf die Christen abnehmen wird. Tatsächlich sind Gesellschaft und Kultur, insbesondere in ländlichen Gebieten, nach wie vor gegen Christen eingestellt; politische Veränderungen haben darauf keinen Einfluss. Die Verfassung Tunesiens mag als positiver Schritt nach vorn erscheinen, allerdings ist die Formulierung allgemein genug gehalten, um restriktive Interpretationen zu ermöglichen. Dies wird stark von der Art der Regierung, die an der Macht ist, und ihrer Haltung gegenüber religiösen Minderheiten abhängen.

Tunesien sieht sich einer echten Bedrohung durch Instabilität und Konflikte ausgesetzt, die aus der zunehmenden Aktivität extremistischer islamischer Gruppen im Land resultieren. Die Situation wird noch beunruhigender, da viele tunesische islamische Kämpfer, die an der Seite des IS in Libyen gekämpft haben, nun mit dem offenbaren Niedergang des IS in Libyen nach Hause zurückkehren. Wenn Gruppen wie Hizb ut-Tahrir mehr Einfluss in Tunesien gewinnen, wird sich die Situation für die Christen im Land wesentlich verschlechtern und die Verfolgung von Christen könnte noch stärker und gewalttätiger werden.

zurück zur Länderübersicht

Türkei: Platz 31

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Türkei ist fast ein eigener Kontinent für sich, auch in Bezug auf die Verfolgung von Christen. Es ist das einzige Land der Welt, in dem die Hauptreligion, der Islam, völlig mit leidenschaftlichem Nationalismus vermischt ist. Generell besteht die Ansicht, dass ein wahrer Türke ein sunnitischer Muslim ist. Dieser „Religiös motivierte Nationalismus“ hat nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 neue Höhen erreicht. Präsident Erdogan hat die Situation genutzt, um seine Macht und Position zu stärken, obwohl sein diktatorisches Verhalten nicht zu einer direkten Verfolgung von Christen geführt hat. Stattdessen tut er dies indirekt, indem er versucht, die Türkei von einem säkularen Staat in einen sunnitisch-muslimischen Staat zu verwandeln, wobei er den Minderheiten wenig Raum lässt. Auf einer eher lokalen Ebene gibt es starken Widerstand von Familien gegen Konvertiten zum Christentum, da das Verlassen des Islam als Verrat an der türkischen Identität, dem Islam und der Familie gesehen wird. Diese Art der Unterdrückung wird als „normal“ angesehen und es wird kaum über sie berichtet, es sei denn, es handelt sich um physische Gewalt.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Der Religiös motivierte Nationalismus in der Gesellschaft übt großen Druck auf die Christen aus. Die Regierung hat es nicht direkt auf Christen abgesehen, der Nationalismus der Gesellschaft lässt jedoch kaum Raum für Christen, eine andere Botschaft zu verkünden. Insbesondere Christen muslimischer Herkunft stoßen auf gesellschaftlichen Widerstand, obwohl der Wechsel vom Islam zum Christentum rechtlich nicht verboten ist. Konvertiten aus dem Islam werden von ihren Familien unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren, und selbst das Verlassen einer christlichen Konfession für eine andere kann problematisch sein. Christen mit muslimischem Hintergrund führen deshalb manchmal ein Doppelleben und verbergen ihre Bekehrung. Obwohl Konvertiten aus dem Islam ihre religiöse Zugehörigkeit auf Ausweiskarten legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und langwieriger Prozess sein. Wenn der Glaube eines Christen mit muslimischem Hintergrund entdeckt wird, kann ihm Scheidung und der Verlust des Erbrechts drohen.

Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch Christen, die keinen muslimischen Hintergrund haben. Diese stammen zumeist von ethnischen Minderheiten (beispielsweise Griechen, Armeniern oder Syrern) ab. Sie werden nicht wirklich als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. Christen haben keinen Zugang zu staatlichen Stellen und erleben Diskriminierung bei privaten Arbeitgebern, vor allem dort, wo diese mit der Regierung verbunden sind. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Personalausweis vermerkt ist, ist es sehr einfach, christliche Bewerber zu diskriminieren.

Beispiele:

- Ein Führungswechsel in der Griechisch-Orthodoxen und der Armenisch-Apostolischen Kirche muss von der Regierung genehmigt werden, auch wenn es sich dabei um Führer von Religionsgemeinschaften handelt, die nicht im Gesetz existieren und deren Amtspositionen im Gesetz nicht anerkannt sind.
- Die Ausbildung von christlichen Leitern ist rechtlich unmöglich und es ist fast ausgeschlossen, sich als neue Gemeinde registrieren zu lassen. Kleine Gemeinden können sich jedoch als „Vereine" registrieren lassen.
- Laut eines Berichts von World Watch Monitor vom Juni 2017 ist US-Pastor Andrew Brunson seit Oktober 2016 inhaftiert und wird als Geisel festgehalten, um politische Zugeständnisse von den Vereinigten Staaten zu erzwingen. Ihm wird vorgeworfen, die Gülen-Bewegung zu unterstützen, die angeblich den gescheiterten Putsch im Juli 2016 durchgeführt haben soll. Nachdem Brunson im Oktober 2017 ein Jahr ohne Anklage im Gefängnis verbracht hatte, wurde ein Lied der Anbetung, das er in seiner Zelle geschrieben hatte, an seine Frau weitergegeben und von World Watch Monitor veröffentlicht.
- Laut einem Bericht von World Watch Monitor vom Juli 2017 wurde in den letzten fünf Jahren der rechtmäßige Besitz von mindestens 100 antiken syrisch-christlichen Grundstücken im Südosten der Türkei beschlagnahmt und auf die türkische Staatskasse übertragen. Zu den von der Regierung beschlagnahmten Besitztümern gehören zwei aktive Klöster und Grundstücke des Klosters Mor Gabriel aus dem 4. Jahrhundert.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Türkei erscheint mit 62 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2018, ein Anstieg um fünf Punkte im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum. Das Land hat nach dem Putschversuch im Juli 2016 einen starken Anstieg der Furcht erlebt. Die scharfe Rhetorik der Regierung hat wenig Raum für andere Stimmen gelassen, auch für die christlichen. Vor allem das kirchliche Leben ist schwieriger geworden. Es gibt mehr Misstrauen gegenüber Christen, was die Arbeit in der Öffentlichkeit erschwert.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung/Religiös motivierter Nationalismus: Der heftige, fanatische Nationalismus betrifft alle Christen in der Türkei. Der größte Druck lastet auf christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Familie, Freunde und ihr Umfeld üben oft starken Druck auf sie aus, zum Islam, dem Glauben der Väter, zurückzukehren. Die generelle Auffassung ist, dass ein wahrer Türke als Muslim geboren wird. Eine Bekehrung zum Christentum ist nicht nur eine Frage der Verletzung der Familienehre, sondern wird auch als „Beleidigung des Türkentums" gesehen. Dies kann zu Gerichtsverfahren und Freiheitsstrafen führen. Die Mischung aus Islam und Nationalismus betrifft auch andere Christen, die zumeist ethnischen Minderheiten angehören (beispielsweise Griechen, Armenier oder Syrer). Sie gelten nicht als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse.

Ethnisch begründete Anfeindungen: „Ethnisch begründete Anfeindungen“ haben sich im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt verschärft. Syrische Christen im Südosten spüren besonders den Druck des Bürgerkriegs und sind gefangen zwischen kurdischen Stämmen, der Regierung und der kurdischen militanten Gruppe PKK. Die Stammesführer nutzen ihr Gewaltmonopol, um die Syrer aus ihrer Heimat im Südosten zu vertreiben. Dies betrifft jedoch nur die ländliche christliche Bevölkerung. Die meisten Christen in der Türkei leben in Großstädten und sind nicht stark von Ethnisch begründeten Anfeindungen betroffen.

Diktatorische Paranoia: Seit dem gescheiterten Staatsstreich im Juli 2016 hat die Regierung von Präsident Erdogan ihre Maske, die Demokratie zu unterstützen, fallen gelassen und schränkt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft offen ein. Die Medien wurden eingeschränkt und alle Formen der Opposition werden verfolgt. Obwohl Christen derzeit nicht direkt von der Regierung angegriffen werden, hat das Regime den sunnitischen Islam offen zur religiösen Norm im Land erklärt und damit den christlichen Glauben weiter an den Rand gedrängt.

Verfolger

Islamische Unterdrückung und Religiös motivierter Nationalismus:
Regierungsbeamte: Die stärksten Verfolger von Christen sind Regierungsbeamte. Es ist kein Geheimnis, dass Präsident Erdogan die Türkei von einem säkularen Land in ein sunnitisch-muslimisches Land verwandeln will. Bisher wurden die Änderungen in kleinen Schritten umgesetzt. Einer dieser Schritte ist die Änderung der Verfassung nach dem Referendum im April 2017, die dem Präsidenten mehr Befugnisse und die Möglichkeit gibt, bei zwei weiteren Wahlen zu kandidieren. Bis auf eine kleine Anzahl ausländischer Christen hat es die Regierung bisher noch nicht weiter gezielt auf Christen abgesehen. Es gab jedoch Probleme mit Grundstücken von Kirchen, insbesondere in der unruhigen Region im Südosten des Landes. Die Regierung schloss und beschlagnahmte Kirchengebäude aus verschiedenen Gründen. In einigen Fällen sagte die Regierung, dass dies aufgrund überarbeiteter Grundbuchgesetze und der Umstrukturierung von Stadtverwaltungen geschah, in anderen Fällen ergriff die Regierung aus Sicherheitsgründen die Kontrolle über Kirchen. Obwohl es schwierig ist, zu beweisen, ob die Regierung absichtlich christliche Gemeinschaften behindert oder nicht, ist sich ein Feldforscher sicher, dass die Regierung versucht, die ohnehin schon geschwächten historisch-christlichen Gemeinschaften aus der Türkei herauszudrängen.

Gesellschaftlicher Druck der Großfamilie und von nichtchristlichen religiösen Führern und gewöhnlichen Bürgern: Der scharfe Nationalismus der Gesellschaft, der von der Regierung angestiftet wurde, lässt den Christen kaum Raum, eine alternative Nachricht zu verkünden. Insbesondere Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben sehen sich mit Widerständen von Gesellschaft und Familienmitgliedern konfrontiert, obwohl der Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben rechtlich nicht verboten ist. Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und im kommunalen Gemeinwesen unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Es kann auch problematisch sein, eine christliche Konfession für eine andere zu verlassen. Christen mit muslimischem Hintergrund führen deshalb manchmal ein Doppelleben und verbergen ihre Bekehrung. Einmal bekannt geworden, droht einem Christen mit muslimischem Hintergrund die Scheidung und der Verlust von Erbrechten.

Politische Parteien: Im Juli 2017 organisierte die Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei (CHP), einen „Gerechtigkeitsmarsch“ gegen die Regierung, der sich Hunderttausende von Menschen anschlossen. Nichtsdestotrotz scheint keine der Oppositionsparteien die historischen christlichen oder anderen christlichen Gemeinschaften mit ihrer Stimme zu unterstützen, was sie dem ungehinderten Druck der Regierung aussetzt.

Ethnisch begründete Anfeindungen:
Anführer ethnischer Gruppen: In den eher ländlichen Gebieten werden konservative Normen und Werte von ethnischen Leitern aufrechterhalten. Im Südosten des Landes scheint es, dass kurdische Anführer versuchen, die historische syrische Gemeinschaft aus dem traditionell christlichen Gebiet zu vertreiben. Die kurdische PKK versucht auch, die Syrer aus nationalistischen Gründen bewusst in den Konflikt mit der türkischen Regierung zu ziehen.

Diktatorische Paranoia:
Regierungsbeamte: Die Gegenreaktion auf den Putschversuch vom Juli 2016 hat zu einer verstärkten Polarisierung geführt und macht jeden öffentlich zum Sündenbock, der (angeblich) die Türkei oder Erdogans Vision für die Türkei nicht unterstützt. Die Tatsache, dass Fethullah Gülen, der angebliche Kopf des Putschversuchs, seinen Wohnsitz in Pennsylvania hat und die Vereinigten Staaten ihn bisher nicht ausgeliefert haben (mangels Beweisen, dass er den Putschversuch inszeniert hat), hat die Spannungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten verstärkt. Vor allem protestantische Christen haben die Verschlechterung der Beziehungen gespürt. Da die Vereinigten Staaten als christliches Land gesehen werden, werden Christen in der Türkei als Spione des Westens dargestellt. Hassreden und Drohungen gegen protestantische Kirchen haben zugenommen, während andere christliche Gemeinschaften es gewohnt sind, aus Angst vor Gewalt und Verfolgung nicht aufzufallen. Dies hat noch nicht zu Gewalttaten geführt, aber die allgemeine Stimmung ist angespannt.

Hintergrund

Seit 2002 versucht die Türkei, ihr inneres und äußeres Selbstbild neu zu definieren. Das Konzept, ein westliches säkulares Land zu sein, ist nicht mehr das Leitprinzip. Stattdessen wird der Islam als das Element betrachtet, das die türkische Gesellschaft festigt. Die Notwendigkeit, an der westlichen Welt festzuhalten, verschwand nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991, als sich die Türkei entschieden dem Nahen Osten zuwandte. Ziel der Regierung ist es seither, die Türkei zu einem wichtigen Akteur in der Region und zu einem Vorbild für andere Länder zu machen. Jedoch sind diese Ziele in den letzten Jahren regional sowie international ins Stocken geraten.

Im Jahr 2003 wurde Recep Tayyip Erdogan Premierminister und im Jahr 2014 zum Präsidenten der Türkei gewählt. Bei den Wahlen im Juni 2015 verlor die AKP ihre absolute Mehrheit im Parlament und die Verhandlungen über eine Koalition scheiterten. Bei den Neuwahlen vom 1. November 2015 gewann die AKP ihre absolute Mehrheit zurück. Am 15. Juli 2016 kam es zu einem Staatsstreich, der jedoch scheiterte, und das Regime schlug hart zurück. Es beschuldigte den islamischen Prediger und ehemaligen Verbündeten Fethullah Gülen (im selbst gewählten Exil in den USA), hinter dem gescheiterten Putsch zu stehen.

Nach dem gescheiterten Staatsstreich veränderte sich die Situation in der Türkei dramatisch. Die Regierung übernahm mehr diktatorische Macht und der Nationalismus und die Islamisierung verstärkten sich. Viele Lehrer wurden wegen des Vorwurfs von Verbindungen mit der Gülen-Bewegung entlassen, Schulleiter wurden durch solche ersetzt, die der islamischen AKP-Partei treu ergeben sind, und islamische Imam-Hatip-Schulen wachsen. Der Kampf gegen die militante kurdische Minderheit verschärfte sich, und die Türkei nahm international eine viel energischere Haltung ein, indem sie im benachbarten Syrien und Irak militärisch aktiv wurde (vor allem gegen kurdische Truppen). Aufgrund der neuen strengen Regierungspolitik ist die Intoleranz gegenüber allen, die sich nicht auf Erdogans Seite stellen, gestiegen. Nichtsunnitische Bürger (einschließlich der winzigen christlichen Minderheit) sehen sich einem wachsenden Druck ausgesetzt, der sich zunehmend in gewalttätigen Zwischenfällen äußert.

Sowohl Regierung als auch Gesellschaft greifen verbal andere religiöse Gruppen wie Aleviten und Juden und ethnische Gruppen wie die Kurden an. Dies wird sich in der Zukunft voraussichtlich fortsetzen.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Es gibt ausländische Christen im Land, aber sie sind nicht unfreiwillig von anderen christlichen Gemeinschaften isoliert. Da diese ausländischen Christen frei mit anderen christlichen Gemeinschaften interagieren können, werden sie nicht als separate Kategorie im Weltverfolgungsindex betrachtet.

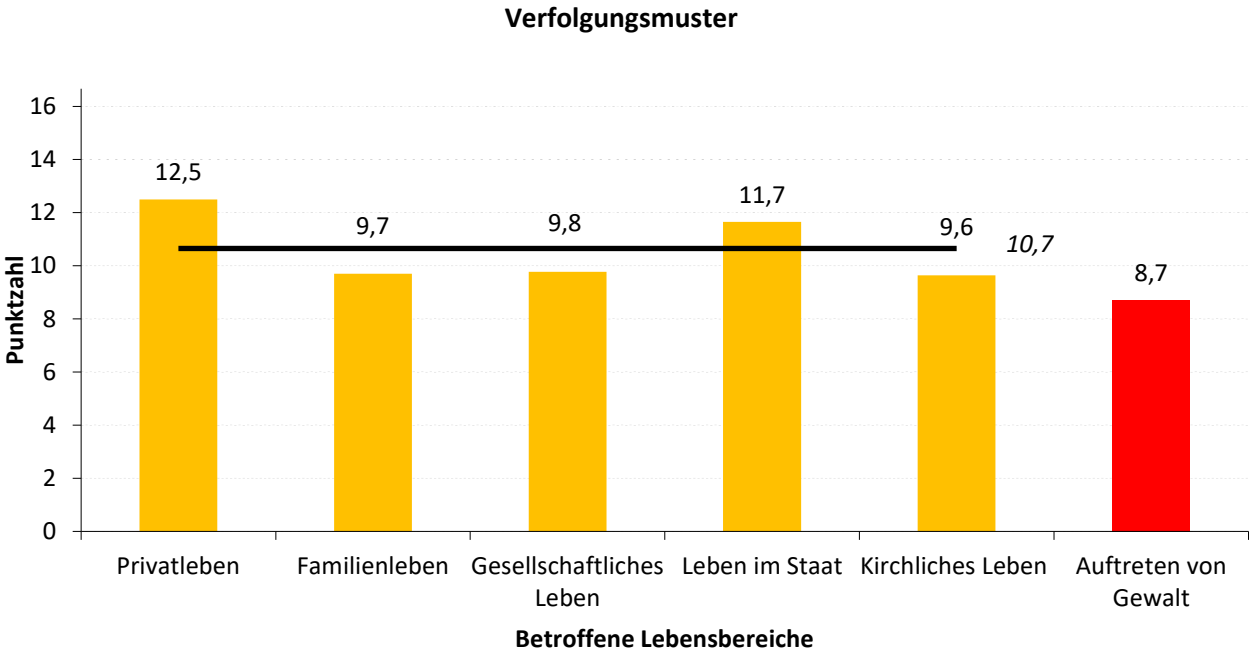
Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören die Armenisch-Apostolisch Orthodoxen und Griechisch-Orthodoxen Kirchen (die einzigen Kirchen, die 1923 im Vertrag von Lausanne „anerkannt“ wurden), sowie die Assyrischen, Syrisch-Orthodoxen und Syrisch-Katholischen Kirchen, die alle regelmäßig überwacht und von der Regierung kontrolliert und eingeschränkt werden. Ihre Mitglieder gelten in vielen offiziellen Angelegenheiten sowie in der Öffentlichkeit als „fremd“. Sie werden nicht als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und stoßen auf alle möglichen rechtlichen und bürokratischen Hindernisse. Beispielsweise benötigen die Armenische und die Griechisch-Orthodoxe Kirche eine Erlaubnis der türkischen Regierung, um neue Gemeindeleiter festzulegen.

Es gibt auch ausländische Christen, die zu den traditionellen christlichen Kirchen gehören. Es gibt russisch-orthodoxe Christen, die eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Außerdem gibt es auch römisch-katholische Christen, zumeist Immigranten aus Afrika und den Philippinen. In den vergangenen Jahren sind ihre Reihen mit Zehntausenden von christlichen Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak, die dem Krieg in ihren Heimatländern entkommen sind, gewachsen.

Christen muslimischer Herkunft: Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in der Türkei. Der Druck geht von der Familie, Freunden, dem sozialen Umfeld und sogar von lokalen Behörden aus. Sie gelten als Verräter der türkischen Identität. Neben christlichen Konvertiten mit türkischer Herkunft gibt es auch Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft aus anderen Ländern wie dem Iran.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Baptisten, evangelikale Christen und Pfingstgemeinden existieren meist als kleine Gruppen, denen das Überleben schwerfällt. Einige können sich keine Mietsräume für Gottesdienste leisten. Viele von ihnen treffen sich in ihren Häusern, was zum Widerstand von Nachbarn führen kann.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Türkei

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Die Punktzahl für den durchschnittlichen Druck auf Christen in der Türkei hat sich von 9,8 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 10,7 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum erhöht. Dies ist vor allem auf die harten Maßnahmen zurückzuführen, die die türkische Regierung nach dem Staatsstreich im Juli 2016 ergriffen hat. Statt einer Deeskalation entschied sich Präsident Erdogan für eine Hexenjagd auf alle mutmaßlichen Putschisten und deren Anhänger. Durch die Auswechslung vieler Beamter im Justizwesen hat Erdogan die Rechtsstaatlichkeit der Türkei untergraben und damit die Stellung der Minderheiten in der Türkei gefährdet.
- Der Druck blieb im Bereich „Privatleben“ am stärksten, was die schwierige Situation widerspiegelt, in der Christen muslimischer Herkunft in einem Land leben, in dem ein wahrer Türke ein sunnitischer Muslim ist.
- Die Punktzahl im Bereich Auftreten von Gewalt bleibt weiterhin sehr hoch (8,7 Punkte), wie auch im vergangenen Berichtszeitraum. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich die allgemeine Lage der Christen nicht verbessert hat.

Privatleben: Ein Glaubenswechsel ist gesetzlich nicht verboten. Jedoch gibt es mit hoher Wahrscheinlichkeit gesellschaftliche und familiäre Auswirkungen, wenn sich ein Muslim für den christlichen Glauben entscheidet oder ein Christ zu einer anderen Konfession wechselt. Obwohl das Ausmaß und die Art der Unterdrückung von Familien je nach familiärem Hintergrund sehr unterschiedlich sind, wird die Bekehrung zum Christentum weithin als inakzeptabel gesehen. Christen mit muslimischem Hintergrund führen manchmal ein Doppelleben und verstecken ihre Bekehrung, was bedeutet, dass sie ihr Gebet, das Lesen der Bibel und den Zugang zu christlichen Websites verbergen müssen. Diese Art der Unterdrückung wird als „normal" angesehen und wird kaum berichtet oder dokumentiert, es sei denn, sie geht mit körperlicher Gewalt einher. Es gibt vonseiten der Familie und Kirche auch auf diejenigen Druck, die von einer traditionellen Kirche zu einer Freikirche wechseln. Auch dies wird nicht erfasst oder berichtet. Diejenigen, die ihre christliche Identität verbergen, haben oft zu viel Angst, um andere Gläubige zu treffen.

Familienleben: Obwohl christliche Konvertiten aus dem Islam ihre Religionszugehörigkeit auf Ausweiskarten legal zum Christentum ändern können, kann dies ein schwieriger und langwieriger Prozess sein. Wenn der Ausweis eine Person als Muslim offenbart, sind die Kinder dieser christlichen Konvertiten verpflichtet, in der Schule Kurse über den Islam zu besuchen. Wenn Christen muslimischer Herkunft nicht die Religionszugehörigkeit auf ihren Ausweisen geändert haben, werden ihre Kinder automatisch als sunnitische Muslime registriert. Sobald eine Bekehrung zum Christentum bekannt wird, können Konvertiten der Gefahr einer Scheidung ausgesetzt sein und ihre Erbrechte verlieren. Sie können auch Schwierigkeiten bei der Durchführung einer christlichen Hochzeit oder Beerdigung haben (wenn beispielsweise die letzten Wünsche eines Christen muslimischer Herkunft nicht respektiert werden und die Beerdigung nach islamischen Riten erfolgt). Anträge auf christliche Friedhöfe wurden in einigen Teilen des Landes abgelehnt. Wo dies geschehen ist, können Christen nur nach christlichen Riten in Abschnitten begraben werden, die allen Nichtmuslimen vorbehalten sind, oder auf einem traditionell christlichen Friedhof begraben werden.

Es ist für Christen fast unmöglich, ein muslimisches Kind zu adoptieren. Kinder von Christen und besonders von Christen mit muslimischem Hintergrund werden oft schikaniert, entweder wegen der religiösen Intoleranz der Gesellschaft oder wegen des nationalistischen Eifers. Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft erleben gelegentlich Druck, sich scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck von ihrer Familie, Freunden und Nachbarn, den christlichen Glauben zu widerrufen. Es gibt verbindlichen Islamunterricht im Schulsystem, obwohl nichtmuslimische Kinder die Möglichkeit haben, sich davon abzumelden. Es gibt jedoch Berichte über die Diskriminierung von Lehrern und dem sozialen Umfeld gegenüber den Kindern, die davon abgemeldet wurden. Christliche Schulkinder werden im Unterricht regelmäßig diskriminiert, sowohl von Lehrern als auch von anderen Schülern. Es gibt Christen, die an türkischen Universitäten studieren, aber es ist ihnen verwehrt, höhere Positionen oder Professuren auf Universitätsniveau zu erreichen. Christen haben keinen Zugang zu staatlichen Stellen und erleben Diskriminierung bei privaten Arbeitgebern, vor allem dort, wo diese mit der Regierung verbunden sind. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Personalausweis vermerkt ist, ist es sehr einfach, christliche Bewerber zu diskriminieren. Christen werden in der Türkei ausgegrenzt und von der Gesellschaft als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Leben im Staat: Die türkische Verfassung ist in ihrer Haltung gegenüber den Rechten religiöser Minderheiten sehr restriktiv. Christen muslimischer Herkunft (insbesondere diejenigen, die im Südosten oder in ländlichen Gebieten anderswo Kirchenleiter sind) werden von Polizei und Sicherheitskräften wegen ihrer offenen christlichen Identität mitunter respektlos behandelt. Christen haben Schwierigkeiten, Genehmigungen für den Bau von Kirchen oder den Status eines Kirchensitzes zu erhalten. Der Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, zum staatlichen Sicherheitsapparat und zur Strafverfolgung wird den Christen verwehrt, ebenso wie die Beförderung in der Armee, trotz des vorgeschriebenen Militärdienstes. Obwohl die Religionszugehörigkeit auf den neuen Ausweisen nicht mehr angezeigt wird, ist sie dennoch auf einem Chip in der Karte registriert. Der Anstieg des Nationalismus im Land verursacht Probleme für nichtmuslimische Unternehmer, da Berichten zufolge Vetternwirtschaft unter der regierenden AKP-Partei weit verbreitet ist. Vor allem lokale Medien und Journalisten sind voreingenommen gegenüber Christen. Es gab mehrere Berichte über Intoleranz und Vorurteile gegenüber Christen. Es bestehen auch Bedenken hinsichtlich der Unparteilichkeit der Justiz in Gerichtsverfahren, die christliche Minderheiten betreffen, insbesondere nachdem die Regierung mehr als 4.000 Angehörige der Justiz wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung entlassen hat.

Kirchliches Leben: Es ist unmöglich, sich als neue Religionsgemeinschaft als solche zu registrieren. Obwohl es für Kirchen die Möglichkeit gibt, sich als „Verein“ registrieren zu lassen, ist dies auch ein schwieriger Prozess und einige Anträge wurden abgelehnt. Verboten ist auch die Errichtung von Stiftungen zur Unterstützung einer neuen Religionsgemeinschaft. Der türkische Geheimdienst (MIT) beobachtet die christlichen Gruppen und ihre Tätigkeiten genau, obwohl die Sicherheitsdienste auch (sichtbar) die Kirchen während der Gottesdienste schützen, insbesondere nach Drohungen vom „Islamischen Staat“ (IS). Es ist sehr schwierig, behördliche Genehmigungen für die Reparatur oder Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten. Viele Kirchengebäude, Seminare oder Schulen, die beschlagnahmt wurden, sind nicht zurückgegeben worden.

Die Organisation von Aktivitäten außerhalb der kirchlichen Einrichtungen wird im Allgemeinen als Evangelisation angesehen und daher sowohl von den örtlichen Amtsträgern als auch von der Bevölkerung behindert. Dies ist vor allem nach dem Staatsstreich und dem anschließenden, noch immer bestehenden, Ausnahmezustand, in dem jedes vermeintlich verdächtige Verhalten zu Verhaftungen führen kann, schwierig geworden. Die offene Integration von Christen muslimischer Herkunft in bestehende Kirchen wird vor allem durch die Gesellschaft erschwert. Führungswechsel in der Griechisch-Orthodoxen und Armenisch-Apostolischen Kirche müssen von der Regierung genehmigt werden, auch wenn es sich dabei um Führer von Religionsgemeinschaften handelt, die laut Gesetz nicht existieren und deren Amtsposition im Gesetz nicht anerkannt sind. Die Ausbildung christlicher Leiter ist rechtlich nicht möglich. Christliche Materialien sind in der türkischen Sprache verfügbar, aber ihre Verbreitung bleibt heikel, da sie automatisch mit Evangelisation in Verbindung gebracht wird.

Für Kirchenleiter ist es schwierig, ein Visum zu erhalten. Vielen ausländischen religiösen Arbeitern wird entweder ein Visum verweigert oder ihre Aufenthaltsgenehmigung wird einfach nicht verlängert.

Auftreten von Gewalt: Obwohl das Ausmaß der Gewalt im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 nicht zugenommen hat, ist es nach wie vor sehr hoch. Berichten zufolge wurden drei libanesische Christen während des Silvesterangriffs in Istanbul getötet. Mehrere Gebäude wurden durch die verschärften Kämpfe im unruhigen Südosten der Türkei beschädigt.

In der gleichen Region findet nach der Beschlagnahmung mehrerer Grundstücke durch den türkischen Staat noch immer ein Rechtsstreit um die Eigentumsurkunden kirchlichen Eigentums statt. Außerdem hat die andauernde Inhaftierung von US-Pastor Andrew Brunson Schockwellen in der (protestantischen) christlichen Gemeinschaft in der Türkei ausgelöst. Einige andere Christen fühlten sich gezwungen, das Land zu verlassen. Nicht zuletzt ist die Situation der Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben nach wie vor besorgniserregend. Berichten zufolge mussten sich einige von ihnen aus Angst vor den Auswirkungen vonseiten ihrer Familien im Land verstecken.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Der Wechsel zum christlichen Glauben ist für Frauen schwieriger, da sie in einer islamischen Gesellschaft, in der sie eine untergeordnete Stellung haben, Verfolgung stärker ausgesetzt sind. Das gilt insbesondere für Frauen aus Minderheiten und noch stärker in ländlichen Gebieten.

Männer: Während des Militärdienstes befinden sich Männer in einem Umfeld, in dem sie, wenn in ihrem Ausweis als Religion das Christentum angegeben ist, von ihren Vorgesetzten mit Argwohn betrachtet und von ihren Kollegen schikaniert werden können.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die wirtschaftliche Zukunft der Türkei sieht nicht sehr positiv aus. Der Wert der türkischen Lira sinkt weiterhin, die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch (etwa 20 %) und die instabile politische Situation schreckt Investoren ab. Obwohl das Land seit dem Jahr 2000 ein enormes Wirtschaftswachstum verzeichnet, herrscht heute große Unsicherheit über die Zukunft.

Der Ausnahmezustand bleibt bestehen, und die Sicherheitsdienste gehen hart gegen jede Opposition vor. Gleichzeitig scheint Präsident Erdogan die Türkei von Europa, den Vereinigten Staaten und auch den arabischen Staaten zu isolieren. Der Konflikt mit der kurdischen PKK hat sich verschärft und das Land erwies sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 als anfällig für Angriffe und Bombenattacken kurdischer Gruppen und Einheiten des IS.

Obwohl Christen keine direkten Angriffsziele der Regierung zu sein scheinen, ist die allgemeine Situation für Christen besorgniserregend. Der Anteil der christlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist mit 0,15 % sehr klein. Wenn man bedenkt, dass noch vor einem Jahrhundert die Christen 20 % der Bevölkerung des Landes ausmachten, ist die Angst vor dem totalen Aussterben nicht unrealistisch. Besonders besorgniserregend ist die Situation der traditionellen christlichen Gemeinschaften im Südosten der Türkei. Ein großer Teil ihres Eigentums wurde in den vergangenen Jahren von der türkischen Regierung weggenommen, und ihre historische Kultur verschwindet allmählich. Außerdem zeigt die Verhaftung, Inhaftierung und Geiselnahme des amerikanischen Pastors Andrew Brunson deutlich, dass sich die türkische Regierung unter Erdogan zu einem skrupellosen Regime entwickelt hat. Insgesamt müssen Christen vorsichtig vorgehen, vor allem in der Öffentlichkeit.

zurück zur Länderübersicht

Kenia: Platz 32

Zusammenfassung

Vom wem Verfolgung ausgeht: Am stärksten treibt die gewalttätige islamistische Gruppe Al Shabaab die Verfolgung von Christen voran. Obwohl die Gruppe in Somalia beheimatet ist, hat sie zahlreiche gezielt gegen Christen gerichtete Angriffe in dem mehrheitlich christlichen Kenia durchgeführt. Die muslimische Minderheit (etwa 10-15 % der Gesamtbevölkerung) ist überwiegend im Nordosten und in der Küstenregion des Landes angesiedelt. Dort fanden auch die meisten Übergriffe statt. Viele Christen sind aus genau diesen Regionen geflohen und in andere Regionen gezogen.

Einige der Stammesführer, besonders im Nordosten von Kenia, zeigen eine gegen Christen gerichtete Gesinnung.

Die Bemühung der Regierung, den Säkularismus für das gesamte Land durchzusetzen, bringt manche Härten für Kirchen und Christen mit sich, werden sie doch zu Haltungen und Handlungen gezwungen, die ihrem Glauben zuwiderlaufen.

Korruption grassiert in Kenia. Bestochene Beamte verschließen dann leicht die Augen vor Aktivitäten von Verfolgern.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: In Kenia sind alle Kategorien von Christen von Verfolgung betroffen. Besonders Christen muslimischer Herkunft im Nordosten und in der Küstenregion des Landes leben unter beständiger Gefahr von Angriffen. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden Christen in ihren Dörfern enthauptet. Berichten zufolge hat Al Shabaab die einheimische Bevölkerung unterwandert und Christen ausgespäht. Allerdings stellen auch Organisiertes Verbrechen und Korruption ein ernstes Problem dar. Wenn bestochene Beamte keine Maßnahmen gegen Christenverfolger ergreifen, ermutigt dies andere, die Verfolgung voranzutreiben.

Beispiele:

- In einigen Regionen im Nordosten sowie an der Küste wird Christen der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verweigert.
- In diesen Regionen werden Christen auch aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen und isoliert.
- Das Maß an Gewalt, besonders Morde aus Glaubensgründen betreffend, war im Berichtszeitraum zum WVI 2018 sehr hoch. Dutzende Christen starben durch die Hände von Islamisten.
- Im Zeitraum vom 5.- 8. Juli 2017 wurden sieben Christen ermordet, als Al-Shabaab-Milizen die Dörfer Pandanguo, Jima und Poromoko im Distrikt Lamu angriffen. Die Christen hatten sich geweigert, das islamische Glaubensbekenntnis (Schahada) aufzusagen (das hätte ihren Übertritt zum Islam bedeutet).

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Kenia Platz 32 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Im Vorjahr belegte Kenia Rang 18 mit 68 Punkten. Obwohl das Land 6 Punkte weniger aufweist, bleibt die Verfolgung von Christen auf sehr hohem Niveau. Zwei der Hauptgründe dafür, dass die Punktzahl Kenias gesunken ist, sind:

1. Die Präsidentschaftswahlen 2017 zwangen Gruppen unterschiedlicher Religionen im Land dazu, sich auf Basis der Stammes- und nicht der Religionszugehörigkeit zusammenzuschließen. So trat Religion an die zweite Stelle und der Druck im Bereich „Leben im Staat“ ließ nach. Ein Experte für die Region schreibt in seiner Analyse der Situation: „Stammesdenken ist in Kenia derart bestimmend, dass Muslime und Christen des gleichen Stammes alle Angelegenheiten, die zwischen ihnen stehen könnten, zur Seite schieben, um jeden Rivalen gemeinsam anzugreifen.“ Dies gilt besonders im Zusammenhang mit Wahlen.

2. Der Druck auf Christen in der Küstenregion (abgesehen von einigen Distrikten) nimmt ab, im gleichen Maß wie sich der Einfluss des „Republikanischen Rats von Mombasa“ abschwächt.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Obwohl die Bevölkerung Kenias überwiegend christlich ist (etwa 81 %), ist Islamische Unterdrückung die Haupttriebkraft der Verfolgung. Etwa 10-15 % der kenianischen Bevölkerung sind Muslime, die meisten davon Sunniten. Der Großteil von ihnen lebt in der Küstenregion und im Nordosten des Landes, sie haben sich jedoch mittlerweile auch in andere Gebiete des Landes ausgebreitet und begonnen, sich gegen die von ihnen empfundene Entrechtung in der kenianischen Gesellschaft zur Wehr zu setzen. Beeinflusst von islamistischen Bewegungen aus dem benachbarten Somalia verfolgen muslimische Politiker, die mehrheitlich muslimische Wahlkreise in Kenia vertreten, das Ziel, die Christen aus ihren Wahlkreisen zu verdrängen. Der nordöstliche Teil des Landes ist stark von Islamischer Unterdrückung betroffen. Dort haben sich einheimische extremistische Muslime mit Kämpfern aus Somalia verbündet. Gemeinsam sind sie für eine massive Christenverfolgung und die Ermordung hunderter Christen allein wegen ihres Glaubens in den letzten Jahren verantwortlich. Ein Analyst der Region betont die Herausforderungen im Nordosten und der Küstenregion und berichtet dazu: „Die östlichen Landesteile mit der Küstenregion stehen aus historischer Sicht schon seit langem unter dem Einfluss des Islam: dort sind zuerst Muslime angelandet – wie an der gesamten Ostküste Afrikas –, noch lange bevor die ersten christlichen Missionare ins Land kamen. Die Distrikte mit mittel- bis sehr starkem Auftreten dieser Triebkraft sind vor allem Mandera, Wajir, Garissa, Lamu, Kilifi und Kwale.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: In Kenia ist Korruption an der Tagesordnung. Auf dem Korruptionsindex von „Transparency International“ vom Januar 2017 belegt Kenia mit 25 von 100 Punkten Platz 145 von 176 aufgeführten Ländern. So gibt es Berichte von kenianischen Soldaten, die zum Kampfeinsatz in Somalia stationiert sind und mit dem Schmuggel von Zucker und Holzkohle gewaltige Gewinne machen. Vor Ort kursieren außerdem Berichte, nach denen der tödliche Angriff von Al Shabaab an der Universität in Garissa 2015 durch bestochene Sicherheitsbeamte ermöglicht wurde, die ihnen dafür Waffen und Munition geliefert haben sollen.

Weitere Berichte handeln davon, dass Al Shabaab und ihre Unterstützer durch den Import von Zucker und anderen Gütern über den Seehafen von Kismayo (Somalia) ein Vermögen verdient und den Regierungsbeamten im Gegenzug Millionen von Schilling bezahlt haben sollen. In diesem Kontext muss man die Verfolgung von Christen sehen. Korrupte Beamte ergreifen im Falle von Christenverfolgung keinerlei Maßnahmen gegen die Verfolger, wodurch diese zu weiteren Übergriffen ermutigt werden.

Verfolger

Die Hauptbetreiber von Verfolgung in Kenia sind die Anhänger der gewaltbereiten Islamisten der Al Shabaab. Im Nordosten sowie der Küstenregion des Landes hat diese Gruppe Christen ermordet, Kirchengebäude zerstört und Christen zur Flucht aus ihren Heimatorten gezwungen. Ein Analyst des Landes berichtet: „Die mit Al Kaida verbundene Gruppe Al Shabaab ist im Nordosten sowie in der Küstenregion des Landes sehr präsent. Im Mai 2017 entführte sie zwei Lehrer im Dorf Fafi, nahe Garissa – ein Lehrer war Christ und wurde ermordet." Auch die muslimische Großfamilie und Leiter auf kommunaler Ebene sind für Verfolgung verantwortlich, besonders im Fall von Konvertiten aus dem Islam. Das gilt in abgeschwächtem Maß auch für einige Regierungsbeamte sowie Anführer ethnischer Gruppen. Durch die verbreitete Korruption im Land leidet die Rechtsstaatlichkeit und für Christen, die Opfer von Verfolgung geworden sind, gibt es kaum Entschädigung.

Hintergrund

Für eine vollständige Analyse der gegenwärtigen Situation in Kenia ist es notwendig, auch die Präsidentschaftswahlen und dabei die Rolle des Obersten Gerichtshofes in Kenia im Blick zu haben. Letzterer hat die Wahlen vom August 2017 für ungültig erklärt, die jedoch von internationalen Beobachtern inklusive dem früheren US-Außenminister, John Kerry, als „relativ frei und fair" eingeschätzt worden waren. Das Gericht hatte erklärt, die Wahl sei nicht entsprechend den in der Verfassung festgelegten Standards abgehalten worden. Die Vorbereitungen der Wahl hatten zu einem Sicherheitsvakuum geführt, welches von Al Shabaab ausgenutzt wurde, indem sie mehrere Nichtmuslime in den Gebieten nahe der somalischen Grenze enthaupteten.

Es ist hervorzuheben, dass die Verfolgung durch Islamische Unterdrückung in Kenia Elemente ethnischer Säuberungen aufweist. Daneben gibt es jedoch eine Reihe anderer Faktoren, die für das Verständnis der Verfolgungssituation relevant sind, welche in der kenianischen Gesellschaft häufig kaum sichtbar stattfindet. Kenias Gesellschaft besteht aus einer hochkomplexen Mischung verschiedener Volksgruppen, was im politischen Tagesgeschäft des Landes eine wichtige Rolle spielt. Des Weiteren ist Kenia ein Land mit einer überwiegend christlichen Bevölkerung und einem deutlich geringeren Anteil von Muslimen. Ungefähr 81 % der kenianischen Bevölkerung sind Christen (oder bezeichnen sich zumindest so), während etwa 10-15 % Muslime sind. Allerdings ist diese muslimische Minderheit in vielen Bereichen des Landes politisch aktiv und einflussreich geworden. Zudem leidet Kenia unter immer wiederkehrenden Ausbrüchen von Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und Stämmen. Diese hat oft eine politische Dimension; die gewaltsamen Ausschreitungen im Nachgang zu den weithin als manipuliert geltenden Wahlen 2007/08 sind ein gutes Beispiel hierfür.

Ein weiterer Faktor, um die derzeitige Verfolgungssituation zu verstehen, ist die Bedeutung der Religion im Land. Bis vor kurzem gab es in Kenia praktisch keine interreligiösen Konflikte. Christen und Muslime schienen in friedlicher Koexistenz zusammenzuleben, doch dies hat sich in den letzten Jahren vollständig verändert.

Besonders der Nordosten und die Küstenregion sind zu Brennpunkten islamisch-extremistischer Aktivitäten geworden – die Hauptursache für die zahlreichen religiös motivierten Gewaltakte. Kenia und Somalia teilen sich eine lange Grenze; der Mangel an Frieden und Stabilität in Somalia hinterlässt auch in Kenia seine Spuren. Hinzu kommen die Kampfhandlungen der kenianischen Armee in Somalia. Sehr viele Flüchtlinge aus verschiedenen Nachbarländern, unter anderem Somalia, haben in Kenia Zuflucht gesucht.

Auf der politischen Ebene hat Kenia 2010 eine Volksabstimmung durchgeführt, mit der eine neue Verfassung und eine neue Regierungsstruktur eingeführt wurden. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Regierung außerdem ihr Programm einer Säkularisierung vorangetrieben, ohne den Christen dabei angemessene Freiräume zu gewähren. So entwirft und implementiert die Regierung neue Leitlinien ohne jede Rücksichtnahme auf grundlegende christliche Werte. Beispiele dafür sind der Bildungsplan, Regelungen zum Thema Geschlechteridentität und andere Gesetze, welche die Kirche hinnehmen muss. Ebenfalls bedeutsam ist das Ausmaß an Korruption, die in staatlichen Institutionen weit verbreitet ist und nachhaltig deren Fähigkeit beeinträchtigt, die Bürger zu schützen. Zu erwähnen bleibt schließlich der „Republikanische Rat von Mombasa“ (MRC), eine Interessengruppe, die das Ziel hat, die Küstenregion und den Nordosten Kenias vom Rest des Landes abzuspalten. Diese Gruppe wurde von der kenianischen Regierung mit extremistischen Vereinigungen wie Al Shabaab in Verbindung gebracht. Viele Kirchen in der Küstenregion wurden bereits zerstört und viele Christen aus dem Gebiet vertrieben. Das komplexe Zusammenspiel all dieser verschiedenen Faktoren in Kenia wurde bei der Analyse für den Weltverfolgungsindex 2018 berücksichtigt.

Für andere religiöse Gruppen im Land liegen keine Berichte hinsichtlich Verfolgung vor. Beobachter sagen jedoch, dass Al Shabaab alle nicht-sunnitischen Gruppen im Visier hat, obwohl die Christen ihr erstes Ziel von Verfolgung darstellen.

Betroffene Kategorien von Christen

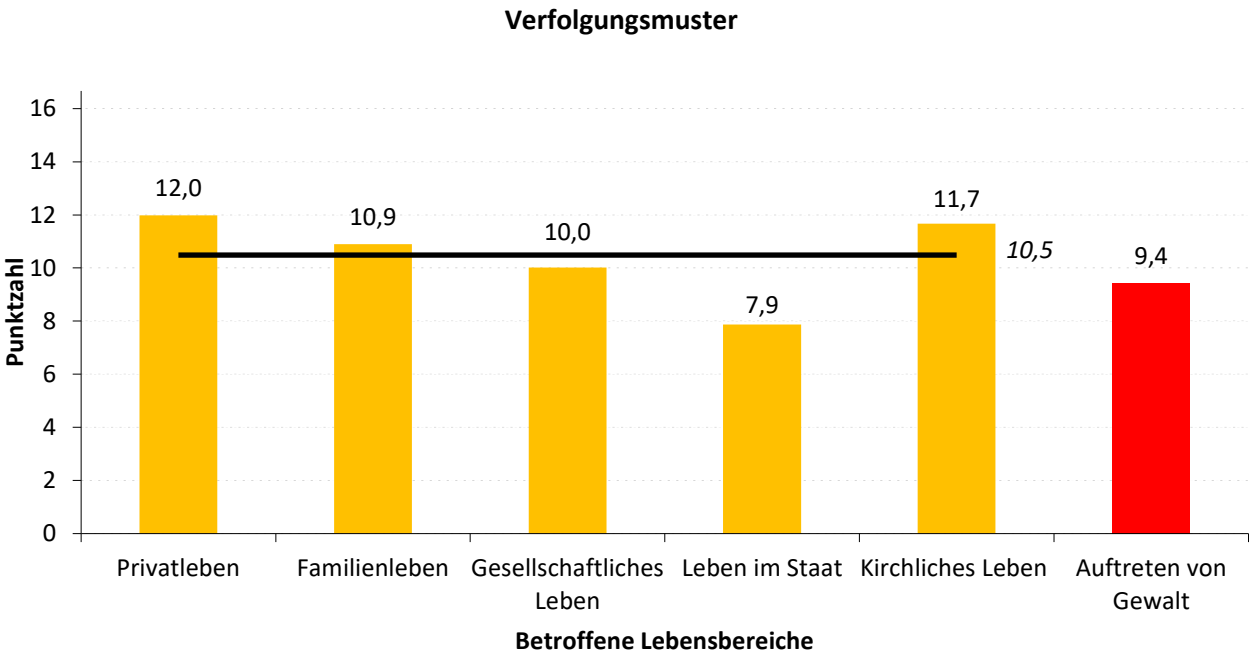
Alle christlichen Gruppen In Kenia sehen sich Verfolgung ausgesetzt, die jedoch unterschiedlich stark ist und davon abhängt, wo im Land die Christen leben und zu welcher Kirche sie gehören. Im Nordosten und in der Küstenregion ist die Verfolgung so hart, dass Christen zuweilen den höchsten Preis für ihren Glauben zahlen müssen.

Christen aus traditionellen Kirchen: Traditionelle Kirchen gibt es in allen Teilen des Landes. Die Art und die Intensität der Verfolgung, der diese Christen ausgesetzt sind, hängt davon ab, in welcher Region sie leben. In muslimisch dominierten Gebieten ist die Verfolgung sehr intensiv und wird durch Islamische Unterdrückung verursacht.

Konvertiten (vor allem mit muslimischem Hintergrund): Diese Christen leben hauptsächlich in muslimisch dominierten Gebieten wie im Nordosten Kenias und in den Küstengebieten (einschließlich Mombasa). Christen muslimischer Herkunft erleben eine andere Art von Verfolgung als Christen nichtmuslimischer Herkunft. Ihre Familien sowie Bekannten und – wenn ihr Glaube bekannt wird – auch Gruppen wie Al Shabaab üben einen starken Druck auf Konvertiten aus, bis hin zu ihrer Ermordung.

Protestantische Freikirchen (z. B. Baptisten, evangelikale, charismatische und Pfingstgemeinden): Diese Gemeinden sind überall im Land zu finden. Sie sind die aktivste Gruppe von Christen im Land und aus diesem Grund besonders schwerer Verfolgung ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kenia

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kenia hat abgenommen von 11,7 Punkten im WVI 2017 auf 10,5 Punkte aktuell. Durch die Präsidentschaftswahl 2017 wurde Religionszugehörigkeit zu einer zweitrangigen Angelegenheit in der Gesellschaft, was zu einer Abschwächung des Drucks führte.
- Druck auf Christen betrifft am stärksten den Bereich Privatleben, gefolgt vom Bereich Kirchliches Leben. Christen im Nordosten des Landes bleiben aus Furcht vor Angriffen oft ihren Versammlungen fern. Konvertiten aus dem Islam erleben große Schwierigkeiten, was sich in der hohen Punktzahl im Bereich Privatleben widerspiegelt.
- Die Punktzahl im Bereich Auftreten von Gewalt ging von 9,6 im WVI 2017 auf 9,4 zurück.

Privatleben: Die Verfolgung, die Christen muslimischer Herkunft durch Islamische Unterdrückung erleben, äußert sich vor allem (wenn auch nicht ausschließlich) im Privatleben. So riskieren sie in den islamisch dominierten Gebieten an der Küste und im Nordosten des Landes ihr Leben, wenn jemand erfährt, dass sie Christen geworden sind. Dabei können die Angriffe sowohl von Familienmitgliedern als auch von anderen Personen aus dem gesellschaftlichen Umfeld ausgehen. Ein Feldforscher erklärt dazu: „Die Küstengebiete und Regionen im Nordosten sind traditionell islamisch … Konvertiten aus dem Islam erfahren Bedrohungen, gewaltsame Übergriffe und weitere Formen von Verfolgung.“

Familienleben: In diesem Bereich leiden Christen muslimischer Herkunft sehr stark. Der Druck äußert sich beispielsweise darin, dass Begräbnisstätten für Christen verweigert, Zwangsehen geschlossen und Kinder von Christen schikaniert werden. Vor allem Christinnen muslimischer Herkunft bekommen sehr große Probleme, wenn sie heiraten und eine Familie gründen wollen. Ihnen drohen oft Zwangsverheiratung und auch Vergewaltigung.

Gesellschaftliches Leben: Christen im Nordosten und in den Küstengebieten sind enormem Druck ausgesetzt. In jüngster Zeit sorgen sie sich wegen der Gefahr der Unterwanderung durch Al-Shabaab-Anhänger. Für diese ist es relativ einfach, von Haus zu Haus zu gehen und Nichtmuslime nach draußen zu rufen, um sie dort zu enthaupten. In der Region ist es üblich, Weideland oder Trinkwasser gemeinschaftlich zu teilen. Doch in muslimisch dominierten Gegenden haben es die Christen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld weitaus schwerer. Die Verfolgung geht hauptsächlich von der direkten oder entfernten Verwandtschaft aus (bei Christen muslimischer Herkunft), doch auch nichtchristliche religiöse Anführer und Stammesvorsteher sind daran beteiligt.

Leben im Staat: Auf staatlicher Ebene erleben Christen aller Kategorien Verfolgung. Dafür verantwortlich sind muslimisch geprägte Regierungsbeamte und politische Parteien sowie religiöse Anführer und deren Anhänger (radikalisierte Gruppen mit Anhängern aus der Bevölkerung). Der Einfluss von Organisiertem Verbrechen und Korruption wird in diesem Bereich ebenfalls deutlich. Die Dezentralisierungspolitik, welche das Land seit sieben Jahren betreibt, wirkt sich auch auf die Christen aus; muslimische Politiker betrachten Christen als unbedeutend für ihre politischen Zwecke.

Kirchliches Leben: Der Druck in diesem Bereich steht in direktem Verhältnis zu den Gewalttaten, die von militanten Muslimen in dieser Region verübt werden. Die gezielte Gewalt hat dazu geführt, dass die Christen in ständiger Angst leben. Eine Kirche zu bauen oder sich zu Gemeindeaktivitäten zu treffen, ist in manchen Gegenden gefährlich geworden. Das Zusammenwirken von Islamischer Unterdrückung, Ethnisch begründeten Anfeindungen, Säkularer Intoleranz und Organisiertem Verbrechen und Korruption hat das kirchliche Leben in den letzten Jahren zunehmend schwieriger gemacht. Organisiertes Verbrechen und Korruption hindern die Behörden daran, ihrer Pflicht zum Schutz der Bürger nachzukommen. In den meisten Fällen gewalttätiger Übergriffe auf Christen führte die Polizei keine angemessene Untersuchung durch.

Auftreten von Gewalt: Das Ausmaß der Gewalt, insbesondere hinsichtlich Ermordungen aufgrund des Glaubens, hat sich im aktuellen Berichtszeitraum in den Küstengebieten und den Regionen im Nordosten offensichtlich in seiner Form geändert. Christen wurden (z.B. bei Überfällen) ausgesondert und enthauptet. Auch gingen beispielsweise Al-Shabaab-Anhänger – besonders in der Region Lamu – von Haus zu Haus und forderten Nichtmuslime namentlich auf, aus dem Haus zu kommen, wo sie dann enthauptet oder erschossen wurden. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden mehr als 30 Christen erschossen oder enthauptet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Während des Berichtszeitraums blieb das Ausmaß von gewalttätigen Übergriffen (eingeschlossen Ermordungen aufgrund des Glaubens) sehr hoch. Es besteht keine Hoffnung, dass die kenianische Regierung die kenianischen Christen wirksam schützen wird. Das liegt wesentlich an der institutionalisierten Korruption im Land. Die meisten Vorfälle werden nicht polizeilich untersucht.

Sollte in den kommenden Jahren keine Lösung zur Beendigung der offenkundigen Gewalt gefunden werden, die das Leben vieler Christen gefordert hat, könnte dies dazu führen, dass verschiedene Gruppierungen im Land in einen offenen Konflikt gegeneinander treten.

- Die Verfolgung von Christen in Kenia hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und es ist anzunehmen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.
- Wenn Al Shabaab besiegt werden könnte, würde dies das Ausmaß der Gewalt gegen Christen im Nordosten und in den Küstenregionen reduzieren.
- Von etwaigen politischen Nebenwirkungen aus der Wahl 2017 würde am ehesten Al Shabaab profitieren.

zurück zur Länderübersicht

Bhutan: Platz 33

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: In ihren Anstrengungen, die nationale Identität und Einheit zu bewahren, unterdrücken oder eliminieren die Regierungsbehörden „ausländische“ Elemente, zu denen auch der christliche Glaube gezählt wird. Die Regierung hält die buddhistischen Überzeugungen als nationales Erbe des Landes aufrecht. Die Verschmelzung ethnischer Überzeugungen mit dem Buddhismus hat Buddhisten (und manchmal auch hinduistische Leiter) dazu veranlasst, Christen zu verfolgen. Dies gilt insbesondere für die Christen im zentralen und östlichen Teil des Landes. Christen buddhistischer Herkunft werden auch von Mitgliedern der eigenen Familie verfolgt.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Der Buddhismus (zum Teil mit traditionellen Religionen vermischt) wird als nationales Erbe angesehen und so wird von allen Bhutanern erwartet, dass sie dem Buddhismus folgen. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird zumindest mit Misstrauen beobachtet; in den meisten Fällen wird jedoch versucht, die Person dazu zu bewegen, wieder ihrer alten Religion zu folgen. Religiöse Leiter, die Kommune und Familie der Person arbeiten hier häufig zusammen. Lokale Behörden verweigern Christen sogenannte Unbedenklichkeitsbescheinigungen oder machen es ihnen sehr schwer, eine solche zu erhalten. Diese werden für Kredite, die Registrierung von Besitztümern, Bewerbungen und die Erneuerung von Ausweisen benötigt.

Es gibt keine Kirche, die offiziell vom Staat anerkannt ist. Es gab Debatten über die Möglichkeit einer Registrierung verschiedener Gruppen, die jedoch zu keinem Ergebnis geführt haben. Das bedeutet, dass Christen sich illegal zum Gottesdienst versammeln müssen, Taufen nicht öffentlich durchgeführt werden können und christliche Beerdigungen häufig verweigert werden.

Beispiele:

- Verwandten dreier Christen, die wegen ihres Glaubens in Haft sind, wurde verboten, sie im Gefängnis zu besuchen. Zwei Hauskirchen mussten geschlossen werden oder die Versammlungen einstellen, nachdem sie von den Behörden verwarnt und bedroht worden waren. Aus Sicherheitsgründen können diese Fälle nicht genauer ausgeführt werden.
- Eine Tradition von Farmern in Bhutan ist das gemeinschaftliche Bepflanzen und Ernten, bei dem mehrere Farmer die Arbeit und den Ertrag miteinander teilen. Christen werden hiervon zumeist ausgeschlossen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Bhutan belegt mit einer Wertung von 62 Punkten Platz 33 auf dem Weltverfolgungsindex 2018. Dies ist eine Steigerung von einem Punkt im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum. Obwohl sich der Wert für Gewalt im Berichtszeitraum etwa halbiert hat, weil keine Christen für ihren Glauben verhaftet wurden, ist der Druck auf Christen gestiegen, insbesondere in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“. Dies reflektiert die noch schwieriger gewordene Situation für Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund, die in der Gesellschaft nicht anerkannt und deswegen vernachlässigt werden (etwa, wenn sie von anderen Farmern gemieden werden oder bestimmte Dokumente nicht von den Behörden ausgestellt bekommen).

Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Die beständige Betonung des Buddhismus in der Form des Mahayana als geistliches Erbe des Landes macht der christlichen Minderheit das Leben schwer. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Selbst nach der Bildung einer konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 und der Einführung demokratischer Wahlen im Zuge der neuen Verfassung im Jahr 2008 wird dem Buddhismus weiterhin eine dominierende Rolle im Land eingeräumt. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das geistliche Erbe Bhutans“, der unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz“ fördert. Dementsprechend gilt der Buddhismus offiziell nicht ausdrücklich als Staatsreligion. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Allerdings sieht dies in der Realität oft anders aus. Der Buddhismus ist stark in den Alltag der Menschen eingeflochten und in politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sogar wirtschaftlichen Dynamiken des Landes deutlich sichtbar. Dies wird beispielsweise an den sogenannten „Dzongs“ deutlich. Dies sind administrative Zentren mit einer Abteilung für politische Verwaltung, und einer weiteren für religiöse Autoritäten, zu der häufig auch buddhistische Tempel und Unterkünfte für Mönche gehören. Bis heute ist es keiner einzigen Gemeinde gestattet, ein offizielles Kirchengebäude zu errichten. Deshalb sind alle christlichen Gemeinschaften nach wie vor Untergrundgemeinden. Besonders in ländlichen Gebieten stellen sich buddhistische Mönche gegen die Gegenwart von Christen, während die Behörden nichts unternehmen, um Christen zu schützen. Stattdessen stehen sie meist eher auf der Seite der Mönche.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, halten sie besonders in ländlichen Gebieten an bestimmten Riten und Traditionen fest. Christliche Konvertiten, die sich weigern, daran teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Die Vermischung von Stammesglauben und Buddhismus hat besonders in den zentralen und östlichen Teilen des Landes zur Verfolgung von Christen geführt.

Verfolger

In ihren Anstrengungen, die nationale Identität und Einheit zu bewahren, unterdrücken oder eliminieren die Regierungsbehörden „ausländische“ Elemente, zu denen auch der christliche Glaube gezählt wird. Die Regierung hält die buddhistischen Überzeugungen als nationales Erbe des Landes aufrecht. Es wird nicht klar zwischen Religion und Staat getrennt. Die Regierung arbeitet so quasi auf zwei Ebenen:

Einerseits sind Regierungsbeamte Verfolger, da sie die Staatsmacht ausüben, auf der anderen Seite sind sie Nachfolger des Buddhismus und des spirituellen Erbes des Landes. Buddhistische (und manchmal auch hinduistische) religiöse Leiter treten ebenfalls als Verfolger auf. Die Verschmelzung ethnischer Überzeugungen mit dem Buddhismus führt zu weiterer Verfolgung. Christen, die sich weigern, sowohl dem buddhistischen Glauben als auch den traditionellen Ritualen zu folgen, geraten noch leichter in Schwierigkeiten. Dies gilt insbesondere für die Christen im zentralen und östlichen Teil des Landes. Für Christen buddhistischer Herkunft sind Familienmitglieder ebenfalls Verfolger.

Hintergrund

Bhutan ist eingezwängt zwischen den zwei großen Nachbarn Indien (im Süden) und China (im Norden). Das Land taucht nicht sehr oft in den internationalen Schlagzeilen auf, es sei denn die beiden Nachbarstaaten beschließen, ihre Kräfte an der viel umstrittenen Grenze zu messen, wie von Juni bis August 2017 geschehen. Bhutan entschied, sich so ruhig wie möglich zu verhalten. Einige Berühmtheit erlangte das Land für seine Einführung des Bruttonationalglücks (BNG), das den Grad der Zufriedenheit aller Staatsbürger misst. Die Demokratie wird mehr und mehr gefestigt, allerdings geschieht dies in einem Umfeld, in dem alle Parteien die Vorherrschaft des Buddhismus anerkennen und dem König gegenüber loyal sind. Die Situation von Christen, die unter den Bhutanern eine kleine Minderheit darstellen, blieb dabei unverändert: Sie haben noch immer keine formale Anerkennung erhalten.

Bhutan sieht sich großen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber und muss Wege finden, der jungen Generation des Landes eine Perspektive zu geben. Dies hat sich im aktuellen Berichtszeitraum erneut als dringend erwiesen. Das Land ist stark vom Tourismus abhängig. Sowohl die Anzahl der Touristen als auch die Einnahmen durch ausländische Währungen scheinen sich stabilisiert zu haben. Es wird jedoch immer schwieriger, jungen Erwachsenen eine Karriereperspektive im Tourismusbereich zu bieten.

Je nachdem, wie sich die Wirtschaft weiterentwickelt, könnte sich dies entsprechend auf die christliche Minderheit auswirken. Sollte sich das Land in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wiederfinden, wird Bhutan möglicherweise sein buddhistisches Kulturerbe noch stärker betonen, was die Anerkennung der wachsenden christlichen Minderheit in weite Ferne rücken ließe. Wenn sich die wirtschaftliche Lage aber positiv entwickelt, könnte dies die Betonung des buddhistischen Erbes Bhutans abmildern und die Anerkennung der christlichen Gemeinschaft möglich machen.

Neben der christlichen Gemeinschaft werden auch die winzige muslimische Minderheit in Bhutan und die Hindus, die nepalesische Volkszugehörigkeit haben, nicht anerkannt und so häufig vernachlässigt.

Betroffene Kategorien von Christen

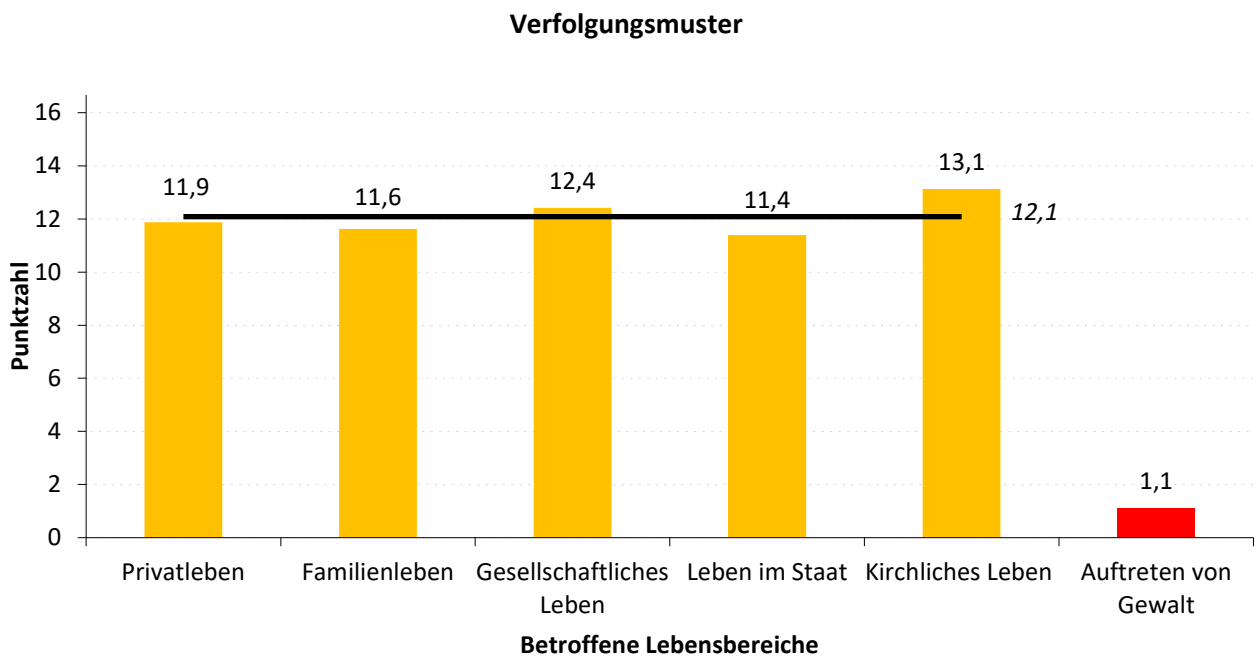
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Die sehr wenigen ausländischen Christen schließen sich zumeist den bestehenden Hauskirchen an und werden daher nicht als eigenständige Kategorie im Weltverfolgungsindex betrachtet.

Christen aus traditionelle Kirchen: Die ersten christlichen Spuren in Bhutan können auf jesuitische Missionare zurückgeführt werden, die Paro bereits 1626 erreichten. Im 19. Jahrhundert existierte eine kleine Gemeinschaft der Römisch-Katholischen Kirche in Bhutan unter der indischen Diözese von Darjeeling, die es auch heute noch gibt.

Christen mit buddhistischem, hinduistischem oder Stammeshintergrund: Christen mit buddhistischem, hinduistischem oder Stammeshintergrund erleben Verfolgung vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarn.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Zu dieser Gruppe gehören evangelikale und pfingstliche Christen. Es gibt Gemeinschaften wie Brüdergemeinden und El Shaddai. Sie sind jedoch nicht anerkannt und können daher von den Behörden unter Druck gesetzt werden. Dies kann sich in Überwachung, Durchsuchungen oder sogar Festnahmen und Inhaftierungen äußern.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bhutan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

Der durchschnittliche Druck auf Christen in Bhutan bleibt auf einem sehr hohen Level und ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 von 11,8 Punkten auf 12,1 Punkte gestiegen.

- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Kirchliches Leben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Privatleben“. Der Druck auf Christen mit buddhistischem Hintergrund ist in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ besonders hoch. In den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ sind alle Christen Druck ausgesetzt. Dieser Druck wird dadurch verstärkt, dass die christliche Minderheit weiterhin vernachlässigt wird, ob im alltäglichen Leben, oder wenn sie nicht als Gemeinschaft anerkannt wird.

- Der Wert für das Auftreten von Gewalt, die sich gegen Christen richtet, hat sich fast halbiert und ist von 2,0 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 1,1 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum zurückgegangen. Keine Christen wurden wegen ihres Glaubens festgenommen oder verurteilt.

Privatleben: Der Übertritt zu einer anderen Religion wird grundsätzlich abgelehnt und ist meist verboten. In Übereinstimmung mit Sektion 463 (A) des Strafgesetzbuchs Bhutans ist Konversion verboten. Sie legt fest, dass ein Glaubenswechsel aus Nötigung oder anderen Anreizen eine Straftat darstellt. „Nötigung" und „andere Anreize" sind dabei nicht eindeutig definiert. Der Übertritt zu einer anderen Religion wird sowohl von der Familie und der Gemeinschaft, als auch von religiösen Obrigkeiten und dem Staat strikt abgelehnt. Sogenannte „Zwangskonversion" gilt als Straftat, wobei der Begriff „Zwang" Interpretationsspielraum bietet. In der Praxis ist der Glaubenswechsel in den meisten Fällen einfach verboten. Sogar das bloße Verteilen von Traktaten mit dem Evangelium, ohne darüber zu sprechen oder jemanden in die Kirche einzuladen, kann zu einer Verhaftung führen. Christliche Konvertiten müssen daher sehr bedacht sein, wie sie ihren Glauben leben, vor allem, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Dann kann es für sie bereits gefährlich sein, zuhause christliche Symbole zu zeigen. Christen treffen sich meist in gemieteten Räumlichkeiten – das kann zu Schwierigkeiten führen, wenn der Hausbesitzer Buddhist ist. In ländlichen Gebieten werden Konvertiten, von denen bekannt ist, dass sie dem christlichen Glauben folgen, oft genauestens beobachtet.

Familienleben: Im Falle einer Entdeckung ihres neuen Glaubens drohen Christen mit buddhistischem, hinduistischem und Stammeshintergrund die Scheidung (wenn sie verheiratet sind) und der Verlust des Erbrechts. Öffentliche Taufen sind illegal und daher nicht durchführbar. Eine christliche Beerdigung zu organisieren, ist ebenfalls sehr schwierig oder oftmals gar unmöglich. Üblicherweise beerdigen Christen ihre verstorbenen Familienmitglieder daher im benachbarten Indien.

Vielen Christen wurde aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit die Ausstellung eines elektronischen Personalausweises verwehrt. Dieses Problem betrifft besonders Christen mit buddhistischem Hintergrund. Für den Alltag benötigen alle Bürger eine sogenannte Unbedenklichkeitsbescheinigung, die von den örtlichen Behörden ausgestellt wird, um zu zeigen, dass das Dorf keine Probleme mit der Person hat. Dieses Dokument wird benötigt, um Kredite zu beantragen, Besitz zu registrieren, sich auf Arbeitsplätze zu bewerben und Ausweise zu erneuern. Christen wird oft keine Bescheinigung ausgestellt oder es wird ihnen sehr schwergemacht, eine zu erhalten.

Kinder von Christen müssen in der Schule den Buddhismus lernen und praktizieren und erleben Druck vonseiten der Lehrer und Mitschüler. Während des aktuellen Berichtszeitraums musste ein Interview mit einem christlichen Schulkind, das von seinen Klassenkameraden gemobbt wurde, abgebrochen werden, da es deutlich traumatisiert war. Christliche Konvertiten werden manchmal von ihren Familien isoliert und daran gehindert, sich mit anderen Christen zu treffen. Verwandten dreier Christen, die sich wegen ihres Glaubens in Haft befinden, wurde verboten, sie im Gefängnis zu besuchen.

Gesellschaftliches Leben: Christliche Konvertiten erfahren starken Druck vonseiten ihrer Familie, Freunden und Nachbarn, die oft damit drohen, sie den lokalen Behörden zu melden, wenn sie ihren christlichen Glauben nicht widerrufen. Traditionell werden in Bhutan Aussaat und Ernte als Dorfgemeinschaft durchgeführt. Christen sind von dieser Praxis allerdings ausgeschlossen und können mit keinerlei Hilfe rechnen. Die anderen Dorfbewohner machen es Christen oft sehr schwer: Wenn sie nicht an religiösen Feierlichkeiten teilnehmen und zu ihnen beitragen, setzen sie sich damit noch größeren Schikanen aus. Um zur Schule zugelassen zu werden, benötigen Kinder ein Empfehlungsschreiben des Dorfoberhauptes oder der lokalen Regierungsbehörde. Solch ein Schreiben zu erhalten, ist oft schwierig für Christen, und wenn sie es erhalten, werden ihre Kinder in der Schule diskriminiert. Sie erhalten schlechtere Noten, was ihnen wiederum den Zugang zu höherer Bildung erschwert. In den Schulen muss jeder an buddhistischen Ritualen teilnehmen. Christen werden zudem immer wieder dazu aufgefordert, an traditionellen religiösen Festen in ihrer Gemeinschaft teilzunehmen. Außerdem sind Christen, die ein Geschäft eröffnen wollen, oft von staatlichen Subventionen ausgeschlossen.

Leben im Staat: Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als geistliches Erbe der Nation. So wird der Buddhismus als Staatsreligion behandelt und alle religiösen Institutionen haben die Pflicht, dieses spirituelle Erbe Bhutans zu fördern. Am 24. Mai 2011 erließ die Regierung einen Zusatz zu diesem Gesetz, der eine Anti-Konversions-Klausel beinhaltet. Dies wurde ins Strafgesetzbuch aufgenommen, um Artikel 7(4) der Verfassung des Königreichs Bhutan zu erfüllen, der besagt, dass „ein bhutanischer Staatsbürger das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ haben soll: „Keine Person soll durch Nötigung oder Beeinflussung dazu gezwungen werden, einem anderen Glauben anzugehören.“ Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches (Zusatz) von Bhutan 2011 sagt aus: „Ein Angeklagter ist schuldig des Vergehens, andere zu einem anderen Glauben bewegt zu haben, wenn er sich dabei der Nötigung oder einer Art der Beeinflussung bedient hat, um die Bekehrung zu einem anderen Glauben zu erreichen.“ Abschnitt 463 (B) fügt hinzu: „Das Vergehen, andere zu einem anderen Glauben zu überreden, wird als Ordnungswidrigkeit behandelt“, was in Bhutan mit ein bis drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Es ist Christen nicht erlaubt, öffentlich christliche Symbole zu zeigen. Es sind keine christlichen Zivilgesellschaftsorganisationen erlaubt. Christen werden vor Gericht oft zu schweren Strafen verurteilt, auch dann, wenn es kaum Beweise gibt, die die Klage stützen. Die wenigen christlichen Beamten stehen unter starkem Druck, an buddhistischen Riten teilzunehmen und zu Festen beizutragen. Weigern sie sich, werden sie unter Druck gesetzt, zurückzutreten, wie im aktuellen Berichtszeitraum geschehen. Wird ein Christ einer „unethischen Konversion“ für schuldig befunden, hat er keine Chance, eine der oben beschriebenen Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu erhalten.

Kirchliches Leben: Das Thema Registrierung bleibt für die Christen in Bhutan das größte Problem. Ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die Landesregierung, dass Christen sich treffen dürfen, ihre Versammlungen werden jedoch zum Teil von Dorfbewohnern gestört oder ihre Legalität wird auf Dorf- oder Bezirksebene infrage gestellt. Christen, die sich in religiösen Angelegenheiten mit den Behörden in Verbindung setzen, werden regelmäßig diskriminiert. Christliche Gemeinschaften, die sich bei der Kommission für religiöse Angelegenheiten (CRO) registrieren lassen wollen, bekommen zumeist keine Antwort. Bis heute wird keine christliche Gemeinschaft im Land offiziell anerkannt.

Im aktuellen Berichtszeitraum führte dies dazu, dass eine Hauskirche geschlossen werden musste und andere Hauskirchen ihre Versammlungen einstellen mussten. Die Regierung beschränkt die Treffen weiterhin auf Privathaushalte, um das Wachstum des christlichen Glaubens einzuschränken und die Gruppen in Abhängigkeit vom Vermieter zu halten. Manchen Christen ist es gelungen, einen größeren Versammlungsort zu mieten, aber alle laufen Gefahr, entdeckt zu werden, und manche wurden bereits von den Behörden aufgesucht. Es gab Vorfälle, bei denen Christen mit ernsthaften Konsequenzen gedroht wurde, wenn sie sich weiterhin träfen. Dementsprechend treffen sich viele Christen entweder sehr früh am Morgen oder sehr spät abends und lassen dabei die Lichter im Haus aus, um keinen Verdacht zu erregen. In Bhutan können keine Bibeln oder anderes christliches Material produziert werden und der Import ist nicht erlaubt, auch wenn immer wieder Material in kleinen Mengen nur für den privaten Gebrauch ins Land gebracht wird.

Auftreten von Gewalt: Die Verfolgung ist in Bhutan nicht sehr gewalttätig. Es gab Fälle, in denen Christen für Missionierung verurteilt wurden. Sie wurden jedoch 2016 freigelassen. Wie bereits im Bereich „Kirchliches Leben“ aufgeführt, mussten zwei Hauskirchen geschlossen werden oder ihre Versammlungen einstellen, weil sie Warnungen und Drohungen von den Behörden erhalten hatten. Aus Sicherheitsgründen können diese Vorfälle nicht im Detail beschrieben werden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Entscheidung Bhutans, sich während des militärischen Kräftemessens Chinas und Indiens zwischen Juni und August 2017 ruhig zu verhalten und nicht den Anschein zu erwecken, das Land könnte sich auf eine Seite stellen, muss als weise Entscheidung gesehen werden. Das Überleben Bhutans könnte davon abhängen, die Wünsche und Bedürfnisse Chinas und Indiens in Einklang zu bringen. Die Spannungen sind jedoch noch nicht Geschichte. Kurz nachdem die Situation für beendet erklärt wurde, erklärte die chinesische Armee Indien, aus dieser Erfahrung gelernt zu haben. Es scheint also wahrscheinlich, dass die Nervosität in der Region anhält. Dies könnte dazu führen, dass die Behörden den ausländischen Beziehungen mehr Beachtung schenken als der Innenpolitik.

In einer Situation, in der Bhutan seinen einzigartigen Platz in der Region zeigen muss, ist es sehr wahrscheinlich, dass das Land dies tut, indem es sich auf sein außergewöhnliches religiöses und kulturelles Erbe beruft. In dieser Situation wird die christliche Gemeinschaft in Bhutan vermutlich nicht den Schutz und den Raum bekommen, den sie benötigt. Die Zukunft der Christen wird weiterhin dadurch bestimmt, wie sich der „Religiös motivierte Nationalismus“ die Haupttriebkraft der Verfolgung in Bhutan, entwickelt.

zurück zur Länderübersicht

Kuwait: Platz 34

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Christen erleben Verfolgung auf allen Ebenen der Gesellschaft: Die Regierung, die örtliche Gemeinschaft und sogar die eigene Familie können für Christen gefährlich sein, besonders für Christen muslimischer Herkunft. Keine andere Religion als der Islam wird als akzeptabel angesehen. Die Gesellschaft Kuwaits ist konservativen islamischen Normen verpflichtet, die von einfachen Bürgern, extremistischen islamischen Gruppen und einer Regierung durchgesetzt werden, die sich den Forderungen der Extremisten beugen wird, solange ihre Machtbasis nicht bedroht ist.

Die Vorstellung, dass Religion vom gesellschaftlichen und politischen Leben getrennt werden kann, ist für Kuwaiter kaum nachvollziehbar. Die Scharia umfasst eine Vielzahl von Regeln für das persönliche, familiäre und gesellschaftliche Leben. Obwohl die Verfassung eine Bestimmung zur Religionsfreiheit enthält, hält sie auch fest, dass die Inanspruchnahme der Religionsfreiheit nicht gegen bestehende Bräuche, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral verstoßen darf. Somit lässt sie wenig Raum für ein christliches Gemeindeleben.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Ausländische Christen und Arbeitsmigranten haben relative Freiheit, sich zum Gottesdienst zu versammeln. Allerdings sind die vorhandenen Räumlichkeiten, die als Orte für gottesdienstliche Versammlungen registriert sind, sehr klein im Verhältnis zur Anzahl der Menschen, die sich zu einem Gottesdienst versammeln möchten. Laut einer anonymen Quelle kommt es sogar zu Streitigkeiten zwischen verschiedenen christlichen Gruppen über die Nutzung der überlaufenen Kirchengebäude. Es ist äußerst schwierig, Räumlichkeiten für eine christliche Versammlung zu finden.

Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da sie sowohl von Familienmitgliedern als auch der Gesellschaft unter Druck gesetzt werden, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Sie laufen Gefahr, diskriminiert, belästigt, von der Polizei überwacht und von bewaffneten Gruppen auf verschiedene Arten eingeschüchtert zu werden. Darüber hinaus wird ein Glaubenswechsel weg vom Islam nicht offiziell anerkannt und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rechtlichen Problemen in Bezug auf den Personenstand und Eigentumsangelegenheiten. Ermordungen, Verhaftungen oder Verletzungen von Christen wegen ihres Glaubens werden hingegen kaum jemals berichtet.

Beispiele:

- Die Regierung schreibt islamischen Religionsunterricht für alle Schüler an staatlichen und privaten Schulen vor. Den christlichen Glauben zu unterrichten, ist verboten, selbst für rechtlich anerkannte christliche Gruppen.

- Nach dem aktuellen Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (Amnesty International Report 2016/17) haben die Behörden die Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung weiter verschärft. Ein neues Gesetz zur Internetkriminalität hat die Meinungsäußerung im Internet noch stärker eingeschränkt, indem es Kritik an der Regierung, der Justiz und anderen unter Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren stellt. Dies gibt einen Eindruck davon, in welch restriktiver Umgebung Christen leben müssen.
- Im gleichen Bericht schreibt Amnesty International, dass das kuwaitische Parlament vor kurzem ein Gesetz über elektronische Medien verabschiedet hat, das alle Online-Publikationen, einschließlich Online-Zeitungen, Social Media und Blogs, reguliert und eine Regierungslizenz als rechtliche Pflicht vorschreibt, damit sie weiter betrieben werden dürfen. Dieses Gesetz grenzt nicht nur die ohnehin schon eingeschränkte Meinungsfreiheit weiter ein, es beschneidet auch die Religionsfreiheit und macht es noch schwieriger, das Evangelium online weiterzugeben, wenn man bedenkt, dass (laut Verfassung) „die Inanspruchnahme der Religionsfreiheit nicht gegen bestehende Bräuche, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral verstoßen darf“.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Kuwait wird im Weltverfolgungsindex 2018 mit 61 Punkten bewertet. Dies bedeutet einen Anstieg um vier Punkte im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum, der auf folgende zwei Faktoren zurückzuführen ist: Anders als im Weltverfolgungsindex 2017 wurden einige gewaltsame Vorfälle berichtet. Zudem wurde die Methodik zur Analyse der Situation von Konvertiten verfeinert, was zu dem Anstieg beigetragen hat.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Wie in vielen Ländern der Region ist „Islamische Unterdrückung“ die Haupttriebkraft hinter der Verfolgung von Christen in Kuwait. Sie wirkt sowohl auf der nationalen wie auch auf der lokalen gesellschaftlichen Ebene. Angesichts der sehr unsicheren Lage in der gesamten Region ist die Gesellschaft generell sehr konservativ geworden. Kuwaits Gesetze und seine Verfassung bestätigen diesen konservativen Charakter. Laut Verfassung ist der Islam die Staatsreligion und das islamische Recht (Scharia) ist eine wichtige Quelle der Gesetzgebung. Die Regierung schreibt den islamischen Religionsunterricht für alle Schüler in staatlichen und privaten Schulen vor. Den christlichen Glauben zu unterrichten, ist verboten, selbst für rechtlich anerkannte christliche Gruppen. In der Vergangenheit waren viele Kuwaiter gegenüber nichtmuslimischen Einwohnern tolerant eingestellt; aufgrund des wachsenden Einflusses extremistischer Muslime, die keine Christen im Land haben wollen, hat sich dies jedoch merklich geändert. Auch wenn der „Islamische Staat“ (IS) weitgehend besiegt ist, ist sein Einfluss weiterhin vorhanden und unter der beachtlichen Zahl sunnitischer Extremisten auf nennenswerte Resonanz gestoßen. Es gab kuwaitische Bürger, die an der Seite des IS im Irak und in Syrien kämpften.

Diktatorische Paranoia: Die Regierung Kuwaits ist in vieler Hinsicht sehr restriktiv. Obwohl das Land eines der stärksten Parlamente in der Region hat, wird das tägliche Leben immer noch durch die herrschende königliche sunnitische Familie bestimmt. Im Jahr 2016 erhielten zwei ehemalige Parlamentsmitglieder, die der Regierung und ihren Verbündeten kritisch gegenüberstanden, Gefängnisstrafen. Hinter den meisten der Einschränkungen durch die Regierung steht die „Diktatorische Paranoia", da der Regent des Landes nicht will, dass seine Macht in irgendeiner Weise bedroht wird. Die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Vereinigungsfreiheit sind eingeschränkt. Eine Kirche registrieren zu lassen, ist eine sehr komplizierte und langwierige Prozedur. Nicht nur Christen sind der Unterdrückung durch die Regierung ausgesetzt, auch andere Minderheiten wie Schiiten werden diskriminiert und müssen sich vorsichtig verhalten.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Typisch für diese Triebkraft der Verfolgung sind Situationen, in denen jahrhundertealte Normen und Werte, die sich in einem Stammeskontext herausgebildet haben (wie beispielsweise die Familienehre) Christen aufgezwungen werden. Im Fall von Kuwait verbinden sich „Ethnisch begründete Anfeindungen" mit dem Islam. Dies beeinflusst insbesondere Christen muslimischer Herkunft.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Trotz ihrer strengen Herrschaft kommt der starke Druck auf Christen nicht in erster Linie von der Regierung. Am meisten müssen Christen die Mitglieder der konservativen kuwaitischen Gesellschaft fürchten. Es gibt im Land eine deutliche Spaltung zwischen Kuwaitern (die per definitionem Muslime sind) und den vielen Arbeitsmigranten, umso mehr, wenn letztere Christen sind. Dementsprechend sind Christen angesichts der bereits bestehenden Diskriminierung und Schikane seitens der Gesellschaft häufig aus Sicherheitsgründen sehr zurückhaltend.
Ausländische christliche Arbeiter müssen sich vorsichtig verhalten, doch Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung. Ein Glaubenswechsel weg vom Islam wird nicht offiziell anerkannt und wird wahrscheinlich zu rechtlichen Problemen in Bezug auf Personenstand und Eigentumsfragen führen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Obwohl es keine strafrechtliche Sanktion für die Hinwendung zum christlichen Glauben gibt, ist diese sozial inakzeptabel. Wer sich dem christlichen Glauben zuwendet, wird höchstwahrscheinlich durch Familienmitglieder aus seiner Heimat vertreiben, da diese den Glaubenswechsel nicht nur als Angriff auf den Islam, sondern auch auf die Familienehre betrachten.

Diktatorische Paranoia:

Die kuwaitische Regierung duldet keine Kritik, vor allem nicht von (ausländischen) Christen. Wie die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House" berichtet: „Journalisten und Social-Media-Nutzer, die den Emir oder Saudi-Arabien beleidigt haben sollen, werden oft strafrechtlich verfolgt, und die Regierung unternimmt weiterhin Anstrengungen, um die Kritik an ihren Handlungen und ihrer Politik zu ersticken."

Das Land ist gut überwacht und die Sicherheitskräfte überwachen die Aktivitäten im Land. Ausländische Christen, die sich gegen die Regierung aussprechen, riskieren es, ausgewiesen zu werden.

Hintergrund

Kuwait liegt am westlichen Teil des Persischen Golfs und grenzt im Süden an Saudi-Arabien, im Norden an den Irak und im Nordosten an den Iran. Kuwait ist einer der Golfstaaten mit engen Verbindungen zum Westen. Obwohl Kuwait eines der kleinsten Länder im Nahen Osten ist, hat es eine starke, auf Ölexport basierende Wirtschaft und ist eines der reichsten Länder der arabischen Welt. Von den ungefähr vier Millionen Einwohnern sind mehr als die Hälfte Einwanderer. Die Wirtschaft ist relativ offen, mit Erdölreserven von Milliarden von Barrels – mehr als sechs Prozent der weltweiten Vorkommen. Kuwait ist eine konstitutionelle Monarchie, deren Staatsoberhaupt der Emir der al-Sabah-Familie ist und die als erstes arabisches Land am Golf ein gewähltes Parlament hatte.

Die Gesellschaft Kuwaits ist konservativ. Das islamische Recht (Scharia) umfasst ein breites Spektrum von Regeln für das persönliche, familiäre und gesellschaftliche Leben. Obwohl Kuwait einige der wichtigsten Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen unterzeichnet hat, etwa den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1996) und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1996), ist die Verfassung in Bezug auf die Religionsfreiheit voller Widersprüche. Einerseits gewährt sie Religionsfreiheit, doch hält sie auch fest, dass die Inanspruchnahme der Religionsfreiheit nicht gegen bestehende Bräuche, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral verstoßen darf. Die Regierung hat durch die traditionelle, konservative Stammesgesellschaft des Landes sehr erfolgreich liberale und linksorientierte Gruppen ausgeschaltet. Davon wurden auch andere religiöse Minderheiten schwer in Mitleidenschaft gezogen.

In den letzten Jahren hat der IS ein feindliches Umfeld für religiöse Minderheiten in der Region geschaffen. Einige Kuwaiter haben sich der Gruppe angeschlossen. Auch wenn der IS in Syrien und im Irak militärisch besiegt ist, könnte es Jahrzehnte dauern, um das Erbe des IS wieder zu beseitigen: die Radikalisierung der Bevölkerung und insbesondere der Jugendlichen in der Region. Es ist schwierig, vorherzusagen, was mit der Kirche und den Christen in Zukunft geschehen wird.

Andere nichtchristliche religiöse Gruppen wie Hindus, Buddhisten und Sikhs haben eine gewisse Freiheit, ihren Glauben im Privaten auszuleben, obwohl ihnen Versammlungsstätten fehlen und es immer noch schwierig ist, die Erlaubnis zum Bau neuer Einrichtungen zu erhalten. Jedoch werden sie staatlich überwacht. Konservative Gruppen im Parlament betrachten alle nichtmuslimischen religiösen Aktivitäten mit Argwohn und treten ihnen entgegen, wenn sie die Gelegenheit haben.

Betroffene Kategorien von Christen

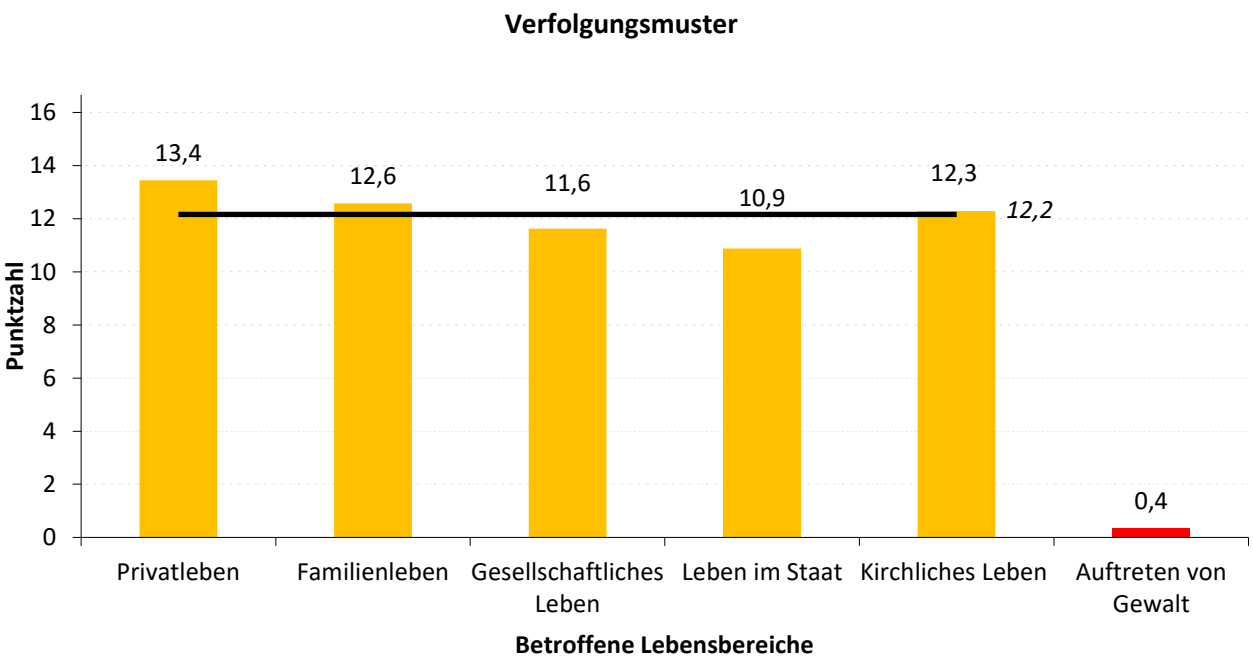
Zwei der vier im Weltverfolgungsindex unterschiedenen Kategorien von Christen sind in Kuwait präsent:

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Den größten Teil der in Kuwait lebenden Christen machen Ausländer und Arbeitsmigranten aus. Sie haben gewisse Freiheiten, Gottesdienste zu feiern. Allerdings sind die bestehenden Gottesdiensträume sehr klein für die Anzahl derer, die sich dort versammeln. Die extremen Schwierigkeiten, Grundstücke für Gottesdiensträume zu erlangen, sind eine zusätzliche Last.

Laut dem Länderbericht zur Internationalen Religionsfreiheit des US-amerikanischen Außenministeriums über Kuwait gibt es sieben offiziell anerkannte christliche Kirchen: Die Nationale Evangelische Kirche, die Römisch-Katholische Kirche, die Griechisch-Katholische Kirche, die Koptisch-Orthodoxe Kirche, die Armenisch-Orthodoxe Kirche, die Griechisch-Orthodoxe Kirche und die Anglikanische Kirche. Einige religiöse Gemeinschaften ohne offiziell registrierten Gottesdienstraum gaben an, dass sie ohne Einmischung der Regierung Gottesdienste durchführen konnten, vorausgesetzt, dass sie ihre Nachbarn nicht stören und keine Gesetze in Bezug auf Versammlung und Missionierung verletzen. Die Regierung gestattet solchen Gruppen, in gemieteten Villen, Privathäusern oder Einrichtungen genehmigter Kirchen zu arbeiten.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund stehen vielen einschüchternden Herausforderungen gegenüber. Sie laufen Gefahr, diskriminiert, belästigt, von der Polizei überwacht und von bewaffneten Gruppen auf jede Art eingeschüchtert zu werden. Darüber hinaus wird ein Glaubenswechsel weg vom Islam nicht offiziell anerkannt und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu rechtlichen Problemen in Bezug auf den Personenstand und Eigentumsangelegenheiten. Für Christen muslimischer Herkunft sind die Hauptverfolger die Familie, Menschen in ihrem Umfeld, extremistische Muslime und, in geringerem Maße, die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kuwait

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Kuwait bleibt sehr hoch. Die Punktzahl ist von 11,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 12,2 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum gestiegen. Dieser Anstieg ist auf Verfeinerungen in der Analyse der Situation von Christen muslimischer Herkunft zurückzuführen.
- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“, was die schwierige Situation von Christen muslimischer Herkunft aufzeigt.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt stieg von 0 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 0,4 Punkte an, da einige gewaltsame Vorfälle berichtet wurden.
- Die Verfolgungssituation in Kuwait wird insgesamt angeheizt durch eine Gesellschaft und eine Regierung, die zunehmend von extremistischen islamischen Bewegungen beeinflusst werden.

Privatleben: In einer sehr konservativen Gesellschaft, die das Verlassen des Islam als einen Verrat an den Familienwerten betrachtet, ist eine Hinwendung zum christlichen Glauben immer schwierig. Obwohl das Gesetz den Glaubenswechsel formell nicht verbietet, legen sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung denjenigen, die konvertieren möchten, Steine in den Weg. Zum Beispiel werden sie kein offizielles Dokument bekommen, in dem ihr neuer Glaube verzeichnet ist. Daneben wird sämtliche (religiöse) Literatur verboten, die als beleidigend gegenüber dem Islam erachtet wird. Für Konvertiten zum christlichen Glauben, die mit ihren Familien zusammenleben (sei es die Kernfamilie oder die erweiterte Familie), ist es schwierig, Gott anzubeten oder christliche Materialien zu besitzen, denn sie müssen darauf achten, alles zu vermeiden, was als beleidigend aufgefasst werden könnte.

Familienleben: Besonders für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr herausfordernd, als christliche Familie zu leben. Die im Land vorherrschenden Umstände erlegen auch den Familien von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten Einschränkungen auf und sie müssen gleichermaßen in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig sein. Es ist schwierig und sogar gefährlich, über ihren Glauben zu sprechen, da jede Art von Missionierung streng verboten ist. Davon abgesehen tragen Christen muslimischer Herkunft in Bezug auf das familiäre Leben die Hauptlast der Verfolgung. Verstorbene Christen mit muslimischem Hintergrund werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen begraben und es gibt nur sehr wenige Anlagen für Ausländer. Taufen müssen sehr diskret durchgeführt werden, da öffentliche Taufen schwere Beschimpfungen und Belästigungen sowohl vonseiten der Familie als auch des gesellschaftlichen Umfelds nach sich ziehen können. Das Gesetz schränkt auch ein, wer wen heiraten kann – eine Muslima darf keinen Nichtmuslimen heiraten, solange er nicht zum Islam konvertiert. Diese Gesetze haben bedeutende Auswirkungen auf Fragen des Sorgerechts und von Erbschaften. Christen muslimischer Herkunft erhalten oft überhaupt keinen Anteil am Erbe ihrer verstorbenen Eltern, da ihre Abwendung vom Islam der Familie Schande gebracht hat.

Gesellschaftliches Leben: In kuwaitischen Gemeinschaften werden Christen als Bürger zweiter Klasse, Fremde und Ungläubige angesehen und werden oft direkt oder indirekt von gemeinschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen. Während des Ramadan ringen Christen mit der impliziten Forderung von Regierung und Gesellschaft, zu fasten. Ständig wird auf Christen muslimischer Herkunft Druck ausgeübt, ihren Glauben zu widerrufen. Des Weiteren stehen Christen im Bildungsbereich Herausforderungen gegenüber.

Die Regierung fordert islamischen Religionsunterricht für alle Schüler an öffentlichen Schulen und auch an Privatschulen, die einen oder mehrere muslimische Schüler haben. Gleichzeitig jedoch verbietet das Gesetz organisierten Religionsunterricht für andere Glaubensrichtungen als den Islam.

Leben im Staat: Die Verfassung erklärt, dass der Islam die Staatsreligion ist. Die Religionsfreiheit, wie sie in der Verfassung verankert ist, entspricht nicht dem internationalen Standard, da sie sich lediglich auf die Beachtung religiöser Riten fokussiert, die nicht den Sitten Kuwaits, und damit dem Islam, widersprechen dürfen. Es gibt Gesetze gegen Missionierung, und die Regierung setzt sie auch durch. Davon abgesehen folgt die Regierung dem Kurs, den sunnitischen Islam zu fördern, indem sie sunnitische Moscheen und Imame sowie sunnitische Ausbildung und Lehre finanziert. Auch wenn Kuwait demokratische Wahlen abhält, ist es undenkbar, dass ein Nichtmuslim sich um ein öffentliches Amt bewerben könnte. Verschiedene extremistische Gruppen (sowie konservative Parlamentsmitglieder) streben danach, jeden nichtmuslimischen Einfluss, wie etwa Weihnachtsfeiern, aus dem Land zu tilgen.

Kirchliches Leben: Was in den anderen Lebensbereichen geschieht (vor allem im „Leben im Staat“), hat einen tiefgreifenden Einfluss auf das kirchliche Leben, welches in Kuwait eingeschränkt ist. Um zum Beispiel ein Stück Land zu kaufen, um dort eine Kirche zu errichten, muss der Käufer ein Bürger Kuwaits sein. Für Christen muslimischer Herkunft wäre es sehr gefährlich, ein Stück Land zum Bau einer Kirche zu kaufen, da ihr Glaubenswechsel dadurch öffentlich bekannt werden würde. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Gemeinden, die eine Genehmigung zum Bau einer Kirche beantragen, Jahre darauf warten müssen. Ein Experte für das Land bemerkt: „Die meisten der anerkannten christlichen Kirchen sehen ihre Gebäude als unzureichend an, um ihren Gemeinden zu dienen, und haben erhebliche Probleme, ordnungsgemäße Genehmigungen der städtischen Behörden zu bekommen, um neue Gebäude zu bauen. Die städtischen Behörden haben religiöse Versammlungen in Privatgebäuden unterbunden und Vermieter unter Druck gesetzt, die Räumlichkeiten an nicht registrierte Kirchengemeinden vermietet hatten.“ Abgesehen vom Erwerb von Gemeinderäumlichkeiten ist auch der Vertrieb von religiösem Materialien eingeschränkt, die nur innerhalb der eigenen Gemeinde verteilt werden dürfen. Die Regierung gestattet Kirchen, religiöse Materialien zu importieren, doch nur unter der Bedingung, dass deren Inhalt den Islam nicht beleidigt. Zeichen und Symbole dürfen nicht von außen sichtbar an Kirchengebäuden angebracht werden. Die Regierung verbietet nichtmuslimischen Missionaren, im Land zu arbeiten und den christlichen Glauben an Muslime weiterzugeben.

Auftreten von Gewalt: Abgesehen vom geringen Maß an „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen, ist Kuwait ein typischer Golfstaat. Die Regierung braucht gar nicht gegen Christen vorzugehen, da der gesellschaftliche Druck so hoch ist, und die Christen den Vorgaben der Regierung Folge leisten. Es ist nicht einfach, gesicherte Berichte über Gewalt aus dem Land zu bekommen. Jedoch berücksichtigt Open Doors die schwierige Situation der Arbeitsmigranten, die in niedrigqualifizierten Berufen tätig sind. Nach Amnesty International sind diese Arbeiter „weiterhin mit Ausbeutung und Missbrauch im Rahmen des offiziellen ‚Kafala‘-Systems der Bürgschaft konfrontiert.“ Open Doors befürchtet, dass christliche Arbeiter, insbesondere Frauen, noch verwundbarer sind und wegen ihres Glaubens diskriminiert werden. Jedoch gibt es derzeit keine eindeutigen Anzeichen für Misshandlungen von christlichen Arbeitsmigranten, die mit ihrem Glauben in Zusammenhang stehen. Dieser Bereich wird demnächst ausführlicher untersucht werden.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Nach Angaben des „Tahirih Justice Center“ soll häusliche Gewalt, insbesondere gegenüber Frauen, in Kuwait weit verbreitet sein. Häusliche Gewalt wird als Familienangelegenheit betrachtet; es gibt keine spezifischen Gesetze zur häuslichen Gewalt, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Behörden dagegen vorgehen. Außerdem ist die Rolle der Frau in der Gesellschaft sehr eingeschränkt und Frauen dürfen ihren Ehepartner oft nicht selbst wählen. In einer solchen Atmosphäre ist es nicht schwer, sich vorzustellen, was mit christlichen Hausangestellten geschehen kann. Im März 2017 wurde ein schockierendes Video veröffentlicht, in dem ein äthiopisches Hausmädchen aus dem Fenster fällt; die Frau, die sie filmt, versucht nicht, sie zu retten.

Männer: Männer sind besonders an ihrem Arbeitsplatz Diskriminierung und Feindseligkeiten ausgesetzt. Arbeitsmigranten sind durch das ‚Kafala‘ genannte System der Bürgschaft an ihre Arbeitgeber gebunden, das sowohl Männer als auch Frauen in die Gefahr bringt, regelrecht versklavt zu werden. Das kann zum Zerbrechen ihrer Familien führen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Zukunft Kuwaits ist wie die anderer Länder der Region untrennbar mit der politischen Situation der Region verbunden. Der Nahe Osten und die Golfregion sind unberechenbarer denn je. Auch wenn der IS militärisch besiegt ist, bleibt sein Einfluss bestehen. Der Aufstieg des sunnitischen Extremismus war nicht nur für die Christen in der Region, sondern auch für die einzelnen Staatsoberhäupter und die internationale Gemeinschaft ein Thema. Länder mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit, einschließlich Kuwait, sind wachsam, um sicherzustellen, dass solche extremistischen militanten Gruppen ihre Netzwerke nicht in ihrem Land aufbauen. Solange Kuwait jedoch seine Offenheit für die Weltwirtschaft bewahrt, werden ungeachtet des bestehenden Drucks wahrscheinlich weiterhin Christen in das Land kommen. Trotz der Unruhen in der Region (wie der Katar-Krise und des anhaltenden Bürgerkriegs im Jemen) war Kuwait im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 politisch stabil und es gab keinen massiven Anstieg der Verfolgung. Die Angst unter Christen (vor allem unter Christen muslimischer Herkunft) wird jedoch bleiben, da das Umfeld im Land nach wie vor feindselig ist. Die Gesellschaft wird wahrscheinlich noch konservativer werden und die Regierung wird vermutlich zulassen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt (solange sie ihre Macht nicht bedroht sieht), um die extremistischen islamischen Gruppen in der Gesellschaft zu beschwichtigen. Dennoch dürften christliche Arbeitsmigranten weiterhin auf Arbeitssuche ins Land kommen.

zurück zur Länderübersicht

Zentralafrikanische Republik (ZAR): Platz 35

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Obwohl die ZAR ein Land mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung ist, gibt es dort auch eine starke muslimische Minderheit; ihre Angehörigen leben hauptsächlich in den nordöstlichen Landesteilen. Seit 2013 wird das Land von einem immer wieder aufflammenden Bürgerkrieg geplagt. Eine der wichtigsten Gruppierungen ist dabei die Séléka, die viele Muslime aus einem historisch benachteiligten Landesteil mobilisiert hat. In dem Konflikt stehen sich als Hauptakteure die Séléka und die Anti-Balaka gegenüber (eine militante Gruppierung, die hauptsächlich aus Animisten und nominellen Christen besteht). Die blutigen Auseinandersetzungen haben massiv zur Verfolgung der Christen im Land beigetragen. Sie wurden hauptsächlich von Séléka-Milizen, aber auch von Anti-Balaka-Kämpfern angegriffen und bedroht. Hauptziel der Übergriffe waren Kirchen und Pastoren. Christen muslimischer Herkunft in den islamisch dominierten Landesteilen waren wegen ihres christlichen Glaubens auch Druck vonseiten ihrer Angehörigen und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Der andauernde Konflikt und die herrschende Instabilität haben besonder für Konvertiten die Gefahr drastisch erhöht, Opfer von Gewalt und Verfolgung zu werden.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Christen in der ZAR erleiden Gewalt und Grausamkeiten von militanten Gruppierungen, die für die Verwundung, Ermordung und Vertreibung tausender Christen verantwortlich sind. Das gemeinsame Feiern von Gottesdiensten ist für die Christen durch die Situation massiv beeinträchtigt worden, da Gemeindeleiter und Kirchengebäude zu den bevorzugten Zielen gewalttätiger Übergriffe gehörten. Christliche Leiter, die sich gegen die Gewalt ausgesprochen haben, wurden bedroht, Kirchen demoliert und niedergebrannt. Infolge des Konflikts sind tausende Christen von ihrem Grund und Boden vertrieben worden, haben ihre Lebensgrundlage verloren und müssen jetzt in Lagern leben. Zusätzlich zu der allgemein herrschenden Unsicherheit und Gewalt, die alle Christen betrifft, werden christliche Konvertiten auch von ihren Angehörigen verfolgt. Auch das soziale Umfeld grenzt sie oftmals aus und setzt sie teilweise gewaltsam unter Druck, den christlichen Glauben zu widerrufen.

Beispiele:

- Am 7. Februar 2017 töteten Militante Pastor Jean-Paul Sankagui von der Eglise du Christ en Centrafrique (ECC) und beschädigten seine Kirche in der Hauptstadt Bangui. Der Angriff ereignete sich im Stadtviertel PK5 (dem Schauplatz der heftigsten Kämpfe in Bangui).
- Am 3. September 2017 entführten ehemalige Séléka-Kämpfer Pater Robert Wieczorek in Ndim im Nordwesten des Landes. Einer lokalen Quelle zufolge wurde der Priester vor seiner Freilassung am Folgetag gefoltert.
- Am 1. September 2017 drangen bewaffnete Männer über die Grenze des Sudan ein, führten einen Angriff auf die Stadt Zemio durch und plünderten die örtliche katholische Kirche. Tausende ergriffen daraufhin die Flucht.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Zentralafrikanische Republik verzeichnet auf dem WVI 2018 einen Anstieg von drei Punkten auf 61 Punkte. Im Berichtszeitraum für den WVI 2017 ebbte die Welle der Gewalt im Land vorübergehend ab, seitdem hat sich die Lage allerdings wieder verschlechtert und es ist verstärkt zu Übergriffen gegen Christen gekommen. Anpassungen in der WVI-Methodik haben dazu geführt, dass sich die Bewertung nicht mehr auf die Größe des von Verfolgung betroffenen Gebietes bezieht, sondern auf den von Verfolgung betroffenen Bevölkerungsanteil. Ohne diese Verbesserung in der Genauigkeit der Analyse wäre die Wertung vermutlich noch höher ausgefallen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Die Séléka-Miliz bleibt auch nach ihrer Aufspaltung in mehrere Gruppen einer der Hauptakteure in dem Bürgerkrieg, der die Zentralafrikanische Republik (ZAR) überzieht. Die Gruppe wurde in der Vergangenheit hauptsächlich von Kämpfern aus dem überwiegend muslimischen Norden des Landes gebildet. Die daraus hervorgegangenen Gruppen sind von ähnlicher Zusammensetzung und bestehen größtenteils aus Muslimen. Zusätzlich zu der Gewalt, die von militanten Gruppen wie der Union demokratischer Kräfte für die Einheit, der Konferenz der Patrioten für Gerechtigkeit und Frieden (CPJP), der Patriotischen Konferenz für die Rettung Kodros, der Union Republikanischer Kräfte und der Allianz für Neugeburt und Wiederaufbau verübt wird, zeigt sich die Triebkraft „Islamische Unterdrückung“ auch dort, wo gewöhnliche Bürger Christen in überwiegend muslimischen Landesteilen verfolgen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Neben Islamischer Unterdrückung ist Organisiertes Verbrechen und Korruption eine weitere bedeutsame Triebkraft in der ZAR. Dies trifft insbesondere deshalb zu, weil auch militante Anti-Balaka-Milizen Christen und Kirchen angreifen. Weite Teile dieser Gruppe – die als Zusammenschluss lokaler Bürgerwehren begann und später eine Hauptrolle im Bürgerkrieg einnahm – haben sich mittlerweile zu kriminellen Gangs entwickelt. Ihre kriminellen Aktivitäten führen zur Verfolgung von Christen in Bangui, da sie – zusätzlich zu ihren brutalen Anschlägen auf Muslime – häufig Kirchen und geistliche Leiter angreifen.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Die wichtigsten Verfolger von Christen in der ZAR sind militante und paramilitärische Gruppen wie die Union demokratischer Kräfte für die Einheit, die Konferenz der Patrioten für Gerechtigkeit und Frieden (CPJP), die Patriotische Konferenz für die Rettung Kodros, die Union Republikanischer Kräfte und die Allianz für Neugeburt und Wiederaufbau sowie die Anti-Balaka. In gewissem Maß können diese Gruppen als gewalttätige religiöse Gruppierungen bezeichnet werden. Man kann sie allerdings auch als politische Parteien und paramilitärische Organisationen charakterisieren. In den überwiegend muslimischen Landesteilen sind die Verfolger auch gewöhnliche Bürger, die von den Lehren fanatischer und intoleranter Imame beeinflusst wurden. Stammesführer oder ethnische Leiter spielen eine weitere Rolle in diesem Prozess, da sie den Druck auf Konvertiten zum christlichen Glauben verstärken.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Einige Splittergruppen der oben genannten militanten Zusammenschlüsse treten als organisierte kriminelle Gangs auf. Bei ihren regelmäßigen Plünderungen greifen sie häufig Kirchen und kirchliche Einrichtungen an. Neben den Kämpfern aus den Reihen der

ehemaligen Séléka verüben auch frühere Anti-Balaka-Kämpfer derartige Angriffe. Das herrschende Ausmaß an Gesetzlosigkeit und die Unfähigkeit des Staates, für Recht und Ordnung zu sorgen, bedeuten, dass sowohl die Christen als auch die Gesellschaft insgesamt kaum Schutz vor den kriminellen Machenschaften dieser Gruppierungen erhalten.

Hintergrund

Seit ihrer Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 hat die ZAR zahlreiche Konflikte und fünf Staatsstreiche erlebt. Die Instabilität und Schwäche der aufeinanderfolgenden Regierungen (zusammen mit ihrer mangelnden Legitimation) haben dazu geführt, dass Frankreich als ehemalige Kolonialmacht weiterhin eine entscheidende Rolle spielt. Aus diesem Grund hat es schon eine ganze Reihe französischer Interventionen zur Stärkung der jeweiligen Regierung gegeben, auch zum Schutz seiner eigenen Staatsbürger und anderer in der ZAR lebender Ausländer. Rebellen und Anführer von gewaltsamen Aufständen begründen ihr Vorgehen zwar häufig mit dem Ziel, Korruption und ethnische oder religiöse Diskriminierung bekämpfen zu wollen; sehr häufig liegt jedoch der Verdacht nahe, dass ihre wahre Motivation die materiellen Vorteile politischer Macht sind sowie die Aussicht, an der Spitze eines korrupten Systems selbst die Gewinne einstreichen zu können.

Die ZAR gilt zwar als christliches Land, doch der Islam hat in den vergangenen zehn Jahren stark an Einfluss gewonnen. So ist der muslimische Bevölkerungsanteil begünstigt durch Immigrationsströme aus dem Tschad und dem Sudan von 5% auf 13% angewachsen. Die Unzufriedenheit unter den im Norden lebenden Muslimen war eine der Hauptursachen für den Putsch im März 2013. Ortsansässige Christen sind sehr beunruhigt über die deutliche Zunahme islamischer Einflüsse im Land und haben darauf hingewiesen, dass der Aufstand im Vorfeld des Putsches auf einer dschihadistischen Agenda basierte.

Der im Jahr 2012 ausgebrochene Konflikt in der ZAR hat Tausende Menschenleben gekostet, Hunderttausende vertrieben und massive Zerstörungen von Besitztümern zur Folge gehabt. Die besondere Brisanz des Konfliktes liegt jedoch in seiner religiösen Dimension. Im September 2014 hat die Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof eine zweite Untersuchung angeordnet. Experten betonen, dass die Formierung der (hauptsächlich aus Muslimen bestehenden) Séléka-Truppen unter anderem auf die Unfähigkeit der Regierung zurückzuführen ist, soziale Probleme zu lösen und den Staat verantwortungsvoll zu führen. Die gezielten Angriffe der Séléka-Milizen auf die Christen haben dem Konflikt jedoch eine religiöse Komponente hinzugefügt. Die größtenteils animistisch geprägten Anti-Balaka-Truppen haben in den südlichen Landesteilen gezielt Muslime angegriffen und Gräueltaten verübt, wodurch der Konflikt weiter verschärft wurde. Vor diesem Hintergrund bedeutsam ist die Bangui-Deklaration, die mehrere christliche Organisationen im Februar 2014 verfassten. Darin betonten sie: „Die Auseinandersetzung zwischen Séléka und Anti-Balaka hat einen Kreislauf der Vergeltung in Gang gesetzt, der die Zivilbevölkerung zum Opfer gefallen ist. Wir verurteilen diese Gewalt, gleichgültig welchen Ursprungs. Darüber hinaus weisen wir die irreführende Bezeichnung der Anti-Balaka als einer ‚christlichen' Miliz zurück."

Obwohl die Séléka mittlerweile aus vielen Landesteilen vertrieben wurde, bleiben viele Herausforderungen. In Bangui steht das Stadtviertel „PK5" unverändert unter der Kontrolle extremistischer Muslime, die dort eine Herrschaft des Terrors führen. Im islamisch dominierten Nordosten des Landes werden Christen weiterhin aus ihren Dörfern vertrieben und können ihre Felder

nicht bewirtschaften. Große Gruppen von Christen leben unter äußerst prekären Bedingungen in Flüchtlingslagern. Die 2016 durchgeführten Wahlen gaben Anlass zu einigem Optimismus bezüglich der Chancen auf Frieden in der Zentralafrikanischen Republik; immer wieder kommt es jedoch zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen militanten Gruppierungen, bei denen 2017 innerhalb von drei Monaten 45 Zivilisten starben und mindestens 11.000 Menschen vertrieben wurden. Dieses erneute Aufflammen von Gewalt in den zentralen Landesteilen der ZAR stellt ein großes Risiko sowohl für die Christen als auch für die Muslime im Land dar. Die Tatsache, dass der gerade erst beendete Bürgerkrieg im Land eine starke religiöse Komponente aufwies, bedeutet, dass einige Opfer dieser Vergeltungsangriffe aufgrund ihrer Stammes- und Religionszugehörigkeit getötet wurden. Falls die UN-Friedenstruppen im Land nicht entschlossen gegen derartige Zusammenstöße vorgehen und sie unterbinden, besteht die Gefahr, dass die ZAR wieder in einen Zustand von Instabilität und Kämpfen abgleitet, der das Land in den vergangenen Jahren bereits geplagt hat. Bislang sind alle Bemühungen der UN-Friedensmission, Frieden und Stabilität in der ZAR herzustellen, gescheitert.

Ebenfalls von der Verfolgung religiöser Minderheiten in der ZAR betroffen sind Muslime in Landesteilen, wo sie eine Minderheit bilden. Hier kommt es zu Übergriffen gegen sie durch die animistische Anti-Balaka-Miliz.

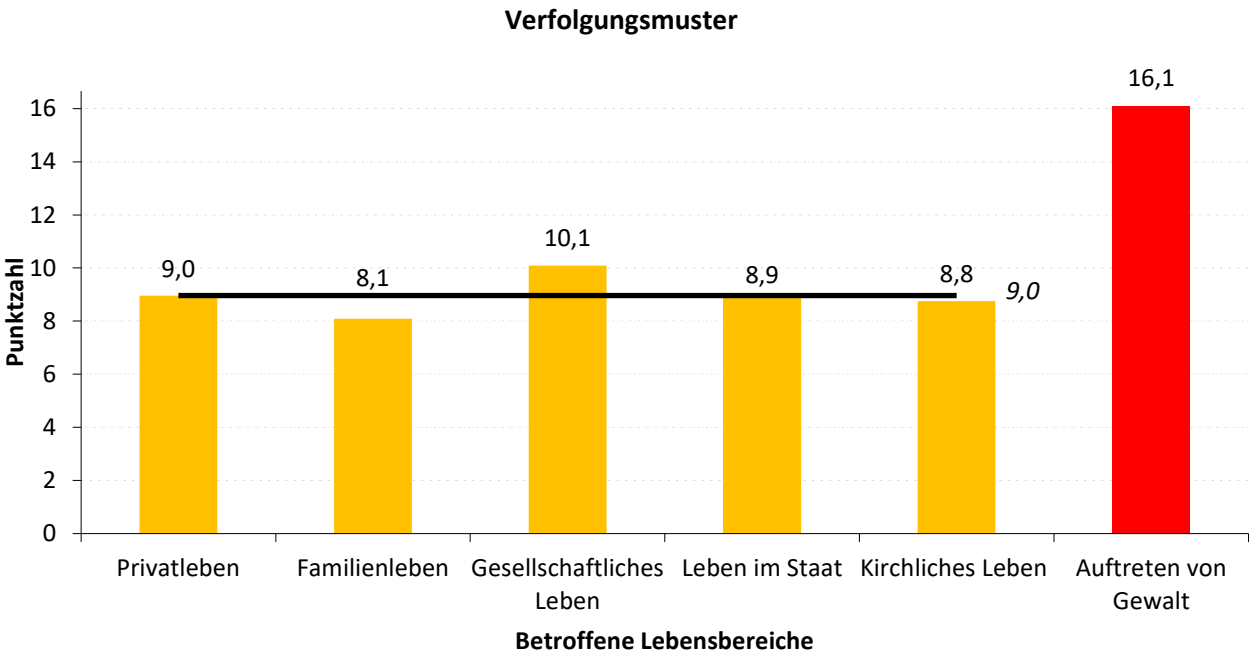
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: In diese Kategorie fallen die Römisch-Katholische Kirche und traditionelle protestantische Kirchen. Die Römisch-Katholische Kirche ist die größte Konfession des Landes und verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk von Kirchen, Krankenhäusern und Schulen. Während des Aufstiegs der Séléka wurden Autos, Computer und andere Wertgegenstände aus Kirchengebäuden und anderen kirchlichen Einrichtungen geraubt. Die katholische Kirche und ihre leitenden Mitarbeiter haben sich gemeinsam mit anderen religiösen Führern als starke Fürsprecher für Frieden und Versöhnung eingesetzt. Darüber hinaus haben sie sowohl muslimischen als auch christlichen Zivilisten Zuflucht vor den Angriffen gewalttätiger Gruppierungen geboten. Infolgedessen wird die katholische Kirche immer wieder zum Ziel von Übergriffen.

Christliche Konvertiten: Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erleiden Druck und Widerstand von Familienmitgliedern, die von ihnen verlangen, ihren christlichen Glauben aufzugeben, sobald ihre Bekehrung bekannt wird. Sie haben kaum Möglichkeiten zur Gemeinschaft und zu Gottesdiensten mit anderen Christen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Kategorie bezeichnet evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden. Christen aus diesen Gruppierungen sind immer wieder von ehemaligen Séléka-Kämpfern angegriffen worden, ähnlich wie Christen aus traditionellen Kirchen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Zentralafrikanische Republik

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Durchschnittswert für Druck auf Christen ist im von 9,6 (WVI 2017) auf 9,0 (WVI 2018) gesunken. Dieser Rückgang spiegelt keine echte Verbesserung der Lage für die Christen in den muslimisch dominierten Landesteilen wider. Er ist hauptsächlich auf eine Verfeinerung der WVI-Analyse zurückzuführen, die sich mit der Bemessung der geographischen Verteilung und der Verbreitung von Verfolgung befasst.
- Der größte Druck herrscht im Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Dies trifft in besonderem Maß dort zu, wo der Islam die vorherrschende Religion ist. Die Wahrnehmung des Bürgerkrieges als ein Glaubenskampf hat scheinbar dazu geführt, dass der Druck der Gemeinschaft auf Christen muslimischer Herkunft weiter gestiegen ist.
- Die Punktzahl für physische Gewalt gegen Christen ist von 9,8 auf das extrem hohe Niveau von 16,1 Punkten gestiegen. Damit zählt die ZAR zu den Ländern mit der stärksten Ausprägung von gewaltsamer Verfolgung weltweit.

Privatleben: Da die ZAR ein mehrheitlich christliches Land ist, genießen Katholiken wie auch fast alle Anhänger protestantischer Konfessionen ein relativ hohes Maß an Freiheit im Privatleben; dies trifft besonders in den christlich dominierten Landesteilen zu. Christen muslimischer Herkunft erleben jedoch massive Bedrängnis vonseiten ihrer Angehörigen, sobald ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Die größte Herausforderung für die ZAR ist die Spaltung ihrer Bevölkerung anhand von Glaubensüberzeugungen. Deshalb ist es für einen christlichen Gastgeber sehr riskant, seinen Glauben an einen muslimischen Gast weiterzugeben.

In den nördlichen, muslimisch dominierten Landesteilen (wo ehemalige Séléka-Kämpfer weiterhin aktiv sind), begibt sich ein Christ muslimischer Herkunft in Lebensgefahr, wenn bei ihm christliche Materialien gefunden werden. Es gibt Berichte, wonach ehemalige Séléka-Kämpfer in ein Haus kamen, jemanden beim Lesen der Bibel antrafen und ihn daraufhin sofort umbrachten.

Familienleben: Angesichts der weiterhin sehr unsicheren Lage im Land stellen Behördengänge, etwa zur Registrierung Neugeborener, von Eheschließungen oder Todesfällen ein hohes Sicherheitsrisiko für Christen in den nordöstlichen Provinzen dar, da sie ungewollte Aufmerksamkeit erregen würden. In einem Land, wo verschiedene Gruppen sich aus religiösen Motiven gegenseitig belauern, sind auch Taufen nur sehr schwer möglich. Konvertiten verlieren nahezu automatisch ihre Erbansprüche.

Gesellschaftliches Leben: Aus Dörfern, die von ehemaligen Séléka-Kämpfern angegriffen wurden, sind oftmals junge Mädchen entführt worden. Christen haben häufig Zuflucht in Städten wie Kaga Bandoro, Bambari und Bria gesucht, nachdem sie aus ihren Dörfern vertrieben wurden. Verantwortlich dafür waren in vielen Fällen muslimische Fulani-Hirten, die sich so ehemaliges Ackerland als Weidegründe für ihre Tiere gesichert haben.

Leben im Staat: An einigen Orten sind christliche Mitarbeiter von lokalen Behörden entlassen und durch Muslime ersetzt worden. Dies trifft hauptsächlich auf einige nordöstliche Provinzen zu, wo die lokalen Behörden von ehemaligen Séléka-Milizen dominiert werden.

Kirchliches Leben: Ein reguläres Gemeindeleben ist kaum möglich, da bei Zusammenkünften von Christen jederzeit mit Angriffen zu rechnen ist. Dies gilt besonders in Bangui in der Nähe des Stadtviertels PK5 und in den nordöstlichen Landesteilen, wo Christen in den großen Städten bedrängt und vertrieben werden.

Auftreten von Gewalt: Das Ausmaß der herrschenden Gewalt befindet sich auf einem extrem hohen Niveau und ist gegenüber dem Berichtszeitraum des WVI 2017 um massive 6,3 Punkte angestiegen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Das Versagen der Regierung und der UN-Friedenstruppen beim Entwaffnen von Kämpfern, die sich am Bürgerkrieg beteiligt haben, kann als einer der Hauptursachen angeführt werden. Im Zuge der fortschreitenden Aufteilung großer militanter Gruppen in kleine Splittergruppen mit sehr wenig bis gar keiner Befehls- und Kontrollstruktur wird eine Eindämmung der gewaltsamen Übergriffe auf Kirchen zunehmend schwieriger.

Beispiele:

- Am 7. Februar 2017 töteten Militante Pastor Jean-Paul Sankagui von der Eglise du Christ en Centrafrique (ECC) und beschädigten seine Kirche in der Hauptstadt Bangui. Der Angriff ereignete sich im Stadtviertel PK5 (dem Schauplatz der heftigsten Kämpfe in Bangui).
- Am 3. September 2017 entführten ehemalige Séléka-Kämpfer Pater Robert Wieczorek in Ndim im Nordwesten des Landes. Einer lokalen Quelle zufolge wurde der Priester vor seiner Freilassung am Folgetag gefoltert.
- Am 1. September 2017 drangen bewaffnete Männer über die Grenze vom Sudan ein, führten einen Angriff auf die Stadt Zemio durch und plünderten die örtliche katholische Kirche. Tausende ergriffen daraufhin die Flucht.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen und Mädchen werden in der ZAR häufig Opfer sexueller Gewalt, besonders wenn Milizen zivile Siedlungen angreifen. Vielfach werden sie unter Gewaltandrohung zur Eheschließung gezwungen. Polygamie scheint weithin akzeptierte Praxis zu sein. Demzufolge sind Frauen und Mädchen häufig von sexuell übertragbaren Krankheiten und ungewollten Schwangerschaften betroffen. Junge Mädchen, die infolge sexuellen Missbrauchs schwanger geworden sind, brechen mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Schulausbildung ab.

Männer: Jungen und Männer werden gelegentlich dazu gezwungen, sich militanten islamischen Gruppierungen anzuschließen, werden aber auch Opfer von Folter und anderen Übergriffen. Darüber hinaus werden viele als Zwangsarbeiter in der Bergbauindustrie ausgebeutet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Der Konflikt der letzten Jahre hat die Beziehung zwischen Christen und Muslimen nachhaltig verändert. Sollten die Bemühungen um Versöhnung und die Einrichtung einer funktionierenden Strafverfolgung in der ZAR fehlschlagen, besteht die große Gefahr, dass die Polarisierung zwischen Muslimen und Christen sich fortsetzt und den religiösen Konflikt weiter verschärft.

Trotz der Wahlen in den Jahren 2015 und 2016 (die viele mit der Hoffnung auf Versöhnung verbunden haben) scheinen die aus der Séléka hervorgegangenen Milizen nicht bereit, ihre Waffen niederzulegen. Es besteht weiterhin die Gefahr eines Rückfalls in einen gewaltsamen Konflikt mit religiösem Beiklang. Kirche, Staat und Gesellschaft in der ZAR stehen immer noch unter dem Eindruck des erlittenen massiven Traumas. Kirchenleiter der größten Konfessionen haben auch die Gewalt der Anti-Balaka verurteilt.

Nach vielen Verzögerungen hat die Übergangsregierung landesweite Wahlen durchgeführt, die ein Meilenstein in den laufenden Veränderungsprozessen sein sollten. In der Stichwahl zum Präsidentenamt im Februar 2016 konnte sich Faustin-Archange Touadera durchsetzen. Obwohl Präsident Touadera Frieden und Versöhnung seit seinem Amtsantritt an die Spitze seiner Agenda stellt, sind weiterhin militante Splittergruppen im Land aktiv; dadurch herrscht unverändert Instabilität und immer wieder kommt es zu Gewaltausbrüchen. Muslimische Kämpfer empfinden sich in der neuen Regierung als unterrepräsentiert und verleihen ihrer Unzufriedenheit mit Gewalt Ausdruck. Dies zeigt die ernsthafte Gefahr, dass die Situation in der Zentralafrikanischen Republik sich verschlimmern und zu einem neuen Ausbruch des Konflikts führen könnte, der das Land in den vergangenen Jahren verheert hat. Ein UN-Bericht äußert ebenfalls diese Befürchtungen, in dem das steigende Risiko eines tödlichen Bürgerkrieges bis hin zum Völkermord skizziert wird. In der gegenwärtigen instabilen Situation wird die Lage zunehmend komplex, da mehrere Splittergruppen aus den militanten Séléka- und Anti-Balaka-Milizen hervorgegangen sind und sich teilweise sogar zusammengeschlossen haben.

zurück zur Länderübersicht

Palästinensergebiete: Platz 36

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Palästinensische Christen leiden täglich unter dem anhaltenden palästinensisch-israelischen Konflikt. Ihre ethnische Zugehörigkeit führt zu vielen Einschränkungen von israelischer Seite. Wie andere Palästinenser erfahren Christen diese Einschränkungen im alltäglichen Leben und sie sind ein wichtiger Antrieb, das Land zu verlassen. Ihr Glauben macht sie zudem zur Minderheit in der mehrheitlich muslimischen palästinensischen Gesellschaft.

Auch wenn die Palästinensergebiete als Bund gesehen werden, sind sie de facto zwei verschiedene Gebiete: Gaza, das von der Hamas kontrolliert wird, und das Westjordanland, in dem die Fatah-Partei regiert. Die Gesetze im Westjordanland schützen im Generellen die Religionsfreiheit, wohingegen sie in Gaza eingeschränkt wird. In beiden Gebieten verfolgt die Regierung nicht aktiv Christen, im Westjordanland haben Christen sogar Positionen innerhalb der (lokalen) Regierung inne. Die palästinensische Gesellschaft ist jedoch konservativ geprägt und den Glauben zu wechseln ist schwierig. Die Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben wird nicht akzeptiert, aber auch der Wechsel von einer christlichen Denomination zu einer anderen wird mit Argwohn betrachtet.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Es gibt drei Gruppen von Christen in den Palästinensergebieten, von denen jede mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen hat:

Christen traditioneller Kirchen stellen die größte Gruppe dar. Sie haben gute Beziehungen mit den palästinensischen Regierungsbehörden, müssen aber in ihrem Auftreten gegenüber Muslimen generell diplomatisch sein. Seit dem Auftauchen des „Islamischen Staates“ (IS) und anderer militanter Gruppen, die den Einfluss eines extremistischen Islam stärken, müssen Christen dabei noch vorsichtiger sein. Die größten täglichen Herausforderungen für die Christen dieser Gemeinschaften liegen in Problemen mit der israelischen Regierung. Dazu gehören Angelegenheiten, die Reisen und Visa betreffen, was es geistlichen Leitern schwermacht, in Gebiete zu reisen, in denen sie für Gemeindemitglieder zuständig sind – vor allem, wenn sich diese außerhalb des Westjordanlands oder Jerusalems befinden, wie in Jordanien. Zudem gab es Berichte von Belästigungen von Kirchenleitern durch jüdische Extremisten.

Christen aus protestantischen Freikirchen bilden eine zweite Gruppe. Ihre Anzahl ist nicht groß, aber durch Evangelisationen und Konferenzen, bei denen theologische Bildung vermittelt wird, haben sie ein gewisses Maß an Einfluss. Auch sie haben mit Einschränkungen durch die israelische Regierung zu kämpfen, sind aber auch Widerstand vonseiten der traditionellen Kirchen ausgesetzt. Dies ist zum Teil durch verschiedene theologische Ansichten bedingt, insbesondere, was den Status Israels betrifft. Traditionelle Kirchen nehmen Mitglieder protestantischer Freikirchen häufig als westlich oder zionistisch wahr und unterstellen ihnen, auf der Seite Israels zu stehen. Leiter aller Denominationen versuchen, ihre Gemeinde zu schützen. So erfahren Christen, die sich einer anderen Denomination anschließen, meist von traditionellen Kirchen zu neueren protestantischen Freikirchen, manchmal Druck von ihrer (Groß)Familie oder ihrem Umfeld.

Eine dritte Gruppe besteht aus Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, da ihr Glaubenswechsel von ihrem Umfeld und ihrer Familie meist nicht akzeptiert wird. Es ist für sie schwierig, sich existierenden Gemeinden anzuschließen, da diese Benachteiligung vonseiten der muslimischen Bevölkerung befürchten.

Aufgrund der Einschränkungen durch die israelische Regierung, die zu einer wirtschaftlich schlechten Situation geführt haben, und der Angst vor einem wachsenden extremistischen Islam, sind viele Christen ausgewandert, und die Anzahl der Christen, die in den Palästinensergebieten geblieben sind, sinkt rapide.

Beispiele für Gewalt gegen Christen:

- Während des Berichtszeitraums wurde gemeldet, dass ein Christ muslimischer Herkunft im Gazastreifen von seiner Familie körperlich angegriffen wurde. Er versteckt sich seitdem an einem sichereren Ort.
- Muslimen von Jesus zu erzählen, ist nicht per Gesetz verboten, bleibt aufgrund des Drucks von der Gesellschaft jedoch schwierig. Einige Christen haben Angst davor, die Beziehungen zu ihren muslimischen Nachbarn zu gefährden, wenn sie zu viel von ihrem Glauben erzählen.
- Laut einem Bericht des US-Außenministeriums zum Nahostkonflikt von 2016, liefert „eine Kombination von Faktoren […] den Antrieb für die steigende Emigration von Christen aus Jerusalem und dem Westjordanland, inklusive der begrenzten Möglichkeiten für christliche Gemeinschaften in Jerusalem, sich aufgrund von Einschränkungen durch die Obrigkeiten in Jerusalem oder israelische Behörden im sogenannten Bereich C zu erweitern; die Schwierigkeiten, die christliche Leiter bei der Beschaffung israelischer Visa und Aufenthaltsgenehmigungen erfahren; Einschränkungen seitens Israel für Familiennachzug; steuerliche Probleme; und ökonomische Schwierigkeiten, die durch die von Israel auferlegten Reisebeschränkungen geschaffen wurden."

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Gesamtpunktzahl der Palästinensergebiete ist von 64 Punkten im Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 auf 60 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum gesunken. Open Doors wurden weniger Fälle von gegen Christen gerichteter Gewalt berichtet. Zudem wurde eine Verfeinerung der Beurteilung der Situation von Christen muslimischer Herkunft vorgenommen, die ebenfalls zu einer sinkenden Punktzahl führte.

Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Palästinensische Christen sagen, dass die israelische Kontrolle des Westjordanlands und ihre starke Begrenzung Gazas die Gründe für ihre größten Leiden sind. Diese bestehen aus der Fremdkontrolle aller Grenzen, verbunden mit einem Genehmigungssystem für die Einreise nach Israel und für Reisen zwischen Gaza und dem Westjordanland, wodurch beispielsweise die Möglichkeiten, heilige Stätten in Jerusalem zu besuchen, eingeschränkt sind.

Zudem besitzt Israel die volle Kontrolle über etwa 60 Prozent der Fläche des Westjordanlands, wobei die sogenannten C-Gebiete gemäß dem Oslo-Friedensprozess behandelt werden. Die israelische Kontrolle trennt dabei alle Gebiete, die der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstehen. Checkpunkte innerhalb des Westjordanlands werden genutzt, um das Gebiet zu kontrollieren und die jüdischen Siedlungen zu schützen. Diese Kontrolle schafft Unsicherheit, begrenzt wirtschaftliches Wachstum und schränkt die Bewegungsfreiheit ein, wodurch die christlichen Gemeinschaften im Westjordanland isoliert werden.

Ohne Hoffnung auf eine politische Lösung sehen viele Christen keine Zukunft für sich in den Palästinensergebieten und wandern in andere Teile der Welt aus. Die israelische Kontrolle des Westjordanlands hat auch mit der Überzeugung zu tun, dieses Gebiet sei Teil des biblischen Israels, das nur Juden gehört. Nichtjuden, zu denen auch palästinensische Christen gehören, fühlen sich, als würde ihnen der Platz für ein würdiges Leben im Westjordanland verweigert werden.

Islamische Unterdrückung: Christen sind überall in den Palästinensergebieten von Verfolgung betroffen, obwohl der Druck in Gaza aufgrund der dort aktiven islamisch-extremistischen Bewegungen deutlich stärker ist als im Westjordanland. In Gaza sind islamistische Kämpfer aktiv, die noch extremistischer sind als die Hamas und mittlerweile auch im Westjordanland Fuß fassen. Dies schließt Zellen des „Islamischen Staates“ (IS) ein, sowohl aktive als auch „schlafende“. Auch wenn diese Gruppen bisher keine große Macht besitzen, so darf ihr Einfluss doch nicht unterschätzt werden.

Diktatorische Paranoia: „Diktatorische Paranoia“ ist mit schlichter Gier und der Wahrung der Interessen einer kleinen Gruppe verbunden. Beide Parteien innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde, Fatah und Hamas, versuchen, ihre Macht mit allen notwendigen Mitteln aufrechtzuerhalten. Es kann gefährlich sein, sie in ihrem jeweiligen Territorium zu kritisieren. Vetternwirtschaft ist in der Clangesellschaft weit verbreitet, und Menschen mit Verbindungen zu den Machthabern sind zumeist wohlhabend. Da es seit Jahren keine Wahlen gab, ist die demokratische Legitimität der Regierung gering. Insgesamt scheint die Hamas in den Palästinensergebieten beliebter zu sein als die Fatah, die den international anerkannten Teil der Palästinensischen Autonomiebehörde bildet. Politisch aktive Christen sind zumeist in der Fatah engagiert, die für sich beansprucht, auf säkularen Grundsätzen gegründet zu sein.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Diese Triebkraft zielt darauf ab, den anhaltenden Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte zu sichern. In den Palästinensergebieten ist dies sehr eng mit dem Islam verknüpft und wirkt sich vor allem auf Christen muslimischer Herkunft aus. So wie im gesamten Nahen Osten besteht zwischen der Religion und der Familienidentität eine enge Verbindung, weshalb es als Verrat an der Familie betrachtet wird, den Islam zu verlassen. Viele Familien üben starken Druck auf Angehörige aus, die Christen geworden sind, zum Islam zurückzukehren, die Region zu verlassen oder zumindest nicht über ihren neuen Glauben zu sprechen. In vielen Fällen werden Christen mit muslimischem Hintergrund wegen ihres Glaubens aus ihren Familien verstoßen.

Verfolger

Religiös motivierter Nationalismus: Palästinensische Christen sehen sich im Alltag meist dem Druck israelischer Regierungsbeamter, vor allem der israelischen Sicherheitskräfte, ausgesetzt. Auch Konfrontationen mit den israelischen Bewohnern des Westjordanlands, den sogenannten Siedlern, können einschüchternd sein. Sowohl die Sicherheitskräfte als auch die Siedler sind gut bewaffnet, letztere sind jedoch mehr für ihren Eifer bekannt als gewöhnliche israelische Soldaten.

Islamische Unterdrückung: Da die Anzahl der palästinensischen Christen sehr klein ist (laut World Christian Database 1,4% im Vergleich zur muslimischen Mehrheit), geht der stärkste Druck in subtiler Form von gewöhnlichen Bürgern aus. Das kann an der Kleidungsordnung für Frauen gesehen werden, die durch missbilligende Blicke oder Kommentare aufgezwungen wird. Die palästinensische Gesellschaft ist konservativ, obwohl es in den Städten mehr Freiheiten gibt als in den ländlichen Gebieten. Der Großteil der Christen gehört traditionellen Kirchen an. Sie müssen sich vorsichtig verhalten, weil sie von der muslimischen Bevölkerung als „anders“ angesehen werden. Ein Feldforscher sagt: „Die Mehrheit verspeist hier die Minderheit. Christen isolieren sich deshalb aus Angst, die Gesellschaft gegen sich aufzubringen, selbst.“

Ethnisch begründete Anfeindungen: Mitglieder der (Groß)Familie eines Christen muslimischer Herkunft üben großen Druck auf diese Christen aus, damit sie ihren Glauben aufgeben. Sie denken, dass ein Glaubenswechsel zum christlichen Glauben Schande über die Familie bringt. Teilweise werden Christen mit muslimischem Hintergrund aus ihren Familien verstoßen und belästigt. Die Situation für christliche Konvertiten ist in Gaza noch schlimmer, da die christliche Gemeinschaft dort sehr klein ist und es kaum Orte gibt, um sich zu verstecken.

Diktatorische Paranoia: Palästinensische Regierungsbeamte und andere Menschen, die zu einer der beiden politischen Parteien der Palästinensischen Autonomiebehörde gehören, sind weitere Verfolger, obwohl manche Christen traditionell in der Fatah und der nationalistischen Bewegung engagiert sind. Die meisten Christen unterstützen die Gruppierungen in ihrem Ringen mit den israelischen Behörden und erleben daher von dieser Seite keine Schwierigkeiten. Dennoch ist die Meinungsfreiheit und daher auch die Religionsfreiheit eingeschränkt, vor allem, wenn Kritik geübt wird an der Autonomiebehörde, insbesondere in Gaza. Christen sind zudem Druck durch die israelische Kontrolle ausgesetzt.

Hintergrund

Die Palästinensergebiete werden von drei verschiedenen Regierungen regiert, bzw. beeinflusst:

1. Die im Westjordanland regierende Fatah-Partei gründet formell auf säkularen (nicht dem politischen Islam folgenden) Prinzipien. Dennoch besagt das Grundgesetz, dass die Werte der Scharia die Quelle der Gesetzgebung sein sollen. Christen genießen einige Rechte und einige sind sogar in den höchsten Regierungsebenen aktiv.

2. Die islamistische Hamas regiert de facto in Gaza. Ihre Regierung fußt auf dem Islam und den Gesetzen der Scharia. Christen werden größtenteils toleriert, da ihre Anzahl sehr gering ist.

3. In den meisten Teilen des Westjordanlands besitzt das israelische Militärgesetz Gültigkeit, was zu großen Einschränkungen für alle Palästinenser führt, auch für Christen. Die Anzahl der Christen ist in beiden Teilen der Palästinensergebiete über die Zeit stark gesunken, was an Auswanderung und einer geringeren Geburtenrate liegt. Ein Hoffnungsschimmer ist die kleine, aber wachsende Zahl von Christen muslimischer Herkunft.

Nachdem die islamistische Hamas eine entscheidende Mehrheit in den Parlamentswahlen 2006 gewinnen konnte, wurde eine Regierung der nationalen Einheit geformt, an der sowohl die Hamas als auch die Fatah teilhatten. Spannungen über die Kontrolle der palästinensischen Sicherheitstruppen führten zu einem Bürgerkrieg in Gaza, bei dem die Hamas 2007 mit Gewalt die Macht übernahm. Seitdem gibt es zwei miteinander rivalisierende Administrationen innerhalb der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Beziehung zwischen den beiden politischen Parteien ist von tiefem Misstrauen geprägt, das den Einfluss von Stammesdenken und Clanrivalitäten innerhalb der palästinensischen arabischen Gemeinschaft offenlegt. Anhänger einer Seite wurden von der anderen gefangengenommen und misshandelt. Währenddessen gewinnt die Hamas sowohl in Gaza als auch im Westjordanland an Popularität. Wiederannäherungsversuche zwischen Fatah und Hamas führten zu der Formierung der Palästinensischen Einheitsregierung im Juni 2014. Damit sollte der Weg für parlamentarische Wahlen geebnet werden. Diese wurden jedoch nicht abgehalten, da die Regierung im Juni 2015 zurücktrat. Mitglieder der Hamas nahmen an einer Konferenz der Fatah im November 2016 teil, die Spannungen hielten aber an. Im Oktober 2017 kamen beide Parteien zu einer Übereinkunft, bei der die administrativen Behörden Gazas der Palästinensischen Autonomiebehörde übertragen wurden. Auch die Kontrolle der Grenzen wurde ihr übertragen. Die Hamas behält jedoch ihren militärischen Flügel und kontrolliert de facto noch immer den Gazastreifen. Im November 2017 wurde angekündigt, dass Wahlen Ende 2018 stattfinden sollen.

Andere religiöse Minderheiten wie die Beduinen und die Samaritaner in Nablus werden nicht direkt verfolgt, die Lebensbedingungen für die erstgenannten sind jedoch schwierig. Insbesondere die Beduinen, die in C-Gebieten im Westjordanland leben, haben große Schwierigkeiten mit den israelischen Behörden und der Armee.

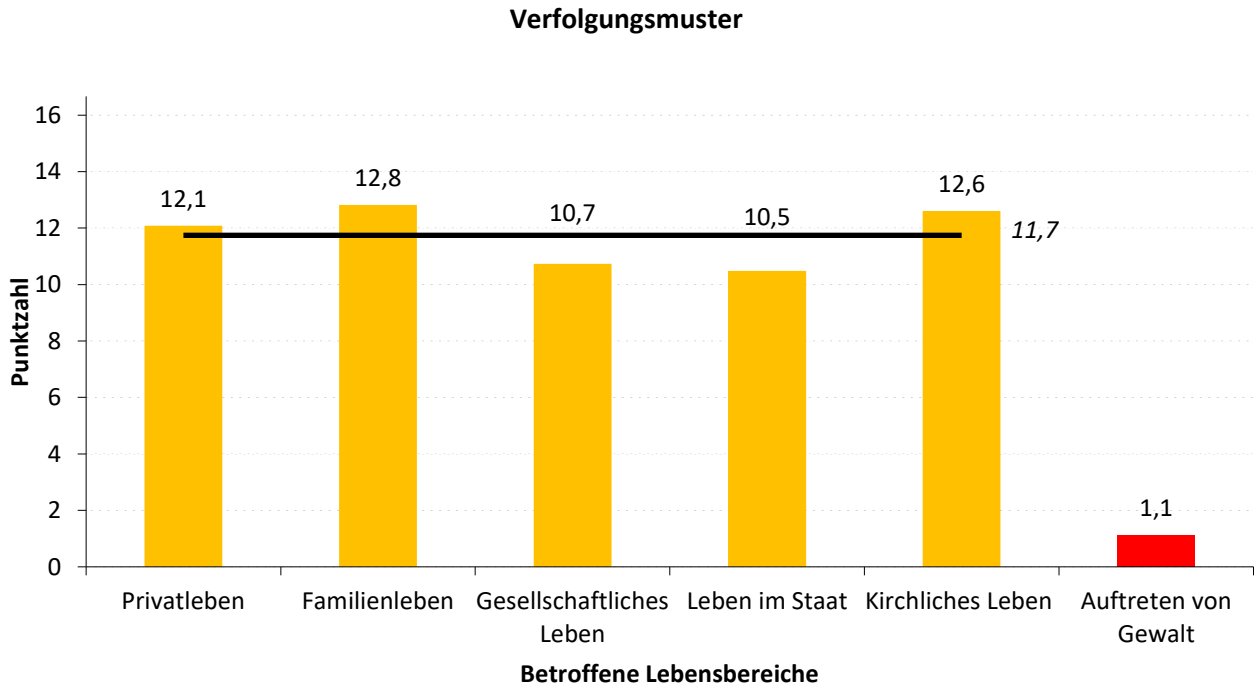
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Die größten traditionellen Kirchen sind die Römisch-Katholische und die Griechisch-Orthodoxe Kirche. Sie sind, wie auch einige andere Kirchengemeinden, registriert und es gibt mehrere Gemeinschaften im Westjordanland und zwei, eine griechisch-orthodoxe und eine römisch-katholische, in Gaza. Manche Mitglieder der orthodoxen und der katholischen Kirche in Gaza stehen in der Gefahr, zum Islam zu konvertieren – entweder, weil sie sich eingesperrt fühlen, oder weil sie den Drohungen nicht standhalten können oder auch, weil ihnen Häuser, Ehefrauen, Arbeitsstellen oder Studienabschlüsse versprochen werden, wenn sie zum Islam konvertieren. Im Westjordanland haben Christen die Freiheit, Gottesdienste zu feiern, solange sie das Evangelium nicht an Muslime weitergeben. Die Kirchengemeinden haben hier einen weitaus größeren Einfluss auf die Gesellschaft als die Anzahl der Christen vermuten lassen würde. Sowohl die Römisch-Katholische Kirche als auch die Griechisch-Orthodoxe Kirche betreiben Privatschulen, die auch von vielen Kindern muslimischer Familien besucht werden. Religionsunterricht wird hier getrennt gehalten.

Christen muslimischer Herkunft und Christen, die zu einer anderen Kirchengemeinde wechseln: Je nach Einstellung der Familie erleben beide Gruppen Druck von ihren Angehörigen, ihren neuen Glauben aufzugeben. Wenn Christen die Kirche wechseln, beispielsweise aus einer traditionellen Kirche in eine protestantische Freikirche, führt dies oft zu Problemen mit ihren Familien. Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren die stärkste Verfolgung aller Christen in den Palästinensergebieten. Im Westjordanland werden sie bedroht und unter Druck gesetzt; in Gaza ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren Glauben unter höchster Geheimhaltung leben müssen. Nichtsdestoweniger wächst die Zahl der Christen muslimischer Herkunft langsam.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Es gibt einige evangelikale Gemeinden im Westjordanland und eine in Gaza. Leiter der traditionellen Kirchen empfinden die evangelikalen Kirchen oft als Bedrohung für ihre Gemeinden. Protestantische Gemeinden sind dafür bekannt, dass sie einen Schwerpunkt auf Evangelisation legen, was ihnen Druck vonseiten der Gesellschaft einbringen kann.

Betroffene Lebensbereiche in Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Palästinensergebiete

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Die durchschnittliche Wertung für Druck auf Christen in den Palästinensergebieten ist von 12,4 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 11,7 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum gesunken. Dies liegt zum Teil auch an einer Verfeinerung der Analyse der Situation von Christen muslimischer Herkunft.

- Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren Druck besonders in den Lebensbereichen „Privatleben“ und „Familienleben“. Am stärksten ist der Druck im Bereich „Familienleben“. Religiöse (wie Verbot der Apostasie) und kulturelle Werte (wie Familienehre) sind miteinander verbunden und schaffen eine Situation, in der es sehr schwierig ist, den Islam zu verlassen.
- Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ ist von 2,2 Punkten auf 1,1 Punkte gesunken. Es gab keine signifikanten Veränderungen der Umstände, es wurden dennoch weniger Fälle von gegen Christen gerichteter Gewalt berichtet.

Privatleben: Sowohl Christen muslimischer Herkunft als auch Christen, die zu einer anderen Kirche wechseln, erleben Druck in diesem Lebensbereich. In Gaza ist die Situation für Christen mit muslimischem Hintergrund sehr gefährlich. Doch auch im Westjordanland können diese Christen ihren Glauben nicht öffentlich leben. Wenn sie in ihrer Umgebung auch nur den Eindruck erwecken, dass sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben könnten, kann dies ernste Konsequenzen für sie haben. Alle anderen Kategorien von Christen haben mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie diesen nicht an Muslime weitergeben. In Gaza ist es für Christen muslimischer Herkunft gefährlich, christliche Symbole wie Kreuze in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Familienleben: Wenn ihr Glaube entdeckt wird, werden Christen muslimischer Herkunft von ihren Familien unter Druck gesetzt. Dies geschieht besonders in Gaza, in geringerem Ausmaß jedoch auch im Westjordanland. Wenn bekannt ist, dass ihre Eltern Christen geworden sind, werden die Kinder von Konvertiten sehr wahrscheinlich schikaniert oder diskriminiert, ebenfalls vor allem in Gaza. Kinder von Christen aus traditionellen Kirchen erleben in Schulen in Gaza zum Teil ebenfalls Diskriminierungen. Bis auf Christen muslimischer Herkunft haben die meisten Christen allgemein die Freiheit, ihre christlichen Überzeugungen im Familienleben zu leben. Wenn jedoch ein christlicher Ehemann und Familienvater zum Islam konvertiert und sich von seiner christlichen Ehefrau scheiden lässt, werden ihre Kinder (wenn sie jünger als 18 Jahre sind) automatisch Muslime. Auch Christinnen, die mit einem Muslim verheiratet sind und dann geschieden werden, wird das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein großer Teil des Familienrechts auf der Scharia beruht, die Christen nicht die gleichen Rechte zugesteht wie Muslimen.

Gesellschaftliches Leben: In Gaza und den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebieten des Westjordanlands steht die gesamte lokale christliche Bevölkerung unter Druck. Hinzu kommt, dass der Nahe Osten generell von politischen Unruhen und dem wachsenden Einfluss eines extremistischen Islam geprägt ist, was sich besonders auch in Gaza zeigt. Christliche Frauen fühlen sich unter Druck gesetzt, sich mehr zu bedecken, beispielsweise durch lange Ärmel in der Öffentlichkeit. Tun sie dies nicht, riskieren sie, belästigt zu werden. Die Zahl der Christen nimmt ab, während der Einfluss des extremistischen Islam zunimmt. Aus Sicherheitsgründen müssen die meisten Christen mit muslimischem Hintergrund ihren neuen Glauben vor ihrer Umgebung geheim halten.

Leben im Staat: Im Westjordanland ist die Religionsfreiheit grundsätzlich gesetzlich geschützt, wogegen die Gesetze in Gaza die Religionsfreiheit eher einschränken. Das palästinensische Grundgesetz – das zurzeit als vorläufige Verfassung fungiert – erklärt den Islam zur offiziellen Religion und die Scharia (die islamische Gesetzgebung) zur Hauptquelle der Rechtsprechung. Die Behörden versagen zum Teil darin, die Rechte von Christen zu schützen, und in einigen Fällen sind Christen, vor allem muslimischer Herkunft, dazu gezwungen zu fliehen, um in Sicherheit leben zu können. In den gesamten Palästinensergebieten werden Christen beim Umgang mit den Behörden zumindest subtil diskriminiert, vor allem in Gaza.

In Gebieten mit einer größeren christlichen Bevölkerung, wie dem Gebiet um Bethlehem, ist dies weniger verbreitet. Dennoch sind Christen selbst an der Regierung beteiligt.

Während des Ramadan ist es gesellschaftlich nicht akzeptabel, tagsüber in der Öffentlichkeit zu essen. Als religiöse Minderheit, die in der mehrheitlich muslimischen Gesellschaft häufig mit dem (christlichen) Westen assoziiert wird, sind Christen besonders vorsichtig darin, ihre Meinung zu äußern, und neigen zur Selbstzensur. Christen muslimischer Herkunft können mit den Behörden nicht offen als Christen interagieren.

Kirchliches Leben: Christen muslimischer Herkunft können sich nicht offiziell als Gemeinde versammeln oder einer bestehenden Kirche anschließen, sowohl in Gaza als auch im Westjordanland. Für nicht-registrierte protestantische Gemeinden ist es im Westjordanland schwierig, eine Baugenehmigung für ein Kirchengebäude zu erhalten. In Gaza ist dies für alle Kategorien von Christen praktisch unmöglich. Christliche Literatur oder Bibeln in das Westjordanland einzuführen, kann Probleme mit sich bringen; in Gaza ist es aufgrund der israelischen Kontrolle und Bürokratie sehr schwierig.

Innerhalb der Palästinensergebiete gibt es in einigen Bereichen Spannungen zwischen verschiedenen Gemeinden. Im 19. und 20. Jahrhundert bestanden diese Spannungen vor allem zwischen der „alten" Griechisch-Orthodoxen und der „neuen" Römisch-Katholischen Kirche. Heutzutage sind Freikirchen die neuen Gemeinden, die von den traditionellen Kirchen misstrauisch betrachtet werden. Dies ist zum Teil durch verschiedene theologische Ansichten bedingt, insbesondere, was den Status Israels betrifft. Traditionelle Kirchen nehmen Mitglieder protestantischer Freikirchen häufig als westlich oder zionistisch wahr und unterstellen ihnen, auf der Seite Israels zu stehen. Leiter aller Denominationen versuchen, ihre Gemeinde zu schützen. So erfahren Christen, die sich einer anderen Denomination anschließen, manchmal Druck von ihrer (Groß)Familie oder ihrem Umfeld.

Auftreten von Gewalt: Der Wert für das „Auftreten von Gewalt" befindet sich auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Berichtszeitraum wurde kein Christ für seinen Glauben verhaftet und nach den Berichten, die Open Doors erhalten hat, wurden weniger Kirchengebäude beschädigt. Ein Christ muslimischer Herkunft wurde in Gaza von seiner Familie körperlich angegriffen und musste sich verstecken. Eine Christin mit muslimischem Hintergrund wurde laut einem Bericht unter Hausarrest gestellt. Dennoch muss bedacht werden, dass nicht jeder Fall von Gewalt berichtet wird, insbesondere, wenn er innerhalb einer Familie geschieht.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Teilweise sehen muslimische Nachbarn auf christliche Mädchen und Frauen herab, weil sie offensichtlich nicht Muslime sind, beispielsweise, weil sie nicht verschleiert sind. Die in der Gesellschaft verbreitete und akzeptierte Praxis der Ehrenmorde lässt Mädchen und Frauen schutzlos zurück. Dies hält beispielsweise muslimische Mädchen davon ab, sich dem christlichen Glauben zuzuwenden, weil sie Angst haben, dass ein Familienmitglied sie töten könnte.

Männer: Diskriminierungen am Arbeitsplatz betreffen zumeist Männer. Da sie zumeist die Versorger der Familie sind, leidet darunter auch die gesamte Familie.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Ohne die Hoffnung auf eine nachhaltige politische Lösung für den Konflikt mit Israel sind erneute Ausbrüche von Unruhen im Nahostkonflikt in Gaza und dem Westjordanland in den kommenden Jahren wahrscheinlich. Unter anderem behindern auch die Spannungen zwischen Hamas und Fatah die Staatenbildung und Reformen. Versöhnungsversuche zwischen den beiden Parteien haben bisher nicht gefruchtet und es gibt keine Garantie dafür, dass das im Oktober 2017 geschlossene Abkommen die Hängepartie beendet. Für Ende 2018 wurden Wahlen in den Palästinensergebieten angekündigt. Sollten sie stattfinden, werden sie die ersten Wahlen seit mehr als zehn Jahren sein und könnten einen Richtungswechsel in der palästinensischen Politik bedeuten. Die Ergebnisse und möglichen Konsequenzen dieser Wahlen sind unvorhersehbar und könnten leicht zu weiteren internen Konflikten und neuen Aufständen gegen Israel führen. Doch die Wahlen wurden im November 2017 angekündigt und könnten in den kommenden Monaten eines stillen Todes sterben, wie schon andere Versuche, Wahlen abzuhalten.

Da der Friedensprozess wahrscheinlich weiterhin stagniert, bleiben die Chancen auf neue Ausbrüche von Gewalt relativ hoch. Der alternde palästinensische Präsident Mahmud Abbas hat laut Berichten mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und es scheint keinen klaren Plan für einen Nachfolger zu geben.

Insbesondere in Gaza gestaltet sich die sozioökonomische Situation sehr schlecht. Die Arbeitslosenquote ist hoch, die Jugendarbeitslosenquote noch höher. Es gibt jeden Tag nur für einige Stunden Elektrizität, und das Gebiet ist überbevölkert. Die kleine christliche Minderheit sieht kaum eine Perspektive für die Zukunft. Die sozioökonomische Situation im Westjordanland ist etwas besser, aber Arbeitslosigkeit ist auch hier ein großes Problem. Die größte Bedrohung für alle Bewohner der Palästinensergebiete ist jedoch die fehlende Hoffnung auf eine politische Lösung für den Konflikt in naher Zukunft. Die derzeitige Situation kann leicht zu neuen Ausbrüchen von Gewalt führen. Dies verschlechtert die Lebensqualität für alle Palästinenser, einschließlich der Christen, was zu einer fortwährenden Auswanderung vieler Christen führt. Laut einigen palästinensischen Christen wird es bereits in einer Generation keine Christen mehr in den Palästinensergebieten geben, sollte sich die Situation nicht bald ändern.

zurück zur Länderübersicht

Mali: Platz 37

Zusammenfassung

Vom wem Verfolgung ausgeht: Obwohl die Menschen in Mali traditionell einer eher gemäßigten Form des Islam folgen, hat in den letzten Jahren besonders im Norden des Landes eine Version des gewaltbereiten und intoleranten Islam an Einfluss zugenommen. Das hat zu einer intensiven Verfolgung von Christen geführt. Militante islamistische Gruppen hatten 2012 mit Unterstützung Al Kaida nahestehenden, ausländischen Dschihadisten weite Teile im Norden des Landes eingenommen. Obwohl diese Gruppen aus den meisten Gebieten wieder verdrängt wurden, ist ihr Einfluss noch immer zu spüren. Zum einen haben sie die Radikalisierung der dort lebenden muslimischen Bevölkerung vorangetrieben, zum anderen stellt ihr fortwährender Aufstand eine Bedrohung für die Christen im Land dar.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Als islamistische Gruppen 2012 weite Teile im Norden Malis unter ihre Kontrolle brachten, brannten sie Kirchen nieder und zwangen Christen zur Flucht. Die Auswirkungen ihrer Vertreibung sowie Verlust ihrer Häuser und Kirchen spüren die Christen noch heute. Obwohl einige von ihnen in den Norden zurückgekehrt sind und Gemeinden Polizeischutz erhalten, leben sie doch mit der ständigen Bedrohung von Angriffen durch Islamisten. Evangelistische Aktionen im Norden sind sehr riskant und können Attacken extremistischer Muslime auslösen. Christliche Missionare in Mali leben ebenfalls in ständiger Gefahr; einige von ihnen wurden bereits durch Dschihadisten entführt. Christen mit muslimischem Hintergrund drohen Gewalt (besonders im Norden) und Druck durch die Familie und Verwandte, sobald ihr Glaubenswechsel entdeckt wird.

Beispiele:

- Am 16. November 2016 haben mutmaßlich Islamisten den stellvertretenden Bürgermeister von Kerana erschossen. Moussa Issah Bary war einer der wenigen Christen aus der mehrheitlich muslimischen Volksgruppe der Fulani, die eine der größten muslimischen Volksgruppen in ganz Westafrika ist.
- Die aus Kolumbien stammende Nonne Gloria Argoti wurde am 7. Februar 2017 in einem südlichen Landesteil entführt, der normalerweise als sicher gilt. Die Kidnapper gehören verschiedenen islamistischen Gruppen an: Ansar Dine, Macina Liberation Front, Al-Mourabitoun und Al-Kaida im Maghreb (AQIM).
- Christen in Timbuktu, Kidal und Gao wurde es nicht gestattet, ihre vor einigen Jahren zerstörten Kirchen wiederaufzubauen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 59 Punkten belegt Mali Platz 37 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018. Im Vorjahr hatte Mali ebenfalls 59 Punkte. Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ hat sich gegenüber dem Vorjahr zwar mehr als verdoppelt, jedoch ist parallel die Punktzahl für den Druck auf Christen zurückgegangen. Dies hat u.a. mit einer verbesserten Analyse zu tun, die nicht länger die geographische Größe einer Region bei der Berechnung zugrunde legt, sondern die Bevölkerung der von Verfolgung betroffenen Region. Da im Norden eine geringere Bevölkerungsdichte herrscht, resultiert daraus eine etwas geringere Punktzahl hinsichtlich Druck auf Christen in den unterschiedlichen Lebensbereichen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Mali galt lange Zeit als typisch westafrikanisches Land mit einem zumeist gemäßigten Islam und einem säkularen politischen System, das politisch-religiöse Parteien verbot, obwohl ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung aus Muslimen besteht. Die Gesellschaft Malis ließ den Christen immer Raum zur Entfaltung. Auch ausländische christliche Missionare konnten im Land arbeiten, obwohl der nördliche Teil des Landes schon immer problematisch für Christen war. Die Situation veränderte sich, als im April 2012 der unabhängige Staat Azawad im Norden Malis ausgerufen wurde. Die Islamisten, die größtenteils Wahhabiten sind, führten sehr bald im Norden das System eines islamischen Staates mit strengen Scharia-Gesetzen ein. Die meisten Christen flohen aus dem Gebiet, bevor es von den Islamisten eingenommen wurde. Während der Besetzung zerstörten diese Kirchen und andere christliche Gebäude. Die Kirche im Süden Malis wurde ebenfalls negativ durch die stärker werdende Präsenz verschiedener wahhabitischer Gruppierungen beeinflusst. Obwohl Rebellen und Regierung einen Friedensvertrag unterzeichnet haben und auch internationale Friedenstruppen vor Ort sind, wird die Tendenz zur islamistischen Radikalisierung in der malischen Bevölkerung anhalten, was den Druck auf die Christen erhöht, aber auch zu gewaltsamen Angriffen auf Kirchen und Christen führt.

Verfolger

Gewaltbereite islamistische Gruppierungen wie Al-Kaida im Maghreb (AQIM) sind am meisten für das Vorantreiben der Verfolgung von Christen verantwortlich. Sie sind überwiegend im Norden des Landes aktiv, führen aber auch im Süden Angriffe und Entführungen durch. Teile der Bevölkerung, die durch die intoleranten Lehren des Wahhabismus radikalisiert wurden, sind ebenso verantwortlich für Verfolgung von Christen, wobei sie besonders gegen Christen muslimischer Herkunft vorgehen. So ist insgesamt festzuhalten, dass islamistische Bewegungen und religiöse Lehrer die Verfolgung in Mali am meisten vorantreiben, und da die Rebellen im Norden mit diesen islamistischen Bewegungen verbunden sind, sind auch sie mitverantwortlich für Verfolgung.

Hintergrund

Mali ist eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt, obwohl es reiche Vorkommen an Gold und Mineralien aufweist. Diese werden allerdings von Unternehmen aus Südafrika und Europa abgebaut. Die wirtschaftliche Entwicklung ist auf Finanzhilfen aus dem Ausland angewiesen, beispielsweise von der Weltbank und weiteren internationalen Geldgebern; auch auf bilaterale Zahlungen durch die Europäische Union, einzelne europäische Länder und die USA. Außerdem ist Frankreich ein starker Wirtschaftspartner Malis und Länder wie beispielsweise China und Länder des Nahen Ostens treiben Handel, bzw. investieren in Mali.

Nach der Machtübernahme der Islamisten im Norden Malis Mitte 2012 intervenierte Frankreich Anfang 2013, um die Souveränität der Regierung in Mali wiederherzustellen. Die Situation der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte ist allerdings weder im Norden noch im Süden des Landes wieder auf dem Stand wie vor 2012. Die Behörden Malis unterzeichneten am 18. Juni 2013 einen Vertrag mit den Tuareg-Rebellen, um die nördlich gelegene Stadt Kidal wieder der malischen Verwaltung und Armee zu unterstellen. Sie war bis dahin von Milizen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA) kontrolliert worden. Allerdings war dies kein umfassender Friedensvertrag, der zur Beendigung der Rebellion geführt hat. Seit Mai 2013 sind die Regionen im Norden wieder unter Kontrolle der Regierung, ausgenommen die Region im Nord-Osten um Kidal.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den militanten Oppositionskräften ist nicht neu. Dabei stellt die MNLA seit jeher die größte Bedrohung für Malis Regierung dar. Sie repräsentiert die seit 2011 für die Unabhängigkeit kämpfenden Milizen der Tuareg, deren Kampf bereits 1916 begann. Seit damals gab es mindestens fünf Aufstände der Tuareg im Norden Malis, sowohl unter französischer Herrschaft, als auch nach der Unabhängigkeit Malis im Jahr 1960. Ziel der Rebellionen war immer ein von der Regierung in der Hauptstadt Bamako unabhängiger Staat namens „Azawad“.

Am 20. Juni 2015 haben die zur Azawad-Bewegung gehörenden Tuareg-Rebellen einem Friedensvertrag zugestimmt, nachdem die Regierung ihren Forderungen nach mehr politischer Mitbestimmung, Einrichtung regionaler Sicherheitsbehörden und verstärkten Investitionen in die Entwicklung der Region Gehör geschenkt hatte. Trotz des Friedensvertrags ist die Sicherheitslage in Mali nicht stabil und gewaltbereite islamistische Gruppierungen führen immer wieder Attacken durch. Im Juni 2017 griffen bewaffnete Männer beispielsweise in Bamako Mali einen von Ausländern frequentierten Erholungsort an und töteten zwei Menschen. Ein Al Kaida Ableger verübte im Januar 2017 ein Selbstmordattentat auf eine Soldatenunterkunft regierungsnaher Truppen im Norden Malis und tötete dabei etwa 50 Soldaten. Diese Vorfälle zeigen, wie bedenklich die Sicherheitslage im Land weiterhin ist. Die islamistischen Gruppierungen verfolgen nicht allein nur Christen und zeigen ihnen gegenüber Feindseligkeit, sondern gleiches gilt auch für Anhänger des Islam, die sich den extremistischen Positionen, wie ihn die Angreifer verbreiten, nicht anschließen wollen.

Außer Christen gehören auch Anhänger von Naturreligionen, sowie traditionelle Glaubensformen der Stammesvölker zu den religiösen Minderheiten. Obwohl solche Glaubensformen historisch betrachtet schon lange neben dem Islam existieren, werden deren Anhänger heute durch das Aufkommen von extremistischen und intoleranten Versionen des Islam insbesondere im Norden des Landes ebenfalls Ziel von gewaltsamen Übergriffen.

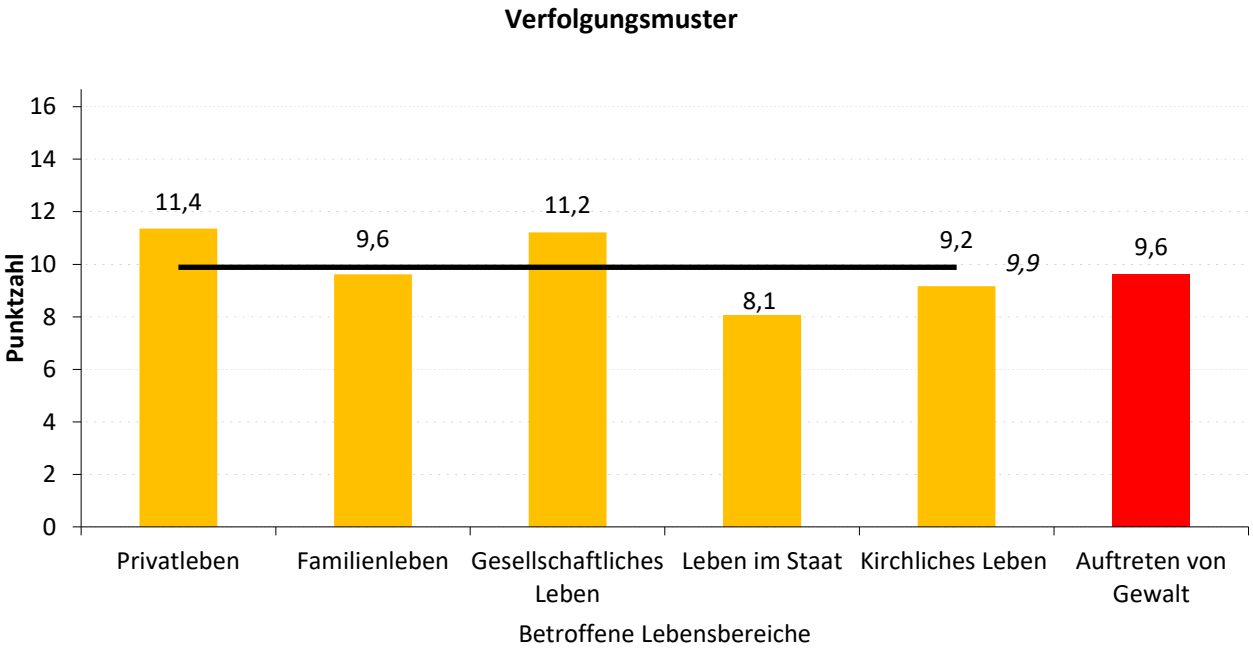
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Sie gehören der römisch-katholischen und unterschiedlichen protestantischen Kirchen an. Knapp 5% der Bevölkerung Malis sind Christen und die wiederum sind mehrheitlich Mitglieder der traditionellen Kirchen. Christen in den südlichen Landesteilen erfreuen sich – verglichen mit dem Norden – einer relativen Glaubensfreiheit. Die Schwere und Intensität der Bedrohung durch Angriffe auf Christen ist im Norden wesentlich höher, doch auch im Süden sind Christen Angriffen und Entführungen ausgesetzt.

Christen muslimischer Herkunft: Unter den Bozo und Dogon in Zentralmali gibt es einige kleinere Gemeinschaften von Christen mit muslimischem Hintergrund, aber auch in anderen Regionen des Landes leben Christen muslimischer Herkunft. Zusätzlich zur Gefahr, die von islamistischen Gruppen ausgeht, werden Konvertiten zum Christentum durch ihre Familien, Verwandten und Nachbarn unter Druck gesetzt, ihrem (neuen) Glauben abzuschwören.

Christen aus protestantischen Freikirchen: In Mali gibt es eine kleine Anzahl von charismatischen und Pfingstgemeinden, die überwiegend im Süden des Landes zu finden sind. Sowohl aufgrund ihrer Art, Gottesdienst zu feiern, als auch wegen des deutlichen Engagements in Bezug auf Evangelisation ziehen diese christlichen Gemeinschaften sehr viel leichter den Zorn und die Feindschaft der Gesellschaft insgesamt auf sich.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mali

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Durchschnittswert für Druck auf Christen in Mali hat gegenüber dem Vorjahr von 11,0 auf 9,2 Punkte abgenommen. Dies hat u.a. mit einer verbesserten Analyse zu tun, die nicht länger die geografische Größe einer Region bei der Berechnung zugrunde legt, sondern die Bevölkerung der von Verfolgung betroffenen Region. Da im Norden eine geringere Bevölkerungsdichte herrscht, resultiert daraus eine etwas geringere Punktzahl hinsichtlich Druck auf Christen in den unterschiedlichen Lebensbereichen. Die Glaubensfreiheit, sowie das Maß an Sicherheit für Christen, hat sich jedoch nicht entscheidend verbessert.
- Am stärksten zeigt sich der Druck im Bereich „Privatleben“, den Christen muslimischer Herkunft in den Teilen des Landes erfahren, wo der Einfluss von Lehrern eines extremistisch ausgerichteten Islam besonders stark ist.
- Der Wert im Bereich „Auftreten von Gewalt“ hat sich von 4,3 Punkten des WVI 2017 auf den hohen Wert 9,6 für den WVI 2018 deutlich verschlechtert. Dies reflektiert die große Bedrohung, die gewaltbereite Gruppen für die Christen in Mali darstellen.

Privatleben: Besonders für Christen muslimischer Herkunft ist es selbst im privaten Bereich schwierig, ihren Glauben zu leben. Ihr Umfeld und die Lebensbedingungen sind so geprägt, dass ein Abweichen von islamischen Traditionen und auch privates Gebetsleben schnell entdeckt und dies Verfolgung nach sich ziehen würde.

Familienleben: Besonders im Norden des Landes ist es sehr wahrscheinlich, dass Angehörige der Großfamilie einen Konvertiten – d.h. einen Christen muslimischer Herkunft – unter Druck setzen werden, seinen Glauben wieder abzulegen. Grund hierfür ist die Befürchtung der Familie, dass die Hinwendung eines Familienmitglieds zum Christentum zur Ausgrenzung der gesamten Großfamilie aus der Gesellschaft führen könnte.

Gesellschaftliches Leben: Wegen des Einflusses islamistischer Gruppen nehmen vor allem im Norden des Landes Christen aus Sorge um ihre Sicherheit deutlich weniger am öffentlichen Leben teil als in der Vergangenheit. Obwohl die extremen islamistischen Gruppen zurückgedrängt wurden, gibt es sie doch noch und die Angst vor einem neuen Aufstand bleibt bestehen. Auch Muslime vor Ort sind oft nicht dafür, dass Christen zurückkehren, denn vielfach wurden deren Häuser und Grundstücke in ihrer Abwesenheit von der muslimischen Bevölkerung in Besitz genommen.

Leben im Staat: Der Druck in diesem Bereich lag im Berichtszeitraum unter dem des Vorjahres. Trotzdem fühlen sich Christen im Norden durch den anhaltenden Einfluss der islamistischen Gruppen bedroht und zeigen christliche Symbole aus Furcht nicht öffentlich.

Kirchliches Leben: Im Süden akzeptiert die Gesellschaft christliche Versammlungen, jedoch fühlen sich einige Christen durch den weiterbestehenden Einfluss islamistischer Bewegungen auch dort bedroht.

Auftreten von Gewalt: Das Ausmaß von Gewalt, besonders gegen Christen im Norden des Landes, ist hoch, was der Anstieg von 4,3 Punkte im WVI 2017 auf 9,6 im WVI 2018 zeigt. Im Norden ist es sowohl Regierung als auch Sicherheitskräften zur Friedenssicherung bislang nicht gelungen, Recht und Ordnung völlig wiederherzustellen und somit die Sicherheit und Freiheit für die Christen zu garantieren. Einige gewaltbereite Islamistengruppen operieren weiter im Norden und haben darüber hinaus auch Attacken in Regionen des Landes durchgeführt, die ansonsten als sicher galten.

Am 16. November haben vermutlich Islamisten den stellvertretenden Bürgermeister von Kerana erschossen. Moussa Issah Bary war Christ und damit einer der wenigen Christen vom Volksstamm der mehrheitlich muslimischen Fulani, die zu den größten muslimischen Volksgruppen im gesamten Westafrika gehören.

Die aus Kolumbien stammende Nonne Gloria Argoti wurde am 7. Februar 2017 in einem südlichen Landesteil entführt, der normalerweise als sicher gilt. Die Kidnapper gehören verschiedenen islamistischen Gruppen an: Ansar Dine, Macina Liberation Front, Al-Mourabitoun und Al-Kaida im Maghreb (AQIM).

Christen in Timbuktu, Kidal und Gao wurde es nicht gestattet, ihre vor einigen Jahren zerstörten Kirchen wiederaufzubauen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Viele christliche Mädchen und Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt, Zwangsheirat sowie Verheiratung von Minderjährigen. Der Zugang zu moderner Erziehung wird ihnen verwehrt. Dies gilt besonders für den Norden Malis. Obwohl die nationale Gesetzgebung Mädchen und Frauen schützt, sind sie durch traditionelle und kulturelle Praktiken und Normen besonders gefährdet, in Form von Verheiratung Minderjähriger, Zwangsverheiratung, Polygamie und Beschneidung der weiblichen Genitalien. Diese Praktiken wirken traumatisierend auch auf Christinnen, die so das Vertrauen in die Obrigkeit des Landes verlieren; zuweilen steht dadurch auch ihr Glaube in Gefahr.

Männer: Junge Männer werden Opfer von Entführungen, Zwangsbekehrung und Verpflichtung zum Dienst in Milizen im Norden des Landes. Dies hat eine zerstörerische Auswirkung auf ihre Familien und christlichen Freunde, auf die solche Praktiken traumatisierend wirken.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Mali hat hauptsächlich mit dem wachsenden Einfluss eines militanten Islam und des Wahhabismus zu kämpfen. Es wird lange dauern, bis sich christliche Gemeinschaften im Norden des Landes wieder etablieren können. Ungeachtet des 2015 unterzeichneten Friedensabkommens sind extremistische Islamisten nach wie vor im Land aktiv und werden auch künftig eine Bedrohung darstellen. Der Friedensvertrag ist sehr zerbrechlich und die Regierung und die Friedenstruppen der UN sind noch immer nicht in der Lage, die Autorität der Regierung in einigen Teilen des Landes wiederaufzurichten. Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung und der Autorität der Regierung im Norden des Landes sind Voraussetzung für die Verbesserung der Situation der Christen in der Region.

Die Situation in Mali darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern als Teil eines Anwachsens des gewaltbereiten Islam und Wahhabismus in der gesamten Region. Deshalb ist die weitere Entwicklung der politischen und Sicherheitssituation in der gesamten Region entscheidend für die Zukunft Malis. Selbst wenn es der Regierung von Mali gelingen sollte, die bewaffneten Gruppierungen wie AQIM und andere zu zerschlagen, so bleibt doch die Radikalisierung der Jugend und großer Anteile der Bevölkerung insgesamt ein schwer zu bewältigendes Problem. Dies wird für die Christen auf Jahre hinaus ein feindseliges Umfeld schaffen.

zurück zur Länderübersicht

Indonesien: Platz 38

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Einige islamische Führer verbreiten Hass gegen Christen und andere religiöse Minderheiten durch ihre Lehren in den Moscheen, aber dies geschieht ebenso in den Massenmedien. Mehrere konservative muslimische Parteien, z.B. die PKS, sind bekannt dafür, ihre Agenda für eine islamische Nation voranzutreiben. Es sind zumeist ihre Vertreter, die hinter dem Entwurf und der Verabschiedung von der Scharia inspirierter Vorschriften stehen, inklusive derer im Bildungssektor. Dennoch sind islamische Interessengruppen wie die FPI noch einflussreicher. Sie können Hunderttausende auf die Straße bringen, zuletzt zu sehen in den großen Demonstrationen (regelmäßig zwischen September 2016 bis Mai 2017) gegen Basuki Tjahaja Purnama, genannt „Ahok", den christlichen Gouverneur von Jakarta, wegen angeblicher Blasphemie. Dies ist auch der Grund, warum die Regierung an sich auf der nationalen Ebene nicht der Verfolger ist, obwohl sie im August 2017 bekanntgegeben hat, die Blasphemiegesetzgebung des Landes zu verschärfen. Die meisten Probleme treten auf einer lokalen Ebene in Konfrontationen mit den islamistischen Interessengruppen auf.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Viele Christen muslimischer Herkunft erleiden Verfolgung durch ihre Familie. Doch die Stärke der Verfolgung ist unterschiedlich. Sie findet größtenteils in Form von Isolation, Beschimpfungen usw. statt. Nur ein kleiner Prozentsatz der Konvertiten erlebt physische Gewalt wegen ihres christlichen Glaubens. Das Ausmaß der Verfolgung hängt auch davon ab, wo dies passiert. Es gibt bestimmte Brennpunkte wie Westjava oder Aceh, in denen islamistische Gruppen stark sind und großen Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausüben.

Sobald festgestellt wird, dass eine Kirche evangelisiert, wie es viele evangelikale und Pfingstgemeinden tun, bekommt sie Probleme mit islamistischen Gruppen. Typischerweise erleben protestantische Freikirchen zudem Schwierigkeiten, wenn sie Genehmigungen für den Bau einer Kirche bekommen wollen. Selbst wenn sie alle rechtlichen Vorgaben erfüllen (inklusive gewonnenen Gerichtsverfahren), werden sie oft von den Behörden ignoriert. Es gab Berichte, dass auch katholische Kirchen Schwierigkeiten hatten, Genehmigungen für Bauten zu bekommen. Insgesamt hat sich die Situation der Christen in den letzten Jahren verschlechtert.

Beispiele:

- Am 13. November 2016 warf ein Angreifer einen Brandsatz auf das Gelände der Oikumene Church in Samarinda, Ost-Kalimantan. Er tötete damit ein zwei Jahre altes Mädchen, drei andere wurden verwundet, alle jünger als 4 Jahre.
- Am 9. Mai 2017 wurde der christliche Gouverneur von Jakarta zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt, auf Grund eines angeblichen Falles von Blasphemie bei einer Rede im September 2016.

- Es gab mehrere Berichte aus unterschiedlichen Teilen des Landes, in denen Personen, die Christen geworden waren, durch ihre Familie eingesperrt wurden und ihnen ihre Mobiltelefone abgenommen wurden. Die meisten werden für einige Wochen isoliert und aus dem Haus geworfen, wenn deutlich wird, dass der Übertritt ernstgemeint ist.
- Kinder von Christen stehen oft Ausgrenzung und Beschimpfungen gegenüber. In einigen Regionen verbieten muslimische Familien ihren Kindern regelmäßig, mit christlichen Kindern zu spielen. Sie werden als Ungläubige bezeichnet und werden immer wieder von islamischen Religionslehrern verhöhnt und gezwungen, in der letzten Reihe des Klassenraumes zu sitzen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Indonesiens Punktzahl im WVI 2018 von 59 Punkten zeigt einen Anstieg von fünf Punkten im Vergleich zum WVI 2017. Der Druck auf Christen hat sich in allen Lebensbereichen erhöht. Dies gilt für alle Kategorien von Christen, was sich wohl am besten in den von islamistischen Gruppen organisierten großen Demonstrationen gegen Basuki Tjahaja Purnama, genannt „Ahok" zeigt, Jakartas christlichen Gouverneur chinesischer Abstammung. Letzterer wurde im Mai 2017 verhaftet und wegen angeblicher Blasphemie zu zwei Jahren Haft verurteilt. Dies schockierte die Christen im Land, die seither noch mehr Angriffen gegenüberstehen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Indonesien ist ein Land, das durch seine Vielfalt gesegnet und gleichzeitig herausgefordert ist. Es hat die größte muslimische Bevölkerung der Welt. Die vorherrschende Art des Islam ist eher tolerant, was den Minderheiten etwas Freiraum gibt (oft als „Islam Nusantara" oder „Insel-Islam" bezeichnet, was sich auf die einmalige Topographie des Landes mit über 17.000 Inseln und seiner Vielfalt bezieht). In Bezug auf die Geographie als auch die Religion des Landes ist Indonesien eines der de-zentralisiertesten Länder der Erde.

Obwohl die Verfassung Indonesiens Religionsfreiheit zusichert, unterstehen verschiedenste Regionen des Landes zahllosen islamischen Zusatzgesetzen, in der Provinz Aceh gilt sogar die Scharia. Islamistische Gruppen haben ihren Einfluss ausgeweitet, was sich im Berichtszeitraum des WVI 2018 zeigte, als die „Hizb-ut Tahrir Indonesia" und die Islamische Verteidigungsfront (FPI) zu Straßenprotesten gegen Ahok aufriefen, den (christlichen) Gouverneur von Jakarta chinesischer Abstammung. Sie schafften es nicht nur, Wähler dazu zu bringen, ihn nicht mehr wiederzuwählen, sondern auch so viel Druck auf die Gerichte und die Gesellschaft auszuüben, dass er zu zwei Jahren Haft wegen angeblicher Blasphemie verurteilt wurde. Diese Organisationen bedienen sich strikter religiöser Auslegungen, um die Einführung der Scharia und die Verletzung der Rechte religiöser Minderheiten zu rechtfertigen. Sie werden von Politikern und ihren Parteien benutzt, um Vorteile zu erlangen, obwohl die Regierung im Mai 2017 entschied, die Hizb-ut Tahrir zu verbieten. Indonesiens Universitäten sind bekannt dafür, dass sie Brutstätten islamistischer Radikalisierung sind. Mehr und mehr Geld aus Saudi-Arabien gelangt ins Land, das zwar für Bildungszwecke genutzt wird, gleichzeitig aber den Effekt hat, dass mit ihm die wahhabitische Ideologie ins Land kommt. Nicht nur Christen leiden unter den islamistischen Gruppen, auch muslimische Minderheiten wie die Ahmadis sind betroffen.

Religiös motivierter Nationalismus: Indonesien ist eines der vielfältigsten Länder in der Welt, sei es im Bereich der Sprache, der Bevölkerung oder der Religion. Ein weiteres Beispiel dafür ist die überwiegend hinduistische Insel Bali. Wird ein Hindu Christ, ist er starkem Druck durch Familie, Freunden und Nachbarn ausgesetzt, wieder zum Glauben seiner Vorväter zurückzukehren.

Verfolger

Die Verfolgung geht von islamistischen Führern aus, die in ihren Lehren in der Moschee und auch in den Massenmedien den Hass gegen Christen schüren. Mehrere konservativ-muslimische Parteien, z.B. die PKS, sind bekannt dafür, ihre Agenda einer islamischen Nation voranzutreiben. Ihre Repräsentanten in der Gesetzgebung stehen oft hinter dem Entwurf und der Verabschiedung von Vorschriften, die durch die Scharia inspiriert sind (auch im Bereich der Bildung), obwohl sie nur einen kleinen Wählerkreis haben. Mehr Einfluss haben islamistische Interessengruppen wie die FPI. Sie können Hunderttausende für Straßendemonstrationen mobilisieren, zudem werden sie von einigen Politikern benutzt, um in Wahlen einen Vorteil zu erlangen. Die Regierung selbst tritt auf der nationalen Ebene nicht als Verfolger in Erscheinung. Die Schwierigkeiten treten auf, wenn es darum, geht, nationale Vorschriften auf lokaler Ebene umzusetzen und wenn es zu Konfrontationen mit den islamistischen Interessengruppen kommt.

Hintergrund

Präsident Joko Widodo, genannt „Jokowi“, sah sich im Berichtszeitraum des WVI 2018 großen Herausforderungen gegenüber. Der Sturz des Gouverneurs von Jakarta (bereits oben erwähnt) war auch ein Warnschuss für Ahoks langjährigen Verbündeten Jokowi und weist auf eine bereits jetzt schon aufgeheizte Atmosphäre vor den Wahlen im Jahr 2019 hin. Während Jokowis Zustimmungswerte mit 60% immer noch erstaunlich hoch sind, wenn man berücksichtigt, dass seine erste Amtszeit als Präsident nun zu Ende geht, dürfte für ihn die größte Herausforderung die abflauende Wirtschaft werden. Aber er wird auch persönlich angegriffen werden, wie sich schon im Juli 2017 zeigte, als sein 22 Jahre alter Sohn wegen Blasphemievorwürfen von der Polizei vorgeladen wurde. Die Tatsache, dass Gouverneur Ahok die erste Runde der Statthalterwahlen in Jakarta gewann, trotz aller Proteste islamistischer Gruppen, zeigt, dass die Menschen genug von der Korruption haben und wollen, dass Politiker den Lebensstandard ihrer Wähler verbessern und nicht ihre eigenen Taschen füllen. Die Person, die ein manipuliertes Video von Ahoks Rede online gestellt und den Aufschrei verursacht hatte, wurde im November 2017 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Indonesien hat immer noch mit der fortgesetzten Bedrohung durch gewaltbereite Islamistengruppen zu kämpfen. Im Juli 2017 tötete ein Bombenanschlag drei Polizeibeamte, weitere Anschläge konnten verhindert werden. Einfach nur extremistische Gruppierungen zu verbieten wird nicht genug sein, besonders da nun Kriegsveteranen von den Schlachtfeldern des „Islamischen Staates“ im Irak und in Syrien zurückkehren, und nicht alle von ihnen werden gleich an den aktuellsten Kampfplatz für islamistische Kämpfer weiterreisen: Marawi auf den Philippinen.

Andere religiöse Gruppen, die ebenfalls unter Verfolgung leiden, sind die muslimischen Minderheiten der Ahmadis und der Schiiten. Auch sie sind in den Fokus der Behörden und islamistischer Gruppen geraten. Angehörige traditioneller einheimischer Religionen wurden bisher nicht von den Behörden anerkannt, dies mag sich aber durch ein Urteil des Verfassungsgerichts ändern (siehe „Leben im Staat“).

Betroffene Kategorien von Christen

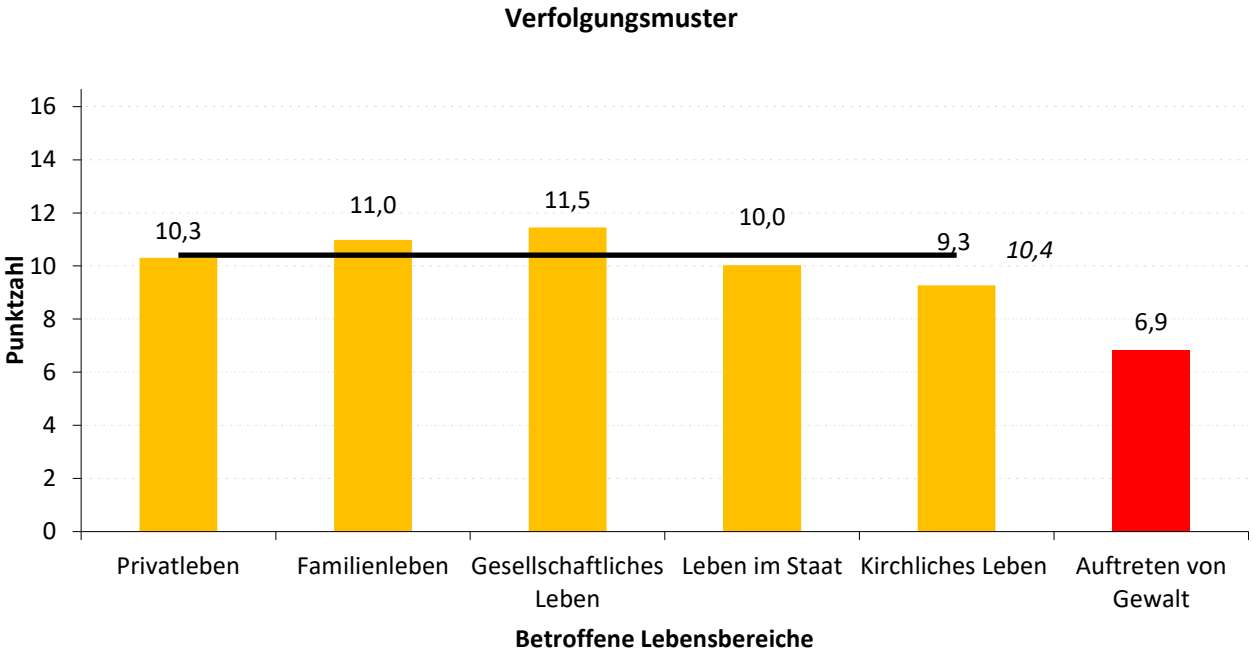
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Diese Gruppen sind üblicherweise nicht von den einheimischen indonesischen Christen getrennt, sondern schließen sich deren Gemeinden an, weshalb sie im WVI keine separate Kategorie bilden.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dies sind zum Beispiel die römisch-katholische Kirche, aber auch die Kirchen verschiedener Ethnien (wie die Batak Christian Protestant Church). Sie werden überwacht und erfahren Verfolgung, sobald festgestellt wird, dass sie wachsen. Die traditionellen Kirchen in den ärmeren Regionen wie Papua, East Nusa Tenggara und Mentawai sehen sich aggressiven Islamisierungsversuchen ausgesetzt, besonders unter Kindern, da die islamischen Missionierungsbemühungen sich verstärken.

Christliche Konvertiten: Christliche Konvertiten sind meist muslimischer Herkunft (aber nicht ausschließlich) und stehen der schwersten Verfolgung gegenüber, besonders in den Brennpunkten. Dort werden sie genauestens überwacht und versuchen, sich unbemerkt in die dortige Gesellschaft einzufügen. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, werden sie unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Der Druck kommt von Familie, Freunden und lokalen Behörden. Ein weiterer Verfolger sind islamistische Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Die bedeutendsten Gemeinden dieser Kategorie sind Baptisten, evangelikale und Pfingstgemeinden. Sie machen sich durch ihre oftmals leidenschaftliche Verkündigung der christlichen Botschaft verdächtig, was dazu führt, dass sie zum Ziel sowohl für die Menschen im Umfeld als auch von islamistischen Gruppen werden. Eine Kirche zu bauen oder zu renovieren kann mit vielen Schwierigkeiten behaftet sein – die Behörden müssen eine Genehmigung ausstellen und islamistische Gruppen sowie Nachbarn werden oft versuchen, die Bauarbeiten zu behindern (auch katholische Kirchen können die gleichen Probleme hinsichtlich der Baugenehmigungen bekommen).

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Indonesien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Insgesamt hat sich der Druck auf Christen in Indonesien in allen Lebensbereichen erhöht, was dazu führt, dass sich der durchschnittliche Druck auf einem hohen Niveau bewegt. Der Punktwert stieg von 9,6 im WVI 2017 auf 10,4 Punkte im WVI 2018 an (verglichen mit dem WVI 2017 stieg der Druck am meisten im Bereich des Familienlebens, dicht gefolgt vom Druck im Leben im Staat).
- Am höchsten ist der Druck im gesellschaftlichen Leben und im Familienleben, gefolgt vom Privatleben. Dieses Muster ist typisch für eine Situation, in der Christen muslimischer Herkunft die meiste Verfolgung zu ertragen haben. Der Anstieg der Punktzahl im Bereich „Leben im Staat“ (von 8,9 Punkten im WVI 2017 auf 10,0) spiegelt sowohl den wachsenden Einfluss der islamistischen Gruppen in der Politik wider, als auch die striktere Umsetzung der Blasphemiegesetzgebung gegen einen prominenten Politiker und Christen.
- Die Punktzahl für physische Gewalt gegen Christen blieb auf dem gleichen Wert wie im WVI 2017, allerdings begann der Berichtszeitraum des WVI 2018 mit einem Anschlag auf eine Kirche in Samarinda, bei dem ein zweijähriges Kind getötet wurde. Darüber hinaus wurden andere Kirchen geschlossen, beschädigt oder zerstört.

Privatleben: Während Christen aus traditionellen Kirchen angstfrei ihr Leben als Christen führen können, ist die Situation von Christen muslimischer Herkunft eine ganz andere. Sie müssen jederzeit vorsichtig sein, wie sie Gottesdienst feiern, besonders, wenn sie der einzige Christ in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Literatur müssen sorgfältig versteckt werden und sie können nur heimlich gelesen werden, um Konflikte zu vermeiden.

Gemeinschaft mit anderen Christen kann unter diesen Umständen schwierig werden, da sie sich und Menschen in ihrem Umfeld in Gefahr bringen. In den Städten oder christlichen Enklaven ist die Situation eine andere. Andererseits stehen in den Brennpunkten Indonesiens auch andere Christen Beschränkungen beim Feiern von Gottesdiensten und dem Leben ihres Glaubens gegenüber. In diesen Gebieten werden Christen und bekannte Konvertiten streng überwacht, letztere werden unter Hausarrest gestellt und körperlich wie psychisch misshandelt. Dies geschieht am häufigsten in den Brennpunkten wie Aceh, Ostjava, Banten, Westjava und Westsumatra.

Familienleben: Konvertiten zum christlichen Glauben müssen üblicherweise ihre Kinder als zur Mehrheitsreligion zugehörig anmelden. Ihre Religionszugehörigkeit zu ändern wirft oft Fragen auf, verursacht Verdächtigungen und Druck des Umfelds und hin und wieder auch der lokalen Behörden. Zudem werden sie so den Behörden und den erstarkenden islamistischen Gruppen bekannt. Wenn ein Glaubenswechsel entdeckt wird, wird der Konvertit mit Scheidung oder dem Verlust des Erbes bedroht, was auch Christen hinduistischer Herkunft widerfährt. Eine Taufe, eine Hochzeit oder eine Beerdigung zu organisieren kann in den Brennpunkten besonders für Konvertiten schwierig bis unmöglich werden. Christen, die in christlichen Enklaven oder den großen Städten leben, können für ihre Kinder eine christliche Bildung bekommen. Allerdings gibt es in den Provinzen, in denen Christen die Minderheit stellen, mehr Probleme. Kinder von Christen werden generell gezwungen, den Islamunterricht zu besuchen und werden in diesem Fach auch geprüft; dies liegt zum Teil auch an einem Mangel an christlichen Lehrern. Christliche Schüler und Studenten werden regelmäßig benachteiligt. Viele muslimische Familien verbieten ihren Kindern, mit christlichen Kindern zu spielen. Konvertiten können von ihren Familien isoliert und sogar von ihnen verstoßen werden.

Gesellschaftliches Leben: Menschen, die Christen werden, können einem starken Druck von Familie, Freunden und Nachbarn ausgesetzt sein, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, obwohl der Glaubenswechsel vom Gesetz her nicht verboten ist. Hauptsächlich in Regionen wie Aceh und anderen Brennpunkten erleben Christen sowohl in ihrem privaten als auch im geschäftlichen Leben Diskriminierung und werden bedrängt, den Regeln der Scharia zu folgen. In diesen Regionen werden die Aktivitäten von Christen durch Nachbarn und islamistische Gruppen streng überwacht. In manchen Teilen Indonesiens errichten Bauunternehmer Wohnkomplexe nur für muslimische Bewohner und Nichtmuslimen ist es verboten, ein Haus oder eine Wohnung in diesem Komplex zu kaufen. 2017 erreichten uns Berichte, wonach Ärzte christliche Patienten nicht anfassen wollten und keine Hausbesuche bei christlichen Dorfbewohnern machen wollten, da es für Muslime als verboten (haram) gelte, Christen zu berühren. Kinder christlicher Eltern erleben Diskriminierung durch Eltern und Mitschüler, ihnen werden Stipendien verweigert und sie erhalten im Religionsunterricht schlechtere Noten. Dies geschieht, um diese Schüler davon abzuhalten, die Mindestvoraussetzungen zu erfüllen, um Beamte im öffentlichen Dienst zu werden. Daher gelangen auch nur wenige Christen in den öffentlichen Dienst und viele erleben Diskriminierung in ihrem beruflichen Leben. Viele Kirchen in Indonesien werden gezwungen, „uang keamanan“ (Schutzgeld) an radikale Gruppen zu bezahlen, damit sie sonntags Gottesdienste feiern können.

Leben im Staat: Die Verfassung schränkt die Freiheit von Christen nicht ein; aber sie erkennt nur sechs Glaubensrichtungen an: Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und den Konfuzianismus. Dennoch machte das Verfassungsgericht in einem Urteil vom 7. November 2017 klar, dass alle Religionen gleichwertig behandelt werden müssen, die traditionellen einheimischen Stammesreligionen mit eingeschlossen. Die Gesetzgebung auf der lokalen Ebene schränkt aber die Religionsfreiheit weiter ein.

Die Einstellung gegenüber Christen ist zumeist negativ und selbst in den toleranteren Städten wie Jakarta werden Beamte des öffentlichen Dienstes wegen ihres Glaubens diskriminiert. Christliche Organisationen können frei gegründet werden, aber manche islamischen Organisationen fördern negative Presse über sie. Obwohl das Land über eine freie und vielfältige Medienlandschaft verfügt, starteten mehrere islamische Medien Schmutzkampagnen und verbreiteten Angst und Hass gegen Christen. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne gegen Chinesen. Dies zeigte sich als sehr erfolgreich gegen den ethnisch chinesischstämmigen Gouverneur von Jakarta: Er landete im Gefängnis und die Kampagne veranlasste die Regierung sogar dazu, die Ausweitung eines neuen Entwurfes des Blasphemiegesetzes vorzuschlagen. Dies führte bei Christen zu Fragen: Wenn schon ein solch hochrangiger und gut vernetzter Politiker wie Ahok solch falschen Anschuldigungen nicht entkommen kann, wie soll es erst dem Durchschnittschristen gehen?

Kirchliches Leben: Kirchen stehen massiven Problemen bei der Registrierung von Gemeinden und dem Bau von Kirchengebäuden gegenüber. Basierend auf einem gemeinsamen Erlass der Minister vom Jahr 2006 können Kirchen nur aktiv werden, wenn 1.) ihre Versammlung mindestens 90 Mitglieder hat, 2.) sie die Zustimmung von 60 Nachbarn eines anderen Glaubens hat und 3.) die Erlaubnis sowohl des Leiters des Regierungsbezirks (der Verwaltungseinheit unterhalb einer Provinz) als auch des Forums zur Harmonie der Religionen bekommen hat. Viele Kirchen haben Schwierigkeiten, diese Genehmigung zu erhalten, selbst wenn sie alle anderen Voraussetzungen erfüllen. Und wenn es ihnen gelingen sollte, die Genehmigung zu erhalten, gibt es keine Garantie dafür, dass die Regierung oder die lokale Polizeibehörde sie schützen werden. In einem Fall stellte eine Gemeinde den Antrag vor fünf Jahren und erhielt nie eine Antwort der Behörden. In anderen Fällen blockierten radikale Gruppierungen einfach den Eingang der Kirchengebäude und behinderten den Zutritt. Einer Untersuchung der nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) zufolge haben 85% der religiösen Gebäude keine richtige Zulassung, besonders in den ländlichen Gebieten. Dies beinhaltet Moscheen, Kirchen und religiöse Gebäude anderer Religionen. Bevor eine Kirche gebaut werden kann, verlangt die Lokalregierung von Aceh 150 Unterschriften von Nachbarn eines anderen Glaubens. In der Provinz Banten wurde ein provinzieller Erlass durch den Gouverneur ausgestellt, der die Anwesenheit von Kirchen verbietet und fordert, dass christliche Treffen nur in der Hauptstadt Serang stattfinden dürfen. Allgemein ist es kein Problem, christliche Literatur und Bibeln herzustellen und zu verbreiten, aber es gibt in den Brennpunkten Ausnahmen, wo die Verteilung von Bibeln an Nichtchristen als Missionierung verstanden werden kann.

Auftreten von Gewalt: Der Berichtszeitraum des WVI 2018 begann traurigerweise mit dem Anschlag am 13. November 2016 auf eine Kirche in Samarinda, bei dem ein zweijähriges Kleinkind getötet und drei andere Kinder verletzt wurden. Im Mai 2017 wurde Ahok, Jakartas christlicher Gouverneur chinesischer Herkunft, verhaftet und zu zwei Jahren Haft wegen angeblicher Blasphemie verurteilt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Indonesien stehen sehr interessante und vielleicht entscheidende Zeiten bevor. Die Tatsache, dass ethnische und religiöse Zugehörigkeiten für politische Vorteile benutzt wurden, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, hat viele Indonesier schockiert und dem internationalen Ansehen Indonesiens als ein Land geschadet, das sich um eine tolerante Form des Islam bemüht. Zudem gibt es noch mehr besorgniserregende Anzeichen.

Propaganda des „Islamischen Staates“ (IS) wurde bei Schulkindern gefunden, so werden sie schon früh indoktriniert. Der staatliche „Saudi Fund for Development“ wird 14 Milliarden US-Dollar an sozialer Hilfe (u.a. Gelder für Firmen, Bildung und Religion) in Indonesien ausschütten, dadurch wird sich der intolerante und radikale wahhabitische Islam auf der Insel weiter ausbreiten. Im August 2017 rief der neu gewählte Gouverneur von Jakarta, Anies Rasyid Baswedan, die islamistische Gruppierung FPI nur dazu auf, die religiöse und kulturelle Vielfalt zu schützen, was es schwer macht zu glauben, dass islamistische Gruppierungen in irgendeiner Weise beschränkt werden. Dies gilt, obwohl mindestens einer der Leiter derzeit in einem potentiellen Skandal verwickelt ist: FPI-Führer Rizieq Shihab, der in Saudi-Arabien studierte und unlängst dorthin reiste, wurde vorgeworfen, in einen Fall von Pornografie verwickelt zu sein. Indonesiens größte islamische Organisation, Nadhlatul Ulama (NU), ist in einen Konflikt über ihre theologische Ausrichtung verwickelt. Viele jüngere islamische Geistliche sehen die relativ liberale Form des Islam Nusantara („Insel-Islam“) als nicht kompatibel mit der klassischen islamischen Theologie und ihren Lehren an. Mehrere dieser jungen Geistlichen haben nun eine Gruppe innerhalb der NU gegründet, die sich selbst der „Wahre Weg“ nennt. All dies zeigt, dass in Indonesien sowohl Islamische Unterdrückung als auch Organisiertes Verbrechen und Korruption stärker werden.

Obwohl Präsident Jokowi für seine Entschlossenheit gefeiert wurde, in die Entwicklung des ganzen Landes zu investieren (und nicht nur in den Westen, sondern auch in den als unterentwickelt bezeichneten Osten wie Papua), ist er leider sehr still, was religiöse Themen angeht. Einige Beobachter meinen, er wolle auf Nummer Sicher gehen, da er schnell zu einem Ziel für die gleichen politischen Gegner werden kann, die Ahok gestürzt haben. Mit Blick auf die wachsende Kluft zwischen islamistischen Gruppen, der moderaten muslimischen Mehrheit und religiösen Minderheiten in der Gesellschaft hat die Regierung Medienkampagnen zum Thema „Ein Indonesien“ gestartet, und damit den alten Nationalslogan der Einheit-in-Verschiedenheit wiederbelebt. Der Erfolg dieser Kampagnen an der Basis ist höchst fraglich: Der neu gewählte Gouverneur von Jakarta zum Beispiel widersprach diesem Versuch offenbar, indem er in seiner Antrittsrede sagte: „Wir Indigenen wurden unterdrückt, zur Seite gedrängt. Nun ist es an der Zeit für uns, die Herren in unserem Land Indonesien zu werden.“ Gleichzeitig wurden die Ergebnisse einer Befragung aus dem Oktober 2017 unter Universitätsstudenten und Highschool-Schülern veröffentlicht, in der rund ein Viertel der Befragten zustimmten, dass die Ideologie des „Islamischen Staates“ würdig sei, dafür zu kämpfen, und dass ein Kalifat das bevorzugte Staatssystem sei. Dies alles zeigt, dass Indonesien in der Gefahr steht, seinen Ruf zu verlieren, einer toleranten Form des Islam zu folgen. Vor dem Hintergrund, dass 2018 und 2019 große Wahlen anstehen, bleibt abzuwarten, ob die Politiker der Versuchung widerstehen können, sich islamistischer Extremisten zu bedienen, um ihre Wählerbasis zu erweitern. Moderate muslimische Organisationen wie Nadhlatul Ulama oder Muhammadiyah müssen zudem aktiver werden.

zurück zur Länderübersicht

Mexiko: Platz 39

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Es gibt verschiedene Formen von Verfolgung in Mexiko und der Mangel an Schutz für Christen resultiert aus der starken Korruption in allen Ebenen der Regierung. Die gewalttätigste Dimension der Verfolgung sind Angriffe von kriminellen Gruppen gegen Priester und Pastoren. Stammesführer sind ebenso für Angriffe auf Christen, besonders Konvertiten, verantwortlich. Zudem ist die säkulare Ideologie in der Gesellschaft dominanter geworden, indem ideologische Interessensvertretungen (wie die LGBTI-Bewegung) an Einfluss gewonnen haben. Diese Bewegungen versuchen, religiöse Äußerungen aus dem öffentlichen Leben zu drängen, besonders bei den Themen Familie und Schutz des ungeborenen Lebens. Auf der anderen Seite genießt die römisch-katholische Kirche immer noch bestimmte Privilegien und dies schafft Situationen des Konflikts und des Nachteils für andere christliche Bewegungen, besonders neuere Bewegungen wie die Pfingstgemeinden oder die katholische Erneuerungsbewegung.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Kirchen sind durch Verfolgung betroffen, aber nicht alle erleben die gleiche Art und Intensität der Verfolgung. Säkulare Intoleranz beispielsweise betrifft alle Christen und diejenigen, die ihre christlichen Überzeugungen in öffentlichen Debatten vertreten, sind häufig Opfer von Schikane, Kritik und Gespött. Anderswo geraten Kirchen ins Fadenkreuz, die in Gebieten aktiv sind, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden. Hier greifen kriminelle Gruppen Kirchen an, sprechen Todesdrohungen aus und ermorden christliche Leiter mit dem Ziel, Christen einzuschüchtern oder zum Schweigen zu bringen. Diese Angriffe erfolgen, wenn christliche Dienste als Bedrohung ihrer Ziele wahrgenommen werden. Eine ganz andere Situation erleben christliche Konvertiten aus Stammesgemeinschaften, in denen es nicht ungewöhnlich ist, dass christliche Familien dafür bestraft werden, die Stammesgewohnheiten aufzugeben und daher aus ihren Häusern vertrieben werden. Nicht zuletzt sind christliche Denominationen außerhalb der katholischen Kirche betroffen, da sie nicht die gleichen Privilegien genießen und ihnen dadurch gezeigt wird, wie unterlegen sie sind.

Beispiele:

- Im Jahr 2017 sahen sich Mitglieder der einheimischen Gemeinschaften aus Chiapas und Jalisco, die zum evangelischen Glauben gewechselt waren, wirtschaftlichen Sanktionen, der Verweigerung des Zugangs zu Basisdienstleistungen und des Ausschlusses aus der Gemeinschaft ausgesetzt. In einigen Fällen wurden Christen ohne Grund eingesperrt und litten unter psychischer Misshandlung.
- Einem Bericht vom 6. Juli 2017 zufolge wurde ein römisch-katholischer Priester in einer Kirche der Kommune von Los Reyes La Paz, Bundesstaat Mexiko, ermordet. 18 Priester wurden seit dem Amtsantritt von Präsident Enrique Peña Nieto im Jahr 2012 ermordet. Der katholischen Hilfsorganisation „Kirche in Not“ zufolge steht Mexiko im sechsten Jahr in Folge auf Platz eins der Länder mit den meisten Angriffen auf römisch-katholische Priester, mit den meisten Toten dort, wo Priester in den Gegenden des Drogenschmuggels arbeiten.

- Im Juni 2017 verkündete der „Mexican National Council for the Prevention of Discrimination“ (CONAPRED) offiziell, dass Umorientierungstherapien, die für Homosexuelle angeboten werden (z.B. durch die christliche Organisation Exodus Latin America) eine Form der Gewalt und Diskriminierung gegenüber der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität darstellten. Dieses Urteil hindert christliche Eltern daran, auf solche Therapien zurückzugreifen, um ihren Kindern zu helfen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2018 für Mexiko beträgt 59, ein Anstieg um zwei Punkte gegenüber dem Weltverfolgungsindex von 2017. Dieser Anstieg kann mit einem Anstieg der Intensität und der Häufigkeit der Verfolgung von Christen in den Stammesgemeinschaften erklärt werden, sowie einer tieferen Analyse der Faktoren, die mit der säkularen Intoleranz in Verbindung stehen.

Triebkräfte der Verfolgung

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Stammesbevölkerung repräsentiert ungefähr 21,5 % der mexikanischen Bevölkerung und ist größtenteils in ländlichen Gebieten entlang der südlichen Grenze des Landes (Oaxaca, Yucatan and Chiapas) sowie den Gebieten im mittleren Westen (Hidalgo, Guerrero, Puebla and Jalisco) angesiedelt. Diese Gemeinschaften unterstehen traditionellen Stammesgesetzen und -gebräuchen, daher ist die Einmischung des Staates minimal. Stammesführer versuchen, einen bestimmten Lebensstil gemäß den Gebräuchen ihrer Vorfahren zu erzwingen, bei dem oft alter einheimischer Glaube mit Einflüssen aus dem Katholizismus vermischt ist. An Stellen, an denen die Stammesgebräuche und diese Vermischung abgelehnt werden (z.B. durch evangelische Christen), folgt die Bestrafung auf dem Fuße, da eine solche Zurückweisung als ernsthafter Angriff auf die Weltsicht und das Wohlergehen der Gemeinschaft gewertet wird. Wenn sich ein Mitglied einer solchen Gemeinschaft entscheidet Christ zu werden (üblicherweise evangelischer Christ), beginnen die lokalen Autoritäten damit, diesen Konvertiten dazu zu drängen, seinen neuen Glauben zu widerrufen und bauen Druck auf ihn auf, indem sie ihn mit Geldstrafen belegen, ihn isolieren oder seine Familie von der Nutzung gemeinsamer Dienstleistungen auszuschließen. Viele werden wegen ihres Glaubens eingesperrt und bis zum Tode geschlagen. Die Behörden der Regierung mischen sich in diese Fälle nicht ein, da sie diese einfach als Unstimmigkeiten zwischen Mitgliedern der Stammesgemeinschaften betrachten und nicht als ernsthafte Verletzung der Menschenrechte.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Kriminalität und Korruption sind die größten Probleme in Mexiko. Mit ihrem Anwachsen haben die Ineffizienz und die Unzulänglichkeit der staatlichen Aktivitäten ebenfalls zugenommen. In dem damit einhergehenden Klima der Straflosigkeit gibt es noch weniger Schutz für die Bürger. Die Gewalt der kriminellen Gruppen betrifft hauptsächlich praktizierende Christen, die eine Bedrohung für das von den kriminellen Banden hervorgerufene Chaos und Anarchie darstellen, besonders in den sogenannten "Narco-States" (den Bundesstaaten, die von den Drogenkartellen beherrscht werden).

Regelmäßig gibt es Fälle von Erpressung, auch von Pastoren und Priestern. Auch werden regelmäßig Drohungen gegen Kirchen ausgesprochen, damit sie ihre Gottesdienste einstellen und aufhören, sich zu engagieren. Ganz besonders, wenn sie versuchen, junge Menschen mit dem Evangelium zu erreichen, Rehabilitationsprogramme für Drogenabhängige einrichten oder Leuten die christliche Botschaft weitergeben, die mit dem Drogenhandel in Verbindung standen (oder immer noch stehen). Von diesen Drohungen sind nicht nur christliche Leiter betroffen. Andere Christen können ebenfalls Opfer von Angriffen werden (entweder gegen sie oder ihr Eigentum), wenn sie ihren Glauben offen leben. Selbst die Gefahr, entführt zu werden erhöht sich schlicht durch die Teilnahme an Gottesdiensten. Junge Christen stehen in der besonderen Gefahr, durch Banden rekrutiert zu werden. Außerdem gibt es eine weitverbreitete und ausgefeilte Überwachung der Aktivitäten der Gemeinden durch Drogenkartelle.

Säkulare Intoleranz: Der internationale Druck auf Mexiko (besonders durch die UN und die Organisation Amerikanischer Staaten OAS), den christlichen Einfluss aus der öffentlichen Politik zu entfernen, hat sich nicht verringert, sondern im Gegenteil hat er während der Regierung von Präsident Peña Nieto an Boden gewonnen. Seit 2012 sind Gesetzesvorhaben und Vorschriften zur Verbreitung liberaler Ideologien im Land angeregt worden, sogar gegen den Willen der Bürger, insbesondere bei Themen in Verbindung des Schutzes ungeborenen Lebens und der Familie. Diese Situation betrifft besonders Christen, die bei dem Versuch, ihre religiösen Überzeugungen und ihren Glauben zu verteidigen, ausgelacht, verleumdet und öffentlich attackiert werden. Jede Form von Religionsausübung im öffentlichen Raum wird als Angriff auf die Prinzipien des Säkularismus (Trennung von Kirche und Staat) gewertet, dadurch wird die Religion auf das Privatleben beschränkt. Diese Sicht auf den Säkularismus ist weit verbreitet und die Kritik an öffentlichen glaubensbedingten Aktivitäten (wie Prozessionen oder Demonstrationen, die durch religiöse Gruppen organisiert werden und politische Aussagen von christlichen Leitern) wächst, besonders wenn sie sich auf die Politik beziehen (z.B. wenn ein Christ Teil einer Regierungsbehörde wird).

Verfolger

Ethnisch begründete Anfeindungen: Stammesführer und religiöse Führer der Indigenen lehnen jede Form von religiösem Ausdruck ab, der den alten Gebräuchen der Gemeinschaft widerspricht, da dies als Affront gegen die gesamte Stammesgemeinschaft gewertet wird. Einige indigene Religionsgruppen reagieren daher mit Gewalt gegen Christen. Diese Einstellung führt dazu, dass auch andere Mitglieder der Gemeinschaft und die eigene (erweiterte) Familie sich von christlichen Praktiken abwenden und sie ablehnen, gemäß ihren Verpflichtungen gegenüber ihrer ethnischen Gruppe und in der Gefahr, sonst mit Geldstrafen belegt oder strafrechtlich verfolgt zu werden. So werden die Rechte der christlichen Bevölkerung verletzt, durch ein fehlendes Handeln der Regierung und einer Missinterpretation von "indigener Autonomie".

Säkulare Intoleranz: Die säkulare Ideologie in der Gesellschaft wurde stark durch ideologische Interessenverbände (wie die LGBTI Bewegung) beeinflusst und wurde in der Praxis durch die Regierung selbst (durch Parteien, die sich eindeutig mit diesen ideologischen Gruppen identifizieren) umgesetzt und sind auch ein Resultat des Einflusses multilateraler Organisationen. Alle diese Akteure versuchen, christliche Werte aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, insbesondere bei den Themen Ehe, Familie und Schutz des ungeborenen Lebens.

Da religiöse Handlungen mittlerweile als etwas Persönliches und Spirituelles (in der Art des New Age) gesehen werden, hat sich die ehemals positive Einstellung der Gesellschaft gegenüber dem christlichen Glauben in eine Haltung der Gleichgültigkeit und Ablehnung gewandelt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Die brutalste Form der Verfolgung zeigt sich bei den Angriffen krimineller Gruppen gegen Kirchenleiter. In vielen Fällen sind Regierungsbeamte direkt an der Schikane von Christen beteiligt. Durch diese Zusammenarbeit ermöglichen sie Straflosigkeit für Vergehen und Verbrechen gegen Christen. Zudem ist die Angst vor Vergeltungsmaßnahmen eine Brutstätte für Straflosigkeit, begründet in der hohen Korruption im Land (angeführt von einem Großteil der politischen Parteien). Diese Angst motiviert die Gesellschaft und die eigene (erweiterte) Familie dazu, indirekt Komplizen der Mafia zu werden: Sie werden gezwungen mit kriminellen Netzwerken zusammenzuarbeiten, indem sie christliche Aktivitäten überwachen oder schweigen, wenn es zu Gewalt kommt. Einige kriminelle Gruppen stehen mit dem "Santeria" Kult in Verbindung, der sich ebenfalls gegen den christlichen Glauben stellt.

Hintergrund

Die neuere Geschichte Mexikos zeigt ein Land, dessen Demokratie durch den Legitimitätsverlust seiner Regierungsstellen geschwächt wurde, mit fehlender Sicherheit, einer scheiternden Wirtschaft, ein Wachstum an organisierter Kriminalität und fehlendem Zugang zu Sozialleistungen und Gerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund haben christliche Leiter eine einflussreiche Rolle in der Gesellschaft übernommen.

Im Jahr 2012 bedeutete der Beginn der Regierungszeit von Präsident Enrique Peña Nieto die Rückkehr der Institutional Revolutionary Party (PRI) an die Macht. Allerdings verliert diese Partei jetzt an Unterstützung, wie die Wahlergebnisse der Jahre 2016 und 2017 zeigen. Die Regierung von Präsident Peña Nieto hat viel an Macht verloren und nur wenig Spielraum, die Probleme des Landes anzugehen, von den Korruptions- und Geldwäscheskandalen ganz zu schweigen, in die Familien von Regierungsmitgliedern verwickelt sind. Dies hat zu einem generellen Misstrauen gegenüber der Politik und öffentlichen Institutionen geführt und das Vertrauen in christlicher Leiter gestärkt, die eher zur konservativen Seite zählen.

Die Gewalt durch kriminelle Gruppen hat zugenommen (besonders in den Grenzgegenden, wo der Drogenmissbrauch vorherrscht). Dem Armed Conflict Survey 2017 zufolge ist Mexiko (nach Syrien) das Land mit den meisten Morden und ist bekannt für Menschenhandel, Erpressung und Entführungen. Diese Gewalt ist der Hauptgrund für die Binnenflucht der Menschen, aber sie ist nicht der einzige Faktor. Der Anstieg von Arbeitslosigkeit und die hohe Armutsrate haben viele mexikanische Familien dazu gezwungen, in anderen Gegenden der Republik mit größerer wirtschaftlicher und sozialer Stabilität nach Chancen zu suchen.

In den letzten Monaten ist die Wirtschaft des Landes eingebrochen. Im Januar 2017 stand der mexikanische Peso bei 21,75 USD. Donald Trump verkündete im Wahlkampf restriktive Maßnahmen im Handel mit Mexiko sowie eine aggressivere Kontrolle bei der Einwanderung. Dies verursachte eine Panik bei Investoren, was einen Niedergang der nationalen Wirtschaft mit sich brachte.

Die Situation der schlechten Regierungsführung betrifft das Leben aller Mexikaner. Die Ungleichheit innerhalb der mexikanischen Bevölkerung hat sich erhöht, was sowohl eine fehlende Politik als auch die große Hingabe der Kirchen in ihrer Berufung zur Versorgung der Armen unterstreicht. Dies resultierte in regelmäßigen Angriffen gegen Kirchenmitglieder, einhergehend mit Straffreiheit (durch die Regierung) gegenüber den Tätern.

Christen sind nicht die einzige religiöse Gruppe, die Intoleranz gegenübersteht. Die Feindseligkeiten gegen Gruppen wie die Zeugen Jehovas und die Mormonen hat ebenfalls zugenommen.

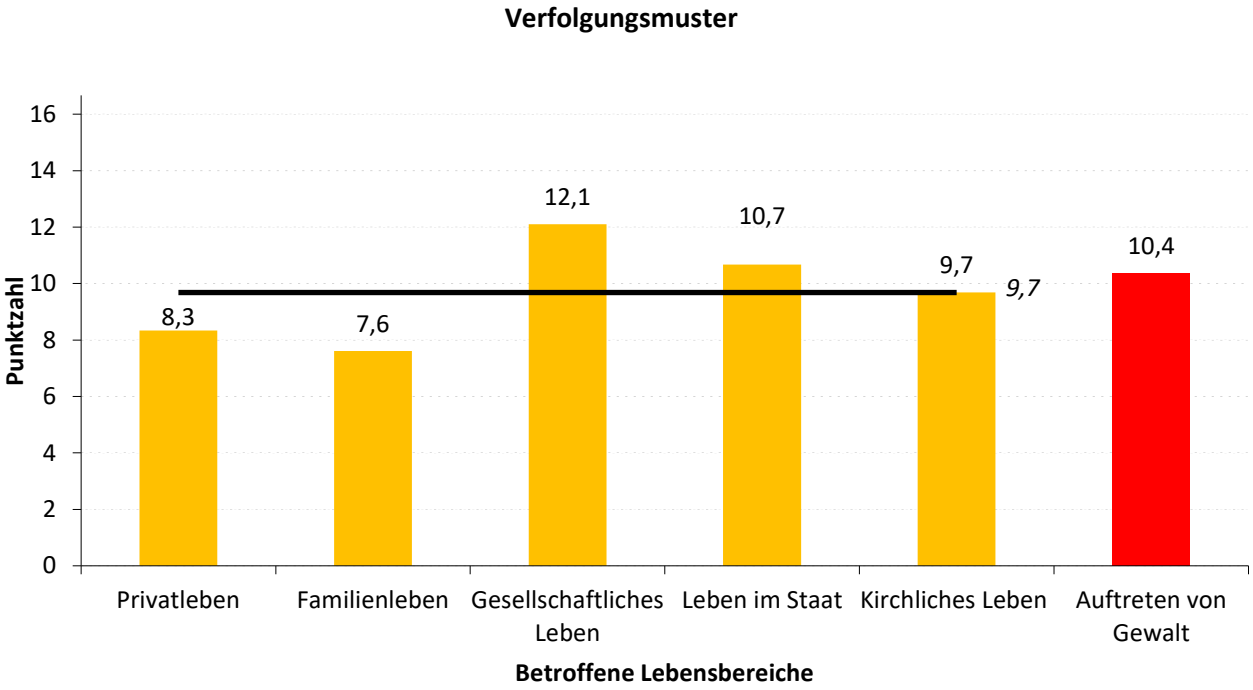
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Die römisch-katholische Kirche (die immer noch die Mehrheitsreligion darstellt) und kleine orthodoxe, presbyterianische und anglikanische Gemeinschaften machen diese Kategorie aus. Diese Gemeinschaften sind besonders von den Konsequenzen des organisierten Verbrechens sowie des hohen Maßes an Korruption betroffen, wie auch von der Intoleranz von Gesellschaft und Regierung gegenüber dem Zeigen christlichen Glaubens im öffentlichen Leben.

Christen anderer Herkunft (Konvertiten): Diese Kategorie beinhaltet Konvertiten aus anderen christlichen Denominationen, Christen mit einer kriminellen Vergangenheit (in der Mafia) und Christen die den religiösen Praktiken ihrer Stammesgemeinschaften den Rücken gekehrt haben. In all diesen Fällen werden sie unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben und ihren neuen Lebensweg zu verlassen. Dieser Druck erfolgt meist in der Form von Drohungen, von Gewalt, Ausschluss oder sogar Tod, wenn die Forderungen der Stammes- oder kriminellen Führer nicht erfüllt werden.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Kategorie beinhaltet Baptisten, Evangelikale oder Pfingstgemeinden, sowie die katholische Erneuerungsbewegung. Sie sind besonders durch das fehlende Verständnis für die religiöse Vielfalt im Land betroffen, was zu einer größeren Verwundbarkeit der neueren christlichen Gemeinschaften führt. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sich diese Gesellschaften in Gegenden engagieren, die vom organisierten Verbrechen betroffen sind oder wenn sie sich in einheimischen Gemeinschaften engagieren, die die Gegenwart anderer religiöser Denominationen ablehnen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mexiko

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Mexiko ist auf einem hohen Niveau und stieg von 8,4 im Weltverfolgungsindex 2017 auf 9,7 auf dem Weltverfolgungsindex 2018.
- Der Druck ist in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ (sehr hoch: 12,1), „Leben im Staat“ (hoch: 10,7) und „Kirchliches Leben“ (hoch: 9,7) am höchsten, da hier eine Kombination von Druck von kriminellen Gruppen, indigenen Leitern und Beamten des Staates gegen Christen und die Kirche im Allgemeinen wirkt.
- Der Punktwert für „Auftreten von Gewalt“ ist mit 10,4 sehr hoch, hat sich aber gegenüber dem Wert von 14,4 des Weltverfolgungsindex 2017 verringert. Obwohl sich das Niveau und die Häufigkeit der Gewalt nicht merklich verringert haben, sind die Arten der Gewalt andere. Es gab weniger Berichte von Angriffen auf Geschäfte und Firmen von Christen und (besonders in den Stammesgemeinschaften) nahm die Zahl der Christen ab, die zu Gefängnisstrafen, Arbeitslager, etc. wegen ihres Glaubens verurteilt wurden.

Privatleben: Organisiertes Verbrechen, Korruption und Ethnisch begründete Anfeindungen als Triebkräfte der Verfolgung haben zu einem erhöhten Druck im Privatleben mexikanischer Christen beigetragen. Kartelle und die Drogenmafia verbieten ihren Mitgliedern Christen zu sein oder zu werden, da dies ihrer eigenen Ideologie und ihren Zielen widersprechen, und diese gefährden würde. Die Unterdrückung von Christen mit einem Stammeshintergrund erreicht die persönliche Ebene durch den Druck durch die (unmittelbare oder erweiterte) Familie und kann auch die Forderung beinhalten, das eigene Zuhause zu verlassen.

Dieser Druck hindert Christen auch daran, Gemeinschaft miteinander zu haben, da sie unter dem konstanten Risiko stehen, angegriffen zu werden, weil sie als "Gefahr" wahrgenommen werden (da sich z.B. ihr christlicher Glaube weiter unter den Mitgliedern der Gemeinschaft verbreiten könnte).

Familienleben: Es gab Fälle, in denen die Registrierung von Geburten, Ehen und Todesfällen von christlichen Konvertiten (oder ihrer Kinder - in Fällen von Geburten) durch indigene Gemeinschaften verhindert wurden. Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen nach christlichem Ritus wurden behindert oder durch kommunale Autoritäten verboten, mit dem Ziel, eine Zunahme dieser öffentlichen Feiern, die den Gebräuchen der Gemeinschaft widersprechen, zu unterbinden und als eine Form der Bestrafung derer, die Christen geworden sind. Diese Repressalien betreffen auch die Kinder, da die Stammesführer versuchen sie davon abzuhalten dem Glauben ihrer Eltern zu folgen. Sie werden daher diskriminiert und stehen unter einem hohen Risiko von ihren Verwandten getrennt zu werden, um in einer nichtchristlichen Familie groß gezogen zu werden. Dadurch, dass die Regierung hauptsächlich für alle öffentlichen Vorschriften - besonders im Bereich der Bildung - zuständig ist und vor dem Hintergrund, dass in allen Bereichen der Regierung eine wachsende säkulare Intoleranz existiert, entsteht ein starker Widerspruch gegen das Recht der Eltern, ihre Kinder gemäß ihres eigenen Glaubens und ihrer Überzeugungen zu erziehen. Hinzu kommt, dass Verbrechen und Korruption auch zur Trennung von Familien führen, da Christen gezwungen sind, einen sicheren Ort zum Leben anderswo zu suchen, wenn die Gefahr besteht, von einer kriminellen Gruppe angegriffen zu werden.

Gesellschaftliches Leben: Die Triebkraft der Ethnisch begründeten Anfeindungen ist offensichtlich, besonders wenn Christen grundlegende Dienstleistungen (z.B. Wasser, elektrischer Strom, Bildung, etc.) verweigert, und sie vom gemeinschaftlichen Leben und dem Zugang zu gemeinsam genutzten Ressourcen ausgeschlossen werden. Außerdem stehen Christen dem konstanten (und wachsenden) Druck gegenüber, ihren christlichen Glauben aufzugeben; sei es in der Form der beruflichen Diskriminierung, Hindernisse für christliche Geschäftsleute, der Verhängung von "Geldstrafen" als Schutzgeld, Verhöre oder Meldeauflagen bei den Behörden. Dies kommt nicht nur in den Stammesgemeinschaften vor, sondern auch in Gebieten, die von Drogenkartellen dominiert werden. Hier zeigt sich die Triebkraft Organisiertes Verbrechen und Korruption.

Leben im Staat: In diesem Lebensbereich werden verschiedene Triebkräfte auf verschiedenen Ebenen sichtbar.

- Ethnisch begründete Anfeindungen: Christen stehen hier Stammesautoritäten gegenüber, die keine Abweichungen von ihren Gesetzen und Gebräuchen zulassen. Auch wenn diese christlichen Überzeugungen zuwiderlaufen.
- Organisiertes Verbrechen und Korruption: Christen werden gezwungen, die Aktivitäten dieser Organisationen zu finanzieren oder davon abzusehen, ihren Glauben öffentlich zu zeigen, da sie dies der Gefahr eines Angriffs aussetzt.
- Säkulare Intoleranz: Das christliche Bekenntnis in der Öffentlichkeit ist verboten oder wird abgelehnt, besonders im Bereich der Politik, wo es als Angriff auf die säkularen Prinzipien des Staates gesehen wird.

Diese Erscheinungsformen des Drucks gegen Christen stehen in der Gefahr, als "normal" oder als Konsequenz anderer Probleme, wie der generellen Gewalt durch die Drogenkartelle, verharmlost zu werden. Andererseits werden viele dieser Fälle von Verfolgung ganz einfach ignoriert, da sie sich nur auf Glaubensangelegenheiten beziehen.

Wo solcher Verfolgung nicht der richtige Stellenwert zugemessen wird, wird es weniger Verständnis für die zugrundeliegenden Probleme geben, was höchstwahrscheinlich dazu führt, dass voreingenommene Urteile gefällt werden und für die Täter weiter Straflosigkeit besteht.

Kirchliches Leben: In diesem Lebensbereich werden verschiedene Triebkräfte auf verschiedenen Ebenen sichtbar.

- Ethnisch begründete Anfeindungen und Organisiertes Verbrechen und Korruption: Christliche Kirchen werden von ihrem Umfeld überwacht. Kirchen versuchen ihre Aktivitäten frei auszuüben (zum Beispiel mit Jugendlichen und in wohltätigen Einrichtungen), aber sie haben Schwierigkeiten, die Sicherheit ihrer Leiter in gewalttätigen Gegenden (in denen die Drogenkartelle operieren) oder in einem feindlich gesinnten Umfeld (in Stammesgemeinschaften) zu gewährleisten.
- Säkulare Intoleranz: Sie ist vor allem in städtischen Gebieten präsent, wo schnell christliche Aktivitäten als Akte der sexuellen Diskriminierung und der Hetze verurteilt werden.

Auftreten von Gewalt: Die Gewalt in Mexiko ist ein großes Problem und betrifft besonders aktiv praktizierende Christen, die regelmäßig Ziele für Angriffe sind. Sie sind viel einfacher zu identifizieren als der Rest der Bevölkerung. So ist zum Beispiel bekannt, in welcher Kirche sie sich regelmäßig treffen. Das Risiko angegriffen zu werden, ist für Pastoren und Priester noch höher. Tatsächlich hat Mexiko den schlechtesten Ruf in ganz Lateinamerika, was die Ermordung von römisch-katholischen Priestern durch kriminelle Gruppen in ihren Territorien angeht. Andererseits gab es im Süden des Landes (Chiapas) gewalttätige Angriffe gegen Christen, die nicht den religiösen Praktiken der Stammesgemeinschaften folgten. Diese Christen wurden unter starkem Druck durch die Stammesführer gesetzt, ihren Glauben abzuschwören und in einigen Fällen wurden Christen ohne Grund eingesperrt und litten unter psychischer Misshandlung. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 gab es sogar Angriffe außerhalb dieser Gebiete: So wurde bisher angenommen, dass die Kathedrale in Mexiko City und die Mexican Episcopal Conference die unwahrscheinlichsten Orte für solche Angriffe seien. Jedoch wurden im Berichtszeitraum beide zum Ziel von Angriffen, in einem Fall sogar tödlich.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen und junge Mädchen stehen durch Vorschriften und die Gesetzgebung in Bezug auf die Förderung von Abtreibungen in Fällen von sexueller Gewalt und Schwangerschaften von Teenagern in größerer Gefahr, da dies eine Straflosigkeit der Täter begünstigt (und zudem Ärzte dazu zwingt, diese Prozedur durchzuführen). Zudem bestehen in den ärmsten Gegenden des Landes Bedingungen, um Hilfen von der Regierung zu erhalten - dies beinhaltet, dass Vorschriften zur Empfängnisverhütung akzeptiert werden müssen (einschließlich der Ligatur der Eileiter).
Da Mexiko eines der Länder mit der höchsten Rate an Menschenhandel ist, sind Frauen ein leichtes Ziel für die Anwerbung, besonders in Gebieten, die von der Mafia oder den Drogenkartellen kontrolliert werden, wo Mädchen und Frauen entführt wurden und als Sexsklavinnen oder in der Prostitution endeten.

Männer: Es gibt kein Gesetz, das christliche Männer anfälliger macht für Verfolgung. Dennoch sind junge Männer in den Gebieten, die von kriminellen Gruppen oder Drogenkartellen kontrolliert werden, der Indoktrinierung und der verpflichtenden Mitgliedschaft in solchen Gruppen ausgesetzt. In einigen Fällen, bedingt durch den wirtschaftlichen und den sozialen Kontext, akzeptieren junge Männer dies als ihr unausweichliches Schicksal und wer dies nicht akzeptiert - ob er Christ ist oder andere Gründe hat - wird verfolgt, bedroht und häufig entführt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

- Die Situation der Regierung von Präsident Peña Nieto hat sich in den letzten Monaten nicht verbessert. Der Präsident und die Partei waren nicht in der Lage, auf die Nöte der mexikanischen Bevölkerung zu reagieren; es gab Menschenrechtsverletzungen, Korruptionsskandale und ein unzureichendes Management der Wirtschaft. Dies alles trägt zum Aufkommen neuer Leiter in der Gesellschaft bei, was zum einen als Risiko und zum anderen als Chance gesehen werden kann. Ein Risiko, da einige der neuen Leiter einen extrem säkularen Standpunkt haben, der die Kriminalisierung von Gegnern erlaubt, wenn diese andere religiöse Überzeugungen haben. Andere wiederum könnten das politische Schicksal des Landes positiv beeinflussen. Basierend auf dem Vertrauen, dass die mexikanische Bevölkerung christlichen Institutionen entgegenbringt, ist es möglich, dass eine neue Regierung in der Lage ist, Familie und ungeborenes Leben zu schützen. Damit dies passieren kann, ist es notwendig, die Ausbreitung der säkularen Ideologie aufzuhalten und sicherzustellen, dass Christen ihren Glauben frei leben können und aktiv an den politischen Diskussionen des Landes teilnehmen können.
- Die politische Instabilität des Landes begünstigt kriminelle Aktivitäten. Wenn nicht rigorose Maßnahmen im Kampf gegen Drogenschmuggel ergriffen werden und eine umfassende Reform der Lokalbehörden erfolgt - die zur Ausbreitung der kriminellen Aktivitäten beitragen und die Ausübung von Gerechtigkeit behindern -, wird die Kultur der Straflosigkeit weiterbestehen. Diese Straflosigkeit verhindert die Anzeige und die Durchführung von Gerichtsverfahren gegen kriminelle Gruppen und trägt zum Fehlen des Schutzes von Christen in ländlichen wie städtischen Gegenden bei.
- Die Grenzen der indigenen Autonomie sind nicht klar, besonders im Bereich des Schutzes der Rechte des Einzelnen. Daher werden die Sanktionen und Attacken gegen christliche Konvertiten in Stammesgemeinschaften solange nicht aufhören, bis die Behörden ihrer Pflicht nachkommen, die Einzelnen bei Fällen von Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Zudem müssen die Behörden anfangen, Gerechtigkeit zu üben, indem sie die Vorfälle nicht einfach als Fälle von religiösen Meinungsverschiedenheiten abzutun, sondern alle Facetten dieser Konflikte zu betrachten und somit in vollem Umfang das Recht auf Religionsfreiheit zu beachten. Dieses fehlende Verständnis für die Bedeutung der Religionsfreiheit als Menschenrecht ist nicht nur eine Angelegenheit der mexikanischen Behörden, sondern auch für die internationalen Menschenrechtsinstitutionen (z.B. UNO und OAS), die das Leben in den Stammesgemeinschaften nicht umfänglich wahrnehmen.

zurück zur Länderübersicht

Vereinigte Arabische Emirate: Platz 40

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Es gibt große Unterschiede, wie Christen aus verschiedenen Kategorien in den Vereinigten Arabischen Emiraten behandelt werden. Die Gesellschaft der Emirate ist relativ tolerant gegenüber Gemeinschaften von ausländischen Christen, und diese sind auch relativ frei, Gottesdienste durchzuführen. Im Gegensatz dazu stehen Konvertiten vom Islam zum Christentum unter großem Druck. Sie werden hauptsächlich von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verfolgt, so dass es für die Regierung unnötig ist, gegen sie vorzugehen. Auf diese Weise kann die Regierung aktiv religiöse Toleranz predigen und fördern, während sie gleichzeitig den Islam fördert.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Auch wenn die Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten (wie auch die Hindu- und Sikh-Gemeinden) relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens sind, sind sie auch mit Einschränkungen konfrontiert. Sie sind frei, im privaten Bereich ihren Glauben zu praktizieren, dürfen ihren Glauben jedoch nicht öffentlich zum Ausdruck bringen. Die Regierung erlaubt es ihnen nicht, in der Öffentlichkeit Gottesdienst zu feiern, zu predigen oder zu beten. Darüber hinaus ist die Gesellschaft der Emirate konservativ und zwingt Christen, sich in der Öffentlichkeit einzuschränken. Sie müssen mit ihren Kontakten in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig sein, vor allem weil es strengstens verboten ist, Muslime auf irgendeine Weise zu missionieren.

Konvertiten aus den Islam erleiden die meiste Verfolgung durch den Druck von Familienmitgliedern und dem sozialen Umfeld, ihren Glauben zu widerrufen. Dieser starke Druck macht es für Konvertiten so gut wie unmöglich, ihre Konversion bekannt zu machen. Dies ist wahrscheinlich der Grund dafür, dass es kaum Berichte über Christen gibt, die wegen ihres Glaubens angegriffen oder getötet wurden.

Beispiele:

- Laut dem „International Religious Freedom Report“ des Außenministeriums der Vereinigten Staaten wurden im Januar 2016 drei Nicht-Staatsangehörige von lokalen Behörden im Emirat Schardscha verhaftet und abgeschoben. Sie wurden der Missionierung beschuldigt; es wurde erklärt, sie würden von Tür zu Tür gehen und „eine andere Religion als den Islam predigen“. Obwohl dieser Bericht die Religion der drei Angeklagten nicht nennt, wird daran deutlich, wie die Regierung ihre Gesetze durchsetzt, die die Missionierung von Muslimen verbietet. Dies ist ein Beispiel dafür, wie schwierig es sein kann, das Evangelium mit Muslimen in den Vereinigten Arabischen Emiraten zu teilen.

- Laut dem International Religious Freedom Report blockieren die beiden größten Internetdienstanbieter, die beide mehrheitlich im Besitz der Regierung sind, weiterhin islamkritische und von der Regierung als extremistisch angesehene Webseiten, einschließlich muslimische Webseiten. Die Dienstanbieter blockieren auch weiterhin andere Webseiten zu religiösen Themen, unter anderem mit Informationen über das Judentum, das Christentum und den Atheismus sowie mit Berichten ehemaliger Muslime, die zum Christentum konvertiert sind. Auf diese Weise wird das Internet von der Regierung aktiv zensiert, was Christen dazu zwingt, mit dem Ausdruck ihres Glaubens online vorsichtig zu sein.
- In den Vereinigten Arabischen Emiraten gibt es zu wenige Kirchen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Obwohl die regierenden Familien der Emirate Land für den Bau von Kirchen gestiftet haben, ist es nach wie vor schwierig, neue Kirchen zu gründen. Religiöse Organisationen sind nicht dazu verpflichtet, sich bei der Regierung registrieren zu lassen, aber es fehlt eine eindeutige rechtliche Zuordnung, was für viele Gruppen zu einem unklaren Rechtsstatus führt und Schwierigkeiten bei der Ausführung bestimmter administrativer Funktionen, einschließlich Bankgeschäften oder der Unterzeichnung von Mietverträgen, mit sich bringt.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) stieg von 55 im WVI 2017 auf 58 im WVI 2018 an. Während des Berichtszeitraums des WVI 2018 wurden mehr gewaltsame Übergriffe gemeldet, was zum Teil den Anstieg um 3 Punkte verursachte. Jedoch wurde auch die Erfassung der Situation von Konvertiten vom Islam zum Christentum in der WVI-Analyse verfeinert, was in den VAE zum Anstieg der Gesamtwertung beitrug.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Wie in vielen Ländern in der Region wird die Gesellschaft in den VAE vor allem durch ihre Religion charakterisiert. Der Islam dominiert das private und das öffentliche Leben sowie den politischen Diskurs im Königreich. Folglich werden alle Bürger als Muslime gesehen. Das Gesetz des Königreiches erkennt die Konversion vom Islam zum Christentum nicht an, und offiziell ist die gesetzliche Strafe dafür der Tod, obwohl die Todesstrafe nur selten vollzogen wird. Um den Tod, gesellschaftliche Stigmatisierung und andere Strafen zu vermeiden, sind Christen muslimischer Herkunft manchmal dazu gezwungen, sich wie ein Muslim zu verhalten und ihren Glauben zu verbergen, oder in ein anderes Land auszureisen, in dem ihr Glaubenswechsel erlaubt ist. Obwohl es keine Berichte von Fällen gibt, bei denen die Todesstrafe gegen Konvertiten vollstreckt wurde, ist die bloße Tatsache, dass dieses Gesetz existiert, angsteinflößend. Darüber hinaus erlaubt die Regierung in öffentlichen Schulen keinen anderen Religionsunterricht als den Islam. Evangelisation ist verboten, jedoch können nichtmuslimische Gruppen sich in dafür vorgesehenen Gebäuden oder in Privathäusern zum Gottesdienst treffen.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Diese Triebkraft der Verfolgung beschreibt den fortwährenden Einfluss und die Durchsetzung von uralten Normen und Werten. In den Vereinigten Arabischen Emiraten sind diese stark mit dem Islam vermischt und treffen vor allem Konvertiten aus dem Islam.

Wie auch in den anderen Regionen des Nahen Ostens ist die Religion mit der Familienidentität verbunden. Daher wird das Verlassen des Islam als Verrat an der Familie aufgefasst. Allgemein üben die Familien starken sozialen Druck auf Konvertiten aus, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bringen, die Region zu verlassen oder ihren neuen Glauben zu verschweigen. In vielen Fällen führt die Konversion zur Entfremdung der Christen muslimischer Herkunft von ihren Familien.

Abgesehen davon betrachten einige ethnische Araber ausländische Christen als Bedrohung für ihre Religion, Kultur und Sprache (da Arabisch als heilige Sprache des Koran gesehen wird). Daher werden Christen von ihnen auch als solche behandelt.

Diktatorische Paranoia: Die VAE sind keine Demokratie. Das Land wird von einer Dynastie regiert, die verschiedene grundlegende Menschenrechte nicht anerkennt. Die Machthaber üben Druck auf die Gesellschaft aus und lassen keine abweichende Meinung zu. Da sich die Triebkräfte Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia zu einem gewissen Grad überschneiden, weist das Regime auch Merkmale Islamischer Unterdrückung auf, indem sie die Rechte von Christen gegenüber Nichtchristen einschränkt.

Verfolger

Verfolgung durch Islamische Unterdrückung: Die konservative islamische Gesellschaft ist die größte Bedrohung für die Christen in den VAE. Die konservativen Bürger erwarten von den Machthabern eine islamische Regierungsführung, wobei die Scharia die Grundlage der Gesetzgebung ist. Die Regierung geht gegen jeden Christen vor, der versucht, das Evangelium zu verbreiten, da Evangelisation illegal und strafbar ist. Es wurden keine Christen wegen Evangelisation strafrechtlich verfolgt, aber in den letzten Jahren wurden einige des Landes verwiesen.

Verfolgung durch Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Konversion vom Islam zum Christentum ist gesellschaftlich völlig inakzeptabel. Konvertiten laufen Gefahr, von ihren Familien ausgegrenzt oder sogar getötet zu werden, weil sie Schande über die Familie gebracht haben. Darüber hinaus bilden die einheimischen arabischen Bürger die oberste soziale Schicht und schauen auf Ausländer herab, vor allem auf die armen und gering qualifizierten Arbeitskräfte aus Südostasien und Afrika. Arbeitnehmer sind an ihre Arbeitgeber gebunden, und damit von den Forderungen des Vorgesetzten abhängig. Diese können ohne weiteres ausländische Christen diskriminieren, demütigen oder missbrauchen. Ausländische Christen werden auch von anderen, muslimischen Ausländern diskriminiert oder misshandelt.

Verfolgung durch Diktatorische Paranoia: Die Regierung der VAE duldet keine Kritik, vor allem nicht von (ausländischen) Christen. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ berichtete: „[…] die lokale Medienlandschaft wird streng kontrolliert. Nahezu alle Medien, die das emiratische Publikum erreichen, sind entweder im Besitz der Behörden oder stark von ihnen beeinflusst. Personen, die Onlineplattformen gebrauchen, um abweichende Ansichten oder sensible Informationen zu veröffentlichen, sind seit Jahren willkürlich und außergerichtlich inhaftiert oder strafrechtlich verfolgt worden, mit wenig rechtsstaatlichen Verfahren.” In diesem Umfeld müssen Christen immer vorsichtig vorgehen.

Hintergrund

Die VAE bestehen aus sieben Emiraten, die eigene Herrscher haben und Anfang der 1970er-Jahre in einer Föderation vereint wurden. Alle Emirate haben einen Sitz im Obersten Herrscherrat – der obersten Autorität in Bezug auf die Verfassung, die Exekutive und die Gesetzgebung. Die VAE sind keine Demokratie, die Machthaber üben Druck auf die Bevölkerung aus und lassen keine abweichende Meinung zu. Alle politischen Entscheidungen liegen bei den dynastischen Herrschern der sieben Emirate und es gibt keinen Raum für die Stimme des Volkes. Die Religions-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit sind im Königreich stark eingeschränkt.

Im Gegensatz zum Golfstaat Bahrain scheint die Welle der Aufstände im arabischen Frühling 2011 die Vereinigten Arabischen Emirate kaum beeinflusst zu haben. Dies ist bemerkenswert, da die emiratische Gesellschaft mehr auf Stammesloyalität als auf demokratischen Normen beruht. Die Bevölkerung scheint jedoch der Regierung zu vertrauen, und ihre großzügige Verteilung des Ölreichtums spielt offensichtlich eine bedeutende Rolle im pro Kopf gemessen viertreichsten Staat der Welt.

Während die VAE in der Vergangenheit überwiegend von Fischerei und Perlentauchen abhängig waren, änderte sich dies, nachdem in den 1950er-Jahren Öl gefunden und Anfang der 1960er Jahre erstmals aus Abu Dhabi exportiert wurde. Heute verfügen die VAE über die sechstgrößten Ölreserven der Welt, was viele Einwanderer in das Land gebracht hat, in dem nur 15% der Bevölkerung nationale Staatsbürger sind. Die VAE haben Strategien zur strukturellen Diversifikation entwickelt und umgesetzt, um eine zu starke Abhängigkeit vom Öl zu vermeiden.

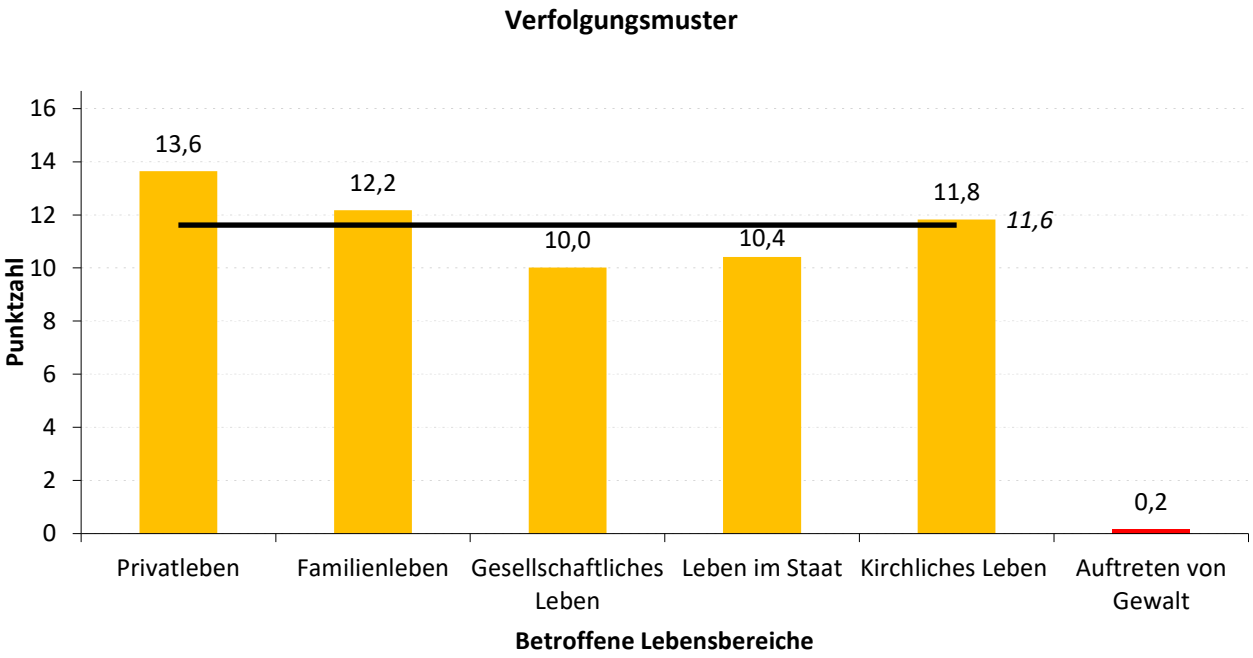
Die Regierung erlaubt anderen nichtchristlichen Gruppen wie Hindus, Buddhisten und Juden, ihren Glauben privat auszuüben. Sie dürfen sich an dafür vorgesehenen Orten oder in privaten Einrichtungen versammeln. Es gibt jedoch Kontrollen der Regierung. Beispielsweise müssen die Organisatoren von Konferenzen ihre Veranstaltungen anmelden und sogar Redner und Themen offenlegen.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Die Mehrheit der Christen in den VAE gehören dieser Gruppe an, welche einige Freiheiten genießt, aber auch mit gewissen Einschränkungen konfrontiert ist. Afrikanische und asiatische Migranten haben nicht so viel Freiheit wie westliche, aber mehr Freiheit als Konvertiten (siehe unten), solange sie nicht Muslime evangelisieren.

Christliche Konvertiten: Diese Gruppe, bestehend aus Konvertiten vom Islam zum Christentum, ist die verletzlichste Gruppe im Land. Die Konvertiten stehen unter starkem Druck von Verwandten, Familie und der muslimischen Gesellschaft, da Regierung, Gesetze und Kultur islamisch geprägt sind.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Vereinigte Arabische Emirate

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in den Vereinigten Arabischen Emiraten bleibt weiterhin sehr hoch und stieg von 11,1 im WVI 2017 auf 11,6. Dieser Anstieg ist auf die Verfeinerung der WVI-Analyse bezüglich der Situation von Konvertiten vom Islam zum Christentum in den VAE zurückzuführen.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen Privatleben und Familienleben, was die schwierige Situation der Konvertiten in den VAE verdeutlicht. Dies ist typisch für Länder, in denen die Familie (sowohl der engste als auch erweiterte Familienkreis) und das soziale Umfeld eine starke Rolle bei der Verfolgung von Konvertiten spielen. Ausländische Christen sind in ihrer Anbetung relativ frei – das zeigt die niedrige Punktzahl für die anderen Bereiche des Lebens – , obwohl das kirchliche Leben nach wie vor stark eingeschränkt ist.
- Die Punktzahl für Gewalt stieg auf dem WVI 2017 von 0,0 auf 0,2 an, da einige Gewalttaten gemeldet wurden.

Privatleben: Der Druck auf Christen – vor allem Konvertiten – ist am stärksten in diesem Lebensbereich. Konversion vom Islam zu irgendeiner einer anderen Religion ist verboten. Aufgrund der gravierenden gesellschaftlichen Diskriminierung und Stigmatisierung von Christen ist der Besitz von christlichen Materialien besonders für Muslime gefährlich, die sich für den christlichen Glauben interessieren oder sich bereits bekehrt haben, aber aus Sicherheitsgründen ihren Glauben geheim halten.

Familienleben: Der Druck ist in diesem Lebensbereich ebenfalls sehr stark und wird vor allem bei Angelegenheiten wie Ehe, Kindererziehung, Erbrecht und Sorgerecht sichtbar. Mischehen sind nur zwischen einem muslimischen Mann und einer nichtmuslimischen Frau erlaubt. Im Falle einer Scheidung gewährt das Gesetz das Sorgerecht für alle Kinder nichtmuslimischer Frauen, die sich nicht zum Islam bekehren, dem muslimischen Vater. Nach dem Gesetz ist eine nichtmuslimische Frau, die nicht konvertiert, auch nicht zum Erwerb der Staatsbürgerschaft berechtigt und kann das Eigentum ihres Mannes nicht erben, es sei denn, sie wird in seinem Testament als Begünstigte genannt.

Gesellschaftliches Leben: Für Christen in den VAE ist das Leben in der Gesellschaft nicht einfach. In einer Gesellschaft, die sehr konservativ ist, wird das Christsein als ein Zeichen der Unreinheit gesehen. Die Gesellschaft grenzt alle Konvertiten oder mutmaßliche Konvertiten aus. Ein Experte für das Land berichtet: „Es gibt keine spezifischen Gesetze oder gebräuchliche Verfahren, die es Christen verwehren, kommunale oder ähnliche Einrichtungen zu nutzen. Allerdings schränken sich Christen häufig aus Sicherheitsgründen selbst ein. Dies hat zur Folge, dass der bereits existierende gesellschaftliche Missbrauch und die Diskriminierung Christen daran hindern, öffentliche Einrichtungen und Foren zu nutzen, weil sie sich nicht sicher fühlen."

Leben im Staat: In den VAE ist der Islam die Staatsreligion und die Scharia die Grundlage der Gesetzgebung. Gerichte wenden daher ebenfalls Gesetze an, die auf islamischem Recht basieren. Christen müssen daher ihr Leben auf eine Weise leben, die von anderen bestimmt wird – z.B. dürfen sie währen des Monats Ramadan nicht in der Öffentlichkeit essen oder trinken. Christen ist es auch nicht erlaubt, Muslime zu missionieren, während Muslime dazu ermutigt werden, dies zu tun. Generell sind (soziale) Medien dem Islam gegenüber positiv eingestellt und gegenüber Christen voreingenommen.

Kirchliches Leben: Da es eine beträchtliche Zahl ausländischer Christen im Land gibt, bestehen mehr als zwei Dutzend offizielle Kirchen. Ausländische Christen sind einigen Problemen in diesem Lebensbereich ausgesetzt. Die Zahl der bestehenden Kirchen reicht für die große Zahl der Christen im Land nicht aus. Außerdem erlaubt es die Regierung den Gemeinden nicht, in der Öffentlichkeit Gottesdienst zu feiern, zu predigen oder zu beten. Darüber hinaus ist die Gesellschaft der Emirate konservativ und zwingt Kirchen, sich im öffentlichen Ausdruck ihres Glaubens zurückzuhalten. Sie müssen auch im Umgang mit der muslimischen Bevölkerung sehr vorsichtig sein, vor allem weil alles, was als Missionierung von Muslimen ausgelegt werden könnte, strengstens verboten ist.

Da es in der Gesellschaft der VAE keinen Platz für Konvertiten vom Islam zum Christentum gibt, gibt es keine Gemeinden von Konvertiten. Ausländische Kirchen müssen vorsichtig mit der Aufnahme von Konvertiten in ihre Gemeinschaft sein.

Auftreten von Gewalt: Wenn man bedenkt, wie gering die Gewalt gegen Christen ist, sind die VAE ein typischer Golfstaat. Die Regierung muss nicht gegen Christen vorgehen, da der Druck der Gesellschaft sehr hoch ist und die Christen gehorsam sind. Es ist nicht einfach, verifizierte Berichte über Gewalt aus dem Land zu bekommen. Open Doors sieht jedoch die schwierige Situation gering qualifizierter Arbeitsmigranten. Laut Amnesty International leiden sie „weiterhin unter Ausbeutung und Missbrauch".

Bereits im Oktober 2015 berichtete die BBC über ein tragisches Beispiel von Missbrauch von Hausangestellten, und Open Doors befürchtet, dass christliche Arbeiter, insbesondere Frauen, aufgrund ihres Glaubens dem noch mehr ausgesetzt sind. Allerdings gibt es derzeit keine eindeutigen Hinweise auf eine Misshandlung christlicher Arbeitsmigranten, die mit ihrem Glauben in Zusammenhang stehen. Demnächst werden weitere Recherchen zu diesem Thema durchgeführt werden.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christliche Frauen sind nach wie vor besonders verwundbar, da in den VAE Frauen allgemein als minderwertig gegenüber Männern behandelt werden. Amnesty International berichtete auch, dass einige Gesetze zur Verbesserung der Rechte ausländischer Arbeiter Hausangestellte ausdrücklich ausgeschlossen haben, von denen viele christliche Frauen sind.

Männer: Vor allem Männer sind Diskriminierung am Arbeitsplatz ausgesetzt. Ein Experte für das Land erklärt: „Meistens sind Männer und Jungen die Alleinverdiener, und deshalb tragen sie die Hauptlast der Diskriminierung, um ihren Familien zu helfen."

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Im Hinblick auf die Zukunft ist politische Stabilität zu erwarten, da sich die Herrscher der Emirate gegenseitig unterstützen. Es gibt keine nationalen Wahlen und politische Parteien sind verboten, weshalb die Bürger keine Möglichkeit haben, ihre Regierung zu ändern. Regierungsposten werden hauptsächlich anhand von Stammesloyalitäten und Wirtschaftskraft besetzt. Es gibt einige Forderungen nach stärkerer politischer Repräsentation, aber diese Forderungen werden von den Machthabern nicht berücksichtigt. Derzeit scheint die Mehrheit der Bevölkerung nicht sehr politisch interessiert oder engagiert zu sein – bei den Wahlen zur gesetzgebenden Institution, dem Föderalen Nationalrat, in den Jahren 2006 und 2011 war die Wahlbeteiligung vor allem in den größten und reichsten Emiraten sehr gering. Eine großzügige Verteilung des Wohlstands scheint die Bevölkerung derzeit zu beschwichtigen, auch wenn die historisch ärmeren Nordstaaten mit ihren Forderungen nach politischen Veränderungen ein gewisses Risiko darstellen.

In den gesamten Emiraten bedeuten der hohe Jugendanteil in der Bevölkerung in Verbindung mit dem Globalisierungsprozess (der das staatliche Monopol auf Informationen aufhebt) und eine hohe Arbeitslosenquote, dass die VAE den Ruf nach mehr Demokratie ernst nehmen sollten. Nach außen hin schlossen sich die VAE Saudi-Arabien im Juni 2017 in ihrem Boykott von Katar an. Die Katar-Krise scheint derzeit nur Katar schwer zu treffen, aber die anhaltenden Spannungen könnten langfristig auch die Emirate beeinflussen, da die hohe Abhängigkeit vom Handel ein offenes und nichtfeindseliges Klima erfordert.

zurück zur Länderübersicht

Bangladesch: Platz 41

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Während die Zahl von Christen muslimischer Herkunft zunimmt, sind diese Konvertiten immer mehr mit Beschränkungen und Schwierigkeiten durch islamistische Gruppen, lokale religiöse Leiter und ihre Familien konfrontiert. Überall im Land werden Fatwas umgesetzt, besonders in den ländlichen Gegenden, und Rufe nach der Einführung des Scharia-Rechts werden laut, um zu zeigen, dass man zum „Haus des Islam“ gehöre. Beamte von Lokalbehörden schaffen verschiedenste Hindernisse für Christen, aber den sich häufenden Angriffen des Islamischen Staates im Land wurde durch striktere Kontrollen der Behörden und ein Durchgreifen der Sicherheitsbehörden gegen solche Gruppen entgegengewirkt.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Christen muslimischer oder hinduistischer Herkunft erleiden die schwerste Verfolgung in Bangladesch. Sie versammeln sich oft in kleinen Hausgemeinden oder in geheimen Gruppen aus Angst vor Angriffen. Evangelistisch gesinnte Gemeinden – viele von ihnen Pfingstgemeinden –, die unter der muslimischen Mehrheit arbeiten, stehen Verfolgung gegenüber, aber selbst traditionelle Kirchen wie die Römisch-Katholische Kirche sind zunehmend Angriffen und Morddrohungen ausgesetzt. Christen aus indigenen Volksgruppen wie den Santal sind doppelt verwundbar (da sie sowohl zu einer ethnischen als auch zu einer religiösen Minderheit gehören) und leiden unter Landraub und Gewalt.

Beispiele:

- Im November 2016 gaben mehr als zwanzig Gemeindeleiter und Mitarbeiter von Hilfswerken an, Morddrohungen erhalten zu haben. Anfang Oktober 2016 sagten drei römisch-katholische Priester, dass sie nur knapp einem Mordanschlag entgangen seien.
- Am 6. und 7. November 2016 wurden 2.500 Landbesetzer vom Volk der Santal, die meisten von ihnen Christen, gewaltsam von umstrittenem Land in der Gegend von Sahebganj durch Arbeiter der Rangpur-Zuckerfabrik mit Unterstützung der lokalen Polizei entfernt. Bei dem Zusammenstoß wurden 3 Landbesetzer getötet, 30 gelten als vermisst und Dutzende wurden verwundet. Darüber hinaus plünderten die Angreifer die Häuser und das Vieh der Stammesleute und zündeten ungefähr 600 Häuser der Landbesetzer an. Dies zeigt, dass Verfolgung auch wirtschaftliche Motive haben kann.
- Christen wurden dazu gezwungen, die Lehrbücher der Mehrheitsreligion zu lesen. Die Regierung von Bangladesch stellt islamische Lehrbücher zu Verfügung, aber die Lehrer bekommen nicht genügend christliche Bücher, um sie im Unterricht einzusetzen.
- Nach ihrem Wechsel zum christlichen Glauben wird ehemaligen Muslimen wegen ihres neuen Glaubens häufig der Zugang zu gemeinsam genutzten Ressourcen verweigert. Sie werden oft am Arbeiten gehindert und in einem Fall wurde berichtet, dass die Menschen aus dem Umfeld sogar die Straße blockiert hätten.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Nach einem starken Anstieg auf dem Weltverfolgungsindex 2017 ist die Punktzahl Bangladeschs im Weltverfolgungsindex 2018 (58 Punkte) wieder auf ihr normales Langzeitniveau zurückgekehrt. Fast die Hälfte der Verringerung ist in einem niedrigeren Ausmaß von Gewalt begründet, obwohl im Berichtszeitraum drei Christen vom Stamm der Santal wegen Landstreitigkeiten getötet wurden. Alle Lebensbereiche außer dem Leben im Staat zeigten einen Rückgang des Drucks. Dies zeigt, dass die Unsicherheit und der Druck auf Christen, die durch islamistische Gruppen ausgelöst wurden, größtenteils zurückgegangen ist, da die Behörden ernsthafte Schritte gegen die Aktivitäten der Militanten unternommen haben. Die relativ niedrige Platzierung sollte aber nicht als eine allgemeine Verbesserung der Situation missverstanden werden. Generell erlebt die christliche Minderheit immer noch Diskriminierung, Zurückweisung und Gewalt, doch bis auf Weiteres kann die Situation des Weltverfolgungsindex 2017 als Ausnahme gesehen werden.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Diese Triebkraft betrifft alle Christen in Bangladesch, obwohl das Land gemäß der Verfassung weiterhin sowohl ein säkulares als auch ein islamisches Land ist. Es wird immer schwieriger zu sehen, wie dieses duale System in der Praxis funktionieren soll, besonders da die Regierung zunehmend den Forderungen einheimischer islamischer Gruppen, die keine Verbindungen zur Opposition haben, nachgibt. Diese Gruppen überwachen die Minderheiten, ganz besonders Konvertiten. Sie erwecken Angst und viele von ihnen sind inspiriert durch internationale islamistische Gruppen wie den sogenannten Islamischen Staat (IS), obwohl die Behörden weiterhin diese Verbindung bestreiten. Trotz der Aussagen der Regierung werden diese Verbindungen weithin als real angesehen, was die Furcht in der Bevölkerung nur noch erhöht. Neben diesen islamischen Gruppen sind es immer noch die Familien und die Menschen im Umfeld, die Christen verfolgen und die Aktivitäten der Konvertiten überwachen, besonders in ländlichen Gegenden. Die Tatsache, dass die Regierung diejenigen islamischen Gruppen bekämpft, die dafür bekannt sind, Verbindungen zur Oppositionspartei zu haben, hilft nicht dabei, die unberechenbare Situation zu entschärfen.

Religiös motivierter Nationalismus: Es gibt mehr als doppelt so viele Buddhisten wie Christen in Bangladesch, die meisten gehören zu den einheimischen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts, an der Grenze zu Indien und Myanmar. Unter diesen Gruppen ist der Stamm der Chakma der bekannteste. In den letzten Jahren ist eine wachsende Zahl von Chakma Christen geworden. Dies hat buddhistische Leiter und Stammesführer veranlasst, mehr Druck auf Konvertiten auszuüben. Dies geschieht nicht nur durch die Familie, Freunde und das Umfeld, sondern auch durch extremistische Buddhisten, die lokale Buddhisten und Stammesgruppen stärken wollen, dem christlichen Glauben zu „widerstehen“. Die Region wird durch den anhaltenden Zufluss von muslimischen Rohingya-Flüchtlingen über die Grenze von Myanmar immer instabiler. Schätzungen vom 29. November 2017 besagen, dass seit dem 25. August 2017 625.000 Rohingya in das benachbarte Bangladesch geflohen seien und in desolaten Zuständen leben müssen. Dies erhöht die Gesamtzahl der in Bangladesch lebenden Rohingya auf mehr als 800.000.

Das Auftauchen der Widerstandsgruppe „Arakan Rohingya Salvation Army“ (ARSA) wird die Nervosität der Regierung steigern und dazu führen, dass Flüchtlinge noch weniger willkommen sein werden, da Bangladesch bereits jetzt schon mit seinen eigenen islamischen Extremisten zu kämpfen hat.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Da die Chakma, Tripura und Marma Stammesgruppen sind, vermischt sich Religiös motivierter Nationalismus mit Ethnisch begründeten Anfeindungen. Das bedeutet, dass neue Christen mit einer Stammesherkunft dazu gezwungen werden, althergebrachten Normen und Werten ihrer Gemeinschaft zu folgen, egal, ob sie mit Religion vermischt sind oder nicht.

Verfolger

Muslimische Führungspersönlichkeiten in Bangladesch sind eine der Quellen der Verfolgung von Christen. Mit dem Wachsen der Zahl derer, die aus einem muslimischen Hintergrund Christen werden, sind diese immer mehr mit Beschränkungen und Schwierigkeiten durch islamistische Gruppen, lokale religiöse Leiter und die Familien konfrontiert. Überall im Land werden Fatwas umgesetzt, besonders in den ländlichen Gegenden, und Rufe nach der Einführung der Scharia werden laut, um zu zeigen, dass man zum „Haus des Islam“ gehöre. Lokale Beamte schaffen verschiedene Hürden für Christen, besonders für Konvertiten. Ein merklicher Trend ist die Zunahme von Gräueltaten des IS im Land, die sich hauptsächlich gegen Freidenker und religiöse Minderheiten richten, inklusive Christen (besonders gegen Leiter und Evangelisten) und Konvertiten. Buddhistische Leiter und Stammesführer und Familien agieren in ihren Regionen ebenfalls als Verfolger. Einige politische Parteien arbeiten mit islamistischen Gruppierungen zusammen, wie z.B. mit Jamat-e-Islam. Darüber hinaus setzt die Oppositionspartei, die Bangladesh National Party (BNP), religiöse Minderheiten (auch Christen) unter Druck, da sie als Unterstützer der regierenden Partei gesehen werden. Auch kriminelle Kartelle treten als Verfolger von Christen auf, aber was die Enteignung von Land betrifft, sind Christen größtenteils deshalb betroffen, weil sie zum schwächeren Teil der Gesellschaft gehören.

Hintergrund

In Bangladesch schwelt seit Langem ein politischer Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition (und da Politik größtenteils eine Familienangelegenheit ist, auch zwischen den entsprechenden Familien). Dies belässt das Land in einem derartigen politischen Schwebezustand, dass die reale und ernsthafte Gefahr durch den extremistischen Islam manchmal anscheinend eine geringere Bedeutung zugemessen bekommt. Der tödliche Ernst dieser Lage zeigte sich in einer Mordserie an religiösen Minderheiten (auch Christen), Säkularisten und politischen Aktivisten 2016. Ob diese Tötungen – wie die Regierung fortwährend behauptet – nichts mit dem IS zu tun haben und lokalen militanten Gruppen zugeschrieben werden müssen, spielt nicht wirklich eine Rolle. Die größten dieser lokalen Gruppen, die Jamaat-ul-Mujahideen (JMB) und das Ansarullah Bangla Team (ABT), haben dem IS die Treue geschworen, und so kann man sagen, dass es dem IS gelingt, in Bangladesch Fuß zu fassen.

Die Kämpfe gegen Islamisten haben sich während des Berichtszeitraums fortgesetzt und sind seit dem Angriff auf eine Bäckerei am 1. Juli 2016 in Dhaka mit 22 Toten sogar heftiger geworden. Der ausgefeilte Angriff zeigte, dass die islamistischen Gruppen Unterstützung von außen erhalten haben müssen. In einem Feuergefecht mit Islamisten in Sylhet im März 2017 wurden 10 Kämpfer getötet und 25 verwundet. Die Tatsache, dass Gesellschaft und Politik in dieser kritischen Zeit politisch gespalten sind, verstärkt die Schwierigkeiten, denen Bangladesch gegenübersteht und macht das dringend notwendige Vorgehen gegen den militanten Islam schwieriger.

Besonders problematisch erscheint, dass die Regierung Forderungen von Islamisten immer mehr Raum im Land gibt, höchstwahrscheinlich um Wählerstimmen zu gewinnen. Dies zeigte sich unter anderem in der Entscheidung der Regierung im Januar 2017, die Schulbücher für konservativ-islamische Gruppen angemessener zu machen. Ein Beispiel (unter vielen) für den schleichenden Vorstoß in Richtung des Islam findet sich in den Büchern der ersten Klasse: Der Buchstabe 'o' wird neuerdings mit der Darstellung der „orna“ (ein Schleier, der zu Beginn der Pubertät getragen wird) erklärt. In einem Schulbuch für Sechstklässler wurde ein Reisebericht in den Norden Indiens (eines der Nachbarländer) durch einen Bericht über den Nil in Ägypten ersetzt. Andere Bücher wurden ebenfalls geändert, so werden zum Beispiel keine hinduistisch oder christlich klingenden Vornamen mehr verwendet. Allerdings unterstützen diese Bemühungen nicht die Gewalt: Die Regierung entschied, Kapitel über den Dschihad in Büchern der weiterführenden Schulen zu verbieten. Im April 2017 wurden diese Beobachtungen durch zwei Berichte noch verstärkt: Die Regierung nahm eine Spende von 10,8 Milliarden Euro für den Bau von Moscheen und islamischen Schulen aus Saudi-Arabien an und Premierministerin Sheikh Hasina traf sich mit der streng-islamischen Gruppe Hefazat-e-Islami, wobei sie versprach, dass Abschlüsse der 70.000 Koranschulen der Gruppierung nun offiziell für Berufszwecke anerkannt würden. Zuvor wurden die Abschlüsse nicht als den Standards des staatlichen Lehrplans entsprechend gewertet.

Als Minderheit sind die Christen inmitten dieser unsicheren Situation gefangen, da sie sich nicht auf eine der Seiten schlagen. Sie werden von allen Entscheidungen der Regierung betroffen sein, genauso wie von allen Aktivitäten, die die islamische Opposition unternimmt. Christen gelten als der Regierung zugewandt und werden daher zu einem Ziel. Im Juli 2017 wurde eine Katholikin amtierende Ministerin des „Expatriate Welfare and Overseas Employment Ministry“, was zeigt, dass Christen nicht vollständig von der Politik ausgeschlossen werden. Zuvor, im Oktober 2016, wurde ein Katholik in eines der höchsten Ämter der größten Oppositionspartei des Landes (Bangladesh Nationalist Party – BNP) gewählt, zum allerersten Mal. Er übernahm die Präsidentschaft des Jugendflügels der Partei.

Alle religiösen Minderheiten stehen in der Gefahr, Opfer von Diskriminierung und Gewalt zu werden, dazu gehören auch Schiiten und Ahmadis, wie auch hinduistische und buddhistische Minderheiten.

Betroffene Kategorien von Christen

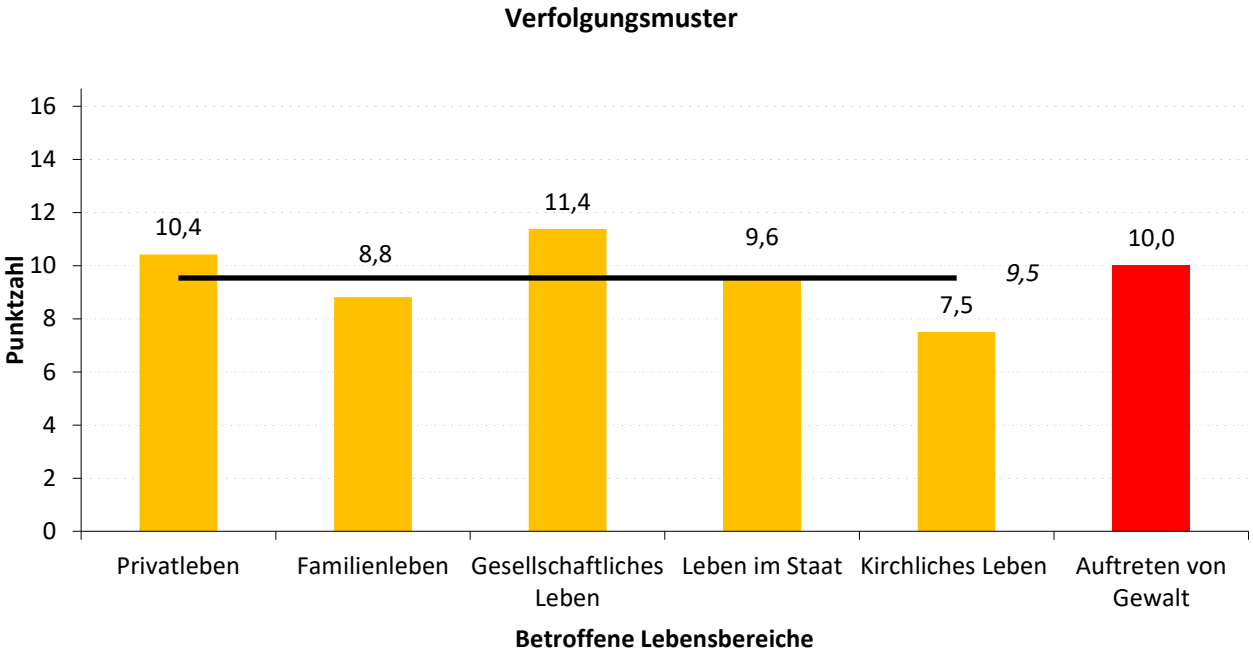
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Diese Gruppe umfasst auch Botschaftsangehörige und ausländische Arbeiter für den wichtigen Textilsektor. Sie stehen Überwachungen und Drohungen durch islamistische Gruppen gegenüber.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppe beinhaltet die römisch-katholische Kirche und die anglikanische Kirche von Bangladesch. Sie werden regelmäßig bedroht und überwacht.

Christen anderer Herkunft (Konvertiten): Diese Kategorie beinhaltet Konvertiten muslimischer, hinduistischer und buddhistischer Herkunft. Sie stehen der stärksten Verfolgung gegenüber, nicht zuletzt durch ihre Familien und ihr Umfeld, und treffen sich aus Angst nur in geheimen Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Gruppe beinhaltet evangelikale, baptistische und Pfingstgemeinden. Die Assemblies of God sind ein Beispiel, sie versammeln sich hauptsächlich in Hauskirchen, um Gottesdienst zu feiern. Sie werden regelmäßig bedroht und immer wieder gewaltsam attackiert.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bangladesch

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

Generell hat sich der Druck auf die Christen Bangladeschs in allen Lebensbereichen verringert, was ein Absinken des durchschnittlichen Drucks von 10,2 im Weltverfolgungsindex 2017 auf 9,5 zur Folge hat, ein Niveau, das eher dem der Vorjahre entspricht. Obwohl der Druck immer noch auf einem hohen Level ist, ist er dadurch gesunken, dass die Regierung angefangen hat, Druck auf Islamistengruppen auszuüben und teilweise Jagd auf sie zu machen.

Der Druck ist im Privatleben und im gesellschaftlichen Leben, wo Konvertiten besonders betroffen sind, am stärksten, aber alle Christen stehen Druck in den Bereichen des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens gegenüber.

Die Punktzahl für Gewalt gegen Christen sank von 12,2 im Weltverfolgungsindex 2017 auf 10,0, da es weniger Berichte über Morde und Angriffe auf Kirchen gab. Dennoch wurden drei Christen vom Stamm der Santal bei einer Landbeschlagnahmung im November 2016 getötet.

Privatleben: Obwohl die Verfassung die Freiheit garantiert, jede Religion auszuüben, genießen die Christen nur beschränkte Freiheit. Am meisten verwundbar sind die Konvertiten. Wenn sie ihre Identität offenbaren, ist es für sie nahezu unmöglich, am gleichen Ort weiterzuleben, da sie Druck von ihrer Familie, Nachbarn und religiösen Führern ausgesetzt sind. Menschen, von denen angenommen wird, dass sie evangelisieren, können festgenommen und krimineller Vergehen bezichtigt werden, wie es im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 geschehen ist. Jeder wird sie überwachen und großen Aufwand betreiben, um ihnen jedwede Gemeinschaft mit anderen Christen zu verwehren, sogar bis dahin, dass Häuser und Straßen versperrt werden.

Privat christliche Literatur (z.B. eine Bibel) zu besitzen ist ebenfalls riskant. Christen, die aus christlichen Familien stammen, haben allerdings in ihrem Privatleben mehr Freiheiten.

Familienleben: Sobald Konvertiten entdeckt werden, droht ihnen oft die Scheidung (wenn sie verheiratet sind) und sie können ihr Erbe verlieren, besonders in ländlichen Gegenden. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder ein Begräbnis zu organisieren kann schwierig bis sogar unmöglich sein. Kinder von Christen, nicht nur von Konvertiten, werden gezwungen, nichtchristliche Lehren zu studieren und islamische Schulbücher in der Schule zu benutzen, sie werden regelmäßig von anderen Kindern gemobbt, bis dahin, dass sie sich weigern, zur Schule zu gehen oder überhaupt das Haus zu verlassen. Besonders in den Schulen und auf Spielplätzen werden christliche Kinder von Lehrern, Freunden und Verwandten schikaniert. Entweder werden sie von Lehrern beschimpft oder gemobbt, indem sie „Christenkind" genannt werden oder sie werden sogar der Schule verwiesen, weil sie Christen sind, wie es im Berichtszeitraum geschehen ist. Konvertiten werden oft von ihren Familien isoliert und es kann passieren, dass sie gezwungen werden, das Haus zu verlassen.

Gesellschaftliches Leben: Christen werden sowohl in ihrem Privatleben als auch im geschäftlichen Leben diskriminiert. Manche Christen mussten wegen des Drucks der muslimischen Mehrheit und Boykotts ihre Läden oder andere Geschäfte aufgeben. Kinder von Konvertiten werden oft von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert. Der Druck, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, kann so unerträglich hoch werden, dass Konvertiten die Gemeinschaft, in der sie leben, verlassen müssen. Einige Monate vor dem Berichtszeitraum (im Juli 2016) wurden christliche Eigentümer von Läden, Hotels und anderen Geschäften in einigen Regionen des Landes durch islamistische Gruppierungen mit dem Tode bedroht, sollten sie nicht eine Liste von acht islamischen Regeln befolgen:

1. Der Eingang muss die Inschrift „Bismillah Rahman Rahim" („Im Namen Allahs, des Gnädigen, des Barmherzigen") tragen.
2. Einen Koran vorrätig haben.
3. Ein Bild der Kaaba in Mekka aufhängen.
4. Gemälde und heilige Statuen ihrer eigenen Religion entfernen.
5. Einen speziellen Platz für muslimische Kunden haben, damit sie beten können; Speisen, die haram (verboten) sind, so wie Schweinefleisch, dürfen nicht serviert werden, und wenn muslimische Kunden in einem hinduistischen Restaurant Rindfleisch bestellen (Rinder sind für Hindus heilige Tiere), muss ihnen Rindfleisch serviert werden.
6. Restaurants müssen während des Monats Ramadan geschlossen sein.
7. Keine Musik, außer islamischen Liedern.
8. Frauen ist es generell verboten zu arbeiten. Wenn sie es dennoch müssen, haben sie einen Hidschab (Schleier) zu tragen oder eine Burka (ein Kleidungsstück, dass den Körper ganz bedeckt und nur die Augen freilässt).

Leben im Staat: Bangladesch hat eine säkulare Regierung und sein Säkularismus ist sogar in der Verfassung des Landes verankert, diese besagt aber auch gleichzeitig, dass der Islam die Staatsreligion ist. Christen erfahren üblicherweise durchweg Diskriminierung, wenn sie es mit den Behörden zu tun haben, und werden regelmäßig beschimpft, besonders in ländlichen Gegenden. Die Berichterstattung von Medien über Christen ist oft einseitig, besonders von islamischen Fernsehsendern. Christen und andere (wie z.B. säkulare Blogger) wurden beschuldigt, den Islam beleidigt zu haben, einige wurden sogar getötet. Wenn Christen angegriffen wurden, stehen sie oft einem hohen Maß von Unwillen der Behörden gegenüber, überhaupt erst mit ordnungsgemäßen Ermittlungen anzufangen.

Christliche Schulen und Einrichtungen werden durch regelmäßige Drohungen von islamistischen Gruppen behindert. Und selbst wenn die Behörden Schutz gewähren, werden die Einrichtungen oft in ihren Aktivitäten eingeschränkt, da sie überwacht werden oder für eine Weile schließen müssen.

Kirchliches Leben: Generell sind die Kirchen in der Lage, ihren Mitgliedern zu dienen. Dennoch sind sie mit einem wachsenden Maß an Überwachung konfrontiert, sowohl von Behörden als auch von islamischen Gruppen, die sich besonders auf die protestantischen Freikirchen konzentrieren. Gottesdienste wurden durch beide Gruppen behindert, ebenso durch Stammesführer. Offen christliche Konvertiten in die Gemeinden zu integrieren ist unmöglich und es gibt Berichte, dass Schulungen schwieriger geworden sind, da die christlichen Leiter, die an solchen Schulungen teilnehmen, ihren misstrauischen Mitbewohnern aus dem Dorf Auskunft darüber geben müssen, wo sie gewesen sind und was sie in der Schulung gemacht haben. Offen Bibeln zu verteilen wurde behindert und drei Pastoren wurden dafür verhaftet.

Auftreten von Gewalt: Am 6. und 7. November 2016 wurden 2.500 Landbesetzer vom Volk der Santal, die meisten von ihnen Christen, gewaltsam von umstrittenem Land in der Gegend von Sahebganj durch Arbeiter der Rangpur-Zuckerfabrik und der lokalen Polizei entfernt. Bei dem Zusammenstoß wurden 3 Landbesetzer getötet, 30 gelten als vermisst und Dutzende wurden verwundet. Darüber hinaus plünderten die Angreifer die Häuser und das Vieh der Stammesleute und zündeten ungefähr 600 Häuser der Landbesetzer an. Dies zeigt, dass Verfolgung auch wirtschaftliche Motive haben kann.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Regierung hat bei der Eindämmung islamistischer Gruppen nur begrenzte Fortschritte gemacht. Sie verliert nicht nur die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung, sondern sie steht auch der Herausforderung des Einsickerns internationaler Islamisten gegenüber und muss sich mit deren lokalen Verbündeten auseinandersetzen. Solange die Regierungspartei jegliche islamische Militanz der Oppositionspartei zuschreibt und, um Stimmen zu gewinnen, islamistische Gruppen umwirbt, wird es schwer sein, eine Lösung zu finden. Zusätzlich gab die Regierung im Mai 2017 dem Druck von islamistischen Gruppen nach und ließ eine erst vor kurzem errichtete Statue der griechischen Göttin der Gerechtigkeit vor dem Verfassungsgericht entfernen. Die Statue wurde an einen weniger einsehbaren Ort im Hinterhof des Gebäudes verbracht, was präzise das Verhältnis zwischen säkularen und islamischen Prinzipien in Bangladesch widerspiegelt. Im August 2017 wurde das höchste Gericht von der Regierung kritisiert, da es im Juli 2017 geurteilt hatte, dass das Parlament nur eingeschränkt Richter ersetzen darf. Der höchste Richter des Landes, der ein Hindu ist, wurde dafür mit sehr starken und persönlichen Worten attackiert. Dies alles weist auf eine Entwicklung des Landes zu verstärkter Islamischer Unterdrückung hin. Zudem verließ der oberste Richter das Land und musste seinen Posten aufgeben, da er im Oktober 2017 der Korruption beschuldigt wurde. Ob dies irgendetwas mit seiner Herkunft oder seiner Religion zu tun hat, bleibt unklar, dennoch wurde einer der höchsten Beamten aus einer religiösen Minderheit gezwungen, seinen Posten aufzugeben.

Christen werden durch Islamisten attackiert, da sie als Verbündete der Regierung gesehen werden und weil sie vorziehen, den verfassungsgemäßen Säkularismus des Landes beizubehalten. Die Politik des Landes beinhaltet oft die Nutzung gewaltsamer Mittel, und oft genug sind davon auch unschuldige Passanten betroffen, die manchmal sogar getötet werden. Es ist besonders besorgniserregend, dass die Jugendorganisationen und Studentenflügel der Regierungspartei sich an der Gewalt beteiligen. Bangladesch steht massiven Herausforderungen durch das System der Koranschulen im Land gegenüber, unabhängig davon, ob die offizielle Zahl von 20.000 oder die Schätzung von 70.000 Schulen korrekt ist. In offiziell registrierten Koranschulen werden ungefähr 2 Millionen Schüler ausgebildet, während davon ausgegangen wird, dass es in „privaten“ Koranschulen sogar mehr als 4 Millionen Schüler sein sollen. Wie in Pakistan sind diese Koranschulen potentielle Brutstätten für Hass und Gewalt, wie sich nach dem Angriff von Dhaka im Juli 2016 zeigte, bei dem neun der Angreifer Schüler von Koranschulen waren. Die Anerkennung der Abschlüsse der Koranschulen trotz ihrer Unzulänglichkeiten setzt ein schlechtes Zeichen für die Zukunft (siehe Hintergrund).

zurück zur Länderübersicht

Algerien: Platz 42

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Eine der Hauptursachen für die Verfolgung in Algerien ist die Intoleranz, die Angehörige und Nachbarn von Christen muslimischer Herkunft zeigen. Sie üben Druck auf diese Christen aus und machen es ihnen schwer, ihren Glauben zu leben. Der Staat verstärkt diesen Druck durch Gesetze und Verwaltungsbürokratie, welche die Religionsfreiheit einschränken. Die Verfolgung, der Christen ausgesetzt sind, wird auch durch die Spannungen zwischen Amazighs (ethnische Berber im westlichen Nordafrika) und Arabern verstärkt, da der größte Teil des Wachstums der algerischen Kirche in der Kabylei-Region unter Amazighs stattfindet. Der Einfluss und die Aktivitäten extremistischer islamischer Gruppen in der Region ist für die Christen in Algerien ebenfalls eine Quelle der Gefahr und Verfolgung.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Christen in Algerien sind mit verschiedenen Einschränkungen und Herausforderungen ihrer Religionsfreiheit vonseiten des Staats oder der Gesellschaft konfrontiert. Es gibt Gesetze, welche den nichtmuslimischen Gottesdienst regulieren und die Konversion weg vom Islam verbieten. Außerdem gibt es Blasphemiegesetze, die es Christen erschweren, ihren Glauben zu teilen – aus Angst, dass ihre Gespräche als blasphemisch angesehen werden könnten. Christen leiden auch unter Belästigungen und Diskriminierungen in ihrem alltäglichen Leben. Mitglieder der Großfamilie und Nachbarn versuchen, Christen muslimischer Herkunft zu zwingen, sich an islamische Normen zu halten und islamischen Riten zu folgen. Der Druck und die Gefahr, mit denen Christen konfrontiert sind, sind in den ländlichen und religiös konservativeren Teilen des Landes besonders hoch. Diese Regionen waren eine Hochburg für islamistische Aufständische im Kampf gegen die Regierung in den 1990er-Jahren.

Beispiele:

- Ein junger Christ muslimischer Herkunft wurde von seiner Familie geschlagen und gezwungen, weiterhin die örtliche Moschee zu besuchen, nachdem seine Familie eine Bibel unter seinem Bett gefunden hatte. Ein anderer Christ mit muslimischem Hintergrund wurde zur Scheidung von seiner Ehefrau gezwungen, als ihre Familie herausfand, dass er kein Muslim mehr war.
- Während des Ramadan 2017 wurde eine Kirche in Ouargla angegriffen, indem fast täglich Steine auf sie geworfen wurden. Im August 2017 wurde dieselbe Kirche in Ouargla durch einen Mob lokaler Einwohner attackiert. In Sidi Moussa wurde am 9. Juni 2017 eine katholische Kirche für Arbeitsmigranten zerstört.
- Ein weiterer Christ muslimischer Herkunft wurde geschlagen und von seiner Familie verstoßen, nachdem entdeckt wurde, dass er Christ geworden war. Er war gezwungen, unterzutauchen, da er um sein Leben fürchtete.
- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 wurden mehrere Kirchen, die zur protestantischen Kirche Algeriens (EPA) gehören, von lokalen Behörden angewiesen, ihre Versammlungen auf der Grundlage eines Gesetzes aus dem Jahr 2006, das nichtmuslimische Gottesdienste reguliert, zu beenden.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 58 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2018 hat Algerien die gleiche Gesamtpunktzahl wie 2017 erreicht. Der Druck blieb in allen Lebensbereichen bis auf dem Bereich „Gesellschaftliches Leben“ sehr hoch. Die Wertung für Gewalt stieg leicht an, aber es gab keine neuen Fälle von Inhaftierungen von Christen und es gab weniger Berichte über Zwangsehen und Entführungen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Während der Islam seit einigen Jahren in der Regierung Algeriens immer mehr an Einfluss gewinnt, wird die Freiheit von Christen immer weiter eingeschränkt. Der Druck auf Regierung und Gesellschaft seitens islamistischer Bewegungen sowie der Druck von Familienmitgliedern auf Christen muslimischer Herkunft haben die Lage für Christen schwierig gemacht. Vom Arabischen Frühling in anderen nordafrikanischen Ländern ermutigt, haben islamistische Gruppen ihren Druck auf die Regierung, die bereits mit islamischen Parteien zusammenarbeitet, weiter verstärkt. Trotz dieser Zusammenarbeit ist die Islamische Heilsfront (FIS) noch immer verboten. Islamisten treten zunehmend in Erscheinung und beobachten die Aktivitäten von Christen und anderen nichtmuslimischen Minderheiten wie den kleinen Gemeinschaften der Juden und Bahai.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die meisten algerischen Christen leben in der Region Kabylei im Norden des Landes. Seit der Unabhängigkeit Algeriens gibt es politische Spannungen zwischen dieser Region und der algerischen Zentralregierung. Unter anderem spielen Fragen der ethnischen Identität, Kultur und Sprache eine wichtige Rolle in der schwierigen Beziehung zwischen der Regierung und den Bewohnern der Kabylei, von denen die meisten ethnische Berber sind, während die vorherrschende ethnische Identität im Land arabisch ist. Die ethnische Spannung und Feindseligkeit wirkt sich auch auf die Religion aus und trägt zur Verfolgung von Christen in der Region Kabylei bei.

Diktatorische Paranoia: Diese Triebkraft findet wegen des autokratischen Regierungsstils von Präsident Bouteflika Erwähnung, der ebenfalls für Einschränkungen von Christen verantwortlich ist. Aufgrund ihres autokratischen Charakters und ihrer fehlenden demokratischen Legitimation hat die Regierung nicht die Unterstützung des Volkes, um substanzielle Reformen durchzuführen, welche die Rechte von Christen besser berücksichtigen würden. Obwohl die Regierung Christen nicht unbedingt als Bedrohung ihrer Macht betrachtet, ist sie immer noch nicht in der Lage, einen wirksamen Schutz ihrer Rechte zu gewährleisten, da dies ihre Stellung bei den konservativeren islamischen Bevölkerungsgruppen untergraben würde. Daher könnten einige der Maßnahmen der Regierung auch als Versuch gesehen werden, diesen Teil der Gesellschaft zu beschwichtigen. Aufgrund ihrer antikolonialen und revolutionären Wurzeln hat die Regierungspartei, die seit der Unabhängigkeit an der Macht ist, darüber hinaus eine ideologische Perspektive, die sie misstrauisch gegenüber christlichen Missionstätigkeiten macht, insbesondere wenn sie mit Kirchen und christlichen Gruppen im Westen in Verbindung stehen.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Wie in den meisten anderen Ländern der Region geht die Verfolgung in Algerien hauptsächlich von der Gesellschaft, von extremistischen islamischen Lehrern sowie von Beamten aus, die deren Ansichten teilen. Algerische Christen, von denen die meisten muslimischer Herkunft sind, werden vor allem von ihren Familienmitgliedern und Großfamilien verfolgt. Daher sind die Familie und das Umfeld wichtige Verfolger, einschließlich lokaler traditioneller (Stammes-)Führer und Ältester. Auch Staatsbedienstete auf verschiedenen Ebenen der Verwaltungshierarchie spielen eine Rolle, wenn es darum geht, Druck auf Christen auszuüben, ihren Glauben aufzugeben und darum, die Freiheit der Christen einzuschränken, ihre Meinung zu äußern und ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu leben. Einige islamische Lehrer setzen sich aktiv für die Verfolgung von Christen ein.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Regierungsbeamte, politische Parteien und Führungspersönlichkeiten spielen eine wichtige Rolle als Verfolger. Die Feindseligkeit dieser Akteure gegenüber den kulturellen, sprachlichen und politischen Ansprüchen nichtarabischer ethnischer Gruppen bedeutet, dass infolge ihrer Bemühungen, solche Forderungen zu unterdrücken, auch die örtlichen Kirchen Beschränkungen und Verfolgungen ausgesetzt sind. Das Wachstum der Kirche, vor allem in der Kabylei-Region, wird als Bedrohung für die vorwiegend arabische und islamische Identität des Landes wahrgenommen. Folglich fördern Regierung und Regierungspartei Verfolgung durch „Ethnisch begründete Anfeindungen“.

Diktatorische Paranoia: Algerien ist eines der wenigen Länder Nordafrikas, in dem sich das Regime dauerhaft an der Macht halten und weitreichende demokratische Reformen umgehen konnte. Seit der Unabhängigkeit ist die Nationale Befreiungsfront trotz mehrerer Präsidentenwechsel an der Macht geblieben. Die Nationale Befreiungsfront wurde oft von islamistischen politischen Bewegungen herausgefordert und um die Anhänger der islamistischen Bewegungen für sich zu gewinnen und ihre Legitimität zu stärken, schränkt die Regierung die Freiheit von Christen ein.

Hintergrund

2014 wurde Präsident Bouteflika für eine vierte Amtsperiode wiedergewählt. Die algerische Verfassung erlaubt nur zwei Amtsperioden, doch mit Unterstützung islamistischer Parteien konnte er eine Verfassungsänderung vornehmen. Seit er 2013 einen Schlaganfall erlitt, trat der Präsident kaum in der Öffentlichkeit auf und führte nicht einmal eine Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl 2014 durch. Die Zukunft Algeriens wird in hohem Maße davon abhängen, wer dem angeschlagenen Präsidenten nachfolgen wird. Algerien verabschiedete 2016 eine Reihe von Verfassungsänderungen, die dem Parlament mehr Macht einräumen und die Begrenzung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten wiederherstellt. Jedoch haben viele Kritiker und Gegner des Regimes diese Reformversuche als oberflächlich abgetan. Der Rückgang der Preise für Erdgas, ein wichtiges Exportgut in Algerien, hat die wirtschaftlichen Herausforderungen für das Land verschärft.

Algerien belegt auf dem Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen Rang 83 von 188 Ländern. Mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 75 Jahren und einer Alphabetisierungsrate von 80,2 Prozent scheint Algerien bei der Bereitstellung sozialer Güter und Dienstleistungen viel besser abzuschneiden als die meisten afrikanischen und arabischen Länder.

Indes ist die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin ein Problem und der Rückgang der Energiepreise hat den algerischen Staat vor eine ernsthafte wirtschaftliche Herausforderung gestellt. Dennoch haben Algerier mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 13,533 US-Dollar eine bessere Lebensperspektive und bessere wirtschaftliche Bedingungen als die meisten anderen Länder Afrikas und einiger arabischer Länder.

Trotz seiner gewaltsamen Vergangenheit und der anhaltenden Bedrohung durch islamische Erhebungen ist Algerien relativ stabil. Diese Stabilität ist jedoch gefährdet und könnte aus vielen Gründen zerstört werden. Anlass zur Besorgnis ist der zunehmende wirtschaftliche Druck auf die Regierung, die mit steigender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Unzufriedenheit angesichts sinkender Erdgaseinnahmen umgehen muss. Besorgniserregend ist auch die Möglichkeit eines Kampfs zwischen Offizieren der Armee um die Nachfolge. Es besteht auch die Gefahr, dass die Gesetzlosigkeit in Libyen die Stabilität in Algerien untergraben könnte, da die beiden Länder eine lange Grenze teilen. Jede Instabilität, die in Algerien aufgrund einer dieser Ursachen entstehen könnte, würde die Situation der Christen wahrscheinlich noch verschlimmern.

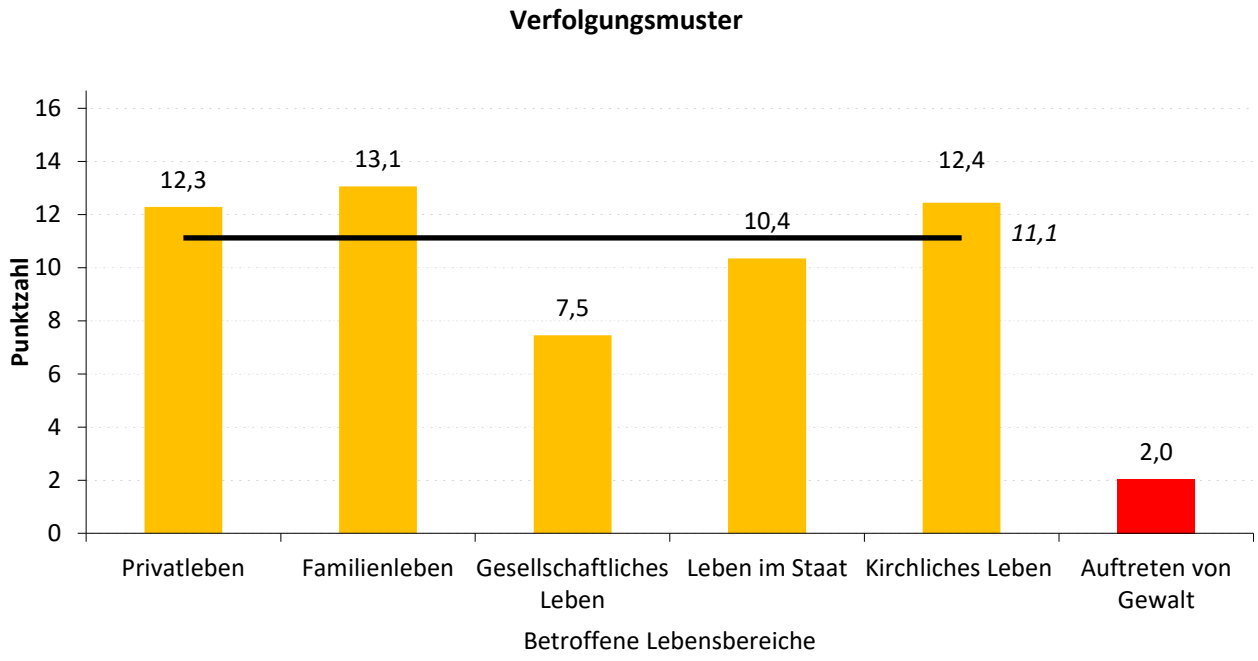
Neben Christen sind auch algerische Juden und Ahmadis in unterschiedlichem Maß mit Verfolgung konfrontiert. Algerische Juden fürchten wegen der Androhung von Gewalt durch Islamisten um ihre Sicherheit und es gab Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe. Die Ahmadiyya sieht sich einer stärkeren Verfolgung ausgesetzt, einschließlich strafrechtlicher Vorwürfe wegen „Verunglimpfung des Dogmas oder der Gebote des Islam“, feindseliger Reden von Amtsträgern und der Verweigerung des Vereinigungsrechts.

Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Zu dieser Kategorie gehören die Römisch-Katholische und einige evangelische Kirchen unter dem Dach der EPA (Protestantische Kirche Algeriens). Diese Gemeinschaften sind außerhalb ihrer Gottesdiensträume mit Einschränkungen konfrontiert, sind aber erlaubt, sofern sie registriert sind. Katholische Kirchen (einschließlich einer Kathedrale in Algier, dem Sitz des Erzbischofs) führen Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durch, ebenso wie die Protestantische Kirche Algeriens, die ein Bund verschiedener christlicher Gemeinden (Denominationen) ist. Es gibt auch eine kleine Zahl christlicher Studenten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die an Universitäten oder in ihrem alltäglichen Leben in den Städten mit Diskriminierung konfrontiert sind.

Christen muslimischer Herkunft: Fast alle Christen Algeriens sind muslimischer Herkunft und werden verfolgt. Das Gesetz verbietet alle öffentlichen Versammlungen, bei denen ein anderer Glaube als der Islam praktiziert wird. In der Berber-Region gibt es eine große Zahl inoffizieller Gruppen, die sich regelmäßig treffen; Nichtmuslime versammeln sich zum Gottesdienst meist in Privathäusern. Gemeindeleiter geben an, dass Christen konstant unter Druck gesetzt werden. Unabhängigen christlichen Gemeinden wird eine Registrierung häufig verwehrt. Die sehr junge algerische Kirche (sie besteht zumeist aus Christen der ersten Generation) ist in vielfältiger Form Diskriminierungen durch den Staat und Familienmitgliedern ausgesetzt. Während die protestantischen Kirchen unter dem Dachverband EPA (Protestantische Kirche Algeriens) bereits zur Kolonialzeit entstanden, gehören dazu auch Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Algerien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Algerien ist sehr leicht zurückgegangen: Die Durchschnittswertung sank von 11,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 11,1 Punkte.
- Es gab keine nennenswerten Veränderungen, was das Ausmaß des Drucks auf Christen betrifft. Der Druck ist am stärksten im Bereich „Familienleben“ (13,1), da für Christen muslimischer Herkunft die Verfolgung hauptsächlich von nahen Verwandten und Familienmitgliedern ausgeht.
- Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ stieg von 1,7 im Weltverfolgungsindex 2017 auf 2,0 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum.

Privatleben: In Algerien ist jeder Versuch, einen Muslim von einem anderen Glauben zu überzeugen oder ihn zur Konversion zu ermutigen, gesetzlich verboten. Allerdings ist die Bekehrung vom Islam an sich nicht kriminalisiert (Apostasie ist kein Verbrechen). Juristisch sind es also diejenigen, die die Bekehrung verursacht haben oder versuchen, jemanden zur Bekehrung zu bewegen, und nicht der Bekehrte selbst, die strafrechtlich haftbar gemacht werden. Das Hauptproblem für Christen muslimischer Herkunft ist daher die Verfolgung innerhalb der Familie, die sehr gefährliche Ausmaße annehmen kann. Kirchenleiter berichten, dass Christen muslimischer Herkunft (besonders Frauen) manchmal von ihren muslimischen Familien zu Hause eingesperrt werden. Sie dürfen keinerlei Kontakt zu anderen Christen haben, geschweige denn sich mit ihnen treffen. Da es christliche Sender gibt, die nach Algerien ausstrahlen, werden ihnen Fernsehen und Radio verboten.

Im arabischen Teil des Landes ist die Verfolgung noch bedrohlicher und Christen mit muslimischem Hintergrund laufen Gefahr, getötet zu werden. Vielen Christen ist es nicht möglich, anderen Familienmitgliedern oder Gästen von ihrem Glauben zu berichten. Oft sind sie häuslicher Gewalt schutzlos ausgesetzt.

Familienleben: Für die algerische Regierung ist jeder Bürger ein Muslim. Es gibt Fälle, in denen muslimische Dorfbewohner Christen verwehrt haben, ihre verstorbenen Angehörigen zu beerdigen. Christliche Eheschließungen sind nur innerhalb der Kirche gültig, aber trotzdem nicht vom Staat anerkannt – die Behörden registrieren diese Ehen als muslimisch.

Gesellschaftliches Leben: lgerische Christen reden meist nur von „Dorfbewohnern, die nicht mit uns sprechen“, wohingegen christliche Menschenrechtsorganisationen von regelmäßigen verbalen und körperlichen Angriffen berichten. Laut dem „Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit“ der US-Regierung aus dem Jahr 2012 werden „Ausländer und Bürger, die eine andere Religion als den Islam praktizieren, im Allgemeinen toleriert. Jedoch haben einige Christen muslimischer Herkunft aus Sorge über ihre persönliche Sicherheit ihren Glauben verschwiegen.“ Die Regierung ist besonders beunruhigt über Berichte von Missionierungen in den konservativeren muslimischen Gemeinden, wie beispielsweise in Gebieten, die als Basis von extremistisch-islamischen Gruppierungen dienten, die im Bürgerkrieg (1991-1999) gegen die Regierung kämpften. Christen, die dort leben, müssen ihren Glauben geheim halten, weil sie sonst keinen Zutritt zu Universitäten erhalten und von Lehrern diskriminiert werden.

Leben im Staat: Die konsequente Umsetzung der sehr restriktiven Verordnung 06-03 schränkt die Freiheit von Christen im Bereich „Leben im Staat“ besonders ein. Das Gesetz, das Gottesdienste nichtmuslimischer Religionen nur unter Auflagen erlaubt, wurde im Februar 2006 verabschiedet und trat im darauffolgenden September in Kraft. Die Einführung dieses Anti-Konversions-Gesetzes im Jahr 2006 war für die christliche Kirche Algeriens ein Wendepunkt und markierte einen Rückschritt für die Religionsfreiheit. Die Verordnung 06-03 verbietet jede Handlung, welche „einen Muslim zum Übertritt zu einer anderen Religion auffordert, nötigt oder entsprechende Verführungsmethoden einsetzt oder hierfür Unterrichts-, Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen oder Einrichtungen gesellschaftlicher oder kultureller Natur oder Schulungsinstitutionen oder irgendeine andere Einrichtung oder finanzielle Mittel nutzt.“ Die Zuwiderhandlung wird mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis und einem Bußgeld geahndet. Das Gesetz verbietet auch alle christlichen Veranstaltungen außerhalb staatlich anerkannter Kirchengebäude. Seit November 2007 haben sich Maßnahmen gegen Kirchengemeinden und der Druck auf Christen beachtlich gesteigert. Zwischen November 2007 und Mai 2008 hat die Regierung 26 Kirchengemeinden geschlossen, und seit Januar 2008 wurden etwa fünfzehn Christen verhaftet und angeklagt. Einige von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen und hohen Bußgeldern verurteilt. Ein besonders beunruhigender Aspekt der Verordnung 06-03 ist die vage Formulierung, die eine sehr willkürliche Auslegung und Anwendung ermöglicht.

Die Freiheit von Christen steht im Bereich „Leben im Staat“ besonders unter Druck, weil die Verordnung 06-03 weiterhin durchgesetzt wird. Der Trend zur Inhaftierung von Christen wegen Social-Media- oder Blogeinträgen hat sich auch im aktuellen Berichtszeitraum fortgesetzt. Ein algerischer Christ, Samir Chamek, wurde wegen Blasphemie angeklagt und im Januar 2017 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er auf Facebook einen Beitrag veröffentlicht hatte, der als islamkritisch empfunden wurde.

Kirchliches Leben: Der scheinbar positiven Nachricht, dass die EPA (Protestantische Kirche Algeriens) nach jahrelangen Bemühungen im Jahr 2011 endlich die offizielle Registrierung erhielt, folgte eine Enttäuschung. Es wurde keine wirkliche Freiheit gewährt, und die Ortsgemeinden sind weiterhin verpflichtet, eine eigene Registrierung zu beantragen. Auf lokaler Ebene hat sich die Unterdrückung noch verschärft und keine Ortskirchen, die der EPA angehören, wurden registriert. Die Regierung hat seit Inkrafttreten der Verordnung 06-03 im Februar 2006 keine neuen Kirchen mehr registriert, sodass sich viele Christen weiterhin in inoffiziellen Hauskirchen treffen, die oft Privathäuser oder Büroräume von Gemeindemitgliedern sind. Aus rechtlicher Sicht legt die Verordnung 06-03 Vorschriften für kirchliche Bauten fest, sodass eine Versammlung zuhause verboten ist. Die Strafe kann bis zu drei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 300.000 Algerischen Dinar (etwa 3.000 Euro) betragen. Derzeit sind keine Christen aus diesem Grund im Gefängnis und die Christen treffen sich weiterhin in ihren Häusern. Dennoch hängt das Gesetz wie ein Damoklesschwert über ihnen. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden mehrere Kirchen, die der Protestantischen Kirche Algeriens (EPA) angehören, von lokalen Behörden angewiesen, ihre Versammlungen auf der Grundlage des Gesetzes von 2006 zu beenden, das nichtmuslimische Gottesdienste reguliert.

Auftreten von Gewalt: Gewaltsame Verfolgung von Christen geht in Algerien weiterhin in erster Linie von nahen Familienangehörigen und Verwandten aus. Das erweiterte Umfeld trägt unter dem Einfluss extremistischer islamischer Lehrer ebenfalls zur gewaltsamen Christenverfolgung in Algerien bei.

Beispiele:

- Ein junger Christ muslimischer Herkunft wurde von seiner Familie geschlagen und gezwungen, weiterhin die örtliche Moschee zu besuchen, nachdem seine Familie eine Bibel unter seinem Bett gefunden hatte. Ein anderer Christ mit muslimischem Hintergrund wurde zur Scheidung von seiner Ehefrau gezwungen, als ihre Familie herausfand, dass er kein Muslim mehr war.
- Eine Kirche in Ouargla wurde angegriffen, indem während des Ramadan 2017 fast täglich Steine auf sie geworfen wurden. Im August 2017 wurde dieselbe Kirche in Ouargla durch einen Mob lokaler Einwohner attackiert. In Sidi Moussa wurde am 9. Juni 2017 eine katholische Kirche für Arbeitsmigranten zerstört.
- Ein Christ muslimischer Herkunft wurde geschlagen und von seiner Familie verstoßen, nachdem entdeckt wurde, dass er Christ geworden war. Er war gezwungen, unterzutauchen, da er um sein Leben fürchtete.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

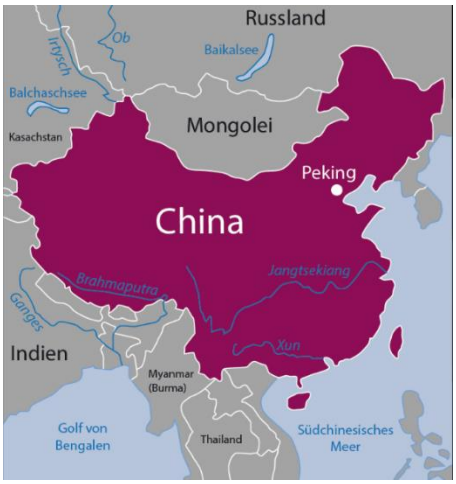
Die große Zahl von Wählern, die die Präsidentschaftswahl 2014 boykottierten, ist ein stummer Ausdruck der weitverbreiteten Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der Arbeitslosigkeit, der Wohnungskrise und der politischen Stagnation. Sollte Präsident Bouteflika im Amt sterben, ist die Wahrscheinlichkeit recht hoch, dass unter dem Druck einer jüngeren Generation, die sich verzweifelt nach Veränderung sehnt, soziale Unruhen ausbrechen – 70 % der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt. Die Frage ist, ob das, was nach Bouteflikas Herrschaft kommt, für die Christen des Landes eine Verbesserung bringt. In der gegenwärtigen Lage steht die christliche Gemeinde zwar unter großem Druck, hat aber dennoch Wege gefunden, zu überleben und sogar zu wachsen.

Die Kirche könnte in einer neuen politischen Konstellation viel schlechter dastehen, wenn Islamisten aus der gesellschaftlichen Unzufriedenheit Kapital schlagen, wie sie es in Tunesien und Ägypten getan haben.

Die Zukunft des Landes wird auch von den Entwicklungen in den Nachbarländern abhängen. Es steht fest, dass der Islamismus in Nordafrika an Einfluss gewinnt, was ernsthafte Herausforderungen und Sorgen verursacht. Dazu gehören die unerbittlichen Bestrebungen extremistischer Muslime, die Ermordung von Sicherheitskräften, Zivilisten und Christen durch ihre Auslegung des Islam zu rechtfertigen.

zurück zur Länderübersicht

China: Platz 43



Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Hauptlast der Verfolgung liegt auf den kleinen Minderheiten von Christen mit muslimischer oder buddhistischer Herkunft. Verantwortlich dafür sind nichtchristliche religiöse Leiter, die in den autonomen Gebieten Xinjiang und Tibet großen Einfluss haben. Ebenfalls beteiligt sind das gesellschaftliche Umfeld und die eigene Familie. Ein Glaubenswechsel ist mehr als nur ein Wechsel der Religion; er wird als Schande für die Familie und als Verrat an der Gesellschaft angesehen. Auch die kommunistischen Behörden fördern die Verfolgung, denn sie sind verantwortlich für die Einschränkung der Freiheiten in den oben genannten Provinzen, in denen die Lage unberechenbar ist. Doch das Problem ist nicht auf diese Regionen begrenzt. Die kommunistischen Behörden unternehmen große Anstrengungen, die ganze Gesellschaft zu kontrollieren und die eigene Macht zu erhalten. Darin liegt auch ihr Interesse begründet, Christen fest im Griff zu haben; immerhin sind sie die größte gesellschaftliche Kraft in China, die nicht vom Staat kontrolliert wird. Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 wurde die Überwachung verstärkt. Einige Hauskirchen wurden unter Druck gesetzt, der vom Staat kontrollierten Drei-Selbst-Kirche beizutreten. Die Regierung wird zum 1. Februar 2018 eine neue Religionsverordnung durchsetzen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Wenn in muslimischen oder buddhistisch geprägten Teilen Chinas bekannt wird, dass jemand von der Mehrheitsreligion zum christlichen Glauben gewechselt ist, wird dieser Christ in der Regel von Mitgliedern der Gesellschaft oder der eigenen Familie bedroht, körperlich angegriffen oder den lokalen Behörden gemeldet. All dies soll dazu führen, dass er zu seinem ursprünglichen Glauben zurückfindet. Es kommt vor, dass Ehepartner zur Scheidung gezwungen werden oder Kinder ihren christlichen Eltern weggenommen werden. Öffentliche Taufen sind ausgeschlossen. Familienfeste, wie zum Beispiel Hochzeiten oder Beerdigungen, werden von Imamen oder Lamas (buddhistischen Lehrern) organisiert. Sobald jedoch bekannt wird, dass Christen beteiligt sind, verweigern die Geistlichen die entsprechenden Zeremonien.

In Bezug auf Verfolgung ist die Unterscheidung zwischen staatlich registrierten Kirchen und nicht registrierten Kirchen (oftmals auch „Hauskirchen“ genannt) in China nicht mehr so wichtig wie in der Vergangenheit. Auch von der Regierung genehmigte Kirchen können wie jede andere Kirche in den Fokus der Behörden geraten, sobald sie als bedrohlich empfunden werden. Das kann der Fall sein, wenn sie eine gewisse Größe erreichen, zu politisch sind, ausländische Gäste einladen oder auf andere Art und Weise die Aufmerksamkeit der Behörden vor Ort auf sich ziehen.

In Bezug auf die Kirchen gewinnt die „Sinisierung“ (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) zunehmend an Bedeutung. Das passt zu der Wahrnehmung, dass die kommunistische Partei stark auf die kulturelle Identität Chinas baut, um an der Macht zu bleiben. Die neuen Begrenzungen in Bezug auf das Internet und soziale Medien, das neue Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen und die neue Religionsverordnung bedeuten ernstzunehmende Beschränkungen der Freiheit.

Wenn man diese Entwicklungen betrachtet, mag es überraschen, dass die Gesamtpunktzahl für China nicht gestiegen ist. Der Grund hierfür ist eine Verfeinerung in der Methodik des Weltverfolgungsindex, der nunmehr den Prozentsatz der verfolgten Christen in einer Region berücksichtigt und nicht mehr wie bisher die geographische Größe der Region. Für China bedeutet dies, dass in allen Fragen, in welchen ausschließlich Christen mit muslimischem oder buddhistischem (tibetischen) Hintergrund betroffen sind, die Wertung nicht mehr länger „2“ ist (da die Gebiete mehr als 25 % des chinesischen Staatsgebiets ausmachen), sondern „1“ (da dort nur etwa 3 % der Gesamtbevölkerung leben). In absoluten Punktzahlen macht diese Änderung für China etwa drei Punkte aus.

Beispiele:

- In den ländlichen Gebieten Tibets haben Lamas einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen (beispielsweise durch die Kontrolle des Gesundheitswesens), weil viele von ihnen Mitarbeiter lokaler Regierungsbehörden sind. In ihren Händen liegt die Verwaltung der Grundversorgung, einschließlich der Verteilung staatlicher Hilfsgüter an einzelne Familien. Dabei werden christliche Konvertiten häufig diskriminiert oder sogar ganz von der Versorgung ausgeschlossen.
- Wenig überraschend lässt die kommunistische Partei keine anderen Parteien zu. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind jedoch erlaubt. Allerdings werden in diesem Bereich keine christlichen Organisationen genehmigt, es sei denn, sie arbeiten unter der Schirmherrschaft registrierter Kirchen. Damit ist der größte Teil der chinesischen Christen davon ausgeschlossen, sich in organisierter Form sozial engagieren zu können.
- Am 24. Mai 2017 wurden zwei chinesische Missionare von islamisch-extremistischen Kämpfern in Quetta, Pakistan, entführt und später von ihnen getötet. Dieser Vorfall spiegelt sich im Weltverfolgungsindex in der Wertung für Pakistan wider, aber er wird auch hier erwähnt, da er in den kommenden Jahren weitreichende Konsequenzen haben wird. Mit einer wachsenden christlichen Gemeinde in China und dem Versprechen, bis zum Jahr 2030 20.000 Missionare auszusenden, werden in Zukunft immer mehr Missionare in einige der schwierigsten und unwahrscheinlichsten Regionen der Welt ausgesendet werden. Insbesondere im Zuge der „Neuen Seidenstraße“, einer Initiative der Regierung, werden chinesische Bürger in Zukunft relativ leichten Zugang zu vielen Ländern haben. Die Frage ist allerdings, ob sie von ihrer atheistischen Regierung Schutz erwarten dürfen, wenn sie im Ausland nicht freundlich empfangen werden.
- Im August 2017 wurden in der Provinz Shanxi einige Gebäude zerstört, die der katholischen Kirche gehörten, obwohl die Mitglieder der Kirche versuchten, diese Gebäude zu schützen. Häuser von Christen in Guangdong, Xinjiang und Anhui wurden durchsucht und Eigentum beschlagnahmt. Auch Kirchen wurden durchsucht und die Vermieter, die die Räumlichkeiten an Kirchen vermieteten, unter Druck gesetzt, Mietverträge zu kündigen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Wie im Vorjahr hat China eine Wertung von 57 Punkten. In den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ sind die Durchschnittswerte zurückgegangen. In den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ ist die Punktzahl allerdings angestiegen. Diese Punktzahlen spiegeln die wachsende Betonung der kommunistischen Rhetorik durch die Regierung sowie größer werdende Herausforderungen in Bezug auf das rechtliche und administrative Umfeld wider. Letzteres ist bedingt durch die neue Religionsverordnung, die am 1. Februar 2018 in Kraft treten wird. Diese zeigt schon jetzt Auswirkungen, da Christen sich bereits auf die Einführung der neuen Regeln vorbereiten. Besonders im Bereich „Kirchliches Leben“ ist der Druck spürbar. In Bezug auf die Situation der Christen im gesamten Land muss man die enorme flächenmäßige Ausdehnung Chinas berücksichtigen; dadurch ist die Lage der Christen in verschiedenen Teilen des Landes sehr unterschiedlich.

Wenn man diese Entwicklungen betrachtet, mag es überraschen, dass die Gesamtpunktzahl für China nicht gestiegen ist. Der Grund hierfür ist eine Verfeinerung in der Methodik des Weltverfolgungsindex, der nunmehr den Prozentsatz der verfolgten Christen in einer Region berücksichtigt und nicht mehr wie bisher die geographische Größe der Region. Für China bedeutet dies, dass in allen Fragen, in welchen ausschließlich Christen mit muslimischem oder buddhistischem (tibetischen) Hintergrund betroffen sind, die Wertung nicht mehr länger „2“ ist (da die Gebiete mehr als 25 % des chinesischen Staatsgebiets ausmachen), sondern „1“ (da dort nur etwa 3 % der Gesamtbevölkerung leben). In absoluten Punktzahlen macht diese Änderung für China etwa drei Punkte aus.

Triebkräfte der Verfolgung

Kommunistische Unterdrückung: Das alles überspannende Ziel der kommunistischen Partei ist der Machterhalt, den sie durch nationale Einheit und die Minimierung ausländischer Einflüsse zu sichern versucht. Die Regierenden werden alles aus ihrer Sicht Nötige tun, um in diesem Bestreben Erfolg zu haben. In den vergangenen Jahren berief sich China zunehmend auf seine ideologischen Wurzeln und betonte die kommunistische Herrschaft. Im Dezember 2016 forderte Präsident Xi Jinping Gefolgschaft von den Schulen und Universitäten des Landes in Bezug auf die kommunistische Ideologie der Regierung ein. Im Juli 2017 erinnerte er noch einmal nachdrücklich an die Notwendigkeit, die traditionelle chinesische Kultur in allen Bereichen der Gesellschaft neu zu beleben. Der Konfuzianismus wurde als chinesisch gepriesen; wenn jemand unbedingt religiös sein müsse, dann solle er dem Konfuzianismus anhängen, so die Empfehlung von Xi Jinping. Präsident Xi Jinping ist wohl der stärkste Parteiführer seit langer Zeit, einige Beobachter vergleichen ihn bereits mit Mao Zedong. Unterdessen gewinnen Parteiorgane wie die Zentralkommission zur Kontrolle der Disziplin an Macht. So ermittelten sie gegen hochrangige Parteimitglieder, denen man auf dem 19. Parteikongress eine Beförderung auf die Ebene der nationalen Führung zutraute. Auf dem Parteikongress selbst wurde betont, dass sich die Partei wieder stark auf die kommunistische Ideologie fokussiert. Dabei wurde unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Partei diese Fokussierung auch von sämtlichen Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Beteiligten erwartet. Weitere Informationen über den 19. Parteikongress finden sich im Abschnitt „Hintergrund“.

Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen, darunter auch die stark wachsende christliche Minderheit. Dies gilt vor allem für die instabilen Minderheitsregionen Tibet und das muslimische Xinjiang. Die Regierung hat die Kontrolle in diesen Gebieten verstärkt, was nicht nur ethnische Aufständische zu spüren bekommen, die um die Unabhängigkeit kämpfen, sondern auch einzelne Gruppen von christlichen Konvertiten und sogar Han-Christen. In den meisten Regionen Chinas werden christliche Aktivitäten jedoch eher beobachtet als kontrolliert. Einige nicht registrierte Hauskirchen waren allerdings in der Ausübung ihrer Aktivitäten eingeschränkt, besonders im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. In Bezug auf die meist von Han-Chinesen besuchten Kirchen sprechen Beobachter von drei Arten von Kirchen: den illegalen „schwarzen" Kirchen (wie beispielsweise dem Vatikan gegenüber loyale Katholiken), welche vom Staat bekämpft werden, den staatlich anerkannten „roten" Kirchen, die kontrolliert werden, und den „grauen", die trotz fehlender Genehmigung toleriert werden und der die Mehrheit der chinesischen Christen angehört.

Islamische Unterdrückung: Die Situation in der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas, wo die muslimische Minderheit der Uiguren lebt, wird zunehmend instabil. Immer mehr islamische Extremisten sickern aus dem Ausland in die Region ein. Einigen Berichten zufolge waren islamische Kämpfer aus Xinjiang im Mai 2017 an der Belagerung von Marawi auf den Philippinen beteiligt. All das hat dazu geführt, dass die Regierung ihr Vorgehen gegen die Kämpfer wie auch die Kontrolle der Religionen in Xinjiang weiter intensiviert. Die Lage der wenigen Christen muslimischer Herkunft – höchstwahrscheinlich einige Tausend – ist extrem schwierig. Sie erleben den soeben bereits beschriebenen allgemein erhöhten Druck vonseiten der Regierung und müssen zusätzlich mit Verfolgung durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen. Jedes Abweichen von der islamischen Glaubenstradition wird als Schande und sogar Verrat angesehen, da nach gängigem Verständnis jeder Uigure Muslim sein sollte. Auch wenn es schwierig ist, Berichte über die Situation von Christen muslimischer Herkunft zu erhalten, so weisen doch alle vorliegenden Informationen auf eine Verschlechterung hin. Gelegentlich kommt es sogar zu physischer Gewalt durch Familienangehörige.

Religiös motivierter Nationalismus: Ähnliche Entwicklungen wie im Einflussbereich der „Islamischen Unterdrückung" betreffen auch die noch kleinere Gruppe tibetischer Christen buddhistischer Herkunft in der chinesischen Region Tibet (Westchina). Druck und Gewalt nehmen zu und die Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die tibetischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Tibetische Christen sind starkem Widerstand vonseiten ihrer Familie, Freunden und der Gesellschaft ausgesetzt. In dieser Region einen „abweichenden" Glauben zu haben, kann einen hohen Preis kosten, da ein christlicher Konvertit automatisch von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

Säkulare Intoleranz: Die Bemühungen, Religionen aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, haben sich verstärkt. Das wurde beispielsweise deutlich durch Einschränkungen im Bereich religiöser Veranstaltungen auf dem Gelände von Universitäten und im Blick auf Veröffentlichungen religiöser Schriften. In manchen Regionen wird von einer Intensivierung atheistischer Unterweisung berichtet. Der Kommunismus ist seinem Wesen nach atheistisch und lehnt alle Religionen ab.

Diktatorische Paranoia: Präsident Xi Jinping hat seine Macht in einer Weise gefestigt, wie man es seit Mao Zedong nicht mehr erlebt hat. Unter seiner Führung wirkt die kommunistische Partei schon fast militant hinsichtlich ihrer Bemühungen, jegliche vermeintliche Bedrohung, die die Autorität der Partei anzweifeln könnte, anzugreifen. Das Hauptziel der Partei ist der Machterhalt.

In gewisser Hinsicht stellt die Ideologie ein Werkzeug dar, das eher als Mittel zum Zweck dient, statt das eigentlich Ziel zu sein. So wird zum Beispiel der christliche Glaube nicht unbedingt aufgrund seiner theologischen Inhalte als mögliche Bedrohung gesehen, sondern weil sich Menschen im Namen einer Sache versammeln und organisieren, die außerhalb der Kontrolle der Partei liegt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Lokale Regierungsbeamte können sehr korrupt sein. Streitigkeiten um Grundstücke, bei denen Christen betroffen sind, führten im vergangenen Jahr zu einer beachtlichen Anzahl von Verfolgungsfällen. Allerdings hat die kommunistische Partei eine Anti-Korruptionskampagne ins Leben gerufen, sodass Hoffnung besteht, dass diese Triebkraft der Verfolgung künftig in den Hintergrund tritt.

Verfolger

Die Hauptlast der Verfolgung liegt auf den kleinen Minderheiten von Christen mit muslimischer oder buddhistischer Herkunft. Verantwortlich dafür sind nichtchristliche religiöse Leiter, die in den autonomen Gebieten Xinjiang und Tibet großen Einfluss haben. Ebenfalls beteiligt sind das gesellschaftliche Umfeld und die eigene Familie. Ein Glaubenswechsel ist mehr als nur ein Wechsel der Religion; er wird als Schande für die Familie und als Verrat an der Gesellschaft angesehen. Auch die kommunistischen Behörden fördern die Verfolgung, denn sie sind verantwortlich für die Einschränkung der Freiheiten in den oben genannten Provinzen, in denen die Lage unberechenbar ist. Doch das Problem ist nicht auf diese Regionen begrenzt. Die kommunistischen Behörden unternehmen große Anstrengungen, die ganze Gesellschaft zu kontrollieren und die eigene Macht zu erhalten. Darin liegt auch ihr Interesse begründet, Christen fest im Griff zu haben; immerhin sind sie die größte gesellschaftliche Kraft in China, die nicht vom Staat kontrolliert wird.

Hintergrund

China bleibt eines der kompliziertesten Länder auf dem Weltverfolgungsindex, da die Verfolgung von Christen so facettenreich und vielfältig ist. Die Kampagne in der Provinz Zhejiang, in deren Verlauf viele Kreuze niedergerissen und zerstört wurden, endete zu Beginn des Jahres 2016. Gemeindeversammlungen wurden jedoch in einigen Provinzen weiterhin gestört oder unterbunden. Kirchen wurde nachdrücklich davon abgeraten oder sie wurden daran gehindert, Jugendfreizeiten abzuhalten. In anderen Provinzen hingegen konnten die traditionellen Jugendfreizeiten im Sommer ohne staatliche Interventionen durchgeführt werden. Kirchen werden besonders ins Visier genommen und in ihren Aktivitäten beeinträchtigt, wenn die Behörden dies aus einem oder mehreren der folgenden Gründe für nötig halten: 1. Teilnahme von Ausländern an Zusammenkünften, 2. Die Beteiligung ausländischer Medien, 3. Eine als zu groß empfundene Teilnehmerzahl oder 4. Die Aussendung von Missionaren ins Ausland.

Die kommunistische Partei setzt ihre Kampagne gegen Korruption unverändert fort, um die Macht durch nationale Einheit und die Begrenzung ausländischer Einflüsse zu sichern. Aber es gibt noch eine Vielzahl anderer Themen, die die Führung des Landes beschäftigen. Eines ist weiterhin die Abschwächung des Wirtschaftswachstums – die Gesellschaft hat sich an einen stetigen Anstieg des Wohlstandes gewöhnt. Ein weiterer Punkt betrifft die Wahrung der allgemeinen Sicherheit – hier konzentriert sich das Regime derzeit darauf, extremistische Kämpfer auf die Provinzen Xinjiang und Tibet zu begrenzen. Die bisherigen Antworten der Regierung waren von Vorsicht geprägt und streng ideologisch.

Die Lockerung der Ein-Kind-Politik hat noch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Zudem ist sie ein zweischneidiges Schwert. Einerseits kann diese Maßnahme zur Lösung einiger sozialer Probleme der alternden Bevölkerung beitragen, andererseits setzt sie notwendigerweise ein höheres Wirtschaftswachstum voraus.

Um seine eigene Macht zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen. Die Frage des kirchlichen Wachstums und seiner Regulierung gewinnt zunehmend an Gewicht. Im April 2016 fand das erste hochrangige Treffen zum Thema Religion hinter verschlossenen Türen statt. Obwohl darüber nur wenige Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, wurde berichtet, dass Präsident Xi Jinping vor religiösem Einfluss aus dem Ausland warnte. Auch die Sinisierung (gezielte Förderung chinesischer Traditionen bei gleichzeitiger Schwächung anderer kultureller Einflüsse) bleibt ein wichtiges Thema. In einem beliebten Internetforum fragte ein junger chinesischer Christ im März 2017, ob es zusammenpasse, Christ und Mitglied der kommunistischen Partei zu sein. Eine Antwort kam aus einer überraschenden Quelle, dem Zentralkomitee des kommunistischen Jugendverbandes. Die Antwort begann mit einem klaren „Nein“ – nicht nur zum Christentum, sondern auch zu allen anderen Religionen. Es folgte eine lange Erklärung, die die Verfassung der kommunistischen Partei zitierte. Die Ausführungen schlossen mit der Warnung, der „zersetzenden Wirkung der Religion zu widerstehen“. Ein Bericht der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation „Freedom House“, der im Februar 2017 veröffentlicht wurde und den Titel „The Battle for China‘s Spirit“ („Der Kampf um Chinas Seele“) trägt, weist ebenfalls auf eine zunehmende Kontrolle und Einschränkung von Religionen hin. Nach mehr als einem Jahr gab die chinesische Regierung schließlich am 7. September 2017 bekannt, dass die neue Religionsverordnung am 1. Februar 2018 durchgesetzt wird. Während die Vorschriften ausführlicher sind und strenger zu sein scheinen als ein früherer Entwurf, bleiben die tatsächlichen Auswirkungen bis zur Durchsetzung abzuwarten, die jedoch erst nach dem Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2018 beginnt.

Auf dem 19. Parteikongress sind Präsident Xis Name und sein Gedankengut unter dem Titel „Xi Jinpings Gedanken über den Sozialismus chinesischer Prägung für eine neue Ära“ offiziell in die Statuten der kommunistischen Partei übernommen worden. Obwohl erst die Zeit zeigen wird, wie sich dies in der Praxis auswirken wird, gibt es dennoch drei wichtige Punkte, die man aus diesem Parteikongress lernen kann: 1) Seit Mao Zedong ist Präsident Xi Jinping der erste Parteiführer, dessen Gedanken zu seinen Lebzeiten in die Statuten der Partei aufgenommen werden. Das verdeutlicht, wie stark seine Position wirklich ist. 2) Im Gegensatz zu vorherigen Kongressen deutete die Parteiführung keinen designierten Nachfolger an, der das Amt von Präsident Xi beim nächste Parteikongress im Jahr 2022 übernehmen könnte. Ob das bedeutet, dass er eine dritte Amtsperiode in Erwägung zieht oder ob er lediglich Einfluss hinter den Kulissen ausüben will, bleibt abzuwarten. 3) In seiner über dreistündigen Rede widmete sich Präsident Xi dem Thema Religion mit einiger Deutlichkeit und betonte die Notwendigkeit, Religionen staatlich zu kontrollieren und gleichzeitig die „Sinisierung“ voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang steht auch ein weiteres brisantes Thema: das Wachstum der Kirche. Offizielle Schätzungen zur Anzahl der Christen in China fallen niedrig aus. Andere gehen davon aus, dass ihre Zahl – einschließlich der registrierten Drei-Selbst-Bewegung, des protestantischen Hauskirchennetzwerks, der Katholisch-Patriotischen Vereinigung und der dem Vatikan verbundenen Römisch-Katholischen Kirche – die Anzahl der Anhänger der kommunistischen Partei zahlenmäßig übertrifft. Diese beläuft sich auf rund 88 Millionen. Einige Schätzungen gehen von etwa 130 Millionen Christen aus.

Allein die Diskussion zeigt neben der großen Spanne der Schätzungen, dass China nicht leicht zu verstehen ist. Sie verdeutlicht außerdem, dass sich Verfolgung und ein starkes Wachstum der christlichen Gemeinde nicht gegenseitig ausschließen. Vor allem aber erklärt sie die Nervosität der Kommunistischen Partei im Blick auf das Wachstum der Kirchen. In seinem richtungsweisendem Buch „The Souls of China" („Die Seelen Chinas") beschreibt Ian Johnson, dass es für die Partei auch noch einen anderen Grund zur Sorge gibt: Obwohl China es geschafft hat, Millionen von Bürgern aus der Armut zu befreien, sind die Menschen immer noch unglücklich und suchen nach Sinn und Bedeutung in ihrem Leben. Somit ist Religion ein sehr wichtiger Faktor in der chinesischen Gesellschaft, mit dem gerechnet werden muss. Christen sind ohne Frage die größte gesellschaftliche Kraft, die nicht von der Kommunistischen Partei kontrolliert wird.

Während heute mehr Freiheit für Christen herrscht als noch vor 30 Jahren, setzt sich die Christenverfolgung auch unter der Han-Mehrheit fort. Der Bewegungsspielraum für Christen wird kleiner, wie das neue Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen und die neue Religionsverordnung deutlich machen. Die chinesischen Behörden führten im Januar 2017 eine strikte Regulierung der Nutzung virtueller privater Netzwerke (VPN) ein, welche eine Möglichkeit bieten, auf blockierte Webseiten zuzugreifen und die Privatsphäre zu schützen. Seit April 2017 dürfen private Unternehmen keine Online-Nachrichten und Kommentare mehr veröffentlichen. Dies verdeutlicht die zunehmenden Anstrengungen der Regierung, zu kontrollieren, welche Nachrichten chinesische Bürger sehen und lesen dürfen. Die verantwortlichen Regierungsstellen haben bekannt gegeben, dass neue Regeln für das Kommentieren in sozialen Netzwerken eingeführt werden. Seit dem 1. Oktober 2017 ist es den mehr als 730 Millionen Internetbenutzern des Landes nicht mehr möglich, anonyme Online-Kommentare zu posten. Es gab zahlreiche Berichte über eine verstärkte Förderung der zwölf sozialistischen Grundwerte. Diese neue Initiative der Regierung beinhaltet auch eine neue Reihe von Schullehrbüchern für Kinder an Grund- und Mittelschulen, die im Jahr 2019 komplett eingeführt werden soll.

Neben den Christen erfahren auch Muslime in Xinjiang, tibetische Buddhisten und Angehörige von Falun Gong starken Druck durch die Regierung. Weitere Details können dem Bericht mit dem Titel „The Battle for China's Spirit" („Der Kampf um Chinas Seele") von Freedom House entnommen werden, der im Februar 2017 veröffentlicht wurde.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Im Vergleich zu den weiter unten genannten Kategorien von Christen genießt diese Gruppe mehr Freiheiten. Allerdings wird sie überwacht und unterliegt Einschränkungen bei ihren Kontakten zu lokalen chinesischen Kirchen.

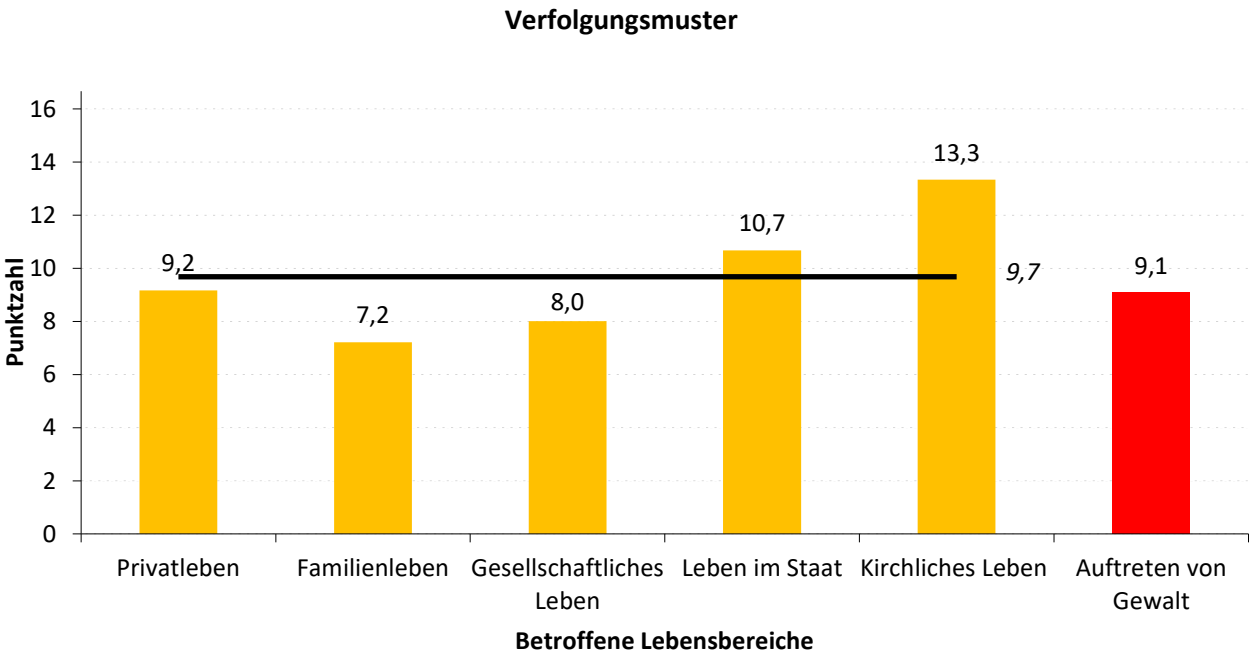
Christen aus traditionellen Kirchen und von der Regierung kontrollierte Kirchen: Diese Kategorie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Besonderheit der chinesischen Christenheit. Es gibt registrierte und von der Regierung anerkannte Kirchen – die protestantische Drei-Selbst-Bewegung und die Katholisch-Patriotische Vereinigung – und nicht registrierte, unabhängige Kirchen. Auf katholischer Seite sind dies die vatikantreuen Gemeinden. Kirchen der protestantischen Drei-Selbst-Bewegung und der Katholisch-Patriotischen Vereinigung werden von der Regierung kontrolliert. Obwohl es keine unmittelbare Zensur gibt, sind sie mit ihren Äußerungen sehr vorsichtig. Die Wahl der Leiter wird vom Staat beeinflusst.

Es ist beachtenswert, dass die Kirchen der protestantischen Drei-Selbst-Bewegung in ihrer offiziellen Kirchenzeitschrift die neuen Regelungen der Regierung zur Religion begrüßt haben und dort auch ihr Verständnis der Beziehungen von Kirche und Staat dargelegt haben. Das könnte den Druck auf nicht-registrierte Kirchen erhöhen. Die vatikantreuen Kirchen werden von den Regierungsstellen nicht anerkannt und bekämpft, da sie mit einer ausländischen Macht in Verbindung stehen.

Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft: Während Christen in China im Vergleich zu den 1980er-Jahren grundsätzlich mehr Freiheiten haben, gilt dies nicht für die kleinen Gemeinschaften von Christen mit anderem religiösen Hintergrund. Da sie in Regionen ethnischer Minderheiten leben, die aufgrund von Unabhängigkeitsbestrebungen sehr instabil sind, erleben christliche Konvertiten Druck aus zwei Richtungen: einerseits vonseiten der Regierung, die jegliche vermeintlich politischen oder gefährlichen Aktivitäten unterbindet. Andererseits setzen Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn diese Christen unter Druck, zum „wahren Glauben“ zurückzukehren, denn bei den fraglichen ethnischen Gruppen stellt die Religion einen wichtigen, einenden Faktor dar.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Zu dieser Gruppe von Christen zählen evangelikale Christen, Baptisten und Pfingstgemeinden sowie eine Vielzahl von Gemeinden mit verschiedensten Namen. Auf der protestantischen Seite sind hier die sogenannten Hauskirchen gemeint, auch wenn dieser Begriff missverständlich ist. Einige dieser Gemeinden haben mehrere tausend Mitglieder und treffen sich nicht heimlich, sondern offen in Geschäftsgebäuden. Wie bereits im Bereich „Triebkräfte der Verfolgung“ erwähnt, ist das Hauptziel der Regierung, die Kontrolle über die Gesellschaft zu behalten. Dadurch sind alle Christen in unterschiedlichem Maß betroffen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster China

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Die Wertung für die Lebensbereiche „Privatleben“ und „Familienleben“ sind gesunken, allerdings gab es einen Anstieg der Punkte in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Diese Punktzahlen spiegeln die wachsende Betonung der kommunistischen Rhetorik durch die Regierung sowie die immer größeren Herausforderungen in Bezug auf das rechtliche und administrative Umfeld wider. Letzteres ist bedingt durch die neue Religionsverordnung, die am 1. Februar 2018 in Kraft treten wird. Sie zeigt schon jetzt Auswirkungen, da Christen sich bereits auf die Einführung der neuen Regeln vorbereiten. Der durchschnittliche Wert von 9,7 Punkten ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben.
- Der stärkste Druck herrscht in den Bereichen „Kirchliches Leben“ (13,3 Punkte) und „Leben im Staat“ (10,7 Punkte). Während der Druck im Bereich des kirchlichen Lebens typisch ist für die Auswirkungen der „Kommunistischen Unterdrückung“, geht der hohe Druck im Bereich „Privatleben“ (9,2 Punkte) auf die Probleme von Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft zurück. Islamische Unterdrückung und „Religiös motivierter Nationalismus“ wirken sich im Bereich „Privatleben“, aber auch in den Bereichen „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus. Doch auch in diesen Bereichen sind die Folgen der Kommunistischen Unterdrückung spürbar, beispielsweise in Bildungsfragen. Der Anstieg der Wertung im Bereich „Leben im Staat“ ist darauf zurückzuführen, dass alle staatlichen Behörden die kommunistische Ideologie erneut betonen und häufig offene Feindseligkeit gegenüber Christen zeigen und Warnungen aussprechen.
- Die Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“ gegen Christen ist von 8,5 Punkten im Jahr 2017 leicht auf 9,1 Punkte angestiegen. Das ist darauf zurückzuführen, dass Kirchen geschlossen und Hausbesitzer unter Druck gesetzt wurden, ihre Räumlichkeiten nicht mehr an Christen zu vermieten. Es wurden zwar keine Christen umgebracht, doch eine beträchtliche Anzahl von ihnen befindet sich immer noch im Gefängnis. Generell haben die Behörden gelernt, dass offene Gewalt für negative internationale Schlagzeilen sorgt. Deshalb bevorzugen sie mittlerweile subtilere Methoden, um Druck auszuüben, etwa christliche Leiter „zum Tee zu treffen“.

Privatleben: Christen uigurisch-muslimischer oder tibetisch-buddhistischer Herkunft müssen zu jeder Zeit auf der Hut sein. Das betrifft sowohl die Art und Weise, in der sie beten, als auch das Lesen der Bibel. Besonders davon betroffen sind diejenigen, die in ihrer Familie die einzigen Christen sind. Sie müssen Bibeln und andere christliche Literatur sorgfältig verstecken und können darin nur mit großer Vorsicht lesen, da strenggläubige muslimische oder buddhistische Familien dies nicht akzeptieren. Sich mit anderen Christen zu treffen, stellt unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung dar: Es ist nicht nur für die Konvertiten selbst gefährlich, sondern kann auch ganze christliche Versammlungen in Gefahr bringen. Es ist praktisch unmöglich, seinen neuen Glauben anderen Menschen mitzuteilen. Falls ein Christ es dennoch wagt und den Behörden gemeldet wird, so wird er verwarnt und – je nach Lage des Falls – eventuell sogar für einige Tage in Haft genommen. Bekannte christliche Konvertiten werden genauestens überwacht, bedroht und erleben in einigen Fällen auch physischen oder psychischen Missbrauch. Auch in streng kommunistischen Familien leiden Christen unter Einschränkungen.

Familienleben: In Tibet und Xinjiang ist die Situation sehr angespannt. Jeder Glaubenswechsel wird als Schande für die Familie und als Verrat an der Gesellschaft angesehen. Daher sind Christen mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund sehr darauf bedacht, ihren neu gewonnenen Glauben geheim zu halten. Wird jemand als Christ entdeckt, drohen Scheidung und der Verlust des Erbrechts. Taufen, christliche Trauungen oder Beerdigungen zu organisieren, erweist sich als äußerst schwierig. Von christlichen Konvertiten wird erwartet, dass sie traditionelle Hochzeitsriten befolgen. Deshalb kann eine christliche Trauung, wenn überhaupt, nur im Geheimen stattfinden. Wenn ein Christ in Xinjiang oder Tibet eine Taufe organisiert, drohen ihm im Fall seiner Entdeckung sogar einige Monate Haft. Alle Kinder von Christen werden gezwungen, der Bibel widersprechende Inhalte zu lernen. Das atheistische Bildungssystem richtet sich gegen Glaubensinhalte (dies wurde während des aktuellen Berichtszeitraums wieder neu deutlich und stärker betont). Christliche Konvertiten werden von ihren Familien unter Druck gesetzt, ihre Kinder im Sinne der traditionellen Werte und Religion ihrer Vorfahren zu erziehen.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer und buddhistischer Herkunft werden durch ihre Familie, Freunde und Nachbarn unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu aufzugeben. Ihre Kinder werden in der Schule diskriminiert und sind mit Vorurteilen von muslimischen oder buddhistischen Lehrern und Mitschülern konfrontiert. Überwachungsmaßnahmen (z. B. durch Schulbehörden und Nachbarschaftskomitees) sind im ganzen Land verbreitet; Christen sind davon ebenso betroffen wie alle anderen Bürger. Dennoch stehen bekanntere Christen häufig unter besonderer Beobachtung. Für Christen ist es eine Herausforderung, sich gesellschaftlich zu engagieren, da die meisten Organisationen auch politische Elemente beinhalten. In den ländlichen Gebieten Tibets haben Lamas (buddhistische Lehrer) einen großen Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen (beispielsweise durch die Kontrolle des Gesundheitswesens), weil viele von ihnen Mitarbeiter lokaler Regierungsbehörden sind. In ihren Händen liegt die Verwaltung der Grundversorgung, einschließlich der Verteilung staatlicher Hilfsgüter an einzelne Familien. Dabei werden christliche Konvertiten häufig diskriminiert oder sogar ganz von der Versorgung ausgeschlossen. Alle Anhänger von Religionen sind von Regierungsposten ausgeschlossen, die eine Parteimitgliedschaft voraussetzt. Zwar werden Christen nicht von der Polizei offiziell verhört, sie erhalten jedoch Einladungen von den Behörden „gemeinsam eine Tasse Tee zu trinken“, wann immer jene es für nötig halten. Die Behörden vor Ort scheuen nicht davor zurück, ihre Arbeitsweise vom reinen Beobachten auf hartes Durchgreifen umzustellen, falls sie es für nötig halten. Davon zeugen einige Fälle im aktuellen Berichtszeitraum.

Leben im Staat: Während China Religionsfreiheit in seiner Verfassung anerkennt, gibt es bei der Umsetzung dieser Freiheit große Defizite. Die Regierung propagiert weiterhin ihre kommunistische und atheistische Ideologie. Auf Ersuchen der chinesischen Behörden entschloss sich die Cambridge University Press (CUP) im August 2017 dazu, Hunderte akademische Papiere, die zur Veröffentlichung in China vorbereitet worden waren, zu zensieren, da viele dieser Dokumente als politisch brisant angesehen wurden. Obwohl die CUP nach einem internationalen Aufschrei diese Entscheidung wieder zurücknahm, zeigt dieser Vorfall, dass es im Bereich „Leben im Staat“ eine Schlüsselrolle spielt, was gesagt und worüber berichtet wird – sei es in der akademischen Welt oder auf anderen Gebieten. Da die Medien vom Staat gesteuert werden und der Zugang zu nicht vom Staat kontrollierten Nachrichten immer schwieriger wird (siehe auch oben unter „Hintergrund“), sind sie allen Religionen gegenüber voreingenommen, was sich auch auf die Berichterstattung über Christen auswirkt.

In den Provinzen Xinjiang und Tibet ist das öffentliche Zeigen religiöser Symbole für Christen problematisch. Mit dem neuen Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen, das am 1. Januar 2017 in Kraft trat, betreten Christen unerforschtes Neuland. Dadurch wird es nicht nur komplizierter, mit ausländischen Organisationen zusammenzuarbeiten, auch Gelder aus dem Ausland zu erhalten, wird schwieriger werden; die staatliche Kontrolle wird deutlich intensiviert.

Kirchliches Leben: Die Regierung ist daran interessiert, eine „harmonische Gesellschaft" aufrechtzuerhalten. In Bezug auf Religion bedeutet dies, Kirchen zu „verwalten", ob sie nun registriert oder nicht registriert sind, ob sie „schwarz", „rot" oder „grau" sind. Die nie veröffentlichten und dennoch allseits wohlbekannten Regeln für christliche Kirchen sind: 1. Regelmäßige Berichterstattung an die Behörden über jüngste Aktivitäten, 2. Keine Mitwirkung von oder Unterstützung durch ausländische Christen, auch nicht in Form von Geldmitteln, 3. Keine hochgradig öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, 4. Nur „reguläre" christliche Aktivitäten während sensibler Phasen.

Es bleibt abzuwarten, wie die neue Religionsverordnung, die zum 1. Februar 2018 in Kraft tritt, tatsächlich umgesetzt wird. Es ist jedoch zu erwarten, dass sie zu einer verstärkten Überwachung und Kontrolle kirchlicher Aktivitäten führen wird. Manche Beobachter vermuten, dass die neue Verordnung die Behörden dazu veranlassen könnte, den tausenden chinesischen Hauskirchen eine Möglichkeit der Registrierung anzubieten. Allerdings ist völlig offen, wie solch ein Angebot aussehen würde und welche Bedingungen daran geknüpft wären. Dies wird auch nicht besonders rasch geschehen. Im Gegenteil, es gab sogar Berichte darüber, dass nicht registrierte Kirchen in der Vergangenheit von lokalen Behörden dazu gedrängt wurden, bereits registrierten Staatskirchen beizutreten. Eine wachsende Anzahl von Hauskirchen hat derzeit Schwierigkeiten, ihre Mietverträge zu verlängern, weil die Vermieter den Druck der Behörden zu spüren bekommen, vor allen Dingen nach der Veröffentlichung der Neufassung religiöser Verordnungen. In den Provinzen Guizhou, Sichuan, Hebei, Henan, Peking, Xinjiang und Guangdong wurden nicht registrierte Treffen unterbunden.

Es ist jedoch zu bedenken, dass die Umsetzung der neuen Verordnung hauptsächlich Sache der lokalen Behörden ist, was zu einer Verstärkung von Vorurteilen und Kontrollen vor Ort führen könnte. Christen in China erleben heutzutage enorme Unterschiede in Bezug auf die gewährten Freiheiten in verschiedenen Landesteilen. Die Mehrzahl der Beobachter stimmt darin überein, dass diese Freiheiten abnehmen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die christlichen Gemeinden Angst vor der Zukunft haben. Ein chinesischer Pastor sagt hierzu: „Unserer Erfahrung nach führt stärkere Verfolgung zu Erweckung und Wachstum in der Kirche. Schon früher haben wir Verfolgung überstanden, wir werden auch überstehen, was jetzt auf uns zukommt." Andere christliche Leiter erwarten, dass die Gemeinden sogar davon profitieren werden, wenn sie sich wieder als kleinere, „familienartige" Gruppen formieren müssen. Die Überwachung der Kirchen hat bislang nur im Fall einiger sehr großer, einflussreicher Gemeinden zu deren Schließung geführt (da sie häufig als politisch aktiv wahrgenommen werden). Dennoch schwebt ein Damoklesschwert über allen nichtregistrierten Kirchen Chinas. Wenn Peking es will, wird man sie zur Registrierung unter dem Dach der Drei-Selbst-Bewegung auffordern und verlangen, dass sie entsprechend den oben genannten Richtlinien handeln; andernfalls müssen sie die Konsequenzen tragen.

Trotz allem gibt es für die Kirchen auch großartige Chancen. Aufgrund der Ein-Kind-Politik und des wachsenden Anteils älterer Menschen in der Bevölkerung muss die chinesische Gesellschaft hier dringend praktikable Lösungen finden, um die drängenden Probleme zu bewältigen. In mehreren Provinzen helfen Christen dabei, Pflegeheime für ältere Menschen zu gründen und beteiligen sich an der sozialen Betreuung, die von den wenigen staatlich geleiteten Pflegeheimen angeboten wird.

Auftreten von Gewalt: Im Januar 2017 wies China 32 südkoreanische Christen aus, die in der Grenzregion nahe Nordkorea lebten. Am 24. Mai 2017 wurden zwei chinesische Missionare von islamisch-extremistischen Kämpfern in Quetta, Pakistan, entführt und später von ihnen getötet. Dieser Vorfall spiegelt sich im Weltverfolgungsindex in der Wertung für Pakistan wider, aber er wird auch hier erwähnt, da er in den kommenden Jahren weitreichende Konsequenzen haben wird. Mit einer wachsenden christlichen Gemeinde in China und dem Versprechen, bis zum Jahr 2030 20.000 Missionare auszusenden, werden in Zukunft immer mehr Missionare in einige der schwierigsten und unwahrscheinlichsten Regionen der Welt gesendet werden. Insbesondere im Zuge der „Neuen Seidenstraße“, einer Initiative der Regierung, werden chinesische Bürger in Zukunft relativ leichten Zugang zu vielen Ländern haben. Die Frage ist allerdings, ob sie von ihrer atheistischen Regierung Schutz erwarten dürfen, wenn sie im Ausland nicht freundlich empfangen werden. Im August 2017 wurden in der Provinz Shanxi einige Gebäude zerstört, die der katholischen Kirche gehörten, obwohl die Mitglieder der Kirche versuchten, diese Gebäude zu schützen. Häuser von Christen in Guangdong, Xinjiang und Anhui wurden durchsucht und Eigentum wurde beschlagnahmt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

In der ersten Amtsperiode der Regierung von Präsident Xi Jinping kam es in allen Bereichen der Gesellschaft zu drastischeren Freiheitseinschränkungen als in den vergangenen Jahren. Die bevorzugte Denkrichtung wurde dadurch unterstrichen, dass Präsident Xi Jinpings eigener politischer Denkansatz auf dem 19. Parteikongress sogar mit Erwähnung seines Namens als „Xi-Jinping-Gedanken“ Eingang in die Parteistatuten fand. Dieser Schwerpunkt wurde auch dadurch verdeutlicht, dass Präsident Xi Jinping einen neuen Titel erhielt, der ihn als „Kern der Parteiführung“ bezeichnet – ein Titel, den man in den vergangenen 15 Jahren nicht mehr gehört hatte. Es gibt Gründe anzunehmen, dass die Betonung der Ideologie Präsident Xis und ein wachsender Persönlichkeitskult um seine Person die Kirche in der nahen Zukunft zunehmend betreffen wird, denn bereits jetzt scheinen die lokalen Behörden restriktiver zu handeln. Dies geschieht auf indirekte Weise, zum Beispiel durch die Rückbesinnung auf kommunistische Ideologie und Rhetorik und durch eine Einschränkung des Bewegungsspielraums für Kirchen. Dadurch werden sie unter Druck gesetzt, ihren kirchlichen Dienst entsprechend anzupassen. Die neuen Gesetze für Nichtregierungsorganisationen und Religion lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklungen auch in Zukunft vermuten.

In die gleiche Richtung weisen Einschränkungen des Internetzugangs und des Nachrichtenangebots durch das Verbot von VPN-Dienstleistungen. Diese ermöglichen einen Zugang zu Informationen, die andernfalls durch „Chinas Große Schutzmauer“ („Great Firewall“) blockiert werden. Dies ist ein umfassendes Kontrollsystem zur Überwachung des Internets und dessen Inhalten, das Menschen in China daran hindert, bestimmte Webseiten aufzurufen, einschließlich Google, Facebook und Twitter. Es scheint, als ob „Kontrolle“ und „Einschränkungen“ in den kommenden Jahren Schlüsselwörter für die christlichen Kirchen in China werden könnten.

Doch die chinesischen Behörden sind im Umgang mit Christen schlauer geworden. Sie haben schnell festgestellt, dass gewaltsame Reaktionen und langfristige Strafen zu einer schlechten internationalen Presse führen und sich die von ihnen gewünschte Ergebnisse auch durch weniger aggressive Mittel erreichen lassen. Das soll nicht heißen, dass es keine Gewalt mehr gibt. Allerdings ist die gewöhnliche Methode Christen in die gewünschte Richtung zu lenken, sie „zum Tee einzuladen", und so bis in die kleinsten Bereiche zu kontrollieren.

Es gibt Pläne zur Einführung eines chinesischen Sozialkredit-Systems („Social Credit System, SCS"). Die Behörden planen, jeden Bürger bis zum Jahr 2020 mit diesem System zu bewerten. Während diese Entwicklung für ein Land, das Online- und Mobil-Bezahlsysteme entwickelt, logisch erscheinen mag, hat ein solches Bewertungssystem sehr ernsthafte Konsequenzen. Es ergeben sich nicht nur Fragen hinsichtlich Betrugs oder dem Erkaufen einer besseren Bewertung. Was geschieht, wenn Bürger ein gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten an den Tag legen, wie etwa das Ausüben einer Religion – zum Beispiel des Christentums? Wie werden die Konsequenzen aussehen?

In dieser Fülle an Herausforderungen versucht Chinas Regierung, alles unter Kontrolle zu halten. Um die eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu bewahren, kontrolliert sie alle Religionen, so auch die stark wachsende christliche Minderheit. Die entscheidende Frage für die Zukunft der Christen in China wird sein, ob die Regierungsbehörden sie auch als eine positive Kraft für die Gesellschaft wahrnehmen. In diesem Fall könnten die Christen zu Partnern bei der Verbesserung und Weiterentwicklung der Gesellschaft werden, die eine wichtige Rolle beim Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft" spielen. Es ist jedoch auch möglich, dass die Regierung noch tiefer in die Belange der Kirchen eingreifen wird, um ihre Macht zu sichern und dazu noch größeren Druck auf die Christen ausübt. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die lokalen Gemeinden als ein Gewinn wahrgenommen und geschätzt oder als Bedrohung abgelehnt werden. Die wachsenden Einschränkungen und der zunehmende Personenkult während des Berichtszeitraums deuten stark auf Letzteres hin, sodass Christen vermutlich weiterhin von Kommunistischer Unterdrückung betroffen sein werden. Dennoch gibt es Spielraum für eine Entwicklung in beide Richtungen, da einige Kirchen sehr viel Freiheit genießen.

Der Handlungsspielraum für Kirchen wird jedoch immer kleiner. Ein chinesischer Blogger sagt dazu: „Egal, an welche Religion Sie glauben, es gibt nur eine Regel: Sie müssen den Befehlen der Partei folgen und anerkennen, dass die kommunistische Partei über alle Kirchen gestellt ist. Wenn Sie Christ sind, ist die kommunistische Partei der Gott Ihres Gottes; wenn Sie an den Buddhismus glauben, ist die kommunistische Partei der Buddha Ihres Buddha; für Moslems ist die kommunistische Partei der Allah Ihres Allah; für den lebenden Buddha kann nur die kommunistische Partei bestätigen, wer der lebende Buddha sein wird. Die Partei will, dass Sie sagen, was die Partei von Ihnen hören möchte. Und die Partei will, dass Sie tun, was die Partei wünscht. Gläubige verschiedener Religionen sollten ihren Glauben aufrechterhalten, um dem Willen der Partei zu folgen. Wenn Sie dies nicht tun, werden Sie durch die Alleinherrschaft unterdrückt." Mit der Einführung des Sozialkredit-Systems, das bereits oben beschrieben wird, haben die Behörden die nötigen Mittel, ihre Pläne zu verwirklichen.

Auch Chinas Ansprüche auf das Südchinesische Meer sorgen international für Unruhe, aber im Bereich der Außenpolitik wird dieses Problem von anderen Herausforderungen weit übertroffen. Einerseits gibt es das immer widerspenstiger werdende Nachbarland Nordkorea, das China mit seinen Atomwaffentests stark reizt. Ob diese Tests seitens Chinas zu einer strategischen Neuausrichtung führen werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls entschied sich Kim Jong Un im November 2017 dafür, einen hochrangigen chinesischen Gesandten nicht zu Gesprächen zu empfangen, was zeigt, dass sich die Beziehung zwischen den beiden Ländern ernstlich abkühlt. Andererseits hatte China ein weiteres militärisches Problem mit dem Nachbarland Indien aufgrund der wegen ihrer Form auch „Hühnerhals“ genannten Landbrücke in der Nähe von Bhutan. Während hier für beide Seiten eine gesichtswahrende Lösung gefunden werden konnte, ist dieser Vorfall eine Mahnung dafür, dass es andere Orte gibt, auf die es ebenso zu schauen gilt. Als ein Unsicherheitsfaktor erweist sich die neue US-Regierung: Sie scheint hinsichtlich wirtschaftlicher Themen eine protektionistischere Rolle zu verfolgen und lässt China in der unbequemen und unerwarteten Lage, den Freihandel voranzubringen, der für das Wirtschaftswachstum des Landes lebenswichtig ist. Natürlich wird all das keine unmittelbaren Konsequenzen für chinesische Christen haben, aber in einer immer unsicherer werdenden Welt wird die chinesische Regierung ihre ideologischen Anstrengungen verstärken, noch konservativer werden und – trotz Freihandel – stärker einen nationalistischen Weg beschreiten.

zurück zur Länderübersicht

Sri Lanka: Platz 44

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung geht hauptsächlich von extremistischen buddhistischen Gruppen aus, die manchmal von (lokalen) Beamten unterstützt werden. Während die Wahl einer neuen Regierung im Jahr 2015 zu einer leichten Abnahme der Aktivitäten der Gruppierung Bodu Bala Sena (BBS) geführt hat, sind andere Bewegungen wie Sinha Le aktiv geworden und haben an Stärke gewonnen. Sie beanspruchen Sri Lanka als buddhistische, singhalesische Nation; diese Ideologie propagierten sie auch mit einer groß angelegten Aufkleber-Kampagne. BBS hat sich in eine politische Partei umgewandelt, die aber bis jetzt nicht besonders erfolgreich war. Obwohl sich die BBS eher darauf konzentriert, die muslimische Minderheit zu attackieren, werden Christen und ihre Kirchen ebenfalls häufig angegriffen. Familienangehörige sowie Dorfvorsteher in den ländlichen Gegenden beschimpften christliche Konvertiten und verlangten von ihnen, das Dorf zu verlassen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Christen buddhistischer oder hinduistischer Herkunft leiden unter der stärksten Verfolgung. Von der Familie und der Gesellschaft werden sie schikaniert, diskriminiert und ausgegrenzt. Sie werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, da ihr Glaubenswechsel als Verrat betrachtet wird: Von allen Singhalesen (die Mehrheit in Sri Lanka) wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Ebenso wird unter der tamilischen Minderheit im Nordosten des Landes erwartet, dass alle Hindus sind. Die christliche Minderheit wird teilweise toleriert, aber christliche Konvertiten nicht. Zudem geraten protestantische Freikirchen häufig ins Visier von Nachbarn und oftmals auch buddhistischen Mönchen und lokalen Beamten, die sie auffordern, die Kirchengebäude, die jene als illegal ansehen, zu schließen. Immer wieder führt dies schließlich dazu, dass sich Mobs bilden, die gegen die Kirchen protestieren und sie angreifen, besonders in den ländlichen Gebieten.

Beispiele:

- An den meisten staatlichen Schulen gibt es keinen christlichen Religionsunterricht und so sind christliche Schüler gezwungen, am buddhistischen oder hinduistischen Unterricht teilzunehmen. Es gab zudem Berichte, nach denen Kinder gezwungen wurden, an buddhistischen Ritualen teilzunehmen.
- Am 5. Januar 2017 attackierte ein Mob, der anscheinend von einem buddhistischen Mönch angeführt wurde, das Kithu Sevana Prayer Center in Paharaiya im nordwestlichen Sri Lanka. Der dortige Gemeindeleiter berichtete: „Erst bedrohten sie uns mit Worten. Dann kamen sie mit Knüppeln, Eisenstangen und Messern und zerstörten alles.“
- Im März 2017 verschaffte sich eine Gruppe von 50 Personen, unter ihnen buddhistische Mönche, Zutritt zur Christian Fellowship Church in Ingiriya im Distrikt Kalatura. Sie verlangten, dass die Christen aufhören sollten, Gottesdienste zu feiern, und bezichtigten sie, den Frieden zu stören. Als der Pastor von der Polizeistation nach Hause zurückkehrte, erwartete ihn vor seinem Haus ein Mob und die Fenster seines Hauses waren eingeschlagen.

- Der Erzbischof von Colombo, Malcolm Kardinal Ranjith, behauptete im Juni 2017 öffentlich, es habe keine Angriffe oder erzwungenen Schließungen von Kirchen im Land gegeben. Vor dem Hintergrund gut dokumentierter Fälle von Angriffen auf Kirchen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 scheint er nur Katholiken als Christen zu betrachten.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl Sri Lankas hat sich von 55 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2017 auf 57 erhöht. Dies ist eine deutliche Tendenz seit dem WVI 2016, als das Land nicht unter den 50 Ländern war, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Die Hoffnungen von Sri Lankas religiösen und ethnischen Minderheiten nach den Wahlen im Januar 2015 wurden enttäuscht. Die Regierung tendiert mehr und mehr zu einem nationalistischen Buddhismus und unterstützt ihn, wenn auch nicht so offen wie die vorherige Regierung unter Rajapaksa. Während sich die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt nur um 0,2 Punkte erhöht hat, nahm der Druck vor allem in den Bereichen „Privatleben“ und „Leben im Staat“ deutlicher zu. Die Situation für Christen buddhistischer, muslimischer oder hinduistischer Herkunft ist im Bereich des Privatlebens schwieriger geworden, und alle Christen (besonders die, die keine Katholiken sind) erlebten mehr Schwierigkeiten im Bereich „Leben im Staat“. Als ein römisch-katholischer Kardinal öffentlich im Fernsehen behauptete, dass es keine Verfolgung von Christen in Sri Lanka gäbe, bezeichnete er damit Protestanten im Grunde als Lügner oder als Nichtchristen (für mehr Informationen siehe Abschnitt „Triebkräfte der Verfolgung“).

Triebkräfte der Verfolgung

Religiös motivierter Nationalismus: Die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka ist ein säkularer Staat. Dennoch stellt die Verfassung den Buddhismus an die erste Stelle und sieht ihn offensichtlich als Staatsreligion an. Kapitel 2 der Verfassung verlangt: „Die Republik Sri Lanka soll dem Buddhismus den obersten Platz einräumen und dementsprechend soll es die Pflicht des Staates sein, die Buddha Sasana (buddhistische Lehre) zu schützen und zu fördern, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass allen Religionen die Rechte der Artikel 10 und 14(1)(e) zugestanden werden.“ Diese Vorschrift aus Artikel 9 wurde im neuen Verfassungsentwurf unverändert stehen gelassen. Die Rechte in Bezug auf Religions- und Glaubensfreiheit, die in den Artikeln 10 und 14 zugesichert werden, können allerdings eingeschränkt werden, was auch auf subtile Weise geschieht, wie im Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt“ aufgezeigt wird.

Die Vorrangstellung des Buddhismus ist immer noch eine weitverbreite Vorstellung im Land. Jeder Singhalese wird als Buddhist betrachtet und so werden nicht nur tamilische Christen als Bürger zweiter Klasse behandelt, sondern auch singhalesische Christen werden misstrauisch beäugt und vielfach verleumdet und attackiert. Täter sind nicht nur staatliche Behörden, was schon der Name „Ministerium für religiöse Angelegenheiten und buddhistische Sasana“ vermuten lässt, sondern auch buddhistische Mönche und Lokalbehörden. Extremistische buddhistische Gruppen, namentlich die Bodu Bala Sena (BBS, übersetzt „buddhistische Streitkräfte“) und die Sinhala Ravaya (SR), werden durch buddhistische Mönche angeführt und sind bekannt dafür, Mobs zu Angriffen auf die muslimische Minderheit sowie auf Christen aufzustacheln.

Obwohl sie nicht mehr so präsent sind, wie sie es vor dem Regierungswechsel im Januar 2015 waren, ist ihr Einfluss immer noch lebendig und die Angriffe auf christliche Gemeinden gehen im selben Maße weiter. Die Vorrangstellung des Buddhismus ist im Alltag religiöser Minderheiten wie der Muslime und Christen weiterhin sehr stark spürbar, aber es sind nicht mehr die BBS oder SR, die dies vorantreiben.

Konfessioneller Protektionismus: Es mag überraschend sein, dass bei Sri Lanka eine neue Triebkraft der Verfolgung in Erscheinung tritt. Im Juni 2017 behauptete der römisch-katholische Erzbischof von Colombo, Kardinal Ranjith, öffentlich, dass es keine Angriffe oder erzwungenen Schließungen von Kirchen im Land gegeben hätte. Es scheint so, als betrachte er nur Katholiken als Christen. Diese Auffassung wurde einige Tage später vom Justizminister des Landes aufgegriffen: Er setzte ebenfalls einfach den christlichen Glauben mit dem Katholizismus gleich, schloss folglich protestantische Denominationen aus und schlussfolgerte dementsprechend, dass es keine Angriffe gegen Christen in Sri Lanka gegeben habe. Dies ist eine völlige Missachtung der gut dokumentierten Einträge in der Datenbank zu gewalttätigen Übergriffen, welche von der Nationalen Christlichen Evangelischen Allianz von Sri Lanka (NCEASL) gepflegt wird. Allein für Januar bis Oktober 2017 wurden 43 Fälle dokumentiert.

Verfolger

Die Hauptverfolger sind extremistische buddhistische Gruppen und Regierungsbeamte, häufig auf der lokalen Ebene. Obwohl die Wahl einer neuen Regierung im Jahr 2015 zu einer Reduzierung der Aktivitäten der BBS geführt hat, haben andere Bewegungen wie SR an Stärke gewonnen. Sie beanspruchen Sri Lanka als buddhistische, singhalesische Nation; diese Ideologie propagierten sie auch mit einer groß angelegten Aufkleber-Kampagne. BBS hat sich in eine politische Partei umgewandelt, die bis jetzt aber auf politischem Gebiet nicht viel Einfluss erlangen konnte. Oftmals beschimpften Familienangehörige sowie Dorfvorsteher in den ländlichen Gegenden christliche Konvertiten und verlangten von ihnen, das Dorf zu verlassen. Politische Parteien neigen dazu, sich Rufen zum Schutz des buddhistischen Erbes des Landes anzuschließen, da dies Stimmen sichert.

Hintergrund

Um den Buddhismus Sri Lankas zu verstehen, ist es hilfreich, das traditionelle Dreieck Sri Lankas zu verstehen: Das singhalesische Leben hat drei Bezugspunkte, nämlich den Tempel, das Dorf und den Teich (als Symbol für Bewässerung und Landwirtschaft). Nichts sollte in dieses Dreieck eindringen; daher wird alles, was von außerhalb kommt, mit Misstrauen betrachtet. Die buddhistischen Gruppen Sri Lankas beschäftigen sich daher weniger mit den philosophischen Themen des Buddhismus, die im Westen so populär sind, sondern eher mit dem Kampf darum, dieses traditionelle Dreieck zu bewahren. Alle Aktivitäten der BBS und SR können vor diesem Hintergrund als Versuche gesehen werden, Angriffe auf diese Sicht der Gesellschaft abzuwehren. Selbst gewalttätige Zusammenstöße und Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit (wie sie sich im Jahr 2014 ereigneten und, in geringerem Maße, im Mai 2017) sowie Angriffe gegen Christen können mit diesem Wunsch nach der Erhaltung des Dreiecks erklärt werden. Muslimische und christliche Minderheiten werden als Bedrohung wahrgenommen. Dies zeigte sich ebenso bei einem anderen Vorfall im Mai 2017: In einer an den Minister für nationales Zusammenleben gerichteten Rede kritisierte der leitende Mönch der BBS, Galagoda Aththe Gnanasera Thero, die Anwesenheit von „christlichen Missionaren“ und erklärte sie gewissermaßen zu legitimen Zielen.

Im Laufe der letzten Jahre war Sri Lanka von zwei Triebkräften der Verfolgung betroffen, zum einen von Religiös motiviertem Nationalismus und zum anderen von Diktatorischer Paranoia. Sri Lankas jüngste Geschichte ist geprägt durch einen 26-jährigen Bürgerkrieg, der erst 2009 blutig beendet wurde. In diesem Bürgerkrieg kämpfte die überwiegend hinduistische Minderheit der Tamilen, größtenteils in den nördlichen und östlichen Provinzen des Landes beheimatet, um Unabhängigkeit. Die „Tamil Tigers" (oder LTTE) erlangten weltweite Bekanntheit. Sowohl die Truppen der Regierung als auch die LTTE begingen Kriegsverbrechen und eine der größten Herausforderung ist nun, wie mit diesem Erbe umgegangen werden soll. Eine Versöhnung, sei es durch nur innerstaatliche Bemühungen oder mit internationaler Hilfe, ist immer noch in weiter Ferne.

Eine weitere wichtige Frage, die mit diesem Thema verbunden ist, ist die nach der Demilitarisierung des Landes. Durch den langen Bürgerkrieg und die ständig zunehmenden geschäftlichen Aktivitäten der Armee bestehen die Streitkräfte derzeit aus ungefähr 300.000 Soldaten. Es wird schwierig sein, diese Soldaten wieder in das Zivilleben zu integrieren – und es ist sehr wahrscheinlich, dass einige Teile der Armee diese lukrativen Möglichkeiten nicht verlieren möchten, besonders wenn sie mit einer Ermittlung hinsichtlich Kriegsverbrechen konfrontiert werden könnten.

Schließlich bleibt die Frage, wie extremistische buddhistische Gruppen wie die BBS und die SR in der Zukunft handeln werden. Es sah aus, als ob sie aus dem Nichts gekommen wären, und sie wuchsen in kürzester Zeit (die BBS hielt ihre erste nationale Versammlung im Juli 2012 ab). Während die meisten ihrer Führer natürlich bereits bekannt und sogar vorher schon politisch aktiv waren, war der Einfluss der Gruppen und die Radikalität gegenüber religiösen Minderheiten beispiellos. Ihre Aktivitäten blieben unbehindert, sodass der Vorwurf, die vorherige Regierung – besonders der Verteidigungsminister – habe diese Gruppen zumindest stillschweigend unterstützt, an Glaubwürdigkeit gewinnt. Die Tatsache, dass der bereits oben erwähnte leitende Mönch der BBS im Juni 2017 auf Kaution freigelassen wurde (obwohl die Anklagen wegen Aufstachelung zu religiösen Hass und Volksverhetzung gegen die muslimische Minderheit kristallklar waren), ist ein besorgniserregendes Signal für die religiösen Minderheiten Sri Lankas. Das Gerichtsverfahren gegen ihn wurde mehrfach vertagt und macht nur langsame Fortschritte.

Wie bereits erwähnt, richtet sich die Kampagne der buddhistisch-nationalistischen Mönche nicht nur gegen die Christen, sondern auch stark gegen die muslimische Minderheit des Landes. Im November 2017 kam es in der südlichen Provinz Galle zu weiteren gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Buddhisten und Muslimen, was zeigte, dass sich die massive Gewalt von 2014 in den folgenden Monaten wiederholen könnte.

Betroffene Kategorien von Christen

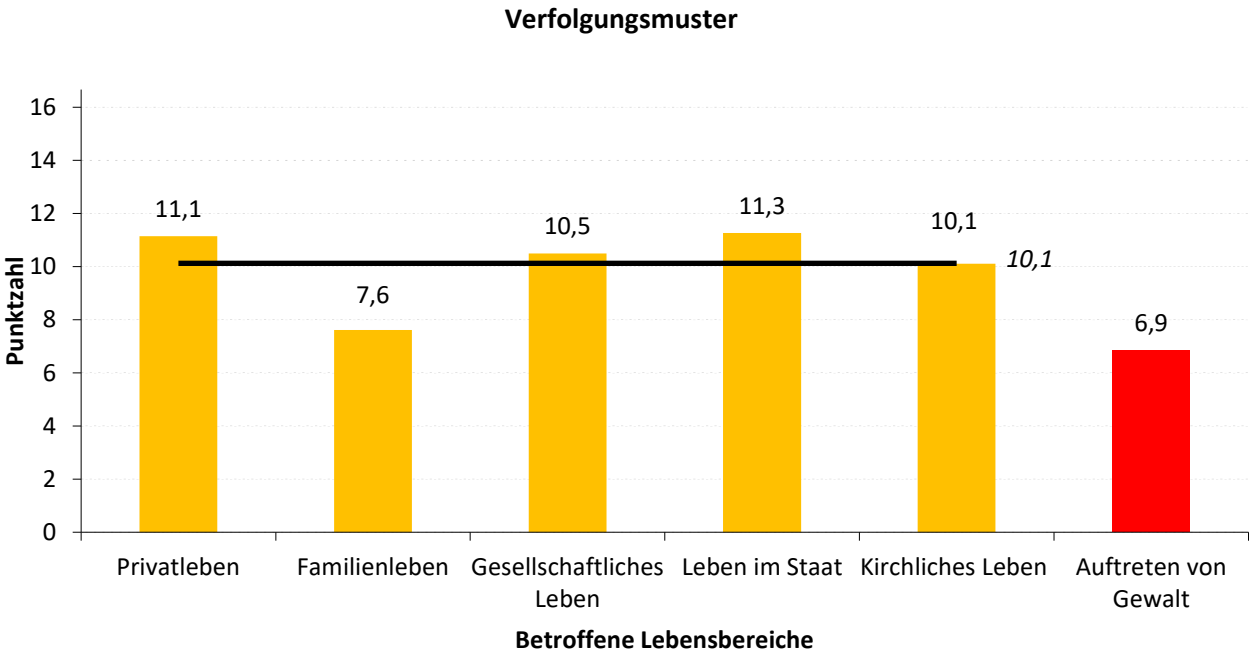
Ausländische Christen und Arbeitsmigrante: Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten werden hier nicht als eigenständige Kategorie gewertet, da sie sich in die anderen Kirchen integrieren.

Christen aus traditionellen Kirchen: Dies sind Gruppen wie die römisch-katholische Kirche und die acht Denominationen, die zum Nationalrat der Christen gehören. Sie erleben weniger Verfolgung oder Gewalt, sind aber von der Gesamtatmosphäre der buddhistischen Vormachtstellung betroffen und werden manchmal daran gehindert, Kirchengebäude zu errichten.

Christen buddhistischer/muslimischer/hinduistischer Herkunft (Konvertiten): Gemeinschaften von Christen buddhistischer, muslimischer oder hinduistischer Herkunft sind mit häufigen Anfeindungen und auch gewalttätigen Angriffen konfrontiert. Neue christliche Konvertiten werden meist als Verräter angesehen und daher von den Menschen in ihrem Umfeld bedrängt, verbal und körperlich angegriffen und gemieden. Dies passiert zumeist in ländlichen Gebieten und war in der Vergangenheit nur in den südlichen Provinzen und in den nördlichen Zentralprovinzen des Landes deutlich sichtbar. Mit dem Ende des Bürgerkriegs breitete sich diese Tendenz aber auch in die nördlichen und östlichen Provinzen Sri Lankas aus.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Evangelikale, Baptisten- und Pfingstgemeinden sind oft von gewalttätigen Angriffen betroffen, doch seit den letzten Wahlen gehen diese von anderen Tätern aus. Während zuvor die meisten Angriffe von den großen buddhistisch-extremistischen Gruppen ausgingen, werden die Angriffe jetzt meist von buddhistischen Mönchen des Dorfes und lokalen Regierungsbeamten angeführt, welche Christen rechtliche Beschränkungen auferlegen oder gewalttätige Vorfälle gegen sie vertuschen. Zwar haben sich die Verfolger geändert, aber die grundsätzliche Situation bleibt im Großen und Ganzen dieselbe.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Sri Lanka

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Insgesamt ist der Druck auf Christen in Sri Lanka hoch geblieben, die Punktzahl stieg von 9,6 im WVI 2017 auf 10,1 im WVI 2018.

- Der Druck ist am stärksten in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Privatleben“. Während der Druck im Bereich „Leben im Staat“ typisch für Länder ist, die von Religiös motiviertem Nationalismus betroffen sind, deutet der Druck im Privatleben und im gesellschaftlichen Leben auf Schwierigkeiten für christliche Konvertiten aus anderen Religionen hin. Im Bereich „Kirchliches Leben“ ist der Druck ebenfalls hoch, was die zahlreichen Vorfälle widerspiegelt, bei denen Mobs – häufig angeführt von buddhistischen Mönchen und unterstützt durch lokale Beamte – vor Kirchen auftauchten, den Gottesdienst störten und die Schließung der Kirche verlangten.
- Die Wertung für Gewalt gegen Christen ist stabil geblieben, sie erhöhte sich nur von 6,7 Punkten im WVI 2017 auf 6,9 im WVI 2018. Kirchen und Grundstücke von Pastoren wurden angegriffen. Es gab auch Berichte von Christen, die körperlich angegriffen wurden, und zwei Pastoren mussten ihre Dörfer verlassen und sich für eine Zeit verstecken.

Privatleben: Christen buddhistischer Herkunft erleben Widerstand von ihren Familien und Verwandten. Auch andere Menschen aus ihrem Umfeld wenden sich gegen sie. Christen muslimischer und hinduistischer Herkunft erleben ebenfalls diese Art von Widerstand. Deshalb stellt selbst die persönliche Anbetung ein Risiko für die Konvertiten da und viele fürchten Anfeindungen aus der eigenen Familie. Es kann für Christen, die mit nichtchristlichen Familienangehörigen zusammenleben, gefährlich sein, christliche Materialien zu besitzen, besonders wenn sie in Gebieten mit starker buddhistischer Präsenz leben. Im Berichtszeitraum des WVI 2018 sind die sozialen Medien zu einem neuen Werkzeug extremistischer Buddhisten geworden, um Christen zu verfolgen. Wenn buddhistische Gruppierungen Christen angriffen, filmten sie oft die Christen und luden die Videos auf Facebook hoch. Sie stellten ihre Angriffe als Mittel da, Gerechtigkeit herbeizuführen; Christen und Pastoren werden als Verräter dargestellt, die darauf aus sind, das buddhistische Erbe des Landes zu untergraben. Pastoren, die auf diese Weise angegriffen wurden, sind so eingeschüchtert, dass es ihnen nun nahezu unmöglich ist, etwas online zu posten oder ihrem Glauben in irgendeiner schriftlichen Form Ausdruck zu verleihen. Für christliche Konvertiten ist es riskant, mit anderen über ihren neuen Glauben zu sprechen, besonders für Christen muslimischer Herkunft. Treffen von Konvertiten (und auch von anderen Christen) stehen in der Gefahr, unterbrochen zu werden. Dorfbewohner, Polizeibeamte und lokale buddhistische Mönche überwachen die Aktivitäten der Christen in ihren Dörfern, um herauszufinden, wann sie Angriffe gegen sie anzetteln können, oder um Fehler zu finden, die sie den Christen vorwerfen können.

Familienleben: Evangelikalen und unabhängigen Kirchen wird die Möglichkeit verweigert, Trauungen in ihren Kirchengebäuden abzuhalten – was den Kirchen Sri Lankas traditionell erlaubt ist. Christliche Konvertiten erleben Diskriminierung und Schikanen, werden aber normalerweise nicht dazu gedrängt, sich scheiden zu lassen. Die Änderung der Religion im Personalausweis oder im Reisepass stellt ebenfalls kein Problem dar. Daher ist die Punktzahl für diesen Lebensbereich vergleichsweise gering. Taufen von Erwachsenen stoßen auf Widerstand, besonders wenn sie öffentlich abgehalten werden. In ländlichen Gegenden dürfen Christen nicht auf dem öffentlichen Friedhof beerdigt werden. Christliche Bestattungen wurden von buddhistischen Mönchen, hinduistischen Dorfbewohnern und sogar von Regierungsbeamten (auch von Polizisten) im Berichtszeitraum des WVI 2018 verweigert. Christliche Kinder an staatlichen Schulen wurden routinemäßig dazu gezwungen, buddhistischen und hinduistischen Ritualen beizuwohnen. Zudem wurden christliche Kinder von Lehrern und Direktoren bestraft, in manchen Fällen sogar mit einer Geldstrafe, wenn Rituale der Mehrheitsreligion nicht eingehalten wurden. An den Schulen ist Religion ein Pflichtfach. Obwohl es erlaubt ist, seine eigene Religion zu studieren, zwingt der Mangel an christlichen Lehrern die meisten christlichen Kinder dazu,

den buddhistischen Unterricht zu besuchen, was zu Schikanen, Mobbing und schlechten Noten führt. In einem Fall verweigerte ein Direktor einem protestantischen Schüler nicht nur die Aufnahme in seine Schule, sondern gab den Eltern den Rat, ihr Kind zu Hause zu behalten, obwohl die Eltern ihm sagten, dass es sonst keine andere staatliche Schule nahe ihres Dorfes gebe.

Gesellschaftliches Leben: Wie bereits erwähnt, geht der stärkste Druck im Berichtszeitraum des WVI 2018 nicht von den buddhistisch-extremistischen Gruppen aus, sondern von lokalen buddhistischen Mönchen (die natürlich von der Ideologie der extremistischen Gruppen beeinflusst sind und die Reinheit ihres lokalen buddhistischen Dreiecks bewahren wollen – siehe Abschnitt „Hintergrund“). In Gegenden, wo Hindus und Buddhisten in der Mehrheit sind, werden Christen oft zum Ziel von Einschüchterung und sozialer Ausgrenzung, häufig wird ihnen der Zugang zu kommunalen Ressourcen wie Brunnen und elektrischem Strom verweigert. Zu Zeiten hinduistischer Feierlichkeiten werden Christen von Hindus geächtet, weil sie nicht an den Aktivitäten teilnehmen. Oft werden Christen von den Dorfbewohnern überwacht und behindert und bisweilen sogar gewaltsam angegriffen. Im Berichtszeitraum des WVI 2018 gab es mehrere Vorfälle, bei denen sich Dorfbewohner, buddhistische Mönche oder Nachbarn bei der Polizei oder lokalen Regierungsbeamten über die Aktivitäten von Pastoren und Gemeinden in ländlichen Gebieten beschwerten. Meistens begannen dann die Polizisten damit, die Kirche für eine gewisse Zeit regelmäßig zu besuchen oder die Pastoren über ihre Aktivitäten zu befragen. Christen werden häufig unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen, und gelegentlich kommt es zu Boykotts gegen von Christen betriebene Geschäfte. Im Berichtszeitraum des WVI 2018 gab es Vorfälle, in denen Regierungsbeamte Pastoren den Zugang zu Wasser und elektrischem Strom verweigerten, einzig und allein deshalb, weil diese Christen waren. Christlichen Schulkindern wurde die Aufnahme in staatliche Schulen verweigert, obwohl sie alle Anforderungen erfüllten.

Leben im Staat: Obwohl die im Januar 2015 gewählte Regierung die extremistischen buddhistischen Gruppen nicht mehr offen unterstützt, bleibt der Druck in diesem Lebensbereich erheblich, besonders da die Regierung dazu tendiert, den Buddhismus wieder zu unterstützen. Dem Buddhismus wird eine religiöse Vorrangstellung im neuen Verfassungsentwurf eingeräumt, und die wenigen Christen in Regierungspositionen (oder die mit der Regierung zusammenarbeiten) erleben Diskriminierung von Nationalisten. Christen werden in den Medien negativ dargestellt. Im Juli 2017 sagte der christliche Anwalt Lakshan Dias, der Christen rechtliche Unterstützung anbietet, in einer Fernsehtalkshow deutlich, dass es im Land immer noch Christenverfolgung gebe. Dies führte zu heftigen Äußerungen sowohl des Ministers für Buddha Sasana als auch des Präsidenten (sowie einiger anderer extremistischer buddhistischer Gruppen): Alle behaupteten, dass Lakshan Dias und die NCEASL Verräter seien und den Namen des Landes beschmutzt hätten (siehe Abschnitt „Konfessioneller Protektionismus“ oben).

Angriffe gegen Christen bleiben ungestraft. Es gibt ein übliches Muster vor gewaltsamen Angriffen: Der Angreifer veröffentlicht falsche Anschuldigungen in den Medien (z. B. ein Pastor erzwinge Glaubenswechsel), welche wiederum den Angriff rechtfertigen. Die Täter bleiben ungestraft und in den meisten Fällen werden die Christen gezwungen, die Gerichtsverfahren gütlich zu lösen. Positiv ist, dass Pastoren sich trauen, Klagen einzureichen und ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern.

Kirchliches Leben: Mobs, Mönche, Dorfbewohner, Polizei und lokale Behörden unterbrechen weiterhin die Treffen von Christen, stellen die Rechtmäßigkeit ihrer Aktivitäten infrage und bringen diese Fälle vor die höheren Autoritäten. Oft werden christliche Dorfbewohner aufgefordert, all ihre Aktivitäten einzustellen und/oder das Dorf zu verlassen. Die Registrierung wird oft als Druckmittel gegen christliche Kirchen benutzt. Ein 2008 veröffentlichtes Rundschreiben des „Ministeriums für Buddha Sasana und religiöse Angelegenheiten" findet immer noch Anwendung. Es verlangt von religiösen Gemeinschaften, Gotteshäuser registrieren zu lassen, und fordert eine vorherige Genehmigung für alle Neubauten. Obwohl dieses Rundschreiben keine Rechtsgültigkeit besitzt und nur für Kirchen gelten würde, die nach 2008 eröffnet wurden, benutzen lokale Behörden, buddhistische Mönche und Mobs dieses Schreiben, um ihre manchmal sehr gewalttätigen Aktionen gegen Christen zu rechtfertigen. In der derzeitigen Situation schenken lokale Behörden und Gerichte Pastoren auch dann kein Gehör, wenn diese sich über die Anwendung des Rundschreibens beschweren. Generell bleibt es schwierig, ein Kirchengebäude in einer ländlichen Gegend zu bauen oder zu renovieren, da es das sri-lankische Dreieck stört, welches im Abschnitt „Hintergrund" beschrieben wurde.

Auftreten von Gewalt: Von Januar bis Oktober 2017 gab es eine Serie von mindestens 43 Angriffen gegen Kirchen (teilweise unter Beteiligung von Regierungsbeamten); in einigen Fällen kam es auch zu physischer Gewalt gegen Personen. Für den gesamten Berichtszeitraum des WVI 2018 verzeichnete die NCEASL 65 Übergriffe. Mindestens 17 Christen wurden Opfer körperlicher Gewalt und mindestens fünf Häuser von Pastoren wurden beschädigt oder zerstört. Im Berichtszeitraum des WVI 2018 wurden zwei Pastoren und ihre Familien gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und sich zu verstecken. Darüber hinaus wurden weitere Vorfälle erfasst, bei denen Pastoren und Christen angewiesen wurden (oder ihnen geraten wurde), ihre Heimatstädte oder Dörfer zu verlassen, wenn sie mit ihren christlichen Aktivitäten fortfahren wollten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Obwohl es zunehmend unwahrscheinlicher aussieht – Sri Lanka hat noch immer das Potential, eines der positiven Beispiele des Weltverfolgungsindex zu werden. Wenn die Regierung endlich Schritte unternimmt, religiöse Minderheiten (Muslime und Christen) in ihre Politik zu integrieren, und die Kraft findet, entschieden gegen jeden vorzugehen, der religiösen Hass antreibt, kann sich die Situation verbessern. Christen sind eine der sehr wenigen gesellschaftlichen Gruppen, welche die große ethnische Spaltung der Insel durchkreuzen; viele protestantische Kirchen haben sowohl singhalesische als auch tamilische Mitglieder. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, um Brücken zu bauen und als Vorbild zu dienen. Dennoch bereiten ethnische Spannungen auch den Kirchen manchmal Schwierigkeiten.

Die nationale Versöhnung bleibt eine der größten Herausforderungen des Landes. Da die meisten sozialen Netzwerke auf religiöser wie auch ethnischer Zugehörigkeit basieren, ist die Herausforderung groß, da die ethnischen und religiösen Gruppen ihr Misstrauen überwinden und Wege für die Zukunft finden müssen. Es ist nicht klar, wer diesen Prozess anführen könnte. Die Politik der buddhistischen Vorrangstellung ist in dieser Hinsicht nicht sehr hilfreich gewesen.

Vorerst wird der Religiös motivierte Nationalismus weiterhin eine wichtige Rolle nicht nur in Sri Lankas Politik, sondern auch in der Gesellschaft und den Familien spielen. Die Regierung versprach zuletzt am 17. November 2017, dass sie sich den buddhistischen Werten der Buddha Sasana verpflichtet fühlt. Die Tatsache, dass sich das Land größtenteils auf China als wichtiger Teil dessen Projektes „One Belt, One Road“ verlässt (sichtbar zum Beispiel im Juli 2017, als China in die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Hambantota-Hafens investierte), bedeutet, dass Menschenrechte, Religions- und Glaubensfreiheit eingeschlossen, wahrscheinlich eine untergeordnete Rolle in der zukünftigen Politik des Landes spielen werden.

zurück zur Länderübersicht

Aserbaidschan: Platz 45

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Die Verfolgung von Christen in Aserbaidschan geht meist von Regierungsbeamten auf unterschiedlichen Ebenen aus – angefangen bei der Zentralregierung des Landes, die ihre restriktive Gesetzgebung den örtlichen Behörden und der Polizei vorschreibt. Diese führen daraufhin Razzien bei religiösen Versammlungen durch, nehmen Gläubige fest und beschlagnahmen religiöse Schriften. Außerdem werden Christen von den Menschen in ihrem muslimischen Umfeld verfolgt (Familie, Freunde, Gesellschaft, örtliche Imame), die etwas dagegen haben, dass Christen unter Muslimen evangelisieren.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Alle Christen sind von irgendeiner Art der Verfolgung betroffen. Russisch-orthodoxe Kirchen haben die geringsten Probleme mit der Regierung, da sie für gewöhnlich keinen Kontakt zur aserbaidschanischen Bevölkerung suchen. Die einheimischen Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung, sowohl durch den Staat also auch durch Familie, Freunde und Gesellschaft.

Die Regierung überwacht streng die Aktivitäten religiöser Gruppen. Offiziell gilt Aserbaidschan als säkular und Religion wird toleriert, doch die Überwachung ist so stark, dass die Christen dort nicht mehr wissen, wem sie noch vertrauen können. Nur wenige Informationen gelangen über die Grenzen des Landes hinaus. Ein weiteres Zeichen für das Ausmaß des Drucks vonseiten der Regierung ist die Tatsache, dass es für aserbaidschanische Christen einfacher ist, in Ländern wie Georgien oder dem Iran zu missionieren, als in ihrem eigenen Land.

Beispiele:

- Im November 2016 versammelte sich eine Gruppe von Christen (Männer, Frauen und Kinder) in einem aserbaidschanischen Dorf zu einem nicht angemeldeten Gebetstreffen im Haus des Pastors. Die Polizei stürmte das Treffen und alle Kirchenmitglieder wurden dort für stundenlange Befragungen festgehalten. Die Polizei erhob alle personenbezogenen Daten und machte eine Bestandsaufnahme der im Haus befindlichen Literatur. Vor ihrer Freilassung wurden die Christen noch in die Bezirkspolizeistation verbracht.
- Im Dezember 2016 mussten zwei Baptisten im nördlichen Bezirk Zakatala Strafe zahlen, weil sie Gottesdienste ohne staatliche Genehmigung abgehalten hatten. Ihnen wurden religiöse Schriften abgenommen, die anschließend für eine angebliche „Prüfung durch Sachverständige“ in die Hauptstadt Baku geschickt wurden.

- Religiöse Literatur und andere Materialien dürfen einzig durch registrierte Ausgabestellen verkauft oder verteilt werden. Alle religiösen Schriften, die in Aserbaidschan produziert, (auch im Internet) veröffentlicht oder dorthin eingeführt werden, werden zuvor einer obligatorischen Zensur unterzogen. Der Staatsausschuss legt anschließend fest, wie viele Exemplare gedruckt bzw. eingeführt werden dürfen. Religiöse Schriften, die verkauft werden, müssen mit einem Aufkleber versehen sein, der die staatliche Genehmigung bestätigt. Regierungsmitglieder haben wiederholt den Vorwurf von sich gewiesen, es handele sich dabei um Staatszensur.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Wertung für Aserbaidschan stieg von 52 Punkten im vergangenen Jahr, als Aserbaidschan noch nicht unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex (WVI) gelistet war, um 5 Punkte auf 57 Punkte und belegt damit Platz 45 auf dem WVI 2018. Die Zunahme der Punktzahl ist zum einen darauf zurückzuführen, dass mehr Berichte verfügbar waren, und zum anderen auf die Tatsache, dass Gemeinschaften von ausländischen Christen im Land in der Analyse zum WVI nicht mehr länger als eigenständige Kategorie betrachtet werden, da sie nicht unfreiwillig von anderen christlichen Gruppen isoliert sind.

Triebkräfte der Verfolgung

Diktatorische Paranoia: Religiöse Aktivitäten jenseits staatlich geführter bzw. kontrollierter Institutionen sind verboten. Berichten zufolge soll der Staat in alle religiösen Versammlungen Spione eingeschleust haben. Pastoren und andere Kirchenleiter werden regelmäßig zu Gesprächen mit der Polizei vorgeladen. Dies hat zu sehr viel Angst geführt, denn keiner weiß, wem er noch vertrauen kann. Aus diesem Grund trauen sich nur wenige, mit Ausländern zu reden, und es geraten kaum Informationen bezüglich Verfolgung über die Landesgrenze hinaus. Es wurden strenge Gesetze erlassen, die Registrierungen vorschreiben. Von Zeit zu Zeit müssen sich alle registrierten Gruppen wieder neu registrieren lassen – ein Prozess, bei dem es immer weniger Gemeinden gelingt, die Hürden zu überwinden. Die Unterdrückung in Aserbaidschan ist so stark, dass es aserbaidschanische Christen einfacher finden, im Iran zu evangelisieren, als in ihrem eigenen Land.

Islamische Unterdrückung: Der Druck durch islamische Kreise richtet sich vor allem gegen Christen muslimischer Herkunft. Wenn Einheimische zum christlichen Glauben konvertieren, werden sie unter Druck gesetzt und erleben mitunter körperliche Gewalt durch ihre Familien, Freunde und die lokale Bevölkerung, die sie zur Umkehr zu ihrem alten Glauben zwingen wollen. Manche Christen muslimischer Herkunft werden für lange Zeit eingesperrt und geschlagen. Örtliche Mullahs predigen gegen sie und tragen so zu noch stärkerem Druck bei. Letztendlich werden Christen mit muslimischem Hintergrund häufig aus ihrer Gemeinschaft ausgestoßen. Aus diesem Grund geben sie sich alle Mühe, ihren Glauben zu verstecken, was sie zu sogenannten „heimlichen Gläubigen“ macht.

Verfolger

Von Regierungsbeamten und politische Parteien geht die Verfolgung aufgrund von Diktatorischer Paranoia aus, sie sind für den Druck von behördlicher Seite verantwortlich. Die (Groß-)Familie, nichtchristliche religiöse Leiter und gewöhnliche Bürger bilden das muslimische Umfeld, von dem aus vor allem auf Christen muslimischer Herkunft Druck ausgeübt wird.

Hintergrund

Aserbaidschan grenzt an Russland, Georgien, Armenien, die Türkei und den Iran. Offiziell ist es ein säkularer Staat. Der Großteil der Bevölkerung ist muslimisch. Aserbaidschan ist innerhalb der ehemaligen Sowjetrepubliken einzigartig, da die Schiiten den größten Teil (85 %) der Muslime ausmachen und die Sunniten nur eine kleine Minderheit sind. Die Regierung ist jeder Form von religiösem Fanatismus gegenüber negativ eingestellt; dies trifft auch auf ihre Haltung gegenüber Christen zu. Der fundamentalistische Islam wird von der Landesführung als destabilisierender Faktor angesehen.

Die Regierung achtet sehr darauf, ein positives Bild von Aserbaidschan zu präsentieren. So bezeichnen Repräsentanten das Land bei internationalen Treffen gerne als „das Land der Toleranz“. Kritische Organisationen werden aufgefordert, ihre Berichterstattung zu korrigieren. Ausländische Institutionen werden nach Aserbaidschan eingeladen, um sich ein Bild davon zu machen, wie gut doch alles sei. Natürlich treffen diese Gruppen nur mit sorgfältig ausgewählten Personen zusammen, die bestätigen werden, dass alles gut sei und es keine Verfolgung gebe. Gleichzeitig berichten Menschenrechts- und Presseorganisationen wiederholt davon, dass gegen jede Form unabhängigen oder kritischen Verhaltens in Aserbaidschan schonungslos vorgegangen wird.

Aserbaidschan hat eine sehr effektive Taktik, Religion zu kontrollieren: Alle 6-7 Jahre müssen sich alle religiösen Gruppen erneut um eine Registrierung bemühen. Es kann schwerlich Zufall genannt werden, dass jedes Mal weniger Kirchen eine Neuregistrierung erhalten. Beim letzten Durchlauf mussten sich alle Kirchen und religiösen Gruppen bis zum 1. Januar 2010 registrieren lassen, aber seit dieser Frist wurden keine neuen Kirchen mehr registriert.

Christen sind nicht die einzigen Gläubigen, die von der Regierung verfolgt werden: Alle religiösen Aktivitäten stehen unter Beobachtung. Muslime, Juden und Zeugen Jehovas erleben denselben Druck.

Betroffene Kategorien von Christen

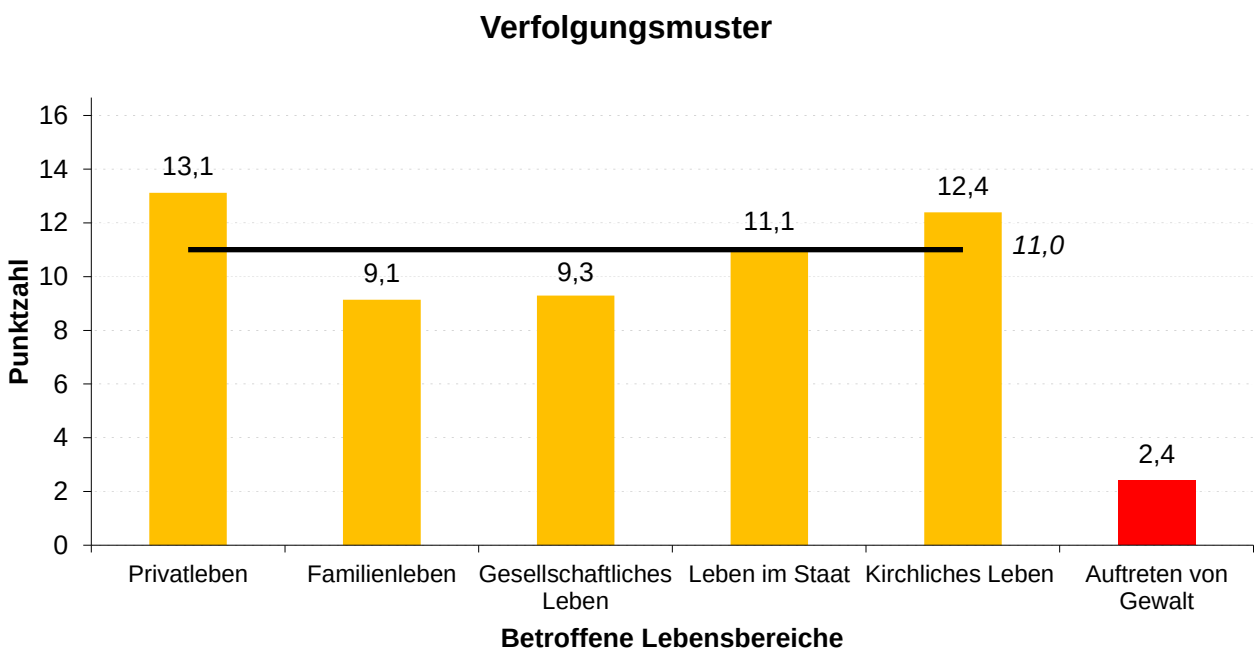
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Gemeinschaften ausländischer Christen sind in Aserbaidschan nicht unfreiwillig von anderen Christen isoliert und wurden deshalb für die Analyse zum WVI nicht als separate Kategorie berücksichtigt.

Christen aus traditionellen Kirchen: Diese Gruppe ist nicht an der Evangelisation unter Aserbaidschanern beteiligt. Sie können ziemlich unbehelligt ihr Gemeindeleben gestalten, da sie von der Regierung des Landes nicht als Gefahr angesehen werden. Auch werden sie dazu benutzt, die Propaganda des Regimes zu untermauern, nach der Aserbaidschan das „Land der Toleranz“ ist.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Christen mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung in Aserbaidschan. Abgesehen von begrenzten Einschränkungen vonseiten des Staats werden sie außerdem von Familie, Freunden und der Gemeinschaft stark unter Druck gesetzt, wobei dieser Druck für sie sehr viel schlimmer ist als der vonseiten des Staats.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Gruppen stehen auf der Liste der Regierung ganz weit oben. Sie wurden von Spionen infiltriert und alle ihre Aktivitäten werden permanent überwacht. Pastoren und Gemeindeleiter müssen regelmäßig Bericht erstatten. Aufgrund der alle 6-7 Jahre nötigen Neuregistrierung existieren immer weniger dieser Kirchengemeinden. Wenn sie diesen Prozess doch überstehen, dann werden auch sie dazu benutzt, die Propaganda des Regimes zu untermauern, Aserbaidschan sei „ein Land der Toleranz“.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Aserbaidschan

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Aserbaidschan, für den alle fünf Lebensbereiche berücksichtigt werden, ist von 10,3 Punkten beim WVI 2017 auf 11,0 Punkte gestiegen.
- Mit 13,1 Punkten ist der Druck am stärksten im Bereich „Privatleben“ (besonders für Christen mit muslimischem Hintergrund), gefolgt vom Bereich „Kirchliches Leben“ mit 12,4 Punkten. Dieses Ergebnis steht in direktem Zusammenhang mit den beiden Triebkräften der Verfolgung, die in Aserbaidschan vorherrschen: Islamische Unterdrückung und Diktatorische Paranoia.
- Die Wertung für das Auftreten von Gewalt beträgt beim WVI 2018 2,4 Punkte. Bei der Analyse für den WVI 2017 waren es nur 0,9 Punkte; allerdings hat dies auch damit zu tun, dass weniger Berichte nach außen gelangt waren.

Privatleben: Konversionen zum christlichen Glauben werden von allen sozialen Einheiten – wie Familie, Freunden und Lebensumfeld – mit erheblichem Widerstand beantwortet. Ehemalige Muslime müssen vorsichtig sein, wenn sie christliche Handlungen wie Gebet oder Lobpreis durchführen, da sie vonseiten ihres Umfelds unter ständiger Beobachtung stehen. Da der Staat mehr oder weniger den Gebrauch religiöser Schriften im Land verbietet, wird der Besitz solcher Schriften zu Problemen führen, wenn man damit erwischt wird. Es ist für Christen muslimischer Herkunft riskant, ihren Glauben zu offenbaren, da sie damit unerwünschte Aufmerksamkeit vom Staat, der Familie oder der Gemeinschaft auf sich ziehen würden. Die einzige Gruppe, die mit dem Zugriff auf christliche Quellen ein Risiko eingeht, dabei ertappt zu werden, sind Christen mit muslimischem Hintergrund. Mit Familienmitgliedern oder einem erweiterten Personenkreis über den christlichen Glauben zu sprechen, ist ebenfalls besonders für Christen muslimischer Herkunft riskant. Die Familie oder die Gemeinschaft werden einen Konvertiten zum christlichen Glauben unter Umständen unter Hausarrest stellen, um den Druck auf ihn oder sie zu erhöhen, wieder zum Islam zurückzukehren. In manchen Fällen wird auch körperliche Gewalt angewendet.

Familienleben: Die Registrierung von Geburten, Hochzeiten oder Todesfällen kann durch lokale Behörden behindert werden, da diese starke Verbindungen zur örtlichen muslimischen Gemeinschaft haben. Taufen werden immer mit Evangelisation und Glaubenswechsel in Verbindung gebracht, wogegen der Staat und das soziale Umfeld hauptsächlich vorgehen. Der Staat hindert christliche Familien daran, Pflegekinder aufzunehmen. Es gibt in Aserbaidschan keine religiöse Erziehung. Die Schulbildung ist streng säkular. Eltern dürfen ihren Kindern nur in den eigenen vier Wänden von ihrem Glauben erzählen, aber es gibt keine legal erhältlichen Materialien. Obwohl Aserbaidschan ein säkularer Staat ist, ist Islamunterricht Teil des Lehrplans und alle Schüler müssen daran teilnehmen. Christliche Kinder sind von Mitgliedern der Gemeinschaft beschimpft worden, die außerdem alles daransetzt, muslimische Kinder von christlichen Kindern abzuschirmen. Wenn bekannt wird, dass sich jemand dem christlichen Glauben zugewandt hat, kann es passieren, dass die Familie den Christen einsperrt (Hausarrest). Außerdem wird der Ehepartner durch Familie, Freunde und Gesellschaft unter Druck gesetzt, sich von dem Christen scheiden zu lassen.

Gesellschaftliches Leben: Drohungen sind sehr weit verbreitet. Christen muslimischer Herkunft werden von Familie, Freunden und Gesellschaft bedroht (auch vom örtlichen Imam) und der Staat stellt eine konstante Bedrohung für nichtregistrierte Gläubige dar. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von den Menschen in ihrem Umfeld überwacht und es kann passieren, dass sie dazu gezwungen werden, an islamischen Zeremonien und Festlichkeiten teilzunehmen. Der Druck, den die Gemeinschaft auf Christen muslimischer Herkunft ausübt, um sie dazu zu bringen, ihrem neuen Glauben abzuschwören, ist meist sehr stark. Besonders in ländlichen Gegenden werden zahlreiche Methoden angewendet: Schläge, Hausarrest, Zwangsheirat und Verbannung. Auf der lokalen Ebene ist es möglich, dass Kinder von Christen mit muslimischem Hintergrund bei der Schulbildung benachteiligt werden. Protestanten werden stark bei der Ausführung ihrer Geschäfte behindert. Protestantische Kirchen müssen häufig Geldstrafen zahlen – eine bevorzugte Verfolgungsmethode der Behörden, gegen diese Kirchengemeinden vorzugehen, bevor sie zu stärkeren Strafen (Razzien, Inhaftierungen, Zwangsschließungen von Kirchen) übergehen. Von Zeit zu Zeit sind Menschen von der Polizei zu Befragungen vorgeladen worden.

Leben im Staat: Religionsfreiheit ist zwar in der Verfassung verankert, doch wird sie in der Praxis durch andere Gesetze und Regelungen eingeschränkt. Dies betrifft besonders Mitglieder religiöser Minderheiten. Die Religionszugehörigkeit ist nicht in amtlichen Dokumenten wie Pässen oder Personalausweisen vermerkt. Auch wenn Christen ins Ausland reisen können, ohne zu viele Hindernisse überwinden zu müssen, werden Repräsentanten auf internationalen Konferenzen sorgfältig ausgesucht, denn sie sollen ihr Land als „Land der Toleranz" präsentieren. Christen werden durch alle behördlichen Instanzen ungerecht behandelt. Wenn jemand als Christ bekannt ist, wird diese Person große Schwierigkeiten haben, eine Arbeit zu finden, von einer Stelle bei der Regierung ganz zu schweigen. Christliche Ansichten in der Öffentlichkeit werden für potentiell destabilisierend gehalten und sowohl von der Regierung als auch der islamischen Gesellschaft als ausländischer Einfluss angesehen. Behörden, die Christen verfolgen, können dies völlig straffrei tun. Die Justiz Aserbaidschans ist nicht unabhängig von der Regierung, weshalb Christen keine gerechte Gerichtsverhandlung bekommen werden.

Kirchliches Leben: Aserbaidschan hat eine sehr einfache Methode gefunden, um Kirchen loszuwerden: Sie verlangen einfach eine neue Registrierung. Immer weniger Kirchen bestehen diese Prüfung. Der Staat überwacht alle religiösen Aktivitäten und hat es dabei besonders auf nichtregistrierte Gruppen abgesehen. Registrierte Kirchen dürfen sich in ihren Gebäuden versammeln, brauchen aber eine Sondergenehmigung für Veranstaltungen, die außerhalb der Kirchenmauern stattfinden sollen. Jugendarbeit ist sehr stark eingeschränkt und alle christlichen Schriften müssen vom Amt für religiöse Angelegenheiten vorab freigegeben werden. Praktisch heißt das: Einfuhr, Druck und Verteilung sind blockiert. Es gibt keine Ausbildungsstätten für Christen. Alle Medien werden vom Staat kontrolliert und sind daher für Christen unzugängig. Sozialarbeit ist für Christen begrenzt möglich – zum Beispiel in Gefängnissen (wo es meist eine Kapelle gibt). In der Vergangenheit gab es Berichte über Ausländer, denen die Einreise verwehrt wurde, und die Einfuhr von christlicher Literatur ist ein strafbares Vergehen. Es ist Ausländern gesetzlich verboten, im Land zu predigen.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum des WVI 2018 wurden keine Fälle von Christen gemeldet, die ermordet wurden. Eine Kirche und ein christlicher Friedhof wurden beschädigt. 26 Mitglieder der Aliabad-Kirche wurden ohne Gerichtsverhandlung festgehalten und verhört, weil sie sich als nichtregistrierte Kirche zum Gottesdienst versammelt hatten. Keine Christen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, aber mindestens 40 Christen wurden von der Polizei während Razzien in Kirchen oder im Fall von Christen muslimischer Herkunft von ihrer Familie körperlich bedrängt. Ein christlicher Buchladen musste gezwungenermaßen schließen.

Beispiele:

- Im November 2016 versammelte sich eine Gruppe von Christen (Männer, Frauen und Kinder) in einem aserbaidschanischen Dorf zu einem nicht angemeldeten Gebetstreffen im Haus des Pastors. Die Polizei stürmte das Treffen und alle Kirchenmitglieder wurden dort für stundenlange Befragungen festgehalten. Die Polizei erhob alle personenbezogenen Daten und machte eine Bestandsaufnahme der im Haus befindlichen Literatur. Vor ihrer Freilassung wurden die Christen noch in die Bezirkspolizeistation verbracht.
- Im Dezember 2016 mussten zwei Baptisten im nördlichen Bezirk Zakatala Strafe zahlen, weil sie Anbetungsgottesdienste ohne staatliche Genehmigung abgehalten hatten. Ihnen wurden religiöse Schriften abgenommen, die anschließend für eine angebliche „Prüfung durch Sachverständige" in die Hauptstadt Baku geschickt wurden.

- Religiöse Literatur und andere Materialien dürfen einzig durch registrierte Ausgabestellen verkauft oder verteilt werden. Alle religiösen Schriften, die in Aserbaidschan produziert, (auch im Internet) veröffentlicht oder dorthin eingeführt werden, werden zuvor einer obligatorischen Zensur unterzogen. Der Staatsausschuss legt anschließend fest, wie viele Exemplare gedruckt bzw. eingeführt werden dürfen. Religiöse Schriften, die verkauft werden, müssen mit einem Aufkleber versehen sein, der die staatliche Genehmigung bestätigt. Regierungsmitglieder haben wiederholt den Vorwurf von sich gewiesen, es handele sich dabei um Staatszensur.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christinnen mit muslimischem Hintergrund, Frauen und Mädchen, sind stärker als Christinnen, die keine Konvertitinnen sind, der Gefahr ausgesetzt, von ihrer Familie und der muslimischen Gemeinschaft körperlich und verbal misshandelt, bedrängt, bedroht, unter Hausarrest gestellt, diskriminiert und verstoßen zu werden. Bei der Verfolgung von Christen, die nicht konvertiert sind, gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Der Alltag der einheimischen Bewohner Aserbaidschans ist von der islamischen Kultur geprägt, in der Frauen eine niedrigere Stellung als Männer haben. Von Frauen wird erwartet, dass sie sich ihren Eltern und, falls sie verheiratet sind, ihren Männern völlig unterordnen. Aserbaidschan ist auch ein kaukasisches Land, wo Familientraditionen und Regeln noch strenger sind und Ungehorsam gegenüber einem älteren Familienmitglied als inakzeptabel gilt. Dies führt dazu, dass Christinnen mit muslimischem Hintergrund noch gefährdeter sind, verfolgt zu werden – sowohl als Christen als auch als Frauen, die die bestehende Ordnung infrage stellen.

Männer: Männliche Christen mit muslimischem Hintergrund sind stärker als Christen, die keine Konvertiten sind, der Gefahr ausgesetzt, von ihrer Familie und der muslimischen Gemeinschaft körperlich und verbal misshandelt, bedrängt, bedroht, diskriminiert und verstoßen zu werden. Bei der Verfolgung von Christen, die nicht konvertiert sind, gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Im Normalfall sind die Leiter der Gemeinde Männer, daneben nehmen diese den Platz des Familienoberhaupts und des Hauptverdieners ein. Wird ein christlicher Mann zur Zielscheibe von Verfolgung, leidet die ganze Familie. Der Verlust der Arbeit zieht die ganze Familie in Mitleidenschaft. Ist der Mann ein Gemeindeleiter, wird seine Verfolgung auch die Gemeinde betreffen und kann dazu führen, dass Ängste wachsen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Es ist davon auszugehen, dass die Regierung ihre Kontrolle über jeden Aspekt des Lebens in Aserbaidschan fortsetzen und, wenn möglich, sogar noch verstärken wird. Die Regierung wird Aserbaidschan auch weiterhin als „das Land der Toleranz“ darstellen und alle ins Visier nehmen, die es wagen, dies infrage zu stellen. Die Kirche in Aserbaidschan wird unter einem beträchtlichen Maß von Überwachung und Druck bestehen müssen.

zurück zur Länderübersicht

Oman: Platz 46

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Wie in anderen Golfstaaten bestimmt der Islam die Gesellschaft des Oman, die Politik und das Rechtssystem, das auf der Scharia basiert. Dennoch ist es durch die Vorherrschaft der Ibaditen, einer islamischen Strömung, die nur von eine Mehrheit im Oman praktiziert wird, ein Land, in dem Christen und sogar Christen muslimischer Herkunft keine gewalttätigen Konsequenzen erleiden müssen. Der Ibadismus wird als „moderater Konservatismus“ beschrieben, mit Lehren, die Strenge mit Toleranz kombinieren. Laut Experten sind die Angehörigen der Ibaditen im Vergleich zu sunnitischen oder schiitischen Muslimen nicht gewalttätig. Sie glauben nicht an Gewalt, selbst gegen Personen, die den Islam verlassen oder keine Muslime sind.

Dennoch ist die omanische Gesellschaft konservativ und Stammesbeziehungen sind wichtig. Der Stamm und die Religion sind eng miteinander verbunden; den Islam zu verlassen wird daher als Verrat sowohl des Stammes als auch der Familie gesehen. Beide Gruppen üben Druck auf Konvertiten aus, die Christen geworden sind, zum Islam zurückzukehren.

Die omanische Regierung fördert im Gegensatz zu benachbarten Ländern aktiv die religiöse Toleranz. Dennoch ändert dies nicht die Tatsache, dass das staatliche Recht auf der Scharia, dem islamischen Recht, basiert und die Religionsfreiheit nur so weit erlaubt ist, wie diese nicht etablierte Bräuche, Vorschriften und die öffentliche Moral verletzt. Darüber hinaus überwacht die nichtdemokratische Regierung ihre Bevölkerung, besonders die Minderheiten, streng.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Ausländische christliche Gemeinschaften werden im Oman toleriert, aber alle religiösen Organisationen müssen bei den Behörden angemeldet werden. Ihre Einrichtungen sind eingeschränkt, damit Einheimische nicht verärgert werden. Christliche Treffen werden überwacht, um jede politische Botschaft aufzunehmen und festzuhalten, ob Einheimische teilnehmen. Des weiteren ist es schwierig, neue Kirchen zu registrieren und zu bauen.

Christen muslimischer Herkunft werden von Familie und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Sie können von Zuhause verbannt werden, ihren Job verlieren und müssen Vorkehrungen treffen, um Diskriminierung und Schikane vorzubeugen. Sie kämpfen auch mit einer rechtlichen Benachteiligung; so ist zum Beispiel im Familienrecht festgeschrieben, dass ein „konvertierter Ehemann sein Sorgerecht bei einer Scheidung verliert“.

Obwohl der „Islamische Staat“ (IS) in letzter Zeit große Verluste erlitten hat, beeinflusst sein extremistisches Gedankengut noch immer die omanische Gesellschaft. Unbestätigte Berichte deuten an, dass Netzwerke des IS im Land auftauchen, was besonders für die christliche Gemeinschaft sehr beunruhigend ist.

Beispiele:

- Öffentlich zu evangelisieren ist verboten; es kann nur im Privaten erfolgen. Laut Berichten wurden einige Christen muslimischer Herkunft und ausländische Christen, die in der Missionierung involviert waren, zu Befragungen vorgeladen.
- Die Regierung bezahlt die Gehälter einiger sunnitischer Imame, aber nicht die schiitischer Geistlicher oder religiöser Leiter anderer Religionen.
- Nichtmuslimische Gruppen müssen sich bei der Regierung registrieren, welche dann die Vermietung von Gebäuden an diese Gruppen genehmigt und überwacht.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Punktzahl des Oman stieg von einem Wertung von 53 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 57 Punkte im Weltverfolgungsindex 2018 an. Mehr Berichte über Gewalt im aktuellen Berichtszeitraum führten zum Teil zu diesem Anstieg um vier Punkte. Zudem wurde die Betrachtung der Situation der Christen muslimischer Herkunft verfeinert. Dies führte für den Oman zu einem Anstieg der Gesamtpunktzahl.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Omanis haben ihre eigene islamische Glaubensrichtung: den ibadischen Islam. Er unterscheidet sich vom sunnitischen und schiitischen Islam und ist dafür bekannt, es zu bevorzugen, Konflikte durch den Dialog anstatt einen offenen Konflikt zu lösen. Dennoch bedeutet Omani zu sein, Muslim zu sein, oder wie es ein Feldforscher von Open Doors sagt: „Es bedeutet, dass sie nicht auf Gewalt zurückgreifen, aber der Widerstand ist deutlich spürbar und er beeinflusst, wie Christen ihren Alltag gestalten können."

Islamische Unterdrückung: Der Islam ist die Staatsreligion und die Rechtsprechung basiert überwiegend auf dem islamischen Recht. Der Lehrplan aller staatlichen Schulen beinhaltet den islamischen Religionsunterricht. Der Abfall vom Islam ist kein kriminelles Vergehen, wird vom Rechtssystem aber auch nicht berücksichtigt, da es alle Bürger als Muslime einstuft. Wer von der omanischen beziehungsweise islamischen Ordnung abweicht, begibt sich selbst in Opposition zur Regierung und der Bevölkerung, was viele aus Angst vermeiden wollen. Christen muslimischer Herkunft stehen Problemen mit dem Familienrecht gegenüber, welches Vätern verbietet, das Sorgerecht für Kinder zu behalten, wenn sie den Islam verlassen. Die Gesellschaft meidet diejenigen, die den Islam verlassen, auch wenn nicht zur Gewalt ermutigt wird.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Stammeswerte, in denen die Familienehre eine große Rolle spielt, sind mit islamischen Werten vermischt. Omani zu sein, bedeutet Muslim zu sein. Es gibt nicht das eine ohne das andere. Man ist stolz, Omani zu sein, und oft ist die Feier der Tradition wichtiger als die Bedeutung hinter der Tradition selbst. Mit der Tradition zu brechen oder die Gründe der Tradition zu hinterfragen, ist für die Bevölkerung undenkbar.

Diktatorische Paranoia: Der Oman wurde bisher von einer Dynastie regiert, die den Willen der Bevölkerung nicht respektiert. Es gibt Unzufriedenheit unter den Omanis, die ihre Regierung generell als autoritär ansehen, auch wenn sie zustimmen, dass kürzlich erfolgte wirtschaftliche Reformen vorteilhaft waren. In ihrem Bericht von 2017 stuft die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Freedom House" das Land als „nicht frei" ein. Der Bericht sagt: „Das Regime beschränkt nahezu alle politischen und bürgerlichen Rechte und reagiert besonders harsch auf Kritik und Widerspruch." Auch die Medien kämpfen mit Schikanen und Einschüchterungen.

Verfolger

Verfolger der Triebkraft Islamische Unterdrückung: Einheimische omanische Christen wurden von Regierungsbeamten verhört, die ihnen befahlen, Treffen einzustellen. Ihnen wurde zudem gedroht, dass sie ihre Jobs und Häuser verlieren würden. Viele haben Verfolgung durch ihre Familien erlebt. Ausländische Christen wurden verhört und angewiesen, ihren Glauben nicht zu teilen, oder sie würden riskieren, ihre Visa zu verlieren. So ergänzen Regierung und Gesellschaft einander. Die Regierung beschränkt den christlichen Glauben von oben, entsprechend den Wünschen der Bürger nach einem islamischen Land. Auf der anderen Seite zwingt die Gesellschaft sowohl die einheimischen als auch die ausländischen Christen dazu, den islamischen Regeln zu entsprechen, sodass vonseiten der Regierung keine gewalttätigen Aktionen gegen Christen notwendig sind und sie somit ein freundliches Gesicht vor der Welt, besonders dem Westen, wahren kann.

Verfolger der Triebkraft Ethnisch begründete Anfeindungen: Für Omanis ist Omani zu sein die Nationalität, ihre wahre Identität ist aber ihre Stammeszugehörigkeit. In der kommunalen Gesellschaft bringt ein Wechsel zum christlichen Glauben große Schande auf den ganzen Stamm. Die Stammesführer und die Familie tragen dann die Last, die Ehre des Stammes wiederherzustellen. Dies kann nur erfolgen, wenn die betroffene Person zum Islam zurückkehrt, die Gemeinschaft verlässt oder stirbt. Die Verfolgung erfolgt meist im beständigen Druck, zum Islam zurückzukehren oder durch die vollständige Aufgabe des Einzelnen durch die Gemeinschaft.

Verfolger der Triebkraft Diktatorische Paranoia: Auch wenn der Sultan für den Fortschritt und den Reichtum, den das Land unter seiner Herrschaft erlangt hat, sehr beliebt ist, ist er gleichzeitig ein Diktator. Viele Christen fürchten, dass ihre Telefone und ihre Aktivitäten in sozialen Medien überwacht werden, meistens wird die Technik aber hauptsächlich gegen Omanis eingesetzt und benutzt, um jedes Anzeichen von Widerspruch und Kritik an der Regierung zu unterbinden.

Hintergrund

Am Zusammenfluss des Persischen Golfs und des Arabischen Meers angesiedelt, war der Oman im Mittelalter ein einflussreiches Sultanat. Arabisch ist die offizielle Sprache und mehr als die Hälfte der omanischen Bevölkerung sind Araber. Im Jahr 1971 trat der Oman der Arabischen Liga und den Vereinten Nationen bei. Der Oman hat generell gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern.

Der aktuelle Sultan kam 1970 an die Macht, nachdem er seinen eigenen Vater gestürzt hatte. Ihm wird die Abschaffung der Sklaverei im Land zugeschrieben und dass er dem Oman eine starke Wirtschaft gegeben habe. Er hat das Land in eine starke Allianz mit den Vereinigten Staaten gebracht, die sich für die Ölreserven des Landes und seine strategisch günstige Position gegenüber dem Iran, dem Persischen Golf und den Ölfeldern im Nahen Osten interessierten.

Ihm wird auch zugeschrieben, Sicherheit und Stabilität in das Land gebracht zu haben, dass eine Geschichte von Konflikten und Krieg hat. Außerdem wird dem Sultan zugerechnet, einige demokratische Reformen eingeführt zu haben. Trotz all der Modernisierung und des Verbots der Sklaverei vor vielen Jahren ist die geistige Einstellung zur Sklaverei noch immer nicht verschwunden und die strikte Kontrolle des Sultans über das Land ist noch immer präsent. Der Sultan hat das Gewaltmonopol und die politische Opposition ist schwach.

Zugleich hat der Oman eine freie und konkurrenzfähige Wirtschaft. Der Reichtum aus Öl und Gas hat seit 1970 eine massive soziale Veränderung herbeigeführt. Der Bildungsstand hat sich deutlich verbessert. Schulbindung für Frauen hat den Analphabetismus dramatisch reduziert. Die jüngeren Generationen sind an neuen Ideen interessiert – sichtbar auch an der Kleidung der jüngeren Menschen. Außerdem findet ein kultureller Wandel von einem agrarischen Nomadentum zu einem urbanen Lebensstil statt.

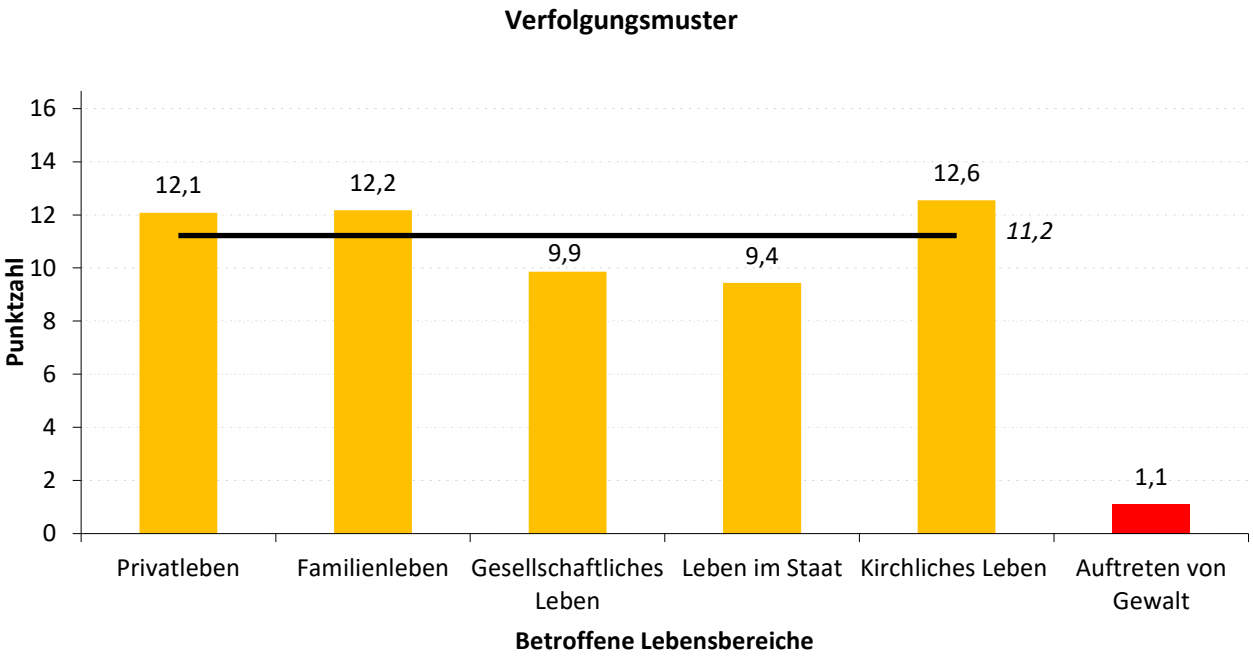
Andere religiöse Gruppen wie Hindus, Buddhisten und nicht-ibadische Muslime sind relativ frei, ihren Glauben zu praktizieren. Der International Religious Freedom Report von 2016 sagt für den Oman aus, dass „diese Gruppen eher für Aktivitäten in den Blick der Regierung geraten, die nichts mit Religion zu tun haben, und wegen unberechtigten finanziellen Arrangements verfolgt werden“.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Es gibt einige ausländische christliche Gemeinschaften im Oman, größtenteils in den städtischen Gebieten von Muskat, Sohar und Salala. Dies umfasst römisch-katholische, östlich-orthodoxe und evangelische Gemeinschaften. Es gibt mehr als 60 verschiedene christliche Gruppen, Gemeinschaften und Versammlungen, die in der Hauptstadt Muskat aktiv sind. Alle religiösen Organisationen müssen sich registrieren lassen und christliche Treffen werden überwacht, um jede politische Botschaft aufzunehmen und festzuhalten, ob Einheimische teilnehmen. Ausländische Christen können diskret in Privathäusern und auf Geschäftsgeländen Gottesdienst feiern. Die Möglichkeiten sind eingeschränkt, damit Einheimische nicht verärgert werden.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund riskieren Verfolgung durch Familie und Gesellschaft, zumeist in der Form von Druck, ihren Glauben zu widerrufen und dem Vorenthalten von Kontakt. Konvertiten können ihre Familie verlieren, da das Gesetz Vätern, die den Islam verlassen, verbietet, das Sorgerecht für ihre Kinder zu behalten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Oman

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Generell verbleibt der Druck auf Christen im Oman auf einem sehr hohen Niveau, besonders auf Christen muslimischer Herkunft in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“. Der durchschnittliche Wert erhöhte sich von 10,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 11,2 Punkte im aktuellen Berichtszeitraum. Dies liegt größtenteils an einer Verfeinerung der Betrachtung der Situation von Christen muslimischer Herkunft.
- Der Druck ist in den Bereichen „Kirchliches Leben“ (12,6), „Familienleben“ (12,2) und „Privatleben“ (12,1) am stärksten, was typisch ist für eine Situation, die aus der Triebkraft der „Islamischen Unterdrückung“ resultiert.
- Der Wert für das Auftreten von Gewalt erhöhte sich aufgrund eines Brandanschlags auf einen Gemeindesaal von 0,2 Punkten im Weltverfolgungsindex 2017 auf 1,1 Punkte. Einige Christen wurden auch zum Verhör durch die Polizei vorgeladen (was bereits im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2017 der Fall war).
- Die allgemeine Verfolgungssituation im Oman wird durch eine nicht gewalttätige aber konservative Gesellschaft befeuert. Die Verfolger sind unter anderem Familienmitglieder (sowohl aus der direkten als auch der Großfamilie), Regierungsbeamte, sowie gesellschaftliche und nichtchristliche religiöse Führer.

Privatleben: Der Oman ist eines der wenigen Länder, in denen der Islam die Staatsreligion ist, aber der Glaubenswechsel weg vom Islam kein Verbrechen ist. Dennoch hat dieser Konsequenzen, besonders bei Familienthemen. So erleben besonders Christen muslimischer Herkunft Verfolgung im Bereich „Privatleben". Ein Feldforscher von Open Doors sagt: „Es gibt eine gesellschaftliche Diskriminierung und Missbrauch basierend auf religiöser Zugehörigkeit, Glauben und religiöser Praxis. Nahezu 89 % der Bevölkerung sind Muslime. Es ist besonders gefährlich für Christen muslimischer Herkunft, ihren christlichen Glauben zu zeigen, da sie möglicherweise riskieren, diskriminiert zu werden und auch rechtliche Konsequenzen ihres Glaubenswechsels bei Sorgerechtsstreitigkeiten fürchten müssen. Daher ist es für diese Christen risikobehaftet, ihren Glauben schriftlich oder in persönlichen Äußerungen offenzulegen."

Familienleben: Christen muslimischer Herkunft können nur nach islamischen Riten heiraten. Ein Feldforscher ergänzt: „Ein zum christlichen Glauben konvertierter Ehemann wird bei einer Scheidung das Sorgerecht verlieren. Das sagt das Familienrecht eindeutig." Dennoch gibt es immer noch Omanis, die Christen werden.

Gesellschaftliches Leben: In ihrem Umfeld, vor allem in Schulen, müssen besonders Christen muslimischer Herkunft Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen und Schikane zu vermeiden. Ein Feldforscher hält fest: „Der Lehrplan öffentlicher Schulen beinhaltet islamische Lehren. Es ist Pflicht für muslimische Schüler, den Islamunterricht zu besuchen. Christen und andere Nichtmuslime müssen diesen Unterricht nicht besuchen. Allerdings müssen Christen muslimischer Herkunft, die ihren christlichen Glauben nicht offenbaren wollen, aus Sicherheitsgründen weiter am Islamunterricht teilnehmen. Darüber hinaus gibt es im Lehrplan keinen christlichen Religionsunterricht für die christlichen Schüler."

Leben im Staat: Der Druck im Bereich „Leben im Staat" hat meist einen massiven Einfluss darauf, wie sich die Triebkräfte der Verfolgung im jeweiligen Land ausbilden. Der Islam ist die Staatsreligion und die Rechtsprechung basiert überwiegend auf dem islamischen Recht. Dies bedeutet, dass Christen unter diesen Regeln und Gesetzen leben müssen, die im Einklang mit dem Islam erlassen wurden.

Kirchliches Leben: Es gibt viele offiziell anerkannte Gemeinden und Kirchen im Oman. Dennoch ist es schwer, eine Kirche zu registrieren und zu bauen. Zudem muss die Regierung der Errichtung und der Vermietung von Gebäuden an religiöse Gruppen zustimmen. Das Gesetz verbietet allen religiösen Gruppen öffentliche Missionierung, allerdings toleriert die Regierung private Evangelisation innerhalb der rechtlich registrierten Gebäude. Diese Toleranz gegenüber der privaten Evangelisation ist charakteristisch für den Oman, da dies in den Nachbarländern unmöglich und sogar gefährlich ist. Auf diesem Weg will die Regierung ihr Land als islamisch gegenüber seinen Nachbarn darstellen, während sie gleichzeitig tolerant gegenüber Minderheiten ist.

Auftreten von Gewalt: Es gab einen Anstieg von Gewalt im Berichtszeitraum. Einem Feldforscher zufolge wurde ein Raum, der von ausländischen Christen in Nizwa angemietet und als Gottesdienstraum genutzt wurde, in Brand gesteckt. Wie es heißt, verbrannte der Großteil ihrer Ausrüstung. Einige Jugendliche aus dem Ort wurden gesehen, wie sie vom Ort des Geschehens flohen, aber es wurde nichts unternommen, um die Täter zu finden. Im Laufe des Jahres wurden einige einheimische Christen und einige ausländische Christen zu Verhören vorgeladen.

Daneben ist es bekannt, dass im offiziellen Sponsorenprogramm für Arbeitsvisa ‚kafala' Haushaltsangestellte eng an ihre Arbeitgeber gebunden sind, die ihre Pässe an sich nehmen und sie zwingen können, massiv Überstunden zu machen. Dies macht diese Hausangestellten anfällig für Missbrauch. Open Doors befürchtet, dass christliche Haushaltsangestellte noch verwundbarer sind und wegen ihres Glaubens noch größeren Diskriminierungen gegenüberstehen. Dennoch gibt es bisher keine klaren Anzeichen von Verfolgung in Verbindung der Misshandlung von ausländischen christlichen Arbeitnehmern. Dieses Thema wird demnächst weiter untersucht werden.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Generell ist die Position von Frauen im Oman verletzlich. Die Gesellschaft ist sehr konservativ, was das Leben von Frauen und Mädchen angeht, deswegen werden sie von ihrem Ehemann oder einem Aufpasser kontrolliert. Dies macht es besonders für Frauen schwierig, den Glauben vom Islam hin zum christlichen Glauben zu wechseln.
Männer: Es gibt keine speziellen Informationen über die Verfolgung christlicher Männer, aber es ist anzunehmen, dass christliche Ausländer die meiste Diskriminierung auf der Arbeit erleben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Zukunft der Christen im Oman wird von sozialen, politischen und regionalen Faktoren bestimmt. Betrachtet man die Situation vieler Länder im Nahen Osten und am Golf, ist es sehr schwer, sich ein positives Szenario vorzustellen, und der Oman ist keine Ausnahme. Sollte es zu sozialen Unruhen kommen, die das Regime schwächen, könnte dies in der Tat zu einer weiteren Islamisierung der politischen Institutionen des Landes und zu einer strikteren Anwendung der Scharia führen. Der Sultan gilt als die treibende Kraft hinter der Sicherheit und Stabilität des Landes; er wird älter und laut Berichten gesundheitlich angeschlagen. Wenn also sein Einfluss abnehmen sollte, könnte das Land in die Hände von Islamisten fallen. Darüber hinaus könnte die Situation im Jemen oder die Krise in Katar letztlich auch den Oman betreffen. Auf der anderen Seite gibt es den positiven Trend im Land, dass die Regierung versucht, eine Kultur der religiösen Harmonie zu schaffen. Das Al Amana Zentrum arbeitet an einem Dialog und dem Verständnis zwischen Muslimen und Christen unter dem Motto: „Kein Frieden zwischen den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen" und „Kein Friede zwischen den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen".

Basierend auf dem, was derzeit passiert, sind folgende Szenarien für die Zukunft denkbar:

- Wenn der Sultan stirbt, könnte sich die Übergangsphase als eine Zeit der Unsicherheit und des Konfliktes erweisen.
- Wenn dem Bürgerkrieg im Jemen nicht Einhalt geboten wird, könnte dieser einen Einfluss auf den Oman haben, indem Islamisten und Flüchtlinge die Grenze vom Jemen her überqueren.
- Obwohl der Oman nicht direkt in die Katar-Krise involviert ist, könnte das Land betroffen sein, wenn sich die regionalen Spannungen unvermindert fortsetzen oder sogar verschlimmern, da diese bereits die Zusammenarbeit der Golfstaaten im Golfkooperationsrat beeinflussen.

zurück zur Länderübersicht

Mauretanien: Platz 47

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Mauretaniens offizielle Bezeichnung lautet „Islamische Republik Mauretanien“ und die autokratische Regierung versucht häufig, an Legitimität zu gewinnen, indem sie sich als Beschützer des Islam darstellt. Familiärer und sozialer Druck ist besonders für Christen muslimischer Herkunft stark spürbar. Der Einfluss des extremistischen Islam wächst, was auch Handlungen der Regierung einschließt, die versucht, Scharia-Gesetze einzuführen. So kann der Staat zu den Verfolgern von Christen gezählt werden. Extremistische islamische Prediger tragen zur Radikalisierung der Gesellschaft bei und schüren Feindseligkeiten gegenüber Nichtmuslimen. Militante Islamisten sind ebenfalls im Land aktiv. Das „Kastensystem“, das bestimmte Gruppen bevorzugt und die Versklavung der stärker dunkelhäutigen Mauretanier rechtfertigt, beruft sich ebenfalls auf den Islam. Diejenigen, die mehr Privilegien haben, gehen aktiv gegen jede Weltsicht vor, die den Status Quo verändern könnte, einschließlich den christlichen Glauben.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Einheimische Christen mit muslimischem Hintergrund – insbesondere außerhalb der Hauptstadt – sind den stärksten Formen der Verfolgung ausgesetzt. Zusätzlich zu Druck, Ausgrenzung und dem Risiko der Gewalt, die ihnen vonseiten ihrer Familien und ihrem Umfeld drohen, wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird, können sie auch der Apostasie (Abfall vom Islam) angeklagt werden, auf die in Mauretanien die Todesstrafe steht. Jedes Anzeichen ihres Glaubens kann für nicht-mauretanische Christen (beispielsweise Migranten aus Ländern südlich der Sahara oder Entwicklungshelfer) bedeuten, auf Grundlage von Gesetzen, die die Evangelisation unter Muslimen verbieten, angeklagt zu werden. Zusätzlich zu den Gefahren durch die Behörden sind Christen in Mauretanien auch der Gefahr von Gewalt durch militante Gruppierungen wie Al Kaida im Maghreb ausgesetzt. Sich zum Gottesdienst zu versammeln, ist aufgrund dieses Umfelds besonders schwierig. Vor allem Christen muslimischer Herkunft können sich nicht offen treffen und gemeinsam Gottesdienst feiern.

Beispiele:

- Taufen können nur im Geheimen durchgeführt werden und Christen muslimischer Herkunft wollen sich häufig nicht taufen lassen, weil sie befürchten, entdeckt und der Apostasie beschuldigt zu werden.
- Die Katholische Kirche darf die Innenräume ihrer Kirchen renovieren; die Renovation des Außenbereichs und die Errichtung von Kirchengebäuden anderer Denominationen ist jedoch verboten.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mauretanien ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2017 um zwei Punkte von 55 Punkten auf 57 Punkte gestiegen. Der Anstieg ist auf eine Zunahme des Drucks auf Christen in allen untersuchten Lebensbereichen zurückzuführen. Der Wert für das Auftreten von Gewalt hingegen ist auf 0 gesunken (wobei er schon im vergangenen Berichtszeitraum sehr gering war). Dies kann jedoch auch an daran liegen, dass kaum Berichte über gewalttätige Vorfälle das Land verlassen.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Dies ist die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Mauretanien. Das Land ist eine selbsternannte Islamische Republik und Islamismus ist die dominante politische Ideologie in Mauretanien. Nichtmuslime erleben Einschüchterungen und Verfolgung vonseiten islamischer Gruppen. Eine große Anzahl von Mauretaniern hat sich militanten islamischen Gruppen in Nordafrika sowie in Syrien und im Irak angeschlossen. Während die Regierung einerseits versucht, den militanten Islamismus zu bekämpfen, finanziert sie andererseits fundamentalistische Bewegungen wie den Wahhabismus und die Muslimbrüder.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Spannungen aufgrund von Stammes- sowie ethnischer Zugehörigkeit sind in diesem sehr konservativen und traditionellen Land, in dem die Urbanisierung erst kürzlich eingesetzt hat, stark verwoben. Wird ein Muslim Christ, so muss sich diese Person nicht nur um Druck vonseiten der Familie und Regierung sorgen, sondern auch die Stammes- oder Volksgruppe kann wegen der empfundenen Schande der Konversion zu weitergehender Verfolgung beitragen. Außerdem trägt das Problem der Sklaverei, das eng mit der ethnischen Zugehörigkeit verbunden ist, zu stärkerer Verfolgung bei, da die Befürworter diese Praxis als vom Islam anerkannt rechtfertigen. Kampagnen gegen die Sklaverei lösen feindliche Reaktionen von Islamisten im Land aus.

Diktatorische Paranoia: Die derzeitige Regierung ist fest entschlossen, sich an der Macht zu halten und versucht, ihre Legitimität unter islamischen Gruppen zu stärken, indem sie Christen verfolgt.

Verfolger

In Mauretanien spielen verschiedene Verfolger eine Rolle. Der Staat und Regierungsbeamte gehören zu den wichtigsten Verfolgern, da die Regierung den Islam als Staatsideologie annimmt. Zusätzlich zum Staat bestärken extremistische Imame und islamische Lehrer Vorurteile und Hass gegenüber Christen. Gewöhnliche Bürger, die von den Lehren solcher Imame beeinflusst werden, können ebenfalls als Verfolger genannt werden. Im Kontext der Sklaverei und dem vorherrschenden „Kastensystem“ Mauretaniens wird die aktuelle Situation durch Religion verstärkt und mit ihr vermischt. Die Ansichten extremistischer Imame werden auch von Stammesführern unterstützt. Daher treten auch konservative Stammesführer, die eine ethnische Hierarchie und soziale Ordnung aufrechterhalten wollen, als Verfolger auf.

Hintergrund

Mauretanien befindet sich seit mehr als 30 Jahren unter Militärherrschaft, die nur 2007 von einer kurzen Periode der Demokratie unterbrochen wurde. Versprechen, die Demokratie wiedereinzuführen, führten nur zu manipulierten Wahlen. Die politische Lage des Landes ist von einer Reihe von Staatsstreichen geprägt und die dominante politische Institution ist das Militär. Formell ist das Land zwar eine Mehrparteiendemokratie, jedoch wird das Parlament ausnahmslos von der Regierungspartei dominiert. Verschiedene islamistische Gruppierungen sind in der politischen Szene des Landes aktiv und der Islamismus ist die dominante politische Ideologie. Die ethnische Zugehörigkeit spielt eine große Rolle in der Politik Mauretaniens, da die ethnische Gruppe der Schwarzafrikaner im Süden des Landes eine starke Marginalisierung vonseiten ethnischer Gruppen arabischer Berber aus dem Norden erfahren.

Mauretanien ist eines der ärmsten Länder der Welt. Ein Drittel aller Kinder sind unterernährt, und selbst wenn genügend Nahrungsmittel verfügbar sind, können sie sich weite Bevölkerungsteile nicht leisten. Nur vier Prozent des Landes sind bebaubar, weshalb die landeseigene Ernährungssicherheit sehr schwach ist. Während die Regierung aufgrund der durch die Weltbank empfohlenen wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen ein gewisses Wirtschaftswachstum erzielt hat, hat dies zu keiner Verbesserung der Lebensbedingungen der Gesamtbevölkerung geführt. In dem weiten und trockenen Land, das zum Großteil von Nomadenvölkern bewohnt wird, ist es dem Staat nicht gelungen, eine flächendeckende Präsenz vor Ort aufzubauen, und informelle Institutionen wie Familie und Stamm oder persönliche Kontakte haben oft größeren Einfluss als der Staat. Ein Beleg für diese Situation ist das Fortbestehen der Sklaverei trotz der Versuche der Regierung, diese Praxis abzuschaffen.

Al Kaida im Islamischen Maghreb (AQIM) bereitet der mauretanischen Regierung seit 2005 Probleme, doch die Armee verzeichnete einige Erfolge in ihrem Kampf gegen die Gruppierung. Es besteht allerdings eine ernsthafte Gefahr, dass Mauretanien sich in Richtung Extremismus entwickelt, da die Sympathie für den extremistischen Islam wächst. Mehrere islamistische Gruppierungen versuchen, sich den Unmut der Bevölkerung über die Korruption in der politischen Elite und über die Regierung, die jegliche Demokratiebestrebungen aufgegeben hat, zunutze zu machen. Obwohl der Arabische Frühling auf Mauretanien nicht denselben Einfluss hatte wie auf andere Länder der Region, gab es 2016 bisher nie da gewesene Proteste der Islamistischen Partei mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen der mauretanischen und der französischen Armee im Kampf gegen AQIM zu beenden. Zu der bereits seit Jahren instabilen politischen Lage und den schweren Spannungen kamen noch Proteste aufgrund sozioökonomischer Probleme, wie der extrem hohen Lebenshaltungskosten und der Diskriminierung von ethnischen afrikanischen Minderheiten, hinzu.

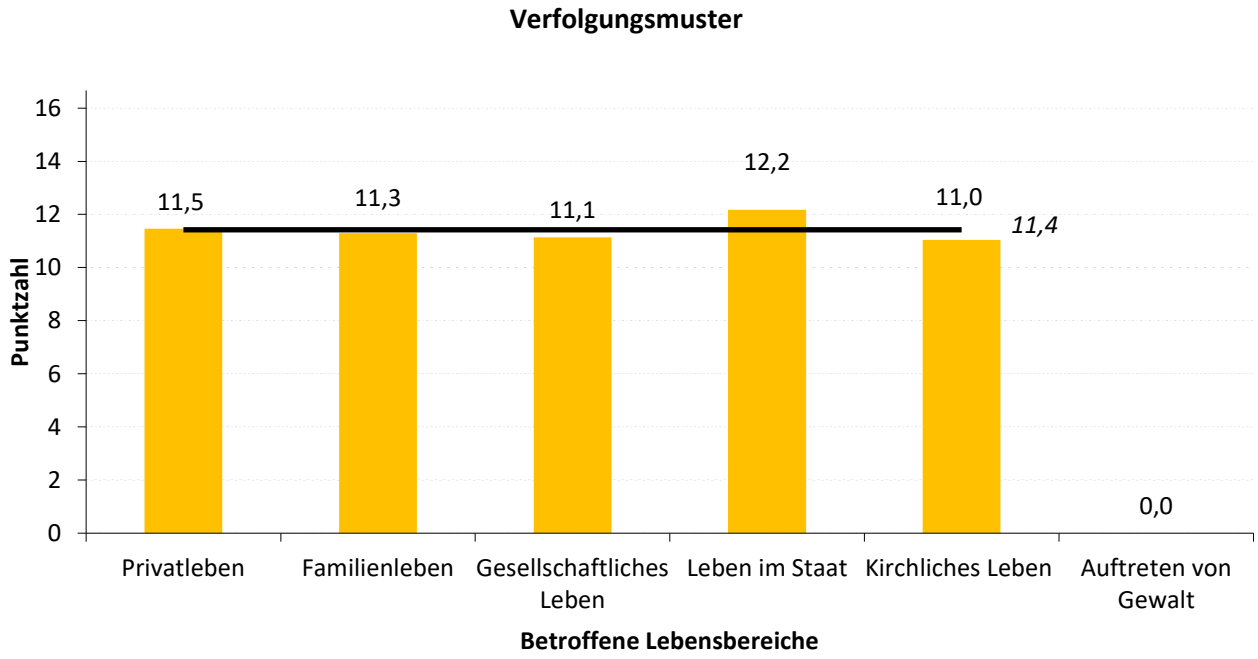
Neben der christlichen Minderheit gibt es auch eine kleine, aber wachsende schiitische Minderheit in Mauretanien. Die Regierung unterhält gute Beziehungen mit dem Iran und attackiert diese Gemeinschaft nicht, sunnitische religiöse Leiter denunzieren die Minderheit jedoch und verlangen einschränkende Maßnahmen gegen die schiitischen Muslime.

Betroffene Kategorien von Christen

Gemeinschaften ausländischer Christen und Arbeitsmigranten: Römisch-katholische Christen aus den Ländern südlich der Sahara sind die größte Gruppe dieser Kategorie, gefolgt von protestantischen und evangelikalen Christen, die ebenfalls aus Ländern südlich von Mauretanien stammen. Es gibt außerdem eine kleine Anzahl von Christen aus westlichen Ländern in Mauretanien, die allerdings nur einen sehr kleinen Prozentsatz der Christen im Land ausmacht. Schwarzafrikanische christliche Migranten befinden sich in einer prekären Lebenssituation, da sie sowohl den gängigen ethnisch begründeten Vorurteilen als auch Verfolgung durch den wachsenden Islamismus ausgesetzt sind.

Christen muslimischer Herkunft: Christen mit muslimischem Hintergrund sind am stärksten der Verfolgung ausgesetzt und erfahren enormen Druck von engen Familienangehörigen und ihrer Großfamilie. In der nomadischen Gesellschaft des Landes, in der das Überleben des Einzelnen von der Großfamilie abhängt und auf gegenseitiger Abhängigkeit in der Gemeinschaft beruht, ist es für Christen muslimischer Herkunft eine große Herausforderung, ihren christlichen Glauben zu verheimlichen. Hass und falsche Vorurteile, die von islamischen Gruppen propagiert werden, betreffen die meisten christlichen Konvertiten, die nicht nur ihren Gesellschaftsstatus, sondern auch ihre Staatsbürgerschaft verlieren würden, sollte ihr Glaubenswechsel öffentlich bekannt werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Mauretanien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen ist in allen Lebensbereichen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der durchschnittliche Druck ist von 10,8 Punkten auf 11,4 Punkte angestiegen.
- Am stärksten ist der Druck im Lebensbereich „Leben im Staat“. Der mauretanische Staat ist offiziell eine Islamische Republik und nicht besonders gewillt, die Anwesenheit von Christen anzuerkennen, erst recht nicht von Christen muslimischer Herkunft. Das autokratische Wesen des Regimes und der schlechte Schutz der Menschenrechte im Land verstärken die Feindseligkeit gegenüber Christen.
- Der Wert für Gewalt ist von 0,6 Punkten auf 0 Punkte gesunken. Das Fehlen von Berichten über gewalttätige Vorfälle könnte an der Schwierigkeit liegen, Informationen von Christen mit muslimischem Hintergrund zu erhalten, die häufig isoliert sind und durch ihre Familien und ihr Umfeld leiden könnten, wenn ihr Glaube entdeckt wird.

Privatleben: Es gibt eine relative Freiheit für nicht-mauretanische Christen, die einen christlichen Hintergrund haben, ihren Glauben im privaten Rahmen zu leben. Einheimische Christen muslimischer Herkunft stehen jedoch in der Gefahr, hohen Druck und Verfolgung zu erfahren, sollte ihr Glaubenswechsel durch Handlungen, die sie im Privaten ausüben und mit ihrem Glauben zu tun haben, entdeckt werden. Der Besitz christlicher Materialien und überhaupt jeglicher Ausdruck ihres christlichen Glaubens könnten feindliche Reaktionen von Familienmitgliedern und der Gemeinschaft hervorrufen. Dies gilt vor allem für christliche Konvertiten, die außerhalb der Hauptstadt leben. Die Abkehr vom Islam ist gesetzlich verboten und Sichtweisen, die als islamkritisch wahrgenommen werden, können laut Gesetz die Todesstrafe nach sich ziehen. Während das entsprechende Gesetz bisher eher symbolischer Natur war, stellt es dennoch eine reale Gefahr für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft dar.

Familienleben: Es ist schwierig für christliche Eltern, ihre Kinder ihrem Glauben gemäß zu erziehen. Dies gilt sowohl für mauretanische Christen muslimischer Herkunft als auch für ausländische Christen, vor allem jene aus Ländern südlich der Sahara. Kinder christlicher Eltern müssen am islamischen Unterricht teilnehmen und sind häufig Diskriminierung und Schikanen seitens ihrer Mitschüler ausgesetzt. Solche Schikanen sind häufig auch rassistisch oder ethnisch begründet. Für Christen muslimischer Herkunft ist es häufig sehr schwierig, wichtige Momente ihres Lebens entsprechend ihres christlichen Glaubens zu feiern. Stattdessen werden sie gezwungen, an islamischen Ritualen teilzunehmen. In diesem Bereich haben ausländische Christen mehr Freiheit, da sie Hochzeiten, Taufen und Begräbnisse gemäß christlicher Traditionen feiern können.

Gesellschaftliches Leben: Christen muslimischer Herkunft sind häufig von dem Nutzen des dörflichen Zusammenlebens ausgeschlossen. Die gegenseitige Unterstützung durch die Gemeinschaft ist eine wichtige Überlebensgrundlage, vor allem in den ländlichen Gebieten Mauretaniens. Christen muslimischer Herkunft wird manchmal die Zusammenarbeit und Hilfe von der Gemeinschaft verweigert und der Zugang zu Gemeinschaftsressourcen und Foren verwehrt. Diese Situation wird noch verschärft, wenn ethnisch begründete oder rassistische Vorurteile hinzukommen, welche tief in der Gesellschaft des Landes verankert sind. Hier sind Kinder von Arbeitsmigranten am stärksten betroffen, denn ihnen wird die Zulassung zu manchen Schulen verwehrt. Außerdem führt die Tatsache, dass die meisten Schulen stark islamisch ausgerichtet sind, dazu, dass Kinder von Christen muslimischer Herkunft durchweg benachteiligt werden, wenn sie ihren Glauben einmal bekannt gemacht haben.

Sowohl christliche Konvertiten als auch ausländische Christen werden auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz diskriminiert. Diese Verfolgung wird durch „Ethnisch begründete Anfeindungen“ und Vorurteile noch verstärkt.

Leben im Staat: Obwohl Mauretanien Vertragspartei der wichtigsten internationalen Menschenrechtsverträge ist, in denen auch das Recht auf Religionsfreiheit verankert ist, steht laut Strafrecht des Landes auf „Apostasie“ (Abfall vom Islam) die Todesstrafe. Christen muslimischer Herkunft, die es wagen, ihren Glaubenswechsel öffentlich zu machen, werden vom Staat nicht anerkannt und kaum toleriert. Jeder, der für die Regierung arbeitet, muss sich zum Islam bekennen und an staatlichen religiösen Feiern teilnehmen. Christliche Einwanderer erfahren oft offene Diskriminierung. In jüngster Zeit gab es eine umfangreiche Kampagne gegen Immigration. Aber die rassistischen und fremdenfeindlichen Angriffe richten sich häufig auch generell gegen Christen. Die Gesamtsituation des Landes zwingt Christen muslimischer Herkunft dazu, ihren Glauben geheim zu halten. Es ist praktisch unmöglich für Christen, als solche sichtbar am nationalen Leben teilzunehmen.

Kirchliches Leben: Christen muslimischer Herkunft treffen sich aus Angst vor Überwachung im Geheimen. Ausländische Christen dürfen sich offiziell nur an bestimmten öffentlichen Anbetungsstätten versammeln, halten allerdings auch regelmäßige Treffen in Häusern ab, die in der Regel nicht gestört werden, solange Musik und Predigt nicht zu laut sind. Aufgrund des kolonialen Erbes Mauretaniens hat nur die römisch-katholische Kirche einen legalen Status. Allen anderen Kirchen wird die Legalität verweigert; in der Diözese Nouakchott erlaubt die katholische Pfarrei evangelikalen Gemeinden allerdings, Räume ihres Hauptgebäudes mit zu nutzen. Es ist generell bekannt, dass keine christlichen Veranstaltungen außerhalb der sehr beengten kirchlichen Räume stattfinden dürfen. Mit der Ausnahme von ein paar wenigen Festlichkeiten, wie des Gottesdienstes am Ostermorgen außerhalb der Stadt, gibt es keine bekannte Präsenz der Kirche außerhalb ihrer Gebäude. Somit ist die Kirche in Mauretanien gezwungen, unsichtbar zu bleiben und im Untergrund zu arbeiten.

Auftreten von Gewalt: Auch wenn vermutet wird, dass Christen muslimischer Herkunft in Mauretanien unter gewalttätiger Verfolgung durch Mitglieder ihrer (Groß-)Familie, Nachbarn und der Gesellschaft im Allgemeinen leiden, ist es sehr schwer, bestätigte Berichte von solchen Vorfällen zu erhalten. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es keinen bestätigten Fall von gegen Christen gerichteter Gewalt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Das Fehlen starker Institutionen und einer demokratischen Kultur, in der die Bürgerrechte respektiert werden, bedeutet für Christen eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit einer Verbesserung ihrer Lage. „Islamische Unterdrückung“ wird wahrscheinlich weiterhin eine starke Triebkraft der Verfolgung in Mauretanien bleiben. Die Turbulenzen und die politische Instabilität, die die vergangene und gegenwärtige Lage des Landes auszeichnen, sind kein gutes Zeichen für die Zukunft. Außerdem könnte die Situation des Landes noch durch Armut, ethnisch begründete Anfeindungen und zunehmende Spaltung über das Problem der Sklaverei verschlimmert werden. Auch die Instabilität in der Region und Nachbarländern wie Mali, wo militante islamische Gruppen wie AQIM die Lage destabilisieren, führt zu weiterer Besorgnis, was die Zukunft der Christen in Mauretanien betrifft.

zurück zur Länderübersicht

Bahrain: Platz 48

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Generell ist dieses mehrheitlich schiitisch-islamische Land, das von einer sunnitischen Herrscherfamilie regiert wird, aufgrund seiner internationalen Stellung im Bankwesen und Handel relativ tolerant. Allerdings ist es Christen verboten, Muslime zu missionieren. Den Machthabern dieses Golfstaates ist es gelungen, mit repressiven Mitteln ihre Macht zu festigen. Die staatlichen Behörden schränken dementsprechend die gesamte Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein. Da die bahrainische Gesellschaft konservativ ist, wird das Verlassen des Islam als Verrat angesehen und sowohl der Stamm als auch die Familie werden Druck auf einen Konvertiten ausüben, zum Islam zurückzukehren.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Bahrain ist ein Land, in dem Christen in allen Lebensbereichen unter großem Druck stehen. Die Verfassung gewährt zwar offiziell Religionsfreiheit, aber diese Bestimmung gilt nur bedingt, da sie gleichzeitig besagt, dass die Ausübung der Religionsfreiheit nicht gegen etablierte (islamische) Bräuche, die öffentliche Ordnung oder die gesellschaftlichen Sitten verstoßen soll. Eine beträchtliche Zahl ausländischer Christen (vor allem aus Südostasien) lebt und arbeitet in Bahrain. Sie sind relativ frei, ihren Glauben in privaten Gemeinderäumen auszuleben, werden allerdings von der Regierung und Sicherheitsdiensten stark überwacht. Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung und werden von Familienmitgliedern und der lokalen Gemeinschaft unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Trotzdem gibt es kaum jemals Berichte, dass Christen wegen ihres Glaubens getötet, inhaftiert oder verletzt werden.

Beispiele:

- Ein Beispiel für den anhaltenden Druck der Regierung auf die bahrainische Gesellschaft ist die Ratifizierung einer Verfassungsänderung durch König Hamad Anfang April 2017. Sie ermächtigte Militärgerichte, Zivilisten vor Gericht zu stellen, wenn diese „an Terrorakten oder Gewaltverbrechen“ beteiligt sind. Nach Angaben der Regierung war dieser Schritt notwendig, um den Terrorismus zu bekämpfen, aber laut Amnesty International ist der Wortlaut der Änderung so vage, dass er leicht gegen jede vermeintliche Opposition (zu der auch Christen gehören können) verwendet werden kann.
- Während des Ausnahmezustandes im Jahr 2011, als die Regierung versuchte, Massendemonstrationen zu unterdrücken, waren die Militärgerichte bekannt für ihre ungerechten Gerichtsverfahren und die Anwendung von Folter, um Geständnisse zu erlangen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Bahrain wird auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 mit 57 Punkten bewertet, das entspricht einem Anstieg um 3 Punkte im Vergleich zum WVI 2017. Zum Teil ist diese Zunahme auf einen Anstieg des Drucks in vier Lebensbereichen und das Auftreten gewaltsamer Zwischenfälle zurückzuführen, allerdings gab es auch eine Verfeinerung in der WVI-Analyse der Situation von Christen muslimischer Herkunft in Bahrain, die ebenfalls zum Anstieg beitrug.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: „Islamische Unterdrückung" in Bahrain sollte im Zusammenhang mit dem gesehen werden, was in der gesamten Region geschieht. Die Region befindet sich in einem Chaos von Krieg und Konflikten, und die Gesellschaft ist sehr konservativ geworden. Diese sehr konservative islamische Sichtweise zeigt sich auch in der Gesetzeslage. Die Verfassung sieht Gewissensfreiheit vor, die Unverletzlichkeit von Kultstätten, die Freiheit, religiöse Riten durchzuführen, und die Freiheit, religiöse Prozessionen und religiöse Versammlungen abzuhalten, solange sie „im Einklang mit den im Land geltenden Bräuchen" stehen. Angesichts der Tatsache, dass in der Verfassung auch erklärt wird, dass die Staatsreligion der Islam und die Scharia (das islamische Recht) die Hauptquelle der Gesetzgebung ist, bedeutet dies tatsächlich, dass die Religionsfreiheit eingeschränkt ist. Die Situation ist daher ähnlich wie auch in anderen Golfstaaten: Christen können ihren Glauben frei ausüben, solange sie es privat tun.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Typisch für diese Triebkraft der Verfolgung sind Situationen, in welchen uralte Werte und Normen, die in einem Stammeskontext entstanden sind (z. B. die Familienehre), den Christen aufgezwungen werden. Im Fall von Bahrain sind „Ethnisch begründete Anfeindungen" deutlich mit dem Islam vermischt. Dies betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft.

Diktatorische Paranoia: Die Regierung des Landes ist bemüht, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Eine sunnitische Familie regiert eine schiitische Mehrheit mit der Hilfe Saudi-Arabiens und anderer Länder mit sunnitischer Mehrheit in der Region. Die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, ordnungsgemäße Gerichtsverfahren und andere Grundrechte werden von der Regierung ständig verletzt.

Verfolger

Islamische Unterdrückung: Bahrain ist ein Land, in dem Christen in allen Lebensbereichen unter Druck stehen. Sowohl ausländische Christen als auch Christen muslimischer Herkunft befinden sich in einer schwachen Position. Es ist sehr leicht für die Regierung, ausländische Christen auszuweisen, was diese zur Selbstbeschränkung zwingt, da es verboten ist, sich gegen die Regierung zu stellen oder gegen „fundamentale Überzeugungen der islamischen Lehre" zu verstoßen. Die größte Bedrohung stellen jedoch gewöhnliche Bürger aus der konservativen Gesellschaft Bahrains dar. Ein Feldforscher beschreibt: „Diese Gruppe macht keine Kompromisse bezüglich ihrer Ansicht, dass das Land allein für den Islam und für Muslime da ist." Die Diskriminierung von Christen durch diese Gruppe ist weitverbreitet.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Für einheimische Christen muslimischer Herkunft geht von Mitgliedern der (Groß-)Familie neben der Gesellschaft im Allgemeinen die größte Gefahr aus. Sie lassen keinen Raum für Konvertiten; für ein bahrainisches Familienmitglied ist es völlig inakzeptabel, den Islam zu verlassen. Ausländische Arbeiter, die vom Islam zum Christentum konvertieren, sind durch ihre Arbeitgeber und Kollegen beispielsweise mit dem gleichen Problem konfrontiert.

Diktatorische Paranoia: Die Regierung Bahrains ist repressiv, vor allem gegen die schiitische Mehrheit. Human Rights Watch erklärt: „Die Gerichte des Landes verurteilen und inhaftieren friedliche Andersdenkende und haben es versäumt, Beamte wegen Folter und anderer schwerwiegender Rechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Dazu gehörte auch die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt durch Sicherheitskräfte, um Unruhen zu unterdrücken. Die Behörden verfolgen und inhaftieren prominente Menschenrechtsaktivisten und politische Oppositionsführer, lösen politische Oppositionsgruppen auf und entziehen Regimekritikern ihre Staatsbürgerschaft.“ Es versteht sich von selbst, dass Christen in einem solchen Umfeld vorsichtig sein müssen, insbesondere mit Kritik an der herrschenden Elite des Landes.

Hintergrund

Bahrain, ein Land, in dem sowohl der Iran als auch Saudi-Arabien Einfluss ausüben, wird von einem autoritären Regime geführt. Als die schiitische Mehrheitsbevölkerung 2011 gegen die sunnitische Regierung demonstrierte, wurde das Land zu einem Schauplatz des Wettstreits zwischen Saudi-Arabien, das die bahrainische Regierung durch die Sendung von Truppen unterstützte, um die Funken der Revolution des Arabischen Frühlings auszulöschen, und dem Iran, dessen Handlungen auf bloße Drohungen beschränkt waren. Obwohl weitere Aufstände verhindert wurden, sind die sunnitisch-schiitischen Spaltungen in der Gesellschaft immer noch präsent und die schiitische Mehrheit wird aktiv von der sunnitischen Regierung unterdrückt, mit wenig oder gar keiner Beachtung von Menschenrechten.

Dennoch lebt und arbeitet eine beträchtliche Zahl von ausländischen Christen (vor allem aus Südasien) in Bahrain. Sie sind relativ frei, ihren Glauben in privaten Gemeinderäumen auszuleben, auch wenn die Missionierung von Muslimen von der Gesellschaft nicht akzeptiert wird. Generell ist das Land aufgrund seiner internationalen Stellung im Bankwesen und Handel relativ tolerant. Als erster Golfstaat, der Öl förderte, ist Bahrain nun mit schwindenden Ölreserven konfrontiert. Dies hat die Regierung dazu veranlasst, frühzeitig mit der Diversifizierung der Wirtschaft zu beginnen. Bahrain ist zu einem Zentrum für Bank- und Finanzdienstleistungen geworden und seine Wirtschaft ist weniger abhängig vom Öl als die der meisten anderen Golfstaaten. Als die freieste Wirtschaft des Nahen Ostens setzt sie zunehmend auf IT, Gesundheitsfürsorge und Bildung. Arbeitslosigkeit und Armut sind nach wie vor ernste Probleme, sowie auch die schwindenden Wasserreserven dieses dicht besiedelten Landes.

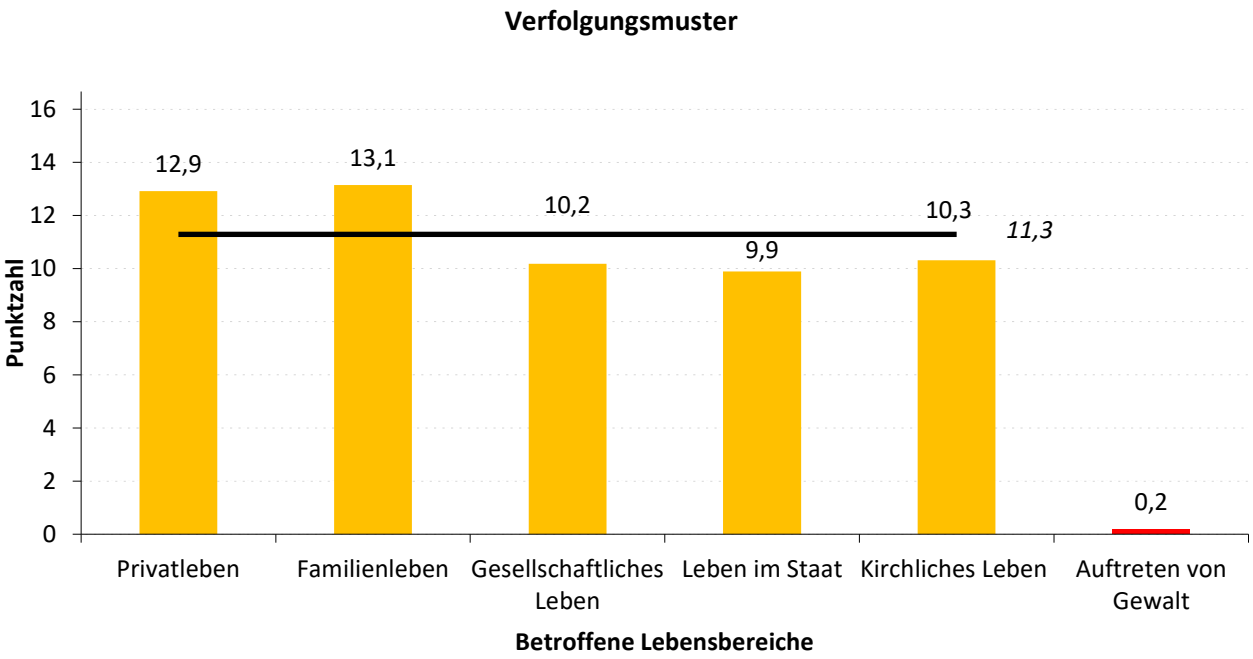
Andere religiöse Gruppen: Hindus und Buddhisten können ihren Glauben relativ frei ausleben. Allerdings wird die schiitische Mehrheitsbevölkerung des Landes diskriminiert. Diese Unterdrückung hat einen politischen Aspekt, da Bahrains sunnitische Regierung Schiiten beschuldigt, mit dem Iran zusammenzuarbeiten.

Betroffene Kategorien von Christen

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Die Mehrheit der ausländischen Christen sind entweder gering qualifizierte Arbeitskräfte aus Südostasien (z. B. von den Philippinen) oder Fachkräfte aus westlichen Ländern, die im Finanzbereich oder anderen Hightech-Unternehmen arbeiten. Sie sind relativ frei, ihren Glauben auszuleben. Sie gehören hauptsächlich zu römisch-katholischen, protestantischen oder orthodoxen Gemeinden.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): In Bahrain stehen Christen mit muslimischem Hintergrund unter wesentlich größerem Druck als ausländische Gemeinden. Die Gesellschaft ist schon von jeher nicht tolerant gegenüber Konvertiten, die vom Islam zu einer anderen Religion übertreten. Konvertiten wagen es meist nicht, über ihren Glaubenswechsel zu sprechen. Der Druck geht hauptsächlich von Familie und Gesellschaft aus und in geringerem Ausmaß vom Staat.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Bahrain

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Bahrain ist sehr hoch; die Punktzahl ist von 10,9 beim WVI 2017 auf 11,3 gestiegen. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die Verfeinerung der WVI-Analyse der Situation von Christen muslimischer Herkunft zurückzuführen.

- Am stärksten und sehr hoch ist der Druck im Privat- und Familienleben, was die schwierige Situation der Christen mit muslimischem Hintergrund in Bahrain widerspiegelt. Ausländische Christen sind relativ frei, ihren Glauben auszuleben, was sich in der vergleichsweise niedrigen (wenn auch immer noch hohen) Punktzahl für die anderen Lebensbereiche zeigt, vor allem für den Bereich „Kirchliches Leben".
- Die Punktzahl für das Auftreten von Gewalt stieg von 0,0 beim WVI 2017 auf 0,2 an, da einige Gewalttaten erfasst wurden.

Privatleben: Die Verfassung verhängt keine Einschränkungen gegenüber dem Recht, seine Religion zu wählen, zu ändern oder zu leben. Sie gewährt auch die Freiheit, religiöse Riten zu praktizieren. Mitglieder nichtmuslimischer religiöser Gruppen, die ihren Glauben im Privaten ausleben, tun dies, ohne dass sich die Regierung einmischt. Vor allem Christen mit muslimischem Hintergrund sind jedoch mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, da die Gesellschaft ihren Glaubenswechsel nicht akzeptiert. Für diejenigen, die mit ihren Familien oder Eltern zusammenleben, können der Besitz von christlichen Materialien, Anbetung und das Zeigen christlicher Symbole (wie z. B. Kreuzen) zu schwerwiegender Verfolgung führen.

Familienleben: Christen leiden in Bahrain, wo die Scharia über persönliche und Eigentumsangelegenheiten bestimmt. Eine Mischehe ist nur muslimischen Männern erlaubt. Muslimische Frauen dürfen keine nichtmuslimischen Männer heiraten. Eine solche Ehe wird nicht anerkannt; das gleich gilt für Konvertiten. Daher werden alle Sorgerechts- oder Erbschaftsangelegenheiten, die sich aus solch einer Ehe ergeben, nicht einmal erwogen, mit schwerwiegenden Folgen für die Beteiligten, insbesondere für Frauen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Ehepartner von Christen muslimischer Herkunft unter Druck gesetzt werden, sich von ihrem Ehemann oder ihrer Ehefrau scheiden zu lassen. In einem Land wie Bahrain ist es immer schwierig, Kinder auf der Grundlage christlicher Werte zu erziehen; besonders schwierig ist es für Christen mit muslimischem Hintergrund. Es gibt zwar keine ausdrücklichen Gesetze, die christliche Eltern daran hindern, ihre Kinder gemäß ihrem christlichen Glauben zu erziehen, die im Land vorherrschenden Umstände schränkten dies jedoch erheblich ein.

Gesellschaftliches Leben: Für Christen ist es oft schwer, am Leben der lokalen Gemeinschaft teilzunehmen. Besonders Christen muslimischer Herkunft sind mit vielen Herausforderungen konfrontiert, zum Beispiel auf Spielplätzen in der Nachbarschaft und an örtlichen Schulen. Ein Experte für das Land beschreibt: „Die Lehrpläne der öffentlichen Schulen beinhalten islamische Lehren. Es ist für muslimische Schüler Pflicht, Islamunterricht zu nehmen. Christen oder andere Nichtmuslime sind nicht dazu verpflichtet, daran teilzunehmen; Konvertiten, die ihren neuen christlichen Glauben aus Sicherheitsgründen nicht offenbaren wollen, jedoch schon. Darüber hinaus ist in den Lehrplänen für christliche Schüler kein vergleichbarer christlicher Unterricht vorgesehen." Überdies hat die Erfahrung früherer Verfolgung das Gefühl entstehen lassen, dass man als Christ – vor allem als Christ muslimischer Herkunft – nicht nach Bahrain gehört.

Leben im Staat: Über 75 % der Bevölkerung sind Muslime. Der Islam ist die Staatsreligion und die Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung. Familiäre und gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund von Religion sind weitverbreitet. Daher birgt z. B. die öffentliche Äußerung des christlichen Glaubens in sozialen Medien, in Printmedien oder im Radio ernsthafte Risiken. Folglich ist das Leben im Staat für einen Christen sehr eingeschränkt.

Nationale Politik und Gesetze befassen sich oft mit Fragen, die darauf abzielen, der muslimischen Bevölkerung zu helfen, dabei lassen sie christliche und andere Minderheiten außen vor. Die Tatsache, dass das Land zwischen schiitischen und sunnitischen Gruppen gespalten ist, bringt Christen in eine unangenehme Lage: Sie werden oft als Verbündete der jeweils gegnerischen Gruppe wahrgenommen. In Bahrain herrscht eine anti-christliche Stimmung, die sich besonders in den sozialen Medien bemerkbar macht.

Kirchliches Leben: Obwohl die Regierung manchmal Land für den Bau von Kirchengebäuden zur Verfügung stellt, ist es in den meisten Fällen sehr schwierig für eine Kirchengemeinde, Räumlichkeiten für Gottesdienste zu haben. Die registrierten Kirchengebäude im Land können die große Zahl der ausländischen Christen nicht aufnehmen. Kirchliche Veranstaltungen außerhalb des Kirchengeländes zu organisieren, ist illegal. Obwohl die Herstellung und Verbreitung von religiösem Material erlaubt ist, sofern es den Islam nicht kritisiert, würde die öffentliche Verbreitung von Bibeln oder christlichem Material heftige Reaktionen der lokalen Bevölkerung hervorrufen.

Dennoch berichtete eine Kontaktperson auf die Frage, wie sichtbar die Kirche in der lokalen Gemeinschaft sei: „Unsere Kirche ist sehr präsent, auch wenn die neuen Kirchen kein Kreuz an der Außenwand haben. Tausende und Abertausende von Menschen, die in die Kirche kommen, können nicht unsichtbar sein. Wir haben kein soziales Engagement, unsere Präsenz basiert mehr auf dem persönlichen Zeugnis eines guten christlichen Lebens."

Auftreten von Gewalt: Was die Gewalt gegen Christen betrifft, ist Bahrain ein typischer Golfstaat: Die Regierung muss nicht feindselig gegen Christen vorgehen, da der Druck vonseiten der Gesellschaft im Durchschnitt sehr hoch ist und Christen sich fügen. Es ist auch schwierig, konkrete Berichte über Gewalt aus dem Land zu bekommen. Open Doors weiß jedoch um die schwierige Situation, in der sich gering qualifizierte Arbeitsmigranten befinden. Laut Amnesty International sind sie „weiterhin mit Ausbeutung und Missbrauch durch Arbeitgeber konfrontiert". Open Doors befürchtet, dass christliche Arbeiter, vor allem Frauen, dem noch stärker ausgesetzt sind und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert werden. Allerdings gibt es derzeit keine eindeutigen Anhaltspunkte für durch Verfolgung bedingte Misshandlung von christlichen Arbeitsmigranten. Demnächst werden weitere Recherchen dazu erfolgen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen und Mädchen sind häufig Opfer von Gewalt. In der Gesellschaft werden Frauen oft als minderwertig angesehen. Ein Forscher erklärt: „Es gibt diese Sitte, die subtil darüber entscheidet, was Frauen und Männer tun können. Es ist sehr unwahrscheinlich, Frauen in Machtpositionen zu sehen. Das gilt umso mehr für christliche Frauen. Es ist schlimm genug, eine Frau zu sein, eine christliche Frau zu sein ist umso schlimmer."

Männer: In den meisten Fällen sind die christlichen Männer die Hauptverdiener in ihren Familien, weshalb sie am Arbeitsplatz die Hauptlast der Diskriminierung tragen müssen, um ihre Familien zu versorgen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Das christliche Leben im Land hängt von vielen Faktoren ab. Das bestehende System ist Christen nicht wohlgesinnt. Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und das islamische Gesetz zu einer wichtigen Quelle für die Gesetzgebung, was bedeutet, dass man als Muslim willkommen ist; wenn man kein Muslim ist, bekommt man für seine Religion weder gleichwertigen Schutz noch Anerkennung im Land. Christen muslimischer Herkunft werden vom Staat immer noch als Muslime angesehen und eine rechtliche Klärung ist nicht erlaubt, was starke Auswirkungen auf das Familienrecht hat. Hinsichtlich der Religionsfreiheit für ausländische Christen ist Bahrain jedoch relativ tolerant.

Politisch gesehen ist Bahrain anfällig für Veränderungen in der regionalen Politik und sowohl der Iran als auch Saudi-Arabien wollen die Politik des Landes beeinflussen. Vorerst scheint die königliche Familie aus der sunnitischen Minderheit ihre Macht durch die Hilfe Saudi-Arabiens gefestigt zu haben. Doch die Katar-Krise dauert an, ebenso wie der Krieg im Jemen, in dem Bahrain an der Seite Saudi-Arabiens kämpft. Außerdem ist der Einfluss extremistischer islamischer Gruppen in der Region (auch nach der militärischen Niederlage des IS im Irak und in Libyen) nach wie vor präsent. Kurz gesagt ist die Region definitiv nicht stabil und dies gefährdet die Stabilität des Landes im Allgemeinen und im Besonderen die ohnehin schon verwundbaren Christen.

zurück zur Länderübersicht

Kolumbien: Platz 49

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: In dem von Korruption gezeichneten Land geht die Verfolgung hauptsächlich von kriminelle Gruppen (Drogenkartelle, regimekritische Rebellen) aus. Auch Leiter indigener Gemeinschaften, die glauben, dass Christen ihnen ihre Weltsicht aufzwingen und ihr Land übernehmen wollen, verfolgen Christen.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die Verfolgung von kirchlichen Gemeinschaften ist besonders gewalttätig, wenn sie von kriminellen Banden ausgeht. Sie wollen auf diese Art Furcht verbreiten und die Gesellschaft einschüchtern, da sie aktive Christen als eine ernste Bedrohung ihrer Herrschaft betrachten. Sie sprechen Morddrohungen gegen Christen (und ihre Familien) aus, die sich evangelistisch engagieren. Viele Christen müssen eine „Schutzsteuer" zahlen, die eine Art Versicherung gegen Angriffe oder Tötungen darstellt. Zu Verfolgung kommt es besonders häufig dort, wo sich ehemalige Bandenmitglieder zu Jesus Christus bekehrt haben.

Verfolgung findet auch in indigenen Gemeinschaften statt, wo man durch die christlichen Kirchen die Existenz der traditionellen Gebräuche und Weltanschauung bedroht sieht. In den beschriebenen Situationen werden Christen daran gehindert, sich frei zu versammeln oder anderen von ihrem Glauben zu erzählen. Weil in diesen Regionen keine staatlichen Ordnungskräfte präsent sind, stehen Christen ständig in der Gefahr, von den lokalen Machthabern angegriffen zu werden.

Durch die Medien und politische Debatten hat sich die Säkulare Ideologie stark ausgebreitet. Darin werden christliche Werte kritisiert, und wenn sich Christen an der öffentlichen Debatte (besonders bei Themen wie Gender, Ehe und Schutz des ungeborenen Lebens) beteiligen, werden sie lächerlich gemacht. Christen, die einer protestantischen Freikirche angehören, werden in der Gesellschaft klar benachteiligt. Das geschieht vor allem durch Behörden (bei staatl. Finanzhilfen und Registrierungen), die der Römisch-Katholischen Kirche Vergünstigungen einräumen. Im Vorfeld des Papstbesuchs im September 2017 wurde dies besonders deutlich.

Beispiele:

- Im Juni und Juli 2017 wurde Christen in indigenen Gemeinschaften der Zugang zur Grundversorgung verwehrt, um sie so dazu zu bringen, ihren Glauben zu widerrufen und sich wieder ihrer traditionellen Religion zuzuwenden. 17 Kirchen wurden von indigenen Leitern angegriffen, um so die Ausbreitung des christlichen Glaubens in ihrem Volksstamm zu verhindern.

- Trotz Friedensverhandlungen mit der Regierung bleiben kriminelle Banden, die zu den Rebellen gehören, weiterhin aktiv und sind in manchen Gebieten sogar stärker geworden. Am 16. Mai 2017 hat ein katholischer Priester in Buenaventura Todesdrohungen erhalten, nachdem er sich gegen kriminelle Machenschaften in seiner Region ausgesprochen hatte. Am 28. Juli 2017 wurde ein Priester in Raudal (Antioquia) ermordet aufgefunden. Viele Christen und andere Bürger fliehen wegen der zunehmenden Unsicherheit und Drohungen von kriminellen Banden aus ihren Wohnorten.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Die Bewertung Kolumbiens ist im Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 3 Punkte auf 56 Punkte gestiegen. Der Druck auf Christen hat sich in allen Lebensbereichen erhöht, besonders jedoch hat die Gewalt zugenommen. Trotz des Entwaffnungsprozesses der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) werden Christen besonders durch das Organisierte Verbrechen verfolgt. Auch von indigenen Leitern geht verstärkt Druck aus, da sie Christen nicht in ihre Gemeinschaften aufnehmen wollen und auch dagegen sind, dass Christen evangelisieren.

Triebkräfte der Verfolgung

Ethnisch begründete Anfeindungen: Dies ist eine der Haupttriebkräfte der Verfolgung in Kolumbien, besonders innerhalb der indigenen Gemeinschaften im Norden des Landes (Provinzen Arauca, Norte de Santander, Magdalena, Cordoba). Es gibt in Kolumbien 81 verschiedene ethnische Gruppen, die knapp 13,8 % der ganzen Bevölkerung ausmachen (laut „CIA World Factbook“). Die religiöse Zugehörigkeit ist in diesen Volksgruppen eine wichtige Komponente ihrer Kultur und Identität. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei ihren Beziehungen zu anderen Menschen und dem Zugang zu natürlichen Lebensgrundlagen. Wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas sind auch in Kolumbien die religiösen Praktiken der indigenen Volksgruppen vermischt mit katholischen Lehren. Auch wenn man sie im engeren Sinn nicht als römisch-katholisch bezeichnen kann, sind die Leiter der jeweiligen Volkgruppen doch gegenüber der Römisch-Katholischen Kirche toleranter, als gegenüber Mitgliedern anderer Kirchen. Dessen ungeachtet werden auch indigene Katholiken, die sich von diesen Praktiken abwenden, ebenfalls verfolgt und Opfer von ethnisch begründeten Anfeindungen werden.

Die indigene Weltanschauung der „Cosmovision“ (die gemeinsame Weltsicht aller prä-kolumbianischen Gesellschaften von Meso-Amerika) ist innerhalb dieser Kommunen vorherrschend und übt auf ihr tägliches Leben in den Bereichen Privatleben und gesellschaftliches Leben großen Einfluss aus. Wer Vorstellungen und Gebräuche lehrt oder einführt, die im Widerspruch zu diesem traditionellen Glauben stehen, wird als Bedrohung der Traditionen (kulturell und religiös) gesehen und von den örtlichen Behörden aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, was die meisten indigenen Bewohner unterstützen. Zu den Maßnahmen, die gegen Konvertiten und ihre Familien sowie gegen Missionare ergriffen werden, gehören Gefängnis, Folter und Enteignung.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Diese Form von Verfolgung bereitet den Christen am meisten Sorge. Der von Transparency International erstellte Korruptionswahrnehmungsindex von 2016 stuft Kolumbien mit einer Wertung von 37/100 (0 ist hochkorrupt, 100 ist sehr „sauber“) auf Rang 90 von 176 ein. Folgende Aspekte tragen dazu bei, dass dieses Problem so tief im Land verwurzelt ist: 1) Fehlende staatliche Autorität in vielen Landesteilen (und Gleichgültigkeit gegenüber oder Leugnung dieses Problems), was illegale Aktivitäten wie Drogenhandel, Erpressung, Entführungen usw. begünstigt. 2) Daraus ergibt sich, dass illegale Handlungen zum Alltag gehören und als normal empfunden werden. 3) Die Verbindung der kolumbianischen Elite (auf allen Ebenen) zur Drogenindustrie und 4) die fehlende Strafverfolgung von Gesetzesverstößen und das weitverbreitete Misstrauen gegen die Judikative, Legislative und Exekutive und ihre Behörden im Land, inklusive des Präsidenten. Das alles trägt zur wirtschaftlichen Krise bei und lässt sowohl den Drogenhandel als auch den Einfluss von Guerillagruppen weiter anwachsen, besonders in Gebieten, in denen das Friedensabkommen mit der FARC noch nicht gilt. Die staatlichen Behörden folgen ihren eigenen Interessen und zeigen Gleichgültigkeit auf allen Ebenen.

Drogenhändler und kriminelle Netzwerke machen gemeinsame Sache mit Verantwortlichen aus Regierung und Gesellschaft, die sie durch Angst, Bedrohungen und Gewalt für ihre Zwecke einnehmen, um dann gegen besonders gefährdete Personen vorzugehen. Dazu gehören christliche Leiter und religiöse Gruppen, die sich gegen Verbrechen und Korruption einsetzen. Mitarbeiter christlicher Gemeinden, die Rebellen zur Umkehr bewegen wollen oder die versuchen, junge Menschen davon abzubringen, sich den Kriminellen anzuschließen, werden mit dem Tod bedroht, erleiden Verfolgung, werden vertrieben, inhaftiert, mit Strafgeldern versehen und von der Grundversorgung ausgeschlossen. Um Menschen vom Glauben an Jesus Christus fernzuhalten, richten sich die genannten Aktivitäten manchmal auch gegen die Familie oder sogar das gesamte Umfeld der Christen.

Säkulare Intoleranz: Dieser Triebkraft sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sie ist überall dort anzutreffen, wo staatliche Behörden versuchen, Religion aus der Öffentlichkeit zu verdrängen und den Einfluss von Personen der Öffentlichkeit (in Politik, Gesellschaft oder Kirche) zu schmälern, deren Ansichten sich auf ihren Glauben gründen. Hierbei geht es nicht etwa um Neutralität, sondern darum, mittels neuer Denkmuster Werte einzuführen, die nicht nur unvereinbar mit dem christlichen Glauben sind, sondern im krassen Gegensatz dazu stehen (z.B. die LGBTI-Agenda). Dies führte in bestimmen Gruppen zum Anstieg einer „theophobischen“ Tendenz, wodurch evangelikale Christen zu gesellschaftlich Ausgestoßenen degradiert und Hassreden gegen die verbreitet werden, die irgendeine Art von Frömmigkeit vertreten.

Verfolger

Ethnisch begründete Anfeindungen: Die Leiter ethnischer Gruppen und nichtchristliche religiöse Leiter innerhalb der indigenen Kommunen bleiben dem Glauben ihrer Ahnen treu und verhindern die Ausbreitung des christlichen Glaubens unter den Volksstämmen, indem sie Christen belästigen, bedrohen (das gilt besonders für gewalttätige religiöse Gruppen, die Hexenkult betreiben) und Gewalt gegen sie ausüben oder sie bei den Behörden denunzieren. Der Druck auf Christen wird durch die kommunalen Behörden verstärkt, die willkürliche Rechtsprechung durch indigene Gerichte und autonome Behörden unterstützen; dabei ignorieren sie Situationen, in denen Christen entweder diskriminiert werden oder ihnen Gewalt angetan wird.

In manchen Fällen werden Konvertiten zum christlichen Glauben von der eigenen Familie mit dem Argument abgelehnt, er oder sie habe die Familientradition und die Werte der Gesellschaft verraten. Damit stimmt die Familie faktisch Misshandlungen oder Ausschluss der Christen durch die Gesellschaft zu.

Säkulare Intoleranz: Ideologisch motivierte Gruppen, Bürgerkoalitionen, multilaterale Organisationen (wie die UN und die Organisation Amerikanischer Staaten) und seit kurzem auch einige neue spirituelle Leiter (die „New Age"-Gedankengut verbreiten) haben die Regierung unter Druck gesetzt, ihre Agenda und ihre Forderungen (z.B. der LGBTI und Gesetzgebung und Agenda zu Fortpflanzung und Sexualität) zu unterstützen. Dazu kommen ständige Schikane und Spott gegen politische, gesellschaftliche und christliche Leiter, die sich öffentlich zu ihrem Glauben bekennen. Einige politische Parteien – besonders reformorientierte – haben beständig versucht, Maßnahmen, die von christlichen Politikern auf den Weg gebracht oder von christlichen Gruppen unterstützt werden, zu behindern. Hierfür werden auch öffentliche Medien instrumentalisiert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption: Trotz der Friedensvereinbarung mit der FARC gibt es weiterhin isolierte Gebiete, in denen Paramilitärs und Rebellen von nicht-FARC Gruppen (z.B. ELN und kleinere kriminelle Gruppen, bekannt als „Bacrim") die Kontrolle ganzer Kommunen übernommen haben, ohne von der Staatsregierung daran gehindert zu werden. Diese Gruppen zögern nicht, aus ideologischen und wirtschaftlichen Gründen gegen Christen tätig zu werden, da die von Christen verbreiteten Werte in vollem Gegensatz zu den Werten dieser Gruppen stehen. Das Auftreten dieser neuen kriminellen Gruppen hat zu einer Steigerung der Jugendkriminalität geführt; schutzlose Minderheiten sollen durch Einschüchterung beherrscht werden. In dieser Hinsicht ist die Regierung verantwortlich für die illegale Unterstützung krimineller Netzwerke und des Drogenhandels. Die Gleichgültigkeit der Regierung gegenüber diesen Entwicklungen wird von christlichen Leitern immer wieder verurteilt. In die zahlreichen Korruptionsskandale sind auch einige Politiker verwickelt, indem sie beispielsweise kriminelle Führungspersonen decken (besonders im Drogenhandel) und sie so in ihrem Handeln bestärken und Strafverfolgung behindern. In vom Organisierten Verbrechen kontrollierten Regionen zwingen Kriminelle gewöhnliche Bürger mit Drohungen dazu , sich an Angriffen gegen christliche Gruppen oder deren Leiter zu beteiligen oder diese zumindest zu dulden.

Hintergrund

Nach vierjährigen Verhandlungen konnte Präsident Juan Manuel Santos ein Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Bürgerarmee der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC-EP) aushandeln, das am 1. Dezember 2016 unterzeichnet wurde. Einen ersten Waffenstillstand von beiden Seiten gab es am 29. August 2016. Der 27. Juni 2017 markierte die erste offizielle Entwaffnung der Rebellen. Am 1. September 2017 betrat die FARC offiziell als politische Partei mit dem Namen Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes (ARFC) die öffentliche Bühne. Ihr politisches Ziel ist die Schaffung einer revolutionären Bewegung, die von marxistischen, leninistischen und bolivarischen Lehren inspiriert die „kapitalistische Gesellschaftsordnung" auflösen soll. Dies stellt für die ganze Nation ein potentielles Risiko dar, ganz besonders jedoch für die Christen im Land.

Seit Februar 2017 befindet sich auch die ELN in Verhandlungen mit der kolumbianischen Regierung, um dauerhaften Frieden zu schaffen. Diese Verhandlungen gestalten sich jedoch weitaus schwieriger, da die ELN als hochgradig extremistische Gruppe kaum Erfahrung mit Verhandlungen hat. Ihr Kampfeinheiten sind zudem im Land weit verstreut. Dieser Prozess wird von den Vereinten Nationen und der Römisch- Katholischen Kirche unterstützt.

Ungeachtet des positiven Friedensprozesses gibt es weiterhin Netzwerke des Organisierten Verbrechens, den Drogenhandel sowie Banden und paramilitärische Gruppen. Die Behörden verschließen davor die Augen, was die Verfolgung von Christen in den von Kriminellen kontrollierten Gebieten kontinuierlich verschlimmert. Korruption ist weit verbreitet und politische Leiter sind häufig in Allianzen mit dem Organisierten Verbrechen verwickelt. Das macht es für Christen gefährlich, sich gegen Machenschaften dieser Art in ihrem Umfeld auszusprechen. Für die christliche Kirche insgesamt ist dies eine große Herausforderung, da in vielen von Rebellen besetzten Gebieten katholische und evangelische Geistliche die einzige andere Autorität darstellen. Somit sind sie die einzigen, die sich als Vermittler für die Sicherheit ihrer Gemeinde und aller Bürger einsetzen können. Das tun sie auch, begeben sich damit allerdings immer wieder in Lebensgefahr. Trotzdem wächst die Zahl der Christen weiter, was besonders in der Politik sichtbar ist. Da die Wählerstimmen der Christen bei den Präsidentschaftswahlen 2018 großes Gewicht haben werden, stellen viele Kandidaten christliche Werte in den Vordergrund, um Stimmen zu fangen. (In manchen Fällen ist dies der offensichtliche Versuch, die christliche Wählerschaft zu manipulieren und kommt einer Verhöhnung des katholischen Glaubens gleich).

Die Intoleranz gegenüber vielen religiösen Gruppen im Land ist weiter auf dem Vormarsch. Die Zeugen Jehovas, Mormonen und andere erfahren ebenso Verfolgung.

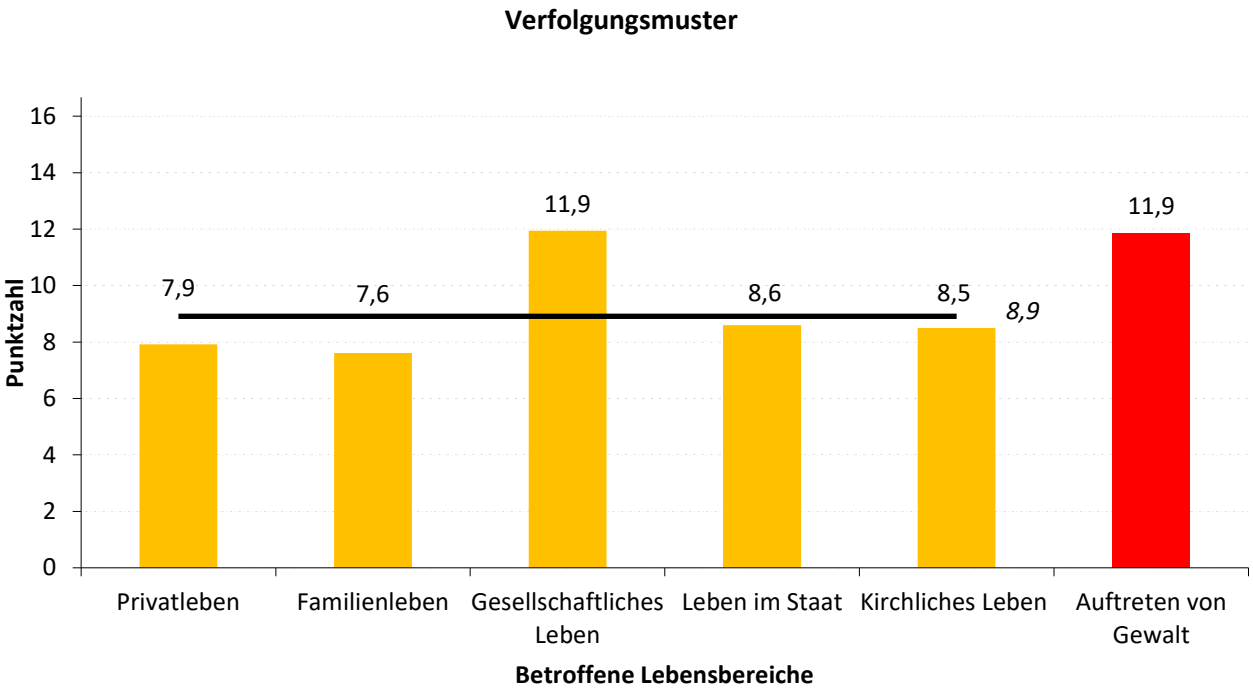
Betroffene Kategorien von Christen

Christen aus traditionellen Kirchen: Dazu gehören vor allem Christen der Römisch-Katholischen Kirche und kleine Gemeinden der Orthodoxen und Protestantischen Kirche. Diese Gruppen sind in den Gebieten der Gefahr von Angriffen ausgesetzt, die von Drogenkartellen und anderen Formen des Organisierten Verbrechens kontrolliert werden.

Gemeinden von Konvertiten: Dies sind Christen aus traditionellen Kirchen, die ihre Konfession gewechselt oder Christen indigener Herkunft, die ihren Stammesglauben verlassen haben. Dazu zählen aber auch ehemalige Rebellen und ehemalige Mitglieder von Verbrecherorganisationen, die sich zum Glauben an Jesus Christus bekehrt haben. Sie werden Opfer von Belästigungen, Vertreibung, Morddrohungen und anderen körperlichen und psychologischen Formen von Gewalt, weil sie das vorherrschende ideologische bzw. Glaubenssystem der Gruppe verlassen haben, der sie einst angehörten.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Dies sind Christen vor allem aus evangelikalen, charismatischen und Pfingstkirchen. Wie andere religiöse Gruppen haben auch sie nur wenig Freiraum, ihren Dienst in hoch unsicheren Gebieten zu tun. Hinzu kommt, dass diese Gruppen von der Regierung nicht die gleichen Privilegien erhalten wie traditionelle Kirchen.

Betroffene Lebensbereiche / Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Kolumbien

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der Druck auf Christen in Kolumbien ist insgesamt hoch und von 8,6 Punkten im WVI 2017 auf 8,9 Punkte gestiegen.
- Der Druck ist mit 11,9 Punkten am stärksten im Bereich *Gesellschaftliches Leben*, was vor allem auf das *Organisierte Verbrechen und Korruption* und *Ethnisch begründete Anfeindungen* sowie die im Land vorherrschende Kultur der Angst in allen Lebensbereichen zurückzuführen ist. Insbesondere wenn Rebellen sich mit Leitern indigener Volksstämme gegen die Christen verbünden, wirken alle Triebkräfte zusammen. Das geschieht vor allem auf lokaler Ebene und bewirkt eine erhöhte Punktzahl im Bereich *Gesellschaftliches Leben*.
- Der Wert im Bereich Gewalt ist mit 11,9 im Vergleich zum WVI 2017 um 1,8 Punkte gestiegen. Dies liegt vor allem an der hohen Zahl gewalttätiger Übergriffe auf Christen in indigenen Kommunen.

Privatleben: In indigenen Gemeinschaften führt am häufigsten der Übertritt zum christlichen Glauben zur Verfolgung von Christen, meist in Form von Gewalt, Enteignung, Vertreibung, Gefängnis und Folter. Dies bewirkt ein konstantes Gefühl von Unsicherheit und beeinträchtigt auch die örtlichen christlichen Gemeinden, in welche die neuen Gläubigen aufgenommen werden. Kriminelle Netzwerke und Drogenkartelle haben das Leben neu bekehrter Christen ebenfalls bedroht, wenn diese – mündlich oder schriftlich – ihren neuen Glauben öffentlich gemacht haben.

Familienleben: Innerhalb indigener Gemeinschaften ist es für Christen nicht möglich ihren Glauben zu leben, wenn sie inmitten von Familien leben, die der traditionellen Stammesreligion folgen. Auch innerhalb der eigenen Familie werden sie isoliert und von ihr ausgegrenzt.

Die Regierung versucht mit der Einführung eines flächendeckenden Sexualkundeunterrichts an Schulen das bestehende Recht der Eltern, ihre Kinder nach eigenen Glaubensvorstellungen zu erziehen, zu unterlaufen. In von kriminellen Organisationen kontrollierten Gebieten geraten Jungen und Mädchen unter kriminelle Indoktrinierung. Aus Angst vor der Rache der Kriminellen wagen die Eltern nicht, etwas dagegen zu unternehmen. Wenn illegale Paramilitärs die Kontrolle über Ortschaften an sich reißen, führt dies oft zur Vertreibung von protestantischen und katholischen Familien. Dabei werden immer wieder auch Familien voneinander getrennt.

Gesellschaftliches Leben: Besonders in indigenen Kommunen werden Christen durch Diskriminierung, Bedrohung und andere Arten von Verfolgung unter Druck gesetzt. Sie können ihren christlichen Glauben kaum leben. In von kriminellen Netzwerken kontrollierten Gebieten wird es Christen manchmal verboten, sich zu versammeln und sie werden beständig unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Personen der Öffentlichkeit, deren Äußerungen erkennbar von christlichen Werten bestimmt sind, werden von Mobs, ideologisch motivierten Gruppen sowie Medien schikaniert. Selbst einfache Bürger zeigen Intoleranz und Gewalt gegen religiöse Riten oder Veranstaltungen, die den Schutz von Leben, Familie und Ehe zum Thema haben. Außerdem wurden Christen Opfer von Hetzkampagnen sowie polarisierender Informationen, die durch die Medien verbreitet werden.

Es gibt zunehmend Druck, die Stimme der Christen aus der politischen Welt zu verbannen. So werden sie häufig wegen Verletzung der staatskirchlichen Autonomie vor Gericht gestellt oder der Zwangsbekehrung anderer beschuldigt, obwohl sie nur ihre Meinung aufgrund ihres Glaubens geäußert haben.

Leben im Staat: Die kolumbianische Verfassung garantiert das Recht auf Religionsfreiheit und Kriegsdienstverweigerung, in der Praxis ist das aber nicht der Fall. Der Staat bietet auch keinen ordentlichen Religionsunterricht für Christen an, die nicht der Römisch-Katholischen Kirche angehören; damit sind alle anderen benachteiligt. Behörden haben einigen Kirchen ein Strafgeld auferlegt, weil sie bei religiösen Festen zu laut gewesen sein sollen. In der Gesetzgebung gibt es Versuche, einige Verbrechen, wie die Verletzung der Religionsfreiheit, zu entkriminalisieren. Das bedeutet, eine solche Tat würde nicht mehr mit Gefängnis bestraft, sondern mit Sozialstunden.

Erwähnt werden sollte zudem die Blockadehaltung seitens aller Regierungszweige, wenn es um Themen wie Glaube, Familie und Ehe geht. Keines dieser Themen wird von den Behörden nach objektiven Gesichtspunkten analysiert. Als Hauptargument wird immer wieder angeführt, dass der christliche Glaube keinen Einfluss auf Themen der Gesetzgebung nehmen solle. Dies ist ein Beispiel für die Diskriminierung der Christen, die Themen ansprechen und ihre christlichen Werte einbringen möchten.

Kirchliches Leben: Das Friedensabkommen mit der FARC hat nicht dazu geführt, dass die Religionsfreiheit im Land hergestellt und gesichert ist. In Gebieten, die noch immer unter der Kontrolle von Rebellen und Verbrecherbanden stehen, kam es zu Drohungen gegen christliche Leiter. Priester der Römisch-Katholischen Kirche wurden bedroht und getötet; ihre pastorale Arbeit steht unter konstanter Beobachtung. Vielerorts sind sie die einzigen Vermittler zwischen den Verbrecherbanden und der Gesellschaft, weshalb sie stark gefährdet sind.

Da die von ihnen vertretenen christlichen Werte im klaren Widerspruch zu denen der kriminellen Gruppen stehen, wird Religion als eine Bedrohung angesehen, die beseitigt werden muss.

In politischen Diskussionen werden protestantische Christen manchmal der „politischen Missionierung“ beschuldigt. Sie werden mit dem Vorwurf konfrontiert, man könne ihnen keine politische Verantwortung anvertrauen, weil sie dies nutzen würden, um die Menschen zu manipulieren. Selbst der Papstbesuch im September 2017 wurde zum Ziel harscher Kritik; die Unterstützung seitens der Regierung wurde als Bruch des Prinzips der Neutralität zwischen Kirche und Staat verurteilt.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum des WVI 2018 kam es infolge krimineller Gewalt, Korruption sowie der instabilen Sicherheitslage im Land zu den folgenden Vorfällen: Morddrohungen gegen katholische Priester, Ermordung von katholischen Priestern, die versuchte Ermordung der Witwe eines evangelischen Pastors, Drohungen gegen die Dörfer von San José Apartado durch die Gaitanista-Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens, die Vertreibung von ungefähr 1.080 Christen in den Regionen Nariño und dem Norden von Santander, Schikanen gegen Politiker wegen ihren Verbindungen zu christlichen Kirchen.

Laut kolumbianischen Quellen hat sich die Gewalt gegen Christen, die in indigenen Gemeinschaften leben, intensiviert. Wer nicht der traditionellen Religion der Vorfahren folgt, muss oft mit körperlicher Gewalt und konstanten Drohungen rechnen. Betroffene Christen erfahren Diskriminierung, Enteignung, Schikane, Freiheitsentzug, Verweigerung von Nahrung und Grundversorgung sowie Folter. Im Berichtszeitraum des WVI 2018 wurden siebzehn christliche Kirchen von indigenen Leitern angegriffen, damit sollte die weitere Ausbreitung des christlichen Glaubens verhindert werden.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Frauen und junge Mädchen unterliegen keiner besonderen Gefährdung vonseiten irgendwelcher Gesetze. In Gebieten, die von Rebellen, Paramilitärs und Verbrecherbanden kontrolliert werden, haben Frauen jedoch nur geringe Chancen, staatliche Bildung zu erhalten oder zu einem Abschluss zu bringen. Es gibt Berichte über Mädchen, die verschleppt und als Sexsklavinnen missbraucht oder Opfer von Menschenhandel und zu Prostitution gezwungen wurden. Frauen wurden auch zu Abtreibungen oder zu Empfängnisverhütung gezwungen – besonders innerhalb der FARC – da es „im Krieg keine Kinder geben darf“, die vielleicht „vom Feind benutzt“ werden könnten. Feldforscher im Land berichten von einigen Fällen aus indigenen Gebieten, bei denen christliche Mädchen einem nichtchristlichen Mann zur Heirat versprochen, um so ihren Glauben zu zerstören.

Männer: Männer unterliegen keiner besonderen Gefährdung vonseiten irgendwelcher Gesetze. Doch in Gebieten, die unter der Kontrolle von Rebellen, Paramilitärs, Drogenkartellen und Verbrecherbanden stehen, werden junge Männer indoktriniert und dazu verpflichtet, sich diesen Gruppen anzuschließen. In manchen Fällen sehen junge Männer dies aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen als unausweichliches Schicksal an; wer dies nicht akzeptiert – ob aus christlichen oder anderen Motiven – wird verfolgt, bedroht und in manchen Fällen sogar zusammen mit seiner Familie getötet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Hinsichtlich der indigenen Gemeinschaften wird die Verfolgung von Christen anhalten, wenn der Staat die Gewalttaten gegen dort lebende christliche Konvertiten weiterhin ignoriert oder sogar unterstützt.

Der Staat hat es bislang versäumt, Maßnahmen gegen Korruption, Drogenhandel und das organisierte Verbrechen zu ergreifen und zu implementieren. Es gab zwar Bemühungen, Friedensabkommen mit den großen kriminellen Gruppen auszuhandeln. Doch aufgrund der Abwesenheit staatlicher Autoritäten in den dezentralisierten Regionen werden Gewalt und mangelnde Sicherheit weiterhin dafür sorgen, dass die Verfolgung religiöser Minderheiten und insbesondere der Christen anhält.

Säkulare Intoleranz hat sich im Land etabliert und wird in dem Maß weiter zunehmen, wie die „theophoben“ Tendenzen in der Bevölkerung neue Anhänger finden. Doch auch die Christen haben wachsenden Einfluss und stellen 2018 eine wichtige Wählerschaft für die Bewerber um das Präsidentenamt dar. Allerdings kann es auch sein, dass die Christen lediglich für die Unterstützung politischer Kampagnen benutzt werden könnten, um dann nach einer gewonnenen Wahl erneut und weiterhin ignoriert zu werden.

zurück zur Länderübersicht

Dschibuti: Platz 50

Zusammenfassung

Von wem Verfolgung ausgeht: Regierungsbeamte, Familienmitglieder, kommunale und einige muslimische Leiter treten in Dschibuti als Verfolger auf. Die undemokratische und paranoide Regierung des amtierenden Präsidenten will alle Bereiche der Gesellschaft kontrollieren, indem sie die Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit unterdrückt. Einer der Gründe, aus denen sich die Situation für Christen in Dschibuti schwierig darstellt, ist die geografische Lage des Landes. Dschibuti liegt am Horn von Afrika und ist von Ländern mit brisanter politischer Lage und restriktiven Regierungen wie Eritrea, Somalia und dem Jemen umgeben. Das Land agiert als Durchgangszone für Dschihadisten und extremistische Formen des Islam.

Auswirkungen der Verfolgung auf Christen: Die Verfassung Dschibutis erklärt den Islam zur Staatsreligion. Alle Gesetze und Leitlinien des Landes sind von der Scharia geprägt und jedes Gesetz, das sich nicht mit der Scharia vereinbaren lässt, ist ungültig. Aus diesem Grund erleben alle christlichen Gemeinschaften in Dschibuti Schwierigkeiten. Die Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft ist jedoch am stärksten und geht sowohl von der Gesellschaft als auch von ihren eigenen Familienmitgliedern aus. Diese Christen versuchen deshalb, ihren Glauben zu verbergen, was aber aufgrund des stark gemeinschaftlichen Lebensstils sehr schwer ist. Wird bekannt, dass sich eine Person dem christlichen Glauben zugewandt hat, oder gibt es Gerüchte darüber, verliert diese Person alle Erbrechte und wird sehr wahrscheinlich auch Schwierigkeiten haben, das Sorgerecht für ihre Kinder zu behalten. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihren Familien und muslimischen Nachbarn beobachtet. Die lokalen Behörden schützen Christen nicht ausreichend, wenn sie angegriffen werden.

Beispiele:

- Die meisten Dschibutier gehören einem konservativen sunnitischen Islam an und haben starke Familienbindungen nach Somalia und in den Jemen. Diese Familien tolerieren keinen Glaubenswechsel zu einer anderen Religion.
- Einige Imame nutzen die Predigten am Freitag, um Christen und den christlichen Glauben lächerlich zu machen.
- Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, sehen sich Behinderungen in ihrem sozialen Leben ausgesetzt.
- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2018 gab es keine Berichte von Gewalt gegen Christen.

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 56 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2018 ist die Wertung für Dschibuti im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum um einen Punkt zurückgegangen. Der stetige Rückgang in der Wertung in den vergangenen Jahren deutet darauf hin, dass Christen in Dschibuti zwar noch immer Schwierigkeiten aufgrund ihres Glaubens erleben, das Land aber nicht mit den benachbarten Ländern Eritrea und Somalia zu vergleichen ist, in denen Christen extreme Verfolgung erleiden. Der Rückgang der Wertung ist auf eine niedrigere Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ zurückzuführen, die von 1,1 Punkten beim WVI 2017 auf 0 Punkte gesunken ist.

Triebkräfte der Verfolgung

Islamische Unterdrückung: Der Islam ist tief in der Gesellschaft Dschibutis verwurzelt. Jede andere Religion wird als fremdartig angesehen. Die geografische Lage Dschibutis ist sowohl für den internationalen Handel als auch für die Durchreise von Dschihadisten vom Horn von Afrika in den Nahen Osten und umgekehrt sehr günstig. Geschätzte 95 Prozent der Bevölkerung von Dschibuti sind sunnitische Muslime. Der extremistische Islam wächst ähnlich wie in anderen ostafrikanischen Ländern und ist eine der größten Sorgen für die Regierung. Sie versucht daher zu kontrollieren, wer die Freitagspredigten in den Moscheen hält und was die Prediger lehren. Etwa 60 Prozent der Bürger Dschibutis sind somalischer Abstammung, sodass sich die Ausbreitung eines extremistischen Islam in Somalia auch auf die dschibutische Gesellschaft auswirkt.

Ethnisch begründete Anfeindungen: Dschibuti beheimatet die beiden Volksgruppen der Afar und der Issa. Die Issa gehören zum größeren Stamm der Somali. Stammesdenken ist im Land derart tief verwurzelt, dass jeder, der es wagt, sich zu Jesus Christus zu bekehren, als Verräter des ganzen Stammes angesehen wird. Wie auch in Somalia gibt es in Dschibuti eine enge Verbindung zwischen dem Stammesdenken und dem Islam. Christen werden wegen ihres Glaubens isoliert und misshandelt.

Diktatorische Paranoia: Sie ist einer der Hauptgründe für die Verfolgung von Christen in Dschibuti. Die Tatsache, dass das Regime versucht, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, stellt jede religiöse oder kulturelle Ursache für Verfolgung in den Schatten. Dieser Punkt ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis, wie es zurzeit um die Christen in Dschibuti steht. 1999 kündigte Präsident Aptidon an, nicht mehr für eine weitere Präsidentschaftswahl zur Verfügung zu stehen. Daraufhin wurde der jetzige Präsident Ismail Omar Guelleh gewählt. Im Jahr 2000 unterzeichneten die Regierung und die extremistische Splitterpartei der Afar, „Front for the Restoration of Unity and Democracy“ (FRUD), einen Friedensvertrag und beendeten damit den Bürgerkrieg. Präsident Guelleh, der noch immer an der Macht ist, möchte von den radikalen Kräften seiner Partei nicht als gemäßigt angesehen werden. Deshalb wird mit Menschen, die scheinbar eine Bedrohung seiner politischen Macht darstellen, sehr streng verfahren – das betrifft auch christliche Gemeinschaften.

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Freedom House bezeichnet Dschibuti in ihrem Bericht von 2017 als „nicht frei“. Der ebenfalls 2017 von „Reporter ohne Grenzen“ herausgegebene Index zur weltweiten Pressefreiheit zählt Dschibuti zu den zehn schlimmsten Ländern in Hinblick auf Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit. Laut dem Bericht schikaniert die Regierungspartei fortwährend Menschen und schüchtert sie ein, sobald sie etwas gegen die Zustände im Land sagen.

So heißt es: „Gerichtliche Schikanen, illegale Durchsuchungen, exorbitante Bußgelder, die bei Nichtzahlen zu Gefängnis führen – das repressive Arsenal gegen die Journalisten Dschibutis hat wirklich alles zu bieten. Aus diesem Grund gibt es keine privaten oder unabhängigen Medien im Land. Das Gesetz zur Kommunikationsfreiheit ist in sich schon eine Behinderung für Redefreiheit und Medienpluralismus. Darin wird die Dauer von Gefängnisstrafen bei Mediendelikten festgelegt sowie Altersgrenzen und Einschränkungen der Nationalität für Menschen, die einen Medienkanal betreiben wollen."

Theoretisch schützt die Regierung die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit, doch in der Praxis versucht sie, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, und ist Christen und anderen nichtmuslimischen Minderheiten im Allgemeinen nicht positiv gesinnt. Die Hauptverantwortlichen dieser Triebkraft der Verfolgung sind Beamte, welche die Politik der Regierung umsetzen. Die negative Haltung der Regierung gegenüber Christen wird sich in Zukunft vielleicht noch verstärken, weil die Investitionen benachbarter Golfstaaten in eine Reihe von Wirtschaftsbereichen (wie das islamische Bankwesen) noch weiter wachsen werden.

Verfolger

Zwischen den verschiedenen Gruppen, von denen hauptsächlich Verfolgung ausgeht, gibt es häufig Überschneidungen. Regierungsbeamte und einige muslimische Extremisten sind die Hauptakteure. Ein Feldforscher erklärt: „Es gibt Vorfälle, bei denen Beamte in niedrigeren Positionen in Handlungen verwickelt waren, die man zur Verfolgung der christlichen Gemeinschaft zählen kann. Dazu gehört unter anderem die Ausweisung von Christen aus Nachbarländern unter dem Vorwand, sie hätten kein legales Bleiberecht, obwohl ihr Status gar nicht überprüft wurde." Auch zeigen sich die politischen Parteien des Landes Christen gegenüber nicht wohlgesinnt. Christen muslimischer Herkunft werden besonders von der (Groß-)Familie, kommunalen Leitern und anderen Menschen aus ihrem sozialen Umfeld verfolgt.

Hintergrund

In Dschibuti sind über 90 Prozent der Bevölkerung muslimisch. Es ist ein kleines, durch Armut gezeichnetes Land, das von einigen der unbeständigsten und repressivsten Länder wie Eritrea, Somalia und dem Jemen umgeben ist. Eigentlich lässt sich Dschibuti als Stadtstaat mit minimalen eigenen Rohstoffen beschreiben. Das Land liegt jedoch geografisch sehr günstig an einer stark frequentierten, wichtigen Schifffahrtsroute.

Die derzeitige Regierung ist das Resultat der Spannungen zwischen Afar und Issa, den beiden dominierenden und rivalisierenden Volksgruppen, die in den 1990er-Jahren einen blutigen Bürgerkrieg gegeneinander führten. Diese Wunden sind auch heute noch nicht ganz verheilt. Der Islam ist tief in der Gesellschaft Dschibutis verwurzelt, es gibt jedoch auch schon seit langer Zeit Christen in Dschibuti, zum Teil durch die Verbindungen zu Äthiopien.

Eine beträchtliche Anzahl von Bürgern Dschibutis hat enge verwandtschaftliche Bindungen nach Somalia, in den Jemen und in andere muslimische Länder. Sie alle haben eine tief verwurzelte negative Haltung gegenüber dem Westen und dem Christentum, welches als eine westliche Religion angesehen wird. Dschibuti ist Mitglied der Arabischen Liga, wenngleich es nicht arabisch ist.

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1977 wird das Land von einem nichtdemokratischen, semi-präsidentiellen Regime regiert, dem zurzeit Präsident Ismail Omer Guelleh vorsteht. Dieser löste 1999 seinen Onkel ab und ist damit erst der zweite Präsident seit 1977. Während des arabischen Frühlings von 2011 haben Präsident Guelleh und seine Partei „Volksversammlung für den Fortschritt" mehrere Wellen von Straßenprotesten gewaltsam niedergeschlagen. Das Regime ist autokratisch. Meinungs- und Pressefreiheit gibt es nicht. Alle Medien gehören der Regierung. Es gibt zwar circa 11.000 Christen in Dschibuti, jedoch keine in öffentlichen Ämtern. Ihre Möglichkeiten, sich am politischen Leben zu beteiligen, sind entweder eingeschränkt oder nicht existent. Der Islam ist verfassungsgemäße Staatsreligion.

Dschibuti hat keine breit gefächerte Wirtschaft, da es kaum Rohstoffe und eine wenig entwickelte Industrie gibt. Deshalb ist das Land auf internationale Hilfe angewiesen, die sowohl von arabischen als auch westlichen Ländern geleistet wird. Als Gegenleistung für die Unterstützung aus dem Westen unterstützt Dschibuti dessen Versuche, den islamischen Terrorismus zu bekämpfen, beispielsweise beim Kampf gegen Piraterie vor der Küste Somalias und im Golf von Aden. Die internationale Unterstützung führt zwar nicht zu einem Gesinnungswandel in der negativen Haltung gegenüber Christen, bietet diesen aber einen gewissen Schutz vor unterdrückerischen Maßnahmen des Regimes. Das Land liegt strategisch sehr günstig am Golf von Aden, was extremistische Gruppierungen auszunutzen versuchen.

Der Grenzkonflikt mit Eritrea kann langfristig Auswirkungen auf die Stabilität des Landes haben, da Dschibuti Eritrea vorwirft, Gebiete eingenommen zu haben, die zuvor von den katarischen Friedenstruppen patrouilliert wurden.

Es gibt auch andere religiöse Minderheiten im Land: Zeugen Jehovas, Hindus, Juden und Bahai. Die Feldforscher haben allerdings keine konkreten Beweise finden können, dass diese Gruppen ebenfalls verfolgt werden.

Betroffene Kategorien von Christen

In Dschibuti werden alle Kategorien von Christen verfolgt, jedoch in unterschiedlicher Intensität.

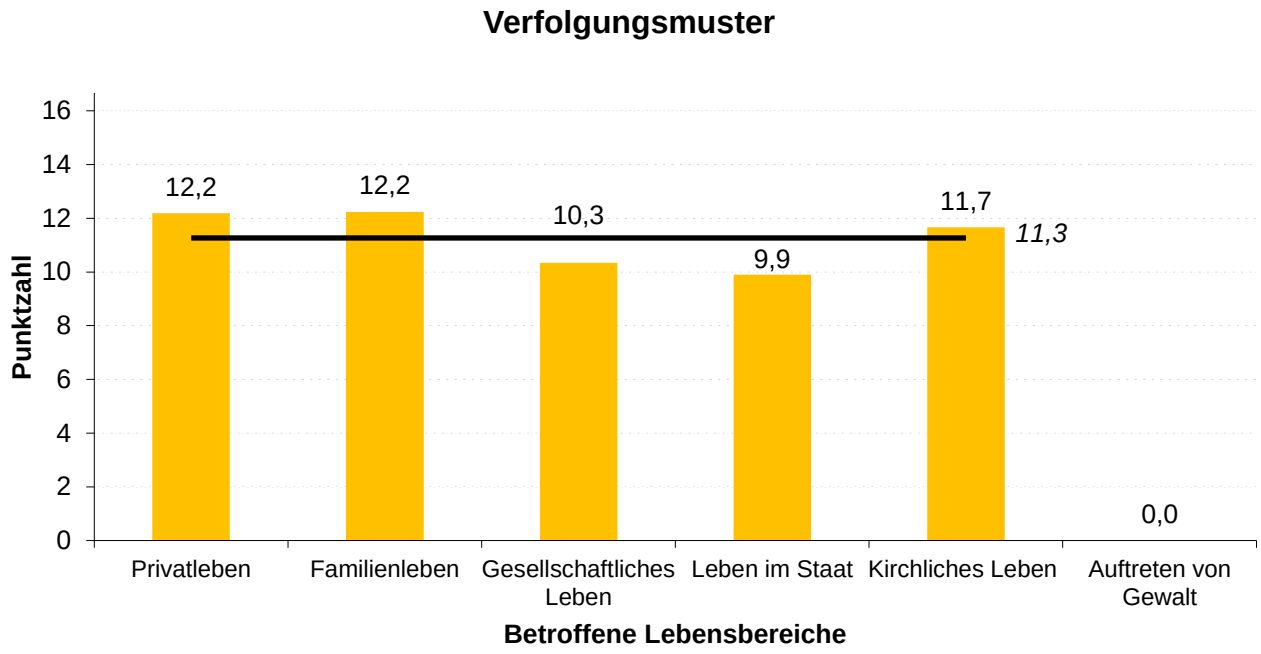
Ausländische Christen und Arbeitsmigranten: Ausländische Christen sind nicht vor Verfolgung gefeit, auch wenn einige von ihnen schon seit Jahrzehnten im Land leben. Es gab einst ein gewisses Maß an Toleranz. Diese Toleranz gegenüber orthodoxen Christen aus Äthiopien hat sich mit dem Aufkommen des extremistischen Islam jedoch immer weiter verringert. Christliche Gemeinden von französischen und US-amerikanischen Streitkräften werden nur minimal eingeschränkt.

Christen aus traditionellen Kirchen: In der WVI-Analyse für Dschibuti wurde diese Kategorie mit der Kategorie „Ausländische Christen und Arbeitsmigranten" kombiniert. Die Französisch-Protestantische, die Römisch-Katholische und die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche stehen als einzige als aktives christliches Zeugnis da, das von der Regierung anerkannt ist.

Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten): Es gibt nur wenige Christen mit muslimischem Hintergrund. Sie müssen jedoch starken Druck von ihrer Familie, ihrem Lebensumfeld und örtlichen religiösen Leitern ertragen. Dies gilt besonders außerhalb der Städte, wo die Landbevölkerung noch in enger Gemeinschaft lebt. Ehemalige Muslime haben nicht den Luxus, ihren Kindern christliche Namen geben zu können oder christliche Hochzeiten oder Kirchenfeste zu feiern. Sie müssen im Untergrund bleiben und ihr christliches Leben im Verborgenen führen. Christliche Konvertiten wurden auch in Flüchtlingslagern diskriminiert und schikaniert.

Christen aus protestantischen Freikirchen: Diese Gruppe besteht aus Baptisten-, evangelikalen und Pfingstgemeinden. Sie sind dafür bekannt, dass sie ihren Glauben aktiv weitergeben und werden daher besonders stark verfolgt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Grafik: Verfolgungsmuster Dschibuti

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die WVI-Platzierung. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen ist von 11,1 Punkten beim WVI 2017 auf 11,3 Punkte für den aktuellen Berichtszeitraum gestiegen.
- Am stärksten ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“, die beide eine sehr hohe Wertung von 12,2 Punkten haben. Dies liegt vor allem an dem starken Druck auf Christen muslimischer Herkunft. Mit 11,7 Punkten ist der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“ am nächsthöchsten. Die hohe Wertung deutet darauf hin, dass der Neubau von Kirchen, die Planung von Kirchenveranstaltungen, Jugendarbeit und eine offene Aussprache gegen Verfolgung sehr schwierig sind.

- Es lagen keine Berichte zu gewalttätigen Übergriffen vor. Somit ist die Wertung für das Auftreten von Gewalt bei 0 Punkten. Im WVI 2017 lag die Wertung noch bei 1,1 Punkten.

Privatleben: In diesem Bereich sind besonders Christen mit muslimischem Hintergrund betroffen. So erklärt ein Feldforscher: „In einem Land, das zu über 95 Prozent muslimisch ist, wird der Glaubenswechsel vom Islam zu Jesus Christus zu verhindern versucht und in manchen Fällen auch mit Verfolgung quittiert. Meist passiert dies, wenn eine muslimische Person eine christliche heiratet. Diese Glaubensübertritte werden von den Familienmitgliedern, dem Lebensumfeld und manchmal auch von den örtlichen Behörden nicht gutgeheißen. Man sieht darin eine Untergrabung des Islam." Christen können nicht einfach christliche Literatur besitzen, Gottesdienste besuchen oder ihre christliche Sichtweise vertreten, ohne Gegenwehr fürchten zu müssen. Christen muslimischer Herkunft werden von ihrer Familie und von muslimischen Nachbarn überwacht.

Familienleben: Feldforscher haben festgestellt, dass Christen vor Probleme gestellt sind, wenn sie ihre Kinder im Glauben erziehen wollen: „Dies kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass Christen keine christlichen Schulen mit einem Lehrplan haben dürfen, der neben dem normalen Unterricht auch Schulstunden über christliche Themen beinhaltet. Der allgemeingültige Lehrplan ist auf die mehrheitlich muslimische Bevölkerung zugeschnitten. Es ist nicht einfach, die Genehmigung für einen anderslautenden Lehrplan zu bekommen."

Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien massiv verfolgt. Eine Schutzmöglichkeit ist die Verheimlichung des Glaubens, was aber bei einem gemeinschaftsorientierten Lebensstil sehr schwierig ist. Wenn sich jemand zu Jesus Christus bekehrt (und sei es auch nur gerüchteweise), wird diese Person ihr Erbrecht verlieren und sehr wahrscheinlich auch das Sorgerecht für mögliche Kinder.

Gesellschaftliches Leben: Da das Leben in Dschibuti vor allem innerhalb der Dorfgemeinschaft abläuft, ist das Zusammenleben mit anderen Bewohnern für Christen nicht leicht. Kommt der neue Glaube eines Christen ans Licht, wird er wahrscheinlich schikaniert und daran gehindert, Gemeinschaftseinrichtungen zu nutzen und Arbeit zu finden. Am stärksten sind in diesem Lebensbereich Menschen gegen Christen aktiv, die sich von extremistischen Scheichs und Imamen in Moscheen und bei gesellschaftlichen Versammlungen beeinflussen lassen. Was Christen in der Hauptstadt im Vergleich zu anderen Ortschaften erleben, beschreibt ein Feldforscher wie folgt: „Die christlichen Gemeinschaften sind alle in der und um die Hauptstadt herum angesiedelt. Im Vergleich zu ihnen werden Christen, die in anderen Teilen des Landes leben, nicht gerecht behandelt."

Leben im Staat: Die Verfassung, die die Grundlage der Gesetzgebung ist, erklärt den Islam zur Staatsreligion. Alle Gesetze und Richtlinien des Landes werden somit auf Grundlage der Scharia erstellt. Gesetze und Richtlinien, die der Scharia widersprechen, gelten als nichtig. Christen sind Bürger zweiter Klasse und manche Imame nutzen das Freitagsgebet, um Christen und den christlichen Glauben zu verunglimpfen. Christen werden bei Angriffen nicht von örtlichen Behörden beschützt.

Kirchliches Leben: Die Registrierung von Gottesdiensträumen ist ein langwieriger Prozess, der durch das Innenministerium geregelt wird. Für Menschen, die in Dschibuti keine christlichen Symbole sehen wollen, stellen Kirchengebäude eine Beleidigung dar. Daher wird den Christen das kirchliche Leben so schwer wie möglich gemacht. Der Bau einer Kirche, das Abhalten von Veranstaltungen, Jugendarbeit oder eine offene Aussprache gegen Verfolgung sind für Christen problematisch. Ausländischen Christen und ihren Kirchengemeinden geht es in dieser Hinsicht besser. Christen mit muslimischem Hintergrund können sich nicht als christliche Kirche registrieren und auch keine Kirche bauen.

Auftreten von Gewalt: Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2018 gab es keine Berichte über Gewalt gegen Christen.

Verfolgungssituation für Frauen und Männer

Frauen: Christinnen, besonders Christinnen muslimischer Herkunft, laufen Gefahr, vergewaltigt und zwangsverheiratet zu werden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Im Berichtszeitraum des WVI 2018 gab es im Bereich Religionsfreiheit weder in Dschibuti noch in der Region bedeutsame Veränderungen. Die Situation wird in der Region allgemein (insbesondere in Äthiopien) immer instabiler. Außerdem kann der Grenzkonflikt mit Eritrea Auswirkungen auf die Stabilität des Landes haben. Die Triebkräfte der Verfolgung Islamische Unterdrückung, Diktatorische Paranoia und Ethnisch begründete Anfeindungen werden auch weiterhin die Hauptverursacher der Probleme von Christen sein. Dschibuti ist relativ stabil, aber keine Demokratie. Für Andersdenkende gibt es keinen Raum. Präsident Guelleh und seine Regierung haben das Land nach wie vor fest im Griff. Durch die Wechselbeziehung zwischen westlichen Ländern (insbesondere Frankreich und den USA) und der Regierung von Dschibuti hat letztere einen Anreiz, Gewalt gegen Christen nicht zu fördern. Doch wäre es schlichtweg naiv, eine Verbesserung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit (beides sind Grundrechte, die sehr stark mit Religionsfreiheit verwoben sind) zu erwarten. Deshalb ist für die Zukunft Folgendes zu erwarten:

- Der Grenzkonflikt mit Eritrea wird in naher Zukunft nahezu sicher nicht gelöst werden können.
- Der momentane Zustand des Landes wird noch einige Jahre anhalten.
- Der Krieg im Jemen kann für Dschibuti noch zu einem Problem werden. Militante Islamisten, die im Jemen kämpfen, könnten über das Meer nach Dschibuti kommen und dort mit jenen, die dem Konflikt entkommen sind, ihre Netzwerke erweitern.

zurück zur Länderübersicht

5. Die Methodik hinter dem Index

5.1. Zusammenfassung der Veränderungen gegenüber dem WVI 2017

Für den diesjährigen Weltverfolgungsindex wurden zwei Arten von Veränderungen gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2017 vorgenommen. Sie betreffen 1. den Inhalt der WVI-Methodik und 2. die Auswertung der WVI-Daten.

1. Veränderungen im Bereich der Methodik

   a) Im zweiten der vier Bereiche des Wertungsrasters wurde eine Anpassung vorgenommen. Anstelle des „Anteils an bewohntem Gebiet [eines Landes], der von Verfolgung betroffen ist“, ist es den Analysten jetzt möglich, den „Bevölkerungsanteil innerhalb des von Verfolgung betroffenen Gebiets“ zu errechnen. Nähere Erläuterungen hierzu sind dem überarbeiteten Text der ausführlichen Darstellung der Methodik hinter dem WVI zu entnehmen.

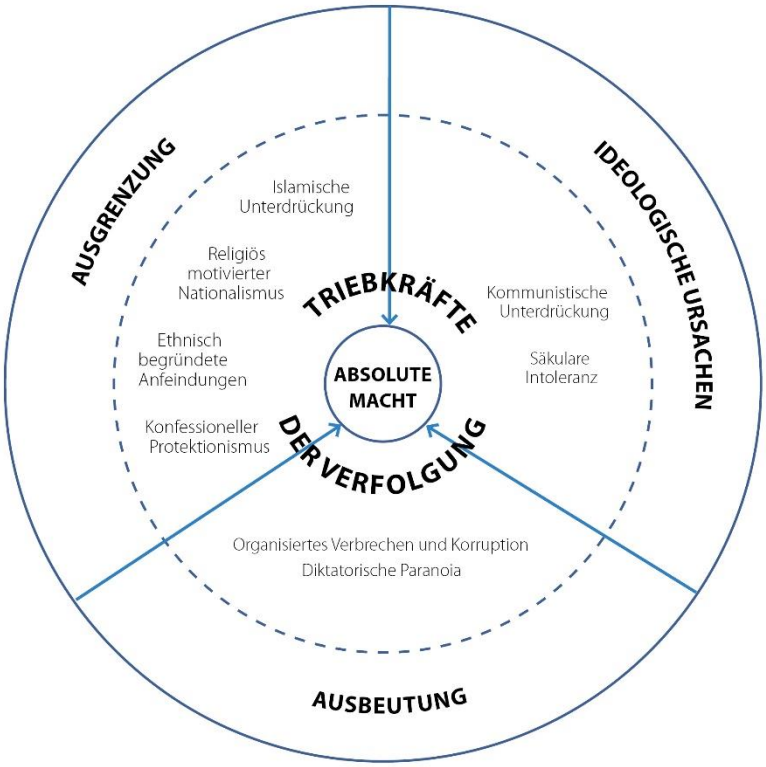
   b) Die Liste der Verfolger ist auf zwölf erweitert worden durch die Unterteilung der „Fanatischen Bewegungen“ in „Gewalttätige religiöse Gruppen“ und „Ideologische Interessengruppen“. Eine weitere Veränderung ist die Erweiterung von „Multilaterale Organisationen (z.B. die UN)“ auf „Multilaterale Organisationen (z.B. die UN) und Botschaften“.

2. Änderungen bei der Auswertung der WVI-Daten:

   Die Sammlung und Übermittlung der Daten geschieht jetzt in weiten Teilen online. Die Automatisierung und Rationalisierung des WVI-Prozesses steigert die Effizienz des Austausches mit den Feldforschern. Darüber hinaus erleichtert es die Kontrolle und verbessert die Qualität der Resultate.

5.2. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die acht verschiedenen „Triebkräfte“ speisen (vgl. Anhang 4).

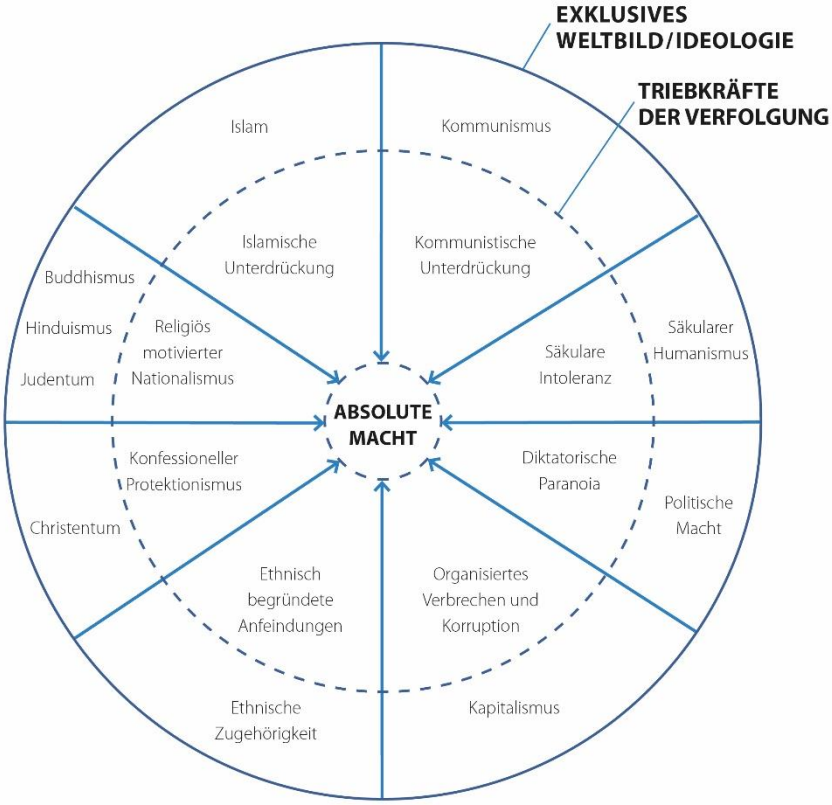


Grafik © Open Doors

Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht.

Die Open Doors Forschungsabteilung „World Watch Research“ (WWR) verwendet den Begriff „Triebkräfte der Verfolgung“ zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltsicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben. Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR acht verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.



Grafik 2: Die acht Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien

5.3. Definition von Verfolgung

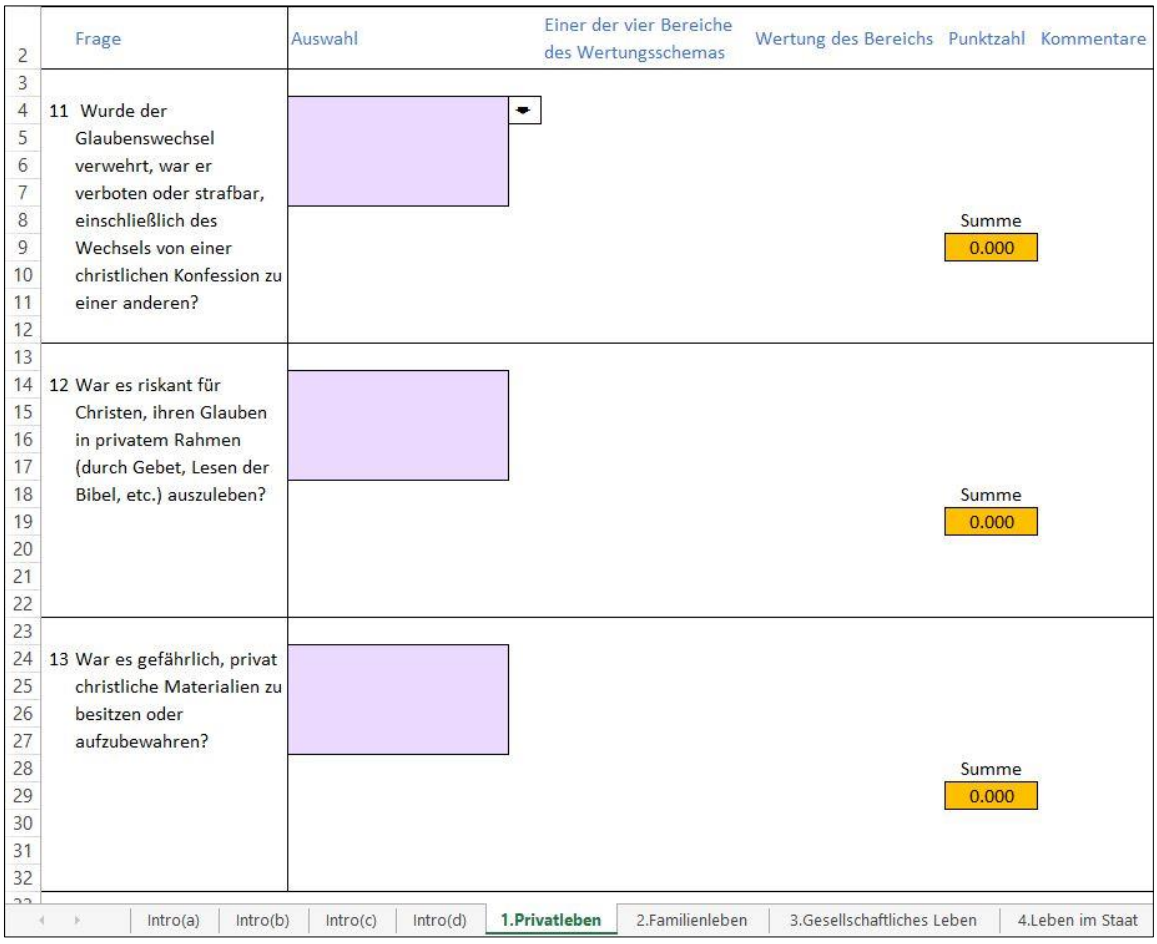
Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition. Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als „jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“ Des Weiteren lehnt sich Open Doors an die Definition von Verfolgung des UNHCR an. Die von World Watch Research verwendete Definition von „Christ“ und den „Kategorien von Christen“ sind in Anhang 2 nachzulesen.

5.4. Erstellung des Weltverfolgungsindex

Open Doors beobachtet die weltweite Verfolgung von Christen seit den späten 1970er-Jahren. Die WVI-Methodik wurde während der 1980er- und 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 durch „World Watch Research“ (WWR), die Forschungsabteilung von Open Doors, umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Haupterscheinungsformen von Verfolgung: „squeeze“ (der konstante Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und „smash“ (gewaltsame Übergriffe).

Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 3). Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen an Feldmitarbeiter von Open Doors und an lokale Netzwerke von Christen, die Verfolgung erleben, verschickt (bezogen auf den Berichtszeitraum 1. November – 31. Oktober). Einen kurzen Einblick in den Fragebogen liefert der unten abgebildete Ausschnitt des ersten Blockes.



Grafik 3: Das abgebildete Beispiel zeigt einen Ausschnitt aus Block 1 des Fragebogens zum WVI 2018

Die ausgefüllten Fragebögen werden mit den Einschätzungen externer Experten[2] und öffentlich zugänglichen Sekundärquellen[3] abgeglichen. Anschließend werden die Punktzahlen für jeden Lebensbereich anhand eines Wertungsschemas ermittelt (vgl. S. 10).[4] Damit können beispielsweise unterschiedliche Kategorien von Christen oder Regionen innerhalb eines Landes gemeint sein, zwischen denen große Unterschiede hinsichtlich der auftretenden Verfolgung bestehen. Auch die Intensität und Häufigkeit von Verfolgung fließt in die Bewertung ein. Verschiedene Triebkräfte von Verfolgung (s. Anhang 4), Verfolger (s. Anhang 5) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 6) werden im Rahmen dieser Analyse ermittelt. Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)[5] für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.

Aus den so erhaltenen Antworten ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land, aus denen die Rangfolge der Länder auf den Plätzen 1-50 des jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex hervorgeht. Die WVI-Punktzahlen sind keine absoluten Zahlen, sondern Vergleichswerte, die für die aufgeführten Länder eine differenzierte Gegenüberstellung der Situation von Christen in verschiedenen Lebensbereichen ermöglichen. Die nachfolgende Abbildung zeigt beispielhaft die Abschlusswertungen der höchstplatzierten Länder auf dem WVI 2017.

Platz WVI 2017	Land	Privatleben	Familienleben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	Summe Punkte WVI 2017
1	Nordkorea	16,667	15,385	16,427	16,667	16,667	9,815	92
2	Somalia	16,667	15,385	15,385	16,667	16,667	10,185	91
3	Afghanistan	16,667	16,427	15,145	15,625	14,844	10,556	89
4	Pakistan	14,792	14,023	14,183	14,974	13,125	16,667	88
5	Sudan	13,854	14,423	14,583	15,625	15,469	13,334	87

Grafik 4: Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2017 (Die höchstmögliche Punktzahl pro Bereich beträgt 16,667)

[2] Externe Experten sind unter anderem in oder für das jeweilige Land tätige christliche Journalisten, Anwälte, Menschenrechtler oder auch langjährige Missionare

[3] U.a. die Berichte der „United States Commission on International Religious Freedom“ (USCIRF), die Jahresberichte zur Religionsfreiheit des US Außenministeriums, des Pew Institute und von Amnesty International, außerdem Meldungen von Nachrichtenagenturen wie Reuters, CNN, Radio Free Asia, aber auch auf Religionsfreiheit spezialisierte Quellen wie UCANews oder Forum 18

[4] Ein detailliertes Wertungsbeispiel ist als Anhang 1 beigefügt. Die ausführliche Version der WVI-Methodik (englisch) liefert weitere Einzelheiten zu diesem Thema.

[5] International Institute for Religious Freedom, http://www.iirf.eu

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die WVI-Platzierungen sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen[6] zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

5.5. Der Weltverfolgungsindex im Vergleich zu anderen Erhebungen

Die Methodik des Weltverfolgungsindex orientiert sich maßgeblich an den Lebensumständen verfolgter Christen hinsichtlich ihrer Religionsfreiheit. Deshalb basieren die Ergebnisse im Wesentlichen auf Informationen aus erster Hand (Primärquellen) und berücksichtigen die Situation von Christen aller Denominationen, einschließlich christlicher Konvertiten. Damit unterscheidet sich der Open Doors Weltverfolgungsindex deutlich von anderen Erhebungen zu diesem Thema.

Eine weitere Studie, die sich dieser Thematik widmet, ist die vom US-amerikanischen Pew Forum[7] veröffentlichte „Jährliche Studie zu globalen Einschränkungen der Religion“. Das Institut setzt dabei einen 33 Fragen umfassenden Katalog ein. Die erhobenen Daten entstammen 18 Sekundärquellen (Verfassungen der Länder, Profile zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums, Angaben von Menschenrechtsorganisationen u.a.). Dabei werden hauptsächlich zwei Bereiche untersucht: Die Einschränkungen der Religionsfreiheit durch Regierungen (government restriction index) und gesellschaftliche Feindseligkeiten (social hostilities index). Der letzte, im April 2017 erschienene Bericht, bezieht sich auf den Zeitraum 2014-2015.

Ebenfalls mit der vorliegenden Thematik befasst sich der von den beiden deutschen Großkirchen gemeinsam erstellte „Ökumenische Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“. Der alle vier Jahre erscheinende Bericht wurde in seiner zweiten Ausgabe zuletzt am 15.12.2017 in Berlin vorgestellt. Der 72-seitige Bericht ist eine in Auftrag gegebene Auswertung von Sekundärmaterial und beinhaltet überwiegend die Ergebnisse der US-amerikanischen PEW-Studie und deren Quellen.

[6] https://www.opendoors.de/laenderprofile

[7] Das Pew Forum ist eine Abteilung des nichtstaatlichen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center, die sich unter anderem mit weltweit existierenden Einschränkungen der Religionsfreiheit beschäftigt. www.pewforum.org

Anhang 1: WVI-Wertungsbeispiel

Wie die Länderwertungen und -platzierungen für die jährliche Neuauflage des Weltverfolgungsindex errechnet werden

Inhalt

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

Zu Beginn werden für jedes Land die vorliegenden Triebkräfte sowie die Verfolger von Christen und christlichen Gemeinschaften ermittelt.

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

Ein Analyst von World Watch Research wertet alle Informationen der vorliegenden Fragebögen aus, die von Feldforschern (in enger Abstimmung u.a. mit lokalen Kirchenleitern) und externen Experten ausgefüllt wurden. Auf dieser Basis erstellt er für jedes Land Antworten und Wertungen für die sechs Frageblöcke. Insgesamt sind für 84 Fragen Antworten und Punktzahlen zu ermitteln. (Zusätzliche Fragen helfen dabei, Hintergrundinformationen für Block 7 zu gewinnen; diese fließen allerdings nicht in den Wertungsprozess ein.)

Block 1: Privatleben (10 Fragen)

Block 2: Familienleben (13 Fragen)

Block 3: Gesellschaftliches Leben (13 Fragen)

Block 4: Leben im Staat (16 Fragen)

Block 5: Kirchliches Leben (20 Fragen)

Block 6: Physische Gewalt (12 Fragen)

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1-5

Die Wertung für jede Frage bewegt sich zwischen 0 und 16 Punkten. Für Erklärungszwecke haben wir die dritte Frage aus Block 1 (Privatleben) ausgewählt:

„1.3 Waren der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien gefährlich?“

Bitte die zutreffendste Antwort anklicken

◉ Ja ○ Nein ○ N/A ○ Nicht bekannt

„Nein“ = 0 Punkte.
„Ja“ = diese Antwort führt zu einer Punktwertung, für deren Ermittlung vier weitere Bereiche in Betracht gezogen werden müssen. In jedem Bereich werden maximal vier Punkte vergeben, wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist:

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der betroffenen Kategorien von Christen	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4	3 von 4	4 von 4
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0% – 25%	26% – 50%	51% - 75%	76% - 100%
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

In diesem fiktiven Musterland setzen wir als Antwort „Ja“ ein – ergänzt durch die folgenden Wertungen:

(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften

In dem gegebenen Musterland sind der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien besonders für drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften gefährlich: Christen aus traditionellen Kirchen, Gemeinschaften von christlichen Konvertiten und protestantische Freikirchen:
„3 von 4 Kategorien betroffen“ = 3 Punkte.

(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet

In dem angenommenen Musterland besteht die Gefahr für alle im Gebiet lebenden Christen, daher liegt der betroffene Bevölkerungsanteil hier bei 100%:
“76-100% der christlichen Bevölkerung” = 4 Punkte.

(3) Intensität = der Grad der Verfolgung (oder das Maß des Drucks), der von den Verfolgern ausgeht.

1 Punkt - gering:	Die vorliegende Problematik kann leicht behoben oder bewältigt werden
2 Punkte - mittel:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings mit mehr Aufwand als bei geringer Intensität
3 Punkte - hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings nur mit einigen Schwierigkeiten.
4 Punkte - sehr hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, dafür sind jedoch immense Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Konsequenzen einer Entdeckung in dem gegebenen Musterland des WVI sind schwerwiegend: "hohe Intensität" = 3 Punkte.

(4) Häufigkeit = die Häufigkeit von Vorfällen, die dem Bereich Verfolgung zuzuordnen sind.

1 Punkt - sporadisch:	Die vorliegende Problematik tritt nur vereinzelt auf.
2 Punkte - regelmäßig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Ausnahme als die Regel, tritt jedoch erkennbar häufiger auf als im Bereich „sporadisch".
3 Punkte - häufig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Regel als eine Ausnahme, tritt jedoch nicht in allen Fällen auf.
4 Punkte - permanent:	Die vorliegende Problematik tritt generell auf mit Ausnahme weniger Einzelfälle.

In dem WVI-Musterland tritt die Gefahr häufig auf, ist jedoch nicht als permanent einzustufen. „häufig" = 3 Punkte.

Die Gesamtpunktzahl für diese Frage setzt sich damit wie folgt zusammen: 3 + 4 + 3 + 3 = 13 (von maximal 16 Punkten).

Die Durchschnittswertung für diese Frage ist = $\frac{13}{4}$ = 3,250. (Ergebnisse werden auf drei Nachkommastellen gerundet)

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

Der oben beispielhaft dargestellte Prozess wird auf alle Fragen des Frageblocks angewendet, wobei jeweils die Punktzahl und Durchschnittswertung festgehalten werden. Die untenstehende Tabelle zeigt die daraus resultierenden Ergebnisse für unser fiktives WVI-Musterland.

Fragen	Punkte	Durchschnittswertung je Frage	Gesamtwertung für den Frageblock (maximal 16,667 Punkte)
1.1	13	3,250	
1.2	13	3,250	
1.3	13	3,250	
1.4	11	2,750	
1.5	11	2,750	
1.6	10	2,500	
1.7	12	3,000	
1.8	15	3,750	
1.9	13	3,250	
1.10	10	2,500	
Total	**121**	**30,250**	**12,604**

In dem oben dargestellten Beispiel beträgt die Durchschnittswertung für alle zehn Fragen des Blocks 1 = 30,250 Punkte (von maximal 40,000).

Block 1 ist einer von sechs Frageblöcken, aus deren Beantwortung sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten für die Summe aller Blöcke ergibt. Um jeden Block gleich zu gewichten, werden in jedem Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Da die Anzahl von Fragen pro Block variiert, wird die Gesamtwertung jedes Blocks mit Hilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG EINES BLOCKS} = \frac{\text{Summe der Durchschnittswertungen pro Frage}}{\text{maximal mögliche Durchschnittswertung pro Frage}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{30{,}250}{40{,}000} \times \frac{100}{6} = 12{,}604$$

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1-5 (Bereich „squeeze“)

Die Blöcke 1 bis 5 betreffen den ´squeeze‘-Bereich des Fragebogens. Derselbe Bewertungsprozess wie oben für Block 1 dargestellt wird für die Blöcke 2 bis 5 durchgeführt. Die daraus resultierende Ergebnistabelle für unser fiktives WVI-Musterland sieht wie folgt aus:

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Gesamtwertung Blöcke 1-5	**55,736**

Das Maß der Verfolgung in unserem WVI-Musterland im Bereich „squeeze“ (gleichbedeutend mit dem herrschenden Druck in den fünf untersuchten Lebensbereichen) beträgt damit = 55,736 Punkte

Als nächstes muss der Bereich „smash“ (physische Gewalt) dazu addiert werden.

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6 im Berichtszeitraum

Die Länderwertung wird komplettiert durch das Hinzuaddieren der Punktzahl aus Block 6, in dem es um die zahlreichen Formen physischer Gewalt geht, die im Berichtszeitraum (1. November bis 31. Oktober) vorgefallen sind.

Um die verschiedenen Formen physischer Gewalt zu ermitteln, ist ein anderer Bewertungsansatz als in den Blöcken 1-5 erforderlich.

Die ersten beiden Fragen behandeln Morde und Angriffe auf Kirchen. Jede Antwort erhält maximal 30 Punkte; jeder Mord und jeder Angriff auf eine Kirche werden mit 3 Punkten bewertet. Sind mindestens 10 Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, wird die Maximalwertung von 30 Punkten vergeben.

Die anderen zehn Fragen betreffen andere Formen physischer Gewalt und werden jeweils mit maximal drei Punkten bewertet. Die Punkte werden wie folgt vergeben: 1 Vorfall = 1 Punkt; 2-9 Vorfälle = 2 Punkte; 10 oder mehr Vorfälle = 3 Punkte. Daraus ergibt sich eine maximale Punktzahl von 90 für alle 12 Fragen.

In unserem WVI-Musterland sind folgende Vorfälle berichtet und entsprechend bewertet worden:

	Art der physischen Gewalt nach den Kategorien des WVI-Fragebogens	Vorfälle	Punkte	Gesamtwertung (max. 16,667 Punkte)
6.1	Morde an Christen	0	0	
6.2	Angriffe auf Kirchen	0	0	
6.3	Christen ohne Prozess inhaftiert	0	0	
6.4	Christen zu Gefängnisstrafen bzw. Lagerhaft etc. verurteilt	0	0	
6.5	Christen entführt	0	0	
6.6	Christen vergewaltigt / sexuell belästigt	15	3	
6.7	Zwangsheirat mit Nichtchristen	12	3	
6.8	Christen physisch oder mental misshandelt	4	2	
6.9	Angriffe auf Häuser oder sonstiges Eigentum von Christen	0	0	
6.10	Angriffe auf Firmen oder Geschäfte von Christen	0	0	
6.11	Vertreibung von Christen innerhalb des Heimatlandes (in den Untergrund)	5	2	
6.12	Vertreibung von Christen aus ihrem Heimatland	0	0	
	Total	36	10	1,852

Im oben dargestellten Beispiel ergibt sich aus allen 12 Fragen von Block 6 eine Gesamtwertung von 10 Punkten (von maximal 90).

Block 6 ist nur einer von sechs Frageblöcken, der in die WVI-Gesamtwertung von maximal möglichen 100 Punkten einfließt. Um alle Blöcke gleichmäßig zu gewichten, werden pro Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Die Schlusswertung für Block 6 wird mithilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG BLOCK 6} = \frac{\text{erreichte Punktzahl}}{\text{maximal mögliche Punktzahl in diesem Block}} \cdot \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{10}{90} \text{ x } \frac{100}{6} = 1{,}852.$$

7. Summierung der Blöcke 1-5 und 6

Um die abschließende WVI-Wertung für ein Land zu errechnen, werden die Ergebnisse aller Blöcke addiert. Die maximale Punktzahl für jeden Block beträgt 16,667. Die maximal erreichbare Wertung beträgt damit 100 Punkte.

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Block 6	1,852
Gesamt-wertung	**57,588**

Unser fiktives WVI-Musterland kommt damit auf eine gerundete Gesamtwertung von 58 Punkten. Seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex ist abhängig von der Anzahl anderer Länder, die eine höhere bzw. niedrigere Punktzahl aufweisen. Die Punktzahl eines Landes ist damit aussagekräftiger als seine Platzierung. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass ab dem WVI 2018 die Gesamtwertungen der einzelnen Frageblöcke in der offiziellen Wertungstabelle auf eine Nachkommastelle gerundet werden (vgl. nachstehendes Beispiel). Damit soll vermieden werden, einen an dieser Stelle irreführenden Anschein von Exaktheit zu vermitteln.

Platz WVI 2018	**Land**	**Privatleben**	**Familienleben**	**Soziales Leben**	**Leben im Staat**	**Kirchliches Leben**	**Physische Gewalt**	Gesamt-punktzahl (auf eine Nachkommastelle gerundet)	**Summe Punkte WVI**
?	Muster-land	12,6	10,3	9,7	10,5	12,6	1,9	**57,6**	**58**

Anhang 2: Definition von „Christ“ und Kategorien von Christen

Der WVI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen um ihres Glaubens willen erleben. Die WVI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als „jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört.“ Auf Basis dieser Definition ordnet die WVI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

1. **Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten:** In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Einwanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt.

2. **Traditionelle Kirchen:** Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.

3. **Gemeinschaften christlicher Konvertiten:** Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen „Haus-“ oder „Untergrundkirchen“ zusammen.

4. **Mitglieder von protestantischen Freikirchen** (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von „Christ“), fallen sie unter diese Kategorie.

Anhang 3: Erläuterungen zu den Lebensbereichen der Verfolgung

Das „Konzept der fünf Lebensbereiche“ wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich, durch die eine entsprechende Punktzahl ermittelt werden kann. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie den sechsten Bereich „Auftreten von Gewalt“ beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

1. Privatleben	Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.
2. Familienleben	Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.

3. Gesellschaftliches Leben	Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung ein. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungsvorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).
4. Leben im Staat	Das Verhältnis von Christen zu dem Staat, in dem sie leben, wird geprägt durch Rechte und Gesetze, das Justizwesen, die öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemieanschuldigungen, Straflosigkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.

5. Kirchliches Leben	Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird. Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: „In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?“ Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung unregistrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsenteignung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder mentaler Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert.

Grafik 5: Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche (© Christof Sauer, IIRF)

Anhang 4: Erläuterungen zu den Triebkräften der Verfolgung

Es existieren verschiedene Triebkräfte von Verfolgung, die alle ihre eigene Art von Aggression gegen Christen entwickeln. World Watch Research hat im Rahmen seiner Methodik acht verschiedene Triebkräfte identifiziert.

1. Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft des Islam aufgezwungen werden soll. Das kann allmählich geschehen durch einen Prozess der systematischen Islamisierung (bei dem stetig Druck aufgebaut wird) oder plötzlich durch den Einsatz physischer Gewalt; auch eine Kombination aus beidem kommt vor.

- Beispiele für die allmähliche Islamisierung sind in vielen Ländern zu finden, wo die Muslimbruderschaft, Islamische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) oder vergleichbare Gruppen eine ganzheitliche missionarische Strategie verfolgen. Dies geht in der Regel einher mit dem Verbot einer Abkehr vom Islam, das auf der Familienebene oder im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfelds durchgesetzt wird.
- Beispiele für den Einsatz physischer Gewalt zum Ziel der Islamisierung finden sich im Einflussbereich von Gruppen wie dem Islamischen Staat (IS), Boko Haram oder Al Shabaab.

Diese „Islamische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

2. Religiös motivierter Nationalismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft einer bestimmten (nicht-islamischen) Religion aufgezwungen werden soll. Bei der Religion kann es sich um den Hinduismus, Buddhismus, das Judentum oder etwas anderes handeln. Dieser Prozess kann allmählich und systematisch verlaufen (durch den stetigen Aufbau von Druck) oder abrupt durch den Einsatz physischer Gewalt. Häufig erschwert auch eine Kombination aus beiden Elementen den Christen das Leben nachhaltig.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist die Situation in Indien. Hier verüben Mobs aus extremistischen Hindu-Nationalisten immer wieder gewaltsame Angriffe auf Christen, die ihren Glauben öffentlich bezeugen. Parallel dazu werden immer mehr Gesetze eingeführt, die eine Einschränkung der Religionsfreiheit bewirken (z.B. Anti-Bekehrungsgesetze).

Die Aktivitäten derartiger „national-religiöser Bewegungen“ sind in der Regel auf einzelne Länder beschränkt.

3. Ethnisch begründete Anfeindungen

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts oder einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. der Dorfgemeinschaft) von allen Mitgliedern verlangt wird, althergebrachte Werte und Normen zu befolgen, die in der Regel im Stammeskontext oder im Rahmen ethnischer Volksgruppen etabliert wurden. In diesem Bereich existiert eine sehr große Bandbreite an Gruppen. Die Wirkungsweise dieser Triebkraft ist vergleichbar mit Islamischer Unterdrückung und Religiös motiviertem Nationalismus: Oftmals kommt es zu einer Kombination aus dem allmählichen Aufbau von Druck und einzelnen Ausbrüchen physischer Gewalt.

- Beispiele für den subtilen Druck finden sich etwa in Mexiko und Myanmar, dort wo die Anführer innerhalb indigener Gruppen Kindern aus christlichen Familien den Schulbesuch verweigern.
- Zu Ausbrüchen physischer Gewalt kommt es, wenn christliche Familien aus Dörfern vertrieben werden, etwa weil sie sich weigern, an traditionellen Zeremonien teilzunehmen.

Das Auftreten derartiger „ethnischer Bewegungen“ ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Volksgruppen.

4. Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Christen von Glaubensgenossen verfolgt werden, die einer bestimmten Mehrheitskonfession angehören. Die Verfolger werden von der Überzeugung geleitet, ihre Denomination sei die einzig legitime Vertretung des christlichen Glaubens, deren Autorität und Dominanz auch künftig gewahrt bleiben muss. Diese Triebkraft weist Ähnlichkeiten mit anderen Triebkräften auf, die ebenfalls auf religiösen Überzeugungen basieren: Sie ist gekennzeichnet von einer Kombination aus subtilem Druck und physischer Gewalt, wenngleich in der Praxis der subtile Druck überwiegt.

- Dass es durchaus zu gewaltsamen Übergriffen in diesem Bereich kommt, zeigt inzwischen seit mehreren Jahren das Beispiel der Reformgegner in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche. Aus ihren Reihen kommt es immer wieder zu Angriffen auf andere Christen ihrer eigenen Konfession, die eine Reform der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anstreben.

Das Auftreten dieser „kirchlichen Bewegung“ beschränkt sich auf einzelne Länder. Sie ist besonders dort anzutreffen, wo enge Bindungen zwischen Staat und der involvierten Konfession existieren.

5. Kommunistische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo ein staatliches System auf Basis kommunistischer Werte Christen verfolgt und Kirchen kontrolliert. Eine Schlüsselrolle für die Kontrolle der Kirchen kommt dabei einem rigiden System staatlicher Registrierung und Beobachtung zu. Dieses System entstammt teilweise der Zeit vor dem historischen Zusammenbruch des Kommunismus, so etwa in einigen Ländern Zentralasiens. Obwohl das System auf einer Kombination aus Druck und Gewalt basiert, ist der Aspekt der Gewalt häufig kaum erkennbar, da der Zugriff des Staates auf die Kirche umfassend ist und kaum Handlungsräume für die Christen eröffnet.

- Ein Beispiel hierfür ist die autoritäre Herrschaft von Präsident Berdymukhamedov in Turkmenistan, wo außerhalb der staatlich betriebenen und kontrollierten Institutionen keinerlei religiöse Aktivität gestattet ist.
- Ein Extremfall wie Nordkorea mit seinen Konzentrationslagern weist jedoch gleichzeitig ein hohes Maß an physischer Gewalt gegen Christen auf.

Diese ideologische Bewegung tritt aktuell nur auf Länderebene in Erscheinung, in der Vergangenheit hatte sie jedoch globalen Charakter.

6. Säkulare Intoleranz

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo der christliche Glaube aus dem öffentlichen Raum, möglichst sogar aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt werden soll. Die Verfechter dieser Agenda streben eine gesellschaftliche Transformation an mit dem Ziel, eine neue, umfassend säkulare Ethik zu etablieren. Diese Ethik ist (teilweise) verbunden mit einer radikal neuen sexuellen Agenda, deren Werte und Normen in Bezug auf Sexualität, Ehe und ähnliche Themen unvereinbar sind mit biblischen Leitlinien. Dem Widerspruch einzelner Christen oder christlicher Institutionen gegen diese neue Ethik wird begegnet mit (1) Antidiskriminierungsgesetzen, (2) der Einschränkung von Elternrechten im Bildungsbereich, (3) einer Zensur im Blick auf Kreuze und andere christliche Symbole im öffentlichen Raum, (4) gesetzlichen Regelungen zu sogenanntem „hate speech“ (dt.: Hassreden), die häufig das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken und (5) Gesetzen zur Registrierung von Kirchen. Die meisten dieser Maßnahmen sind gewaltloser Natur, obwohl es teilweise auch zu Verhaftungen von Pastoren und Laienchristen gekommen ist.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist der verpflichtende Sexualkundeunterricht auf Basis der Gender-Ideologie (einschließlich LGBTTI-Sichtweisen) in Kindertagesstätten und Grundschulen in einigen Ländern, verbunden mit Strafandrohungen gegen Eltern, die sich gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an diesen Unterweisungen stellen.

Diese „Säkularistische Bewegung“ tritt weltweit in Erscheinung.

7. Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo eine autoritäre Regierung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft alles unternimmt, um sich den Machterhalt zu sichern. Unterstützt wird sie darin von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die selbst Teil des Systems sind. Dabei wird nicht notwendigerweise ein ideologisches Ziel verfolgt; offenkundig stehen das Streben nach Macht und die damit verbundenen Privilegien klar im Vordergrund. Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ist diese Triebkraft vergleichbar mit Kommunistischer Unterdrückung: Obwohl sie auf einer Kombination aus permanentem Druck und physischer Gewalt basiert, genügt oftmals bereits die Androhung von Gewalt, um alle nicht vom Staat kontrollierten Kirchen in den Untergrund zu drängen.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist das seit Jahren zunehmende Maß an Kontrolle, das die Regierung von Eritrea über die dortigen Kirchen ausübt. Am Anfang stand das massive Vorgehen gegen neue protestantische Bewegungen (einschließlich der Inhaftierung von Christen in Schiffscontainern), mittlerweile übt die Regierung jedoch auch immer stärkeren Druck auf die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche aus (etwa durch Einflussnahme auf die geistlichen Würdenträger).

Diese Triebkraft tritt in der Regel auf einzelne Länder beschränkt in Erscheinung.

8. Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Gesetzlosigkeit, Anarchie und Korruption erzeugen, um sich selbst zu bereichern. Diese Triebkraft existiert in zwei Ausprägungen: (1) Korruption innerhalb staatlicher Strukturen und (2) gesellschaftliche Korruption durch das organisierte Verbrechen. Bei dieser Triebkraft geschieht ein Zusammenspiel aus systematischem Druck, basierend auf der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen gegen alle, die sich der Korruption verweigern, und tatsächlich ausgeübter physischer Gewalt.

- Ein Beispiel für Korruption innerhalb staatlicher Strukturen ist Saudi-Arabien, wo die Prinzen oftmals tun und lassen können, was sie wollen. Das Land gehört ihnen. Eine Kehrseite davon ist das Erstarken islamistischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Landes. Die negativen Folgen auf die weltweite Christenheit sind immens, namentlich durch die Ausbreitung des Wahhabismus (einer besonders strengen Form des Islam) in vormals moderaten islamischen Ländern.
- Beispiele für das organisierte Verbrechen finden sich in Lateinamerika. So üben kriminelle Banden (Drogen, Menschenhandel etc.) in Kolumbien und Mexiko mit brutaler Gewalt Kontrolle über die Kirchen aus, besonders auf der lokalen Ebene. Auf der staatlichen Ebene erhalten derartige Gruppen Unterstützung durch korrupte Politiker und Bedienstete der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Diese Triebkraft tritt weltweit in Erscheinung.

Anhang 5: Auflistung der Verfolger

Der Begriff „Verfolger“ wird verwendet, um Personen oder Gruppierungen zu beschreiben, die Christen in einem bestimmten Land unter Druck setzen. Die Forschungsabteilung World Watch Research benennt in ihren Publikationen 12 solcher Verfolger bzw. Verfolgergruppen:

1. **Regierungsbeamte von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Lehrer, Polizisten, lokale Beamte, Präsidenten (z.B. Kim Jong Un/Nordkorea)

2. **Anführer ethnischer Gruppierungen:**
   Beispielsweise Stammesführer

3. **Nichtchristliche Religionsführer von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Imame, Rabbis, buddhistische Mönche in Leitungsfunktionen

4. **Leiter anderer Kirchen von der lokalen bis zur nationalen Ebene:**
   Beispielsweise Patriarchen, Bischöfe, Priester, Pastoren

5. **Gewaltbereite religiöse Gruppierungen:**
   Beispielsweise Boko Haram (Nigeria), Hamas (Palästinensergebiete), Bodu Bala Sena (BBS) und Sinhala Ravaya (SR) (beide in Sri Lanka)

6. **Ideologische Lobbygruppen**
   Beispielsweise einige LGBTTI-Gruppierungen, säkulare oder humanistische Lobbygruppen

7. **Gewöhnliche Bürger (Menschen aus der Mitte der Gesellschaft), einschließlich Mobs**
   Beispielsweise Studenten, Nachbarn, Ladenbesitzer, Mobs

8. **Mitglieder der erweiterten Familie**
   Enge oder auch entfernte Verwandte

9. **Politische Parteien von der lokalen bis zur nationalen Ebene**
   Beispielsweise die Bharatiya Janata Partei (BJP) in Indien oder die AKP in der Türkei

10. **Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen**
    Beispielsweise die FARC in Kolumbien

11. **Netzwerke oder Kartelle des organisierten Verbrechens**
    In Lateinamerika existieren beispielsweise mehrere solcher Kartelle, ebenso in Italien oder anderen Teilen der Welt

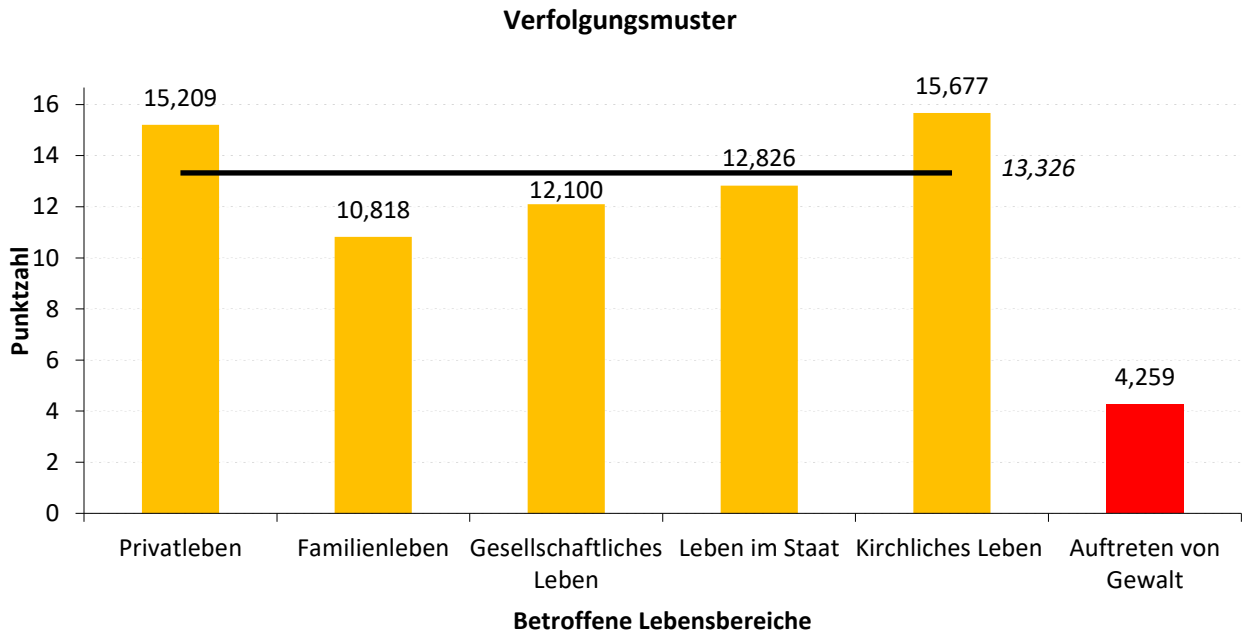
12. **Multilaterale Organisationen**
    Beispielsweise der UN angegliederte Organisationen, die eine Ausbreitung von Ausbildungsprogrammen im Bereich der Sexualerziehung vorantreiben, die biblischen Werten widerspricht; ebenso die OIC mit ihrer Agenda einer Islamisierung des afrikanischen Kontinents.

Anhang 6: Erläuterungen zum „Verfolgungsmuster“

Die Länderwertungen, resultierend aus den sechs Frageblöcken des WVI-Fragebogens, ergeben ein so genanntes „Verfolgungsmuster“. Es besteht aus den folgenden Elementen:

- Der Durchschnittswertung aus den Blöcken 1-5
- Die Abweichung von der Durchschnittswertung in jedem Lebensbereich
- Das Ausmaß physischer Gewalt, dem Christen in dem Land ausgesetzt sind

Das nachfolgende Beispiel zeigt das Verfolgungsmuster von Usbekistan (WVI 2017)



Grafik: Verfolgungsmuster Usbekistan 2017

Erläuterung zum Verfolgungsmuster Usbekistan:

Das Verfolgungsmuster für Usbekistan basiert auf der Summe der Wertungen für Diktatorische Paranoia und Islamische Unterdrückung:

- Obwohl die Wertungen bezogen auf den herrschenden Druck besonders im Privatleben und im Kirchlichen Leben gestiegen sind, ist der Druck auf Christen insgesamt leicht zurückgegangen von 13,413 (WVI 2016) auf 13,326 (WVI 2017); er bleibt dennoch auf einem hohen Niveau.
- Der stärkste Druck herrscht in den Bereichen Privatleben, Leben im Staat und Kirchliches Leben. Dies ist charakteristisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die vorherrschende Triebkraft von Verfolgung darstellt.
- Islamische Unterdrückung wirkt sich besonders in den Bereichen Privatleben, Familienleben und Gesellschaftliches Leben aus und wird von dem sozialen Umfeld ausgeübt. Am stärksten davon betroffen sind Christen muslimischer Herkunft.
- Es ist zu einer hohen Zahl gewaltsamer Übergriffe gegen Christen in Usbekistan gekommen; die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ weist einen deutlichen Anstieg auf: von 2,778 (WVI 2016) auf 4,259

- Insgesamt ist die Verfolgungssituation in Usbekistan hauptsächlich auf eine paranoide Regierung zurückzuführen, die eine Ausweitung der Kontrolle über ihre Bürger in allen Lebensbereichen anstrebt.

Ein besonderer Nutzen des Verfolgungsmusters besteht nach Auffassung von World Watch Research in der Möglichkeit, es zur Prüfung der ausgefüllten Fragebögen auf ihre Konsistenz heranzuziehen. Darüber hinaus liefert es wichtige Anhaltspunkte, um künftige Weiterentwicklungen herrschender Verfolgungssituation in einzelnen Ländern einzuschätzen. Drittens kann es als Indikator helfen, neue Aufbrüche von Verfolgung in Ländern außerhalb des Weltverfolgungsindex vorherzusehen.

zurück zum Inhaltsverzeichnis

6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 60 Jahren in mittlerweile rund 60 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht das Werk den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Danach sind derzeit mehr als 200 Millionen Christen einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt. „Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt“, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl.

Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Professionalisierte Hilfe in rund 60 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der „Kirche im Untergrund“ kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt. So werden jährlich etwa 450.000 Christen vor Ort geschult – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma-Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Nach dem jüngsten Tätigkeitsbericht wurden mehr als 2,5 Millionen Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 880.000 Empfänger haben Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken. „Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen“, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 11 42 **|** 65761 Kelkheim
T 06195 6767-0 **| F** 06195 6767-20
E info@opendoors.de **| I** www.opendoors.de